THE LIBRARIES
COLUMBIA UNIVERSITY
GENERAL LIBRARY

COLUMBIA COLLEGE LIBRARY. N.Y.

Archiv

für

österreichische Geschichte.

Herausgegeben

von der

zur Pflege vaterländischer Geschichte aufgestellten Commission

der

kaiserlichen Akademie der Wissenschaften.

Achtzigster Band.

Wien, 1894.

In Commission bei F. Tempsky

Buchhändler der kais. Akademie der Wissenschaften.

943.6
F74
80

Druck von Adolf Holzhausen,
k. und k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker in Wien.

Inhalt des achtzigsten Bandes.

Seite

Die Stellung der österreichischen Regierung zum Testamente Napoleon Bonaparte's. Von Dr. Hanns Schlitter 1

Die Uebergabe Mährens an Herzog Albrecht V. von Oesterreich im Jahre 1423. (Beiträge zur Geschichte der Husitenkriege in Mähren.) Von Dr. B. Bretholz 249

Zur Geschichte Ungarns (1671—1683). Mit besonderer Rücksicht auf die Thätigkeit und die Geschicke des Jesuitenordens. Von Dr. Franz von Krones 351

Briefe Kaiser Leopold I. an Wenzel Euseb Herzog in Schlesien zu Sagan, Fürsten von Lobkowitz (1657—1674). Nach den Originalen des Fürstlich von Lobkowitz'schen Familienarchives zu Raudnitz an der Elbe in Böhmen. Herausgegeben von Max Dvořák . . 459

233104

DIE STELLUNG

DER

ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG

ZUM

TESTAMENTE NAPOLEON BONAPARTE'S.

VON

DR. HANNS SCHLITTER.

Vorwort.

Mit der Fortsetzung meiner Arbeiten über die Napoleoniden beschäftigt, kam ich bei der Durchforschung der reichen Schätze des k. und k. Haus-, Hof- nnd Staatsarchives auf eine grosse Menge von Acten, welche ausschliesslich das Testament Napoleons I. betreffen. Die Bedeutung des Stoffes veranlasste mich, den Gegenstand in einer selbständigen Arbeit zu behandeln; hiezu fühlte ich mich umsomehr bewogen, als die Geschichts- und Memoirenwerke, welche auf die Zeit Napoleons I. sich beziehen, uns zwar mit seinem Testamente bekannt machen, aber nichts davon erwähnen, wie die verschiedenen Regierungen zu dem letzten Willen des Gefangenen von St. Helena sich verhalten haben. Zahlreiche Belege bietet das von mir benützte Actenmateriale dafür, wie England, Frankreich und die Testamentsexecutoren selbst zu dem Testamente sich gestellt; vor Allem aber illustrirt es sowohl den Standpunkt, welchen die österreichische Regierung in dieser Frage eingenommen, als auch das strenge Rechtsgefühl, von welchem Kaiser Franz in einer Angelegenheit durchdrungen war, welche die Interessen des Herzogs von Reichstadt so nahe berührte.

COLUMBIA
COLLEGE
LIBRARY. N. Y.

I. Capitel.

Napoleon trifft seine letztwilligen Anordnungen. — Sein Tod und seine Beisetzung.

Am 15. April 1821 unterzeichnete Napoleon Bonaparte sein Testament, mit dessen Abfassung er seit dem Jahre 1819 beschäftigt war, und versah es mit seinem Siegel.[1] Zehn Tage darnach schrieb er die Codicille nieder, von denen die zwei ersten vom 16., die übrigen, vier an der Zahl, vom 24. April datirt sind. Die alte Armee war es insbesondere, welcher der weitaus grössere Theil seines Vermögens, dessen Höhe er selbst auf ungefähr 212 Millionen Francs berechnete, zufallen sollte. Weiters bedachte Napoleon die treuen Gefährten seiner Gefangenschaft mit ansehnlichen Legaten und vergass auch nicht den geringsten seiner Diener. 300.000 Francs in Gold, welche er mit sich nach St. Helena gebracht hatte, vertheilte er unter Montholon, Bertrand und Marchand, um ihnen die Mittel zu gewähren, nach Europa zurückzukehren.[2] Die Werthgegenstände, welche in seinem Besitze sich befanden, vermachte er hingegen als theure Angedenken seinem Sohne, seiner Mutter, seinen Geschwistern und der Kaiserin Marie Louise.[3]

An diese richtete er in seinem Testamente folgende Worte: ‚Ich habe stets Grund gehabt, mit meiner theuren Gattin, Kaiserin Marie Louise, zufrieden zu sein; ich bewahre ihr bis zum letzten Augenblicke die zärtlichsten Gesinnungen. Ich bitte sie, darüber zu wachen, dass mein Sohn von den Nachstellungen bewahrt bleibe, welche seine Kindheit noch bedrohen.‘ Seinem Sohne hingegen, nach dessen Geburt er den Traum seines Lebens verkörpert gesehen, die Dynastie und das Kaiserreich

[1] Abgedruckt in der Correspondance de Napoléon Ier, XXXII, 476—495.
[2] Codic. I.
[3] Etat A und B.

AIGMU
ЭOLL
Y M YLA

für alle Zeiten gesichert geglaubt hatte, und welcher nunmehr von der glanzvollen Höhe eines Königs von Rom herabgestiegen war zu der zukunftslosen Stellung eines Herzogs von Reichstadt, gab der sterbende Kaiser folgende Mahnung mit auf seinen Lebensweg: ‚Ich empfehle ihm, niemals zu vergessen, dass er von Geburt ein französischer Prinz ist, und sich niemals als Werkzeug von den Triumvirn gebrauchen zu lassen, welche Europa bedrücken. Er soll niemals gegen Frankreich kämpfen oder diesem in einer anderen Weise schaden; er soll meinen Wahlspruch annehmen, welcher lautet: ‚Alles für das französische Volk!'

So hatte er am 17. April dem Grafen Montholon Folgendes dictirt:[1] ‚Mein Sohn darf nicht daran denken, meinen Tod zu rächen, er muss aus ihm Nutzen ziehen. Alle seine Bestrebungen müssen dahin zielen, durch den Frieden zu herrschen. Wenn er aus blosser Nachahmung und ohne absolute Nothwendigkeit meine Kriege wieder anfangen wollte, würde er nur ein Affe sein. Mein Werk wieder beginnen, würde annehmen heissen, dass ich nichts vollbracht habe. Ich war genöthigt, Europa durch die Waffen zu bändigen, heutigen Tages muss man es überzeugen. Ich habe die Revolution, welche im Untergehen begriffen war, gerettet; ich habe sie von ihren Verbrechen rein gewaschen, ich habe sie der Welt strahlend von Ruhm gezeigt, ich habe Frankreich und Europa neue Ideen eingepflanzt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Möge mein Sohn zur Reife bringen, was ich gesäet habe; möge er alle Elemente des Glückes erschliessen, welche der Boden Frankreichs in sich birgt — um diesen Preis kann er noch ein grosser Herrscher werden. Die Bourbonen werden sich nicht behaupten. Wenn ich todt sein werde, wird überall, selbst in England, eine Reaction zu meinen Gunsten eintreten. Das ist für meinen Sohn eine schöne Erbschaft. Ich hinterlasse ihm hinreichende Macht und Sympathie, um mein Werk lediglich mit der Waffe einer hochherzigen und versöhnlichen Diplomatie fortzusetzen. Mein Sohn wird nach bürgerlichen Unruhen zum Throne gelangen. Er hat nur eine Partei zu fürchten, die des Herzogs von Orleans, die seit langer Zeit wuchert. Er möge alle Parteien verachten; er möge

[1] Montholon, I, 208—214.

nichts als die Masse sehen. In Frankreich sind grosse Dinge nur zu vollbringen, wenn man sich auf die Massen stützt, und eine Regierung muss ihre Stütze dort suchen, wo dieselbe sich befindet. Die Bourbonen können, man lasse sie was immer für eine Constitution annehmen, sich nur auf den Adel und den Clerus stützen. Es ist das Wasser, welches trotz der Maschine, mit der man es zu erheben sucht, wieder eine horizontale Fläche einzunehmen strebt. Ich habe mich auf alle Welt ohne Ausnahme gestützt, habe das erste Beispiel einer Regierung gegeben, welche die Interessen Aller begünstigte. Ich habe weder für den Adel, Clerus, Bürgerstand, noch durch diese geherrscht. Ich habe für die ganze Staatsgemeinde, für die ganze grosse französische Familie geherrscht. Die Interessen einer Nation theilen, heisst ihnen Allen schaden, heisst den Bürgerkrieg erzeugen. Man theilt nicht, was seiner Natur nach untheilbar ist, sondern verstümmelt es. Ich lege keine Wichtigkeit auf die Constitution, deren Hauptgrundlage wir aufgezeichnet haben; heute gut, kann sie morgen schlecht sein. Uebrigens darf in der Hinsicht nichts Entscheidendes ohne die förmliche Zustimmung der Nation geschehen; die Hauptgrundlage muss aber Allgemeinheit des Stimmrechtes sein. Mein Sohn muss der Mann der neuen Ideen und der Sache sein, der ich allenthalben den Triumph verschafft habe; überall neue Ideen verbreiten, vor denen die Spuren des Feudalismus verschwinden, welche die Würde des Menschen sichern und die Keime des Wohlstandes, die seit Jahrhunderten schlummern, entwickeln; der ganzen grossen Staatsgemeinde zu Theil werden lassen, was jetzt nur Vorrecht und Eigenthum einer kleinen Anzahl ist; Europa durch unauflösliche Föderativbande vereinigen; in allen noch wüsten und barbarischen Theilen der Welt das Christenthum und die Civilisation verbreiten — das muss das Ziel aller Gedanken meines Sohnes sein, das ist die Sache, für die ich als Märtyrer sterbe. An dem Hasse, dessen Gegenstand ich von Seite der Oligarchen bin, möge er die Heiligkeit meiner Sache bemessen. Mein Sohn möge oft Geschichte lesen und durchdenken, sie ist die einzige wahre Philosophie. Alles aber, was er erlernt, wird ihm wenig nützen, wenn er nicht im Herzen jenes heilige Feuer, jene Liebe zum Guten hat, die allein grosse Dinge wirken kann. Ich will aber hoffen, dass er seiner Bestimmung würdig sein wird.'

Sowie Napoleon Bonaparte in der grossmüthigsten Weise für das Schicksal seiner Freunde Sorge trug, seine Gemahlin es nicht entgelten liess, dass sie ihn im Unglücke verlassen hatte, sondern vielmehr in liebevollen Worten ihrer gedachte und überdies seinen Sohn daran erinnerte, welcher Abstammung er sei, so vergass er auch nicht seiner Feinde, denen er Folgendes zurief: ‚Ich sterbe vor der Zeit, gemordet von der englischen Oligarchie und ihrem Henker. Das englische Volk aber wird nicht zögern, mich zu rächen.‘

Ein Schreiben Napoleons an das Pariser Bankhaus Lafitte vom 25. April ermächtigte den Grafen Montholon, eine Summe von beinahe 6 Millionen Francs, welche der Kaiser im Jahre 1815 dort deponirt hatte, sammt den fünfpercentigen Interessen vom 1. Juli 1815 an, nach Abzug der in der Zwischenzeit ausbezahlten Beträge in Empfang zu nehmen.[1]

In einer besonderen Instruction erörterte Napoleon diese Angelegenheit sowohl als auch jene seiner Privatdomäne in ausführlicher Weise.[2] Aber der weitaus wichtigste Auftrag, mit welchem der sterbende Kaiser die Vollstrecker seines letzten Willens betraute, war der, welchen er ihnen in Betreff seines Sohnes und seiner Witwe ertheilte.

Napoleon war keinen Augenblick darüber im Zweifel, dass der Enkel Franz I. im Sinne einer Politik erzogen werde, die im schroffen Gegensatze zu jener stand, gegen welche Oesterreich so viele und so blutige Kriege geführt hatte. Da sollte es Aufgabe seiner Testamentsvollstrecker sein, auf den jungen Prinzen einzuwirken, dass er von den Ereignissen eine andere Vorstellung erhalte, als sie ihm am Hofe zu Wien beigebracht worden war, und ihre Pflicht sollte es sein, ‚ihn auf den rechten Weg zurückzuführen‘. Auch wies er sie an, in ähnlicher Weise ihren Einfluss auf die Kaiserin Marie Louise geltend zu machen, wenn sie diese zu sehen bekämen. Von seinem Sohne aber verlangte er, die Werke zu studiren, welche ihn betrafen, und mit seinen Bildern sich zu umgeben, — ‚mein Andenken soll der Ruhm seines Lebens sein‘. Er forderte ihn auf, seinen Namen Napoleon wieder anzunehmen,

---

[1] Correspondance de Napoléon Ier, XXXII, 489.

[2] Instruction pour mes exécuteurs testamentaires (Correspondance de Napoléon Ier, XXXII, 491.)

wenn er zu Verstandesreife gekommen und auch der geeignete Zeitpunkt hiezu eingetreten sei. Noch hoffte der sterbende Kaiser, dass die gestürzte Dynastie wieder zur Geltung gelangen und der verbannte Prinz die Krone sich auf das Haupt setzen werde. Im Hinblick darauf schrieb Napoleon Folgendes nieder: ‚Wenn eine Rückkehr zum Glück stattfinden und mein Sohn den Thron besteigen sollte, dann ist es Pflicht meiner Testamentsvollstrecker, ihm all' das in Erinnerung zurückzurufen, was ich meinen alten Officieren und Soldaten und meinen treuen Dienern schulde.' Weiters drückte er den Wunsch aus, dass einige von diesen in die Dienste seines Sohnes treten sollten; hiebei dachte er insbesondere an die Kinder der Grafen Bertrand und Montholon.

Von einer ähnlichen Absicht war Napoleon erfüllt, als er kurze Zeit vor seinem Tode folgende Worte an Dr. Antomarchi richtete: ‚Würden Sie sich freuen, in der Eigenschaft eines Chirurgen in die Dienste der Kaiserin Marie Louise zu treten? Sie ist meine Frau, die erste Fürstin Europas und die Einzige, welcher Sie von nun an Ihre Dienste weihen könnten.'[1]

Dieser Wunsch Napoleons sollte Gegenstand eines Codicilles sein, welches zu beendigen er aber in Folge seiner stetig zunehmenden Schwäche nicht mehr im Stande war.[2] Er ertheilte Antomarchi den Auftrag, sein Herz nach Parma mitzunehmen und es Marie Louisen mit den Worten zu übergeben, ‚dass es sie zärtlich geliebt und niemals aufgehört habe, sie zu lieben'.

Am Abend des 5. Mai, in demselben Augenblicke, da auch die Sonne unterging, verschied Napoleon. Montholon drückte dem todten Kaiser die Augen zu, und der treue Marchand bedeckte den Körper mit dem Mantel, welchen der erste Consul bei Marengo getragen hatte. Nur das Antlitz blieb frei.[3]

---

[1] Antomarchi, II, 127.

[2] Dieses Codicill, welches sich in den Händen der Testamentsvollstrecker befand, lautete folgendermassen: ‚Aujourd'hui, 27 Avril 1821. Malade de corps, mais sain d'esprit, j'ai écrit de ma propre main ce huitième codicille à mon testament.

1° J'institue mes exécuteurs testamentaires Montholon, Bertrand et Marchand, et Las Cases ou son fils trésorier.

2° Je prie ma bien-aimée Marie Louise de prendre à son service mon chirurgien Antomarchi, auquel je lègue une pension pour sa vie durant de 6000 francs, qu'elle lui payera.' (Antomarchi, II, 241.)

[3] Montholon, I 221. Thiers, XX, 707.

Graf Montholon sendete sofort ein Billet an den Gouverneur ab, welches folgendermassen lautete: ‚Kaiser Napoleon ist heute am 5. Mai, 10 Minuten vor 6 Uhr, in Folge eines langwierigen und schmerzvollen Leidens gestorben. Ich habe die Ehre, Sie davon zu benachrichtigen. Er hat mich beauftragt, Ihnen, sobald Sie es wünschen, seine letztwilligen Verfügungen bekanntzugeben. Ich ersuche Sie, mich wissen zu lassen, welcher Art die Vorschriften Ihrer Regierung sowohl in Betreff der Ueberführung seines Körpers nach Europa, als auch in Ansehung der Personen sind, welche sein Gefolge bilden.‘

Dieses Billet lag seit dem 25. April bereit. An diesem Tage hatte Napoleon es dem Grafen Montholon mit dem Auftrage dictirt, es blos mit der Angabe von Tag und Stunde des erfolgten Todes zu versehen.[1]

Am 6. Mai wurde einer Verfügung Napoleons zufolge seine Leiche geöffnet, und die Obduction ergab Magenkrebs als die Hauptursache seines Todes. Montholon wollte den Magen und das Herz aufbewahren, damit dieses, wie Napoleon es gewünscht, nach Parma gebracht, jener aber seinem Sohne, dem Herzoge von Reichstadt, übermittelt werde. Vergeblich jedoch waren die Bitten und Vorstellungen Montholon's, die Einwilligung des Gouverneurs zu erwirken. So wurden das Herz und der Magen in eine silberne Vase gethan und mit in den Sarg gelegt. Dieser sollte nach Montholon's Vorschlag mit folgender Inschrift versehen werden: ‚Napoleon, geboren zu Ajaccio am 15. August 1769, gestorben auf St. Helena den 5. Mai 1821.‘ Sir Hudson Lowe verlangte jedoch, dass der Name Bonaparte hinzugefügt werde. Als Jener Schwierigkeiten dagegen erhob, kam es schliesslich dazu, dass der Sarg ohne jede Inschrift blieb.[2]

---

[1] Montholon, II, 219. ‚This letter,‘ schrieb Sir Hudson Lowe am 6. Mai an Lord Bathurst, ‚may be regarded as a somewhat important document as having been dictated by Napoleon Bonaparte himself before his disease and at all events containing a proof, that no doubt or suspicion whatever is attached to those who had charge of his person in any matter connected with his death; but on the contrary, that his demise had occurred in nearly the same manner as if it had taken place in the bosom of his own family, and been afterwards communicated to me by one of them.‘ St.-A.

[2] Sir Hudson Lowe an Lord Bathurst, Ste-Hélène, le 14 mai 1821. Anhang 1.

Am 7. Mai schrieb Sir Hudson Lowe dem Grafen Montholon einen Brief, worin er ihm anzeigte, ‚dass er in Gemässheit der ihm von Seite der englischen Regierung ertheilten Instructionen sich anheischig machen werde, die sterblichen Reste Napoleon Bonaparte's am 9. Mai mit allen jenen Ehrenbezeigungen bestatten zu lassen, wie solche einem Generale von höchstem Range gebührten'. Gleichzeitig verlangte er von den testamentarischen Verfügungen des Verstorbenen in Kenntniss gesetzt zu werden.

Am 9. Mai fand die Beisetzung in der Weise statt, wie der Gouverneur es versprochen hatte. Das Grab lag eine englische Meile von Longwood in einem Garten, unter dem Schatten von zwei Weiden, unweit von einer Quelle, aus welcher Napoleon sich täglich in zwei silbernen Flaschen hatte Wasser holen lassen.[1] Dort ruhte er bis zu dem Tage, an welchem er in Gemässheit des von ihm ausgesprochenen Wunsches, ‚an das Ufer der Seine gebracht und hier begraben zu werden', nach Paris überführt und dort im Hotel der Invaliden beigesetzt wurde.

II. Capitel.

Sir Hudson Lowe in Longwood. — Er nimmt die von Napoleon Bonaparte hinterlassenen Gegenstände in Augenschein. — Sein Bericht nach London. — Die Schicksalsgefährten Napoleons verlassen die Insel St. Helena.

Am 10. Mai begab Sir Hudson Lowe in Begleitung Reade's sich zu dem Grafen Montholon, um nach den letztwilligen Verfügungen Napoleons Erkundigungen einzuziehen. Er erhielt die Auskunft, dass keineswegs ein Testament, sondern blos ein Codicill vorhanden sei. Montholon erbot sich auf der Stelle, es ihm zu zeigen, aber dies dürfe, bemerkte er, nur in Gegenwart Bertrand's, Vignali's und Marchand's geschehen. Als auch Sir Thomas Reade die Gemächer Montholon's betreten wollte, erklärte dieser, ausdrücklichen Befehl zu haben, das Testament keiner anderen Person als dem Gouverneur selbst zu zeigen. Lowe aber bestand darauf, dass Jener ihm folge und bei der Eröffnung des Codicilles zugegen sei. Montholon musste sich fügen und übergab ihm ein mit fünf Siegeln versehenes Couvert, welches das Codicill Napoleons vom 6. April 1821 enthielt, worin dieser den Wunsch aussprach, am Ufer der

[1] Forsyth, III, 298.

Seine begraben zu werden und den Grafen Bertrand und Montholon, sowie Marchand alles vermachte, was er in Longwood sein Eigen nannte.

Nachdem der Gouverneur das Codicill gelesen, gab er es dem Grafen Montholon mit dem Bemerken wieder zurück, dass er es zwar nicht auf seine gesetzliche Giltigkeit zu prüfen vermöge, aber auch nicht beabsichtige, seinem Vollzuge sich zu widersetzen. Vorerst müsse er die von Napoleon hinterlassenen Gegenstände in Augenschein nehmen und darüber entscheiden, ob es von Nöthen sei, sie auch mit seinem Siegel zu versehen.

Tags darauf kam Lowe abermals nach Longwood, begleitet von dem Major Gorrequer. Er fand unter Anderem drei kleine Dosen aus Mahagoniholz vor, jede mit fünf Siegeln versehen. Sie enthielten die Gegenstände, welche Napoleon seinem Sohne testirt hatte und diesem erst nach erreichtem sechzehnten Lebensjahre übermittelt werden sollten. Der Gouverneur liess sie noch uneröffnet. Am 12. Mai aber erklärte er dem Grafen Montholon, dass er alle Gegenstände einzeln besichtigen müsse, bevor sie von St. Helena fortgebracht würden; denn abgesehen davon, gab er Jenem zu verstehen, dass er es seiner Regierung schuldig sei, auf das Gewissenhafteste zu Werke zu gehen, läge eine derartige Untersuchung auch im Interesse der Freunde Napoleons. Montholon erhob nicht den geringsten Anstand dagegen, dass Lowe Alles einer genauen Prüfung unterziehe, vorausgesetzt, dass eine solche nicht auf die für den Herzog von Reichstadt bestimmten Dosen sich erstrecke; diese sollten uneröffnet und die Siegel unverletzt gelassen werden. Der Gouverneur entgegnete jedoch: ‚Ich verdiente grossen Tadel, wenn ich nur jene Gegenstände in Augenschein nehmen wollte, welche weniger von Belang sind und die übrigen ungesehen passiren liesse; ich würde eine lächerliche Rolle spielen, wenn ich mich damit zufrieden stellte, einen Theil und nicht auch den andern gesehen zu haben.‘ Er verwies auf seine Stellung als Gouverneur der Insel, kraft deren er auf Erfüllung seines Verlangens bestehen müsste; doch habe er nichts dagegen einzuwenden, die Dosen nach genommener Einsicht wieder versiegeln, ja sie auch mit seinem eigenen Siegel versehen zu lassen. Als Montholon bei seinen Genossen um Rath fragte, überliessen diese es gänzlich der Wohlmeinung des vornehm-

sten Testamentsvollstreckers, zu thun, was er für Recht erachte. Nunmehr erklärte Montholon dem Gouverneur, dass der Eröffnung der Dosen nichts mehr im Wege stehe; nur verlange er zuvor, um dereinst vor dem Sohne Napoleons und dessen Familie sich rechtfertigen zu können, ein Schreiben, aus welchem der ausdrückliche Wunsch Sir Hudson Lowe's erhelle, alle Gegenstände in Augenschein zu nehmen. Der Gouverneur zögerte nicht, dieser gerechten Forderung Montholon's zu entsprechen. Er begab sich sodann mit seinen Begleitern in die Bibliothek des verstorbenen Kaisers. Ihm folgten die Grafen Montholon und Bertrand, sowie Marchand. Er erbrach die Siegel, und Marchand öffnete die Dosen. Was sie enthielten, stand in den Listen verzeichnet, welche Montholon dem Gouverneur zuvor eingehändigt hatte. Dieser fand Alles richtig und befahl, die Dosen wieder zu verschliessen, was auch geschah; versiegelt jedoch wurden sie nicht. Als der Gouverneur sein Bedenken hierüber äusserte, entgegnete Montholon, ‚dass sie die Dosen später versiegeln würden, indem sie das Petschaft Napoleons besässen'. Sir Hudson Lowe gab sich mit dieser Auskunft zufrieden. Ueber das Testament Napoleons brachte er nichts in Erfahrung. Nachdem er alle Papiere und Schriften, welche ihm vorgelegt worden waren, einer Durchsicht unterzogen hatte, stellte er an den Grafen Montholon die Frage, ob nichts mehr vorhanden wäre; als ihm entgegnet wurde, ‚er dürfe sicher sein, dass alles Geschriebene von irgend welchem Belange seit langer Zeit schon auf die eine oder andere Weise nach Europa geschafft worden sei', gab er auch mit diesem Bescheide sich zufrieden und forschte nicht weiter nach dem Verbleib des Testamentes.

Am 14. Mai erstattete Sir Hudson Lowe seiner Regierung einen Bericht über das Geschehene und schloss ihn mit einer kurzen Betrachtung über das vorgefundene Codicill. Er hielt es für gewiss, dass die Gerichte sich damit befassen würden, die formelle Giltigkeit oder Ungiltigkeit dieses Schriftstückes in Erwägung zu ziehen. Er selbst erachtete in Ansehung der aussergewöhnlichen Umstände, unter denen Napoleon Bonaparte gestorben war, sich nicht dazu berufen, die Sache klar an den Tag zu bringen, wie er seiner Versicherung zufolge dies nach dem Tode einer jeden andern Person gethan haben würde. Weit davon entfernt, die Echtheit des Codicilles in Frage zu

ziehen oder sie irgendwie zu bestreiten, dachte er seine Pflicht genügend erfüllt zu haben, indem er einzig und allein des Bestandes der hinterlassenen Gegenstände sich vergewisserte und auch dies nur aus Gründen der Politik. ‚Ich glaube jedoch,‘ bemerkte Sir Hudson Lowe am Ende seines Berichtes, ‚dass es mir an berechtigten Beweggründen nicht fehlen würde, mich abzuhalten, gegen die Giltigkeit des Testamentes irgend einen Einwand zu erheben oder mich seiner Ausführung zu widersetzen. Wenn ich das einzige juridische Buch, welches ich zur Hand habe,[1] zu Rathe ziehe, so finde ich, dass Alles zu Gunsten der Legatare spricht. Eigentlich beraubt man diese des Beistandes, wenn man sie nicht dazu aufruft, die Echtheit des Testamentes zu beschwören. Aber mir schien im vorliegenden Falle ein neutrales Verhalten das passendste zu sein.‘

Bevor Sir Hudson Lowe den Grafen Montholon verliess, eröffnete er ihm, dass in Betreff des Schiffes, welches sie Alle nach Europa bringen sollte, seine Wahl bereits getroffen sei, und auf die Versicherung hin, dass die Abfahrt im Laufe der nächsten Woche erfolgen würde, entgegnete Jener: ‚Je früher, desto lieber.‘[2]

Am 27. Mai richtete Sir Hudson Lowe, welcher sich einige Tage vorher mit dem Grafen Bertrand ausgesöhnt hatte, ein Schreiben an Baron Stürmer, worin er diesem von der Krankheit und dem Tode Napoleons Mittheilung machte.[3] Ohne Hass wollte der Gouverneur die Rückreise nach England antreten, weshalb er den ersten Schritt unternahm, um sich dem ehemaligen österreichischen Commissär, welcher es so wenig verstanden hatte, sich mit ihm auf guten Fuss zu stellen, wieder zu nähern. An demselben Tage verliessen die Familie Bertrand, Graf Montholon, Antomarchi, Abbé Vignali und die in Longwood angestellt gewesene Dienerschaft an Bord des Transportschiffes ‚Camel‘ die Insel St. Helena. Nach einer äusserst beschwerlichen Fahrt von fast 65 Tagen wurde am 31. Juli die Rhede von Spithead an der Nordostseite der Insel Wight erreicht. Aber erst am dritten Tage wurde Allen gestattet an's Land zu gehen. Man bedeutete ihnen, dass sie frei seien und

[1] Domast's Civil Law.

[2] Anhang 2.

[3] Anhang 3.

sich überall hin begeben könnten, wie sie es wünschten. Antomarchi ging nach London, wo ihm die französische Gesandtschaft einen Pass ausstellte. Mit diesem versehen, reiste er nach Paris, um von hier nach Rom aufzubrechen. [1]

Auch die Grafen Bertrand und Montholon entschlossen sich, einstweiligen Aufenthalt in London zu nehmen. Hier lebten sie äusserst zurückgezogen und trafen keine Anstalten, nach Frankreich zurückzukehren. Bertrand durfte umsoweniger daran denken, als Fouché nicht vergessen hatte, ihn in die Liste derjenigen aufzunehmen, welche in contumaciam zum Tode verurtheilt wurden. [2]

III. Capitel.

Der Herzog von Reichstadt. — Marie Louise. — Trauerfeierlichkeiten in Sala. — Marie Louise wünscht von den letztwilligen Verfügungen Napoleons in Kenntniss gesetzt zu werden. — Weisungen Metternich's an den Fürsten Esterhazy.

In Wien erfuhr man die Nachricht vom Tode Napoleons durch einen Courier des Hauses Rothschild. Da Graf Dietrichstein nach Würzburg verreist war, beauftragte Kaiser Franz den Erzieher des Herzogs von Reichstadt, Hauptmann Foresti, diesem das Ende seines Vaters mitzutheilen. Als Foresti seiner traurigen Aufgabe sich unterzogen hatte, schrieb er in ergreifender Kürze nach Parma: ‚Ich wählte die ruhige Abendstunde und sah mehr Thränen fliessen, als ich mir von einem Kinde erwartet hätte, welches seinen Vater nie gesehen, nie gekannt hat.‘ [3]

Auf die dringenden Vorstellungen des Fürsten Metternich hin bestimmte Kaiser Franz, dass von einer Trauer seitens des Hofes abzusehen und nur der Herzog von Reichstadt eine solche anzulegen habe. [4]

---

[1] Antomarchi, II, 180—225.

[2] ‚MM. Bertrand et Montholon sont arrivés ici depuis huit jours et vivent fort retirés; ils n'ont encore fait aucune démarche pour rentrer en France, ce qui est d'autant plus nécessaire au premier qu'il est compris dans une des listes du 24 juillet 1815.‘ Neumann an Metternich, 14. August 1821. St.-A.

[3] Schlitter, Die Napoleoniden, 119. Montbel, 156.

[4] Schlitter, Die Napoleoniden, 118—119. Die Trauer erstreckte sich trotz des von Metternich erhobenen Einwandes auch auf die Bedienung und den Erzieher des Herzogs von Reichstadt. Vgl. Montbel, 158.

Am 19. Juli erhielt Marie Louise ein Schreiben Lätitias. Noch war die vom Schicksale so schwer geprüfte Mutter Napoleons in Unkenntniss über das traurige Ende ihres Sohnes, als sie sich entschloss, an das Herz Louisens zu appelliren. Vergebens hatte sie vor drei Jahren an den Fürstencongress von Aachen sich gewendet und von ihm eine Milderung des Loses Bonaparte's erfleht. Geängstigt in Folge der Besorgniss erregenden Mittheilungen des Abbé Buonavita, welcher am 17. März 1821 den schwer kranken Kaiser verlassen hatte[1] und im Juli nach Rom zurückgekehrt war, erblickte Lätitia keine andere Hilfe mehr für ihren Sohn als in der Fürsprache Marie Louisens. ‚Versuchen Sie alle Mittel, welche Ihnen zu Gebote stehen,' schrieb sie dieser am 14. Juli, ‚trotz politischer Rücksichten sind Sie im Recht, wenn Sie Ihre Stimme vernehmen lassen, und mächtige Souveräne vermögen es wohl, ihn in Europa zu bewachen, in einem Klima, welches nicht so mörderisch als jenes von St. Helena ist, und wo er die Bäder gebrauchen könnte, um seine zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen.'[2]

Es war zu spät. An demselben Tage, an welchem Marie Louise das Schreiben Lätitias erhielt, brachte die Piemonteser Zeitung die Nachricht vom Tode Napoleons. Erst aus ihr erfuhr Louise, dass sie Witwe geworden. ‚Ich gestehe,' schrieb sie an ihre Freundin, die Gräfin Crenneville, ‚dass ich darüber aufs Aeusserste bestürzt war; denn obwohl ich niemals eine Neigung irgendwelcher Art zu ihm empfunden habe, so kann ich es dennoch nicht vergessen, dass er der Vater meines Sohnes ist, und dass er, weit davon entfernt mich zu quälen, wie die Welt es glaubt, mich stets in der rücksichtsvollsten Weise behandelt hat, was das Einzige ist, worauf man bei einer aus politischen Beweggründen geschlossenen Ehe Anspruch erheben darf.'[3] Diesem Geständnisse entsprachen die Trauerfeierlichkeiten, welche aus Anlass des Hinscheidens Napoleons in Parma veranstaltet wurden. Denn wenn auch Marie Louise der Pflicht sich nicht entschlagen durfte, die Trauer über den Verlust ihres Gatten nach aussen hin zur Schau zu tragen, so

[1] Vgl. Montholon, I, 197.
[2] Larrey: Madame Mère, II, 256.
[3] Marie Louise, Correspondance, 226.

wurde doch in der Form, wie dieses geschah, dem Verhältnisse, in welchem Kaiser Franz und der Wiener Hof zu dem Verstorbenen gestanden waren, in vollstem Masse Rechnung getragen. ‚Das, was die grössten Schwierigkeiten ergab', schrieb Graf Neipperg am 24. Juli dem Fürsten Metternich, ‚um einerseits das natürliche Zartgefühl Ihrer Majestät zu schonen und andererseits die politischen Grundsätze nicht zu verletzen, welche hinsichtlich des Dahingeschiedenen allgemein angenommen sind, war ohne Zweifel die Art und Weise, wie man seinen Tod in die Parmesanische Zeitung inseriren und die Trauer Ihrer Majestät und dero Hauses begründen sollte.'

So wurde in der officiellen Anzeige von dem Tode Napoleons und den stattzufindenden Trauerfeierlichkeiten von den Titeln Kaiser und Exkaiser und den Namen Napoleon und Bonaparte Umgang genommen und blos eine Bezeichnung (Serenissimo) gewählt, welche in Italien für jede Person fürstlichen Ranges üblich ist.[1] Weiters wurde verfügt, dass die Trauer blos drei Monate, vom 25. Juli bis 24. October, währen und nur auf die Herzogin, deren Haus und Dienerschaft sich erstrecken sollte.

Die Vigilien und Obsequien fanden am Abend des 30. und am Morgen des 31. Juli in der zu diesem Zwecke schwarz drapirten Kapelle zu Sala statt. Kein Schmuck und keine Embleme, welche an das Vergangene hätten gemahnen können, zierten den einfachen Sarkophag. Eine weitere Anordnung Marie Louisens verfügte, dass tausend Messen in Parma und ebensoviele in Wien für das Seelenheil des Verstorbenen gelesen werden sollten.[2]

---

[1] ‚J'espère que le biais, que j'ai crû devoir adopter, sans faire meution des titres d'empereur, d'ex-empereur ou des uoms de Bonaparte on de Napoléon inadmissibles en tout cas, et qni anroient froissés on le cœur de S. M. ou les priucipes de politique en vigueur, ue sera poiut condamné par V. A. Le mot de Serenissimo est dans la langue Italienne encore plus genuiqne qne dans toutes les antres et s'applique différemment à chaqne gradation princière. C'est la raison, qui m'a engagé à le proposer à S. M. pour l'insertion de l'article officiel dans la gazette de Parme, dont V. A. trouvera un exemplaire cy-joint.' Neipperg an Metternich. Sala, le 24 juillet 1821.

[2] ‚Les vigiles et les obsèques ont eu lien hier soir et ce matin dans la chapelle du palais de Sala, qui était toute drapée en uoir et ornée avec simplicité, mais avec toute la déceuce qui exigeait la circonstance. Sur

In solcher Weise trug Marie Louise den politischen Rücksichten Rechnung und erwies den Manen ihres Gatten, dem sie bis zur Trennung in zärtlicher, ja oft abgöttischer Liebe zugethan war,[1] nur jene Ehren, welche vom katholischen Standpunkte aus geboten waren. Entbehrten sie auch jeglichen Prunkes, so entsprachen sie nichtsdestoweniger der aufrichtigen Trauer, welche Jene über das so schmerzliche Ende dessen empfand, welcher der Vater ihres Sohnes war. ‚Ich bin überzeugt,‘ schrieb Marie Louise am 24. Juli an den Herzog von Reichstadt, ‚dass Du diesen Schmerz ebenso tief empfinden wirst als ich; denn du wärest undankbar, wenn Du all' die Güte vergessen würdest, welche Dir Dein Vater erwiesen hat, als Du noch im zarten Kindesalter standest. Weiters bin ich überzeugt, dass Du zwar seine Tugenden nachahmen, jedoch gleichzeitig die Klippen zu vermeiden wissen wirst, an denen er schliesslich zu Grunde ging.‘

In ihrer Stellung als Mutter und Vormünderin glaubte Marie Louise nichts verabsäumen zu dürfen, um rücksichtlich der letztwilligen Verfügungen ihres Gatten die Rechte ihres Sohnes zu wahren. ‚Diesen,‘ schrieb sie am 20. Juli 1821 an Kaiser Franz, ‚empfehle ich Ihrem immer so zärtlich gegen uns bewiesenen väterlichen Herzen, damit ihm auch von Seite des englischen Gouvernements in Betreff der Hinterlassenschaft seines Vaters kein Abbruch geschehe. Wir haben Beide in kindlicher Hingebung dem Wohle und der Ruhe unseres Vaterlandes und Europas hinlängliche Opfer gebracht; für mein Kind hoffe ich eine glückliche, seiner Herkunft angemessene Existenz, für mich Ruhe und Frieden, deren meine Gesundheit sehr bedarf.‘ Im Auftrage Marie Louisens richtete auch Graf Neipperg an den Fürsten Metternich das Ersuchen, sich bei der

---

le sarcophage il n'y avait aucune espèce d'emblème ni d'ornement qui auroit pu rappeler le passé. S. M. a voulu absolument assister à ces cérémonies funèbres dans sa tribune entourée des personnes du service intérieur de Sa cour. Les personnes de la maison et la livrée occupaient les autres tribunes et l'église. Comme il n'y a point eu d'invitation, il n'y est intervenu que fort peu d'étrangers. L'émotion de S. M. a été très forte, et bien naturelle quand elle dut se rappeller le père de son fils et sa malheureuse fin. Elle a ordonné de faire célébrer mille messes ici et mille autres à Vienne à la mémoire du défunt.‘ Neipperg an Metternich. Sala, le 31 juillet 1821.

[1] Wie aus ihren eigenen Briefen mit Deutlichkeit erhellt.

englischen Regierung für die Interessen des Herzogs von Reichstadt zu verwenden.[1] Gerade im Hinblick auf etwaige Verfügungen Napoleons rücksichtlich seiner Witwe und seines Sohnes hielt es Metternich für keineswegs ausgeschlossen, dass entweder das Testament oder die Papiere des Verstorbenen Bestimmungen enthielten, welche den Umtrieben der Parteien neuen Vorschub leisten könnten. Er forderte den Fürsten Esterhazy auf, die englische Regierung auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen und sie zu ersuchen, eine indiscrete Veröffentlichung nach Kräften zu verhindern.[2]

IV. Capitel.

Verhalten der englischen Regierung. — Napoleons letzter Wunsch, dass sein Herz nach Parma gebracht werde. — Metternich's Vortrag an Kaiser Franz.

Aber noch wusste man in England nicht, wo das Testament Napoleons zu finden sei. An dem Vorhandensein eines solchen glaubte die englische Regierung um so weniger zweifeln zu dürfen, als das Codicill vom 16. April mit Deutlichkeit darauf hinwies. Was den Wunsch Napoleons anging, dass sein Herz an Marie Louise gesendet werde, war Lord Bathurst keineswegs gesonnen, dem Verhalten Lowe's, welches er durchaus billigte, entgegen zu handeln. Nicht undeutlich gab er dem kaiserlichen Botschafter in London, Fürsten Esterhazy, zu verstehen, dass Marie Louise nichts Besseres thun könnte,

---

[1] ‚Cette auguste souveraine m'ordonne en même temps de prier V. A. de vouloir interposer Son intervention près du gouvernement Anglais pour que tout ce qui regarde le testament du défunt et l'héritage qu'il laisse au prince son fils, soit placé sous l'égide de la loyauté de S. M. B. et qu'il lui soit rendu un compte exact en sa qualité de tutrice de son enfant.' Neipperg an Metternich. Sala, le 20 Juillet 1821. St.-A.

[2] ‚Il est à supposer qu'il aura fait des dispositions testamentaires; elles ne peuvent manquer d'être apportées en Angleterre. Il est difficile de croire que dans ces pièces Bonaparte n'ait point mêlé des objets prêtant au jeu des partis. Ce sera au gouvernement Britannique à porter une attention particulière sur cette possibilité, et nous nous fions trop à sa sagesse pour ne pas être convaincus des soins qu'il prendra pour empêcher que par des publications indiscrètes les esprits ne puissent être remués. Cette considération porte directement sur les dispositions qui pourront être relatives à madame la duchesse de Parme et son fils.' Metternich an Esterhazy. Wien, 16. Juli 1821. St.-A.

als den ausdrücklichen Wunsch zu äussern, dass die sterblichen Reste Napoleons in Ruhe gelassen werden; denn abgesehen davon, dass England nicht in die unangenehme Lage zu kommen brauche, ein entgegengesetztes Verlangen entschieden zurückzuweisen, wäre sowohl den Familienangehörigen, als auch den Anhängern Napoleons in Frankreich jeder vernünftige Grund benommen, sei es auf dem Wege der Unterhandlung, sei es durch List oder gar mit Gewalt in den Besitz seines Herzens sich zu setzen. Für England wäre die Schwierigkeit um so grösser gewesen, als es auf St. Helena keine Souveränitätsrechte mehr ausübte, seitdem es die Insel deren rechtmässigem Besitzer, der ostindischen Compagnie, wieder eingeräumt hatte.[1]

So wie Fürst Metternich mit keinem Worte das eigenmächtige Vorgehen Lowe's bei Gelegenheit der Inventaraufnahme missbilligt hatte, so äusserte er auch jetzt nicht die geringste Unzufriedenheit darüber, dass die englische Regierung sich das Recht herausnahm, der Herzogin von Parma gleichsam ein Verhalten zu dictiren, welches einzuschlagen doch einzig und allein ihrem eigenen Ermessen anheimgestellt blieb. Wenn Marie Louise wirklich das Verlangen geäussert hätte, den Wunsch ihres verstorbenen Gatten zu ehren und in den Besitz seines Herzens zu gelangen, wäre England niemals berechtigt gewesen, ein solches zurückzuweisen oder gar einen in dieser Richtung unternommenen Schritt der Witwe Napoleons zu vereiteln. Dass Metternich sich nicht aufraffte, um das

---

[1] ‚Ce ministre (Mylord Bathnrst) a surtout attiré mon attention snr deux points 1° les dispositions du défunt relativement à la remise de son cœnr à l'archidnchesse Marie Louise et de son estomac à son fils. Il a entièrement approuvé la ligne de condnite qne le gonverneur a tenu dans cette occasion. Sans énoncer nne opinion positive, Lord Bathurst m'a laissé entrevoir son opinion particnlière qne, si Madame l'archiduchesse énonçait le vœu qne les dépouilles mortelles restent respectées, on obvierait de cette manière non senlement anx inconvénients d'un refus positif, mais on faciliterait également le moyen de prévenir qne, soit sa famille, soit quelqnesnns de ses adhérens en France ne tentent nn essai d'emporter ses restes, soit par négociation, soit par ruse, soit même par la force. Le gouvernement Britannique, rendant l'isle à la compagnie des Indes, n'y exerce plus nne antorité sonveraine et positive, quoiqne son inflnence puisse presqne y être regardée comme équivalente.' Esterhazy an Metternich. London, 14. Jnli 1821. St.-A.

Benehmen Englands in gebührender Weise zu tadeln, ist abermals ein Beweis dafür, dass Oesterreich sich ganz und gar von England ins Schlepptau nehmen liess. Die Politik dieses Staates war von dem Zeitpunkte der ersten Wiedereinsetzung Ludwigs XVIII. an gewiss keine solche, dass sie auf die volle Billigung derjenigen hätte Anspruch erheben können, welche es ehrlich mit Oesterreich meinten.[1] Das Verhalten, welches England zur Schau trug, als seine Verbündeten gemäss der Convention vom 15. August 1815 Commissäre nach St. Helena entsendeten, die Intriguen, welche es in Scene setzte, um die Stellung dieser zu einer fast lächerlichen zu stempeln, hätten Oesterreich wohl überzeugen können, dass die Achtung vor Verträgen seitens der englischen Regierung keine allzugrosse sei und sie nichts Anderes beabsichtige, als eine von den Alliirten unabhängige Politik zu verfolgen. In richtiger Erkenntniss der Sachlage hatte Kaiser Alexander von Russland als der Einzige sich entschlossen, seinen Commissär abzuberufen.[2]

Wie die Dinge jetzt standen, dachte Fürst Metternich nicht im Entferntesten daran, durch irgend einen Act der Missbilligung sich die Freundschaft Englands zu verscherzen. Er erklärte sich vollkommen damit einverstanden, dass die sterblichen Reste Napoleons auf St. Helena verbleiben sollten, und setzte eine gleiche Anschauung auch bei Marie Louise voraus. ‚Aber die Art und Weise‘, schrieb er dem Fürsten Esterhazy, ‚in welcher sie sich über diesen heiklen Gegenstand äussern soll, verdient es denn doch, dass er von ihr in reifliche Ueberlegung genommen werde.‘[3]

---

[1] So äusserte sich Gentz, welcher lieber für die Thronfolge des Herzogs von Reichstadt als für die Restauration der Bourbonen gestimmt hätte, in einem an Metternich gerichteten Schreiben vom 14. Juli 1815 in folgender Weise: ‚Schon im vorigen Kriege war es ein grosser Schmerz für mich, dass wir uns von den Engländern ihren Wechselbalg des Volkswillens und der Volkssouverainetät mussten aufdringen lassen; damals war es jedoch nur ein Incidenzpunkt, eine kurze Episode ohne weitere ernsthafte Folgen; diesmal haben sie es so weit gebracht, dass diese Fratze von allen Mächten als politische Grundlage des Krieges anerkannt worden ist.‘ Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen, 665.

[2] Schlitter, Die Napoleoniden, 445.

[3] Metternich an Esterhazy. 14 août 1821.

Ihm kam es vor Allem darauf an, des guten Willens Bathurst's und Castlereagh's in Betreff des Testamentes Napoleons gewiss zu sein.

Am 23. Juli unterbreitete Metternich dem Kaiser die letzten Berichte Esterhazy's und die Depesche Lowe's an die englische Regierung vom 14. Mai. ‚Die Mittheilungen des Lord Bathurst,' liess er sich vernehmen, ‚beweisen, dass Bonaparte bis nach seinem Tode das Spiel seines Lebens fortzusetzen bedacht war; ein Vorsatz, an dem ich nie gezweifelt habe. Hieher gehört der Wunsch, an den Ufern der Seine beerdigt zu werden; ein Wunsch, dessen Erfüllung er wohl nie als ausführbar ermessen konnte, an dessen Erfüllung ihm auch nichts gelegen war, den er jedoch ausgesprochen hat, damit er wenigstens auf Schleichwegen bekannt werde. Ebenso wird es mit seinen, meiner genauen Kenntniss des Mannes nach sicher unbedeutenden hinterlassenen Schriften gehen. General Hudson Lowe hätte auf deren unmittelbare Ausfolglassung bestehen sollen. Ich vermuthe, die englische Regierung wird es thun, wenn sie in sich den Muth dazu fühlt. Das Legat an Lady Holland hat denselben Zweck.[1] Diese Frau ist eine bekannte, Intriguen ergebene Frau, ohne persönlichen Credit noch Achtung, welche aber einen grossen Einfluss auf ihren Mann, einen reinen Radicalen, ausübt. Napoleon kannte sie nicht persönlich; in ihr belohnt er aber alle Schreier in England.

‚Dies sind übrigens lauter politische Fragen, in denen sämmtliche Regierungen im Interesse vereint stehen.

‚Die Verlassenschaft Napoleons und dessen allenfallsige testamentarische Verfügungen in Betreff seines Sohnes stehen jedoch in einer weit directeren Beziehung mit Oesterreich. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Absicht Napoleons dahinging, seinem Sohne die Succession im Grundsatze offen zu erhalten, denselben, insofern es in seiner eignen Gewalt stand, auf seine angeblichen Rechte aufmerksam zu machen und in denselben den Keim zur künftigen Entwicklung nieder zu legen. Die Acten werden dieses beweisen.

‚Vor der Hand glaube ich nichts Anderes zu veranlassen, als die englische Regierung aufzufordern, uns alle wie

[1] Eine goldene Dose, welche Papst Pius VII. dem General Bonaparte nach dem Frieden von Tolentino gegeben hatte. Vgl. Anhang 1.

immer Namen habende Acten mitzutheilen, über diese Gegenstände das tiefste Stillschweigen gegen das europäische Publicum zu halten, die sämmtlichen Mittheilungen der Frau Erzherzogin Marie Louise zu machen.

,Wenn sich Vermögen ausweisen sollte und überhaupt testamentarische Verfügungen von Wichtigkeit zum Vorscheine kämen, so glaube ich die folgende Massregel gehorsamst vorschlagen zu sollen: E. M. dürften einen Conseil unter meinem Vorsitze in meiner Eigenschaft als Hauskanzler ernennen und demselben als Beisitzer den Vice-Präsidenten der obersten Justizstelle, Freiherrn von Gärtner, und einen Vertreter der Frau Erzherzogin beigeben.

,Alle Gegenstände, welche auf die Succession Beziehung hätten, wären an diesen Conseil zu verweisen und E. M. als natürlichem Vormund des Herzogs von Reichstadt zur Allerhöchsten Schlussfassung vorzulegen.

,Diese Massregel hätte jedoch erst dann einzutreten, wenn wir mehrere Details über den wahren Stand der Dinge kennen. Ich sehe sie jedoch in jeder Rücksicht alsdann für nöthiger an, sowohl in politischer als in allgemein rechtlicher und nicht minder in Beziehung auf die dereinstige Justification gegen den Herzog von Reichstadt selbst.'

Kaiser Franz erklärte sich mit allen Ausführungen seines Staatskanzlers, sowie mit der Ernennung einer Commission einverstanden und schloss seine Resolution mit folgenden Worten: ,Will aber, dass in dieser Sache nichts ohne mein Wissen und Genehmigung geschehe!'[1]

V. Capitel.

Metternich's Schreiben an den Grafen Neipperg und den Fürsten Esterhazy. — Nothwendigkeit, dass die österreichische Regierung in Bälde von den Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt werde. — Marie Louise. — Ihr Brief an Lady Burghersh. — Metternich's Unwille darüber.

Am 29. Juli übersendete Metternich dem Grafen Neipperg den Bericht des Fürsten Esterhazy vom 14. des Monats sammt den hiezu gehörigen Beilagen, und setzte ihn zugleich von der kaiserlichen Entschliessung auf den Vortrag vom 23. Juli in Kenntniss. Rücksichtlich des Verlangens, welches England ge-

[1] St.-A.

stellt hatte, dass die sterblichen Reste Napoleons auf St. Helena verbleiben sollten, schrieb er Folgendes nach Parma: ‚Nachdem diese Angelegenheit eine ungemein heikle ist, so wage ich es, die Frau Erzherzogin zu bitten, noch jeder Entschliessung und also auch eines jeden Schrittes sich zu enthalten, welcher darauf Bezug hat. Bevor ich mir erlaube, ihr in Betreff des Begehrens sowohl, welches die englische Regierung gerne von ihr erwirken möchte, als auch über die Art und Weise, wie sie ein solches, vorausgesetzt, dass sie sich hiezu entschlösse, zu äussern hätte, ersuche ich, mir Zeit zu lassen, um die Sache reiflichst überlegen und noch Genaueres über die Absichten der englischen Regierung in Erfahrung bringen zu können.‘

Dem Fürsten Esterhazy jedoch bemerkte er in einem Schreiben vom 14. August, dass die österreichische Regierung den grössten Werth darauf lege, in den Besitz des Testamentes oder einer beglaubigten Abschrift desselben zu gelangen, und gab ihm gleichzeitig Folgendes zu bedenken: ‚Man soll es in England nicht verkennen, dass die Familienangehörigen Bonaparte's in diesem Augenblicke Alles in Bewegung setzen, um sich des Testamentes zu versichern; das ist ein Grund mehr für uns, zu verlangen, dass es uns übermittelt werde. Denn abgesehen davon, dass die Witwe und der Erbe des Verstorbenen naturgemäss unter den Schutz des Kaisers gestellt sind, wäre es, wenn jenes Actenstück in unseren Händen sich befände, leicht, dem Missbrauche zu steuern, den man sonst damit treiben könnte.‘

Marie Louise liess dem Fürsten Metternich ihre Absicht zu erkennen geben, in Allem und Jedem seiner Wohlmeinung sich zu unterwerfen und freiwillig dem Verlangen Englands Folge zu leisten.[1] ‚Mein einziger Wunsch geht dahin,‘ schrieb

---

[1] S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme me charge d'avoir l'honneur d'assurer V. A. en son auguste nom, qu'elle se conformera entièrement à Ses conseils relativement aux dispositions données par le défunt à l'égard de la remise de son cœur et de son estomac, déposés par ordre du gouvernement Anglais dans sa tombe de Ste-Hélène. Même si le gouvernement Anglais dût par la voie de son ministère faire faire des ouvertures directes à ce sujet à S. M., elle suspendra sa décision et sa réponse jusqn'à ce qu'elle connaisse l'opinion de V. A. et les intentions de S. M. l'empereur snr cet objet. Graf Neipperg an Metternich. Sala, le 3 août 1821.

sie am 4. August an Kaiser Franz, ‚dass man die Asche des armen Seligen nun einmal in Ruhe lasse und auch sein Herz in seiner Gruft verbleiben könne.‘

Da Fürst Metternich in Ansehung der Stellung Marie Louisens es vermieden haben wollte, dass diese sich unmittelbar an die englische Regierung wende, lud er sie durch den Grafen Neipperg ein, ein officielles Schreiben an Kaiser Franz zu richten, dem es sodann überlassen bleiben sollte, das Nöthige zu verfügen. Gleichzeitig legte er seiner Depesche den Entwurf eines solchen Briefes bei. Marie Louise zögerte keinen Augenblick, im Sinne Metternich's zu handeln und das officielle Schreiben an ihren Vater zu senden.[1]

Aber nicht so sehr die heilige Scheu davor, die Ruhe des Todten zu stören war es, welche Marie Louise bewog, dem Verlangen Englands nicht zu widersprechen, als vielmehr der Gedanke, dass ‚alle Uebelgesinnten‘, worunter sie die Anhänger und auch die Familienangehörigen Bonaparte's verstand, mit denen sie jede Verbindung abgebrochen hatte, eine Pilgerschaft nach Parma veranstalten könnten, falls hier das Herz Napoleons beerdigt werden sollte. ‚Dies würde mir,‘ schrieb sie am 1. October ihrem Vater, ‚in meiner Lage äusserst unangenehm sein, da ich mir nichts mehr auf dieser Erde als Ruhe und Frieden wünsche; ich baue also auf Ihre gnädige Mitwirkung, um diese Sache zu verhindern.‘

Da Kaiser Franz die Berufung einer Commission mit Metternich als Vorsitzendem verfügt hatte, welcher die Aufgabe zufiel, im geeigneten Zeitpunkte über die Testamentsangelegenheit Beschlüsse zu fassen, ernannte Marie Louise den Grafen Moriz Dietrichstein zu ihrem Vertreter. Die betreffende Vollmacht überschickte sie jedoch vorerst dem Fürsten Metternich, weil der Anordnung des Kaisers gemäss die Sache noch geheim gehalten werden sollte.[2]

---

[1] Anhang 4.

[2] S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme me charge de témoigner à V. A. sa recounaissance tonte particulière, pour la sollicitude qu'Elle met à recueillir tout ce qui concerne les dispositions testamentaires du défunt, et pour avoir fixé dans l'intérêt de S. A. S. le duc de Reichstadt, son bieu aimé fils, les bases, sur lesquelles les affaires de la snccession se traiteront à Vienne, lesquelles out été approuvées par S. M. l'empereur, son auguste père. Mme l'archiduchesse a choisi le comte Maurice de Dietrichstein

Rücksichtlich der Verlassenschaft Napoleons glaubte Marie Louise der englischen Regierung nicht so völlig vertrauen zu dürfen. Sie hielt es für unbegreiflich, dass man in England weder über das Vorhandensein eines Testamentes, noch über die Gelder, welche nach ihrer Ansicht von dem Verstorbenen bei der Londoner Bank deponirt worden seien, etwas in Erfahrung gebracht habe. Ebenso unwahrscheinlich dünkte es ihr zu sein, dass in Anbetracht der grossen Wachsamkeit, deren Sir Hudson Lowe sich doch stets beflissen hatte, das Testament ohne sein Wissen nach Europa gebracht worden sei.[1]

Nachdem Fürst Metternich noch nicht in der Lage war, ihr eine zufriedenstellende Auskunft über eine Angelegenheit zu ertheilen, welche ihr als Mutter des Herzogs von Reichstadt so sehr am Herzen lag, wendete Marie Louise sich an die Gemahlin des englischen Gesandten in Florenz, Lady Burghersh, welche vor Kurzem nach London abgereist war, und ersuchte diese, ihr Alles mitzutheilen, was sie über die letztwilligen Verfügungen Napoleons in Erfahrung bringen könnte. Trotzdem das Schreiben der Herzogin lediglich privater Natur war und keineswegs die Aufforderung enthielt, dass irgend welcher Schritt bei dem englischen Ministerium unternommen werde, so richtete Lady Burghersh nichtsdestoweniger an Lord Bathurst das Ersuchen, der Herzogin von Parma gefällig zu

---

pour son fondé de pouvoirs près du conseil qui sera présidé par V. A. Partageant entièrement l'avis de V. A., qu'il faut convenir du voile du plus grand secret tout ce qui a rapport aux affaires de la succession, et ne voulant pas même en informer avant le temps le comte Maurice de Dietrichstein, Mme l'archiduchesse m'ordonne d'inclure à V. A. les pleinpouvoirs qui le regardent, et qu'Elle voudra bien ne lui remettre qu'au moment où Elle le jugera nécessaire. Neipperg an Metternich, Sala, le 3 août 1821.

[1] S. M. trouve inconcevable que le gouvernement Anglais n'ait, ou ne veut pas avoir l'air d'avoir des notions positives sur l'existence d'un testament, et généralement sur les fonds que le défunt peut avoir placés dans la banque de Londres, et comme beaucoup de monde le suppose à l'époque de la distribution des licences. Il lui paroit aussi assez invraisemblable qu'avec la grande surveillance exercée par Sir H. Lowe, il étoit possible, que le testament ait été envoyé en Europe, á l'exemple d'autres papiers intéressants et importants que le comte de Montholon prétend qu'on avait expédiés en Angleterre. Il règne en tout ceci une teinte mystérieuse qui mérite certainement l'attention de V. A.' Sala, le 3 août 1821.

sein. Der Staatssecretär erhob keinen Anstand, dieser Bitte Folge zu leisten, aber er konnte Marie Louise keine anderen Actenstücke zusenden als dieselben, welche er bereits der österreichischen Regierung mitgetheilt hatte.[1]

Fürst Metternich jedoch fühlte sich, und wohl nicht mit Unrecht, durch dieses Vorgehen Marie Louisens persönlich verletzt und gab es der Herzogin in einem Schreiben, welches er am 24. September an den Grafen Neipperg richtete, nicht undeutlich zu verstehen. ‚Ich begreife vollständig,‘ heisst es darin, ‚dass die so natürliche Sorge einer Mutter für die Interessen ihres Sohnes die Frau Erzherzogin dazu anspornt, nichts zu verabsäumen, was sie in den Stand setzen könnte, über Alles auf das Genaueste unterrichtet zu sein; aber sie darf wiederum mit Zuversicht darauf rechnen, dass ich es als eine meiner hauptsächlichsten Pflichten betrachte, der Angelegenheit, um die es sich handelt, jene Sorge zu widmen, welche sie erfordert, und dass ich viel eher in der Lage bin, von Seite des englischen Ministeriums zuverlässige Nachrichten über das Testament Napoleons zu erhalten — wenn solches überhaupt möglich ist — als Lady Burghersh. In einer so heiklen Sache, glaube ich, erfordert es das Ansehen der Frau Erzherzogin, es sorgfältigst zu vermeiden, sich selbst in den Vordergrund zu stellen und im eigenen Namen zu handeln. Dem Kaiser, ihrem erlauchten Vater, kommt es zu, sowohl ihre Rechte als die ihres Sohnes, des Herzogs von Reichstadt, geltend zu machen; nur dann, wenn die Frau Erzherzogin unerschütterlich unter seinen Schutz sich stellt, kann sie mit voller Gewissheit hoffen, Unannehmlichkeiten und Verquickungen zu entgehen, denen sie im anderen Falle unbedingt ausgesetzt wäre.‘

In der gleichen Weise äusserte Metternich sich auch dem Fürsten Esterhazy gegenüber, an den er am 2. October eine Depesche richtete, welche darauf Bezug hatte.[2]

Auch in Ansehung der Persönlichkeit, an welche Marie Louise sich gewendet, glaubte der Staatskanzler das Vorgehen

[1] Anhang 5 und 6.

[2] ‚En général nous désirons que Madame l'archiduchesse dans son intérêt, comme dans celui de son fils, évite soigneusement d'agir en son nom dans une affaire aussi délicate. Le seul moyen pour elle de prévenir toute complication embarrassante et compromettante est de se maintenir passivement sous l'égide de l'empereur son auguste père.‘

der Erzherzogin ganz entschieden missbilligen zu müssen; denn Lord Burghersh galt keineswegs als ein Anhänger der Politik Oesterreichs und seiner Verbündeten; ja man wusste von ihm, dass er einmal nahe daran war, seiner freimüthigen Aeusserungen halber von seiner Regierung getadelt zu werden.[1]

VI. Capitel.

Ankunft des Abbé Vignali in Florenz. — Seine Zusammenkunft mit dem Grafen Neipperg. — Marie Louise übersendet ihm einen Ring. — Seine Ansichten über das Testament Napoleons. — Lord Bathurst. — Verhalten der Testamentsvollstrecker. — Kaiser Franz vertritt den civilrechtlichen, Fürst Metternich den politischen Charakter der Angelegenheit. — Gespräche im Salon der Lady Holland über das Testament. — Erklärung der englischen Regierung, sich in nichts zu mischen, was das Privatvermögen Napoleons betreffe.

In den letzten Tagen des September langte der Beichtvater Napoleons, Abbé Vignali, auf der Reise nach Rom begriffen, in Florenz an. Hier stellte er sich dem Grafen Neipperg vor, welcher mit ihm eine lange Besprechung hatte, in deren Verlauf Vignali sein ‚Ehrenwort gab, dass letztwillige Anordnungen vorhanden und die Grafen Bertrand und Montholon die Vollstrecker derselben seien; man möge aber ja nicht auf grosse Reichthümer sich gefasst machen; im Uebrigen würden I. M. in wenigen Monaten über Alles aufgeklärt werden'.[2]

Abbé Vignali, welcher in der bescheidensten Weise auftrat, erklärte ausdrücklich, dass er nicht deshalb dem Grafen Neipperg sich vorgestellt habe, um irgend einer Unterstützung

[1] ‚. . . Je ne puis cependant m'empêcher de regretter, qu'elle l'ait mise à même de pouvoir produire une lettre d'elle, non que je ne rende une entière justice aux sentiments de dévonement et d'attachement, que Lord et Lady Burghersh se font honneur de professer pour Mme l'archiduchesse, mais parceque Lord Burghersh, avec toutes les bonnes qualités de son cœur, est cependant un homme de parti, qui dans les dernières conjonctures politiques s'est prononcé de la manière la plus imprudente sur le système de l'Autriche et de ses alliés, au point même d'encourir le blâme de son gouvernement, et qu'il peut être compromettant et même dangereux pour Mme l'archiduchesse de fournir à un homme sans aucune influence dans son propre pays, et qui a aussi peu de mesure, un moyen de faire croire, qu'il est honoré de sa confiance et chargé de ses intérêts.' Metternich an Neipperg. Vienne, le 24 septembre 1821. St.-A.

[2] Neipperg an Metternich. Florence, le 29 septembre 1821.

von Seite Marie Louisens theilhaftig zu werden, er wünsche vielmehr einzig und allein, die Witwe Napoleons versichern zu können, dass ihr Gatte in christlicher Ergebenheit und nach Empfang der heil. Sterbesacramente verschieden sei.[1]

Dem Grafen Neipperg bot sich Gelegenheit, noch eine zweite Unterredung mit dem Abbé zu haben, über welche er dem Fürsten Metternich Folgendes berichtete: ‚Ich sagte ihm von Neuem, dass I. M. von der Existenz eines Testamentes zuverlässig unterrichtet, aber darüber im Unklaren sei, in wessen Händen es sich befinde, und dass sie mit grossem Erstaunen vernommen habe, dass einige Familienangehörige Bonaparte's die näheren Umstände wüssten und daraus kein Geheimniss machten. Sichtlich betroffen erwiderte mir Abbé Vignali, dieses wäre unmöglich, und Niemand, ausgenommen die Grafen Bertrand und Montholon, welche noch einige Zeit nöthig hätten, um eine so wichtige Angelegenheit in Ordnung zu bringen, könne irgendwie unterrichtet sein; I. M. möge die Güte haben, sich noch zu gedulden, sie würde gewiss in der genauesten Weise über die letztwilligen Verfügungen des Verstorbenen aufgeklärt werden.‘[2]

Im weiteren Verlaufe seines Gespräches mit Vignali gelangte Graf Neipperg zur Ueberzeugung, dass es der englischen Regierung nicht an Gelegenheit gefehlt habe, über das Testament unterrichtet zu werden. Mit Recht hob er hervor, dass der rechte Augenblick, in welchem man etwas Bestimmtes hätte in Erfahrung bringen können, verabsäumt worden sei und man den Gouverneur der Insel dafür verantwortlich machen müsse. ‚Vor der Abfahrt von St. Helena,‘ bemerkte Graf Neipperg, ‚hätte Sir Hudson Lowe die Grafen Bertrand und Montholon auffordern sollen, ihm bestimmte Daten über den Ver-

---

[1] S. M. n'ayant point voulu parler à l'abbé Vignali, chapelain de l'exdéfunt emperenr Napoléon, revenant actuellement de l'isle Ste-Hélène, j'ai eu ce matin une longue conversation avec lni. Il m'a chargé de dire à S. M. que le défunt était mort dans les sentimens les plus chrétiens, que, qnoiqn'il n'avait été cbargé d'aucune commission, il avait cependant cru de son devoir à son passage à Florence de se présenter à S. M., qu'il retournait en Corse, qn'il n'avait aucnn besoin dans ce moment, mais que s'il se trouvait jamais dans la misère, il reconrerait à la générosité de S. M. dont il n'a rien vouln accepter actuellement.. Ibid.

[2] Ibid.

bleib des Testamentes zu geben, widrigenfalls er genöthigt sei, ihnen die Ausführung des Codicilles zu verweigern. Jetzt aber weilten Jene aller Wahrscheinlichkeit nach bereits in Frankreich und hätten gewiss nicht ermangelt, mit den Verwandten Bonaparte's sich ins Einvernehmen zu setzen.' Das Testament selbst vermuthete Neipperg in den Händen irgend eines Angehörigen dieser Familie, ja er hielt es für nicht völlig ausgeschlossen, dass es der grösseren Sicherheit halber nach Amerika an den Grafen Survilliers gesendet worden sei.[1] Als Abbé Vignali eine Summe Geldes, welche ihm Graf Neipperg im Auftrage der Herzogin von Parma übermitteln wollte, ausgeschlagen hatte, überschickte ihm diese einen werthvollen Ring; denn nicht ohne Dank wollte Marie Louise den Mann ziehen lassen, welcher ihrem Gemahle auf seinem Sterbebette den letzten Trost zugesprochen.[2]

Für Lord Bathurst war die Testamentsangelegenheit nicht minder in geheimnissvolles Dunkel gehüllt; zwar hatte Graf Montholon in einem vom 6. Mai datirten Schreiben an seine Gemahlin, von dessen Inhalt die englische Regierung durch Sir Hudson Lowe in Kenntniss gesetzt worden war, ausdrücklich bemerkt, dass das Testament Napoleons in seinen Händen sich befinde,[3] doch glaubte Bathurst dieser Aeusserung keinen Glauben beimessen zu dürfen, wogegen er daran nicht zweifelte, dass es über-

[1] ‚. . . Je suis persuadé, mon prince, que le ministère Anglais aurait pu se procurer plus de lumières dans toute cette affaire de la succession de Napoléon, pour peu qu'il eut donné plus de suite à ses recherches, et que le testament à l'heure qu'il est se trouve dans les mains de quelque individu de la famille Bonaparte, peut-être même en Amérique près de Joseph. . . .' Neipperg an Metternich. Florence, le 1er octobre 1821.

[2] ‚L'abbé Vignali, comme j'ai eu l'honneur d'en faire mention dans mon rapport, n'a pas voulu accepter les secours en argent, que S. M. Mme l'archiduchesse m'avait ordonné de lui faire payer pour la continuation de son voyage à Rome. Cette auguste princesse voulant pourtant faire quelque chose pour celui, qui avait assisté son défunt époux sur son lit de mort, m'ordonna de lui remettre une bague sans chiffre, à peu près de la valeur de mille francs . . .' Ibid.

[3] ‚L'empereur m'ayant chargé de l'exécution de toutes ses volontés, j'ai à répondre à mille et une question. Son testament est entre mes mains, j'attends pour l'ouvrir de savoir si le gouvernement veut y assister; ce cas ayant été prévu par l'empereur, mais tout nous porte à croire que bien des larmes couleront quand il sera lu.' Extrait d'une lettre du comte Montholon à la comtesse Montholon. Longwood, 6 mai 1821.

haupt vorhanden sei.[1] Ohne einen stichhältigen Grund für die Richtigkeit seiner Anschauung anführen zu können, äusserte er dem Baron Neumann gegenüber seine Ueberzeugung, ‚dass ungeachtet der Anhänglichkeit Bertrand's und Montholon's für die Person des Verstorbenen, — sei sie nun verstellt oder wahr — Napoleon dennoch nicht genug Vertrauen in diese Beiden gesetzt habe.[2]

In der That war das Benehmen, welches die Genannten während ihres Verweilens in London zur Schau trugen, ein solches, dass es zum Argwohn Anlass bot. Sie sprachen sich äusserst unbestimmt über das Testament und dessen Verbleib aus und wussten auch nichts Genaues über die Höhe des Vermögens anzugeben, welches sie auf ungefähr 300.000—400.000 Pfund Sterling schätzten. Nach ihren sehr zweideutigen Angaben sollte der Herzog von Reichstadt, und zwar nach vollendeter Grossjährigkeit in den Besitz desselben gelangen und gleichzeitig auch von den Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt worden.[3] ‚Es ist sehr möglich,' berichtete Baron Neumann nach Hause, ‚dass die Herren Bertrand und Montholon so zu sprechen unter sich ausgemacht haben, und zwar aus falschem Schamgefühl, nicht besser unterrichtet zu sein.'[4]

Was Oesterreich betraf, so kam das persönliche Interesse, welches der Kaiser daran haben konnte, dass Napoleon seiner Witwe und seinem Sohne vielleicht irgend welches Vermögen testirt hatte, nicht im Entferntesten in Betracht, denn für Beide war von Seite des Kaisers in einer Weise gesorgt worden,

---

[1] Anhang 5.

[2] Nenmann an Metternich. Londres, le 24 août 1821.

[3] ‚Des persounes, qui out été dans le cas de voir Bertraud et Moutholon ici, m'out dit qu'ils s'expliquaient vaguement sur l'objet du testament; qu'ils avaient eux-mêmes dit, qu'il devait exister, puisque le codicile l'indiquait suffisammeut, mais qu'ils ue savaient, où; eu même temps ils avaieut l'air de ue pas eu ignorer quelques-uues des clauses, comme par exemple le moutaut de la fortuue, qu'ils croyent être de trois à quatre cent mille livres sterlings, mais qu'elle ne doit être délivrée au fils qu'au moment de sa majorité; ils out même ajouté, mais d'une manière ambigüe, que ce ue serait qu'alors c'est à dire lorsque le duc de Reichstadt aurait atteiut sa majorité, qu'on lui ferait part des dispositious du testament.' Neumanu an Metternich. Londou, 24. August 1821. St.-A.

[4] Ibid.

dass es in der That gleichgiltig erscheinen musste, wenn der eine oder andere Theil einige hunderttausend Gulden mehr oder weniger besass. Anders jedoch verhielt sich die Sache in Ansehung der Pflichten, welche das vormundschaftliche Verhältniss dem Kaiser auferlegte, in dem er zu dem Herzoge von Reichstadt stand. Dieser so leichthin sich zu entäussern, war Franz I. keineswegs gewillt. Er forderte den Fürsten Esterhazy durch Metternich auf, kein Mittel unversucht zu lassen, um dem Vorhandensein und dem Verbleib des Testaments Napoleons auf die Spur zu kommen. [1]

Für Metternich kam noch ein weiterer Gesichtspunkt in Betracht. Indem er die Anschauung Neumann's über das zweideutige Benehmen Bertrand's und Montholon's verwarf, hielt er vielmehr an der Ueberzeugung fest, dass der Grund ihrer Zurückhaltung auf politische Rücksichten zurückzuführen sei. In einem Schreiben an den Fürsten Esterhazy vom 2. October 1821 begründete er seine Ansicht in folgender Weise: ‚Da Napoleon gestorben ist, wird naturgemäss seine noch immer zahlreiche und mächtige Partei nunmehr alle ihre Hoffnungen auf seinen Sohn übertragen und ausserdem in einem Augenblicke der Krisis die Revolutionäre und Unruhestifter aller Länder bereit finden, sich ihr anzuschliessen. Die hervorragendsten dieser Partei hegen die Ueberzeugung, dass die Bourbon'sche Dynastie nicht im Stande sei, sich auf dem Throne Frankreichs zu erhalten, und sie zweifeln nicht daran, dass mit dem Tode Ludwigs XVIII. auch ihre Regierung ein Ende erreicht haben werde. Man darf sich also darauf gefasst machen, dass jene Partei, falls dann die politischen Umstände ihren Plänen noch günstig sind, das Aeusserste daran setzen wird, um den Sohn Napoleons auf den Thron zu erheben. Angenommen, dass ihr Streben nur darauf gerichtet sei — denn wollten wir dies in Zweifel ziehen, so würden wir uns einer gewaltigen Täuschung hingeben — ist es leicht, die Gründe sich zu erklären, welche die Testamentsverwahrer Napoleons heute veranlassen, seine Verfügungen noch geheim zu halten, soferne sie vor Allem, woran man nicht zweifeln darf, die vermeintlichen Rechte seines Sohnes auf die Krone Frankreichs betreffen. In diesem Falle haben wir es bei dem Tode

[1] Anhang 7.

des Königs zu erwarten, diese Partei das Testament des Vaters proclamiren und kraft desselben die sogenannten Rechte des Sohnes zurückfordern zu sehen, rücksichtlich derer sie auch gewiss nicht ermangeln werden, ihnen den Charakter der Legitimität zu verleihen, um desto sicherer dem Principe der widerrechtlichen Besitzergreifung zum Siege zu verhelfen. Wenn nun das Vorgehen dieser Partei irgend einen Rückhalt und Stütze findet, sei es in der Person eines mächtigen Oberhauptes, welches des Vertrauens der französischen Armee sich erfreut, sei es in einer ehrgeizigen oder revolutionären Regierung, in deren augenblicklichem Interesse es liegt, eine ernsthafte Verwicklung unter den Grossmächten Europas hervorzurufen, welche in feierlicher Weise die Familie Bonaparte des Thrones verlustig erklärt haben, so wird ganz Europa von Neuem in einen allgemeinen Krieg sich gerissen sehen, dessen Folgen unberechenbar wären.

‚Im Interesse aller Mächte, insbesondere aber in jenem Oesterreichs, Englands und Frankreichs scheint es uns zu liegen, solch einer unheilvollen Verquickung nach Kräften zuvorzukommen und in Folge dessen zu trachten, auf eine genaue Weise die Verfügungen des Gefangenen von St. Helena von jetzt an in Erfahrung zu bringen, um sich in den Stand zu setzen, die etwaigen Wirkungen und Folgen zu schwächen.‘

Wenn auch Metternich weit davon entfernt war, den verschiedenen Gerüchten Glauben zu schenken, welche das von Napoleon hinterlassene Vermögen auf 30 bis 40 Millionen Francs schätzten, so musste er dennoch mit dieser Möglichkeit rechnen und es in Folge dessen als eine äusserst bedenkliche Sache ansehen, dass die Verwaltung solch bedeutender Summen in den Händen von Leuten sich befinde, welche der napoleonischen Partei unbedingt ergeben waren. Andererseits vermochte man alle staatsgefährlichen Pläne und Hoffnungen, welche der Glaube an das Vorhandensein einer beträchtlichen Hinterlassenschaft erwecken und begünstigen musste, mit einem Male zu nichte zu machen, wenn es gelang, aus dem Testamente selbst mit aller Deutlichkeit zu beweisen, dass Napoleon nichts weniger als ein ungeheures Vermögen hinterlassen habe. In einer besonderen Depesche vom 2. October forderte Metternich den Fürsten Esterhazy, beziehungsweise die englische

Regierung auf, auch diese Erwägungen berücksichtigen zu wollen.[1]

Hatte Metternich den Standpunkt des Kaisers und auch seinen eigenen in deutlicher Weise erläutert, so ging er nunmehr daran, auf die Spuren zu verweisen, welche seiner Ansicht nach verfolgt werden müssten, um die Person zu entdecken, in deren Händen das Testament sich befand. Das Vorhandensein eines solchen glaubte er um so weniger in Zweifel ziehen zu dürfen, als ihm bereits zwei Jahre zuvor die Zusicherung gemacht worden war, von den testamentarischen Verfügungen Napoleons in Kenntniss gesetzt zu werden. Derjenige jedoch, welcher sich bereit erklärt hatte, der österreichischen Regierung in dieser Hinsicht gefällig zu sein, löste sein Versprechen nicht ein, wahrscheinlich aus Furcht, seiner Partei gegenüber sich blosszustellen.[2] Jetzt wiederum war es Metternich hinterbracht worden, dass man in dem Salon der Lady Holland in ganz bestimmter Weise über das Testament sich geäussert habe. Hiedurch wurde er noch mehr in seinem Verdachte bestärkt, dass Lord Holland, der eifrige Anwalt des Gefangenen von St. Helena, dessen Vertrauen er in reichlichem Masse genossen hatte, denjenigen kenne, welcher von Napoleon damit beauftragt worden sei, sein Testament zu verwahren. War dieses, wie Napoleon wohl angeordnet haben mochte, von Las Cases oder O'Meara nach Europa gebracht worden, damit es nach seinem Tode nicht in die Hände der Engländer falle? In dem einen Falle hielt es Metternich für sehr wahrscheinlich, dass der Herzog von Leuchtenberg derjenige sei, in dessen Besitz das Testament sich befand, in dem andern Falle vermuthete er dieses noch in England.[3]

Erfolglos jedoch wie bisher blieben auch jetzt die Bemühungen des kaiserlichen Botschafters in London. Lord und Lady Holland waren bereits seit längerer Zeit verreist, weshalb Esterhazy sich ausser Stand gesetzt sah, im Sinne der Weisung zu handeln, welche auf sie Bezug hatte. Ausserdem fand er seitens der englischen Regierung nicht jenes Entgegenkommen, auf welches Metternich zu rechnen schien; denn der

---

[1] Anhang 8.

[2] Aus den Acten ist darüber nichts weiter zu entnehmen.

[3] Anhang 9.

erste Staatssecretär Marquis Londonderry, an welchen Esterhazy sich wenden musste, da Bathurst gerade nicht in London weilte, eröffnete ihm, dass England es als Grundsatz aufgestellt habe, sich in nichts zu mischen, was das Privatvermögen Bonaparte's betreffe, und deshalb nicht in der Weise Nachforschungen pflegen dürfe, wie die österreichische Regierung sie verlange. Nur dazu erklärte er sich bereit, diese in ihren Bemühungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

VII. Capitel.

Esterhazy ertheilt dem Fürsten Metternich den Rath, in Frankreich Nachforschungen über den Verbleib des Testamentes austellen zu lassen. — Sein Gespräch mit Sir Hudson Lowe. — Bertrand und Montholon in Paris. — Ihr Process mit dem Bankhause Lafitte. — Bertrand's Schreiben an Marie Louise. — Antomarchi in Parma. — Seine Audienz bei dem Grafen Neipperg. — Er sieht die Kaiserin im Theater. — Eindruck, welchen die Witwe Napoleons auf ihn hervorruft. — Marie Louise erhält den Brief Bertrand's. — Sie wendet sich um Rath an den Fürsten Metternich. — Dieser schreibt an Neipperg. — Marie Louise ersucht den Botschafter in Paris, in ihrem Namen mit den Testamentsvollstreckern zu unterhandeln.

Im Hinblick darauf und weil auch Graf Bertrand nicht mehr in England, sondern bereits auf französischem Boden sich befand, gab Esterhazy dem Fürsten Metternich zu bedenken, ob es nicht angezeigter wäre, in Frankreich, welches an der Sache bei Weitem mehr als England betheiligt sei und auch über einen besseren Polizeiapparat verfüge, Nachforschungen über den Verbleib des Testamentes anzustellen.[1] Um jedoch

[1] L'absence prolongée de Lord et Lady Holland m'a empêché de suivre l'indication que vous avez bien voulu, mon prince, me donner à ce sujet; ayant d'ailleurs interrompu toute relation avec eux, même celles de société, je n'ai aucun moyen de pouvoir en profiter. Mes informations ne peuvent donc être que très indirectes; je ne désespère cependant pas de m'en procurer par des personnes qui fréquentent leur société, uniquement dans le but de vérifier le fait, si on y a connaissance du testament en question ou non. Le général Bertrand s'étant établi en France, il sera peut-être plus aisé d'y découvrir quelques données à cet égard qu'il ne l'est ici, d'abord parceque le gouvernement Français même s'y trouve plus intéressé que le gouvernement Britaunique et ensuite parceque les moyens de police y sont bien plus efficaces. Lord Bathurst, dans le département duquel se trouve toujours tout ce qui a trait aux relations avec Bonaparte, et qui m'a souvent montré beaucoup de

von jeder Seite Erkundigungen eingezogen zu haben, wendete sich Fürst Esterhazy auch an Sir Hudson Lowe, welcher am 25. Juli St. Helena verlassen hatte.

Trotz des nichts weniger als freundschaftlichen Verhältnisses, in welchem er als Gouverneur der Insel St. Helena zu dem österreichischen Commissär, Freiherrn von Stürmer, gestanden war, zeigte Sir Hudson Lowe dem kaiserlichen Botschafter in einer Weise sich zuvorkommend, welche dieser von ihm nicht erwartet hatte. Aber auch seine Mittheilungen waren nicht der Art, dass sie Esterhazy befriedigten. Ueber den Verbleib und die Zeit der Abfassung des Testamentes wusste er ebenso wenig etwas zu sagen, als seine Ansicht, dass es von dem Abbé Buonavita nach Europa gebracht worden sei, mit genügenden Beweisgründen zu belegen. Das Eine jedoch glaubte auch er als gewiss annehmen zu dürfen, dass ein Testament existire, denn es war ja Graf Montholon selbst, welcher ihn noch bei Lebzeiten Napoleons davon in Kenntniss gesetzt hatte. Von ihm erfuhr er auch etwas über den Stand des hinterlassenen Vermögens, welches er auf 100.000 Pfund Sterling schätzte. Weiters hielt Lowe es für keineswegs ausgeschlossen, dass das Testament, vielleicht den Absichten Bonaparte's entgegen, bei Seite geschafft worden sei, denn auffallend musste es ihm immerhin erschienen sein, dass Nie-

complaisance, ne se trouvant pas ici pour le moment, c'est au marquis de Londonderry que j'ai temoigné combien il était important, sous plusieurs rapports, de nous procurer des informations exactes sur tous les détails de cet objet, savoir l'existence d'un testament et les dispositions qu'il peut renfermer. J'ai eu soin de bien lui faire remarquer que, si nous mettons un grand prix à pénétrer le mystère dont les dépositaires de cet acte ont pris à tâche d'envelopper, c'est que nous l'attribuons principalement à un plan politique, calculé sur des chances possibles dans l'avenir. J'ai en même temps prié S. S. d'observer, que si, grâce aux sages et bienveillantes dispositions de S. M. l'empereur, les intérêts pécuniaires ne sont dans cette affaire que d'une importance secondaire, cependant Elle ne pouvait ni ne devoit, comme tuteur naturel de M. le duc de Reichstadt, abandonner les droits de son petit-fils à la fortune particulière de son père. Le principal secrétaire d'état m'a paru entièrement apprécier la force de ce raisonnement. Il m'a seulement observé, que le gouvernement Britannique ne pouvait point faire directement et ouvertement les recherches que nous lui demandons, ayant adopté pour principe de ne se mêler en rien de ce qui concerne la fortune particulière de Bonaparte. Esterhazy an Metternich. Londres, le 27 novembre 1821.

mand in Longwood nach dem Tode des Exkaisers etwas darüber zu sagen wusste und er selbst statt eines solchen Documentes nur ein Codicill vorfand. Im Uebrigen machte er den Fürsten Esterhazy darauf aufmerksam, dass man die Giltigkeit des Testamentes anfechten könne, wenn dieses aller Voraussicht nach von den Localbehörden nicht beglaubigt worden sei. [1]

Während die österreichische Regierung alle Hebel in Bewegung setzte, um diejenigen ausfindig zu machen, welche im Besitze des Testamentes Napoleons sich befanden, weilten die Grafen Bertrand und Montholon bereits in Paris.[2] Hier wiesen sie dem Banquier Lafitte das Schreiben des Exkaisers vom 25. April vor, welches sie ermächtigte, eine Summe von fast 6 Millionen Francs in Empfang zu nehmen. Lafitte weigerte sich jedoch, ihrem Begehren ohneweiters Folge zu leisten. Er zog Erkundigungen ein, wie er in diesem Falle sich zu benehmen hätte, und erklärte sodann, dass der Rechtstitel, auf welchen die Beiden sich beriefen, ihn nicht genügend ermächtige, ihnen die in seiner Verwahrung befindlichen Summen einzuhändigen. Ob die hauptsächlichsten Beweggründe seiner Weigerung die Rücksichtnahme auf die Witwe und den Sohn Napoleons oder den Umstand betrafen, dass von einem Testamente und anderen

[1] Anhang 10.

[2] Montholon begab sich, wie Fürst Metternich erst später in Erfahrung brachte, gleich nach seiner Ankunft in Paris zu dem Herzog von Richelieu und theilte diesem das Testament Napoleons mit dem Bemerken mit, dass er Anstalten treffen werde, es in Vollzug zu bringen. Am 19. November 1821 war Karcher, der Geschäftsträger des Grossherzogs von Toscana in Paris, bereits in der Lage, Obiges nach Hause zu berichten. Aber aus der Gesandtschaftscorrespondenz geht nicht hervor, dass die österreichische Regierung bereits im November 1821 von diesem Schritte des Grafen Montholon Kenntniss hatte. Weiters berichtet Karcher: ‚Il parait que sous le rapport de l'exécution le gouvernement veut laisser faire. Elle donnera lieu à maintes difficultés. Question de savoir si le testateur était apte à tester? Est-ce la législation Anglaise ou celle Française qui doit agir? Cette dernière diminnerait les legs de moitié, parce qu'elle adjuge la moitié au fils. Lafitte, auquel Bonaparte, lors de son départ en 1815 a remis dix millions de francs, et qui en a dépensé des sommes dont il ne peut rendre compte, s'oppose à la remise du capital et des intérêts, en soutenant entre autres que le testament existant en Angleterre et qui ne doit être ouvert qu'à la majorité du fils peut renfermer des clauses contraires à celui qu'on produit aujourd'hui.' St.-A.

Depots die Rede war, welche in England sich befinden sollten, oder ob nicht auch persönliche, geschäftliche Interessen mit im Spiele waren, müssen wir hier unerörtert lassen.

All dies gelangte zur Kenntniss des österreichischen Botschafters in Paris, welcher sich beeilte, dem Fürsten Metternich davon Mittheilung zu machen. Gleichzeitig berichtete er auch nach Wien, dass Bertrand und Montholon als die Verwahrer des Testamentes sich bezeichneten, zu dessen Vollstreckung sie nicht früher berechtigt wären, als bis der Herzog von Reichstadt seine Grossjährigkeit erlangt hätte.[1]

Sie hofften Beide, die Erlaubniss zu erhalten, sich nach Parma begeben zu dürfen, und warteten die Antwort auf einen Brief ab, welchen Bertrand am 15. August von London aus an die Witwe Napoleons gerichtet hatte. Er lautete wie folgt: ‚Sie wissen zwar bereits, dass Sie Ihren erlauchten Gemahl verloren haben, aber ich folge seinen Befehlen und zeige Ihnen hiermit in officieller Weise seinen Tod an.'

‚Während seines Aufenthaltes auf St. Helena waren E. M. bis zu seinen letzten Stunden der Gegenstand seiner Gespräche

---

[1] Paris, le 4 décembre 1821.

Au moment où Bonaparte en 1815 quitta la France pour la seconde fois, il laissa des fonds entre les mains du banquier Lafitte ponr la valeur de quatre, on dit même de six millions de francs; j'ignore si le ministère du roi en a été informé.

Depuis la rentrée en France dn général Bertrand et de M. de Montholon, cenx-ci mnnis d'nn écrit de Bnonaparte, qui disposait de ces mêmes fonds tant en leur favenr qu'en celle d'un nommé Marchand, son valet de chambre, réclamèrent de M. Lafitte la remise des sommes qni étaient entre ses mains. Il convient qu'il s'en tronvait en effet le dépositaire, mais il refusa de s'en dessaisir, jusqu'à ce qn'il eût pris conseil à cet égard, il parait d'après l'opinion qn'on lui a donné de cette affaire, que M. Lafitte ne se croit pas snffisamment autorisé par le titre, dont MM. Bertrand et Montholon ont fait usage vis-à-vis de lui, et que parmi les considérations qne lui ont fait envisager ses conseils, celles qui concernent la veuve et le fils, sont celles qui ont en le plus de poids, d'antant qn'il est question d'nn testament et d'autres fonds qui l'un et l'autres doivent se trouver en Angleterre; on assure que MM. Bertrand et Montholon se disent anssi dépositaires d'un testament, mais qu'ils ne doivent en faire usage qu'à la majorité du dnc de Reichstadt. On oppose à cette déclaration qne les lois de France ne s'accordent pas avec les dispositions sur lesqnels se fondent MM. Bertrand et Montholon.

— — — — — — — — — — — — — — — — —

und seines Denkens. Ihrer Obhut, Madame, der zärtlichen Sorge einer Mutter hat er seinen Sohn anvertraut. Kaiser Napoleon hatte gewünscht, dass sein Herz Ihnen übergeben werde; aber wir waren genöthigt, alle seine sterblichen Reste in einem und demselben Sarge zu verschliessen; doch will ich Ihren Schmerz nicht durch peinliche Details erneuern. Weil der Kaiser das Verlangen geäussert hat, dass ich mit dem Grafen Montholon mich zu E. M. begebe, erbitten wir uns die Gnade, Ihnen die Versicherung unserer Verehrung zu Füssen legen zu dürfen, sobald die Umstände es nns erlauben werden.'

Bevor dieses Schreiben in die Hände Marie Louisens gelangte, traf Dr. Antomarchi, welcher auf der Reise nach Rom begriffen war, in Parma ein. Hier fand er Gelegenheit, dem Grafen Neipperg vorgestellt zu werden. Von ihm auf das Freundlichste empfangen und über die Krankheit und den Tod Napoleons befragt, äusserte Antomarchi den Wunsch, auch der Kaiserin über die letzten Angenblicke ihres Gatten nähere Aufschlüsse zu ertheilen und ihr bei dieser Gelegenheit einen an sie gerichteten Brief der Grafen Bertrand und Montholon übergeben zu dürfen. Darin wurde Marie Louise im Namen Napoleons aufgefordert, Antomarchi eine lebenslängliche Pension von 6000 Francs zu sichern, ihn zum Chirurgen ihres Hauses, den Abbé Vignali hingegen bis zur Grossjährigkeit des Herzogs von Reichstadt zum Almosenier zu ernennen.[1] ‚Ich kann Ihrem

---

[1] Die Grafen Bertrand und Montholon an die Herzogin von Parma:

Madame, Londres, ce 12 septembre 1821.

Le docteur Antomarchi, qui aura l'honneur de remettre cette lettre à V. M., a soigné l'emperenr votre auguste époux dans la maladie à laquelle il a succombé.

Dans ses dernières moments l'empereur nous a chargé de faire connaître à V. M. qn'il La priait de faire payer à M. Antomarchi une pension viagère de six mille francs comme récompense de ses services à Ste-Hélène et qn'il désirait qn'Elle l'attachât à Sa maison comme chirurgien ordinaire ainsi qne M. l'abbé Vignali comme aumônier ordinaire jnsqu'à la majorité du prince Son fils, époque à laquelle il désire qu'il lui soit attaché.

Nous croyons, Madame, remplir nn dernier devoir envers l'emperenr en transmettant à V. M. ses dernières volontés, qu'il nous a plusieurs fois réitérées.

Nous avons l'honneur d'être ...

Begehren nicht Folge leisten,' erwiderte Graf Neipperg; ,die Kunde von Ihrer Ankunft hat den Schmerz der Erzherzogin nur vermehrt; sie klagt und seufzt und ist nicht in der Lage, Sie zu empfangen. Aber ich biete mich Ihnen als Vermittler an; ich werde ihr melden, was Sie mir soeben erzählt haben, und den Brief übergeben, wenn Sie nicht darüber in Sorge sind, dass er durch meine Hände gehe.' Weit entfernt davon, irgend welchen Argwohn zu hegen, übergab Antomarchi dem Grafen das Schreiben. Neipperg entfernte sich und kehrte nach einer kleinen Weile mit einer Botschaft zurück, welche Antomarchi keineswegs erfreute. Denn Marie Louise hatte erklärt, dass sie ihn als einen Fremden nicht in ihre Dienste aufnehmen und auch seine Bitte in Betreff der Pension nicht sofort erfüllen könne. Sie müsse vorerst den Rath ihres Vaters einholen, sowie über die letztwilligen Bestimmungen ihres Gemahls ganz und gar im Klaren sein.[1] Als Graf Neipperg nach diesen sich erkundigte, vermochte er nichts Anderes in Erfahrung zu bringen, als was ihm bereits Abbé Vignali mitgetheilt hatte. ,Die Testamentsvollstrecker,' bemerkte Antomarchi, ,haben es sich zum Gesetze gemacht, getreu nach ihren Instructionen zu handeln.' Welcher Art jedoch diese wären, darüber wusste der Arzt Napoleons nichts zu sagen. Als er sich verabschiedete, überreichte ihm Neipperg im Namen Marie Louisens einen kostbaren Ring. Wenige Stunden nach dieser Audienz hatte Antomarchi Gelegenheit, die Witwe Napoleons im Theater zu sehen. ,Da war nichts mehr,' schildert er uns in seinen Aufzeichnungen, ,von jener übervollen Gesundheit, jener blendenden Frische zu sehen, von welcher Napoleon mir so oft erzählt; mager, abgeschlagen, herabgekommen, trug sie die Spuren des Kummers an sich, welchen sie durchgemacht hatte. Sie kam blos, um gleich wieder zu gehen; ich aber habe sie gesehen, und das genügte mir.'[2]

Erst am 25. November gelangte der Brief des Grafen Bertrand, und zwar durch die Vermittlung eines in Parma lebenden Banquiers, welcher ihn wieder von einem römischen

---

Beilage eines Berichtes Neipperg's an Metternich ddo. Sala, le 16 octobre 1821.

[1] Neipperg an Metternich. Sala, le 16 octobre 1821.

[2] Antomarchi, II, 180—230.

Geschäftsfreunde zur Weiterbeförderung erhalten hatte, in die Hände der Erzherzogin. Obwohl Marie Louise noch vor wenigen Wochen anderen Sinnes war, zeigte sie sich jetzt nichts weniger als abgeneigt, Bertrand und Montholon zu sehen und zu empfangen, vorausgesetzt, dass sie Näheres über das Testament Napoleons in Erfahrung bringen könnte. Doch wollte sie in einer für sie heiklen Angelegenheit nichts unternehmen, ohne vorerst den Rath Metternich's eingeholt zu haben.[1] Am 2. December erhielt Graf Neipperg, welcher in ihrem Auftrage sich an den Fürsten gewendet hatte, folgende Antwort: ‚Es muss der Klugheit der Frau Erzherzogin überlassen bleiben, zu erwägen, ob das Interesse, welches sie daran hat, unmittelbar durch General Bertrand und Montholon Aufschlüsse über das Testament ihres verstorbenen Gemahls zu erhalten, mächtig genug ist, dass sie sich nicht durch den Eindruck beirren lasse, welchen das Erscheinen jener Beiden in Parma ganz unfehlbar in Europa und insbesondere in Frankreich hervorbringen wird. Sollte also I. M. grossen Werth darauf legen, die zwei Herren zu empfangen, so könnten Sie, Herr Graf, damit beauftragt werden, Bertrand und Montholon durch Baron Vincent mündlich verständigen zu lassen, dass sie für den Fall, als sie von Seite der französischen Regierung die Erlaubniss erhalten, sich nach Rom zur Familie Bonaparte zu begeben, auf ihrer Reise durch Parma hier empfangen werden. Wenn jedoch die Frau Erzherzogin sich dafür entscheidet, sie nicht zu empfangen, erachte ich es für schicklicher, dass sie auch davon absehe, ihnen zu antworten.‘

Marie Louise schloss sich der Anschauung des Fürsten Metternich an und richtete an den kaiserlichen Botschafter in Paris, Baron Vincent, das Ersuchen, den Grafen Bertrand und

[1] La lettre cy-jointe est parvenue hier à S. M. Mme l'archiduchesse par un banquier de cette ville, auquel elle a été transmise par un de ses correspondants de Rome. A juger de la date de cette lettre il n'est point donteux, qu'elle n'ait été retenue quelque part. Mme l'archiduchesse ne veut y faire aucune réponse sans avoir préalablement pris les conseils de V. A. dans une occasion aussi délicate. Elle n'a aucun intérêt particulier à désirer de voir ici le général Bertrand et le comte de Montholon si ce ne fut que pour en tirer des renseignements sur le testament de son défunt époux. En attendant la réponse de V. A. . . . Neipperg an Metternich. Parme, ce 16 novembre 1821.

Montholon zu eröffnen, dass sie all das, was sie in Betreff des Testamentes zu sagen wüssten, ihm schriftlich oder mündlich anvertrauen könnten. Sie selbst aber wäre, abgesehen davon, dass sie das Nähere über die letzten Stunden ihres verstorbenen Gemahls bereits durch Antomarchi und Vignali erfahren hätte, nicht in der Lage, sie bei sich zu sehen.[1]

General Vincent zögerte jedoch, sich mit den Genannten ins Einvernehmen zu setzen, ohne von dem Fürsten Metternich selbst hiezu ausdrücklich ermächtigt worden zu sein. Er setzte diesen von dem Verlangen der Erzherzogin mit der Bemerkung in Kenntniss, dass man sich nöthigenfalls an die französischen Gerichte wenden müsse, um die Ansprüche Marie Louisens und des Herzogs von Reichstadt zur Geltung zu bringen. Ein solcher Schritt könnte aber auch nur dann unternommen werden, wenn die testamentarischen Bestimmungen Napoleons im Widerspruch mit den französischen Gesetzen stünden, welche es nicht gestatten, dass über einen gewissen Theil der Erbschaft hinaus zum Schaden der Kinder verfügt werde.[2]

---

[1] S. M. Mme l'archiduchesse qni sent parfaitement que l'arrivée du général Bertrand et de M. le comte de Montholon à Parme ne pourrait manquer de prodnire en Europe un effet défavorable et donner lieu à des nonvelles clameurs, me charge de vous prier d'avoir la bonté de prévenir ces MM. verbalement que sa position ne lni permet pas de les recevoir. S. M. a déjà en par le chapelain Vignali et le docteur Antomarchi tous les détails concernant les derniers instants de son défunt époux. Si par un sentiment de loyanté anquel elle a le droit de s'attendre de la part de MM. les comtes de Bertrand et de Montholon, ils voulaient fournir des lumières sur le testament de son époux (qui lui inspire le plus grand intérêt par une sollicitnde bien naturelle pour son bien aimé fils) ils en trouveront tous les moyens en les communiquant confidentiellement à V. E. soit par écrit, soit verbalement.

Mme l'archidnchesse a la pleine confiance qne personne ne s'acquittera d'nne commission aussi délicate mieux que V. E., et je suis . . . . . . Neipperg an Baron Vincent. Parme, ce 11 décembre 1821.

[2] Quoiqu'une lettre de V. A. à M. le comte de Neipperg en date dn 2 de ce mois, dont il m'a transmis nne copie, semblerait m'y autoriser en quelqne manière, je n'ai cependant pas cru devoir me mettre en aucune espèce de rapport avec ces Messieurs sans une autorisation directe de V. A. Je m'empresse en conséquence de Lui rendre compte dn désir que m'a fait témoigner Mme la dnchesse de Parme, en observant toutefois, que dans le cas où Elle jugerait à propos que je m'occupe de l'objet

VIII. Capitel.

Zeitungsgerüchte über das Testament Napoleons. — Lord Bathurst. — Baron Vincent. — Marie Louise. — Verhalten des Fürsten Metternich. — Kaiser Franz fordert den Staatskanzler auf, ihm zuverlässige Nachrichten über das Testament zu unterbreiten. — Weisungen Metternich's nach London und Paris. — Marie Louise erklärt, auf jeden Nutzgenuss der dem Herzog von Reichstadt möglicherweise zufallenden Erbschaft verzichten zu wollen.

Französische und deutsche Journale brachten in Bälde ausführliche Artikel über die von Seite der Grafen Montholon und Bertrand an Lafitte gestellte Forderung und über das Testament selbst, von welchem einzelne Bestimmungen veröffentlicht wurden. Sie wiesen auch auf den Herzog von Leuchtenberg als denjenigen hin, in dessen Händen ein ansehnliches Depot sich befinden sollte. Weiters waren Gerüchte im Umlauf, dass Napoleon seinem Sohne nichts Anderes als seinen Degen und eine Instruction vermacht habe, welche General Bertrand beauftragt sei, dem Herzog von Reichstadt zu übermitteln.[1]

Ein Auszug aus dem Testamente, welcher in den letzten Tagen des November in den meistgelesenen Journalen erschien und, wie allgemein vermuthet wurde, von Montholon herrührte, erregte die ganz besondere Aufmerksamkeit der französischen und der englischen Regierung. Esterhazy theilte dem Fürsten Metternich mit, dass er die eifrigsten Nachforschungen über die Glaubwürdigkeit dieser Nachrichten gepflogen habe und zur Ueberzeugung gekommen sei, dass sie zum grössten Theil auf Wahrheit beruhten. Bathurst, welcher derselben Ansicht war, glaubte mit aller Bestimmtheit annehmen zu dürfen, ‚dass die wichtigsten Verfügungen des Verstorbenen in einem besonderen Documente verzeichnet stünden, dessen Erscheinen erst in späteren Tagen, vielleicht dann erfolgen sollte, wenn der Herzog von Reichstadt seine Grossjährigkeit erlangt habe‘.

---

en question, il pourrait bien en résulter la nécessité de démarches judiciaires, et par conséquent celles de reconrir aux tribunaux d'ici pour assurer les prétentions que Mme la duchesse de Parme ou son fils pourraient avoir sur les fonds sus-mentionnés. Vincent an Metternich. Paris, le 27 décembre 1821.

[1] Anhang 11.

Die Auszüge, welche die Zeitungen aus dem Testamente gebracht hatten, enthielten unter Anderem Verfügungen Napoleons über jene Gelder, von welchen es hiess, dass sie bei dem Herzoge von Leuchtenberg, bei Lafitte und auch bei Marie Louise niedergelegt seien. Lord Bathurst nahm an, dass Napoleon wohl nie mit voller Sicherheit mit diesen Depots habe rechnen können und ihm noch ein anderes grösseres Vermögen zu Gebote gestanden sei, in Betreff dessen vielleicht jenes besondere Schriftstück nähere Bestimmungen enthalte. Er liess kein Mittel unversucht, um darüber sichere Anhaltspunkte zu gewinnen, und glaubte endlich als gewiss annehmen zu dürfen, dass der grösste Theil der verfügbaren Gelder in Amerika bei dem Grafen Survilliers niedergelegt worden sei. Diese Ueberzeugung zu hegen, war Lord Bathurst umsomehr geneigt, als er nie an den Fluchtplänen des Gefangenen von St. Helena gezweifelt hatte; denn Napoleon sah nach seiner Ansicht Amerika für dasjenige Land an, welches ihm die grösste Bürgschaft auf Erfolg zu gewähren vermöge.[1]

Die verschiedenen von den Journalen gebrachten Enthüllungen genügten Vincent, um ihn erkennen zu lassen, mit welch grossen Schwierigkeiten das Unternehmen verbunden sei, den Ansprüchen der Herzogin von Parma zum Siege zu verhelfen. Die politische Seite des Testamentes trat jetzt klar an den Tag: Vincent nannte es einen Angriff auf die bestehende

[1] Il croit toutefois, que les dispositions les plus importantes du défunt se trouvent consignées dans un document séparé, qui ne doit paraître au jour qu'à une époque plus reculée et, peut-être, seulement à la majorité du prince de Reichstadt. On suppose que par ce document Bonaparte disposait de ses fonds effectivement disponibles, ce qui n'est pas le cas de ceux dont il est question dans la pièce publiée, puisqu'il ne pouvoit raisonnablement compter ni sur les fonds entre les mains du Prince Eugène, ni sur ceux qu'il prétend avoir été remis à l'impératrice Marie Louise à Orléans, ni même sur ceux déposés chez M. Lafitte. Lord Bathurst et une maison commerciale de la cité, qui a été employée dans plusieurs de ses transactions pécuniaires, sont d'avis que, ce dont Bonaparte pouvait disposer en toute sûreté, se trouve en Amérique, probablement en grande partie sous le nom de son frère Joseph, d'autant plus qu'il est connu qu'il n'avait pas abandonné l'espoir de s'échapper, et que c'était sur l'Amérique qu'il comptait comme lui laissant le plus de chances de succès. Il est donc plus que probable que c'est là que doivent se trouver ses fonds les plus considérables. Esterhazy an Metternich. Londres, le 5 février 1822.

Regierung und ein Mittel, um die alte Armee für den Namen Napoleons zu begeistern. Er gab dem Fürsten Metternich zu bedenken, ob es rathsam wäre, auf gerichtlichem Wege die Mittheilung dieses Testamentes zu verlangen und seine Giltigkeit durch Rechtsgelehrte prüfen zu lassen; der grosse Process, welcher heraufbeschworen würde, müsste den Wiener Hof nach jeder Richtung hin nur in die peinlichste Lage versetzen. Eher könnte man der bei dem Herzoge von Leuchtenberg hinterlegten Gelder sich versichern und darüber mit Ausschluss der Oeffentlichkeit und ohne die Dazwischenkunft der Gerichte verhandeln.[1]

Die Nachrichten, welche die Zeitungen gebracht hatten, versetzten Marie Louise in nicht geringe Bestürzung. In ihrem Auftrage wendete Graf Neipperg sich in einem Schreiben vom 21. December mit der Frage an den Fürsten Metternich, welche Mittel ergriffen werden sollten, um eine Verkürzung der Rechte des Herzogs von Reichstadt nach Möglichkeit hintanzuhalten.[2] Metternich wiederum war nicht gesonnen, angesichts der neuen Wendung, welche die Testamentsangelegenheit jetzt zu nehmen schien, in seinem bisherigen Verhalten sich irgendwie beirren zu lassen. Nach aussen hin durfte nur ein Standpunkt verfochten werden, von welchem aus die österreichische Regierung

[1] Anhang 11. Das von dem Herzoge im Jahre 1814 übernommene Depot im Betrage von 800.000 Francs war in der Zwischenzeit durch die vielen Zahlungen, welche Engen im Auftrage Napoleons hatte leisten müssen, bedeutend verringert worden. Die Testamentsvollstrecker traten in Bälde mit der Forderung an ihn heran, ihnen über die Interessen jenes Capitals Rechnung zu legen. Der Herzog machte dagegen geltend, dass er dasselbe als ein Depot übernommen habe, also nicht verpflichtet werden könne, für die Zinsen aufzukommen. Es entspann sich in der Folge ein langwieriger Process, welcher erst im Jahre 1850, und zwar zu Gunsten des herzoglichen Hauses entschieden wurde. Vgl. Eugène, X, 408—425.

[2] S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme ayant lu, tant dans l'Allgemeine Zeitung d'Augsbourg, que dans le journal de Débats du 10 décembre des articles qui se réfèrent au testament de feu l'exempereur Napoléon, et qu'ils annoncent qu'il a disposé de plusieurs millions de francs placés durant les cent jours chez le banquier Lafitte en faveur des comtes de Bertrand et de Montholon, me charge de prier V. A. de vouloir bien faire prendre des informations, si ces nouvelles ont quelque fondement et quel moyen il y aurait à employer pour empêcher le dommage qui doit en dériver naturellement pour le duc de Reichstadt son fils. Neipperg an Metternich. Parma, ce 21 décembre 1821.

die Sache ansah: der civilrechtliche. In Betreff der politischen Seite des Testamentes war Metternich fest entschlossen, zwar die grösste Zurückhaltung zur Schau zu tragen, aber nichtsdestoweniger alle Vorkehrungen zu treffen, um irgend welchen staatsgefährlichen Absichten mit Nachdruck begegnen zu können. Er forderte General Vincent auf, der Angelegenheit, um die es sich handelte, nur in dem angegebenen Sinne seine Aufmerksamkeit zu widmen und jeden Schritt ängstlich zu vermeiden, welcher den Verdacht erwecken könnte, dass er von Seite seiner Regierung andere Weisungen als solche erhalten habe, welche einzig und allein auf die civilrechtlichen Ansprüche des Herzogs von Reichstadt sich bezogen.[1]

In Betreff des Ersuchens jedoch, welches Marie Louise an den kaiserlichen Botschafter in Paris gestellt hatte, zwischen ihr und den Grafen Bertrand und Montholon vermitteln zu wollen, machte Fürst Metternich den Baron Vincent auf eine Depesche aufmerksam, welche er bereits am 4. Februar 1821 an ihn gerichtet hatte und die folgendermassen lautete: ‚Da I. M. die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, in der Absicht, ihren bisherigen Geschäftsträger zu Paris, Herrn Poggi, von dort abzuberufen, den Wunsch geäussert haben, dass die k. k. Botschaft daselbst angewiesen werde, Höchstihre und die

[1] ‚Les mesures qui ont été portées dans l'ordre du droit des gens et dans celui des dispositions politiques envers les membres de la famille de Bonaparte, ont laissé intacts les droits qu'ils ont dans l'ordre des lois civiles; et il doit vous être connu, M. le baron, que plusieurs des membres de cette famille jouissent sans trouble et sans contestation de leurs propriétés ainsi que de tout autre effet des lois civiles en France. D'après cette considération il nous importe à plusieurs titres d'être instruits si ces réclamations ont eu effectivement lieu et si elles ont donné lieu à des transactions judiciaires ou à d'autres dispositions, qui pourraient affecter la propriété des dits fonds. Il ne vous sera pas difficile, M. le baron, de vérifier ce qu'il eut y avoir de vrai dans ces informations, qui non seulement ont été répandues dans toute la France, mais qui ont été également accréditées en Angleterre. Je dois donc vous inviter à vous enquérir sons main de ce qui existe à cet égard, en vous abstenant toutefois de toute démarche avouée et ostensible qui pourrait autoriser l'opinion que vous avez reçu des ordres à ce sujet. Malgré la réserve que nous entendons observer dans tout ce qui rentre dans la partie politique de cette question, il ne nous est pas permis d'ignorer ce qui à cet égard est du domaine des lois civiles et de la propriété particulière . . .‘ Metternich an Vincent. Vienne, le 4 janvier 1822.

Angelegenheiten ihrer Unterthanen bei dem französischen Hofe zu besorgen, so wollen Sie sich angelegen sein lassen, den Aufträgen I. M. der Frau Erzherzogin, insofern Sie in Ihrer Stellung als Botschafter nicht etwa bei dem einen oder anderen ein gegründetes Bedenken finden, thunlichst nachzukommen, dabei jedoch die Vorsicht gebrauchen, Ihre diesfälligen Einschreitungen von denjenigen, welche auf hierortige Weisungen erfolgen, abgesondert zu behandeln und sich darüber mit dem Herrn FML. Grafen Neipperg, welcher fortan die auswärtigen Angelegenheiten der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla besorgt, in unmittelbarer Correspondenz zu erhalten. Man erachtet zu diesem Ende eine besondere Accreditirung E. E. von Seite des Hofes von Parma umsoweniger für nothwendig, als die Beauftragung der k. k. Gesandtschaften mit den Geschäften desselben eine natürliche Folge der zwischen beiden Höfen bestehenden engen Verwandtschaftsbande ist und bisher bei keiner der k. k. Missionen eine solche Accreditirung gefordert wurde.‘[1]

‚In getreuer Befolgung eines solchen Verhaltes,‘ theilte Metternich dem Baron Vincent am 26. Jänner 1822 mit, ‚hat uns auch die Frau Erzherzogin das Schreiben Bertrand's eingesendet und den Wunsch ausgedrückt, dass E. E. ersucht werden mögen, von Seite der Grafen Bertrand und Montholon jene Eröffnungen entgegenzunehmen, auf welche sie in dem Briefe vom 16. August hinweisen. Ich bitte Sie also, in dieser Angelegenheit sowohl, als auch in allen übrigen das Organ der Herzogin von Parma zu sein und als solches bei den Genannten, rücksichtlich derer Ihnen diese Depesche im Nothfalle als Specialvollmacht dienen möge, sich vorzustellen.‘

Dem Staatskanzler musste jetzt umsomehr daran gelegen sein, genauen Aufschluss über das Testament zu erhalten, als es niemand Geringerer als der Kaiser selbst war, welcher mit aller Entschiedenheit darauf drang. ‚Ich trage Ihnen auf,‘ resolvirte Franz I. am 9. Jänner 1822 einen Vortrag, mit welchem ihm Fürst Metternich drei Tage vorher die aus Paris und London eingelangten Berichte vorgelegt hatte, ‚zu trachten, in Erfahrung zu bringen, ob Napoleon ein Testament gemacht

[1] Schreiben an Freiherrn v. Vincent zu Paris, 4. Februar 1821. St.-A.

habe, wo es sich befinde und worin es bestehe, da mein Wille ist, dass die Rechte meiner Tochter und meines Enkels, sowie ihr Interesse in dieser sowie in jeder Gelegenheit nach der strengsten Gerechtigkeit geschützt und bewahrt werden, wofür Sie daher auch zu sorgen haben.‘

Im Sinne dieser kaiserlichen Willensäusserung forderte Metternich den Fürsten Esterhazy neuerdings auf, Lord Bathurst zu veranlassen, den Wünschen des österreichischen Hofes gerecht zu werden. Indem er es als gewiss voraussetzte, dass die Schicksalsgefährten Napoleons vom Tage ihrer Ankunft in England bis zu ihrer Abreise nach Frankreich auch rücksichtlich ihrer Correspondenz auf das Sorgfältigste überwacht worden seien, machte er den Botschafter darauf aufmerksam, dass daraus sich weitere Anzeichen ergeben könnten, um die Testamentsangelegenheit vollends aufzuklären.[1]

An demselben Tage ging auch eine Depesche an den kaiserlichen Botschafter in Paris ab, worin diesem mitgetheilt wurde, welches Verhalten er bei Gelegenheit der Unterhandlungen mit Bertrand und Montholon zu befolgen habe. Metternich erachtete es für klug, dass Baron Vincent mit jedem einzeln sich ins Einvernehmen setze, wogegen schon deshalb kein Einwand erhoben werden dürfte, weil Graf Bertrand die officielle Anzeige von dem Tode Napoleons allein unterzeichnet und zugleich im Namen seiner Gefährten gesprochen habe. ‚Im Uebrigen,‘ bemerkte der Staatskanzler, ‚gilt es als Regel, dass, insofern mehr Testamentsvollstrecker vorhanden sind, der Eine in Ermanglung des Anderen dafür Sorge trage, dass die

[1] ‚. . . Je ne puis donc qu'engager V. A. à continuer ses démarches auprès de Lord Bathurst et à m'en faire connaître le résultat, afin que je puisse en rendre compte à S. M. L'examen des papiers et effets délaissés par Napoléon Bonaparte, desquels fait mention le rapport du gouverneur Sir Hudson Lowe en date du 14 mai 1821, n'a produit que la preuve du codicile et du legs des boites destinées au duc de Reichstadt, mais on ne peut alors découvrir d'autre trace du testament même que la mention qui en est articulée dans le codicile. Il serait donc désirable de rattacher à ce premier examen les notions ou les indices que peuvent avoir fourni au secrétaire d'état, chargé des colonies, soit la correspondance des personnes attachées au prisonnier de Ste-Hélène, soit la surveillance à laquelle ces personnes ont été soumises à leur arrivée en Angleterre et jusqu'à leur départ pour la France . . .‘ Metternich an Esterhazy. Vienne, le 26 janvier 1822.

letztwilligen Verfügungen erfüllt werden, denn sie haften solidarisch dafür.' Um jedoch die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Aussagen Bertrand's und Montholon's nach jeder Richtung hin feststellen zu können, forderte Fürst Metternich den Botschafter auf, einen Beamten der Botschaft zu Marchand zu entsenden, um auch von diesem irgendwelche Aufschlüsse zu erhalten. Noch ein ganz besonderer Umstand bestimmte ihn, sie alle einzeln vernehmen zu lassen: es war ihm bekannt, dass Graf Bertrand sowohl vor als nach dem Sturze Bonaparte's eines grösseren Ansehens als Graf Montholon sich erfreut hatte; nichtsdestoweniger war dieser in weit ausgedehnterem Masse als jener in den letzten Verfügungen des Exkaisers bedacht worden. Die verschiedensten Gerüchte, welche darüber laut wurden, verkündeten, dass es Montholon eben geglückt sei, den Gefangenen von St. Helena in der letzten Zeit zu überlisten. Man stellte ihn als einen Intriguanten ,von dem Schlage Talleyrand's, Semonville's und anderer Chamäleons der Revolution' hin. In Paris erregte es Aufsehen, dass Montholon seit seiner Rückkehr einen Aufwand trieb, welchen man umsomehr bespötteln zu dürfen glaubte, als es stadtbekannt war, dass er zur Zeit seiner Abreise bis an den Hals in Schulden gesteckt hatte. Wenn auch Fürst Metternich durch solche Gerüchte, welche ihren Ursprung vielleicht in dem Neide und der Missgunst einiger Bonapartisten haben konnten, sich nicht beeinflussen lassen wollte, so hielt er dennoch den Verdacht aufrecht, dass er es mit einer absichtlichen Verschweigung, wenn nicht mit einer Verhehlung der Gelder und Papiere der Hinterlassenschaft zu thun habe. Den von Seite Sir Hudson Lowe's dem kaiserlichen Botschafter in London gemachten Eröffnungen schenkte Metternich um so eher unbedingtes Vertrauen, als sie auch den Gegenstand eines Berichtes bildeten, welchen jener am 14. Mai 1821 an Lord Bathurst gerichtet hatte. Sie waren das einzig Verlässliche, was die österreichische Regierung über den Stand der Erbschaft wusste, nämlich: dass ein Codicill vom 16. April 1821, dessen Inhalt man kannte, vorhanden sei; dass nichtsdestoweniger das darin erwähnte Testament nicht vorgefunden werden konnte; dass Napoleon seinem Sohne einige Tabatièren und Schmuckgegenstände vermacht habe, und dass endlich Bertrand, Montholon und Marchand die Vollstrecker seiner letztwilligen Verfügungen seien.

Baron Vincent wurde beauftragt, gelegentlich seiner Unterhandlungen mit den drei Genannten erst dann die Rede auf die Hinterlassenschaftsmasse und die bei Lafitte oder anderswo deponirten Gelder zu bringen, wenn sie über das in dem Schreiben Bertrand's in Aussicht Gestellte sich ausgesprochen und ihm weiters mitgetheilt hätten, in welcher Weise sie ihres Auftrages sich zu entledigen gedächten.

In ihrer Eigenschaft als Testamentsvollstrecker waren sie nach französischem Rechte gehalten, ein Jahr nach dem Tode des Erblassers Rechenschaft abzulegen. Um ihnen gleich von vornherein die Möglichkeit zu benehmen, das Vorhandensein eines Testamentes in Zweifel zu ziehen oder gar zu bestreiten, wurde Baron Vincent bedeutet, diese Frage gesprächsweise über jedes Bedenken erhaben hinzustellen, nachdem sie von Augenzeugen aus St. Helena genügend erhärtet worden sei und Abbé Vignali, sowie auch Antomarchi Kenntniss von dem betreffenden Documente gehabt hätten.

In Erörterungen politischer Natur durfte Baron Vincent sich nicht einlassen, weshalb er von Metternich angewiesen wurde, dieses den Testamentsvollstreckern ausdrücklich zu erklären. Damit sie jedoch ein solches Verbot nicht zum Vorwande nehmen könnten, die Verhandlungen abzubrechen, sollte der Botschafter ihnen den Vorschlag machen, dass er gerne bereit sei, Briefe, welche derartige Enthüllungen beträfen, zur Weiterbeförderung zu übernehmen, ohne nach ihrem Inhalte zu forschen; von ihnen hingegen müsste er als Bevollmächtigter des natürlichen Erben jene Anfschlüsse verlangen, welche auf das rein Sachliche der Erbschaft sich bezögen.

Fürst Metternich wollte den Erfolg dieser Conferenzen des kaiserlichen Botschafters in Paris mit Bertrand und Montholon erst abwarten, bevor er endgiltig darüber entschied, ob es vonnöthen sei, gerichtliche Schritte einzuleiten. ‚Es ist von Wichtigkeit,‘ schrieb er an Baron Vincent, ‚in dieser Hinsicht einer sicheren Grundlage gewiss zu sein, auf die man sich verlassen darf; denn wenn man auf Zeitungsartikel und blosse Gerüchte hin bestimmte Schritte unternehmen würde, so könnte man leicht sich der Gefahr einer aus der Luft gegriffenen Mystification aussetzen und müsste es eines Tages bedauern, in gerichtliche Erörterungen sich eingelassen zu haben, um nach imaginären Schätzen zu fahnden und Depots zu be-

anspruchen, deren Vorhandensein durch nichts begründet wäre.‘[1]

Als Baron Vincent in einem Schreiben nach Parma die Nothwendigkeit gerichtlicher Schritte hervorhob, gab Graf Neipperg dem Fürsten Metternich zu bedenken, ob es nicht rathsamer sei, die Herzogin dabei gar nicht ins Spiel kommen zu lassen. Für diese Anschauung Neipperg's sprach der Umstand, dass Marie Louise den Entschluss gefasst hatte, ihrerseits auf Alles, ja selbst auf den lebenslänglichen Nutzgenuss der dem Herzoge von Reichstadt zufallenden Erbschaft zu verzichten und nur die Rechte dieses aufrecht zu erhalten.[2]

IX. Capitel.

Antomarchi in Parma. — Gerüchte über ihn. — Seine Audienz bei dem Grafen Neipperg. — Er reist nach Paris. — Baron Vincent.

Inzwischen war Antomarchi wieder nach Parma gekommen. Schon am 18. December des verflossenen Jahres hatte der kaiserliche Gesandte in Florenz, Graf Bombelles, den Grafen Neipperg von der bevorstehenden Ankunft des Arztes Napoleons benachrichtigt und diese Anzeige folgendermassen begründet: ‚Personen, welche Antomarchi hier besuchten, versicherten mich, dass er bittere Klage darüber geführt habe, gelegentlich seiner ersten Durchreise durch Parma von der Herzogin nicht empfangen worden zu sein. Antomarchi liess sogar verlauten, dass, wenn ihm die Ehre zutheil geworden wäre, I. M. zu sprechen, er ihr so Manches zur Kenntniss gebracht hätte. Ich weiss zwar nicht, ob dieser Mann irgendwelche Anhaltspunkte über das Vorhandensein des Testamentes Napoleons zu geben vermag und ob die Aeusserungen, die er

[1] Anhang 12.

[2] Le baron de Vincent est de l'avis que les intérêts de Mme l'archiduchesse ne puissent être traités, s'il y a lieu, autrement que par la voie judiciaire, et reste à juger alors ce que V. A. conseillera mieux que tout autre, s'il convient que S. M. puisse intervenir dans une cause pareille. Elle est bien décidée à ne rien accepter, pas même la jouissance viagère de tout ce qui peut résulter de l'héritage du défunt, dont il faudra pourtant que le testament vienne une fois au jour. D'un autre côté ces sollicitudes maternelles ne lui permettent point de rénoncer au moindre avantage sur lequel pourrait avoir droit son bien aimé fils. Neipperg an Metternich. Parme, ce 18 janvier 1822.

gethan, darauf sich beziehen; aber nichtsdestoweniger habe ich es als meine Pflicht erachtet, die Aufmerksamkeit E. E. darauf zu lenken und Sie nicht in Unkenntniss darüber zu lassen, dass Antomarchi in wenigen Tagen nach Parma kommen wird.‘

An den Grafen Bubna jedoch richtete Bombelles das Ersuchen, die Absichten Marie Louisens in Betreff Antomarchi's in Erfahrung zu bringen. Zu einer solchen Aufforderung wurde er durch die wiederholten Vorstellungen des Agenten Tito Mansi gedrängt, welcher einerseits nicht genug die Nothwendigkeit hervorheben konnte, dass die Herzogin von Parma den Arzt Napoleons in eigener Person empfangen möge, und andererseits ihn als einen Menschen ganz gewöhnlicher Art schilderte, von welchem er vermuthete, dass er wohl nie das Vertrauen Bonaparte's besessen habe.[1] Indem Bombelles den Fürsten Metternich von diesem Schreiben in Kenntniss setzte, theilte er ihm gleichzeitig als einen höchst auffallenden Umstand mit, dass Antomarchi, welcher bei seiner Ankunft in England doch jeder Geldmittel bar gewesen sei, in Florenz einen grossen Aufwand getrieben habe und sogar mit der Absicht sich trage, grössere Capitalien anzulegen.[2]

---

[1] „. . . M. Mansi m'a d'abord assuré connaître à peine le professeur Antomarchi, qu'il m'a peint comme un homme tout-à-fait ordinaire, et n'ayant jamais possédé la confiance de Napoléon. M. Mansi croit que, si Mme l'archiduchesse ent jugé à propos dans sa hante sagesse de voir Antomarchi, elle aurait peut-être pu tirer un plus grand parti de la conver. sation de cet homme que M. le comte de Neipperg, contre lequel il paraît avoir beaucoup de prévention.‘ Bombelles an Metternich. Florenz, 12. December 1821. St.-A.

[2] M. Tito Mansi m'a fait savoir avant-hier, à la suite de la conversation que j'ai eue dernièrement avec lui, et dont j'ai eu l'honneur de parler à V. A. dans mon très humble rapport No 81, litt. C, que le professeur Antomarchi alloit dans quelques jours repartir pour Paris. M. Mansi continuant à croire qu'il seroit extrèmement important, que cet homme pût parler à S. M. Mme la duchesse de Parme, j'ai cru bien faire de prévenir M. le comte de Bubna des projets de voyage du Sieur Antomarchi, afin que, s'il le juge à propos, il puisse pressentir à ce sujet les intentions de S. M. Mme l'archiduchesse. J'ignore si Antomarchi sait quelque chose de positif sur l'existence du testament de Napoléon, mais ce qui est certain, c'est que cet homme est arrivé en Angleterre presqu'entièrement dénué de moyens pécuniaires, et que dans ce moment-ci non seulement il a fait une assez grande dépense à Florence, mais qu'il cherche même à placer des capitaux. Bombelles an Metternich. Florence, ce 19 décembre 1821.

Als nun Antomarchi in den ersten Tagen des Jänner 1822 nach Parma kam, sprach er abermals bei dem Grafen Neipperg vor. Ohne den ausdrücklichen Wunsch zu äussern, der Herzogin vorgestellt zu werden, brachte er die Rede blos auf die lebenslängliche Pension, welche Marie Louise ihm in Gemässheit des Codicills ausbezahlen sollte. ‚Nachdem ich die Befehle I. M. eingeholt hatte,‘ berichtete Neipperg am 11. Jänner dem Fürsten Metternich, ‚habe ich ihm in deutlicher Weise zu verstehen gegeben, dass I. M. fest entschlossen sei, weder von einem weiteren Anspruch, noch irgend einer Empfehlung in Betreff dieser Angelegenheit etwas hören zu wollen, bevor sie nicht über das Testament und die letzten Verfügungen ihres verstorbenen Gemahls im Klaren wäre. Diese Antwort schien ihn nicht besonders befriedigt zu haben, und er ist gestern nach Paris abgereist.‘

Mit keiner Silbe jedoch erwähnte Graf Neipperg des Schreibens, welches er Antomarchi für Baron Vincent übergeben und in welchem Marie Louise ‚ihren wohlwollenden Absichten in Betreff des Arztes ihres Gemahls Ausdruck verliehen hatte, dessen letzten Wunsch zu erfüllen sie bestrebt sein würde‘.[1] In Paris angelangt, entledigte sich jener seines Auftrages und überreichte das Schreiben Neipperg's dem kaiserlichen Botschafter, Baron Vincent. Dieser benützte die Gelegenheit, um sich Antomarchi's als Vermittlers bei dem Grafen Bertrand zu bedienen.[2]

X. Capitel.

Process der Testamentsvollstrecker mit dem Bankhause Lafitte. — Marie Louise. — Erste Nachricht über den Verbleib des Testamentes. — Dieses ist als Depot bei dem Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbury hinterlegt. — Fürst Metternich. — Esterhazy schickt Auszüge des Testamentes, welche er von dem französischen Botschafter erhalten hatte, nach Wien. — Metternich's Ansichten über den Grafen Montholon.

Inzwischen war in erster Instanz über den Process verhandelt worden, welchen Bertrand und Montholon gegen das Bankhaus Lafitte angestrengt hatten. Dieses begründete seine Weigerung, die ihm anvertrauten Gelder herauszugeben, damit,

[1] Antomarchi, II, 240.
[2] Anhang 13.

dass nach dem Buchstaben des Gesetzes der Brief Napoleons keine rechtsgiltige Urkunde sei und weder der Erblasser noch der Erbe irgend etwas verfügen, beziehungsweise eine Erbschaft in Frankreich antreten könnten, nachdem die königlichen Verordnungen vom 6. März 1815 und vom 12. Jänner 1816 sie beide als bürgerlich todt erklärt hätten.

Es erübrige ihm also nichts Anderes, als das Depot bei Gericht zu hinterlegen, wo es verbleiben müsse, ‚bis die Sache spruchreif geworden sei‘. Weiters erklärte Lafitte, dass er nicht dazu verhalten werden könne, die von Seite Montholon's begehrten Interessen zu bezahlen, da er das von Napoleon ihm anvertraute Vermögen ausschliesslich als ein Depot übernommen habe. Es wurde kein Beschluss gefasst und die Weiterführung des Processes vertagt.[1]

Marie Louise hegte grossen Kummer darüber, dass man die bei Lafitte hinterlegten fünf Millionen ihrem Sohne nicht zusprechen würde, und fasste erst neuen Muth, als das ‚Journal des débats‘ vom 13. März die Nachricht brachte, dass sie gerichtlich deponirt werden sollten. In ihrem Auftrage richtete Graf Neipperg am 26. März das Ersuchen an Metternich, er möge bei dem Kaiser sich dafür verwenden, ‚dass jene ansehnliche Summe für den Herzog von Reichstadt nicht verloren gehe‘. Gleichzeitig liess Marie Louise dem Fürsten mittheilen, dass das Testament dereinst Aufschluss über alle Capitalien geben werde, welche, ihrer Ueberzeugung nach, in England und vielleicht auch in deutschen Handelshäusern angelegt seien; denn sie erinnere sich, wenn auch nur dunkel daran, dass Napoleon Bonaparte ihr gegenüber einmal die Aeusserung gethan habe, im Auslande Depots zu besitzen, worüber vielleicht das Londoner Bankhaus Baring die beste Auskunft ertheilen könnte.[2]

[1] Anhang 13.

[2] Ce testament portera en soi apparemment la clef de tous les capitaux placés en Angleterre, et peut-être dans qnelqnes villes de commerce de l'Allemagne. S. M. se rappèle, quoiqne confusément, que l'exempereur lni a fait mention, dans le temps qu'il donnait des licences au commerce, qu'il avait placé des fonds dans des pays étrangers, et il se pourrait bien qne la maison Baring à Londres fût à même de fournir quelqnes éclaircissements à cet égard. S. M. me charge de prier V. A., comme d'après le journal de débats dn 13 mars le jugement relatif au 5 millions, qui se trouvaient dans les mains du banquier Lafitte, vient d'être

Inzwischen war im Februar 1822 die erste zuverlässige Kunde über den Verbleib des Testamentes nach Wien gelangt. Dasselbe war als Depot bei einem geistlichen Gerichtshofe, jenem des Erzbischofs von Canterbury, hinterlegt worden und befand sich in den Händen des Anwaltes William Fox, welcher es in der ersten Woche des Jänner im strengsten Vertrauen überkommen hatte. Diese Nachricht war Lord Bathurst von dem königlichen Procurator selbst hinterbracht worden, worauf er sich beeilte, den Fürsten Esterhazy davon in Kenntniss zu setzen. In Form einer Note vom 26. Jänner theilte er dem Botschafter ferner mit, dass Fox noch nichts gethan habe, das Testament gerichtlich beglaubigen zu lassen, worüber aber noch eine lange Zeit verstreichen könne. Denn es sei unter Rechtsanwälten ein nicht seltener Brauch, ähnliche Documente Monate hindurch zu verwahren, bevor sie bei den Gerichten die erforderlichen Schritte unternähmen, ja es ereigne sich sogar zuweilen, dass eine gerichtliche Beglaubigung völlig unterbleibe.

Eine Abschrift des Testamentes vermochte Lord Bathurst nicht zu erhalten, und er sah ein, dass ihm kein rechtliches Mittel zu Gebote stehe, den Anwalt zu bewegen, das ihm im strengsten Vertrauen eingehändigte Schriftstück preiszugeben und den Namen dessen zu nennen, der es überbrachte. Hingegen wurde ihm von Seite des königlichen Procurators die Zusicherung zutheil, eine Abschrift des Testamentes zu erhalten, sobald dasselbe gerichtlich beglaubigt worden sei.

Erst am 5. Februar sendete Fürst Esterhazy diese Note des Staatssecretärs nach Wien.[1] Fürst Metternich zweifelte keinen Augenblick daran, dass der geheimnissvolle Uebermittler des Testamentes niemand Anderer als Graf Montholon gewesen sei, nnd er glaubte jetzt umsomehr der Anschauung

---

prononcé en audience publique et porte que ces fonds doivent être consignés à la caisse des dépôts et consignations, de procurer par une gracieuse intervention de S. M. l'empereur son auguste père, que cette somme considérable ne soit point perdue pour Mgr. le duc de Reichstadt. Neipperg an Metternich. Parme, le 26 mars 1822.

[1] „. . . J'ai l'honneur pour plus d'éclaircissement, de transmettre à V. A. la note ci-jointe de Mylord Bathurst, auquel je m'étais adressé pour me procurer des renseignements sur l'authenticité du testament de Bonaparte.' Esterhazy an Metternich. Londres, le 5 février 1822. Vgl. Anhang 14.

Lowe's beipflichten zu dürfen, dass man jenes Document in der That, und zwar aus folgenden Beweggründen unterschlagen habe: Entweder, führte er aus, enthielt das Testament politische Verfügungen, in Ansehung derer man einer entschiedenen Zurückweisung von Seite des Gouverneurs sicher sein konnte, so dass sie von dem Augenblicke, da man sie vorgebracht, null und nichtig geworden wären, oder man hat die Absicht gehabt, der Hinterlassenschaft sich zu bemächtigen. In dem einen Falle wird das Testament schon an den Tag kommen, da seine Veröffentlichung den Zwecken der napoleonischen Partei entspricht, in dem anderen aber werden dieselben Beweggründe, welche den Betrug veranlasst haben, auch zur Entdeckung eines solchen führen.[1]

Wie die Dinge jetzt standen, war Fürst Metternich schon damit zufrieden, dass die englische Regierung sich ihm gleichsam verpflichtet hatte. ‚Wenn Lord Bathurst,' schrieb er am 13. März an den Grafen Neipperg, ‚fortfährt, der Erwartung des Fürsten Esterhazy zu entsprechen, so könnte das Verhalten dieses Ministers den Verdacht wieder auslöschen, den Viele zu hegen versucht sind, dass nämlich das Cabinet von St. James nichts Anderes beabsichtige, als die letztwilligen Verfügungen Bonaparte's in ein geheimnissvolles Dunkel zu hüllen.' Die von Seiten Lord Bathurst's versprochenen Aufklärungen schienen

[1] „. . . Il est hors de doute que le testament de Bonaparte et plusieurs parties de ses dernières dispositions ont été soustraites à la connaissance de Sir Hudson Lowe, qui réunissait en sa personne toutes les autorités de l'île de Ste-Hélène. Cette soustraction a été faite ou parcequ'il y avait des dispositions politiques que l'on avait la certitude de voir repoussées par le gouverneur de l'île, attendu qu'il n'a jamais reconnu la qualité de souverain dans son prisonnier, et que par conséquent de pareilles dispositions eussent été rejetées dans le néant au moment même de leur production, ou bien cette soustraction s'est faite à Ste-Hélène dans des vues d'expilation de l'hérédité. Dans le premier cas, le testament se fera jour parceque l'esprit de parti lui servira de véhicule, et une déconverte pourra mener à l'antre. Dans la supposition que l'on ait eu intention d'expiler la succession, il en sera à cet égard comme il est arrivé au dépôt Lafitte. Le même mobile qui pousse à la fraude en assure tot ou tard la découverte — les complices se séparent au jour de partage. Ne doutons pas qu'il n'en soit de même avec les dotations posthumes de Ste-Hélène: les artisans de la fraude (s'il y en a en) se chargeront eux mêmes de la publier . . .' Metternich an Neipperg. Vienne, le 13 mars 1822.

Metternich jetzt um so nöthiger zu sein, als sie auch beweisen sollten, dass all die Gerüchte, welche die Zeitungen über das Testament Napoleons in Umlauf gesetzt hatten, nichts weniger denn auf Wahrheit beruhten.[1]

Weiters bemerkte Metternich, dass die österreichische Regierung gewiss nicht ermangeln werde, festzustellen, was Napoleon Bonaparte seit den Jahren 1814 und 1815 sein Privatvermögen nennen und worüber er im Augenblicke seines Todes rechtmässig verfügen konnte. ‚Wenn auch nicht daran zu zweifeln sei, dass der Herzog von Reichstadt nach französischem Rechte zum Mindesten begründeten Anspruch auf die Hälfte der Verlassenschaft erheben könne, so dürfe man doch andererseits nicht die Vorsichtsmassregeln verabsäumen, die man unbedingt beobachten müsse. Die einen ergäben sich in Ansehung der Stellung des Kaisers und der Herzogin von Parma, sowie vom Standpunkte der Politik, die anderen hingegen beträfen den Prinzen als Privatperson. In diesem Falle empfehle es sich aus rein praktischen Gründen, in seinem Namen nicht früher irgendwelche Schritte zu unternehmen, als bis man nicht den wahren Stand des Vermögens Napoleons festgestellt habe, um

[1] So hatte die ‚Times‘ ddo. Paris, 17. Jänner 1822, einen Auszug aus dem Testamente gebracht, dessen Glaubwürdigkeit Fürst Metternich aus folgenden Gründen in Zweifel zog: ‚Ce qui donnerait certes le droit de révoquer en donte l'authenticité dn testament et des codicilles qui s'y tronvent rappelés, c'est qn'il n'y a nulle mention d'un antre codicille dont l'authenticité nons est complètement constatée, pnisqn'il a été immédiatement homologué après le décès de Napoléon Bonaparte et qne la vérification s'en est faite à Ste-Hélène tant de la part des exécnteurs testamentaires que celle de S. E. le gonverneur de l'île. D'nn antre côté, le contenn de ce testament dn 14 avril ainsi que celui des codicilles qui le suivent, ne laissent pas entrevoir des motifs qui auraient pn déterminer à en faire un secret à Ste-Hélène et à le soustraire de la succession jacente, tandis qn'on y laissait apparaître le codicille qni concerne les souvenirs légués à Mgr. le duc de Reichstadt et que l'on n'y fesait pas mistère des legs destinés aux exécuteurs testamentaires. Il pourrait donc paraître douteux si Bonaparte, dans le dernier mois de son existence, a réellement fait porter ses dernières volontés sur des détails aussi exigus ou si ces réminiscences des cent jonrs ne sont pas l'œnvre de quelques uns de ses partisans? Du reste, l'on pent espérer que les éclaircissements promis par Lord Bathurst ne tarderont pas à nous fournir des données plns positives et propres à distinguer le vrai dn faux.‘ Fürst Metternich an den Grafen Neipperg. Vienne, le 13 mars 1822. St.-A.

Digitized by Google

nicht etwa im Falle der unbedingten Erbserklärung mehr Kosten tragen zu müssen, als der Werth der Erbschaft betrage.'

Fürst Esterhazy blieb inzwischen nicht müssig, um weitere Aufschlüsse über das Testament zu erlangen, und er wendete sich zu diesem Zwecke an den französischen Botschafter in London, Grafen Caraman. Durch die Vermittlung desselben erhielt Esterhazy eine Abschrift der Auszüge, welche Graf Montholon bei Fox von dem Testamente sich gemacht und auch dem französischen Generalconsul Séguier vorgelegt hatte.[1] Sie waren äusserst lückenhaft und enthielten im Wesentlichen dasselbe, was bereits durch die ,Times' veröffentlicht worden war. Gelegentlich einer Besprechung mit Séguier erfuhr Esterhazy, dass Montholon das Testament nur insoweit excerpirt habe, als ihm nöthig schien, um in den Besitz der bei Lafitte hinterlegten Millionen zu gelangen und die ausgesetzten Legate zu bezahlen. Der Generalconsul, welcher das Testament selbst nicht eingesehen hatte, versicherte dem Botschafter, dass es elf Codicille, sämmtlich eigenhändig von Napoleon geschrieben, enthalte ,und dass Montholon der Depositär der geheimen Absichten und Pläne des Verstorbenen in Betreff der Vollstreckung seines letzten Willens sei'.

Nachdem Montholon seine Auszüge, erzählte jener, in Gegenwart von Rechtsfreunden und mit Wahrung der Formen fertiggebracht hatte, welche nach englischen Gesetzen nöthig waren, um die Echtheit des Testamentes festzustellen, verschloss er dieses mit seinem Siegel und gab es Fox wieder zurück.[2]

---

[1] Wenn auch die französischen Gesetze in Ansehung eines Testamentes nicht viele Formalitäten vorschrieben, so war es doch nothwendig, die Clauseln, von welchen man Gebrauch machen wollte, dort, wo das Testament sich befand, durch einen französischen Consul beglaubigen zu lassen.

[2] C'est à M. le comte de Caraman même que je me suis adressé dans ce but. C'est à sa complaisance que je dois la pièce que j'ai l'honneur de transmettre ci-joint à V. A. Ce sont des extraits que Montholon lui-même a présentés au consul général de France Séguier (son parent) et dont celui-ci a pris copie. Je puis donc en garantir l'authenticité. Vous remarquerez, mon prince, les différentes lacunes qui se trouvent dans ce document et sur lesquelles Montholon ne s'est jamais expliqué. Il diffère, au reste, très peu de celui qui, dans le temps, avait été publié dans le Times.

Veuillez . . .

In dem Verdachte aber, dass Montholon bereits zur Zeit des ersten Besuches Lowe's in Longwood im Besitze des Testamentes gewesen sei, wurde Metternich durch jene neuen Eröffnungen nur noch mehr bestärkt. ‚Es hat den Anschein,' schrieb der Fürst am 22. März 1822 nach Parma, ‚als ob Montholon in der That beabsichtige, die letztwilligen Verfügungen Napoleons blos theilweise zu offenbaren, wie er ja auch auf St. Helena dem Gouverneur blos das Codicill vom 16. April vorgewiesen und dabei bemerkt hatte, dass es ganz merkwürdig sei, dass kein Testament sich vorgefunden habe.'

XI. Capitel.

Montholon und Bertrand bei dem Botschafter Baron Vincent. — Ihr Schreiben an Marie Louise. — Montholon nnd Lafitte befehden sich in den Tagesblättern. — Marie Lonise erhält das Codicill, welches anf sie Bezug hat. — Ihr Unwille darüber. — Der Herzog von Lenchtenberg. — Sein Schreiben an Kaiser Franz. — Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich.

Endlich traten die Grafen Montholon und Bertrand aus ihrer bisherigen Reserve hervor und statteten am 21. Februar dem kaiserlichen Botschafter in Paris einen Besuch ab. General Bertrand stellte an Baron Vincent die Frage, ob er geneigt wäre, einen für die Kaiserin Marie Louise bestimmten Brief zu

---

Postscript. J'ajonterai au présent rapport qnelqnes détails que je tiens de M. Ségnier, que je viens de voir. Il m'a assuré n'avoir vu du testament qne la partie ci-jointe en extraits, et qne M. de Montholon n'en avoit tiré que ce qui lui avait paru nécessaire ponr obtenir de M. Lafitte les six millions déposés chez lni, et qui couvriroient les legs et sommes indiqnés dans les dits extraits. M. Séguier a cependant ajouté, qu'il savoit qn'il y avait onze codicilles, tous écrits de la main de Bonaparte, ainsi qne son testament, et qu'il était certain que M. de Montholon était le dépositaire des intentions et pensées secrètes du défnnt relativement à l'exécntion de ses dernières volontés. M. de Montholon, après avoir fait ces extraits en présence des gens de loi et d'après les formes usitées et requises de ce pays-ci ponr constater l'anthenticité de l'écritnre de Bonaparte, a refermé ce testament de son propre cachet en présence des mêmes personnes, et l'a remis entre les mains dn procurenr (proctor) Fox. Une autre circonstance très cnrieuse, qui m'a été rapportée par Sir H. Lowe et qui se trouve confirmée par l'extrait cijoint écrit de sa main (fehlt), c'est qn'il est possible que l'on ait soustrait, contre l'intention même de Bonaparte, la communication de ses dernières volontés, malgré l'offre faite à ce sujet par M. de Montholon à Sir H. Lowe qui, lorsqn'il demanda la réalisation de cette offre, reçnt

übernehmen und an sie gelangen zu lassen, nachdem Fürst Esterhazy sich geweigert hätte, ihm in dieser Hinsicht gefällig zu sein. Bertrand sprach ferner die Absicht aus, in Bälde nach Parma und Rom zu reisen, um hier in Gemeinschaft mit Montholon den Verwandten und der Witwe Napoleons gegenüber der Aufträge sich zu entledigen, mit denen der Verstorbene sie beide betraut habe. Baron Vincent erhob keinen Anstand dagegen, jenes Schreiben in Empfang zu nehmen, aber er gab gleichzeitig im Sinne der Instruction, welche Fürst Metternich an ihn gerichtet hatte, die Erklärung ab, dass er in Allem und Jedem, was diese Angelegenheit beträfe, der Bevollmächtigte der Erzherzogin sei. Hierauf entgegnete Bertrand, dass die Politik mit dem vorliegenden Falle nicht das Geringste zu schaffen und der für die Erzherzogin bestimmte Brief einzig und allein die letztwilligen Verfügungen Napoleons zum Gegenstande habe. Graf Montholon, welcher an dem Gespräche seines Genossen mit dem Botschafter sich nur wenig betheiligt hatte, richtete jetzt an diesen folgende Frage: ‚Wissen Sie, dass wir mit Herrn Lafitte einen Process gehabt haben?' Als Baron Vincent ihm antwortete, wohl davon unterrichtet zu sein, ‚dass jener Banquier vor der Herausgabe der in seinem Depot befindlichen Gelder seine Vorsichtsmassregeln ergreifen wolle, und dass sein Wunsch ein natürlicher sei, von Seite der Gerichte dazu ermächtigt zu werden, sie denjenigen auszufolgen, denen sie gebührten', führte Montholon das Gespräch nicht weiter, und auch Bertrand verhielt sich still.

Nach drei Tagen benachrichtigte Montholon den Botschafter, dass von seiner Seite nichts mehr im Wege stünde, ihn von den testamentarischen Verfügungen Napoleons in Kenntniss zu setzen. Am 4. März erstattete Vincent dem Fürsten Metternich einen Bericht über die mit den Genannten gepflogenen Unterredungen, während welcher des Herzogs von Reichstadt mit keiner Silbe gedacht worden war, und übersendete ihm gleichzeitig das an die Erzherzogin gerichtete Schreiben.[1]

pour réponse, qu'il était fort extraordinaire que le testament ne se trouvait pas, tandis qu'il est maintenant prouvé que M. de Montholon en était alors en possession. Esterhazy an Metternich. Londres, le 27 février 1822.

[1] ‚. . . . Ni le général Bertrand, ni M. de Montholon n'ont fait mention de M. le duc de Reichstadt. Vous trouverez ci-joint, mon prince, la

Dieses lautete wie folgt: ‚Von Kaiser Napoleon mit der Vollstreckung seines Testamentes betraut, haben wir die Ehre, Ihnen einen Auszug seiner letztwilligen Verfügungen zu übermitteln. Bis zu diesem Augenblicke haben wir es nicht vermocht, E. M. davon in Kenntniss zu setzen, weil es uns an einer sicheren Gelegenheit gemangelt hat, Ihnen einen Brief zukommen zu lassen. Wir sind auch damit betraut, dem Prinzen, Ihrem Sohne, sobald er grossjährig geworden, verschiedene Gegenstände zu übergeben, welche der Kaiser in Gebrauch hatte.‘ Am Schlusse des von Bertrand, Montholon und Marchand unterfertigten Briefes richteten diese die Bitte an Marie Louise, sich nach Parma begeben zu dürfen.[1]

Am 20. März überschickte Metternich das genannte Schreiben uneröffnet an die Erzherzogin und legte seiner Depesche die letzten Berichte Vincent's und Esterhazy's bei.

Der Umstand, dass Montholon auf einen Artikel Lafitte's erwidert hatte, welcher in einem Pariser Journal zur Veröffentlichung gelangt war und auf ihren beiderseitigen Rechtsstreit sich bezog, bestärkte den Fürsten in der Annahme, dass solche Erörterungen endlich dazu führen würden, Licht in die Testamentsangelegenheit zu bringen. ‚Jener Vorfall,‘ bemerkte er in seinem Schreiben an Neipperg, ‚beweist, dass die Privatinteressen bereits den Schleier zu lüften beginnen, mit welchem die Umgebung Bonaparte's dessen letztwillige Verfügungen zu umhüllen die Absicht hatte. Der Lakonismus und die Zurückhaltung, welche jene zwei während ihrer Unterredung mit Baron Vincent beobachtet haben, können uns in dem Vorsatze nur bestärken, uns passiv zu verhalten und keine Verquickungen und Unannehmlichkeiten herbeizuführen. Man darf in der That sich nicht verhehlen, dass in Ansehung der vielen Personen, deren Privatinteressen mit ins Spiel kommen und welche in Folge der testamentarischen Bestimmungen aller Wahrscheinlichkeit nach sich verletzt fühlen werden, diejenigen, welche mit der Vollstreckung betraut sind, nicht ermangeln

---

lettre énoncée ci-devant adressée à Mme l'archiduchesse duchesse de Parme . . .‘ Vincent an Metternich. Paris, le 4 mars 1822.

[1] ‚. . . Nous osons espérer que V. M. daignera nous permettre de déposer à ses pieds l'hommage du respect avec le quel . . .‘ Paris, s. d., février 1822.

werden, sie früher oder später in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen.'[1]

Als Marie Louise die Depesche Metternich's vom 20. März und die Beilagen, welche diese enthielt, gelesen hatte, glaubte sie, keinen Augenblick mehr daran zweifeln zu dürfen, dass die Testamentsvollstrecker in betrügerischer Weise zu Werke gegangen seien. So wie diese Ueberzeugung sie mit grösster Betrübniss erfüllte, so versetzte es sie nicht minder in Erstaunen, als sie dem Testamentsauszuge entnahm, dass Napoleon Bonaparte in einem seiner Codicille über eine Summe von zwei Millionen verfügt habe, welche sie im Jahre 1814 mit sich nach Orleans genommen hatte.[2]

Marie Louise zögerte nicht, dem Fürsten Metternich zu eröffnen, dass sie von diesem Gelde sowohl ihre Reise, als auch die ihres zahlreichen Gefolges von Paris nach Orleans, Rambouillet, Wien und auch ihren Aufenthalt in den Bädern von Aix in Savoyen, ferner die Rückreise nach Wien bestritten

---

[1] „. . . Une lettre que M. Lafitte a fait insérer dans le journal de Paris du 1er de ce mois, établit d'une manière claire, précise et juste la question qui s'est élevée entre cette maison de banque et les exécuteurs testamentaires de Napoléon. Le montant des fonds dont la maison Pérégaux Lafitte est restée dépositaire, s'y trouve exprimée, les droits de l'héritier naturel de l'exempereur y sont mentionnés d'une manière expresse. Cette affaire,' vermeinte Baron Vincent, ‚portée aux tribnnanx a été discutée à buis clos, à cause sans donte des sommes dont y dispose le testateur et qn'il impute sur des réclamations à faire envers le gouvernement actuel, qn'il semble que Napoléon ait particulièrement eu l'intention de compromettre.' Vgl. Anbang 15.

[2] ‚J'ai eu l'honnenr de recevoir la dépêche de V. A. en date du 20 de ce mois avec les rapports du prince d'Esterhazy et du général baron de Vincent qui y étaient joints en copie et avec plusieurs pièces relatives au testament de l'exempereur Napoléon. Je me suis empressé de les soumettre à la connaissance de S. M. Non seulement le contenu de tous ces papiers qni prouvent évidemment la fraude et la mauvaise foi des exécnteurs testamentaires, ont fait une impression desagréable sur l'esprit de S. M., mais elle a surtout vu avec surprise que dans un des codicilles son défunt époux disposait de la somme de denx millions que S. M. avait emportée de Paris au moment où elle crnt à l'approche des armées alliées quitter cette capitale pour se réfugier à Blois et à Orléans . . .' Neipperg an Metternich. Parme, ce 29 mars 1822. Marie Louise hatte blos 920.000 Francs und nicht, wie Helfert, p. 316, irrthümlicherweise behauptet, auch jene 2 Millionen ihrem Gemahle nach Fontainebleau gesendet. Vgl. Anbang 16.

und den Rest dafür verwendet habe, um vom October 1814 bis zum März 1816 die Kosten ihres Hofstaates zu decken.[1] ‚I. M.,‘ schrieb Graf Neipperg am 29. März nach Wien, ‚würde es unter ihrer Würde halten, wem immer ausser ihrem Sohne und ihrem erlauchten Vater Rechenschaft über eine so wenig bedeutende Summe abzulegen, welche sie nicht einmal den Fonds entnommen hatte, die ihrem verstorbenen Gemahle angehörten.‘

Nach reiflicher Ueberlegung glaubte Marie Louise das Testament in seinen wesentlichsten Bestimmungen als ungiltig ansehen zu müssen. Der vornehmste Theil der Verlassenschaft, liess sie sich vernehmen, gebühre von rechtswegen einzig und allein ihrem Sohne, welcher auch dazu verhalten werden könnte, jenen Legataren eine Entschädigung zu gewähren, denen eine solche mit Rücksicht auf die seinem Vater erwiesenen Dienste gebühre. ‚Es ist über jeden Zweifel erhaben,‘ schrieb Graf Neipperg am 2. April nach Wien, ‚dass das eigentliche Testament erst gelegentlich der Grossjährigkeit des Herzogs von Reichstadt eröffnet werden solle. Der Maler Isabey, welcher kürzlich in Parma weilte, war erstaunt, dass man hier sowohl als auch in Paris darüber in Unkenntniss zu sein scheine, nachdem doch alle Welt es wisse. Es ist ferner sehr merkwürdig, dass sämmtliche Legate auf Summen sich gründen, welche aus dem Jahre 1815 stammen, während von jenen Geldern, über welche der Verstorbene vor dieser Zeit verfügt haben konnte,

[1] ‚Neuf cent mille francs furent de suite envoyés par S. M. à l'exempereur, les deux antres millions servirent aux frais de voyage de S. M. avec une cour immense, qni l'accompagnait de Paris à Orléans, d'Orléans à Rambouillet, de Rambouillet à Vienne, de Vienne par toute la Suisse aux eaux d'Aix en Savoie, où elle s'arrêta quelques mois pour revenir ensuite par Munich à Vienne. Mme l'archiduchesse a pourvu pendant tout le séjour qu'elle a fait à Schönbrunn depuis le mois d'octobre 1814 jusqu'au mois de mars 1816 avec le restant de ces deux millions de francs à toutes les dépenses de sa maison et de sa cour, sans jamais vouloir accepter la pension qui, comme V. A. le sait, lui devait être payée à cette époque par la France. S. M. regarderait au dessous de sa dignité de jamais rendre compte de l'emploi d'une somme aussi peu importante, qui n'avait pas même été prise sur les fonds appartenants à son défunt époux, à qui que ce soit, excepté à son fils, avec lequel elle en a partagé l'emploi avec la plus grande économie, et à son auguste père.‘ Neipperg an Metternich. Parme, ce 29 mars 1822.

nirgends eine Erwähnung geschieht. Es ist dies nur ein Beweis dafür, dass sie die Capitalien in sich fassen, welche in verschiedenen Ländern angelegt sind.'

Um dem kaiserlichen Botschafter in Paris die Aufgabe zu erleichtern, dem Sachverhalte auf die Spur zu kommen, gab Marie Louise dem Fürsten Metternich zu verstehen, es möge Baron Vincent mit ihrem Haushofmeister Ballouhaye sich ins Einvernehmen setzen, welcher zur Zeit in Paris weilte.[1] An ihren Vater jedoch richtete sie folgenden Brief: ,Rücksichtlich des Testamentes des Kaisers Napoleon, von welchem Fürst Metternich dem Neipperg die meisten Acten mitgetheilt hat, bleibt mir nur übrig, mich Ihrer väterlichen Gnade anzuempfehlen, da sonst der grösste Theil dieses Vermögens für meinen Sohn verloren sein würde. Das Testament scheint nach allen Gesetzgebungen als unrichtig angesehen werden zu müssen, da es von meinem Sohne, dem Haupterben, kaum eine Erwähnung macht und die Testamentsvollzieher nur mit Betrug und Hinterlist handeln zu wollen scheinen.'[2]

Mit einer ähnlichen Forderung waren die Testamentsvollstrecker auch an den Herzog von Leuchtenberg herangetreten, indem sie ihm das Codicill übermittelten, welches von ihm die Ausfolgung des Betrages von zwei Millionen verlangte. Nachdem diese aus der Civilliste des vormaligen Königreiches Italien zu behebenden Gelder weder von dem Kaiser, noch von den übrigen Souveränen der italienischen Staaten liquidirt worden waren, erneuerte der Herzog von Leuchtenberg in einem Schreiben an Kaiser Franz vom 30. März 1822 sein zu wiederholten Malen gestelltes Ansuchen, er möge ihm diesen Rückstand ausfolgen lassen, um den ihm auferlegten Verpflichtungen entsprechen zu können.[3] Am 14. April überschickte Kaiser Franz dem Staatskanzler diesen Brief des Herzogs von Leuchtenberg und trug ihm auf, im Einverständnisse mit dem Finanzminister

---

[1] ,Si M. le général baron de Vincent veut se servir de l'intendant général de la maison de S. M., M. Ballonhaye qui se tronve actuellement à Paris, il pourra sans doute lui être très ntile dans les différentes recherches qu'il sera nécéssaire de faire relativement au testament.' Graf Neipperg an den Fürsten Metternich. Parme, ce 2e avril 1822. St.-A.

[2] Marie Louise an Kaiser Franz. Parma, 12. April 1822. St.-A.

[3] Anhang 17.

Grafen Stadion die erforderlichen Schritte einzuleiten und sich eine authentische Abschrift des Testamentes Napoleons zu verschaffen.[1]

XII. Capitel.

Aussergerichtlicher Vergleich zwischen den Testamentsvollstreckern und Lafitte. — Montholon bei Baron Vincent. — Metternich's Weisungen nach Paris und London. — Sein Schreiben an den Grafen Neipperg.

Unterdessen war es zwischen dem Grafen Montholon und Bertrand einerseits und dem Bankhause Lafitte andererseits zu einem aussergerichtlichen Vergleiche gekommen, wonach die Gelder noch fünf Jahre hindurch, also bis zur Grossjährigkeit des Herzogs von Reichstadt, bei Lafitte, welcher sich ihrer noch nicht begeben hatte, verbleiben sollten, um dort mit 4 Percent Zinsen, vom 1. Jänner 1822 an gerechnet, angelegt zu werden. Nach Ablauf dieser Zeit hätte man auch dem Prinzen das Testament selbst zu übermitteln. Dasselbe befand sich noch immer als Depot am Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbury. In gleicher Weise waren in England auch die Gegenstände verwahrt, welche Napoleon seinem Sohne vermacht hatte. Von diesen Anordnungen wurde Baron Vincent durch den Grafen Montholon in Kenntniss gesetzt, welcher ihm auch erzählte, dass man der französischen Regierung das Testament seinem ganzen Inhalte nach mitgetheilt und von ihr den Befehl erhalten habe, es nur auszugsweise bekanntzugeben; als solches sei es alsdann auch dem Gerichte vorgewiesen worden. Graf Montholon versprach dem Botschafter eine Abschrift seiner Auszüge und verschob die Fortführung der Unterhandlungen bis zu der Wiederkehr Bertrand's, welcher auf 14 Tage verreist war.

Weiters gab Montholon dem Botschafter zu dessen grossem Erstaunen in seinem eigenen Namen sowohl, als in jenem der ihm gleichgestellten Legatare die Erklärung ab, dass sie sich sämmtlich in dem Sinne als Legatare betrachteten, als sie von Napoleon Bonaparte mit Rücksicht auf die ihm geleisteten Dienste bedacht worden seien.[2]

---

[1] Anhang 18.

[2] „J'ai eu jeudi dernier chez moi un entretien avec M. de Montholon. Il m'avait fait dire qu'il ne ferait pas de difficulté de me donner connaissance du testament de Napoléon; je lui avais fait dire que je recevrais

Während dieser Bericht Vincent's vom 2. April noch auf dem Wege war, ging Metternich daran, die Depesche vom 4. des vergangenen Monates zu beantworten. In ausführlicher Weise setzte er dem Botschafter nochmals die Gründe auseinander, welche die Herzogin von Parma bestimmten, mit den Testamentsvollstreckern nicht unmittelber zu verkehren. Als einen solchen hob er auch den Umstand hervor, dass Bertrand und Montholon es nicht unterliessen, von Napoleon als Kaiser

avec intérêt cette communication; je crus qu'il venait y satisfaire, il se borna à me porter de l'instance juridique qui avait eu lieu entre les exécuteurs testamentaires et en même temps légataires de Napoléon et la maison Lafitte, et que quoique le tribunal ait prononcé à cet égard, les légataires s'étaient entendus avec la maison Lafitte, et qu'il avait été convenu que les fonds qui se trouvaient encore entre ses mains, y resteraient déposés pendant cinq ans et porteraient depuis le 1er janvier dernier un intérêt de 4%.

M. de Montholon me dit que le gouvernement Français, à qui il avait été montré en son entier, avait demandé que le testament ne fût connu que par extraits, et que c'était ainsi qu'on en avait fait usage vis-à-vis du tribunal.

Le testament doit être remis au duc de Reichstadt par les exécuteurs testamentaires, lorsqu'il aura atteint l'époque de sa majorité.

Cette pièce est déposée à la cour de l'archevêque de Canterbury à Londres, mais elle ne l'est pas comme testament, parcequ'alors chacun pourrait en avoir participation. Elle y est comme dépôt et en sera retirée lors de la majorité du duc de Reichstadt; les autres effets légués par Napoléon à son fils sont aussi déposés en Angleterre.

Les exécuteurs testamentaires et les différents légataires semblent ne pas douter que les dispositions du testament seront reconnues par les héritiers naturels et légitimes.

Je fus assez surpris d'entendre M. de Montholon en son nom et en celui des autres personnes placées dans la même catégorie, se qualifier de légataires à titre onéreux; je ne relevai rien.

Je demandai à M. Montholon s'il trouverait de la difficulté à me donner connaissance du testament en tout ou en partie; il me répondit qu'il me fournirait copie des extraits, et je devais aujourd'hui recevoir cette communication, ainsi que vous le verrez, mon prince, par le billet ci-joint; ce ne sera qu'après demain qu'il me remettra cette pièce. Je lui ai également demandé une notice par écrit des différents objets dont il avait fait mention dans son entretien; il me dit qu'il se prêterait volontiers à ce que je lui demandais, mais que le général Bertrand étant absent pour quinze jours, il croyait convenable d'attendre son retour, pour que ce soit conjonctement avec lui qu'il me soit fait les communications par écrit que je lui demandais. Vincent an Metternich. Paris, le 2e avril 1822.

zu sprechen, obwohl Bonaparte diesen Titel durch den Bruch des Vertrages von Fontainebleau gänzlich verwirkt habe. Weiters überschickte er ihm eine Abschrift des Briefes, welchen die Testamentsvollstrecker an Marie Louise gerichtet hatten, und legte seiner Depesche den Testamentsauszug und die letzten Berichte Neipperg's bei. Baron Vincent war aber von Allem bereits durch Ballouhaye unterrichtet worden. In Betreff der zwei Millionen, welche Marie Louise während ihres Aufenthaltes in Orleans, und zwar noch vor Abschluss des Vertrages von Fontainebleau, also zu einer Zeit übernommen hatte, da sie noch Kaiserin war, bemerkte Metternich Folgendes: ‚Die Erzherzogin befand sich in vollem Rechte, als sie jene Summe für die Bestreitung ihres Hauses und Gefolges verwendete, und sie braucht weder den Testamentsvollstreckern, noch irgend wem Anderen darüber Rechenschaft abzulegen. Die in Fontainebleau erfolgte Abdankung hat in dieser Hinsicht eine Grenzlinie zwischen der kaiserlichen Regierung und der Restaurationsepoche gezogen. Kraft der Bedingungen dieser Abdankung, welche von dem österreichischen, dem Berliner und Petersburger, sowie dem Londoner Hofe in Ansehung der zu vergebenden Länder angenommen wurden, ist I. M. die Frau Erzherzogin an dem Tage Herzogin von Parma geworden, an welchem sie aufgehört hat, Kaiserin der Franzosen zu sein. In allen öffentlichen Uebereinkommen hat das Datum des Vertrages von Fontainebleau einen Abschluss gebildet. Aus diesem Grunde hat unser Hof darauf verzichtet, die Mitgift der Erzherzogin zu reclamiren. Ebenso waren auch jene vor der Abdankung ausbezahlten, für den Aufenthalt und die Uebersiedlung der Kaiserin verwendeten zwei Millionen nicht mehr verfügbar, so dass ein Irrthum in den Bestimmungen des Codicills obwaltet, welches jene Summe als Legate aussetzt.‘

Noch wusste Metternich nichts von dem aussergerichtlichen Vergleiche, welcher zwischen den Testamentsvollstreckern und dem Bankhause Lafitte zu Stande gekommen war; ihm war blos die Thatsache bekannt, dass die französischen Gerichte in erster Instanz das Testament Napoleons als null und nichtig erklärt hatten. Aus diesem Wahrspruche schloss er die Folgerung, dass der Privatbesitz Napoleons, so wie er am Todestage desselben bestand, nach den Bestimmungen des Code civil dem

natürlichen Erben zufallen müsste. ‚Zu diesem Privatvermögen,‘ setzte er Baron Vincent auseinander, ‚ist unstreitig die Summe zu rechnen, welche als Depot in den Händen Lafitte's sich befand und welche in Gemässheit des Wahrspruches erster Instanz im Interesse der Intestaterben gerichtlich hinterlegt werden musste.‘ Weiters folgerte Metternich aus der Annullirung des Testamentes, dass die Grafen Bertrand und Montholon, sowie Marchand vielleicht nicht mehr als Testamentsvollstrecker anerkannt sein würden, aber in diesem Falle doch bis zu dem Augenblicke ihres Todes als Bevollmächtigte zu gelten hätten und als solche der Pflicht sich nicht entschlagen dürften, über ihr Gebahren Rechenschaft abzulegen. Sie könnten von Seite der Gerichte immerhin dazu verhalten werden, die letztwilligen Verfügungen Napoleons vollinhaltlich bekanntzugeben, wenn man solches verlangen würde, um den Bestand der Intestatserbschaftsmasse festzustellen. In der Voraussetzung, dass die Grafen Bertrand und Montholon sich denn doch entschliessen könnten, Baron Vincent, wie sie es versprochen, von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss zu setzen, wenn sie wüssten, dass die österreichische Regierung auch gerichtliche Schritte nicht scheuen würde, wies Fürst Metternich den Botschafter an, ihnen diese Möglichkeit vor Augen zu halten. Erst dann, bemerkte er, wenn man die nöthigen Aufschlüsse erhalten hätte, dürfte man daran gehen, die Streitfrage durch Rechtsgelehrte untersuchen zu lassen. Aber nicht nur in Paris, sondern auch in Wien müsste eine solche Consultation stattfinden; der einen würde die Aufgabe zufallen, die Angelegenheit vom Standpunkte der französischen Gesetze zu behandeln, die andere hingegen hätte darüber zu berathen, ob und welche Schritte unternommen werden sollten, um die Rechte des Herzogs von Reichstadt zu sichern und den Pflichten der Vormundschaft gemäss zu handeln.

Vor Abfertigung dieser Depesche erhielt Metternich den Bericht Vincent's vom 2. April. Er beeilte sich, auch diesen zu beantworten, indem er dem Botschafter die kaiserliche Entschliessung vom 14. April mittheilte, in welcher Franz I. dem Fürsten aufgetragen hatte, ihm womöglich eine authentische Abschrift des Testamentes zu verschaffen.[1]

[1] Anhang 19.

An demselben Tage, am 24. April, ging auch eine Depesche Metternich's an Esterhazy ab, welche diesen von Allem in Kenntniss setzte, was Baron Vincent inzwischen nach Wien berichtet hatte. Metternich hob es als lohenswerth hervor, dass die französische Regierung darauf gedrungen hahe, das Testament nicht anders denn auszugsweise bekannt werden zu lassen, damit nicht etwa, den Ahsichten des Verstorbenen oder dessen Schicksalsgefährten auf St. Helena gemäss, dem Getriehe der napoleonischen Partei neue Nahrung zugeführt werde. Aher eine solche Vorsicht, bemerkte er, dürfe keineswegs so weit sich erstrecken, dass auch die österreichische und die englische Regierung in Unkenntniss über die ührigen Bestimmungen des Testamentes verbleihen sollten. Mit Hinweis auf die kaiserliche Entschliessung vom 14. April forderte Metternich den Fürsten Esterhazy auf, Lord Bathurst in eindringlichster Weise an das Versprechen zu erinnern, dasjenige, was man üher das Testament hereits wisse, nach Möglichkeit vervollständigen zu wollen.[1] Am 3. Mai überschickte er diese zwei Depeschen sammt den Gesandtschaftsberichten, auf welche sie sich hezogen, an den Grafen Neipperg. Sein Schreihen nach Parma enthielt im Wesentlichen folgende Erläuterungen: Der Umstand, dass das Depot noch weitere fünf Jahre hei Lafitte verhleihen solle, heeinträchtige nicht im Geringsten die Rechte der Erbfolge, ehensowenig hindere er die österreichische Regierung daran, gerichtliche Schritte einzuleiten, um in Betreff der Erherklärung sich auszusprechen und darüher schlüssig zu werden, ob eine solche unbedingt oder unter dem Vorbehalte der Rechtswohlthat des Inventars stattzufinden hahe, oder ob es nicht angezeigter wäre, die Erbschaft abzulehnen. Metternich konnte nicht umhin, dem Grafen Neipperg zu hemerken, dass man sich keinen Augenhlick üher die Nothwendigkeit hinwegtäuschen dürfe, die Rechte des Herzogs von Reichstadt auf gerichtlichem Wege zu reclamiren. Das Vermögen Bonaparte's müsste, je nachdem das Testament in den gesetzlichen Formen ahgefasst wäre oder nicht, nach den letztwilligen Verfügungen des Verstorbenen oder wie die Gesetze es vorschriehen, zur Vertheilung gelangen. Angenommen aber, dass die Schenkungen auf die Hälfte herabgesetzt werden sollten, da blos ein einziges

[1] Anhang 20.

Kind vorhanden sei, stünde zu erwarten, dass diejenigen, welche von Napoleon Bonaparte in Ansehung der ihm erwiesenen Dienste mit gewissen Beträgen bedacht worden seien, auf diese als auf Schenkungen unter Lebenden Ansprnch erheben und nicht mit dem sich zufrieden geben würden, was die Vormundschaft des Prinzen geneigt wäre, ihnen zu gewähren. Wie richtig diese Annahme Metternich's war, bewies der Rechtstitel, nnter welchem, wie Baron Vincent am 2. April nach Wien berichtet hatte, die Testamentsvollstrecker sowohl als die übrigen von Napoleon mit Geschenken bedachten Personen als Legatare sich betrachteten. Metternich glaubte auch nicht daran zweifeln zu dürfen, dass rücksichtlich dieser die französischen Gerichte den letzten Willen des Verstorbenen mehr oder minder, und zwar auch dann berücksichtigen würden, wenn das Testament nicht in den vorgeschriebenen Formen abgefasst wäre.

Weiters bemühte er sich, die Besorgniss zu zerstreuen, welche Graf Neipperg geäussert hatte, dass die bei Lafitte deponirten Gelder dem Fiscus anheimfallen könnten. So wie Metternich die sichere Ueberzeugung hegte, dass gegebenenfalls die Rechtssache des jungen Prinzen von Seite der französischen Gerichte dieselbe nnparteiische Behandlung erfahren würde als die eines jeden anderen Privatmannes, so glaubte er auch von der Regierung Lndwigs XVIII., und zwar umsomehr voraussetzen zu dürfen, dass sie in einer rein civilrechtlichen Frage die Entscheidung ausschliesslich den Gerichten anheimgestellt lassen werde, als sie ja in Ansehung der politischen Momente die nöthige Vorsorge bereits getroffen hatte.[1]

XIII. Capitel.

Activa und Passiva der Verlassenschaft. — Anspruch des Herzogs von Reichstadt auf die Hälfte des Lafitte'schen Depots. — Rechtstitel, unter welchem die Legatare von St. Helena dieses Depot beanspruchen. — Vortrag Metternich's an den Kaiser über den bisherigen Gang der Testamentsangelegenheit. — Die Privatdomaine Napoleons. — Verhalten der englischen Regierung.

Am 19. Mai überschickte Fürst Metternich eine Depesche Vincent's vom 30. April an Neipperg, welche den von Montholon mitgetheilten Testamentsauszug nnd eine Tabelle enthielt,

[1] Anhang 21.

worin die von Napoleon Bonaparte als Legate ausgesetzten Beträge sammt den von ihm hiezu angewiesenen Fonds angegeben waren. Was auf anderweitige und, wie Metternich vermuthete, auf politische Bestimmungen des Testamentes sich bezog, war durch Striche gekennzeichnet. Aus dieser Liste[1] ging mit Deutlichkeit hervor, dass den von Napoleon Bonaparte ausgesetzten Legaten ein Vermögen gegenüberstand, welches, die bei Lafitte hinterlegten Gelder nicht mit eingerechnet, auf drei Fonde sich gründete, zu deren Liquidirung der Herzog von Leuchtenberg, die französische Regierung und die Herzogin von Parma veranlasst werden sollten. Die erste dieser Forderungen, welche die Summe von drei Millionen überstieg, bezog sich auf die Civilliste des vormaligen Königreiches, die zweite im Betrage von 800.000 Francs war an die französische Regierung gerichtet, von welcher Napoleon Bonaparte die Herausgabe der Krondiamanten und die Zahlung verschiedener Wechsel verlangte, welche während seines Aufenthaltes auf Elba zu Lasten des Staatsschatzes ausgestellt worden waren. Die dritte Forderung betraf die Rückerstattung der zwei Millionen, welche Marie Louise im Jahre 1814 übernommen hatte.

In Ansehung der Legate und Fonde glaubte Metternich die Liste schon deshalb nicht für lückenhaft halten zu dürfen, nachdem Montholon, wie aus dem Berichte Vincent's hervorging, mit der Möglichkeit zu rechnen schien, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt das Testament anfechten könnte. Denn in diesem Falle würde an die Testamentsvollstrecker die Aufgabe herantreten, den Beweis für die Richtigkeit ihrer Angaben zu erbringen und einen Eid darauf zu leisten, dass die von Montholon überreichte Liste vollständig und darin nichts mit Vorsatz verschwiegen sei.[2]

---

[1] Anhang 22.

[2] ‚Ce qui nous porte à croire qu'il n'y a pas d'omission dans cette désignation sommaire des legs et des fonds destinés à les acquitter, c'est qu'au moment où le comte de Montholon faisait communication de ces pièces à M. le baron de Vincent, constitué de la part de Mme la duchesse de Parme, le dit exécuteur testamentaire ne se dissimulait nullement que les tuteurs de Mgr. le duc de Reichstadt pourraient bien s'opposer aux effets du testament. Or cette opposition, une fois qu'elle serait portée devant les tribunaux, conduirait nécessairement à mettre les exécuteurs testamentaires dans l'obligation de consigner des pièces probantes qui fissent foi de l'ensemble des dispositions testamentaires et d'affirmer

Nachdem Marie Louise dem Fürsten Metternich bereits eröffnet hatte, die an sie gestellte Forderung nicht anerkennen zu wollen, und die übrigen im Testamente bezeichneten Fonds als uneinbringliche Beträge angesehen werden konnten, beschränkte sich das von Napoleon in baarem Gelde hinterlassene Vermögen auf das bei Lafitte befindliche Depot. Die Höhe desselben war in der Tabelle mit 3,984.500 Francs angegeben. Von diesem Betrage musste in Gemässheit einer Bestimmung des Code Napoléon die Hälfte dem Herzoge von Reichstadt zufallen. Da aber zu befürchten stand, dass die französischen Gerichte in Ansehung jener Legatare, welche die ihnen testirten Beträge als Schenkungen unter Lebenden oder als Gehalte betrachteten, einen Abzug nicht zulassen würden, so reichte jenes Depot gerade aus, um diese Legate zu decken. Indem Fürst Metternich dem Grafen Neipperg diese Sachlage in einer Depesche vom 19. Mai in dieser Weise auseinandersetzte, knüpfte er daran die Bemerkung, dass für den Herzog von Reichstadt wohl nicht viel zu erwarten stünde.

Am 20. Juni unterbreitete er dem Kaiser die letzten Berichte aus Paris, London und Parma nebst den Weisungen, welche darauf Bezug hatten, und begleitete sie mit denselben Bemerkungen, welche den Inhalt seiner an den Grafen Neipperg gerichteten Depesche bildeten. Eine Darlegung seiner Ansichten ‚über die Art und Weise, wie die Testamentsangelegenheit am zweckmässigsten zu beendigen sein dürfte', behielt er sich jedoch bis zur Einlangung weiterer Schreiben aus Parma vor. ‚Durch das bisher Gesagte,' setzte er dem Kaiser auseinander, ‚schmeichle ich mir, dem mittelst des a. h. Handschreibens vom 14. April mir gnädigst ertheilten Auftrage, insofern selber das Testament Napoleons betrifft, Genüge geleistet zu haben. Sollten E. M. für angemessen erachten, das von mir vorläufig abgegebene Gutachten prüfen und untersuchen zu lassen, so dürften Allerhöchstdieselben vielleicht in Gemässheit desjenigen, was E. M. in der über meinen Vortrag vom 23. Juli 1821 erflossenen a. h. Entschliessung vom 26. Juli sich vorgesetzt haben, den Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle Freiherrn v. Gärtner hierüber zu vernehmen geruhen.'

---

en outre, sous serment que la consignation faite par eux est intégrale et sans réticence aucune.' Metternich an Neipperg. 19. Mai 1822.

Der zweite Gegenstand dieses Vortrages betraf die Forderung des Prinzen Eugen, worüber sich Metternich in folgender Weise äusserte: ‚Vor Allem kommt zu bemerken, dass Bonaparte in seinem Codicille höchst unrichtig seine Ansprüche an die italienische Civilliste für sein Eigenthum angibt. Denn als Napoleon am 10. April 1814 auf die italienische Krone, sowie auf jene Frankreichs verzichtete, wurden ihm jene Rechte und Ansprüche nicht vorbehalten, und wenn dies auch der Fall gewesen wäre, so hatte er sie durch seine Flucht von der Insel Elba im Jahre 1815 verwirkt. Was den Prinzen Eugen betrifft, so sind die Entschädigungen, welche man ihm zu bewilligen für billig erachtete, durch politische Verhandlungen festgesetzt, auch sind ihm von den Finanzen E. M. sehr bedeutende Summen ausbezahlt worden. Die von ihm in seiner ehemaligen Eigenschaft als Vicekönig erhobenen Ansprüche auf die Rückstände seiner Civilliste sind von E. M. Commissären nicht anerkannt worden, und man hat sich gegen ihn lediglich auf die Zusage beschränkt, dass Allerhöchstdieselben sich bei den übrigen italienischen Höfen dahin verwenden würden, seine Forderung liquidiren zu lassen. Bisher ist von gedachten Höfen auf die an sie ergangene Einladung noch keine Antwort eingelangt. Der Finanzminister, welcher sich bereits über die früheren Einschreitungen des Herzogs von Leuchtenberg zu äussern in dem Falle war, hat erklärt, dass man sich ohne Compromittirung mit dem Prinzen Eugen in keine abgesonderte Vergleichsunterhandlung einlassen könne, weswegen man seinen Bevollmächtigten an die Commission in Mailand zu weisen sich bestimmt fand. Der letztlich von dem Prinzen Eugen zu Gunsten seiner Forderung angeführte Umstand, dass Napoleon, welchem er grossen Dank schuldig sei, den Betrag derselben zu Legaten für seine Diener ausgesetzt habe, ändert den Stand der Sache keineswegs, denn aus der letztwilligen Anordnung Napoleons kann keine Verbindlichkeit für E. M. hervorgehen; und wenn schon früher anerkannt worden ist, dass eine Ausnahme zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg nur unangenehme Verflechtungen nach sich ziehen würde, so wäre dies gegenwärtig nur umsomehr der Fall, wenn man hierüber aus Veranlassung des Testamentes Napoleons sich in Erörterungen mit demselben einlassen wollte.‘

Kaiser Franz trug dem Fürsten Metternich auf, ‚den Herzog von Leuchtenberg auf die Liquidirung seiner Forderung in

Mailand bei der Commission zur Liquidirung des debito publico, wenn er glaubt, eine solche mit Recht stellen zu können, zu verweisen.' ,Uebrigens,' schloss der Kaiser seine Resolution, ,werden Sie mit allem Ernste das Beginnen dieser Commission betreiben.'[1]

Ein Bericht Vincent's vom 15. Mai klärte den Staatskanzler zum Theile über dasjenige auf, was in der von Montholon angelegten Tabelle aus Rücksichten für die französische Regierung nicht enthalten war. Es betraf die Legate, welche der Privatdomaine (domaine privé) Napoleons, den Summen, welche dieser während seines Kaiserthums von der Civilliste sich erspart hatte, und den Einrichtungsstücken verschiedener ehemals kaiserlicher Paläste entnommen werden sollten. Einen weiteren Aufschluss darüber vermochte Vincent von dem Grafen Montholon nicht zu erhalten.[2] Napoleon Bonaparte selbst hatte den Werth seiner Privatdomaine auf mehr als 200 Millionen Francs geschätzt und die eine Hälfte den am Leben gebliebenen Officieren und Soldaten der französischen Armee, ,die von 1792—1815 für den Ruhm und die Unabhängigkeit der Nation gefochten haben', und die andere Hälfte jenen Städten und Bezirken in Elsass, Lothringen, Franche-comté u. s. w. vermacht, ,welche durch eine Invasion gelitten haben dürften'.[3]

Auch Baron Vincent hielt an der Ansicht fest, dass, im Falle gerichtliche Schritte unternommen werden sollten, der Anspruch des Herzogs von Reichstadt sich blos auf die Hälfte des bei Lafitte deponirten Vermögens erstrecken könnte; man möge jedoch, ermahnte er, nichts beginnen, ohne zuvor mit der französischen Regierung sich ins Einvernehmen gesetzt zu haben.[4] Fürst Metternich pflichtete der Anschauung Vincent's

[1] Baden, 19. Jnli 1822.

[2] Doch lag dem Berichte Vincent's eine Tabelle bei, welche die Privatdomaine Napoleons betraf nnd diese auf 143,161.337·85 Francs schätzte. Vgl. Anhang 23.

[3] Correspondance de Napoleon, XXXII. Zwei Millionen sollten jedoch zuvor für die Städte Brienne nnd Mai abgezogen werden.

[4] ,J'ai offert quelqnes considérations générales snr l'héritage de Napoléon parmi lesquelles V. A. jngera la valeur de celles qni pourraient se rattacher aux intérêts du dnc de Reichstadt; il est certain qne, si le testament produit on à produire par les exécutenrs est reconnn valable, le testateur peut d'après les loix Français disposer de l'une des moitiés de sa fortune, et qne l'autre est acquise à son fils, la réclamation en faveur

nur insoweit bei, als man vorerst über alle Bestimmungen des Testamentes unterrichtet sein müsste.[1]

Die Bemühungen Esterhazy's nach dieser Richtung hin waren inzwischen fruchtlos geblieben; das Testament befand sich als Depot beim Erzbischof von Canterbury, war als solches unantastbar und konnte nur mit Bewilligung der Testamentsvollstrecker mitgetheilt werden. Vergebens war Esterhazy in Lord Bathurst gedrungen, dass die englische Regierung gleich der französischen darauf bestehen sollte, von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt zu werden. Aber England war es gar nicht darum zu thun. Die politischen Rücksichten, welche Ludwig XVIII. zu dem Wunsche bestimmt hatten, den letzten Willen Napoleons vollinhaltlich kennen zu lernen, kamen für die englische Regierung nicht im Geringsten in Betracht, denn sie brauchte die politische Seite des Testamentes nicht zu fürchten.

Indem Lord Bathurst dem Botschafter dieses zu verstehen gab, bemerkte er weiters, dass, wenn auch Graf Montholon dem Gouverneur die Mittheilung des Testamentes zugesagt und es die Höflichkeit erfordert hätte, sein Versprechen zu erfüllen, die englische Regierung um so weniger unter irgend einem Rechtsvorwande darauf dringen dürfte, da kein Gerichtshof sie in ihren Bemühungen unterstützen würde.[2]

du duc de Reichstadt ne pourroit porter que sur cette moitié des fonds déposés chez M. Lafitte. Je pense au reste que l'avis de gens de loi devient nécessaire pour la suite juridique de cette affaire, et il faudra sans doute en venir là du moment, qu'on sera déterminé à agir contre le testament; j'ai au reste besoin d'être autorisé spécialement pour faire consulter sur cet objet, et V. A. jugera s'il ne seroit pas convenable alors d'en prévenir le ministère, car il n'y a pas de doute que cette recherche de notre part, toute juste et fondée qu'elle soit, sera exposée à une foule d'interprétations de tous les partis; c'est ce qui m'a engagé à mettre la réserve que j'ai employée jusqu'à cette heure dans une affaire, où d'ailleurs les sûretés nécessaires se trouvent avoir été prises dans le rapport direct et financier relatif aux intérêts pris isolément du duc de Reichstadt.' Vincent an Metternich. Paris, le 15 mai 1822.

[1] „. . . Mais avant de nous porter à cette démarche, il faut préalablement connaître tout le testament, attendu que ce n'est que sur la connaissance du tout que la tutelle peut se décider sur la question ou savoir s'il y a lieu à faire la réclamation.' Metternich an Neipperg. Vienne, ce 13 juin 1822.

[2] „Il paraît que la forme sous laquelle ce document est déposé à la cour de l'archevêque de Canterbury, ne permet pas d'en avoir connaissance,

XIV. Capitel.

Schreiben der Testamentsvollstrecker an Marie Louise und den Fürsten Metternich. — Sie wünschen, dass die Kaiserin die letztwilligen Verfügungen Napoleons anerkennen und bestätigen möge. — Metternich vertritt die Ansicht, dass es am vortheilhaftesten sei, auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. — Sein Schreiben nach Parma. — Sein Vortrag an den Kaiser. — Dieser verlangt, von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt zu werden. — Schreiben Bertrand's an Marie Louise. — Metternich's Depesche an Vincent. — Die Testamentsvollstrecker übergeben dem Botschafter in Paris eine beglaubigte Abschrift des letzten Willens Napoleons.

Ein Bericht, den Baron Vincent am 15. Mai an Metternich schickte, enthielt zwei Schreiben der Testamentsvollstrecker an den Fürsten und an Marie Louise, welche das bei Lafitte befindliche Depot zum Gegenstande hatten. Die Herzogin von Parma wurde aufgefordert, ‚als die überlebende Gattin und als Vormünderin die letztwilligen Verfügungen ihres erlauchten Gemahls bestätigen und sanctioniren zu wollen‘. Gleichzeitig aber erklärten die Testamentsvollstrecker, dass die von Napoleon Bonaparte ausgesetzten Legate um ein Beträchtliches grösser seien als die Fonde, denen sie entnommen werden sollten. Weiters ersuchten sie die Herzogin, sich über das an sie gesendete Codicill zu äussern, welches die ihr im Jahre 1814

---

et la promesse qne me fit à cet égard Lord Bathurst dans le temps, n'était jamais qu'en cas où les exécnteurs dn dit testament fussent forcés à le produire comme tel et non comme dépôt. Le gonvernement ne pent exercer aucune espèce d'autorité ponr se procnrer la communication de cette pièce, le ponvoir judiciaire et tont ce qui en dépend, étant indépendant, comme les ponvoirs législatifs et exécntifs; M. Fox qui en est le dépositaire, ne se laisseroit jamais infinencer par une autorité qnelconqne et ne se prêterait à ancnne communication sans l'antorisation des exécnteurs testamentaires, ainsi que tonte démarche vis-à-vis de lui serait infructueuse. Quant aux droits qne le gouvernement Anglais pourrait posséder en commun avec celui de France, à être instruit de la teneur de ce testament, Lord Bathurst m'a observé qne les motifs qui existaient pour ce dernier, étaient bien différents et d'nne nature plus délicate, puisqu'ils pouvaient avoir rapport à la sûreté pnbliqne, et bien qne M. de Montholon avait annoncé le 5 mai 1821 à Sir Hndson Lowe qn'il était autorisé à lui communiqner ce testament, et qne la convenance eût exigé qn'il le fît, que le gonvernement Britanniqne ne pouvait le prétendre comme un droit qui ponvait d'antant mieux être contesté qn'il n'était pas sontenable vis-à-vis d'ancun tribunal. Esterhazy an Metternich. Londres, le 18 mai 1822.

übergebenen zwei Millionen und die im Herzogthume Parma gelegenen Dotationen betraf. Im Uebrigen verwiesen sie auf den Testamentsauszug, welchen sie an Marie Louise gesendet hatten, und liessen diese in Unwissenheit über die anderen Bestimmungen des Testamentes.[1]

Dass Napoleon Bonaparte seinen Sohn nicht zum Universalerben eingesetzt und ihm nichts Anderes als wenige Angedenken vermacht hatte, begründeten sie folgendermassen: ‚E. M. werden gleich weiland dem Kaiser, Ihrem Gemahle, bedenken, dass, nachdem dieser die Welt beherrscht und über so viele Schätze verfügt hatte, eine Erbschaft von einigen Millionen für seinen Sohn wohl von keinem besonderen Werthe sein könne; die Ehre, dem Hause Oesterreich anzugehören, durfte ihn ja keinen Augenblick über das Schicksal dieses Prinzen in Sorge lassen.‘

Die Berichte aus Paris und London vom 15. und 18. Mai sammt den beiden Schreiben der Testamentsvollstrecker bildeten den Gegenstand einer Depesche, welche Fürst Metternich am 13. Juni an den Grafen Neipperg abschickte. Er setzte darin in der ausführlichsten Weise auseinander, dass alle Auskünfte, welche er bisher über die Verlassenschaft Napoleons und die hieraus hervorgehenden Streitigkeiten mit den Testamentsvollstreckern und den übrigen Legataren einzuziehen im Stande gewesen wäre, ihn zur Ueberzeugung gebracht hätten, dass das Interesse des Herzogs von Reichstadt sowohl, als jenes der Herzogin von Parma es rathsam erscheinen lasse, auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. Nachdem der Prinz in diesem Falle sich nicht als Universalerbe anzumelden hätte, wie er es sonst nach französischem Erbrechte zu thun befugt wäre, so müssten seine Vormünder bei Ausstellung der Renunciationsacte sich wesentlich darauf beschränken, in seinem Namen als particulare Legate jene Dosen und Vermächtnissstücke anzunehmen, welche ihm sein Vater testirt und die er schon aus Anstandsgründen nicht von sich weisen könnte. Erklärten sich die Vormünder des Prinzen mit der Verzichtleistung einverstanden, dann würde auch eine Bestätigung der letztwilligen Verfügungen Napoleons von Seite der Erzherzogin von selbst entfallen. Diese wäre im anderen Falle allen Folgen der Testamentsvollstreckung und

[1] Anhang 24.

mit ihrem Sohne den immerwährenden Forderungen der Legatare ausgesetzt.

Sie müsste anch das Codicill anerkennen, welches sie einerseits aufforderte, die Summe von zwei Millionen Francs zur Befriedigung einer gewissen Anzahl von Legataren zu bezahlen, und andererseits ihr die Dotationen empfahl, welche dem Grafen Bertrand im Herzogthume Parma angewiesen wurden. Diese, sowie alle übrigen ausserhalb des französischen Gebietes gelegenen Dotationen wären aber durch den Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814 bereits annullirt worden.

Nach der Anschauung Metternich's war also von den möglichen Entschlüssen, welche man in Betreff der Verlassenschaft hätte fassen können, am nachtheiligsten derjenige, durch welchen dem Verlangen der Testamentsvollstrecker entsprochen und die letztwilligen Verfügungen Napoleons bestätigt werden sollten. Er war überzeugt, dass dieser Wunsch keineswegs auf die Rücksicht für das Interesse sämmtlicher Legatare, sondern vielmehr darauf zurückzuführen sei, dass die Testamentsvollstrecker einzig und allein ihren persönlichen Vortheil sich vor Angen gehalten hätten.[1]

Er forderte die Erzherzogin anf, einen Renunciationsact auszustellen, worin sie auch mit Hinweis auf den Vertrag von Fontainebleau vom 11. April 1814 die Erklärung abgeben sollte, als Herzogin von Parma nicht gesonnen zu sein, Rechenschaft über jene Summen abzulegen, welche sie als Kaiserin der Franzosen empfangen habe. Dem Ermessen des Kaisers möge es dann überlassen bleiben, in Ansehung der Erbschaft die nöthigen Massregeln zu ergreifen. Den Entwurf zweier Renunciationsacte, von denen der eine dem Kaiser vorgelegt werden sollte, schaltete Fürst Metternich in seine Depesche ein. Gleichzeitig bemerkte er, dass eine solche Verzichtleistung nur als eine bedingte angesehen werden dürfte, so lange man nicht Einsicht in das ganze Testament und alle seine Codicille genommen habe. Zu diesem Zwecke sollten die Testamentsvollstrecker aufgefordert werden, Baron Vincent eine beglaubigte Abschrift des letzten Willens Napoleons zu überreichen, in welchem Falle

[1] Metternich verwies hiebei auf ein Schreiben des Marquis de Semonville, des Schwiegervaters Montholon's, an Hofrath Floret vom 12. Mai, welches seine Ansicht bekräftigen sollte. Dieser Brief liegt jedoch seiner an Neipperg gerichteten Depesche nicht bei.

die Vormünder des Herzogs von Reichstadt ihnen ohne weiteren Verzug ihre Entscheidung bekannt geben würden.[1]

Marie Louise, welche nichts so sehr als die Ruhe liebte und Alles vermieden haben wollte, was ihr nunmehriges Leben nur im Geringsten zu trüben vermocht hätte, ergriff mit Freuden die Gelegenheit, die sich ihr bot, eine für sie so lästige Angelegenheit zu beenden. Sie erklärte sich bereit, in ihrer Eigenschaft als überlebende Gattin Napoleons und als Vormünderin des Herzogs von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht zu leisten und im Uebrigen den Anordnungen ihres Vaters sich zu unterwerfen.[2]

Am 15. Juli unterbreitete Fürst Metternich dem Kaiser diese an Neipperg gerichtete Depesche sammt der Correspondenz, auf welche sie sich bezog. ‚Wenn E. M.,‘ bemerkte er am Schlusse seines Vortrages, ‚hierüber die a. h. Entschliessung zu fassen geruht haben werden, wird es nothwendig sein, den Freiherrn v. Vincent zu ermächtigen, den königlich französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten in vertraulichem Wege von dem hinsichtlich dieser Angelegenheit von E. M. gefassten Beschlusse zu verständigen, indem ein solches Benehmen dem Könige nicht anders als angenehm sein kann, da es diesem Monarchen einen neuen Beweis der Festigkeit und Gewissenhaftigkeit liefern wird, mit der E. M. bei jeder Gelegenheit zur Befestigung des königlichen Ansehens in Frankreich beizutragen entschlossen sind.‘

Kaiser Franz erklärte sich mit den Ausführungen Metternich's im Wesentlichen einverstanden.[3] ‚Uebrigens kann ich

---

[1] Anhang 25.

[2] ‚S. M. Mme l'archiduchesse accepte sans restriction la proposition que lui fait V. A. . . . pour mettre un terme à un objet aussi intéressant pour eux.‘ Neipperg an Metternich. Colorno, ce 21 juin 1822. St.-A.

[3] ‚Sie haben vor Allem von den Testamentexecutoren eine authentische, alle Zweifel der Echtheit beseitigende und vollständige Abschrift der letzten Dispositionen Napoleon Bonaparte's zu verlangen und ihnen zu erklären, dass Sie, ohne diese erhalten zu haben, sich in keine definitive Erklärung namens Meiner Frau Tochter, der Herzogin von Parma, oder Meiner als Grossvaters und natürlichen Vormundes des Herzogs von Reichstadt einlassen dürften. Da dem französischen Ministerium nach der Depesche des Baron Vincent der vollständige Inhalt dieses Testamentes bekannt ist und ihm die Verlautbarung der verschwiegenen Punkte schon bei Gelegenheit des Processes der Testamentsexecutoren mit Lafitte nicht zweckmässig für die Ruhe Europas geschienen hat, so werden Sie

mich dermalen,‘ bemerkte er, ‚noch in keine Beurtheilnng der von Ihnen aufgestellten Ansichten einlassen, da dieselben einestheils selbst auf der Mittheilung des ganzen Testamentes bedingt sind, andererseits die Frage, ob und wie überhaupt in dieser Verlassenschaftsangelegenheit vorgegangen werden soll, für das künftige Wohl des Herzogs von Reichstadt wirklich so wichtig ist, dass ich Ihnen schon jetzt auftrage, das in meiner Entschliessung vom 26. Juli 1821 für den Fall einlangender näherer Daten zusammenzuberufende Conseil in Wirksamkeit zu setzen und bei demselben Ihre Ansichten nochmals in weise Berathung nehmen zu lassen. Dieses Conseil wird mir auch das Gutachten erstatten, ob es nicht zuträglich oder nothwendig sei, zur Sicherung der allfälligen Successionsrechte des Herzogs von Reichstadt mittelst des französischen Ministerinms den einzigen bekannten disponiblen Fond bei Lafitte vor Verschleppnng zu sichern und virtualiter in Beschlag zu nehmen.‘

Bevor noch Fürst Metternich Kenntniss von dieser kaiserlichen Entschliessung hatte, schrieb er nach Parma und übersendete der Erzherzogin zwei an sie gerichtete Schreiben des Grafen Bertrand vom 16. und 18. Mai.[1] Das eine erinnerte Marie Louise an den Wunsch Napoleons, in Frankreich bestattet zu werden. Indem ihr eröffnet wurde, dass die Testamentsvollstrecker sich in dieser Angelegenheit bereits an Georg IV. und Ludwig XVIII. gewendet hätten, überliess es Graf Bertrand ihrer Pietät und ihrem klugen Ermessen, Fürsprache einzulegen, dass der Wunsch ihres verstorbenen Gemahls berücksichtigt werde. In Betreff dieser Forderung ertheilte Fürst Metternich der Herzogin den Rath, nichts darauf zu antworten: es genüge, dem Grafen Bertrand durch den Botschafter bekanntzugeben, dass der Brief der Herzogin von Parma zugestellt worden sei.[2]

das französische Ministerium von der Ihnen von Mir mit dieser Entschliessung anbefohlenen Erklärung an die Testamentsexecutoren in die Kenntniss setzen nnd ihm bei Mittheilung des ganzen Inhaltes des Testamentes dieselbe Verschwiegenheit versprechen, welche dasselbe selbst bisher unerlässlich geglanbt hat.‘ 19. Juli 1822.

[1] Der Bericht Vincent's vom 9. Jnli, welcher diese Briefe enthielt, liegt uns nicht vor. Vgl. Anhang 26.

[2] ‚. . . Nous pensons donc qu'il n'y a pas lieu à répondre à cette demande du comte Bertrand et qu'il suffira de lui faire connaître verbalement par l'intermédiaire de M. l'ambassadenr à la cour de France que

In dem zweiten Schreiben richtete Bertrand die Bitte an Marie Louise, die ihm von Napoleon angewiesenen und im Herzogthume Parma gelegenen Dotationen anerkennen zu wollen; zum Mindesten möge sie ihm den Rückstand von 200.000 Francs ausbezahlen und sich beim Kaiser dafür verwenden, dass eine andere Rente im Betrage von 10.000 Francs, welche er von dem Monte Napoleone zu Mailand bezogen habe, ihm gesichert bleibe. In seinem Schreiben nach Parma setzte Fürst Metternich dem Grafen Neipperg auseinander, dass auch diese beiden Forderungen Bertrand's als null und nichtig erklärt werden müssten. In Ansehung der einen verwies er auf den Beschluss der Mailänder Commission, welche im Jahre 1818 sich blos verpflichtet hätte, die bis zum 30. Mai 1814 laufenden Rückstände zu bezahlen; die zweite Forderung entfalle durch die Erklärung der Herzogin, sich an die Bestimmungen des Vertrages von Paris vom 30. Mai 1814 zu halten.[1]

Am 12. August theilte Fürst Metternich dem General Vincent die kaiserliche Resolution vom 19. Juli mit und forderte ihn im Sinne derselben auf, von den Grafen Montholon und Bertrand sowohl eine vollständige Abschrift des Testa-

---

la lettre a été remise à sa haute destination . . .‘ Metternich an Neipperg. Vienne, le 23 juillet 1822.

[1] „. . . Le traité de Fontainebleau du 11 avril 1814 que le comte Bertrand invoque pour le maintien des dotations du mont Napoléon, est tenu par les puissances comme ayant été annullé par la résiliation de Bonaparte. C'est par ce motif que les dotations du mont Napoléon ont été rejetées par les cours qui relativement aux engagements de cet établissemeut ont succédé au ci-devant royaume d'Italie. La commission de Milan n'admis l'obligation de payer les arrérages des dotations que jusqu'au 30 mai 1814, date du premier traité de Paris, et cela en conformité du protocole d'Aix-la-Chapelle . . .

Ponr ce qui est de l'autre dotation de 25.000 Fcs. de rente sur des domaines ou autres biens réputés tels dans l'état de Parme et laquelle a été créée ainsi que l'on voit de l'acte d'institution, à la date du 25 uovembre 1813 et par conséquent un mois après la perte de la bataille de Leipsic, je dois présumer, d'après ce que V. E. m'a ci-devant exprimé au nom de S. M. Mme la duchesse de Parme, qne cette auguste princesse préférera en sa qualité d'usufruitière de l'état de Parme, de s'en tenir à la stipulation générale de l'article V séparé et secret du traité de Paris du 30 mai 1814 par laquelle S. M. très-chrétienne, au nom des dotataires Français, a donné acte de renonciation aux dotations, sénatoreries et autres dispositions de ce genre situées hors du territoire Français . . .‘ Ibid.

mentes zu verlangen, als ihnen auch die Zusicherung zu geben, dass die österreichische Regierung in gleicher Weise wie die französische das grösste Stillschweigen in Betreff jener Verfügungen bewahren werde, welche nicht zur Veröffentlichung gelangen sollten. Weiters wurde Vincent angewiesen, sich mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Montmorency, in der Form, welche Kaiser Franz genehmigt, ins Einvernehmen zu setzen.[1] Nachdem diese Depesche darauf berechnet war, nicht nur den Testamentsvollstreckern, sondern auch dem französischen Ministerium vorgelegt zu werden, fertigte Metternich an demselben Tage eine zweite, als geheim bezeichnete ab, welche die übrigen Ausführungen, die in seinem Vortrage enthalten waren, und die kaiserliche Resolution hinsichtlich der bei Lafitte befindlichen Depots zum Gegenstande hatte.

Indem Fürst Metternich es sich vorbehielt, ein anderes Mal auf diese Frage zurückzukommen, trug er Vincent blos auf, sie Montmorency gegenüber von ungefähr zu berühren und die Ansicht dieses Ministers in Erfahrung zu bringen.[2]

---

[1] ‚Avant d'avoir acquis de la part de MM. les exécuteurs testamentaires la connaissauce de toutes les dispositions de dernière volonté, la déclaration que donnerait la tutelle du dnc de Reichstadt ne pourrait être qne partielle ou porter snr des articles inconnus, ce qui en ferait de sa nature un acte couditionnel et iusuffisant. . . . Toutefois, comme le gouvernement Français auquel, suivant l'assertiou de M. de Montholon, le testament avait été montré en eutier, avait demandée qu'il ne fut connu que par extraits et que c'était aiusi qu'il eu avait été fait usage vis-à-vis dn tribunal de première instance à Paris, V. E. u'hésitera pas à faire à MM. les exécuteurs testamentaires l'offre de prendre l'engagemeut que le secret des dispositious dout il peut importer d'éviter la publicité, sera gardé de uotre part aussi soigneusement que de la part du gouvernemeut Français. . . . Au surplus, l'intentiou de S. M. l'empereur est qu'avaut d'adresser l'iuterpellation ci-dessus meutionnée à MM. les exécuteurs testamentaires, vous commenciez, M. le barou, par prévenir S. E. M. le vicomte de Moutmorency tant de la démarche que vous vous trouvez chargé de faire vis-à-vis de MM. Bertrand, Moutholon et Marchand en repouse à leurs commnnications, que de la coudition que nous y avons mise d'admettre toutes les formes propres d'en garder le secret. . . . V. E. ne pourra, ce me semble, mieux remplir à cet égard les iutentions de S. M. I. qu'en donnant lecture de la présente dépêche au ministre du roi avant de procéder à sou exécution.' Metternich an Baron Viucent. Vieune, le 12 août 1822. St.-A.

[2] Anhang 27.

Am 30. September konnte Vincent berichten, dass er im Einverständnisse mit dem französischen Ministerium seines Auftrages sich entledigt und an Montholon, Bertrand und Marchand die schriftliche Aufforderung gerichtet habe, ihn von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss zu setzen.[1] Am 10. October erhielt er von Bertrand die Mittheilung, dass ihm dieser in wenigen Tagen das Verlangte ausfolgen würde.[2]

[1] ‚L'absence de MM. Bertrand et Montholon m'avait fait différer de leur adresser la demande que vous me chargez de leur faire, mon prince, par votre dépêche du 12 août dernier. J'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint la copie de ce que je viens d'écrire sur l'objet en question aux exécuteurs testamentaires de Napoléon Bonaparte; j'aurai l'honneur de faire connaître à V. A. ce qui me sera repondu à cet égard. Je La prie . . .' Vinceut an Metternich. Paris, le 30 septembre 1822.

Inzwischen hatte Marchand folgenden Brief an die Herzogin von Parma gerichtet:

‚L'empereur a daigné m'ordonner de faire faire de ses cheveux après sa mort un bracelet pour V. M., un pour Madame et une chaîne de montre pour le prince son fils, dont je reste dépositaire jusqu'à sa majorité, ensuite de repartir le reste dans des petits médaillons pour chacun des princes et princesses de la famille.

Conformément à cette dernière volonté de l'empereur, mon premier soin en arrivant en France a été de faire confectionner sous mes yeux ces restes précieux, et mon plus grand désir aurait été de me rendre auprès de V. M., si des raisons impérieuses ne s'y fussent constamment opposé.

J'avais néanmoins jusqu'à ce jour l'espoir de déposer moi-même aux pieds de V. M. l'hommage de mon respect profond et de Lui remettre les cheveux dont l'empereur a daigné me charger, mais toutes les démarches que j'ai faites pour obtenir un passeport, out échoué, et j'ai reçu, il y a quelques jours, un refus positif de la préfecture de police. Ce refus m'est d'autant plus pénible, qu'il me prive de l'honneur de faire connaître à V. M. les sentiments d'amour et d'estime que Lui conservait l'empereur, ainsi que le courage qu'il a constamment apporté à son infortune. J'ai en conséquence l'honneur d'envoyer à V. M., par la voie que m'offre M. Lubert, le bracelet et le médaillon, qui m'étaient confiés.' Paris, ce 1er juillet 1822.

Marie Louise liess Marchand durch den Grafen Neipperg ein Geschenk zukommen, gleichzeitig aber den kaiserlichen Botschafter in Paris ersuchen, ‚es auf alle mögliche Weise hintanzuhalten, dass irgendeiner der Testamentsvollstrecker nach Parma sich begebe, wo seine Anwesenheit tausend Unannehmlichkeiten zur Folge haben würde.' Neipperg an den Fürsten Metternich. Parma, 20. September 1822. St.-A.

[2] Lettre de M. le comte de Bertrand à S. E. M. le baron de Vincent. Paris, ce 10 octobre 1822.

Am 17. October endlich erschienen die Genannten bei dem Botschafter und händigten ihm eine getreue Abschrift des Testamentes mit der Bitte ein, dass die österreichische Regierung in Ansehung der Legatare eine günstige Entscheidung treffen möge.[1]

Sie theilten Vincent zugleich auch jene Codicille mit, welche Napoleon dem Grafen Montholon dictirt hatte. Sie betrafen Antomarchi, Vignali, Madame Lätitia, die Fürstin Pauline Borghese, die Gräfinnen Bertrand und Montholon und den Cardinal Fesch.[2]

Metternich befand sich auf dem Fürstencongresse von Verona,[3] als er diese erfreuliche Nachricht erhielt. Aber er bedauerte es, dass Baron Vincent die Acten nicht durch ein Mitglied der Botschaft nach Verona geschickt hatte, und forderte ihn auf, ihm dieselben umgehend zukommen zu lassen.[4]

‚J'ai reçu la lettre que V. E. nous a fait l'honneur d'écrire au comte de Montholon, à M. Marchand et à moi. Je suis convenu avec ces Messieurs que je repondrais en leur nom et au mien que conformément à la demande que vous nous avez adressée et dont vous avez donné connaissance au ministère, nous remettons sous peu de jours dans les mains de V. E. des copies en règle des testaments et codicils de feu l'empereur Napoléon.'

[1] ‚D'après l'explication que V. E. nous a fait l'honneur de nous adresser le 29 septembre dernier, nous Lui envoyons le paquet ci-joint, contenant 1° la collection des testaments et codiciles de feu l'empereur Napoléon signés et certifiés par nous exécuteurs testamentaires soussignés, 2° une copie figurée du testament et des cinq codiciles enregîtrés à Londres, contresignés des deux notaires qui les ont reçus en dépôt . . . Comme chargés des intérêts de tous les légataires, nous prions V. E. de ne pas se refuser à solliciter en leur faveur une décision aussi prompte qu'elle est nécessaire à la plupart d'entre eux. Nous osons croire ce sentiment conforme à la dignité et à la munificence de l'empereur votre maître et de S. M. la duchesse de Parme.' Marchand, Bertrand, Montholon an Vincent. Paris, 17. October 1822. St.-A.

[2] Anhang 28.

[3] Um die Mitte October waren hier die Kaiser von Oesterreich und Russland, die Könige von Preussen, Neapel und Sardinien nebst anderen italienischen Fürsten, und die gefeiertsten Diplomaten erschienen, um die Beschlüsse von Laibach in Erfüllung zu bringen. Das Princip der Legitimität, welches in diesen beiden Congressen so recht zum Ausdruck gelangte, vermochte aber nicht, auf lange sich zu behaupten; Griechenland wurde doch der Freiheit für würdig erkannt, und auch Spanien erhob sich von Neuem unter dem Banner der Cortes.

[4] Anhang 29.

XV. Capitel.

Metternich unterbreitet dem Kaiser das Testament. — Dieser verlangt Aufschluss über den Artikel, welcher die italienische Civilliste betrifft. — Metternich überschickt das Testament dem Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle und fordert ihn auf, darüber sein Gutachten zu erstatten. — Vortrag des Vicepräsidenten an den Staatskanzler. — Metternich unterbreitet dieses Gutachten dem Kaiser und fordert ihn zur Verzichtleistung auf.

Am 7. November legte Metternich dem Kaiser das Testament mit dem Bemerken vor, dass er es seinerzeit mit den in Wien zurückgebliebenen Acten vergleichen und sodann einen Bericht darüber erstatten werde. Gleichzeitig ersuchte er den Kaiser, ‚es dem Wunsche der Testamentsvollstrecker gemäss geheim zu halten‘.[1]

Den Tag darauf stellte Kaiser Franz dem Fürsten Metternich das Testament wieder zurück und forderte ihn auf, ihm besonders in Ansehung jenes Paragraphen, welcher die Ansprüche Napoleons auf die Civilliste des vormaligen Königreiches Italien zum Gegenstande habe, sobald als möglich einen Vortrag zu erstatten, ‚damit ich wisse‘, schloss er seine eigenhändige Resulution, ‚was ich in dieser Hinsicht nach dem strengsten Rechte zu thun schuldig sei‘.[2]

In der zweiten Hälfte des November übermittelte Czar Alexander von Russland dem Kaiser Franz eine Denkschrift, welche der Schwiegervater Montholon's, Marquis v. Semonville, verfasst und dem General Pozzo di Borgo mit dem Ersuchen überreicht hatte, sie dem Kaiser Alexander zukommen zu

[1] ‚. . . Indem ich E. M. die Acten in der Anlage gehorsamst überreiche, erlaube ich mir nur zu bemerken, dass ich sie hier unmöglich mit den früher erhaltenen Acten vergleichen konnte, weil letztere in Wien zurückgeblieben sind. Ich behalte mir aber vor, nicht nur diese Vergleichung auf das Genaueste vornehmen zu lassen, sondern auch E. M. einen umfassenden Vortrag über diese wichtige Erbschaftsangelegenheit gehorsamst zu erstatten. Indessen muss ich E. M. ehrfurchtsvoll bitten, den Inhalt dieser Acten, dem Wunsche der Testamentsexecutoren gemäss, geheim zu halten und mir selbe nach davon genommener Einsicht zur Verfassung meines Vortrages allergnädigst zurückzustellen.‘

[2] ‚Die Anlagen folgen hiemit wieder zurück, und erwarte ich sobald als möglich von Ihnen den Vortrag, was in dieser Sache zu verfügen sei, insbesondere in Ansehung des 4. Punktes des §. III des Testamentes, welcher eigentlich mich betrifft . . .‘

lassen.[1] Aus diesem Schriftstücke ging mit Deutlichkeit hervor, welche Rücksichten in Ansehung der französischen Regierung und welche Privatabsichten für die Testamentsvollstrecker bestimmend waren, einen Theil der letztwilligen Verordnungen Napoleons bei dem Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbury in London zu hinterlegen, und welchen Werth sie darauf legten, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt das Testament anerkenne. Kaiser Franz ermangelte nicht, seinem Verbündeten gegenüber sich erkenntlich zu zeigen, weshalb er den Fürsten Metternich beauftragte, ihm das Testament Napoleons vollinhaltlich bekanntzugeben. Am 30. November verfügte Metternich sich zu Kaiser Alexander und überreichte ihm eine Abschrift des Testamentes mit folgenden Worten: ‚Die Betrachtungen, welche beim Lesen dieses letzten Manifestes Napoleon Bonaparte's entstehen, werden der Weisheit und den tief religiösen Anschauungen E. M. nicht entgehen. Ein altes Sprichwort sagt: man stirbt so, wie man gelebt hat. Der letzte Wille des Gefangenen von St. Helena ist ein neuer Beweis für die Richtigkeit dieses alten Satzes. Auch er ist gestorben, so wie er gelebt hat. Gott möge ihm die ewige Ruhe geben.‘[2]

Nach Wien zurückgekehrt, überschickte Fürst Metternich am 9. Jänner dem Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle, Freiherrn v. Gärtner, diejenigen Vorträge und diplomatischen Correspondenzen, welche auf die Verlassenschaft Napoleons sich bezogen, und forderte ihn auf, darüber sein Gutachten vom juridischen Standpunkte aus abzugeben. Diesen Acten lag auch das Memoire des Marquis v. Semonville bei. Fürst Metternich lenkte die Aufmerksamkeit Gärtner's umsomehr auf diese Denkschrift, als der Kaiser die Frage aufgeworfen hatte, ob es nicht nothwendig erscheine, von der französischen Regierung die Beschlagnahme des Depots zu erwirken. ‚Durch erwähnten Vor-

[1] Anhang 30.

[2] S. A. le chancelier de conr et d'état à S. M. l'empereur Aléxandre. Novembre 1822.

‚M. le prince de Metternich,‘ heisst es darin, ‚ayant préféré de remettre de la main à la main à S. M. l'empereur Aléxandre les copies légalisées dn testament et des codiciles de Napoléon Bonaparte, il n'a point été fait usage de la présente minnte, qni est à déposer aux actes relatifs à cet objet, comme faisant foi, qne les dites copies ont été remises par M. le prince de Metternich à l'empereur de Russie le jour d'hier 30 novembre 1822 à Vérone.‘

gang,' führte der Staatskanzler aus, ,verschwindet die Besorgniss, dass dieser Fond der Masse entzogen werden könnte, während andererseits ein diesfälliger Schritt bei der französischen Regierung dem künftigen Entschlusse der Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt in Ansehung des Testamentes auf gewisse Art vorgreifen würde.'

Nach reiflicher Ueberlegung drängten sich dem Fürsten Metternich vier Fragen auf, mit deren Beantwortung er Gärtner beauftragte. Die ersten zwei betrafen das Verlangen der Testamentsvollstrecker, dass die Herzogin von Parma und Kaiser Franz die letztwilligen Verordnungen Napoleons bestätigen sollten, und ferner die Erwägung, ob es für die Herzogin und ihren Sohn nicht vortheilhafter wäre, auf die Erbschaft zu verzichten. Ohne das Gutachten Gärtner's irgendwie beeinflussen zu wollen, setzte er diesem dieselben Ansichten auseinander, welche er bereits in dem Schreiben an Neipperg vom 13. Juni und in seinem Vortrage an den Kaiser vom 15. Juli zum Ausdruck gebracht hatte. Die dritte Frage lautete folgendermassen: ,In der Voraussetzung, dass ein Beschluss dahin gefasst würde, im Namen des Herzogs von Reichstadt einen Verzichtleistungsact in der Art auszustellen, dass sich von jeder Theilnahme sowohl an den Activen als an den Passiven der Verlassenschaft losgesagt werde, wäre es nicht dennoch den Gefühlen kindlicher Liebe, sowie den Eingebungen der Religion und der Naturgesetze gemäss, dass gedachter Prinz das Vermächtniss jener Effecten nicht ausschlage, welche seinem Vater grösstentheils zum persönlichen Gebrauche gedient haben und deren Uebergabe seinerzeit von den im Testamente eigens hiezu bestimmten Personen zn geschehen hat?'

Mit Rücksicht darauf, dass die Andenken, welche Napoleon Bonaparte seinem Sohne vermacht hatte, meist Gegenstände waren, die mehr einen Affectionswerth besassen,[1] neigte Metternich zu der Ansicht hin, dass der Herzog von Reichstadt ihre Annahme nicht verweigern sollte, ,da es gewissermassen als eine Verleugnung seines Vaters und als eine freiwillige Beschimpfung seines Andenkens ausgelegt werden könnte'.

[1] Napoleon Bonaparte selbst bezeichnete sie als geringfügig, indem er Folgendes niederschrieb: ,Je désire que ce faible legs soit cher à mon fils, comme lui retraçant le souvenir d'un père, dont l'univers l'entretiendra.' Testament.

‚Es muss übrigens noch bemerkt werden,‘ schrieb er an Gärtner, ‚dass dieser Prinz, wenn ihm erwähnte Andenken und Effecten nach erreichtem 16. Jahre werden überbracht werden, sich in dem Falle befinden wird, die Depositäre wegen der gehabten Sorge für ihre Aufbewahrung mittelst angemessener Geschenke zu belohnen; man wird sonach nicht sagen können, weder dass er dieselben ganz umsonst empfangen habe, noch dass dadurch der Masse der Legate ein Unrecht geschehen sei.‘

Die vierte Frage endlich betraf die Bestimmungen Napoleons rücksichtlich seiner Privatdomäne, d. i. jenen Paragraphen des Testamentes, welcher die besondere Aufmerksamkeit des Kaisers erregt hatte. Indem Fürst Metternich auf die Bestimmungen der Convention von Fontainebleau hinwies, gemäss deren Napoleon Bonaparte allen Souveränetätsrechten über Frankreich, Italien und die übrigen von ihm beherrschten Länder entsagt hatte, ohne sich das vorzubehalten, was er unter seiner Privatdomäne verstand,[1] folgerte er daraus, dass ‚Napoleon Bonaparte in seinem Testamente über etwas verfügt habe, was nicht sein Eigenthum gewesen sei‘. Der Code Napoléon erkläre aber eine derartige Verfügung für null und nichtig.[2]

Weiters theilte Metternich dem Freiherrn v. Gärtner sowohl das Schreiben des Herzogs von Leuchtenberg an den Kaiser vom 30. März 1822, welches sich auf die Ansprüche des Prinzen auf die Civilliste des ehemaligen Königreiches Italien bezog, als auch die kaiserliche Resolution mit, wonach Jener mit seinem Begehren an die Mailänder Commission verwiesen werden sollte. ‚Nach dieser a. h. Entschliessung,‘ bemerkte Metternich, ‚glaube ich aber den Herzog von Leuchtenberg erst dann, und zwar mittelst einer ostensiblen Depesche an den Gesandten in München — da eine directe Correspondenz mit gedachtem Herzog darüber nicht angemessen scheint — verbescheiden zu sollen, wenn S. M. als Vormund Allerhöchstihres Enkels einen definitiven Entschluss in Ansehung des Testamentes Napoleons ergriffen haben werden, indem Prinz Eugen sonst seine Weigerung, die von ihm verlangten zwei Millionen zu entrichten, voreilig gegen die Testamentsexecu-

[1] Art. 1 und 9.
[2] §. 1021.

toren und Legatare erklären und selbe einzig auf den hiesigen Hof schieben würde.'

Als Gärtner seines Auftrages sich entledigt und dem Staatskanzler am 24. Jänner sein Gutachten vorgelegt hatte,[1] unterbreitete es Metternich am 11. Februar dem Kaiser. Wenn auch die Ansichten Gärtner's im Wesentlichen mit jener des Fürsten übereinstimmten, so bedingten sie doch einige Aenderungen in den Renunciationsacten, welche dem Kaiser am 15. Juli 1822 vorgelegt worden waren. Im Gegensatze zu den Testamentsvollstreckern, welche behaupteten, dass der Nachlass und somit auch das Testament Napoleons nach den französischen Gesetzen behandelt und beurtheilt werden müssten, wonach dem Sohne die Hälfte des väterlichen Vermögens nach Abzug der darauf haftenden Lasten gebühre, war Gärtner folgender Meinung: Napolen Bonaparte hätte seine letztwilligen Verordnungen nach den auf der Insel St. Helena geltenden englischen Gesetzen verfassen sollen, denn er habe in Folge der Abdankung von Fontainebleau aufgehört, Franzose zu sein. Dagegen wendete Metternich ein, dass die Erklärung des Wiener Congresses vom 13. März 1815, Napoleon Bonaparte ausser dem Schutze der Gesetze zu betrachten, mehr in staatsrechtlicher Hinsicht gelte und noch immer die Frage offen halte, ob er nicht doch seine privatrechtlichen Verhältnisse nach den Gesetzen seines letzten ordentlichen Domicils, nämlich Elba's, wo der Code Napoléon in Kraft bestehe, habe regeln und darnach sein Testament machen können. Gegen die Anschauung Gärtner's führte Metternich noch an, dass die englische Regierung Napoleon nie als Kaiser anerkannt, mit ihm stets als dem ersten Consul der französischen Republik unterhandelt und nach seiner Anhaltung ihn nur als einen General und kriegsgefangenen Franzosen angesehen habe, dessen Bewachung ihr von den übrigen verbündeten Mächten anvertraut worden sei. In Ansehung der Herzogin von Parma und ihres Sohnes dürfe es jedoch keinem Zweifel unterliegen, dass dieser nicht als französischer Unterthan und jene nicht als die Witwe eines Franzosen zu betrachten seien. Im Uebrigen erheische es das Interesse der französischen Regierung, die Erbschaftsangelegenheit nicht vor fremden Gerichten anhängig

[1] Anhang 31.

machen und verhandeln zu lassen. So lange aber nicht mit Bestimmtheit vorausgesetzt werden könne, dass dem Herzoge von Reichstadt irgendein Vortheil erwachse, wenn man auf die Erbschaft Anspruch erhebe und der Vollziehung des Testamentes beistimme, so lange sei es als überflüssig zu erachten, über die von Gärtner aufgeworfene Frage eine Entscheidung zu treffen. Nochmals legte Metternich dem Kaiser nahe, ohne Verzug den Beschluss zu fassen, dass den Testamentsvollstreckern in rechtlicher Form eröffnet werde, der Herzog von Reichstadt leiste auf seine allfälligen Erbrechte Verzicht. Abgesehen von allen anderen Beweggründen, welche für einen solchen Antrag sprächen, handle es sich auch ‚um die Würde des Kaiserhauses selbst, mit welcher es nicht verträglich scheine, sich vor den französischen Gerichten in Streitigkeiten einzulassen oder anderweitige Schritte bei dem französischen Gouvernement mit so zweifelhafter Aussicht auf einen aus dem Nachlasse zu ziehenden Vortheil zu machen‘.

Er unterbreitete dem Kaiser die Renunciationsacte, welche nach den Ausführungen Gärtner's derart abgefasst waren, dass sie nichts enthielten, was auf eine Anerkennung der französischen Gesetze in Betreff der Entscheidungen über das Testament und die Erbrechte des Herzogs von Reichstadt hätte schliessen lassen können. Die Verzichtleistung wurde ausdrücklich auf jenes Vermögen beschränkt, welches im Testamente und in den Codicillen angegeben war, wogegen der Erbe sich das Recht in Ansehung jenes vorbehielt, welches ausserdem noch vorhanden sein könnte.

Aber erst am 13. September, also nach Ablauf von sieben Monaten, resolvirte Kaiser Franz diesen Vortrag Metternich's.[1]

[1] Kaiser Franz erklärte, dass das Erbrecht des Herzogs von Reichstadt, an welchem nicht zu zweifeln wäre, nur dann in Wirksamkeit treten könnte, wenn Napoleon Bonaparte ein disponibles eigenes Vermögen hinterlassen und darüber rechtsgiltig verfügt hätte. Nachdem Napoleon von Geburt ein Franzose gewesen sei und sein letzter Wille in Frankreich liegende Capitalien beträfe, so stehe es der französischen Regierung zu, jene zwei Fragen in Erwägung zu ziehen, und sie möge von Baron Vincent aufgefordert werden, hierüber eine Erklärung abzugeben. Gehe aus derselben hervor, dass Napoleon Bonaparte in der That ein disponibles Vermögen hinterlassen und rechtsgiltige Verfügungen getroffen habe, dann solle Vincent der französischen Regierung mittheilen, dass er, der Kaiser, als Grossvater und natürlicher Vormund des Herzogs von

XVI. Capitel.

Das Gut San Martino. — Vortrag Metternich's an den Kaiser über die Ansprüche Reichstadt's auf dieses Gut. — Er ersucht den Kaiser, einen baldigen Entschluss zu fassen. — Der Kaiser zögert damit. — Die französische Regierung hofft, dass die Vormundschaft Reichstadt's auf die Erbschaft Verzicht leisten werde. — Metternich ersucht den Kaiser in einem neuerlichen Vortrage um eine baldige Entscheidung. — Einverständniss zwischen der französischen Regierung und den Legataren, welche ihre Angelegenheit einem Schiedsrichtercomité übertragen haben. — Der Spruch der Schiedsrichter, wonach die Hälfte des Lafitte'schen Depots dem Herzoge von Reichstadt überlassen bleibt. — Neuerlicher Vortrag Metternich's. — Resolution des Kaisers, wonach die französische Regierung zu einer bestimmten Aeusserung veranlasst werden möge.

Inzwischen hatten die Ansprüche, welche die Familie Bonaparte und insbesondere die Fürstin Pauline Borghese auf San Martino erhoben, dem Staatskanzler Gelegenheit geboten,

---

Reichstadt gestatte, ‚dass alle in den abschriftlich vorliegenden letzten Willenserklärungen enthaltenen Dispositionen, insoweit nicht fremde Rechte dadurch verletzt würden oder insoweit deren Vollzug möglich sei, jedoch ohne dem Herzog von Reichstadt die mindeste Last oder Verbindlichkeit für jetzt oder für die Zukunft aufzuladen und ohne dessen Mitwirkung auf irgendeine Art in Anspruch zu nehmen, in Erfüllung gebracht werden, dass der Herzog von Reichstadt sogar aus Ehrfurcht für die väterliche Willensmeinung, soferne das bisher bekannte Vermögen Bonaparte's zur Erfüllung des letzten Willens nicht zureichen sollte, auch die ihm angeblich bestimmten Andenken mit Ausnahme einer einzigen, sonst werthlosen Kleinigkeit der sonstigen väterlichen Willensmeinung zum Opfer bringen wolle, dagegen aber die Geltendmachung seines Erbrechtes auf alles anderweitige, ihm noch nicht bekannte oder nach Erfüllung der letzten Willensmeinung des Bonaparte erübrigende Vermögen desselben sich ausdrücklich und feierlich vorbehalte‘.

Von Marie Louise hingegen verlangte Kaiser Franz, dass sie in Betreff der Hinterlassenschaft Napoleons und des Erbrechtes ihres Sohnes sich in gleicher Weise äussern solle, aber er überliesse es ‚lediglich ihrem Gewissen‘, rücksichtlich der zwei Millionen diejenige Entscheidung zu treffen, ‚welche ihr die gehörige zu sein scheine‘. Weiters ertheilte der Kaiser seine Zustimmung, dass die Erklärung der Herzogin von Parma durch den Botschafter in Paris übergeben werde, nur insoweit, ‚als er jede wechselseitige Berufung in den beiderseitigen Erklärungen sorgfältigst vermieden wissen wollte‘. Schönbrunn, 13. September 1823.

Die kaiserliche Resolution selbst lautet wie folgt:

‚Ueber diesen Vortrag finde Ich Ihnen Folgendes zu erwidern:

‚Sie werden Meinem Gesandten am Pariser Hofe auftragen, da, wo es nöthig ist, zu erklären, dass, da das Erbrecht Meines Enkels auf

den Kaiser zu einer Entscheidung zu drängen. Die Angelegenheit, um die es sich handelte, war folgende: Zur Zeit seines Aufenthaltes auf Elba hatte Napoleon Bonaparte die auf dieser Insel liegende Besitzung San Martino an sich gebracht. Als Elba in Gemässheit der Beschlüsse des Wiener Congresses unter die Oberherrschaft des Grossherzogthums Toscana gestellt wurde, liess dieses San Martino durch eine eigene Verwaltung ganz abgesondert von den anderen Krongütern administriren. So lange Napoleon noch am Leben war, wollte

die Verlassenschaft seines Vaters, insofern eine hinterhliehen ist, nnhezweifelt ist, dieses Erbrecht aher erst in jenem Falle in Wirksamkeit treten kann, wenn derselbe ein disponihles eigenes Vermögen hinterlassen und darüber auf eine giltige Art letztwillig disponirt hat, heides aher zu beurtheilen der französischen Regierung zusteht, weil derselhe seiner Geburt nach ein Franzose war nnd seine vorliegenden letztwilligen Dispositionen meistens Effecten nnd Capitalien hetreffen, die in Frankreich sich hefinden, daher vorerst von der französischen Regierung erklärt werden müsse, dass ein disponihles Vermögen vorhanden nnd die hierwegen vorliegenden letztwilligen Anordnnngen rechtsgiltig seien.

‚Sollte die Erklärung von der französischen Regierung erfolgen, dass ein disponihles Vermögen vorhanden nnd die gedachten Anordnnngen rechtsgiltig seien, so hat Mein Gesandter in Frankreich ferners folgende Erklärung ahzugehen, dass Ich als Grossvater nnd natürlicher Vormund des Herzogs von Reichstadt nnahgesehen davon, dass das Testament sammt den mehreren Codicillen Bonaparte's Mir nicht in Urschrift vorgelegt wurde, noch Ich auch üherzeugt worden hin, dass keine weiteren testamentarischen Anordnungen Bonaparte's mehr hestehen, ferners, dass der Sohn in denen Ihnen abschriftlich vorgelegten letzten Willenserklärungen ganz übergangen sei, anch in denselben Dispositionen enthalten seien, welche fremdes Eigenthum hetreffen dürften, gestatte, dass alle in den abschriftlich vorliegenden letzten Willenserklärungen enthaltenen Dispositionen, insoweit nicht fremde Rechte dadurch verletzt werden oder insoweit deren Vollzug möglich ist, jedoch ohne dem Herzoge von Reichstadt hiedurch die mindeste Last oder Verhindlichkeit für jetzt oder für die Zukunft aufzuladen und ohne dessen Mitwirkung auf irgendeine Art in Anspruch zn nehmen, in Erfüllnng gehracht werden, dass der Herzog von Reichstadt sogar aus Ehrfurcht für die väterliche Willensmeinung jenenfalls, wenn das bisher hekannte Vermögen Bonaparte's zur Erfüllung desselhen letzten Willens nicht zureichen sollte, anch die ihm angeblich hestimmten Andenken mit Ausnahme einer einzigen, sonst werthlosen Kleinigkeit der sonstigen väterlichen Willensmeinnng znm Opfer hringen wolle, dagegen aber die Geltendmachung seines Erbrechtes auf alles anderweitige, ihm noch nicht bekannte oder nach Erfüllung der letzten Willensmeinung des Bonaparte erührigende Vermögen desselhen sich ansdrücklich nnd feierlich vorhehalte.

Marie Louise keinen Schritt bei der toscanischen Regierung unternehmen, um die Ansprüche des Herzogs von Reichstadt auf dieses Besitzthum seines Vaters sicherzustellen. Als sie jedoch nach dem Tode Napoleons in Erfahrung brachte, dass die Familie desselben und namentlich Prinzessin Pauline das Gut unter dem Vorwande, sie hätten die Gelder zu seinem Ankaufe vorgestreckt, reclamirten, sah sie sich veranlasst, von der grossherzoglichen Regierung zu verlangen, dass man San Martino in keine anderen Hände als in die des Herzogs von Reichstadt übergehen lasse.[1]

‚Auch werden Sie Meinem Gesandten in Paris auftragen, in Ansehung derjenigen letztwilligen Dispositionen Bonaparte's, welche das domaine privé des Königreiches Italien betreffen, abzuwarten und anzuzeigen, was die französische Regierung über die Giltigkeit der Bonaparte'schen letztwilligen, nun vorliegenden Anordnungen überhaupt beschliessen werde.

‚Endlich werden Sie Meiner Frau Tochter anzeigen, was Ich durch Meinen Gesandten in Paris in Betreff des Napoleonischen Verlasses und des Erbrechtes erklären lasse, dass Ich zwar wünsche, dass sie in Hinsicht des Erbrechtes des Herzogs von Reichstadt und der Ansicht über die letztwilligen Anordnungen des Bonaparte, welche vorliegen, gleiche Sprache mit Mir führe, in Hinsicht der zwei Millionen aber, welche sie in Fontainebleau empfangen und worüber Bonaparte testirt haben soll, es lediglich ihrem Gewissen überlasse, diejenige Erklärung, welche ihr die gehörige zu sein scheint, abzugeben. Schliesslich finde Ich Ihnen zu bemerken, dass Ich zwar gestatte, dass die Erklärung Meiner Frau Tochter gleichfalls durch Meinen Gesandten in Paris übergeben werde, dass Ich aber jede wechselseitige Berufung in Unseren beiderseitigen Erklärungen sorgfältig vermieden wissen will.

‚Schönbrunn, 13. September 1823. Franz m. p.'

[1] ‚S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme est instruite depuis longtemps que le défunt exempereur Napoléon avait fait l'acquisition dans l'île d'Elbe, dans le temps, qu'il en était le souverain, et avec ses propres fonds de la propriété de San Martino. Durant la vie et la captivité de l'empereur, S. M. Mme l'archiduchesse n'a point cru convenable de faire requérir le gouvernement Toscan, sous la souveraineté duquel se trouve maintenant l'île d'Elbe, de lui fournir des details sur la nature de cette propriété. Les circonstances ayant changé, S. M. croyait qu'il est de son devoir de mère et de tutrice naturelle de son fils, de ne rien négliger pour obtenir des renseignements exacts sur l'objet en question et surtout pour empêcher que l'influence étrangère ou les menées de la famille Bonaparte ne dénaturent les droits bien positifs que son fils S. A. S. le duc de Reichstadt doit nécessairement avoir sur cette partie de la succession de son père. S. M. Mme l'archiduchesse, pleine de confiance dans les preuves d'attachement que vous avez donné en toute

Da Fürst Metternich es nicht für rathsam erachtete, dass Marie Louise in eine unmittelbare Interessenverhandlung mit der Familie Bonaparte trete, und es vorzog, Zeit zu gewinnen, so beschränkte er sich lediglich darauf, die toscanische Regierung einzuladen, das Gut San Martino nur demjenigen zu überlassen, dessen Recht darauf gesetzlich erwiesen und anerkannt sein würde. [1]

In solchem Zustande verblieb die Sache bis 1823. In diesem Jahre wendete sich die Fürstin Borghese abermals mit dem Ersuchen an die toscanische Regierung, die Gerichtshöfe mögen in Betreff ihrer Ansprüche auf San Martino einen Wahrspruch fällen. Im Auftrage des Grossherzogs, welcher sich dadurch zur Entscheidung gedrängt sah, richtete Graf Bombelles am 29. April 1823 ein Schreiben an den Fürsten Metternich und ersuchte diesen, ihm die Ansicht des Kaisers mitzutheilen. [2]

occasion à sou auguste persoune, et dans le zèle avec leqnel vous soignez ses intérêts, m'antorise à vous charger de la commission délicate de faire tontes les démarches nécessaires et d'office près du gouvernemeut Toscan pour soutenir ses justes droits et empêcber que la possession de San Martiuo ue passe eu d'autres mains qu'eu celles de sou vrai propriétaire le duc de Reichstadt.

D'après les informations positives qni nous sout parvenues, le gouvernement Toscan fait administrer cette possession, depuis qn'il a occnpé l'île d'Elbe, d'une manière particnlière et séparée des autres biens de la couronne par le ministre de l'intérieur Mr Neri Corsini.' Neipperg an Bombelles. Florence, ce 26 septembre 1821.

[1] ‚M. le comte de Neipperg m'a communiqué l'office, qn'il a eu l'bonneur de vous adresser le 26 septembre par ordre de S. M. Mme l'archidnchesse Marie Louise, pour vous iuviter à soutenir auprès du gouvernemeut Toscan les droits de M. le dnc de Reicbstadt à la possessiou de San Martino, propriété acquise dans l'île d'Elbe par feu l'ex-empereur Napoléou, et pour empêcher qne cette possession ne tombe eu d'autres mains que celles de son fils, son héritier naturel. J'ai cru devoir répoudre à cette onverture de M. le comte de Neipperg par la dépêche dont vous trouverez ci-joint une copie; je me snis appliqué à y relever plusieurs motifs, qni doivent nous faire désirer dans l'intérêt de Mme l'archiducbesse, qu'elle ne se presse pas de se mettre en avant dans cette affaire délicate.' Metternicb an Bombelles. Vieune, le 14 octobre 1821.

[2] ‚M. le cbevalier de Fossombroni m'a fait hier la communicatiou confidentielle que Mme la priucesse Panline Borghèse vient de renouveler les instances qn'elle a faites déjà à plusieurs reprises pour que les tribunaux Toscaus veuillent bien prononcer en dernier appel sur les prétentions que cette princesse tâche depuis longtemps de faire valoir sur le bien de San Martino situé dans l'île d'Elbe.

In dem Vortrage, welchen der Staatskanzler am 15. Mai hierüber dem Kaiser erstattete, äusserte er sich folgendermassen: ‚Die Entscheidung der Frage, ob das Gut San Martino für den Herzog von Reichstadt reclamirt werden soll, oder ob es vorzuziehen sei, diesen Anspruch ganz fahren zu lassen, hängt von dem a. h. Beschlusse ab, welchen E. M. über meinen Vortrag vom 11. Februar 1823 in Betreff des letzten Willens Napoleons zu fassen geruhen werden. Denn sollten E. M., nachdem Allerhöchstdieselben die auf Napoleon's Verlassenschaft haftenden beträchtlichen Lasten und Schulden als Vormund des Herzogs von Reichstadt berücksichtigt haben, es in Ihrer Weisheit dem Interesse I. M. der Frau Erzherzogin und jenem des Herzogs von Reichstadt räthlicher erachten, auf die Erbschaftsansprüche förmlich Verzicht zu leisten, dann hätte auch der Herzog von Reichstadt, der nur als Erbe Rechte geltend machen kann, gar keinen Rechtsgrund, für sich das Eigenthum von San Martino zu reclamiren.‘

Aber auch diesen Vortrag resolvirte Franz I. am 13. September, und zwar nichts weniger als im Sinne Metternich's.[1]

Fürst Metternich wurde durch die so lange Verzögerung der kaiserlichen Entschliessungen umsomehr in eine peinliche

‚M. de Fossombroni a ajonté que d'après le désir exprimé dans le temps par la mission de S. M. l'empereur et roi à Florence (désir motivé par les ordres que V. A. voulut bien me communiqner en date du 14 octobre 1821) les tribunaux avaient été invités à ne point se hâter de prendre une décision quelconque dans cette affaire. La note verbale cijointe, qui m'a été remise par le ministère Toscan, fera voir à V. A. l'impossibilité dans laquelle se trouve Mgr. le grand-duc d'arrêter plus longtemps l'action des tribunaux, et je vous supplie, mon prince, de vonloir bien me dicter la réponse que j'ai à faire à cet égard.‘ Bombelles an Metternich. Florence, 29 avril 1823.

[1] Die kaiserliche Resolution lautet wie folgt: ‚Da Ich dem Erbrechte Meines Enkels, des Herzogs von Reichstadt, auf die Verlassenschaft seines Vaters zu entsagen Mich nicht befugt halte, so werden Sie dasselbe auch auf das Dominium San Martino geltend machen, übrigens aber Meinem Herrn Brnder, dem Grossherzoge, bedeuten, dass Ich ihm überlasse, in Ansehung der Ansprüche, welche von anderen Seiten auf das gedachte Dominium gemacht werden, den dortigen Landesgesetzen ihren freien Lanf zu lassen, bis zu der gerichtlichen Austragnng dieser Ansprüche aber, welche mir anzuzeigen ist, die gerichtliche Verwaltung dieses Dominiums ansuchen, was Sie auch Meiner Frau Tochter, der Herzogin von Parma, und Meinem Gesandten in Paris eröffnen werden.‘ 13. September 1823. St.-A.

Lage versetzt, als inzwischen nicht nur die Grafen Bertrand und Montholon, sondern selbst der französische Minister des Aeussern, Graf Chateaubriand, sich mit dem Ersuchen an den Botschafter gewendet hatten, dass der Kaiser eine baldige Entscheidung treffen möge. Wie Baron Vincent am 26. Mai nach Wien berichtete, schienen sie vorauszusetzen, dass der Kaiser sich zu einer Verzichtleistung auf die bei Lafitte deponirten Summen entschliessen würde.[1]

Gedrängt durch die Vorstellungen der Legatare, welche den Besitz ihrer Vermächtnisse ungeduldig verlangten, hatten die Testamentsvollstrecker, und zwar wie aus einer Note Chateaubriand's an den Botschafter vom 26. Mai deutlich erhellte, im Einverständnisse mit der französischen Regierung den schiedsrichterlichen Weg eingeschlagen. Dass das Ministerium, welches nur auf solche Weise jeder öffentlichen Austragung des Streites vorbeugen konnte,[2] seine Hand mit im Spiele hatte, lag um so näher, als Chateaubriand den Botschafter ausdrücklich ersuchte, seinen Hof zu einer rascheren Entschliessung zu veranlassen.

Dieser Umstand bekräftigte den Fürsten Metternich umsomehr in seiner Ansicht, dass es am vortheilhaftesten sei, auf die Erbschaft zu verzichten. Er hielt es für unausweichlich, den Grafen Bertrand und Montholon eine Antwort zu geben. ‚Wird keine ertheilt,' setzte er dem Kaiser in einem Vortrage vom 15. Juni anseinander, ‚so werden vielleicht die Testamentsexecutoren und Legatare dieses Stillschweigen des Erben und der Vormundschaft als eine stillschweigende Verzichtleistung

---

[1] Anhang 32.

[2] Wie Baron Vincent vorläufig berichtete, war man übereingekommen, die Vertheilung der disponiblen Hälfte zu verfügen und sich eines jeden Spruches in Betreff der zweiten zu enthalten, auf welche kraft der französischen Gesetze der Herzog von Reichstadt Anspruch hatte. Nachdem die vorhandenen Summen nicht ausreichten, um alle Legatare zu befriedigen, und Graf Bertrand, wie er ausdrücklich erklärte, sich nicht auf Kosten der Uebrigen bereichern wollte, so verzichtete er auf jeden Vortheil, welcher für ihn aus einem möglichen Zuwachs hervorgehen konnte. Diese Verzichtleistung bezog sich auf jene Bestimmungen des Testamentes, welche einerseits die im dritten Codicille genannten Legatare von jeder Antheilnahme an dem bei Lafitte befindlichen Depot ausschlossen und andererseits alle den Schicksalsgefährten Napoleons auf St. Helena vermachten Legate als Belohnungen anführten, welche ohne jeden Abzug zur Vertheilung gelangen sollten.

darzustellen trachten, und es gelingt ihnen vielleicht, die Vertheilung der bei Lafitte depositirten zweiten Hälfte der Capitalien gegen Leistung einer Caution für eventuelle Reclamationen zu erwirken.‘

Da Antomarchi in einem Schreiben an Baron Vincent vom 25. April um die Erlaubniss gebeten hatte, sich nach Wien begeben zu dürfen um hier sowohl ein Werk über die Anatomie des menschlichen Körpers verlegen zu lassen, als auch eine Entscheidung in Betreff seiner Pension zu erwirken,[1] berief Fürst Metternich sich auch auf diesen Umstand, um den Kaiser zu ersuchen, ‚seinen Vortrag vom 11. Februar in Anbetracht aller entwickelten Gründe bald zu erledigen‘.

Nicht früher als am 13. September resolvirte Kaiser Franz auch diesen Vortrag des Staatskanzlers.[2]

Ein Bericht Vincent's vom 18. Juli enthielt eine ausführliche Darstellung des Uebereinkommens, welches die Testamentsvollstrecker und die Schiedsrichter in Ansehung der Verlassenschaft getroffen hatten.[3]

Darnach war von Seite Montholon's, Bertrand's, Marchand's einerseits und den Legataren andererseits die Fällung des Wahrspruches drei Personen, und zwar den Herzogen von Bassano und Vicenza, sowie dem Grafen Daru übertragen worden. Am 16. Mai hatten diese sich darüber ausgesprochen, wie das Te-

---

[1] Antomarchi an Baron Vincent:

‚Paris, ce 25 avril 1823, Rue de tivoli N° 32.

Excellence,

J'ai l'honneur de vous adresser une demande pour obtenir l'autorisation d'aller à Vienne à l'objet d'avoir l'honneur de sousmettre à S. M. l'empereur ma position; les services que j'ai rendus au feu l'empereur Napoléon dans ses derniers moments, les extraordinaires dépenses que je suis obligé de faire pour la publication de mon ouvrage sur l'anatomie de l'homme, et enfin pour humilier à S. M. la demande pour obtenir une décision en ma faveur pour la pension de six mille francs que feu l'empereur en mourant demanda à son auguste épouse de payer à son médecin pour les services qu'il avait eu occasion de lui rendre.

Je prie V. E. d'accueillir favorablement ma demande, et avec profond respect j'ai l'honneur d'être . . .‘

[2] ‚Erledigt sich durch Meine Entschliessung über Ihren Vortrag vom 11. Februar und werden Sie Antomarchi's Hieherreise nicht gestatten.‘ Schönbrunn, 13. September 1823.

[3] Anhang 33.

stament zu vollziehen sei. Sie bezeichneten jene Legatare, welche sie für besonders berechtigt hielten, aus den bei Lafitte hinterlegten Geldern bezahlt zu werden. Aber die Hälfte des activen Vermögens stellten sie der Verfügung des Herzogs von Reichstadt anheim und sicherten den Legataren von St. Helena die vollständige Bezahlung ihrer Legate nur für den Fall zu, als der Erbe sich bestimmt finden würde, seinem Antheile zu entsagen, damit der Wille seines Vaters in Erfüllung gebracht und dessen Verbindlichkeiten Genüge geleistet werden könnte.

Weiters erklärten sie, dass die Legatare des dritten Codicilles keinen Anspruch auf die erste Vertheilung des Lafitteschen Depots hätten. Diesem Spruche widersetzten sich jene, gegen die er gerichtet war. So äusserte die Herzogin von Istrien, Witwe des Marschalls Bessières, in einem Schreiben an Metternich vom 4. Juli in ihrem und im Namen Aller, welche Napoleon Bonaparte im dritten Codicille bedacht hatte, den Wunsch, dass, falls der Kaiser das Testament anerkennen und in dessen Vollziehung willigen sollte, er gleichzeitig auch erklären möge, dass sie sämmtlich an der Vertheilung der Lafitte'schen Gelder theilzunehmen hätten.[1]

Indem Fürst Metternich am 6. August dem Kaiser Vincent's Bericht sammt den Beilagen und den Brief der Marschallin Bessières unterbreitete, ergriff er die Gelegenheit, ihn abermals zu einer Entscheidung zu drängen. ‚Ich fühle mich

[1] ‚Je me flatte qne S. M. l'empereur, dont les bienfaits seuls sontiennent le nom honorable qn'il a daigné distinguer, sera mon protecteur contre une injustice si révoltante, et refusera de lui donner le sceau de son autorité. Tous les intéressés au testament de Napoléon doivent désirer qne S. M. daigne en permettre l'exécntion, mais ce généreux consentement priveroit le fils dn maréchal Bassières dn précieux témoignage qn'il a reçn de l'affection dn testateur pour l'honorable mémoire de son père, si S. M. I. ne daignait pas en même temps statuer que les légataires du 3ème codicile participeront à la distribntion des fonds Lafitte, de même qne ceux du testament et du 4e codicile; c'est le senl moyen que mon fils ait d'obtenir la justice que les tribunaux français sont dans l'impuissance de lui rendre. Je mets toute ma confiance dans l'auguste souverain protecteur de la veuve et de l'orphelin; je me repose sur la justice de ma cause; et aussi, excellent prince, sur cette bienveillance à laquelle vous m'avez accoutumé dnrant mon séjour à Vienne.‘ Die Herzogin von Istrien an Metternich. Paris, le 4 juillet 1823.

verpflichtet,‘ begründete er seinen Vortrag, ‚hier ehrfurchtsvoll zu bemerken, dass der Schritt, welchen die Herzogin Bessières gemacht hat, ein Beweis und ein Vorbote aller Reclamationen ist, welchen die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt ausgesetzt bleiben wird, wenn beschlossen werden sollte, sich in diese Erbschaftsabhandlung einzulassen. Eben dieser Schritt, wie auch die näheren Umstände des schiedsrichterlichen Spruches vom 16. Mai beweisen ferner, dass so lange I. M. die Herzogin von Parma in Betreff der von ihr durch das zweite Codicill vom 24. April 1821 geforderten zwei Millionen Franken ihre Erklärung nicht abgegeben haben wird, die Testamentsexecutoren fortfahren werden, besagte zwei Millionen unter den Activen der Nachlassenschaft aufzuführen, und dass sie sich berufen werden, alle unbefriedigten Legatare an I. M. die Herzogin zu weisen. Und wenn sodann ein Theil der Legatare von den Testamentsexecutoren keine Befriedigung erhielte, so würde er am Ende noch die Schuld auf I. M. die Frau Herzogin wälzen, weil sie sich zu spät erklärt und sowohl die Testamentsvollzieher als die Vermächtnissnehmer in der Ungewissheit über ihre Beschlüsse gelassen hätte.‘

Zur grösseren Bekräftigung seiner Anschauung unterbreitete Metternich dem Kaiser ein Schreiben Sebastianis[1] vom 1. Juli, worin Antomarchi dem Wohlwollen des Fürsten empfohlen wurde. Aus diesem Briefe ging hervor, dass Antomarchi nicht nur auf seine Pension, sondern auch auf eine Summe von 100.000 Francs Anspruch erhob, welche ihm die Testamentsvollstrecker zugesagt hatten.[2]

Von der Herzogin von Parma darum angegangen, ihr in Bälde eine Entscheidung rücksichtlich des Gutes San Martino zukommen zu lassen,[3] glaubte Fürst Metternich es nicht verab-

---

[1] Sebastiani war Deputirter von Corsica.

[2] Anhang 34.

[3] ‚S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme désirant connaître l'avis de V. A. relativement à la possession de San Martino, située dans l'île d'Elbe, sur laquelle se sont élevées des doutes auquel des héritiers de feu l'ex-empereur Napoléon elle doit un jour appartenir, et dont j'ai eu l'honneur de faire mention à V. A. dans mon rapport en date du 2e du mois de mai dernier, j'ose, mon prince, vous rappeler encore une fois respectueusement cette affaire. S. M. Mme l'archiduchesse n'y ajoute aucun autre prix, excepté celui de tranquilliser sa conscience à cet égard,

säumen zu dürfen, den Kaiser auch an diese Angelegenheit zu erinnern.[1]

Als Kaiser Franz, welcher nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschlusse gekommen war, auf die Verlassenschaft nicht Verzicht zu leisten,[2] auch diesen Vortrag am 13. September resolvirte,[3] überschickte er Metternich die vorangegangenen sammt den Entschliessungen, welche darauf Bezug hatten.

Gemäss dieser sollte Baron Vincent beauftragt werden, vor Allem die französische Regierung zu einer bestimmten Aeusserung aufzufordern, was Napoleon Bonaparte an verfügbarem Vermögen hinterlassen habe, und ob seinen letztwilligen Anordnungen gesetzliche Giltigkeit beigelegt werden könne; erst dann, wenn sie sich über den einen und anderen bejahend ausgesprochen hätte, sollte Vincent seine Erklärung, wie der Kaiser sie vorgezeichnet, abgeben.

---

comme sur toutes les autres dispositions testamentaires de son défnnt époux, qu'elle a placées sons la protection de S. M. l'empereur son auguste père.' Neipperg an Metternich. Baden, 30. Juli 1823.

[1] ‚Bei dieser Gelegenheit fühle ich mich verpflichtet, E. M. anch meinen Vortrag vom 15. Mai in Betreff des zur Nachlassenschaft gehörigen Prädiums San Martino anf der Insel Elba ins Gedächtniss ehrerbietigst zurückzurufen, da die Frage, ob die Ansprüche des Herzogs von Reichstadt auf diese Besitzung geltend gemacht werden sollen oder nicht, von E. M. Entscheidnng der Hauptfrage abhängt. Aus dem anliegenden Schreiben des Grafen v. Neipperg geruhen Allerhöchstdieselben sich zu überzeugen, dass I. M. die Fran Erzherzogin zur Beruhigung ihres Gewissens eine Entscheidung über diesen Punkt wünsche, welche jedoch erst nach Schlnssfassung über die allgemeine Frage, von welcher dieser Punkt nnr ein Corrolarinm ist, erfolgen kann.'

[2] Kaiser Franz, welcher im September 1823 mit seiner Tochter sich in Wels befand, hatte mit dieser eingehende Besprechungen über die Erbschaftsangelegenheit gepflogen, in Betreff derer Graf Neipperg am 3. September Folgendes an Metternich schrieb: ‚S. M. l'empereur, après plusienrs entretiens qu'il eut à ce sujet avec son auguste fille, me fit venir hier dans son cabinet, et me déclara qn'après des mûres refléxions il croyait qu'il serait préférable d'accepter le testament cum beneficio legis et inventarii, qne d'y renoncer, comme c'était le projet de V. A. et l'intention de Madame l'archiduchesse. V. A. sent qnelle terrible conséquence pourrait avoir une résolntion de cette nature . . .'

[3] ‚Erledigt sich durch Meine Entschliessnng über Ihre Vorträge vom 11. Hornung und 15. Mai 1823, wonach Sie auch die Marschallin Bessières bescheiden werden.' Schönbrunn, 13. September 1823.

XVII. Capitel.

Weisung an Baron Vinceut. — Depesche uach Parma. — Note Chateaubriand's an Vincent. — Die französische Regierung spricht dem Herzoge von Reichstadt das Recht ab, in Frankreich eine Erbschaft anzutreten, und gestattet den Legataren, sich uutereinander abzufinden. — Vortrag Metternich's; er fordert den Kaiser auf, der französischeu Regierung gegenüber keiue weiteren Schritte mehr zu unternehmen. — Seiue Vorschläge in Betreff des Gutes San Martino. — Kaiser Franz genehmigt die Ausführungen Metternich's, will aber nicht in förmlicher Weise auf die Erbschaft Verzicht leisten. — Er weist Metternich an, Erkundigungeu darüber einzuziehen, ob Napoleou nicht in Belgien, England oder Nordamerika irgeudwelches Vermögen angelegt habe. — Depescheu uach Paris, London, Floreuz, Philadelphia nud Parma.

Indem Fürst Metternich am 17. September den Botschafter in Paris von dieser kaiserlichen Entschliessung in Kenntniss setzte, bedeutete er ihm, dass es zweckmässiger wäre, sich in unmittelbare Verbindung mit Chateaubriand selbst zu setzen, als durch die Vermittlung der Testamentsvollstrecker aufgeklärt zu werden. Weiters wurde ihm für den Fall, als Bertrand und Montholon sich neuerdings an ihn wenden sollten, gestattet, ihnen die erhaltene Depesche mitzutheilen, da ihr Inhalt nur beweise, dass die Verzögerung keineswegs der österreichischen Regierung, sondern vielmehr ihnen zugeschrieben werden müsste, nachdem sie nicht gleich von allem Anfang an in überzeugender Weise vorgegangen seien.[1]

Aus dem Verhalten, welches sowohl der Wiener Hof, als auch die Herzogin von Parma in Ansehung des Testamentes Napoleons seit dem Jahre 1821 beobachtet hatten, ging das deutliche Bestreben hervor, strenge zu unterscheiden zwischen der politischen Seite der Angelegenheit und den civilrechtlichen

[1] ‚S. E. le ministre des affaires étrangères s'étant adressé directement à vous, M. l'ambassadeur, par sa lettre du 20 mai dernier, je crois aussi plus couveuable, que vous vous mettrez directement eu rapport à cet égard avec le ministre du roi plutôt que de provoquer les éclaircissements par l'intermédiaire de MM. les exécuteurs testameutaires. Rieu n'empêche du reste, que dans le cas où ils reproduiraient leurs instances personuelles près de V. E., Elle leur doune lecture de la présente dépêche. Son contenu leur prouvera, que les retards que l'affaire éprouve, ne doivent pas nous être imputés, et qu'ils proviennent de ce que leurs premières démarches n'étaieut pas suffisammeut légitimées.‘ Metternich an Vinceut. 17. September 1823. St.-A.

Ansprüchen des Herzogs von Reichstadt, und beides nicht zu verquicken. Jetzt, wo das Testament in allen seinen Bestimmungen vorlag, hielt Metternich um so eifriger an der Anschauung fest, dass es in jedem Falle Sache der französischen Regierung sei, über die von allen politischen Erwägungen losgeschälte Frage eine Entscheidung zu treffen, sei es nun, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt die letztwilligen Verfügungen Napoleons bestätige, oder dass man dieselben annulliren oder eine Unterscheidung zwischen ihren giltigen Bestimmungen und jenen machen sollte, welche nicht anerkannt werden dürften.

Indem Fürst Metternich dem Botschafter in Paris diese Bemerkungen in einer zweiten Depesche vom selben Tage mittheilte,[1] erklärte er ihm, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt immer Gefahr laufen werde, die Interessen eines Minderjährigen aufs Spiel zu setzen, so lange die Angelegenheit einer gesetzlichen Grundlage entbehre.[2]

Metternich führte noch andere Beweggründe an, welche seiner Ansicht nach die französische Regierung veranlassen konnten, die Sache allen Ernstes in die Hand zu nehmen. ‚Je mehr das Testament des Gefangenen von St. Helena,‘ schrieb er nach Paris, ‚sich als ein Aufruf an die Leidenschaften zeigt, je mehr es darauf berechnet ist, den Franzosen die Restauration missliebig zu machen, umsomehr ist es für das königliche Ministerium von Wichtigkeit, die Absichten, welche dem letzten Willen des Gefangenen von St. Helena zu Grunde liegen, zu vereiteln und den schädlichen Eindruck dadurch auszugleichen, indem es alle jene schadlos hält, welche aus rein persönlichen Rücksichten diesem Proteste gegen die bestehende Ordnung zustimmen könnten.‘

Bereits in Verona hatte Metternich Gelegenheit gefunden, diese Anschauungen dem Herzoge von Montmorency gegenüber zu äussern, weshalb er kein Bedenken trug, dass Baron Vincent dem Grafen Chateaubriand die an ihn gerichtete zweite Depesche vorweise. Auch forderte er ihn auf, Dr. Antomarchi die Pässe nach Wien zu verweigern.

---

[1] Anhang 35.

[2] Hiebei bemerkte er Folgendes: ‚En vous parlant des intérêts dn mineur, il s'entend que je ne touche que ceux que le duc a de commun avec tout héritier ab intestato; ce sont les seuls que nous lui reconnaissons.‘

Zugleich mit der Depesche an Vincent schickte Fürst Metternich ein Schreiben an den Grafen Neipperg ab, in welchem er ihm die diplomatische Correspondenz, die in der Zwischenzeit über die Testamentsangelegenheit geführt worden war, sammt den betreffenden kaiserlichen Resolutionen mittheilte.[1] ‚Sie werden so gut sein,‘ schloss er seine Depesche, ‚I. M. der Frau Erzherzogin diese verschiedenen Actenstücke mit der Bitte zu unterbreiten, sie im Sinne der Entscheidungen erwägen zu wollen, mit deren Ausführung der Kaiser mich beauftragt hat.‘

Der Weisung des Staatskanzlers entsprechend, richtete Vincent am 2. October 1823 eine Note an den Minister des Aeussern, worin er ihn um die gewünschten Aufklärungen ersuchte.[2] Graf Chateaubriand nahm aber dieses officielle Schreiben des Botschafters nicht in der Weise auf, wie man nach seinem Briefe vom 20. Mai hätte vermuthen können. Er entgegnete Vincent, dass er überzeugt gewesen sei, dass der Wiener Hof schon längst auf jede Forderung Verzicht geleistet habe. Indem Chateaubriand vorgab, von der Meinung des königlichen Conseils nicht genügend unterrichtet zu sein, versprach er, dieselbe einzuholen und den Botschafter ehestens von den gefassten Beschlüssen in Kenntniss zu setzen.[3]

---

[1] ‚Me trouvant chargé par les ordres de S. M. I. de porter à la connaissance de S. M. Mme la duchesse de Parme les déterminations auxquelles son auguste père s'est arrêté à l'égard des démarches des exécuteurs testamentaires, je ne veux pas différer de vous transmettre, monsieur le comte, ces différentes informations déstinées d'être mises sous les yeux de Mme l'archiduchesse.‘ Metternich an Neipperg. 17. September 1823.

[2] ‚. . . Conformément à ce que V. A. m'a prescrit par Ses dépêches N° 2 et 3 en date du 17 septembre dernier, j'ai adressé à M. le vicomte de Chateaubriand au sujet du testament de Napoléon Bonaparte, la lettre et la note, dont j'ai l'honneur de joindre ici une copie. Je n'ai pas reçu jusqu'ici de réponse de la part de ce ministre . . .‘ Vincent an Metternich. Paris, le 14 octobre 1823.

[3] ‚. . . Il me parut que M. de Chateaubriand n'était pas assez instruit des déterminations du conseil sur cet objet pour me répondre avec quelque précision; mais il m'a paru qu'il était persuadé que notre cour avait renoncé à toute réclamation à cet égard. Il ajouta qu'il désirait que je lui remisse une note sur l'objet dont je venais de l'entretenir, et qu'il me ferait connaître ce que le conseil aurait déterminé sur cette affaire.‘ Ibid. Jedoch bereits am 18. Jänner hatte der Ministerrath die Erklärung abgegeben, dass die französische Regierung keinen Anstand dagegen er-

Am 14. October 1823 theilte Vincent dem Fürsten Metternich diese Antwort des Ministers mit. Da aber Graf Chateaubriand noch immer mit der gewünschten Antwort zögerte, sah Metternich sich veranlasst, dem Freiherrn von Vincent in einer Depesche vom 18. März 1824 eine Betreibung der Angelegenheit aufzutragen.[1] Nachdem dieses Schreiben auch dem französischen Ministerium vorgelegt werden sollte,[2] fertigte er gleichzeitig ein zweites an Vincent ab, in welchem er sich folgendermassen äusserte: ‚Wir erachten es um so nothwendiger, dass wir von Seite der französischen Regierung eine bestimmte Erklärung erhalten, welche die Vormundschaft des Prinzen in die Lage setzt, sich für die Annahme oder die Ausschlagung der Erbschaft zu entscheiden, als sonst leicht der Fall eintreten könnte, dass man ohne eine solche alle Vereinbarungen der Testamentsvollstrecker und Schiedsrichter in Betreff der Hinterlassenschaft für null und nichtig befinden und verwerfen würde. Die französische Regierung, welche mit aller Rücksicht vorgehen will, die jedoch auch wir zu beobachten beflissen sind, hat das löbliche Bestreben, die Regelung der Erbschaftsangelegenheit in der Weise zu vermitteln, dass sie alle Legatare gleichmässig befriedige und den Scandal einer öffentlichen Gerichtsverhandlung vermeide. Sie möge aber dabei auch die Vormundschaft berücksichtigen, welche sich keineswegs von den allgemein geltenden Grundsätzen frei machen darf, die zum Schutze der Eigenthumsrechte eines Minderjährigen aufgestellt sind. Diese Bemerkungen können Sie ohne-

hebe, die Gläubiger Napoleons aus den bei Lafitte deponirten Geldern bezahlt zu machen. Erst aus einem Memoire, welches ihm Graf Montholon im April 1825 überschickte, erfuhr Metternich von diesem Beschlusse.

[1] ‚M. le comte de Chateaubriand vous avait prévenu verbalement, qu'il devait consulter le conseil sur cet objet avant de vous faire passer une réponse, mais votre correspondance, M. l'ambassadeur, ne m'ayant depuis lors fourni aucune trace de cette affaire, les ordres de S. M. I. me font un devoir de vous la rappeler et de vous inviter à faire une démarche itérative auprès du ministère des affaires étrangères.' Metternich an Vincent. 18. März 1824.

[2] ‚En rappelant à M. le comte de Chateaubriand la promesse qu'il vous avait faite de vous faire connaître à cet égard les résolutions du conseil, auquel il voulait en référer, il ne pourra qu'être utile que vous lui remettiez une copie de la dépêche qui précède la présente.' Réservée. Metternich an Vincent. 18. März 1824.

weiters sowohl dem französischen Ministerium, als auch den Testamentsvollstreckern zu verstehen geben.'

In zwei Berichten vom 8. und 27. April zeigte Vincent dem Fürsten Metternich an, dass er zwar die officielle Antwort der französischen Regierung unverzüglich erwarte, jedoch nach den vorläufigen Aeusserungen Chateaubriand's vermuthe, dieser werde sich darin auf die von ganz Europa gegen Napoleon Bonaparte verhängte Achtserklärung berufen, um dem Herzoge von Reichstadt jedes Recht auf den Nachlass und dem Verstorbenen selbst die Befugniss einer letztwilligen Verordnung abzusprechen.[1]

Eine Note Chateaubriand's vom 30. April rechtfertigte in der That die Voraussetzung Vincent's. Dieser schickte sie, ohne sie vorher beantwortet zu haben, am 8. Mai an den Staatskanzler.[2]

In nicht misszuverstehender Weise kennzeichnete sie die Stellung der französischen Regierung zu der Verlassenschaftsfrage, indem sie Ludwig XVIII. das Recht zusprach, Alles, was Napoleon der Usurpator erworben, als sein Eigenthum zu fordern; er wäre berechtigt gewesen, sich mit Ausschliessung der Legatare und des Erben aller in Frankreich deponirten Gelder zu bemächtigen, welche zu der Verlassenschaft Napoleons gehörten. Wenn der König dieses Recht nicht ausgeübt und gestattet habe, dass die Legatare untereinander sich vergleichen sollten, so sei er nur von der Absicht geleitet worden, dem Aergernisse einer öffentlichen Gerichtsverhandlung über Fragen auszuweichen, welche die Vorgänge der Usurpation so

---

[1] „. . . il m'a paru que le gouvernement Français cherchera à établir que la position de Napoléon Bonaparte, comme ayant encouru le ban de l'Europe, interdit à ses héritiers toute espèce de réclamation à son héritage et à lui même toute faculté d'en disposer, mais je ne veux pas garantir toute fois que cette opinion soit bien réellement celle du gouvernement.' Vincent an Metternich. Paris, le 8 avril 1824.

‚Le ministère Français ne m'ayant pas fourni jusqu'ici les éclaircissements que, dans l'affaire du testament de Bonaparte, j'avais été chargé de lui demander, je n'ai cessé de rappeler cet objet à M. de Chateaubriand, soit verbalement, soit par écrit. Ce n'est que depuis peu de jours que je sais qu'on est occupé à son ministère à me procurer les explications demandées par la tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt . . .' Vincent an Metternich. Paris, le 27 avril 1824.

[2] Anhang 36.

nahe berührten. Wenn die französische Regierung das von den Testamentsvollstreckern an die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt gerichtete Ersuchen um Verzichtleistung auf den väterlichen Erbtheil unterstützt habe, so sei dieses in der Voraussicht geschehen, der Wiener Hof werde die Verzichtleistung als eine blosse Formsache ansehen. Bei näherer Prüfung habe sich aber die französische Regierung überzeugt, dass der Herzog von Reichstadt auf Grund des Amnestiegesetzes vom 12. Jänner 1816[1] von der Erbschaft ausgeschlossen sei. Der Anspruch, welchen ihm der Code Napoléon in Betreff der Hälfte des väterlichen Nachlasses einräume, sei null und nichtig und also die Verzichtleistung durchaus überflüssig.

Indem Chateaubriand dem Baron Vincent dieses als die Meinung des Conseils eröffnete, sprach er sich aber nicht darüber aus, was die französische Regierung eigentlich in Betreff der den Legataren und dem Herzoge von Reichstadt vorbehaltenen Antheile an dem Nachlasse Napoleons zu verfügen gedenke. Nicht mit Unrecht machte Vincent in seinem Berichte, welchem die Note Chateaubriand's beilag, den Staatskanzler darauf aufmerksam, dass das französische Ministerium mit sich selbst in Widerspruch gerathen sei, indem es die früher so dringlichst angesuchte Verzichtleistung nunmehr als eine blosse Formsache darstelle.

Am 7. September 1824 unterbreitete Fürst Metternich dem Kaiser die letzten Berichte Vincent's und die ihnen vorausgegangenen Weisungen. Den Umstand, dass Chateaubriand sich nicht weiter über die Absichten seiner Regierung erklärt, und auch die Testamentsvollstrecker keinen Schritt mehr bei dem Botschafter unternommen hatten, glaubte Metternich nur

---

[1] Eine Broschüre, betitelt: ‚Loi relative à l'amnestie dn 12 janvier 1816 suivie de l'appel nominal fait dans la séance permanente de la convention nationale des 16 et 17 janvier 1793‘ lag der Note Chateanbriand's bei. Der Paragraph IV, anf welchen sich dieser beruft, lautet folgendermassen: ‚Les ascendants et descendants de Napoléon Bonaparte, ses oncles et ses tantes, ses neveux et ses nièces, ses frères, leurs femmes et lenrs descendants, ses sœnrs et leurs maris, sont exclus du royanme à perpétuité et sont tenns d'en sortir dans le délai d'un mois, sous la peine portée par l'article 91 dn code pénal. Ils ne pourront y jonir d'ancun droit civil, y posséder ancun bien, titres, pensions, à eux accordés à titre gratuit; et ils seront tenns de vendre, dans le délai de six mois, les biens de toute nature qu'ils possédaient à titre onérenx.‘

dahin auslegen zu dürfen, ‚als die französische Regierung es den Legataren fortan gestatten werde, sich untereinander auszugleichen‘. Indem er ferner annahm, dass die französische Regierung eine Rechtfertigung ihres Verhaltens in jenen Bestimmungen des Code Napoléon zu finden glaube, in welchen es dem Monarchen vorbehalten sei, über das Vermögen eines Verurtheilten zu verfügen,[1] bemerkte er Folgendes: ‚Es ist nicht zu zweifeln, dass das französische Ministerium diesen Umstand benützen werde, um einen ausgedehnteren Einfluss auf die Verlassenschaftsangelegenheit Napoleons zu nehmen, und man kann es sich auch nicht verhehlen, dass es durch das dermalen angenommene System mehr im eigenen Interesse handle, indem die Legatare nun dasjenige, was sie von den in Frankreich deponirten Geldern Bonaparte's erhalten werden, als durch die Gnade des Königs empfangen ansehen müssen, während sie es sonst einer Wirkung des Verzichtes des Erben und somit dessen Grossmuth zugeschrieben hätten.‘

Nochmals gab Fürst Metternich sein Gutachten dahin ab, dass der Kaiser keine weiteren Schritte unternehmen möge. ‚Insoferne sich nicht,‘ gab er ihm zu erwägen, ‚noch neue die Lage des Geschäftes ändernde Umstände oder Thatsachen offenbaren sollten, wäre es für das Ansehen E. M. compromittirend und für die Interessen des Herzogs von Reichstadt ganz ohne Nutzen, über diesen Gegenstand eine erfolglose Verhandlung mit der französischen Regierung fortzusetzen.‘

Kaiser Franz erklärte sich mit den Ausführungen Metternich's einverstanden. Indem er aber hinsichtlich des in Frankreich befindlichen Vermögens Napoleons das gelten liess, was die Regierung Ludwigs XVIII. dem kaiserlichen Botschafter eröffnet hatte, trug er dem Staatskanzler auf, jedes von Seite Frankreichs oder der Testamentsvollstrecker gestellte Ansinnen, dass die Vormundschaft auf die Hinterlassenschaft Verzicht leiste, mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Weiters befahl er ihm, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob Napoleon Bonaparte nicht auch in England, Belgien oder in Nordamerika irgendwelches Vermögen deponirt habe, da er entschlossen sei, die Rechte seines Enkels auf ein solches geltend zu machen.[2]

---

[1] §. 25 und §. 33 des Code Napoléon.

[2] ‚Da der französische Hof in seiner Note vom 30. April 1824 die Behauptung aufstellet, dass Napoleon Bonaparte bei seinem Todesfalle kein Ver-

Ein weiterer Gegenstand des Vortrages betraf San Martino. Indem Metternich auf das Codicill verwies, worin der ausdrückliche Wunsch Napoleons ausgesprochen war, dass die Fürstin Borghese in den Besitz dieses Gutes trete,[1] machte er den Kaiser darauf aufmerksam, ‚dass der Herzog von Reichstadt demzufolge diese Villa nicht anders zu revindiciren suchen könnte, als indem er sich gegen den förmlich ausgesprochenen Willen seines Vaters erklärte'.

Für den Fall, als der Kaiser sich auch dafür entscheiden und es dem Prinzen gelingen sollte, in Toscana als Erbe Napoleons anerkannt zu werden, beantragte der Staatskanzler, welcher eine Verzichtleistung vorgezogen hätte, eine Erbserklärung von Seite der Vormundschaft nur cum beneficio inventarii.[2]

---

mögen in Frankreich mehr rechtmässig besitzen konnte und er somit über das in Frankreich befindliche Vermögen giltig nicht disponiren konnte, so haben Sie jede von Mir namens Meines Enkels, des Herzogs von Reichstadt, sei es nun von der französischen Regierung oder den Testamentsexecntoren gefordert werdende Erklärung, wodurch ein Verzicht auf die väterliche Erbschaft geleistet oder die Erbrechte desselben nur im Mindesten beanständet oder verletzet werden könnten, aufs bestimmteste hindan zn weisen. Uebrigens werden Sie Meinem Gesandten am englischen Hofe nnd am niederländischen Hofe nnd Meinen Generalconsnl bei den nordamerikanischen Staaten auftragen, falls sich noch ein dem Napoleon Bonaparte gehöriges Vermögen in diesen Staaten entdecken sollte, die Erbrechte des Herzogs von Reichstadt unverzüglich zn verwahren.' Wien, 1. Februar 1825.

[1] Vergl. Anhang 28.

[2] ‚Wenn es dem Herrn Herzog von Reichstadt gelänge, in Toscana wegen der Villa San Martino die Eigenschaft eines Erben Napoleons wirklich geltend zn machen, so ist mit Grund zu besorgen, dass er nicht blos die etwa auf dieser Realität haftenden Schnlden übernehmen müsste, sondern dass er als anerkannter Erbe in Toscana, wenngleich in Frankreich von der Erbschaft ausgeschlossen, wegen eines vielleicht geringfügigen Objectes den Behelligungen der Legatare nnd Pensionisten Napoleons und aller Jener, welche Forderungen an ihn zu haben glauben, ausgesetzt bliebe. Diese Betrachtungen scheinen mir wichtig genng, nm die unmassgebliche Meinung darauf zn gründen, dass insoferne E. M. es wegen der in der Sache eintretenden Bedenken nnd Unznkömmlichkeiten nicht etwa gerathener finden sollten, anch von dieser Erbsreclamation abzusehen, es dennoch vor Einleitung irgendeines Schrittes nothwendig sein dürfte, genanere Erkundigungen über den eigentlichen Werth dieser Realität nnd über die etwa darauf haftenden Passiven einznziehen, um darnach ermessen zn können, ob das Object es auch lohnen würde, sich den mit dessen Revindicirung verbundenen Schwierigkeiten auszusetzen, und dass

Kaiser Franz verwies auf seine Entschliessung vom 13. September 1823 und erklärte sich nur insoweit damit einverstanden, dass der Herzog von Reichstadt die Erbschaft unter dem von Metternich vorgeschlagenen Vorbehalte antrete, als Napoleon Bonaparte über dieses Gut weder anderweitig giltig verfügt, noch solche Bestimmungen getroffen habe, welche es zum Schaden des Erben belasteten. Darüber müsste aber die grossherzogliche Regierung entscheiden, und ihrem Schiedsspruche hätte sich alsdann der Herzog von Reichstadt zu unterwerfen. Indem Franz I. am 1. Februar 1825 den Staatskanzler von dieser seiner Entschliessung in Kenntniss setzte, trug er ihm gleichzeitig auf, auch die Herzogin davon zu benachrichtigen.[1]

Der Weisung des Kaisers entsprechend, welcher in seiner strengen Gerechtigkeitsliebe sich nicht im Namen seines Enkels der Ansprüche desselben auf den Nachlass Napoleons begeben wollte, ging Metternich nunmehr daran, die Depeschen an die Vertreter des österreichischen Hofes in Paris, London, Parma, Florenz, Brüssel und Philadelphia abzufertigen.

Die erste war an Baron Vincent gerichtet und forderte diesen auf, jeden Schritt auf das Sorgfältigste zu vermeiden, welcher die französische Regierung oder die Testamentsvollstrecker zu der Annahme berechtigen könnte, dass der Herzog von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht leiste. Um jedem Missverständnisse vorzubeugen, wies er den Botschafter an,

---

es in jedem Falle zweckmässig scheine, auch diesen Theil des Nachlasses Napoleons nur cum beneficio legis et inventarii anznsprechen, um das Interesse des Herrn Herzogs von Reichstadt keiner Gefährdnng auszusetzen.' Vortrag ddo. 7. September 1824. St.-A.

[1] ,Was die unter der toscanischen Regierung befindliche Domäne San Martino betrifft, so ist hierwegen Meine Entscbliessnng vom 13. September 1823 genau in Vollzug zu setzen und Mir von dem Erfolge die Anzeige zu erstatten. Jedocb will Icb, dass sicb namens des Herzogs von Reichstadt nur cum beneficio legis et inventarii zn der in Toscana befindlichen Erbschaft des Napoleon Bonaparte und daber aucb zn dem Dominium San Martino erbserklärt werde, und wenn ein gesetzlich und giltig erklärter letzter Wille Napoleons mit diesem Dominio eine andere Disposition getroffen hat oder die Erbscbaft durch andere giltige Dispositionen Bonaparte's anderweitig erschöpft sein sollte, über welche alle Punkte lediglich der toscanischen Regierung die Entscheidung zusteht, Mein Enkel sich dieser Entscheidung zu fügen habe. Von dieser Meiner Entschliessnng werden Sie der Frau Herzogin von Parma Majestät umständlich Nachricbt geben.' Wien, den 1. Februar 1825.

dem einen oder anderen Mandatar Napoleons zu eröffnen, dass er ausdrücklichen Befehl habe, keine wie immer geartete Erklärung abzugeben, welche die Erbrechte des Prinzen nur im Geringsten gefährden würde. Da Metternich viel daran gelegen war, die eigentliche Veranlassung zu kennen, weshalb die französische Regierung in der letzten Zeit ein anderes Verhalten als früher zur Schau trug, forderte er Vincent auf, auch dieses in Erfahrung zu bringen und die Testamentsvollstrecker auszuforschen, ob es nicht etwa auf eine Verabredung zwischen dem Ministerium und den Legataren zurückzuführen sei.[1]

---

[1] ‚D'après cette résolution souveraine vous reconnaissez, M. l'ambassadeur, que nous devons nous abstenir soigneusement de toute réponse ou démarche qui fût susceptible d'être interprètée comme un acte de renonciation de S. A. S. le Duc de Reichstadt ou de la tutelle de ce prince à ses droits à la succession de son père. . . . Il ne sera toute fois pas sans utilité, s'il se présente à V. E. une occasion naturelle de parler à l'un ou à l'autre des trois exécuteurs de les prévenir verbalement, que vous avez reçu l'ordre de vous abstenir de tout acte de renonciation ou d'autre déclaration qui pût préjudicier aux droits de l'héritier naturel. . . . Vous aurez peut-être l'occasion d'apprendre d'eux si la variation de conduite qui s'est manifestée en dernier lieu dans le ministère français relativement à l'affaire du testament, n'a pas été concertée entre les personnes intéressées à l'accomplissement des legs et le gouvernement.‘ 10. Februar 1825. St.-A.

Obwohl Metternich es als sicher voraussetzte, dass den Testamentsvollstreckern die Note Chateaubriand's vom 30. April mitgetheilt ward und es deshalb für unwahrscheinlich hielt, dass sie sich neuerdings mit dem Ersuchen an den Botschafter wenden würden, dass die Herzogin von Parma das Testament anerkennen möge, so glaubte er doch, für den Fall, als dies geschehen sollte, die Vorsicht nicht ausser Acht lassen zu dürfen, Vincent auf die gelegentlich seines Verkehres mit den Testamentsvollstreckern zu beobachtenden Förmlichkeiten aufmerksam zu machen. Deshalb trug er ihm auf, jede an ihn, ob mündlich oder schriftlich gestellte Anfrage in der gleichen Weise zu erwidern: ‚Comme depuis assez longtemps les exécuteurs testamentaires ont cessé de renouveler leurs instances pour que S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise de Parme donnât son acquiescement à l'exécution des dispositions de dernière volonté de Bonaparte, il y a d'autant moins lieu de croire qu'ils reviennent à la charge, qu'il n'est guère douteux qu'ils auront été instruits dans le temps de la teneur de la réponse du gouvernement français du 30 avril 1824. Si cependant une telle demande était réproduite par MM. les exécuteurs testamentaires ou de toute autre part, V. E. ne pourrait se dispenser d'y répondre dans le sens prescrit par le passage de la résolution ci-dessous transcrit. Il s'entend que dans cette hypothèse V. E. reglerait aussi du côté de la forme, sa réponse sur la

Weiters theilte er ihm die kaiserliche Entschliessung in Betreff des Gutes San Martino mit.[1]

Diese Angelegenheit war Gegenstand einer Depesche, welche Metternich am 17. Februar 1825 an den Gesandten in Florenz richtete. Er legte seinem Schreiben den Entwurf einer Note bei, welche Graf Bombelles ergänzen und der grossherzoglichen Regierung vorlegen sollte.[2]

Den Ministern in Brüssel, London, und dem Generalconsul in New-York hingegen trug Metternich am 27. Februar auf, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob ausser dem in dem Testamente und in den Codicillen angegebenen Vermögen noch ein anderes vorhanden sei, über welches Napoleon Bonaparte im Augenblicke seines Todes habe verfügen können. In diesem Falle hätten sie ohne Verzug bei den massgebenden Behörden die erforderlichen Schritte einzuleiten, um es für den Herzog von Reichstadt sicherzustellen.[3]

---

demande qui Lui serait adressée, c'est à dire qu'elle Se bornerait à une explication verbale chaque fois que la question Lui en serait faite verbalement, et que si elle Lui était adressée par écrit, Elle y répondrait de même. Cette précantion serait nécessaire pour que le silence sur une pareille interpellation ponr écrit ne puisse être interprêté contre les intérêts du mineur.' Ibidem.

[1] ‚Entr'autres notions qne vous y puiserez M. l'ambassadenr, vons y reconnaîtrez de quelle manière la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt entend qne l'on fasse valoir les droits de ce prince sur le domaine de San Martino, que Napoléon Bonaparte avait acqnis à titre particnlier dans l'île d'Elbe.' Ibidem.

[2] ‚Dans cet état de choses je dois vons inviter, M. le comte, à donner suite à la résolution de S. M. l'empereur en ce qu'elle concerne les parties de l'héritage de Napoléon Bonaparte situées en Toscane, et je pense que nous ne pouvons mieux remplier les intentions de S. M. I. qu'en motivant nos démarches près le gouvernement grand-ducal sur les principes mêmes auxqnels la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt a appuyé ses décisions. C'est dans ce sens que pourrait être rédigé l'office à présenter à la cour de Florence dans leqnel il serait bon de faire entrer les motifs indiqués dans le projet ci-joint qne vous voudrez bien du reste adapter à l'état actuel des choses et modifier suivant les incidents qui peuvent être survenus depnis votre dernier rapport en date du 29 avril 1823.' 17. Februar 1825. St.-A.

[3] ‚S. M. l'empereur comme aïeul maternel et tuteur de S. A. S. le duc de Reichstadt m'a chargé de donner une instruction savoir, que dans le cas où l'on déconvrît qu'il y eût en Angleterre, aux Pays-Bas ou aux États Unis des biens particuliers, des capitaux appartenants à l'héritage de Napoléon Bonaparte, les missions respectives auraient à faire sans retard

An demselben Tage gab Fürst Metternich dem Grafen Neipperg ausführliche Mittheilungen von dem bisherigen Verlaufe der Testamentsangelegenheit und sendete ihm in Abschrift alle Actenstücke, welche sich auf dieselbe bezogen. Indem er ihn aufforderte, seine Depesche der Herzogin von Parma vorzulegen, richtete er auch an ihn die Mahnung, Alles zu vermeiden, was als eine Verzichtleistung des Herzogs von Reichstadt auf die Verlassenschaft seines Vaters ausgelegt werden könnte.[1]

Als Marie Louise die Note Chateaubriand's vom 30. April 1824 gelesen hatte, war sie nichts weniger als ungehalten darüber, dass die französische Regierung ihrem Sohne jedes Recht absprach, das in Frankreich liegende Vermögen seines Vaters zu erben. Sie glaubte, dass die Testamentsangelegenheit nun endgiltig abgeschlossen sei und es den Vollstreckern anheimgestellt bleiben sollte, sich mit den Legataren abzufinden. Sie ermangelte nicht, dem Fürsten Metternich ihre Befriedigung darüber zu erkennen zu geben.[2]

les démarches requises près les antorités compétentes pour assnrer an moyen de séqnestre on d'antres actes conservatoires les réclamations qne la tutelle dn dnc de Reichstadt fera ensuite valoir snr les dits biens particnliers ou capitaux, en fondant cette demande sur ce que le droit dn dnc de Reichstadt de succéder à de tels biens ne pent être mis en donte et qne S. M. l'empereur en sa qualité de tutenr ne se reconnait pas le ponvoir de renoncer aux droits appartenant à titre particnlier à son petit-fils.' An Esterhazy, Mier und Lederer. Wien, 27. Februar 1825. St.-A.

[1] ‚Après avoir rendn nn compte exact à S. M. Mme l'archidnchesse de l'état actuel de cette affaire, il ne me reste qn'à la terminer par une observation générale savoir, qu'il résnlte de l'ensemble des résolntions auxquelles S. M. l'empereur s'est arrêté, qu'il est dans ses intentions qne l'on s'abstienne soigneusement de toute réponse on démarche qui fut susceptible d'être interprêtée comme présupposant un acte de renonciation de Mgr. le Dnc de Reichstadt à l'héritage particnlier de son père. Je ne pnis qn'inviter V. E. à mettre ces diverses notions sous les yeux de Mme la duchesse de Parme.' 27. Februar 1825. St.-A.

[2] „. . . S. M. Mme l'archiduchesse a également remarqué avec plaisir dans la dépêche de V. A. que le gouvernement Français avait déclaré formellement que Mgr. le dnc de Reichstadt ne ponvait d'après la loi du 12 janvier 1816 être admis d'aucune manière à exercer les droits d'héritier en France. Elle croit qne de cette manière l'affaire vient d'être terminée de soi-même, et qne les exécuteurs testamentaires seront seuls chargés du partage des sommes qui se tronvent en France. . . .' Neipperg an Metternich. Parme, le 10 avril 1826.

XVIII. Capitel.

Montholon's Denkschrift über das Testament Napoleons. — Er fordert die Vormundschaft Reichstadt's auf, in förmlicher Weise auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. — Depesche an Vincent. — Die Fürstin Pauline Borghese vermacht Reichstadt das Gut San Martino. — Vortrag Metternich's. — Der Kaiser verlangt zu wissen, ob San Martino der Fürstin oder Napoleon Bonaparte gehört habe. — Depesche nach Florenz. — Die toscanischen Gerichte erklären, dass die Fürstin Borghese über das Gut nicht habe verfügen können, da es als Eigenthum Napoleons zu betrachten sei. — Vortrag Metternich's. — Resolution des Kaisers, die nöthigen Schritte einzuleiten, damit San Martino für den Herzog von Reichstadt in Besitz genommen werde.

Am 5. April sendete Montholon eine Denkschrift an den Staatskanzler, welche in ausführlicher Weise die Schritte besprach, welche von Seite der Testamentsvollstrecker sowohl in Frankreich, als auch in England unternommen worden waren, um den letzten Willen Napoleons zu erfüllen. Erst aus ihr vermochte Metternich zu ersehen, dass das französische Ministerium dem Wiener Hofe gegenüber in nichts weniger als loyaler Weise vorgegangen war.

Mit Hinweis darauf, dass König Ludwig XVIII. am 21. Juni 1824 seine Zustimmung dazu gegeben hatte, dass die bei Lafitte hinterlegten Gelder dem Grafen Montholon ausgefolgt werden sollten, damit dieser seinem Auftrage Genüge leiste, wogegen Lafitte des Depots sich nicht begeben wollte, bevor der Erbe sich nicht erklärt, richtete Montholon das Ersuchen an den Fürsten Metternich, der Kaiser möge als Vormund des Herzogs von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht leisten und ihn oder die Gläubiger Napoleons ermächtigen, die festgesetzten Legate auszubezahlen.[1]

Da Metternich nichts darauf erwiderte, wurde er von Montholon am 3. Juni neuerdings gebeten, ‚im Interesse des Herzogs von Reichstadt die Aufmerksamkeit des Kaisers auf diese Angelegenheit zu lenken'.

Dieses abermalige Einschreiten Montholon's bewog den Staatskanzler, den Freiherrn von Vincent allen Ernstes aufzu-

[1] Die Höhe derselben belief sich auf 786.816·64 Francs, so dass noch ein reines Vermögen im Betrage von 2,461.683 Francs zurückblieb, dessen eine Hälfte nach dem Ausspruche der Schiedsrichter für den Herzog von Reichstadt zurückbehalten werden sollte. Anhang 37.

fordern, die Testamentsvollstrecker nicht länger in Unkenntniss darüber zu lassen, dass der Kaiser sich nicht für berechtigt halte, im Namen des Herzogs von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht zu leisten.[1]

Als Montholon diese Entschliessung mitgetheilt wurde, erbat er sich eine Abschrift derselben; Baron Vincent glaubte, ihm dieselbe nicht vorenthalten zu dürfen, und liess sie zu diesem Zwecke in einem Sinne anfertigen, dass daraus für den Wiener Hof keine wie immer geartete Verpflichtung hervorgehen konnte.[2]

Inzwischen war die Lieblingsschwester Napoleons, die Fürstin Pauline Borghese, in der Villa Strozzino bei Florenz am 9. Juni 1825 gestorben, nachdem sie in ihrem Testamente, mit dessen Vollstreckung der Cardinal Rivarola zu Rom betraut war, auch den Herzog von Reichstadt bedacht hatte. Sie hinterliess demselben ausser einigen Mobilien und Angedenken, die sie durch den letzten Willen Napoleons erworben, auch das

---

[1] ‚Des démarches faites par les exécuteurs testamentaires de Napoléon Bonaparte, dans le cours du mois d'avril dernier, prouvent que les personnes chargées de l'exécution du testament de Longwood et de ses codiciles se flattoient encore à cette époque que S. M. l'empereur et roi comme tuteur naturel et légal de S. A. S. le duc de Reichstadt renonceroit aux droits que ce prince pourrait faire valoir sur les fonds appartenants à la succession, et que par suite de cette renonciation S. M. I. autoriserait M. Lafitte, détenteur d'une partie de ces fonds, à en effectuer le payement et même le garantirait contre toute revendication possible.

Cette persuasion erronée où paraissent être les exécuteurs testamentaires, doit nous faire un devoir, M. le baron, de ne pas les laisser dans l'ignorance d'une résolution tout à fait opposée que S. M. a prise après avoir entendu les conseils de la tutelle. Il me suffira de rappeler à ce sujet à V. E. la communication du texte de la résolution que j'ai eu l'ordre de S. M. de Lui transmettre dans les premiers mois de cette année. Si dans cet intervalle V. E. n'avait pas fait part à MM. les exécuteurs testamentaires de la détermination à laquelle la tutelle s'est arrêtée, je devrais d'autant plus L'inviter à remplir à cet égard les instructions de S. M. I. qu'Elle m'a enjoint en même temps de faire constater de l'accomplissement du dispositif de la dite résolution. . . .‘ Metternich an Vincent. Milan, le 26 juin 1825.

[2] ‚Ce dernier (Montholon) ayant toutefois exprimé le désir de posséder une simple copie, afin de pouvoir rendre aux co-intéressés un compte exact des termes dans lesquelles est conçue la résolution Impériale, j'ai cru pouvoir consentir à lui en laisser une dans les formes les plus confidentielles et les moins authentiques.‘ Paris, 11. Juli 1825. St.-A.

Landgut San Martino. In einem Schreiben vom 27. Juli machte Fürst Borghese dem Grafen Bombelles die vorläufige Anzeige von dieser Verfügung und behielt sich eine vollständige Mittheilung vor, bis die Aufnahme der Verlassenschaft seiner Gemahlin beendigt sein würde.[1]

Der Stellvertreter des Cardinals, Josef Ugolini, wendete sich an den kaiserlichen Geschäftsträger in Rom, Baron Genotte, und ersuchte diesen, ihn über die Absichten der Vormundschaft in Betreff des Legates zu belehren.[2]

Von Seite der Familie Bonaparte stand dem jungen Prinzen jetzt nichts mehr im Wege, die Erbschaft anzutreten, und es bedurfte blos eines Uebereinkommens mit der grossherzoglichen Regierung, welche San Martino abgesondert von den anderen Krongütern verwaltete. Indem Fürst Metternich am 20. October 1825 dem Kaiser hierüber einen Vortrag erstattete, erklärte er ihm, ‚dass die toscanische Regierung durch den Gesandten in Florenz eingeladen werden müsste, die Villa San Martino demjenigen auszuantworten, der ernannt werden würde, um sie im Namen des Herzogs in Besitz zu nehmen und demselben gleichzeitig auch die während der interimistischen Verwaltung des Sequesters erhobenen Früchte zu verabfolgen‘. Gleichzeitig beantragte er, diese Erbschaft nur unter der Rechtswohlthat des Inventars anzutreten.

Kaiser Franz wollte jedoch noch keine bestimmte Entscheidung über diese Frage treffen, bevor nicht die grossherzogliche Regierung sich geäussert, ob San Martino als ein Theil der Hinterlassenschaft Napoleons oder als rechtmässiges Eigenthum der Prinzessin Borghese, über welches sie habe verfügen können, zu betrachten sei. In dem einen Falle solle das Gut für den Herzog von Reichstadt sub beneficio inventarii in Besitz genommen, in dem anderen hingegen der Gesandte in

[1] Anhang 38.

[2] ‚J'ai l'honneur de mettre sous les yeux de V. A. un billet que je viens de recevoir de Mgr. Ugolini en sa qualité de substitut exécuteur testamentaire de feue la princesse Pauline Borghese.

En communiquant le texte de l'article du testament de cette princesse qui a relation aux legs qu'elle a faits à S. A. S. le duc de Reichstadt, il demande d'être instruit pour sa direction, des intentions des curateurs de ce sérénissime prince à l'égard de ces legs. . . .‘ Genotte an Metternich. Rome, le 21 août 1825.

Florenz beauftragt werden, es als Legat der Fürstin Borghese von der toscanischen Regierung zu beanspruchen.[1]

In Betreff der Andenken, welche Pauline Borghese ihrem Neffen vermacht hatte, erinnerte Metternich den Kaiser an seine frühere Erklärung, ‚dass der Herzog dergleichen Mobiliargegenstände unter dem Titel eines Andenkens an seinen Vater annehmen dürfe‘.[2]

Dagegen erhob Kaiser Franz keinen Anstand, und er verlangte blos, dass ihm diese Vermächtnisse vorerst vorgelegt werden sollten.[3]

Am 14. März 1826 theilte Fürst Metternich dem Gesandten in Florenz diese Entschliessungen des Kaisers mit und beauftragte ihn, bei der grossherzoglichen Regierung die gewünschten Erkundigungen einzuziehen.[4] Auf das Einschreiten

---

[1] ‚Meine Entschliessungen vom 13. September 1823 und 1. Februar 1825 haben Ihnen schon Meine Willensmeinung rücksichtlich der Villa und Besitzung San Martino auf der Insel Elba eröffnet. Da es nun nicht gleichgiltig ist, ob diese Villa und Besitzung von der hierzu competenten toscanischen Regierung als ein Theil der Hinterlassenschaft Bonaparte's oder als ein Eigenthum der nun gleichmässig verstorbenen Prinzessin Borghese anerkannt wurde oder werden wird, weil Letzteres dem Herzog von Reichstadt als ein reines Legat verbleiben könnte, so haben Sie vorerst durch Meine Gesandtschaft in Florenz dahin zu wirken, dass die toscanische Regierung nach Mass Meiner obigen Entschliessungen die Frage, wem diese Villa und Besitzung, ungesehen von dem Legate der Fürstin Borghese zur Zeit des Absterbens derselben gehört oder zu gehören habe, entscheide, um, im Falle das Erbrecht Meines Herrn Enkels auf diese väterliche Verlassenschaft auch rücksichtlich dieser Villa und Besitzung als überwiegend anerkannt würde, durch die geschehene Legirung dieser Ansprüche von Seite der Fürstin von Borghese alle Anstände noch mehr zu beseitigen, oder im Falle, dass die toscanische Regierung diese Villa und Besitzung als ein Eigenthum der Fürstin Borghese erkläre oder erklärt haben sollte, namens des Herzogs von Reichstadt diese Villa und Besitzung als ein Legat der Fürstin Borghese bei der toscanischen Regierung anzusprechen.‘ Wien, 18. Jänner 1826.

[2] Vortrag an den Kaiser vom 20. October 1825. St.-A.

[3] ‚Die Annahme der von der Fürstin Borghese dem Herrn Herzog von Reichstadt legirten Nippes unterliegt übrigens keinem Anstande und sind Mir dieselben, sobald sie Meinen Gesandten in Rom und Florenz behändigt sein werden, vorzulegen.‘ Wien, 18. Jänner 1826.

[4] „. . . Vous vous convaincrez, M. le comte, par le texte de la nouvelle résolution (celle du 18 janvier de cette année) que, malgré que cette même possession de San Martino se trouve maintenant léguée au duc de Reichstadt par la princesse Pauline Borghese, S. M. I. persiste néan-

Bombelles' betraute der toscanische Minister des Aeussern, Graf Fossombroni, den obersten Gerichtshof mit der Aufgabe, diese Rechtsfrage zu untersuchen und darüber sein Gutachten abzugeben. Dasselbe lautete, dass das Gut San Martino ein Eigenthum Napoleons gewesen und von der Prinzessin Borghese unberechtigter Weise dem Herzoge von Reichstadt vermacht worden sei, welcher es somit in seiner Eigenschaft als Erbe seines Vaters, immerhin aber mit der Rechtswohlthat des Inventars in Besitz nehmen könne.[1]

moins dans l'opiniou que les autorités Toscaues doivent être invitées, par une démarcbe de votre part, à décider la question à qui appartenait ou devait appartenir la dite propriété de San Martiuo au momeut du décès de la princesse Pauline? Si les autorités de Toscane adjugent ce domaine au duc de Reicbstadt et déclarent qne la réclamation qu'en avait faite la princesse Pauline était dépourvue de fondement, dès lors S. A. S. devrait être mise eu possession à titre d'héritier béuéficiaire de son père. Si, au coutraire, les autorités Toscanes reconnaissent que la princesse Pauline avait réclamé à juste titre la propriété de San Martino, il en résulterait que la testatrice en anrait validement disposé, et vous auriez alors, M. le comte, à demander au uom de la tutelle du duc de Reicbstadt qne le gouvernement Toscan lui eu fasse suivre la possession à titre de legs particnlier de la princesse Borgbese.

Si la tutelle iusiste, comme vous voyez, M. le comte, sur la décision de cette questiou préalable, c'est qn'il n'est nullement indifférent que Mgr. le duc possède cette réalité comme faisant partie de l'béritage délaissé par son père eu Toscaue, ou comme une propriété ayant appartenu à la princesse de Borghèse, attendn que, dans ce dernier supposé, elle passerait à Mgr. le dnc à titre de legs pur et simple et avec exécutiou de toute charge.

La secoude partie de la résolutiou du 18 janvier est relative an souvenir consistaut eu bijoux et nippes de peu de valeur qne la princesse Pauline a légué au duc de Reicbstadt. On ue doit faire aucune difficulté de les accepter et dès que les objets auront été délivrés aux missions de Rome et de Floreuce, ils seront euvoyés ici pour être mis à la dispositiou de la tutelle. Vous aurez soin d'accompagner l'envoi que vous ferez de ces objets, d'uue copie du reçu qne vous anrez délivré, au uom de la tutelle, aux personnes chargées de l'exécntion testameutaire.

Vous voudrez bien, M. le comte, m'iustruire de vos démarches et de leurs résultats afiu que je puisse faire couster de l'exécutiou des ordres de S. M.' Metternicb an Bombelles. Vieune, le 14 mars 1826.

[1] ,Come i mentovati dnbbi indicavano, et come gli scritti legali del lodato avvocato regio dimostrauo, siccome sopra è stato brevemente compilato, ancbe alla consulta è di preseute manifesto, cbe la pertineuza della tenuta di San Martiuo e suoi annessi, quanto è bastantemeute giustificata a favore di Napoleone Bonaparte e del di lui figlio erede beneficiato,

In einer Note vom 22. Jänner 1827 theilte Fossombroni dem kaiserlichen Gesandten diese Entscheidung mit, wobei er bemerkte, dass die Domänenverwaltung des Grossherzogs bereit sei, über ihr Gebahren Rechnung zu legen. Von dem Ertrage der Einkünfte würden blos die Verwaltungskosten und jene Summen in Abzug gebracht werden, welche nöthig wären, um die von Napoleon Bonaparte, als dem vormaligen Besitzer San Martinos, contrahirten Schulden zu tilgen.[1]

Es bedurfte nunmehr blos der Ernennung eines Commissärs, welcher das Gut im Namen des Prinzen in Empfang zu nehmen und mit der grossherzoglichen Güterverwaltung abzuschliessen

altrettanto era, ed è esclnsa dai diritti e dalla persoua della fù principessa Borghese, ciò posto alla stessa consulta comparisce chiarissima l'inutilità del legato, che la mentovata principessa fece di detta tennta al figlio di Napoleoue, la qnale d'altronde non ebbe in animo di legare la cosa aliena. Data poi l'inutilità di detto legato, ne potendosi dubitare, che sussistente, giusto e più ampio e più utile sia il titolo di erede beneficiato da continuarsi a spiegare dal figlio di Napoleone, crede similmente la consulta, che un tal titolo sia quello che meriti di essere legalmeute riteuuto dal rammeutato duca di Reichstadt. Finalmente siccome lo stato di Toscana concorda di non aver diritti sulla proprietà di detta tenuta, la consulta crede pur anco di giustizia la cousegna della medesima tenuta al veneratissimo rappresentante legale del prelodato erede, salvi qnei rendimeuti di conti, formalità e cantele di natura dell'atto. Rapporto dell I. e R. cousulta.' Beilage eines Berichtes Bombelles', ddo. Florenz, 25. Jänner 1827. St.-A.

[1] ‚. . . La suprême consnlte après avoir entendu le dit avocat de la couronne a reconnu que la propriété du domaine de San Martino appartenait à Napoléon, que le legs de la dite terre fait par la princesse Pauline Borghese en favenr du dnc de Reichstadt est tout à fait inutile, et que par conséquent ce n'est que sous le titre d'héritier (sub beneficio legis et iuventarii) de son père que le duc de Reichstadt, et pour intérêt de celni-ci S. M. l'empereur d'Autriche, son auguste tuteur, peut procéder à la prise de possession du domaine de San Martino, avec les clauses et conditions inhéreutes à la nature de l'acte dout il s'agit. S. A. I. et R. a approuvé l'avis prononcé par la suprême consulte, et c'est en exécntion de ses ordres souverains que le soussigné a l'honneur de remettre à S. E. M. le comte de Bombelles une copie du rapport fait à cet égard par le dicastère suséuoncé, à l'effet que S. M. I. et R. A. puisse donner les ordres nécessaires pour la réception de la remise qui doit lui être faite de la terre de San Martino. Le domaine dn grandduché qui a jusqu'ici administré la dite possession, est disposé à rendre compte de sa gestion, ainsi que des arrérages, bien entendu qne du moutant des revenns de la dite terre on devra déduire les frais d'administration et le payement des dettes déjà faites par Napoléon, ancien

hatte. In einem Vortrage vom 9. Februar 1827 bat Fürst Metternich den Kaiser, die hierzu geeignete Persönlichkeit bezeichnen und ernennen zu wollen.[1]

Gleichzeitig legte er ihm ein Schreiben Neipperg's vom 10. April 1826 vor, aus welchem der Wunsch Marie Louisens erhellte, wegen des Verkaufes von San Martino mit der toscanischen Regierung in Unterhandlung zu treten.

Dagegen sprach Metternich die Bemerkung aus, ‚dass man in die Veräusserung eines einem Minderjährigen zugehörigen Gutes nur dann einzugehen pflege, wenn der wohl nachzuweisende Fall einer Nothwendigkeit oder eines augenscheinlichen Vortheiles eintrete'.[2]

Kaiser Franz überliess es dem Staatskanzler, einen Commissär zu bestimmen, welcher mit der Regelung der Uebernahme betraut werden sollte.[3] In Betreff des Verkaufes von San Martino resolvirte er jedoch Folgendes: ‚Sie werden Meinem Gesandten am toscanischen Hofe den Auftrag ertheilen, dass

propriétaire de San Martino. . . .' Fossombroni an Bombelles. Florence, le 22 janvier 1827.

[1] ‚Da es sich nunmehr darum handelt, die besagte Villa namens des Herzogs von Reichstadt in Besitz zu nehmen und bei dieser Gelegenheit die förmliche Erklärung abzugeben, dass derselbe sich zu den von seinem Vater als Privateigenthum hinterlassenen Gütern und Rechten nur cum beneficio legis et inventarii erbserkläre, so sehe ich mich in dem Falle, E. M. zu bitten, den Uebernahmscommissär gnädigst benennen zu wollen den Allerhöchstdieselben sowohl zu dem besagten Unternehmungsgeschäfte, als auch zu der mit der grossherzoglich toscanischen Domänenadministration zu pflegenden Liquidirung der Activ- und Passivarreragen dieser Villa für geeignet finden dürften.' Vortrag an den Kaiser, 9. Februar 1827. St.-A.

[2] ‚Mme l'archiduchesse serait d'avis, quand le gouvernement Toscan aura prononcé sur cette affaire, qu'on lui offrît d'acheter le dit domaine de S. M., qui de toute manière pourrait lui convenir mieux qu'à son auguste fils, vu que son entretien lui serait trop onéreux.' Neipperg an Metternich. Parma, 10. April 1826. St.-A.

[3] ‚Der Inhalt dieses Vortrages dient Mir zur Wissenschaft, und werden Sie nunmehr Sorge tragen, dass namens des Herzogs von Reichstadt sich zu dieser Intestaterbschaft seines Vaters bei der competenten toscanischen Behörde cum beneficio legis et inventarii erbserklärt, die gehörige Liquidirung mit der toscanischen Domänenadministration gepflogen und die Ausfolgung der ganzen reinen, Meinem Enkel gebührenden Erbschaft bewirkt werde, zu welchem Ende Sie die Bestellung eines hiezu vollkommen geeigneten und verlässlichen Commissärs besorgen werden.' Persenbeug, 3. September 1827.

wenn diese Villa vortheilhaft, sei es an die toscanische Regierung oder an wen Andern veräussert werden könne, er sogleich zu berichten habe, ob und wie dieses am vortheilhaftesten für meinen Enkel stattfinden könne, oder ob die Beibehaltung der Besitzung ihm mehr Nutzen bringe.'

XIX. Capitel.

Marchand's Absicht, sich nach Wien zu begeben, um Reichstadt die ihm von seinem Vater vermachten Andenken zu übergeben. — Weisung Metternich's an Apponyi, diese Reise zu verhindern. — Schreiben Marchand's an den Herzog von Reichstadt. — Er behält die Andenken zurück. — San Martino. — Tod des Herzogs von Reichstadt. — Der Besuch des Herrn v. Prokesch bei der Mutter Napoleons. — Betrübniss des Kaisers über den Tod seines Enkels. — Marie Louise. — Antomarchi. — Marie Louise verzichtet in förmlicher Weise auf den Napoleonischen Nachlass.

Inzwischen waren die Bemühungen der in London, Brüssel und Philadelphia beglaubigten Vertreter des österreichischen Hofes erfolglos geblieben, über das Vorhandensein noch unbekannter Capitalien Napoleon Bonaparte's etwas in Erfahrung zu bringen.[1] So beschränkte sich das, was der Herzog von Reichstadt zu erhalten hatte, blos auf die wenigen Andenken, welche ihm beim Eintritte seiner Volljährigkeit übergeben werden sollten. Als nun die französischen Journale im März 1827 die Nachricht brachten, dass Marchand sich zu diesem Zwecke bald nach Wien begeben werde, wies Fürst Metternich den Botschafter in Paris[2] an, die Reise Marchand's hintanzuhalten. Er möge zugleich den Testamentsvollstreckern bedeuten, dass er bevollmächtigt sei, jene Vermächtnisse zu übernehmen, und dass er sie in dem Zustande, in welchem er sie empfangen, nach Wien überschicken werde.[3] Diesen Antrag wies Marchand

[1] ,Toutefois les investigations que nous avons recommandées aux représentants de notre cour, doivent n'avoir amené aucune découverte, puisqu'il ne nous a été rien relaté à cet égard.' Metternich an Neipperg. Wien, 23. Februar 1827. St.-A. Die verschiedenen Nachrichten, welche Bombelles und Tito Manzi hinterbracht wurden, dass Napoleon Bonaparte ansehnliche Summen in Livorno und in Paris deponirt haben sollte, scheinen nichts weniger als auf Wahrheit heruht zu hahen, wie man aus dem Ausbleiben jedes weiteren Berichtes hierüber mit Recbt vermuthen kann. Vgl. Anhang 39.

[2] Als Nachfolger Vincents war im Jahre 1826 Graf Anton Apponyi nach Paris ernannt worden.

[3] ,. . . Maintenant, M. l'ambassadeur, que vous devez vous considérer comme appelé à servir à cet égard d'intermédiaire, ainsi que l'était ci-

jedoch zurück und verharrte auf seinem Entschlusse, die Legate dem Prinzen persönlich zu überreichen. Diese Absicht erhellte aus einem Schreiben, welches er am 18. März 1832 aus Strassburg an den Herzog von Reichstadt richtete.[1] Das Verhalten Marchand's erregte nunmehr in Metternich den Verdacht, dass es ihm gar nicht darum zu thun sei, seines Auftrages sich zu entledigen, und er das Verbot nach Wien zu kommen nur zum Vorwande nehme, um desto sicherer in dem Besitze der ihm anvertrauten Gegenstände zu verbleiben. In einem Schreiben vom 14. April 1832 wies er den Grafen Apponyi nochmals an, von Marchand die Verabfolgung des Vermächtnisses zu verlangen, und ihm im Weigerungsfalle zu bedeuten, dass es schwer sei, an die Redlichkeit seiner Absichten zu glauben.[2]

---

devant M. le baron de Vincent, je dois avoir l'honneur de vous prévenir qne l'intention de S. M. l'emperenr est de ne pas autoriser la venue ici du Sienr Marchand ni d'antre des exécuteurs testamentaires pour remettre lui-même les objets confiés à sa garde; qu'en conséqnence vons vous refuserez, M. l'ambassadenr, à lui accorder des passeports à cet effet ou a mûnir de votre visa cenx qui vous seroient présentés avec destination pour l'Antriche; que S. M. l'empereur voulant uéanmoins donner aux exécnteurs testamentaires de même qn'anx personnes dn service de l'ex-empereur les facilités convenables pour qu'ils pussent s'acquitter de la remise des objets confiés à leurs soins, vous aurez, M. l'ambassadeur, à leur faire connaître, lorsqu'ils se présenteront à l'ambassade, que vons êtes autorisé par la cour Impériale à recevoir tels objets des mains des personnes qui auraient qualité ponr vous les remettre; à vons cbarger envers elles de les transmettre dans l'état où ils vous seront remis, et à vons engager à leur faire ensuite parvenir des actes de reçu et de la remise des legs certifiés par la signature de Mgr. le duc de Reichstadt. V. E. voudra bien prévenir verbalement M. le ministre des affaires étrangères de l'impossibilité où Elle se tronve de viser de semblables passeports pour Vienne et l'informer en même temps de ce qu'Elle est autorisée à accorder des facilités afin d'éviter de donner lieu à des plaintes. . . .' Metternicb an Apponyi. Vienne, le 21 mai 1827.

[1] Anhang 40.

[2] ‚Comme les motifs qui nous ont fait juger convenable de ne point faciliter l'exécntion de ce projet dn Sienr Marcband, lorsqu'il s'en est agi la première fois, subsistent également aujonrd'bui; c'est intention de S. M., M. l'ambassadeur, que vons fassiez connaître au dit Sieur Marchand, lequel d'après sa lettre susdite, se trouve actuellement à Strasbourg, Hôtel de la 5e division militaire cbez le général Bruyer, que la haute tutelle de M. le duc de Reichstadt ne trouve pas qu'il y ait lien à rien cbanger à la détermination, qui lui a été notifiée en 1829 par V. E., qu'en conséquence la haute tutelle susdite ne peut que lui faire renou-

Der von dem Fürsten Metternich gehegte Verdacht schien um so gerechtfertigter zu sein, als die Testamentsvollstrecker bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen hatten, dass ihnen nichts ferner liege, als die Interessen des Herzogs von Reichstadt zu wahren. Denn durch sie war das französische Ministerium veranlasst worden, sich bei dem Wiener Hofe dafür zu verwenden, dass der Kaiser im Namen des Prinzen auf die Hälfte des Lafitte'schen Depots Verzicht leiste, und sie waren es, welche dasselbe Ministerium aufgefordert hatten, zu erklären, dass der Sohn Napoleons in Gemässheit des Gesetzes vom 12. Jänner 1816 unfähig sei, die in Frankreich gelegenen Güter seines Vaters zu erben. Ja sie hatten die französische Regierung zu der Entscheidung verleitet, dass Napoleon Bonaparte nicht als Franzose, sondern als Engländer gestorben sei, und man daher über die bei Lafitte hinterlegten Gelder nach englischen Gesetzen verfügen dürfe, welche dem Sohne aus der Verlassenschaft des Vaters keinen Pflichttheil vorbehielten.[1]

Sowie Marchand keine Anstalten traf, dem Prinzen durch Vermittlung der kaiserlichen Botschaft in Paris die wenigen Gegenstände zu überschicken, welche ihn an seinen Vater erinnern sollten, so wurden auch die langwierigen Unterhandlungen über den Verkauf des Gutes San Martino zu keinem Abschlusse gebracht. Der Advocat Lamporecchi, welchen Graf Bombelles mit der Regelung dieser Angelegenheit betraut hatte, richtete zwar zu wiederholten Malen das Ersuchen an die österreichische Regierung, eine endgiltige Entscheidung zu treffen und seine Anträge hinsichtlich der Deckung einiger zum Activstande der Verlassenschaft gehörigen Forderungen zu genehmigen, aber Kaiser Franz zögerte noch immer damit, einen Beschluss zu fassen.[2] So starb der König von Rom, ohne aus dem Vermächtnisse seines Vaters mehr als ein Porträt erhalten zu haben, welches diesen in Lebensgrösse darstellte

veler la proposition de remettre entre les mains de l'ambassade le dépôt qui lui a été confié, proposition qu'il sentira lui-même ne pouvoir décliner de nouveau sans autoriser les soupçons qu'il serait difficile dans ce cas de ne pas élever sur la sincérité de sa disposition à s'acquitter de la commission dont il est chargé par les actes de dernière volonté de l'ex-empereur Napoléon.' An Apponyi, 14. April 1832. St.-A.

[1] Dies brachte die österreichische Regierung erst später in Erfahrung.

[2] Anhang 41.

und ihm von Kaiser Franz persönlich übergeben wurde.[1] Ein tragisches Geschick hat es gewollt, dass der bereits dem Tode geweihte Prinz nicht einmal in den Besitz jener Andenken kommen sollte, welche Lätitia, die so schwer geprüfte Mutter Napoleons, für ihren Enkel bestimmt und Herrn von Prokesch übergeben hatte. Auf der Heimkehr nach Wien traf diesen die unerwartete Nachricht, dass der Herzog am 22. Juli um 5 Uhr Früh im Schlosse zu Schönbrunn verschieden sei. An demselben Tage und an demselben Orte war auch elf Jahre früher dem damals zehnjährigen Prinzen der Tod seines Vaters mitgetheilt worden.[2]

‚Das Testament meines Vaters,' hatte Reichstadt sich eines Tages vernehmen lassen, ‚ist die oberste Vorschrift für meine ganze Handlungsweise.'[3]

Doch er war verdammt dazu, sein Leben thatenlos zu beschliessen. Krankheit und Dankbarkeit zugleich hielten ihn ab, dem Rufe seiner Partei zu folgen und das kaiserliche Frankreich wieder aufzurichten. Aber so lange er lebte, so lange die Anhänger Napoleons auf ihn als denjenigen wiesen, welcher bestimmt schien, sie zu führen, so lange fürchteten Metternich und mit ihm die Vertreter des Legitimitätsprincipes, dass eines Tages sein Ehrgeiz denn doch über jedes Bedenken den Sieg davontragen und ihn verleiten werde, das langgeschmähte Banner seines Vaters wieder zu Ehren zu bringen. Wohl im Hinblick auf solche Verquickungen schrieb Kaiser Franz, wel-

---

[1] Vortrag des Fürsten Metternich an Kaiser Franz:

‚Wien, den 9. April 1831.

Allergnädigster Herr!

Der k. k. Botschafter zu Florenz frägt mittelst des gehorsamst anverwahrten Berichtes an, was mit dem unter den Verlassenschaftsgegenständen Napoleons auf der Insel Elba befindlich gewesenen Porträt desselben in Lebensgrösse zu geschehen habe, welches ihm (Grafen Saurau) ehestens von der toscanischen Regierung für S. D. den Herrn Herzog von Reichstadt übergeben werden wird, ob nämlich besagtes Gemälde hieher geschickt werden soll, und zwar in seiner dermaligen Form oder aufgerollt?'

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Resolution des Kaisers: Dieses Mir bereits zugekommene Porträt werde Ich Meinem Enkel übergeben.

Wien, den 4. December 1831. Franz.

[2] Prokesch, 75.

[3] Monthel, 250.

cher den Verlust, der ihn getroffen, aufs Schmerzlichste empfand, am 26. Juli 1832 Folgendes an den Fürsten Metternich: ‚Der Tod meines Enkels war für ihn ein Glück bei seinem Leiden und vielleicht auch für meine Kinder und die Welt; mir wird er abgehen.‘[1]

Das Erbrecht des Herzogs von Reichstadt ging nunmehr auf die Herzogin von Parma über. Da bisher weder Kaiser Franz noch Marie Louise sich entschlossen hatten, in förmlicher Weise auf die Hinterlassenschaft Napoleons Verzicht zu leisten, so blieben sie Beide nicht davon verschont, dass verschiedene Legatare immer wieder mit Forderungen an sie herantraten. Antomarchi war es insbesondere, welcher seine alten Ansprüche geltend zu machen suchte und hiebei auf die noch bei Lafitte befindliche Hälfte des Depots verwies.[2] In einem Schreiben vom 14. September 1832 ersuchte Baron Marschall den Fürsten Metternich, sich sowohl über diese Angelegenheit, als über jene des Gutes San Martino äussern zu wollen.[3] Kaiser Franz überliess es jedoch dem alleinigen Ermessen seiner Tochter, eine Entscheidung zu treffen, was Metternich nicht ermangelte, am 13. October 1832 nach Parma zu berichten.[4] Der Versicherung Antomarchi's, dass das für den verstorbenen Prinzen bestimmte Depot noch bei Lafitte sich befinde, glaubte der Staatskanzler, abgesehen von der Erklärung Chateaubriand's vom 30. Mai 1824, schon deshalb keinen Glauben beimessen zu dürfen, weil die Testamentsvollstrecker mit Zustimmung der französischen

---

[1] Resolution des Kaisers auf einen Vortrag Metternich's vom 26. Juli 1832. St.-A.

[2] Anhang 42.

[3] ‚En suppliant V. A. de vouloir bien me donner Ses instructions sur le mode de terminer cette question, je prends la liberté de statuer les principaux points qni me sembleraient devoir être pris en considération, si la première renonciation a été faite ou non de la mère et du fils, on seulement ponr la premièré, en quel cas nn nonvel acte de cette nature deviendrait nécessaire en suite des droits acquis par le décès du second; en quelle relation se trouverait cette qnestion avec celle de San Martino dans l'île d'Elbe, et si dans le cas qu'une seconde renonciation devrait avoir lien pour la partie de la succession se trouvant dans les mains dn banqnier Lafitte, celle de San Martino devrait suivre la même ligne, ou bien celle adoptée à Vienne pour les effets dn prince.‘ Baron Marschall an den Fürsten Metternich. Sala, le 14 septembre 1832. St.-A.

[4] Anhang 43. Die betreffenden Vorträge Metternich's an Kaiser Franz sind nicht vorhanden.

Regierung an die englischen Gerichte sich gewendet und diese erklärt hatten, dass der Erblasser nach Gutdünken über sein Vermögen habe verfügen können und sein Sohn auf keinen Pflichttheil Anspruch erheben dürfe. Er hob hervor, dass für den Fall, als das Depot in der That zur Hälfte noch vorhanden wäre und die Herzogin von Parma es verlangen wollte, sich diese denselben Schwierigkeiten gegenübergestellt sehen würde, als wie sie in Betreff des Testamentes gleich zu Anfang bestanden hätten. Diese Anschauung Metternich's war schon im Hinblicke auf das Gesetz vom 10. April 1832 gerechtfertigt, welches, Carl X. und seine Familie in Acht und Bann erklärend, zwar den vierten Artikel des Gesetzes vom 12. Jänner 1816 aufgehoben, aber nichtsdestoweniger die Bestimmungen aufrecht erhalten hatte, welche die Napoleoniden betrafen.[1] Er überliess es Marschall, sich über den wahren Sachverhalt zu erkundigen, um darnach Antomarchi zu bescheiden, wogegen er ihn aufforderte, die Herzogin von Parma zu veranlassen, dass sie ihre Rechte auf San Martino endlich zur Geltung bringen möge.[2]

Die Hälfte des Depots befand sich in der That, und zwar hypothekarisch sichergestellt, bei Lafitte, aber Marie Louise hegte nicht die geringste Absicht, sie zu beanspruchen. Als in Vertretung des Marquis de Maison, französischen Botschafters am Wiener Hofe, der Botschaftssecretär, Graf Ste Aulaire, am 8. Juni 1833 eine Note an den Fürsten Metternich richtete, in welcher er genauen Bericht über die Sachlage erstattete und welche er mit dem Ersuchen schloss, dass die Herzogin von Parma ihren Erbrechten auf die Verlassenschaft Napoleons entsagen möge,[3] zögerte Marie Louise keinen Augenblick, diesem Wunsche Folge zu leisten.[4]

Nach langwierigen Verhandlungen über die Form der Verzichtleistung erfolgte eine solche erst am 12. Mai 1837, und da sie alle Theile gleich befriedigte, war diese Angelegenheit somit endgiltig erledigt.[5]

In Betreff des Gutes San Martino hatte die toscanische Regierung verfügt, dass der Herzogin von Parma nur der

---

[1] Vgl. Hamel, Louis Philippe, I, 270.

[2] Anhang 43.

[3] Anhang 44.

[4] Anhang 45.

[5] Anhang 46.

lebenslängliche Nutzgenuss gebühre. Doch wollte Marie Louise auch diesem entsagen, weshalb sie den Grafen Revizky[1] ersuchte, die grossherzogliche Regierung davon mit dem Bemerken in Kenntniss zu setzen, dass San Martino demjenigen abgetreten werde, welcher es nach dem Gesetze beanspruchen dürfe.[2] Nun machte Fürst Montfort seine Erbrechte auf dieses Gut geltend, und der Process, der darüber entstand, währte noch lange nach dem Tode Marie Louisens fort.

[1] Seit 1836 bevollmächtigter Minister in Florenz; sein unmittelbarer Vorgänger war Graf Senfft-Pilsach.

[2] ‚Der Herr Obersthofmeister I. M. der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma hat mir die mit dem hohen Rescripte vom 10. December v. J. angekündigte Absicht I. M. eröffnet, Ihr Besitzthum San Martino auf der Insel Elba schon dermalen ganz aufzugeben, von welchem ihr nach dem Tode des Herrn Herzogs von Reichstadt nur der lebenslängliche Fruchtgenuss gebührt.

Es wurde mir aufgetragen, von dieser Absicht die grossherzogliche Regierung mit dem Beisatze in Kenntniss zu setzen, es würde der Wunsch I. M. sein, dass die Tribunale angewiesen werden, über die gegründeten Ansprüche zu entscheiden, welche sich auf das Eigenthum von San Martino erheben werden, nachdem I. M. diesem Besitzthum entsagt haben würde, und dass die Tribunale diejenigen, die das Recht dazu haben, auch in den Besitz einführen.‘ Graf von Revizky an den Fürsten Metternich. Florenz, den 21. November 1837. St.-A.

BEILAGEN.

I.

Sir Hudson Lowe to Lord Bathurst.

St. Helena, 14th mai 1821.

Mylord. In the first days after general Bonapartes death, I was too much occupied in the various local arrangements to which the event gave rise, and too solicitous that your Lordship should receive the earliest possible information of the event, to enter into many details, upon which I shall now have the honor to communicate. I have already had occasion to refer to the letter which count Montholon addressed to me, announcing general Bonapartes death.

He took the earliest opportunity afterwards to press me for a reply and availed himself at the same time of the authority which, he said had heen delegated to him hy general Bonaparte, to make known to me what he said was one of his dying requests; this request was, that his heart should be sent to his wife, the archduchess Maria Louisa. I acquainted count Montholon, that my orders were to inter the body on this island and that I could not he said to do so, if I suffered any part of it to be taken away from hence.

This proposal was made to me before the opening of the body and count Montholon acquainted me at the same time, that general Bonaparte, having thought it probable that the disease under which he had been suffering was the same as that of which his father had died, viz. a cancer or scirrhus of the pylorus, had been desirous, his body should be opened as a means to discover if any remedy could be found to preserve his son from the same disease. We had no further conversation at the moment respecting the heart; count Montholon only expressing his desire I would consider his application to me and give him an answer upon it.

When the body was opened, professor Antomarchi, who was the principal operator, wished to keep the heart and the diseased part of the stomach separate from the body, an objection was made to this on the part of the medical gentlemen on account of their having received no directions from me on the subject. Count Montholon then came forward in a very earnest manner to Sir Thomas Reade, who was in the room

dnring the dissection, to beg the heart might be left out until the matter was referred to me, and to this proposal Sir Th. Reade, with whom I had some previous conversation in anticipation of what might occur, asserted. Having reflected npon the tenor of count Montholon's letter to me, and the use of the Imperial title in it, I felt I conld not with propriety, either acknowledge or reply to it, but as it embraced subjects npon which he and the other followers of general Bonaparte might naturally expect to be made acquainted with my determination, I saw no reason that should prevent me from writing a letter to him, which should inform him, as from myself npon all the points in question.

I therefore adressed a letter to the connt of which copy is inclosed, and at the same time told him what my determination was with respect to the heart, that I could not suffer it to be removed from the island, but that it might be pnt up separately, preserved in any way he pleased in a vase and placed in the same coffin with the rest of the body. This attention I considered to be due to the illustrious personnage to whom count Montholon had acquainted me, it was the desire of general Bonaparte his heart should be given, thinking it equally an act of dne attention to her not do yield to count Montholon's desire of conveying the heart at once to her, uninformed as I naturally must be in what light after so long a cessation of any relation together, whether of a pnblic or domestic nature, such reqnest might be received.

The heart which had been preserved in spirits of wine was consequently put into a small silver vase, the stomach in another, and both placed in the coffin with the body.

Mr. Rntledge assistant surgeon of the 20th regiment was the person who soldered np the vases in which the heart and stomach were placed, and saw them put into the coffin, the undertakers being also present. The body was deposited in the plain uniform of a French colonel of chasseurs.

The coffin, at the particnlar desire of count Montholon was constructed as follows:

1. A plain coffin lined with tin.
2. A lead coffin.
3. A mahagony coffin.

Count Montholon wished to have the words: ‚Napoleon né à Ajaccio 15 Août 1769, mort à Ste-Hélène 5 Mai 1821‘, inscribed on it. I wished the word Bonaparte to be inserted after Napoleon, to this count Montholon objected, and therefore no inscription whatever was placed on it.

On the day after the funeral I waited on count Montholon, to be informed of the testamentary dispositions, general Bonaparte had made, being as I had before nnderstood from him not a will, but a codicil to his will. He immediately assented to show it to me, but said it was necessary count Bertrand, Signor Vignali and Mr. Marchand should be preeent, he went consequently to call them, Lieut. colonel Sir Th. Reade being about to follow me aud them into count Montholon's apartment, the count told me he had been particularly enjoined not to show the will to any person but myself; I insisted however npon Sir Th. Reade's accompanying me and beiug present when the will was opened.

Upon going into connt Montholon's room, he presented the paper containing the will to me, it was only one sheet of paper with five seals on it, viz. those of general Bonaparte himself, count Bertrand, count Montholon, Signor Vignali and Mr. Marchand folded up precisely as in the copy inclosed.

After perusing the contents I returned it back to count Montholon, and told him I conld not decide upon its validity in a legal point of view, but that if I withheld my decision upon it, it would not be with any intention to oppose its execution.

It would be necessary however I shonld see the effects general Bonaparte had left, before I could decide in what degree it might be requisite for me to affix my own seal to them, prior to their removal from the island, or to auy final disposition of them taking place.

On the following day, the 10th of may I again proceeded to Longwood accompanied by major Gorrequer to see the effects, which general Bonaparte had left, the whole had been laid out in his apartments.

There was his wardrobe principally consisting of old clothes according to inveutary *A*.

His plate and porcelaine as per inventary *B*; an additional inventary of his plate, in possession of count Bertrand *C*.

Three small mahagony boxes with each five seals upon them, containing the articles specified in inventaries N° 1—3, which connt Montholon informed me it had been the request of general Bonaparte, might be delivered to his son on his attaining the 16th year.

These boxes he particularly objected to open from respect as se said to the dying request of the person to whom they had belonged. I did not press him to open them on this first occasion.

Amongst the few articles of value which lay open on the tables was a snuff box of wrought gold, with a cameo of large size representiug a goat with a faun riding upon it nibling at some grapes on a vine stalk,

and another also of wrought gold with au N. roughly engraved or rather cnt in apparently with the point of a knife on the cover of it.

The first of these boxes had been presented to general Bonaparte by the Pape Pius the VIIth at the peace of Tolentino in consideration of some favorable modifications which general Bonaparte had admitted, on the treaty with His Holyness on that occasion.

I had looked on these boxes, in the first instance without opening them, but walking about the room shortly afterwards I took up that with the cameo upon it, to admire the beauty of the workmanship and at the same time opening the lid of it, I observed at the bottom a small card, cut exactly of the same size as the inside of the box with the following words upon it, written in general Bouaparte's own hand ‚l'empereur Napoleon à Lady Holland témoignage de satisfaction et d'estime'. On the back of the card was written in another hand ‚donnée par le Pape Pie VII à Tolentino 1797'. Count Montholon and Monsieur Marchand observiug my surprise at reading the card, said they had no idea of there having been such a card within the box, but count Montholon added immediately he had been charged by general Bonaparte to present that box to Lady Holland.

On opening the other box I found it half filled with snuff — it was the last box general Bonaparte had in use. Count Montholon told me he had been charged to present it to Dr Arnott, and that the N. on the top of it had been cut by general Bonaparte himself.

Count Montholon told me afterwards he had been charged also to present to Dr Arnott ‚une somme d'argent'. Having asked count Montholon if general Bonaparte had not left many papers, he said very few that might be considered as his own that he had some dictées of general Bonaparte, but he regarded them now as belougiug to himself. Connt Bertrand who was present observed he had some also in his possesion of the same kind. Haviug begged count Montholon he would show me in the first instance those which he considered to belong to general Bonaparte himself, he went into his room and brought out a bundle with him, they were principally notes on the concordat, a rough copy of the letters from the Cape of Good Hope published as a reply to the book of Mr. Warden — answer to the manuscript of St Helena —, and various loose papers which it would have reqnired a immense time from the indistinctness in which many of them were written, simply in pencil, to have deciphered, the heads and subjects of none of them appeared to relate to any object of paramount interest, and upon asking count Montholon whether nothing more existed, he said that I might consider all papers of any kind of conseqnence, as having beeu already transmitted in one way or

other to Europe. He added: vous en avez même vu de publiés referring to the 9th book of the Memoirs. They had advertised, they said, the publication of the 7th, 8th and 9th book, but they had not appeared, these had been sent to Mr. O'Meara, but not for publication, he had published what he did without any authority and they were all extremely angry with him for it. He, count Montholon, would compel Mr. O'Meara to surrender up to him the remainder of the manuscript he had in his possession. General Bonaparte, he said, had been extremely surprised and incensed at the publication of any part of these as well as of the account of the battle of Waterloo by general Gourgaud, who was desired to deliver the notes he was possessed of upon that subject previous to his departure from hence and though he had given up one copy he had retained or rather purloined the other, that this circumstance had irritated general Bonaparte against general Gourgaud more than any thing else in his condnct, and he had never forgiven it.

I asked count Montholon what had become of the first books of the memoirs; he said they had been sent home, but he did not mention to whom; he reiterated that every paper which might be considered of any consequence, had been sent to Europe a long time since; that general Bonaparte had dictated nothing of any interest since july or august last. Many of the articles belonging to general Bonaparte having been very much cumbered together at my first visit, I suggested to count Montholon that the whole of them might be opened and laid out in the different rooms which combining with the desire of several persons to have an opportunity of seeing anything curious and valuable among the effects, that had been left the following day was fixed upon for their being arranged in such manner, and count Montholon at the same time said he would cause the furniture of general Bonaparte's own apartments, which as I saw them were in a state of entire disorder (one of them had been converted into a chapel and the drapery had been just stripped off) to be arranged in precisely the same state as they had been during his life-time.

The next day every thing was prepared accordingly, and as an act of attention to the officers and principal inhabitants of the island, the house was thrown open to every person of a respectable class in regular turn to see it. The bedroom and dressingroom, being the most constantly occupied by general Bonaparte, were arranged exactly in the manner they had been during his life-time, the entire walls of both were covered with white muslin drapery, which it was his custom must be changed every fortnight. The rooms thus have a very neat and comfortable appearance. On the 12th instant I waited again upon count Montholon, to inform him

of my determination with respect to the three boxes which had been sealed up and also with regard to the papers in his possession as well as in connt Bertrands. I told him it was absolutely necessary I should be enabled to say ,j'ai tout vu'. A minute of conversation I had on this occasion with connt Montholon and count Bertrand accompanies. Every thing which I required to see was shewn to me. With respect to the will I had it not in intention either to admit or to dispute the validity, leaving it to the natural heirs, to litigate any points that might arise upon it.

The articles left by general Bonaparte are almost entirely the same he brought with him hither and which he was permitted by the British government to possess whilst here; the codicil referred alone to such objects as he possessed here. Dnring his life-time I might have been authorised in preventing any disposition of them, which might have rendered them convertible to the means either of communication or escape, but after his death they appeared naturally to fall as an heir loom to his natural heirs or to those persons to whom he willed them. The validity of the testimony as to his hand-writing and signature of persons who have an interest in the requests, might certainly be dispnted in a court of law; but the circumstances under which general Bonaparte died, are of a nature for which no exact analogy I believe can be fonnd in any precedent which law book could afford. I forbear giviug validity to his last testamentary disposition as I might do in the same way as at the death of any other person on this island by requiring the witnesses and the executors to appear before me and the council to swear to the authenticity of the papers presented and to admit the right of administering upon them, but at the same time I have not felt myself called upon to dispnte the validity by any direct act of interference, on my part, satisfying myself simply with assertaining what the effects are and taking such step on public grounds alone. I nevertheless feel I am not without legal argument for refraining from any real dispute on the validity of the will or putting a bar to its execution, for upon reference to the only law book in my possession, that I thought likely to present any light on the subject, Domast's civil law, I find all the arguments are in favor of the legatees; it is therefore in some degree withholding an aid from them in not calling upon them, to swear to the validity of the will before me, and thns leaving it open to any fnrther discussion, but the neutral course in such matter is that which has appeared to me on the whole the most advisable to pursue.

I have . . .

II.

Minute of what occured at Longwood on the 12th may 1821, at the examination of some of the property left by general Bonaparte.

The governor called on count Montholon accompanied by Sir Thomas Reade and major Gorrequer, and informed him he had come to Longwood for the purpose of speaking to him, relative to the examination of the effects of general Bonaparte, that it was necessary he should see every thing before it left the island, in order that he might be enabled to state to his government, that the articles corresponded generally with the inventaries, and that he might be enabled to send the effects home on board the same ship with the persons of Longwood instead of sending them sealed up to be examined there, that it might thus prevent many questions regarding them in England, and save much trouble and inconvenience to themselves, hereafter, as the government might at once be enabled to make its dispositions respecting the effects upon his report.

Count Montholon assented immodiately to the examination of every thing except three small boxes, sealed up with general Bonaparte's own seal and the seals of four of his followers (viz. counts Bertrand and Montholon, abbé Vignali and le Sieur Marchand) saying: ‚Il n'y a aucune autre difficulté que pour ces trois boîtes‘, that he would prefer every other mode of proceeding in respect to them, than breaking the seals, ‚nous devons‘, he said, ‚respecter ces dernières volontés‘ that it would be placing them (the persons whose seals were affixed) in an unpleasant situation towards his son and the other members of his family.

The governor said: ‚Je mériterais d'être blâmé très hautement, si je me contentais d'examiner les articles de la moindre conséquence, et de laisser passer les choses les plus précieuses sans les voir.‘ The count here observed: ‚Oui, c'est bien, ce qu'il y a de plus précieux certainement‘, the governor resumed: ‚Ce serait me placer dans une position assez ridicule que de rester satisfait d'avoir vu une partie et point l'autre‘ that his object was by no means one of curiosity, but to be able to do his duty towards government, by informing it he had examined all the effects generally. It was not his intention to interfere with the disposition of the property mentioned in the will, nor would he consider whether he could legally do so or not, he had no desire to impede the last intentions of general Bonaparte in the disposal of that property. Even the regulations of the customhouse required that every thing imported or exported should be seen, and in his situation of governor he was not bound to dispense with the rule on this occasion. In England every box must be opened by officers of the

customs, nothing could be taken out of tbe ship, without that examination; after his seeing the contents of these boxes they might be again sealed up and his seal annexed to the other seals. His object and desire from the moment of general Bonaparte's death had been to proceed in every thing with all the accord in his power. Count Montholon bowed saying: ,Oui certainement, vous l'avez fait en toutes choses.' The count then said it was necessary he should consult with the other persons whose seals (beside his own) were on the boxes, and consider whether they could accede to the governor's desire of having them opened, as they must act in unison on such a point. The governor remarked, he was desirous they should all act in concern in this affair. The count then expressed a wish, the governor should state his desire in writing, not thinking a verbal communication sufficient, to justify them towards the son and family of general Bonaparte. After conferring with the other persons concerned, he would let the governor know their opinion. The governor said he understood that count Bertrand and himself had several papers of general Bonaparte's dictation, these it would be necessary he should also see, so as to be informed of the general tenor of them. ,Il faut', added the governor, ,que je sois à même de pouvoir dire pour tout ce qu'il y a j'ai vu' to this count Montholon consented without difficulty or hesitation.

The governor inquired what steps were meant to be taken respecting the money advanced to the etablishment for which count Bertrand had given receipts. The count said, he would himself have the amount paid by Baring, it was he believed 60.000 francs. The moment he arrived at Paris he would take the necessary measures to have it repaid, at all events not above a month should pass after his arrival there without his sending authority to MM. Baring to pay it; the money so advanced was for their use in general, and he was equally responsible for its payment with count Bertrand, he made himself answerable it should be refunded.

Count Montholon then spoke respecting the books at Longwood, part of which he said belonged to the British government and part to general Bonaparte, that the general had given some, belonging to the government, to his wife (Madame Montholon) on her departure along with other books of his own, having taken them without selection or heeding to whom they belonged; that Mr. O'Meara had taken some away with him without their consent (or even leave to keep them in his room) part of which belonged to government.

The count handed over to me three lists, marked n° 1—2—3 which he said specified the whole of the articles contained in the three small boxes under seal. A list of general Bonaparte's wardrobe and plate, and

also an additional ane of the latter article, which he said had been brought by connt Bertrand from Franco hero unknown to any body and had remained hitherto, in possession of the count, that he had taken it away without mentioning it to any one, and that it was only after general Bonaparte's death he had told him (count Montholon) of it. The governor informed count Montholon that the Camel, storeship, was fixed npon, to take them all to Europe, that the admiral was giving the necessary directions to have every preparations made for their reception, that it was a very good and large ship, with comfortable accommodation, the captain a very respectable attentive person, who was extremly well spoken of by every passenger who sailed with him, there would be some troops embarked also on board her, but they would not be crowded or incommoded by them; he thought he could not say more in favour of the vessel, than that he would be happy if he could embark his family on board so good a one, on going home; count Montholon asked abont what time she might be expected to sail, the governor mentioned the latter end of the ensuing week, to which the count replied ‚le plutôt tant mieux'.

The governor then left count Montholon who having gone to consult the other persons respecting the opening of the boxes, soon returned and informed the governor (who was waiting in the quarters of the orderly officer) that they had not objected to the breaking of the seals, that they said, as he was the person principally charged with the execution of the last wishes of general Bonaparte, so long as he himself opposed no difficulty, they would not. It was his business more than theirs, and they would be regulated by him. Count Montholon then expressed his readiness to have the seals of the three small boxes broken, immediately on receiving a letter from the governor expressive of his desire, to view the whole of the effects. The count then withdrew and the governor having written a letter[1] to him on the subject, I delivered it, when, after casting his eyes over it, he said he was ready to open the sealed boxes in the library.

---

1 Sir! Longwood, 12th may.

It forming part of my instructions, not to suffer any article appartaining to Langwood to qnit this island without examining the same, I think it proper to acqnaint yon that I can make no exception whatever to the general rule laid down for my guidance on this head, hnt have to desire that the whole of what is meant to be conveyed from hence may he exhihilited to me, I shall then have the honor of acquainting yon as to any form in which it may he allowed to depart. I have the honour . . .

The governor then proceeded accompanied as before to the library where count Montholon and Bertrand and Sieur Marchand were assembled; count Montholon having said a few words in a low tone respecting the letter he had just received from the governor, and his having consented to open the boxes, count Bertrand and Marchand bowed and acquiesced; count Montholon then cut the ribbons by which the seals were connected and fastened on the box N° 1, and Marchand who held the keys opened it. I then produced the list N° 1 which had been delivered to me by count Montholon and the articles being read over and compared with what the boxes contained, they were found to correspond. The boxes N° 2—3 were opened and examined in the same manner as N° 1 and the contents were found to agree with the lists, they were immediately locked up successively as examined and the keys retained by Marchand. The governor then asked count Montholon whether they were not to be sealed again, as they were previous to their being opened. The count replied they would seal them up afterwards (general Bonaparte's seal being in their possession) it not being absolutely necessary, to do it immediately, viewing, their contents had been seen and compared with the lists. The governor then proceeded to count Montholon's apartments, where the count exhibited a quantity of papers in his possession, a great portion of which consisted of notes dictated by general Bonaparte on his campaigns; there were also several memoranda in his own hand-writing and directions from him in pencil on slips of paper to the count, to make researches on various publications, and collect materials to assist in preparing what he was then compiling. Amongst these papers was the account of the battle of Waterloo, written out fair, the rough draft of which had been taken away by general Gourgaud; the reply to the manuscript venu de Ste-Hélène already published; drafts of the letters from the cape etc. etc. Count Montholon said he had destroyed a great quantity of such kind of rough drafts as they had generally been written out fair and he would still destroy many more of these, they were be added kept by him as curiosities. The governor then took his leave, count Montholon having called me back to ask some questions about a sum of money with which Marchand wished to form a fund, for the purpose of securing a provision for a natural child of his on the island; the count afterwards mentioned he had been searching for a note dictated to him by general Bonaparte a considerable time back, which he expressed himself concerned at not being able to find ‚car c'était l'éloge du duc de Wellington' it was written in the highest terms of praise of the military conduct of the duke.

I then rejoined the governor who had gone with Sir Th. Reade to general Bertrand's house, were the count was laying open several portefolios of papers. The governor had already seen one containing cash accounts of the establishment of general Bonaparte at Longwood. Count Bertrand then shewed a great number of papers much of the same nature as those seen by the governor, at count Montholon's, viz. dictations of general Bonaparte rough drafts, and a great many notes in the generals own hand-writting. Among them was a translation by count Bertrand into French of part of Mr. Hobhauses publication, for general Bonaparte (he not being able to read English) which had however been suddenly abandoned as a work that gave only the opinions and views of one particular party. Also part of the duke of Marlboroughs life translated in like manner by count Bertrand, this had likewise abruptly been given up. A great many extracts from the annual register and various others to form skeletons (quadres) for the writings, general Bonaparte was engaged in. A collection of materials for a work in progress on the archdukes Charles campaigns, which when he saw that published by the archduke himself, count Bertrand stated he threw aside, saing ‚mais je n'ai écrit que des bêtises, ici je travaillais en supposant que l'ennemi avait 80 ou 100.000 hommes en campagne, et je trouve qu'il n'en avait environ que 50.000‘. He had in this manner relinquished several works in contemplation, and others even begun in consequence of the want of books, from which he might have obtained the information which he found necessary, as a ground work to proceed upon, such for instance, as the strength of armes their exact position at particular periods etc. ‚Ceci l'avait beaucoup dégoûté de ses ouvrages parce qu'il n'avait que sa tête pour travailler et cela ne lui suffirait point.‘ A great many of the papers were on the Egyptian campaign; count Bertrand mentioned that he had particularly urged him to write on the Russian campaign and that in Saxony, as there was no individual sufficiently acquainted with his plans and objects during the latter campaign in particular to write a good account of them, no one but himself being able to explain his dispositions the multitude of combinations which were put in action, nor the object of many of them, he would not however undertake it but replied, they would speak for themselves. The most bulky parcel of papers which count Bertrand opened was he said, on the defensive operations of a division by fieldworks, and the depth of formation of troops; the French always formed their lines three deep, but as the near rank could not fire over the two others in its front, he most approuved the English method of forming two deep, only so long as you could not give effect to the fire of the third

rank; this point count Bertrand said had occupied his mind with a particular degree of interestedness, he would get up several times in the middle of the night to write notes upon it and he frequently sent billets to count Bertrand on the subject even at night; the whole of that parcel of papers had been prepared during the time he was busied with making his little garden; he there traced out all his plans of fieldworks on the ground, having them all (his followers) about him, and pointing out to them his ideas; he there described the mode in which he would give effect to the fire of a line drawn up in ranks even as far as ten deep, by placing the ranks on advantageous inclined positions and drowing them up with the men of lowest stature in the front rank and the tallest in the near. With his ranks of 8—10 deep he thought himself perfectly inabordable and he would hear of no objections to his plans, he would even propose where the ground did not offer a slope to make the men dig away a little of the earth where they were to stand, like steps which would give sufficient elevation to the near ranks to fire over these in front and this he would have done in a minute; when count Bertrand asked him for another minute he said no in war half a minute is too much to lose you would have the cavalry upon you and be cut in pieces; to prove the practibility of such depths of formation, in the little garden he would call out ‚Allons Noverraz viens ici, tu es le plus grand, plante-toi là et vous autres approchez‘, and having arranged them according to size on a declivity he went on: ‚et moi qui suis le plus petit, je serai au dernier rang puis il coucherait en joue avec un bâton par dessus nos têtes‘ exclaiming in triumph, ‚eh bien ne voyez pas que je tire par dessus la tête de Noverraz‘.

Count Bertrand said these papers were kept by him mostly from curiosity, there were however a number of interesting things among them, which he intended to put in order, they could be usefull to his sons. The greater proportion was his (the counts) having been obliged to collect materials and to go over a great deal of preparatory works (apparently in mathematiks and fortification) which he had at this time almost forgotten.

Amongst the papers were also the reply to the manuscript de Ste-Hélène, notes on the work of Fleury de Chaboulon, originals of the letters published as from the cape of Good Hope, in answer to Mr. Wardens book, some sketches on the mode of framing a tableau of the revenues and ressources of the various branches of government.

Count Bertrand said that general Bonaparte had written little or nothing since july last and that generally all he had written up to august 1820 had been sent to Europe, that he had written much less here altogether then was supposed.

In the conrse of the conversatiou count Bertrand said that iu the list of books they had requested Lady Hollaud to purchase for Lougwood, some were iuclused which wonld have been fonnd to contaiu iuformation on the snbjects required by geueral Bonaparte to assist iu his writings.

The governor said the books had beeu embarked from England about 18 months ago, but they hat uot yet arrived here.

Sigued: Gorrequer, major.

III.

Sir Hudson Lowe an B. Stürmer.

Ste-Hélène, ce 27 mai 1821.

Monsieur le barou!

Il n'existe plus — une maladie héréditaire, suivant l'opinion des personnes de sa famille, l'a conduit au tombeau le 5 de ce mois — un squirrhe et cancer à l'estomac près du pylore. En ouvrant le corps, avec le consentiment des personnes qui l'entouraieut, on a découvert uu ulcère près du pylore qui causait des adhésions au foie, et en ouvrant l'estomac, on a pu tracer le progrès de la maladie, l'intérieur de l'estomac presque en entier étant ‚a mass of cancerous disease or of schirrous portions advancing the cancer'. Son père est mort de cette maladie à l'âge de 36 ans. Elle l'aurait frappé sur le trône de la France, à la tête de ses armées, également comme ici, à l'heure fixée, comme on peut dire, par le destin, pour suivre sa propre façon de penser sur ce sujet. Ce n'est que depuis le 17 mars, qu'il a été confiné à sa chambre, mais on a remarqué un changemeut en lui depuis le mois de novembre passé — une pâleur plus qu'ordinaire, et une manière faible à marcher. Il prenait cependaut de l'exercise, deux fois par jour généralement, dans une petite calèche, mais sa pâleur et sa faiblesse paraissaient toujours restées. On a offert le conseil des médecins Anglais, mais il n'a pas voulu en recevoir aucune visite jusqu'au 1er avril, le mois avant sa mort. C'est le professeur Antomarchi qui l'a soigné avant cette époque, et qui a continué même après jusqu'à son décès. C'est le professeur aussi qui a opéré à l'ouverture du corps en présence de presque tous les médecins de l'île. Le docteur Arnott du 20 Regt, homme très sage et d'expérience, est celui qui a été appelé à le voir au 1er avril et qui lui a continué ses soins jusqu'au dernier moment. Il lui a marqué sa reconnaissance en le léguant une tabatière d'or, la dernière dont il faisait usage lui-même, et sur laquelle il avait gravé de sa propre main la lettre *N*. Il lui a laissé aussi une somme d'argent (£ 500).

Le comte Montholon est devenu le principal dépositeur de ses dernières volontés; le comte Bertrand ne figure qu'en second. Il avait très fortement recommandé au comte Bertrand de faire tout son possible pour se concilier avec moi, sauf toujours son point d'honneur — on m'en a même averti. Il a fait des avances, et comme je n'ai pas de la rancune dans ma disposition (autant qu'une personne peut juger d'elle lui-même), je ne lui ai pas tourné le dos. Ce sont toujours cependant le prétensions ‚du grand maréchal' (et son amour propre blessé) plus que celles de ‚l'empereur' qui ont gâté les affaires originairement ici, et les recommandations que l'un a reçues sont une preuve que l'autre a commencé à voir clair à la fin. Il y avait nn codicille de testament, par lequel tous ses effets ici furent laissés aux comtes Bertrand et Montholon et à Marchand. C'est Montholon qui est principal exécuteur — on ne connait rien, on dit ne rien connaître du testament.

Le temps que vous avez passé ici m'a fait croire que ce peu de détails avaient quelque intérêt, et je no fais pas des excuses en cette épître pour mon intrusion. Faites agréer mes compliments aussi ceux de Milady Lowe à Madame la baronne, et croyez-moi toujours Monsieur le baron avec une considération très distinguée votre très fidèle et très obéissant serviteur H. Lowe.

P. S. Bonaparte a deviné lui-même la cause de sa maladie, peu de temps avant sa mort. Il a désiré que son corps fût ouvert, afin comme il a été dit par Bertrand et Montholon, de découvrir s'il y aura quelque moyen de garantir son fils de la même maladie. Excusez mon griffonnage.

IV.

Projet de lettre de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, duchesse de Parme, à S. M. l'empereur.

Parme, le . . .[1]

D'après les informations que V. M. m'a fait donner dans le courant du mois de juillet dernier et d'après celles qui me sont parvenues depuis, il ne m'est plus permis de douter, que le Toutpuissant a disposé des jours de douleur de Napoléon mon époux. Les journaux avaient dévancé dans l'annonce de cette nouvelle les lettres que j'ai reçues de Vienne et de Paris; ils vont même plus loin, et présentent déjà plusieurs versions sur

---

[1] Dazu bemerkt: ‚Il serait désirable, que cette lettre fût datée des derniers jours du mois d'août.'

le lieu destiné à son sépulcre. Si depuis 1814 il ne m'a plus été donné de faire entendre ma voix dans les conjonctures qui ont décidé de son sort, je pense, qu'il en doit être de même encore aujourd'hui, et qu'en persévérant dans le silence, dont vos conseils et ma situation m'ont fait un double devoir, il ne me reste, qu'à renfermer en moi les sentiments que je dois naturellement éprouver. Toutefois, si après tant de vicissitudes j'avais un vœu à exprimer et pour moi, et à ce qu'il me semble, pour le duc de Reichstadt, ce serait, que les restes mortels de mon mari, du père de mon fils, fussent respectés. Eu déposant avec une confiance sans bornes ce vœu dans le cœur paternel de V. M., je Lui abandonne le soin de le faire connaître, si Elle le juge convenable ou nécessaire.

V.

Baron Neumann an den Fürsten Metternich.

Londres, le 21 août 1821.

Mon prince!

Lord Bathurst, chargé en l'absence de Lord Londonderry de recevoir les communications diplomatiques, me fit appeler, il y a deux jours, pour me lire un billet que lui avait écrit Lady Burghersh, et par lequel elle lui disait qu'elle avait été priée de la part de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, de s'informer si Bonaparte n'avait fait aucune disposition testamentaire en sa faveur ou en celle de son fils, et en général de lui faire connaître toutes les circonstances qui avaient accompagné ce décès. S. M. ajoute à cela qu'au moment où elle écrivait, elle n'avait encore reçu aucuue communication à ce sujet de la part de notre gouvernement.

L'intimité dans laquelle Mme la duchesse de Parme semble être vis-à-vis de Lady Burghersh, a fait envisager sa démarche par Lord Bathurst comme naturelle, et il me dit qu'il n'avait aucune objection à faire parvenir à S. M., par le caual de Lady Burghersh, les mêmes communications qu'il nous avait faites, et de lui envoyer copie des mêmes pièces qu'il nous a remises alors. Lord Bathurst ajouta qu'il laisserait écouler huit ou dix jours avant de répondre à Lady Burghersh, afin de laisser le temps d'en informer V. A., et qu'elle sache de quelle manière Mme l'archiduchesse duchesse de Parme aura obtenu les renseignements qu'elle a demandés.

S. E. me dit qu'il y avait toujours le même mystère relativement à son testament, qu'il ne croyait pas que Bertrand, ni Montholon sachent

où et en quelles mains il était déposé, mais qu'en même temps il ne doutait pas que ce testament n'existât quelque part.

Veuillez — — — — — — — — — — — — — — — — —

VI.

Graf Neipperg an den Fürsten Metternich.

Florence, le 1er octobre 1821.

Mon prince!

Le jeune comte de Dietrichstein, expédié de Vienne comme courrier mardi le 25 du mois de septembre, m'a remis les dépêches de V. A. en date du 24, avant-hier le 29 après avoir eu une grande diligence. Je n'ai pas manqué de les soumettre à la connaissance de S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme. Cette auguste princesse a été très peinée de voir, que V. A. ait pu supposer que ce serait un manque de confiance dans le zèle que vous avez toujours mis, mon prince, à soigner ses intérêts, qui aurait pu l'engager à s'adresser à Milady Burghersh pour avoir des informations sur la mort et les dernières dispositions de Napoléon. V. A. sait que S. M. a été instruite de cet événement par la gazette de Piémont, que le courrier de Vienne que vous m'avez expédié avec les détails et les pièces officielles venues de Londres, n'a pu être envoyé à Parme que quelque temps après; Mme l'archiduchesse ne recevant de nouvelles certaines et officielles d'aucun côté et mue par un sentiment d'inquiétude bien naturel dans un moment pareil et dans sa position, s'est adressée à Lady Burghersh (qui était arrivée peu de temps avant à Londres et qu'elle honore d'une amitié particulière), pour avoir des notions sur tout ce qui pouvait concerner un événement qui la touchait de si près. S. M. eut la bonté dans le temps de me faire part de cette démarche, et comme je remarquais que son esprit se montait extrêmement à cause du retard des communications de Vienne (qu'elle ne savait à quoi attribuer) et sur le manque total des nouvelles sur l'événement de la part des augustes personnes de sa famille et même de celles qui ont l'honneur de les entourer, je crus d'autant moins la dissuader de s'adresser à Lady Burghersh, vu que la chose n'avait aucun caractère officiel, et que S. M. priait simplement cette dame de lui faire part de tout ce qui pourrait venir à sa connaissance, sans la charger de s'adresser au ministère Anglais, comme elle le fit.

Lady Burghersh n'a effectivement rien fait d'autre et surtout aucune démarche au nom de S. M. Elle a écrit à cette souveraine que con-

naissant beaucoup Lord Bathurst, elle lui avait écrit un billet, pour lui demander des informations sur la mort de Napoléon et sur son testament. Ce ministre lui remit la copie en Anglais des mêmes pièces, que V. A. me fit passer, il y a quelque temps par Son courrier, et il y a huit jours, qu'elles nous sont parvenues ici par un courrier Anglais qui se rendait à Naples. Je me suis convaincu que Lord Burghersh n'a pas même été instruit de cette affaire par Milady, qui s'en est chargée elle-même. S. M. voyant que les papiers qu'elle lui envoyait ne contenaient rien de nouveau, avait déjà prié cette dame avant l'arrivée du comte de Dietrichstein de ne plus donner de suite à ces informations et à ses recherches.

Mon rapport ci-joint sur une seconde conversation que j'ai eue avec l'abbé Vignali, aumônier de Napoléon, retourné de l'île de Ste-Hélène, prouvera à V. A., que le ministère Anglais aurait pu se procurer, s'il en avait eu l'intention, des données plus certaines tant sur le testament, que sur des fragments de mémoires laissés par le défunt. S. M. est persuadée et je partage respectueusement son opinion, que le vrai moment de savoir quelque chose de positif sur ces objets intéressants a été manqué. C'était avant le départ de Ste-Hélène que Sir H. Lowe aurait pu refuser au général Bertrand et au comte de Montholon sa reconnaissance du codicille, s'ils ne donnaient pas des notions positivos sur le testament et son contenu. En Angleterre on n'aura plus les mêmes droits de le leur demander, et s'ils rentrent on France (on assure qu'ils y sont arrivés), comme il y a toute probabilité, ils auront tous les moyens pour s'entendre avec la famille Bonaparte, comme il est hors de doute qu'ils l'ont déjà fait. Si la fortune que laisso le défunt est de quelque conséquence, il n'est sûrement pas dans l'intérêt général qu'elle resto dans la famille Bonaparte, qui ne peut qu'en faire un mauvais usage.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

VII.

Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich.

Wien, den 15. October 1821.

Lieber Fürst Metternich!

Sie werden bei Gelegenheit Ihrer gegenwärtigen Sendung sich möglichst angelegen sein lassen, von der englischen Regierung Gewissheit zu erlangen, ob vom weiland Napoleon Bonaparte ein Testament vorhanden sei oder nicht, und im ersten Falle dafür sorgen, selbes in glaubwürdiger Form zu erhalten, welches Sie mir dann zu unterlegen und dafür

zu sorgen haben, dass, wenn er allenfalls etwas Meiner Tochter oder Meinem Enkel vermacht hat, dieses sichergestellt und erhalten werde.

Franz.

VIII.

Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy.

Vienne, le 2e octobre 1821.

Mon prince!

En signant ma précédente dépêche N° 5 dans laquelle j'ai développé les motifs, qui devaient nous faire attacher une haute valeur à la connaissance des dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, je me suis aperçu qu'il n'y était fait aucune mention de celui, qui réclame peut-être plus spécialement, que tout autre, notre attention et celle des cours alliées.

On ignore quelle est la fortune, que peut avoir laissée Napoléon; mais les bruits les plus invraisemblables se sont répandus sur cet objet en Europe depuis sa mort, et on croit généralement ou du moins on affecte de croire, que cette fortune est immense et se monte à 30 ou 40 millions de francs. Je suis très éloigné de partager cette opinion, et je suis même persuadé que la succession de Napoléon ne peut pas être considérable. La question au reste, s'il a laissé une grande fortune ou bien une fortune médiocre, n'en est pas moins très importante à éclaircir sous le point de vue politique. Car, dans le cas où contre toute vraisemblance il aurait effectivement laissé une grande fortune, dont l'administration se trouverait confiée aux dépositaires inconnus de ses dernières volontés, il ne pourrait assurément pas être indifférent pour les souverains alliés et pour le repos de l'Europe, de laisser la disposition de fonds aussi considérables à des individus dévoués à ce parti, qui pourraient en faire un usage pernicieux. Dans la seconde hypothèse, nommément si la succession de Napoléon n'est, comme je suis très porté à le croire, qu'un objet de quelques cent mille livres sterl. il est encore intéressant, que cela soit connu, parce qu'à l'existence supposée d'une grande fortune laissée par Napoléon, se rattachent une foule d'espérances coupables et de projets criminels. Sous ces deux rapports, de même que par les motifs développés dans ma précédente dépêche, il me paraît donc d'un haut intérêt politique, de ne négliger aucun moyen, qui puisse nous mettre à même d'acquérir à cet égard des données positives et exactes. Vous voudrez bien, mon prince, faire part de ces considérations au ministère Britannique, en

lui donnant connaissance de la présente dépêche. Nous nous flattons, qu'il les appréciera, et qu'il se pénétrera comme nous de la nécessité et de l'importance de vouer à cet objet l'attention la plus suivie.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

IX.

Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy.

Réservée. Vienne, le 2e octobre 1821.

Mon prince!

Je suis informé de très bonne source, qu'à la manière dont on s'exprime dans la maison de Lady Holland sur le testament de Napoléon Bonaparte, on ne peut pas douter de son existence. Il ne serait pas impossible, que Lord Holland eût été sous ce rapport dans la confidence du prisonnier de Ste-Hélène, et qu'il ne connût même la personne chargée de ce dépôt. Peut-être en poursuivant avec sagesse cette trace, parviendrait-on à découvrir quelque chose de positif. D'après nos notions, ce testament doit exister depuis deux ans au moins; car à peu près vers cette époque on nous a fait espérer de nous en faire connaître les dispositions, mais la personne qui s'en était chargée paraît avoir été retenue par la crainte de se compromettre vis-à-vis du parti. Si le testament existe depuis deux ans, il est vraisemblable, que pour lo soustraire à la connaissance du gouvernement Anglais, Napoléon aura pris la précaution de l'envoyer en Europe et de le faire déposer entre les mains d'une personne dévouée à ses intérêts. Serait-ce Mr. de Las Cases ou le docteur O'Meara, qui auraient été chargés de cette commission? Il semblerait, que Sir Hudson Lowe, qui a exercé sur le prisonnier, qui lui a été confié, une surveillance sévère, pourrait fournir sur cet objet des indices utiles, et que le gouvernement Anglais devrait avoir des moyens d'en acquérir par les individus même de la suite de Napoléon, s'il veut s'en occuper sérieusement et avec intérêt. Si c'est Mr. de Las Cases, qui a été chargé de porter le testament en Europe, il est vraisemblable, qu'il l'aura déposé entre les mains de Mr. le prince Eugène, avec lequel il s'est placé dès son arrivée à Francfort, dans les rapports les plus intimes. Si c'est au contraire au docteur O'Meara que cette commission a été confiée, peut-être le testament se trouve-t-il encore en Angleterre. Dans tous les cas j'ai cru devoir vous faire part des différentes suppositions, qui se sont présentées sur cela à mon esprit, pour vous mettre à même,

mon prince, de les combiner avec les indices, que vous pourrez rassembler et pour vous faciliter ainsi vos recherches autant qu'il est en mon pouvoir.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

X.

Fürst Paul Esterházy an den Fürsten Metternich.

Londres, le 19 décembre 1821.

Mon prince!

Lord Bathurst n'étant revenu en ville qu'hier, je n'ai pu me concerter avec lui sur les recherches à faire relativement aux dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, ne voulant rien entreprendre par moi-même et sans avoir consulté ce ministre. Je me suis cependant mis en rapport avec le ci-devant gouverneur de Ste-Hélène, Sir Hudson Lowe, et quoique les données qu'il a pu me fournir soient très insuffisantes, il y a mis néanmoins plus d'obligeance que je ne devais en attendre d'après la réputation que lui avaient donnée les rapports de Mr. de Stürmer d'être très peu communicatif, me promettant en même temps toute l'assistance qu'il serait en son pouvoir de me prêter. Il m'assura de la manière la plus positive que lui, ainsi que le gouvernement Britannique, ignoraient totalement où se trouvait le testament de Bonaparte, quand il avait été rédigé et de quelle manière et par qui il avait été apporté en Europe. Il a cependant des motifs de croire que c'est l'abbé Buonavita, qui avait quitté l'île de Ste-Hélène peu de temps avant la mort de Bonaparte, qui en avait été chargé. Ne s'étant point trouvé en relation avec Bertrand, il n'en a rien pu recueillir sur l'existence d'un testament; mais Montholon en a souvent parlé, ainsi que des sommes immenses dont le testateur y disposait. Lui-même évaluait son legs à cent mille livres sterl. Sir Hudson Lowe admet la possibilité que ce document ait été soustrait, peut-être contre les intentions de Bonaparte, et ce qui le confirme dans cette opinion, c'est la demande expresse de celui-ci que le codicille fut porté à sa connaissance. Lorsque après sa mort le gouverneur se rendit à Longwood, il crut y trouver un testament et non un codicille; mais on prétendit ignorer complètement qu'il en existait un qui, du reste, n'était point de son ressort, vu qu'il n'affectait point les propriétés du défunt dans l'île. On pourrait, me dit Sir Hudson Lowe, récuser la validité d'un pareil acte si, comme on n'en peut douter, il n'est point légalisé par les autorités locales.

Veuillez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

XI.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 17 janvier 1822.

Mon prince!

Sous les dates du 4 et 27 décembre dernier j'ai fait mention vis-à-vis de V. A. de ce que j'avais appris des dernières dispositions de Bonaparte. J'avais eu des raisons de croire que notre ambassade à Londres avait eu des renseignements directs à cet égard.

Le testament dont on fait circuler différentes clauses en France, est une attaque contre le gouvernement actuel et un moyen d'intéresser la vieille armée au nom de Napoléon.

Il ne paraît pas quo l'on ait connaissance d'autres fonds en France que de ceux qui sont chez lo banquier Lafitte, et dont il aurait été disposé en faveur de ceux qui ont accompagné Bonaparte à Ste-Hélène. On assure qu'il en existe ontre les mains du prince Eugène pour un montant très considérable; il a été question d'un voyage du général Bertrand à Munich, mais j'ai appris depuis que c'était Gourgaud qui y avait été.

Il paraît que Napoléon n'a désigné d'autre logs en faveur de son fils que celui de son épée et d'une instruction que le général Bertrand aurait été chargé de lui remettre. Quand aux fonds qui sont ici chez Lafitte, et dont il a été disposé par le testament de Bonaparte, ce ne serait que par une action juridique que l'on pourrait attaquer la donation, si elle est contraire aux lois françaises, qui ne permettent pas de disposer au delà d'une certaine partie de l'héritage au désavantage des enfants.

Il est donc à considérer s'il convient de demander dans les voies judiciaires communication du testament, de le faire consulter par des jurisconsultes, de mettre opposition entre les mains du dépositaire des fonds et de commencer une instance, qui ne pourra avoir qu'un grand éclat, déplaire beaucoup au gouvornement, réveiller toute espèce de souvenirs et de combinaisons par l'évidence, où se trouvera notre cour dans cette affaire et celle qu'elle donnera au duc de Leuchtenberg.

Mr. de Sémonville, beau-père de Mr. do Montholon, a cherché à connaître si notre cour avait le projet de revendiquer les droits du duc de Reichstadt. Quant aux fonds qu'on dit être entre les mains du prince Eugène, il serait sans doute possible de s'en assurer et de traiter sur l'objet sans publicité et surtout sans l'intervention des tribunaux.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

XII.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Vienne, le 26 janvier 1822.

Monsieur le baron!

La dépêche que sous la date du 4 janvier j'ai eu l'honneur d'adresser à V. E. relativement aux fonds déposés à titre de propriété particulière par Napoléon Bonaparte chez le banquier Lafitte, s'est croisée avec le rapport de V. E. du 27 décembre dans lequel Elle m'a témoigné le désir de recevoir une autorisation directe de notre part, avant de se mettre en rapports d'affaires avec MM. de Bertrand et de Montholon pour les ouvertures que, par suite de la lettre de Londres le 16 août dernier, ils seraient dans le cas de faire à V. E. au sujet du testament de feu l'époux de Mme l'archiduchesse.

La dépêche qui précède la présente vous transmet, Mr. le baron, cette autorisation, dans laquelle je me suis borné à des termes ostensibles. Il est très probable qu'ils demanderont à en avoir communication, et comme vous ne pourriez convenablement vous y refuser, le mieux sera que vous vous munissiez à l'avance d'une copie simple que vous leur remettriez, s'ils en formaient la demande après que vous leur en auriez laissé prendre lecture. S'ils montraient de la disposition à s'expliquer sur le champ et à vous donner, par extrait, la communication qu'ils se proposaient de présenter personnellement à Mme l'archiduchesse, vous ne pourriez, dans ce cas, vous refuser à donner la copie de votre autorisation en échange de leur communication par écrit.

Comme le comte Bertrand a écrit en son seul nom et que seul il a signé la lettre, bien qu'il annonce que l'ex-empereur a désiré que lui ainsi que le comte Montholon se rendissent près de Mme l'archiduchesse, il serait préférable que V. E. commençât par voir ces Messieurs séparément et le comte Bertrand en premier. Cependant si celui-ci n'était pas à Paris, il conviendrait que V. E. entamât sa démarche près du comte de Montholon. Il semble que l'un et l'autre peuvent s'expliquer séparément, puisque dans l'annonce officielle de la mort de Bonaparte, l'un n'a pas fait difficulté d'écrire seul et de parler au nom de l'autre. Il est d'ailleurs de règle, lorsqu'il y a plusieurs exécuteurs testamentaires, que l'un à défaut de l'autre doit veiller à ce que les dispositions testamentaires soient remplies, parceque les exécuteurs testamentaires sont solidairement rosponsables. Peut-être même ne serait-il pas inutile, après que

V. E. aurait eu un entretien avec Mr. Bertrand ou avec Mr. Montholon, qu'Elle chargeât Mr. le baron de Binder ou une autre personne de l'ambassade de s'adresser verbalement au Sieur Marchand qui est aussi associé à l'accomplissement du testament, et de tâcher d'en tirer quelques éclaircissements. Il ne pourra qu'y avoir de l'avantage à comparer les renseignements que l'un et l'autre de ces exécuteurs testamentaires donneront de prime abord sur l'interpellation qui leur serait adressée. Il est d'ailleurs une circonstance qui le rend conseillable de les sonder séparément. Le comte Bertrand, avant comme après la chute de Bonaparte, a toujours joui d'une réputation plus honorable que le comte de Montholon; aussi celui-ci a-t-il été plus distingué dans les dernières dispositions de Bonaparte que le général Bertrand; on les voit même suivre une allure différente depuis leur retour en France. S'il faut en croire des insinuations répandues par des personnes de la clientèle des frères de Bonaparte, il semble que Montholon avait réussi dans les derniers temps à circonvenir le prisonnier de Ste-Hélène et qu'il s'est emparé de tout; on le représente comme un intrigant initié à l'école de Talleyrand, de Sémonville et d'autres caméléons de la révolution. On a remarqué aussi à Paris que, depuis son retour, Montholon a déployé un luxe qu'on a trouvé ridicule, parcequ'on prétend qu'à son départ, il était criblé de dettes. Mais sans s'arrêter à des rumeurs qui n'ont peut-être leur source que dans le sentiment d'envie et de dépit de quelques autres Bonapartistes, il est permis d'admettre la conjecture d'une réticence et même d'un recèlement, soit de l'argent soit des papiers de la succession.

V. E. se rappellera d'avoir lu dans un rapport de Mr. le prince d'Esterhazy du 19 septembre que Sir Hudson Lowe a assuré de la manière la plus positive que lui ainsi que le gouvernement Britannique, ignoraient totalement où se trouvait le testament de Bonaparte, quand il avait été rédigé, et de quelle manière et par qui il avait été apporté en Europe; que lui (Sir Hudson Lowe) a cependant des motifs de croire que c'est l'abbé Buonavita, qui avait quitté l'île de Ste-Hélène peu de temps avant la mort de Bonaparte qui en avait été chargé; que ne s'étant point trouvé en relation avec Bertrand, il n'en a rien pu recueillir sur l'existence d'un testament, mais que Montholon en a souvent parlé ainsi que de sommes immenses dont le testateur y disposait; que lui même (Montholon) évaluait son legs à cent mille livres sterlings; qu'enfin Sir Hudson Lowe admet la possibilité que ce document ait été soustrait, peut-être contre les intentions de Bonaparte, et ce qui le confirme dans cette opinion, c'est la demande expresse de celui-ci que le codicille fut porté à sa connaissance. Lorsque, après sa mort, le gouverneur se rendit à

Longwood, il crut y trouver un testament et non un codicille, mais on prétendit ignorer complètement qu'il en existait un.

Ce que Sir Hudson Lowe a dit dans les premiers jours de décembre à Mr. le prince d'Esterhazy est tout à fait en accord avec le rapport officiel que le gouverneur de Ste-Hélène adressa à Lord Bathurst le 14 mai 1821 (c'est-à-dire neuf jours après la mort de Bonaparte), et que le ministère Britannique ne fit aucune difficulté de communiquer à l'ambassadeur de la cour Impériale à Londres.

Dans le fait, les notions que fournit le témoignage de Sir Hudson Lowe sont les seules données dignes de foi que nous avons sur l'état de la succession de Bonaparte. Ce n'est donc, pour le moment, que sur ces notions que peuvent être motivées et entamées les recherches que notre cour est autorisée à faire, dans l'intérêt de Mme l'archiduchesse, pour constater et mettre à couvert les droits de propriété dévolus au duc de Reichstadt. Il importe de se tenir à cet égard à une base certaine et que l'on puisse avouer; car si l'on aventurait des démarches explicites sur des articles de gazettes et sur des simples rumeurs, on courrait le risque d'une mystification gratuite, et l'on aurait peut-être un jour à regretter de s'être engagé dans des discussions judiciaires pour rechercher des trésors imaginaires, et réclamer des dépôts d'argent dont l'existence ne serait pas même prouvée.

Désirant que V. E. se tienne à un semblable point de départ, je crois devoir mettre à la disposition l'extrait ci-joint de la dépêche de Sir Hudson Lowe à Lord Bathurst en date de Ste-Hélène, le 14 mai 1821. Je n'ai fait entrer dans cet extrait que les seuls passages qui établissent 1. qu'il existe un codicille du 16 avril dont la teneur est connue; que néanmoins le testament cité dans ce codicille n'a pas été découvert, lors de l'examen des papiers et effets délaissés par Bonaparte à Ste-Hélène; 2. la preuve du legs des tabatières dont Bonaparte a disposé en faveur de son fils; 3. que MM. les comtes Montholon et Bertrand et le Sieur Marchand sont les exécuteurs testamentaires de ses dernières dispositions.

Comme d'après les lois Françaises en matière de succession particulière, les exécuteurs testamentaires sont tenus, à l'expiration de l'année du décès du testateur, de rendre compte de leur gestion, le fondé de pouvoirs de Mme l'archiduchesse, tutrice naturelle de son fils, est parfaitement autorisé à entrer en ouvertures vis-à-vis des trois exécuteurs testamentaires ou de chacun d'eux en particulier sur les objets confiés à leur garde et nommément sur le legs destiné à Mgr. le duc de Reichstadt.

Ce ne serait qu'après que les dits exécuteurs testamentaires auraient fait connaître de quelle manière ils se proposent de s'acquitter de cette

obligation et après qu'ils auraient fait, d'eux-mêmes, les autres communications qui sont annoncées dans la lettre du comte de Bertrand, que V. E. serait dans le cas d'amener la conversation sur les autres valeurs qui font partie de la succession jacente et, en particulier, sur les sommes déposées chez Mr. Lafitte ou ailleurs. Ce serait également par manière de conversation que V. E. parlerait de l'existence du testament comme étant avouée par des témoins oculaires, revenus de Ste-Hélène, et qu'Elle pourrait donner à entendre que l'on regarde la chose comme d'autant plus indubitable que Mr. l'abbé Vignali, aumônier de Bonaparte, et Mr. Antomarchi ont eu connaissance de ce document.

Si les exécuteurs testamentaires paraissaient vouloir entremêler des communications de nature politique aux renseignements d'intérêt privé et particulier que vous êtes chargé de demander, vous n'hésiteriez pas, Mr. le baron, à déclarer que vous ne pourrez vous prêter à recevoir des communications politiques. Toutefois pour ne pas leur fournir de cette manière un prétexte de s'abstenir de toute ouverture, vous leur offririez l'expédient de vous charger de transmettre des lettres ou explications par écrit qu'ils vous confieraient, sans vous enquérir de leur teneur, mais qu'en même temps ils vous donnent sur les objets matériels de la succession les explications, qu'en leur qualité d'exécuteurs testamentaires ils ne peuvent refuser à la personne constituée de la part de l'héritier naturel et direct du défunt.

Nous pensons que dans le premier moment vos démarches ne devraient pas aller au delà de ces pourparlers et de ces explications, et ce ne sera qu'après en avoir connu le résultat que nous serions à même de nous décider s'il y a lieu ou pas à des démarches judiciaires, s'il y a lieu ou pas à s'adresser aux tribunaux pour les actes conservatoires qui pourraient être conseillables dans l'intérêt du duc de Reichstadt. Je dois donc attendre le résultat de vos premières démarches, Mr. le baron, avant d'aborder des directions de détail. Les notions que je viens de rappeler, me paraissent suffire pour guider ces premières démarches et pour régler votre langage en conséquence. Je ne puis que réitérer ici la remarque par laquelle j'ai terminé ma dépêche du 4 janvier, savoir que, malgré la réserve que nous entendons observer dans tout ce qui rentre dans la partie politique de cette question, il ne nous est pas permis de rien omettre de ce qui, dans l'intérêt du duc de Reichstadt, est du domaine des lois civiles et de la propriété particulière.

Telle est aussi la ligne de conduite que les résolutions de S. M. l'empereur nous prescrivent et que S. M. I. vient de rappeler encore dans les termes les plus précis d'une résolution portée sur un rapport du 6 de l'an.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

P. S. La présente dépêche était terminée, lorsque m'est arrivée celle de V. E. du 17 janvier par laquelle Elle nous fait connaître les nonvelles versions qui se répandaient dans Paris sur les dispositions testamentaires de Bonaparte et sur la nature des fonds qui devraient en provenir. Vous vons convaincrez, Mr. le baron, à la lecture de ma dépêche que j'ai pressenti également de mon côté les difficultés et les inconvéniens qui s'attacheraient nécessairement à des réclamations officielles, soit de la part de la conr Impériale, soit de celle de Mme la duchesse de Parme. C'est dans cette persuasion que nous avons limité les premières recherches à des démarches verbales et à rassembler des moyens de comparaison et de rapprochements et que nous nous sommes interdit, ponr le moment, des démarches judiciaires. Le peu de lnmières certaines que l'on ait sur les actes de la dernière volonté de Bonaparte, est renfermé dans le rapport officiel de Sir Hudson Lowe. Les données qu'il présente, tout insuffisantes qu'elles soient, sont néanmoins les seuls dignes de foi auxquelles on soit autorisé d'appnyer des démarches. En tout état de cause, la revendication que l'on serait dans le cas de faire, est nécessairement circonscrite à des objets, ayant nature de propriété particulière et d'intérêt privé. Ce ne sera d'ailleurs qu'à la suite de plus amples informations que l'on sera à même de se décider s'il y a lien à entamer des démarches judiciaires. V. E. est priée de se tenir cette réserve présente, lorsqu'Elle sera dans le cas de répondre à quelque interpellation sur cet objet.

XIII.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 11 février 1822.

Mon prince!

Depuis que j'ai reçu la dépêcho que V. A. m'a fait l'honneur de m'adresser le 26 janvier dernier, laquelle doit me servir au besoin d'autorisation spéciale vis-à-vis de MM. les comtes de Bertrand et de Montholon dans ce qui concerne les dispositions testamentaires de N. Bonaparte à l'égard du fils de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, duchesse de Parme, j'ai eu une entrevue avec le docteur Antomarchi, lequel avait une lettre de la part de Mr. le comte de Neipperg à me remettre relativement à ce même objet.

Dans cette première entrevue je n'ai pas eu occasion d'approfondir la matière, mais j'en ai profité pour faire connaître à Mr. le comte Ber-

Digitized by Google

trand, par l'organe du docteur Antomarchi, que s'il désirait me faire des communications quelconques, je serais prêt à me rencontrer avec lui partout où cela lui conviendrait. Je n'ai pas eu de réponse jusqu'ici sur cette ouverture.

Je ne manquerai point, aussitôt que l'occasion s'en présentera, de faire usage des directions que V. A. a bien voulu me transmettre à ce sujet dans Ses différentes dépêches, et de Lui rendre un compte détaillé.

A cette occasion je dois fixer l'attention de V. A. sur un article du Journal des Débats d'aujourd'hui, par lequel Elle verra que l'instance est déjà commencée entre MM. de Bertrand et de Montholon contre Mr. Lafitte, et que celui-ci a déclaré ne pouvoir se dessaisir de la somme réclamée qu'en présence des tuteurs des héritiers de Bonaparte.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage: Journal des Débats. Lundi, 11 février 1822. . . . La première chambre du tribunal de première instance, présidée par Mr. Moreau, a fait appeler hier la cause entre M. Jacques Lafitte, banquier, et MM. les comtes de Montholon et Bertrand, porteurs de l'écrit particulier par lequel Napoléon Bonaparte a chargé M. Lafitte de payer entre leurs mains, six mois après son décès, la somme de cinq millions qui lui a été remise au mois de juillet 1815, à l'époque de son départ pour Ste-Hélène, Mr. Lafitte a déclaré, par ses conclusions, qu'il ne pouvait se dessaisir de la somme qu'en présence des tuteurs de l'héritier de Bonaparte, ou eux dûment appelés; mais en attendant il offre de verser les fonds à la caisse des consignations et dépôts.

Une difficulté non moins grave est relative à la réclamation des intérêts depuis cinq ans et demi, à raison de cinq pour cent. Mr. Lafitte assure qu'aucune stipulation n'a été faite à cet égard au moment de la remise des 5 millions, et que, les considérant comme un dépôt sacré, il n'en a fait aucune espèce d'emploi. Mr. Dupin était prêt à plaider pour les demandeurs; mais, attendu le grand nombre de causes déjà commencées qui surchargeaient la séance, l'affaire a été continuée à quinzaine (au samedi, 23 février). Mr. Persil est l'avocat de Mr. Lafitte.

XIV.

Copie d'une lettre de Lord Bathurst à S. A. Mr. le prince Esterházy en date du 26 janvier 1822.

Lord Bathurst has the honor to acknowledge the receipt of prince Esterhazy's note and begs to inform him that he has seen the king's proctor on the subject of Bonaparte's will. It appears that a proctor of

the name of Fox is in possession of the will; that he has had it for abont a fortnight; that he has not yet taken any steps to prove it; that it is not an unusual thing for proctors to be in possession of wills for months together before they are proved in court, and are sometimes never proved; that there can be no way of obtaining a copy of the will from Mr. Fox, as it is lodged in his hands confidentially by the person who entrusted Mr. Fox with it; that Mr. Fox had not communicated to the king's proctor from what hands he had received the will, or any circumstances respecting it. The king's proctor will furnish Lord Bathurst with a copy of the will, the moment it is proved and give him any further information respecting it, in the event of any transpiring.

Lord Bathurst did not communicate to the king's proctor his reasons for making the inquiry, as there was not the last necessity for doing so.

XV.

A Mr. le rédacteur du Journal de Paris.

Paris, le 28 février 1822.

Monsieur!

L'ancienne maison de Perrégaux, Lafitte et Cie dont je suis liquidateur, a un compte à régler avec la succession de Napoléon Bonaparte.

Ce compte donne lieu à une contestation soumise au tribunal de la Seine et dont plusieurs journaux ont parlé d'une manière plns ou moins inexacte. Jusqu'ici j'ai gardé le silence, espérant que la publicité des débats judiciaires éclairerait suffisamment l'opinion publique. Mais aujourd'hui que le tribunal a ordonné que cette affaire serait plaidée à huis clos, je crois devoir en faire connaître le véritable objet.

En 1815 Napoléon Bonaparte, an moment de quitter Paris pour se rendre dans l'Amérique Septentrionale, fit verser dans la caisse de ma maison une somme de 4,220.000 fcs. qui au moyen d'autres valeurs en recouvrement devait être portée à 5 millions.

Ma maison lui remit en échange:

1° Une reconnaissance de 5 millions aux termes de laqnelle cette somme était remboursable à vue.

2° Une lettre de crédit, également à vue, pour la même somme, sur des banquiers de Philadelphie.

Ainsi Napoléon Bonaparte avait deux titres pour disposer de cette somme à sa volonté, soit à Paris, soit à étranger. Les valeurs en recouvrement qni devaient compléter les 5 millions n'ont jamais été réali-

sées, et la somme de 4,220.000 fcs. seule remise à ma maison, a été réduite par divers payements partiels, faits sur ordre de Napoléon Bonaparte, à celle d'environ 3,149.000 fcs. dont ma maison reste débitrice envers sa succession.

On apprend par un extrait du testameut olographe de Napoléon Bonaparte, déposé en Angleterre, qu'il a nommé des exécuteurs testamentaires.

C'est avec ce simple extrait, accompagné d'uue lettre missive, signée par Napoléon Bonaparte, mais non écrite de sa main, que MM. les exécuteurs testamentaires se présentent à moi comme liquidateur de la maison Perrégaux, Lafitte et Cie. Ils demandent à régler le compte et à en toucher ce réliquat.

MM. les exécuteurs testameutaires connaissent ma disposition et même mon empressement à me libérer; ils sont d'accord aussi que je dois me refuser à tout payement qui n'opérerait pas ma pleine libération, mais ils soutiennent qu'ils ont la qualité pour me donner quittance valable; mes conseils pensent le contraire. Voilà le point qui nous divise.

On dit, pour moi, que la lettre missive, considérée comme maudat, est révoquée par le décès du mandant et qu'elle ne saurait valoir comme disposition à cause de mort puisqu'elle n'est pas revêtue des formalités voulues par la loi, que ce testament olographe, représenté par extrait, n'est pas exécutaire de plein droit eutre un tiers débiteur de la succession, que je ne puis ni ne dois me constituer juge des questions de droit politique ou civil qui pourraient s'élever sur la validité de ce titre, que cette validité doit être reconnue par l'héritier légitime ou vérifiée contradictoirement avec lui, que dans notre droit il n'existe point de succession sans héritier ou représentant légal, qu'il est ou dans un parent au degré successible ou dans la veuve ou dans l'état, qu'enfin ce n'est pas à moi, mais à MM. les exécuteurs testamentaires à rechercher et à mettre en cause cet héritier légitime quel qu'il puisse être.

En un mot, d'après l'avis de mes conseils, je dis à MM. les exécuteurs testamentaires: Je suis prêt à payer, mais je veux payer valablement; je ne veux pas m'exposer à payer deux fois. Faites vérifier votre titre et votre qualité avec le contradicteur légitime, ou bien souffrez que je me libère par un versement à la caisse des consignations.

Tel est, si l'on peut appeler cela, uu procès, celui qui existe entre MM. les exécuteurs testamentaires et l'aucienne société Perrégaux, Lafitte et Cie.

J'ai l'honneur d'être etc.

signé: J. Lafitte.

A Mr. le rédacteur de Constitutionnel.

Paris, le 2e mars 1822.

Monsieur!

Nous aurions attendu en silence la décision du tribunal si Mr. Lafitte n'avait pas jugé convenable à ses intérêts de s'adresser au public pour faire connaître, dit il, le véritable objet du procès.

La mémoire de Mr. Lafitte le sert mal lorsqu'il dit qu'en échange des sommes versées à sa caisse, la maison Perrégaux Lafitte a remis: 1° une reconnaissance remboursable à vue, 2° une lettre de crédit, également remboursable à vue.

La reconnaissance ne dit pas, remboursable à vue; elle dit: Nous tiendrons à la disposition . . .

La lettre de crédit adressée à des négociants Américains porte: ‚Vous vous rembourserez sur nous à deux ou trois mois de vue' et l'instruction jointe à cette lettre de crédit pour régler la manière dont on en usera porte également: ‚Ils pourront tirer sur nous à trois ou quatre mois de vue.'

Cette différence a son importance, surtout pour la question des intérêts, car un dépôt n'est pas remboursable à trois ou quatre mois de vue. Quant au fond du procès, le tribunal ayant cru devoir ordonner que l'affaire serait plaidée à huis clos, par respect pour cette décision nous ne croyons pas convenable de reproduire ici les questions agitées à l'audience; nous nous contenterons de dire que le résumé présenté par Mr. Lafitte des moyens qui ont été plaidés pour lui, est loin d'être complet, et que notamment il a fait plaider que ce testament était nul en la forme, parcequ'il était signé Napoléon au lieu d'être signé Bonaparte; au fonds parceque l'ordonnance du 6 mars 1815 ayant ordonné de lui courir sus, il en résultait que le testateur était frappé de mort civile . . .

Nous attendons avec confiauce la décision de la justice.

J'ai l'houneur — — — — — — — — — — — — — — —

signe: Montholon.[1]

---

[1] Diese beiden Briefe verdanke ich der freundlichen Mittheilung des Herrn Legationssecretärs Cajetan Mérey von Kaposmère, welcher die Güte hatte, sie für mich in der Nationalbibliothek zu copiren.

XVI.

Copie d'une lettre écrite à S. M. l'impératrice par Mr. le baron de Meneval, le deux janvier 1815,

Parmi les objets qui intéressent le service de S. M., auxquels j'ai eu part, jusqu'au moment où j'ai cessé de remplir auprès de sa personne, la place de secrétaire de ses commandements, il en est un sur lequel je dois un compte particulier. J'oserai ajouter qu'il m'importe que S. M. soit parfaitement éclairée sur les faits contenus dans la note suivante.

Le 12 avril 1814, l'impératrice Marie Louise étant à Orléans, reçut par l'organe de Mr. le prince Paul Esterhazy et du prince Wenzel Liechtenstein, l'invitation de se rendre à Rambouillet, pour y recevoir S. M. l'empereur d'Autriche. Elle se décida à partir le soir du même jour. La situation où se trouvait alors l'impératrice, situation dont je n'ai pas besoin de rappeler les circonstances qui sont trop connues, rendait indispensable la précaution de faire mettre dans les voitures qui suivaient S. M. à Rambouillet, quelques sommes du trésor particulier de l'empereur Napoléon. La destinée du reste du trésor, déjà condamnée par un acte du gouvernement provisoire, devenait très incertaine après le départ de l'impératrice. Un sentiment de délicatesse lui inspirait de la répugnance à disposer de ce trésor; sur l'invitation réitérée qu'il importait qu'elle ne restât pas dénuée d'argent, S. M. consentit à ce qu'on s'entendit à cet égard avec Mr. Peyrusse, trésorier particulier de l'empereur Napoléon, qui se trouvait à Orléans. Mr. Peyrusse s'occupa, sans perdre un moment, de placer dans les voitures de suite de S. M. l'impératrice, différentes sommes dont le total s'éleva à frs. 2,933.600 et remit au général Caffarelli et à moi, une note de ces sommes, faite à la hâte. A l'arrivée de l'impératrice à Rambouillet notre premier soin fut de vérifier les sommes. Le général Caffarelli, le général Fouler, Mr. de St Aignan, Mr. de Bausset et moi, nous nous réunions pour procéder à cette vérification. Il convenait qu'il en fut dressé un procès verbal en règle; mais personne ne voulut se reconnaître de mission pour le signer. On se contenta de dresser un simple bordereau de vérification. Mr. Bausset se chargea de tenir la plume. Ce bordereau est resté dans ses mains; il constate que la somme annoncée de frs. 2,933.600 a été trouvée intacte, suivant la note sommaire remise à Mr. le général Caffarelli et à moi, laquelle fut confirmée par l'état en règle que le trésorier m'envoya peu de jours après.

Pendant le séjour que S. M. l'impératrice fit au château furent prélevées sur les frs. 2,933.600 et portées à Fontainebleau, sur la demande qu'en fit l'empereur Napoléon, savoir:

Par le duc do Vicence	frs.	220.000
Par Mr. de la Place, officier d'ordonnance .	„	300.000
Par Mr. Baillon, fourrier	„	400.000
Total .	frs.	920.000

L'empereur Napoléon avait de plus demandé qu'un million en lettres de change lui fut envoyé à Porto Ferrajo, mais cette disposition n'a pas été exécutée.

Les fonds qui restaient à l'impératrice à l'époque du 20 avril, se montaient à frs. 2,013.600. S. M. n'a pas donné à Mr. le trésorier Peyrusse de quittance de ces sommes, signée de sa main; mais elle m'a ordonné de rendre compte de ce résultat à l'empereur Napoléon; ce que j'ai fait, en l'informant exactement, 1° du dépôt de frs. 2,933.600 fait par son trésorier dans les voitures de l'impératrice et de la vérification qui en fut faite. 2° de l'envoi successif des 920.000 frs. remis, tant au duc de Vicence, qu'à MM. de la Place et Baillon. Les reçus de ces frs. 920.000 doivent se trouver dans les mains de Mr. de Bausset, qui a réuni toutes les pièces de cette comptabilité. Il s'est chargé de la conservation des fonds importants des frs. 2,013.600 qui restaient et de l'administration des dépenses de la maison de l'impératrice, comme le plus capable de bien remplir cette fonction, par l'expérience et les connaissances que lui donnait sa charge de préfet du palais.

Quant à ce qui me regarde, je déclare que depuis cette époque, j'ai été absolument étranger à la connaissance do toute disposition quelconque et d'aucune espèce qui peut avoir été faite de ces fonds.

Vienne, le deux janvier 1815.

Signé Bon de Meneval.

XVII.

Prinz Eugen Herzog von Leuchtenberg an den Kaiser.

Munich, ce 30 mars 1822.

Sire!

Je prie V. M. de me pardonner si je La dérange de Ses occupations plus importantes pour Lui parler de moi; mais je me trouve dans la nécessité de renouveller auprès d'Elle les diverses instances que je Lui ai déjà faites relativement à la liquidation de la liste civile du royaume d'Italie. Le motif qui m'oblige à cetto nouvelle démarche est le testament de l'empereur Napoléon. Je ne le connaissais jusqu'à présent que par le

bruit public et par des communications incomplètes; mais je viens de recevoir des exécuteurs testamentaires une copie de partie de ce testament et d'un codicille qui me concernent. Par cette dernière pièce le testateur me charge de payer différents legs montants à la somme de deux millions de francs, et il indique que ces payements doivent être faits sur la liquidation de la liste civile d'Italie telle que argent comptant, meubles, service de vermeil etc.

V. M. I. et R. Se rappelera que cette liquidation présentait un solde d'environ 2,600.000 Liv. Italiennes dû en argent par le trésor public à la liste civile. (Les commissaires de V. M. I. et R. n'ont reconnu ce solde que pour environ 1,600.000.) Il existait dans le trésor public des sommes bien supérieures, dont je pouvais disposer à ce que je n'ai pas fait par sentiment de délicatesse. Ces fonds se sont trouvés à l'époque de l'occupation de Milan par les troupes de V. M. Elle daignera aussi Se rappeler que les objets précieux, vermeil, argenterie, meubles, linge etc. ont été laissés scrupuleusement en leur lieu et place, que le trésor particulier de la couronne à même été laissé dans son intégrité et le tout remis dans les mains des agents de V. M.

Je La prie donc de me mettre à même de pouvoir satisfaire aux nouvelles charges qui me sont imposées, en me faisant tenir compte du solde de la liste civile.

J'ose espérer que V. M. I. et R. ne verra dans l'exposé sincère de cette affaire que confiance que je mets dans Sa délicatesse et dans Sa justice, et dans cette nouvelle démarche, l'expression franche de reconnaissance envers celui qui pendant vingt ans de ma vie m'a tenu lieu de père.

J'ai l'honneur d'être — — — — — — — — — — — — — —

P^ce^ Eugène duc de Leuchtenberg.

XVIII.

Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich.

Wien, den 14. April 1822.

Lieber Fürst Metternich!

Aus der Anlage ersehen Sie, welches Ansinnen der Herzog von Leuchtenberg als vormahliger Vicekönig Italiens an Mich macht. Sie werden darüber unter Mittheilung dieses Schreibens mit Meinem Finanzminister, Grafen Stadion, das erforderliche Einvernehmen pflegen und

Digitized by Google

Mir hieruach deu gutächtlichen Vortrag erstatten oder durch den Finanzminister erstatten lassen.

Da Ich aus diesem Schreiben zugleich ersah, dass Napoleon ein Testament und ein Codicill hiuterlassen habe, so werden Sie Sorge tragen, dass Ich in die genaue Kenntniss desselben komme, und daher Mir auch wo möglich eine authentische Abschrift dieser Urkunden verschaffen.

Franz.

XIX.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Vienne, le 24 avril 1822.

En suite du rapport que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser le 4 mars dernier, j'ai eu soin de transmettre à S. M. Mme la duchesse de Parme la lettre que MM. les comtes Bertrand et Montholon vous avaient prié, Mr. le baron, de faire parvenir à sa destiuation. Mme l'archiduchesse n'a pu que se borner à vous en accuser la réception ainsi qu'elle l'a fait par sa lettre du 29 mars. Il lui serait d'autant plus impossible de se mettre en relatiou directe avec MM. les exécuteurs testamentaires qu'indépendamment de la réserve que cette auguste princesse s'est préscrite dans ce qui pourrait se rattacher à ses anciens rapports avec la France, elle n'est pas dans le cas de pouvoir répondre à des communications dans lesquelles ces Messieurs continuent à invoquer le nom d'empereur, lorsqu'il est cependant de notorité que le titre Impérial que Napoléon Bonaparte s'était réservé dans la convention Fontainebleau est venu à cesser à son égard par l'infraction de la dite convention et par la déclaration du 13 mars 1815, laquelle a pris raug dans les transactions politiques qui tient tous les priuces et états de l'Europe et par conséquent aussi Mme la duchesse de Parme. Cette considération est plus que suffisante pour que Mme la duchesse de Parme s'interdise tout échange direct de communication avec les dits exécuteurs testamentaires et pour qu'elle doive également à sa situation d'éviter de traiter directement avec eux, soit à Parme, soit ailleurs. V. E. trouve Se même instruite, directement de Parme, de la teneur des extraits partiels des dispositions testamentaires joints à la lettre de MM. de Bertrand et de Montholon. A tout événement j'ai l'honneur d'en mettre une copie exacte à la disposition de V. E.

Je ne puis mieux vous faire connaître, Mr. le baron, l'impression que la démarche des exécuteurs testamentaires a faite sur l'esprit de S. M. Mme l'archiduchesse, qu'en vous transmottant des copies des dépêches

du 26 et dn 29 mars ainsi qne du 2 avril que le comte de Neipperg m'a adressées à ce sujet.

Vous y remarquerez d'abord, Mr. le baron, que Mme la duchesse de Parme ayant toute confiance dans la loyauté et le zèle du Sieur Ballouhaye, intendant général de sa maison, lequel se trouve maintenant à Paris, elle désire qne vous disposiez entièrement de ses services pour les recherches de détail que vons jugeriez nécessaire de faire. Vous y remarquerez également qne les deux millions de francs remis à S. M. l'impératrice pendant son séjour à Orléans en 1814 ont été versés à la caisse de la maison de S. M. avant le traité de Fontainebleau et par conséquent à une époqne où, placée sur le trône de France, elle était en droit de faire emploi de ces fonds pour l'entretien de sa maison et de sa suite, sans en devoir compte ni aux exécuteurs testamentaires ni à aucun autre particulier.

L'abdication de Fontainebleau a tracé à cet égard une ligne de démarcation entre le gonvernement Impérial et l'ère de la restauration en France. En vertu des clauses de cette abdication, acceptées par les cours d'Autriche, de Berlin et de Pétersbourg comme aussi par celle de Londres sur le point de la disposition des pays, S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise est devenue duchesse de Parme le jour où elle a cessé d'être impératrice des Français. Dans toutes les transactions publiques, la date du traité de Fontainebleau a formé une ligne de clôture. C'est pour ce motif que notre cour, se tenant à cette ligne de séparation, s'est abstenue de réclamer la dot de Mme l'archiduchesse. Par une même conséquence les deux millions versés avant l'abdication, ayant été duement employés à l'entretien et aux frais de déplacement de la maison de l'impératrice, cette somme n'était plus disponible, et il y a erreur dans la disposition du codicille qui assigne des libéralités sur ces deux millions. Il en résulte que cette assignation n'est à considérer que comme une sorte de recommandation. Il en est de même de la recommandation qui porte sur la dotation qui avait antrefois appartenn an comte Bertrand dans le territoire de Parme et qni est venu à cesser par l'article secret du traité de Paris du 30 mai 1814, ou bien enfin de la partie de ses dotations qui était assignée sur le mont de Milan laquelle a également perdu tout effet par l'annullation dn traité de Fontainebleau. Il en résulte donc ultérieurement que, si même les dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte avaient été reconnues valides tout comme elles viennent d'être déclarées caduques, l'assignation sur les deux millions porterait autant sur une supposition erronée que la recommandation de la dotation dans les états de Parme et sur le mont de Milan.

Maintenant qu'il est bien avenu que le testament olographe a été déclaré nul par le tribunal de première instance de Paris, les propriétés particulières appartenant à Napoléon Bonaparte an 5 mai 1821 doivent être dévolues à son héritier naturel, en conformité des dispositions du code civil des Français qui règlent les successions ab intestat. Au nombre de ces propriétés particulières se trouve être incontestablement la somme qni formait dépôt entre les mains de Mr. de Lafitte et qui, à la suite du jugement dn tribnnal de première instance, doit avoir été judiciairement déposé dans l'intérêt de l'héritier appelé ab intestat.

V. E. Se convaincra par la dépêche datée de Parme le 26 mars que l'intention de S. M. l'archiduchesse, comme tutrice naturelle de Mgr. le dnc de Reichstadt, son fils, est qu'ils soient faites les démarches et les diligences requises pour mettre à couvert les droits de ce prince, et notamment cenx qni lui sont dévolus à l'égard du dépôt ci-dessus mentionné. L'une des suites de l'annullation du testament sera que MM. les comtes de Bertrand et de Montholon ainsi que le Sieur Marchand ne seront peut-être plus reconnus comme exécuteurs testamentaires, mais dans ce cas ils seront toujours considérés comme mandataires jusqu'an moment du décès et ne penvent se refuser à rendre compte de leur gestion. Et attendu qu'ils se sont déjà mis en cause, comme tels près le tribunal de première instance, il semble que c'est là qn'ils devraient être interpellés à produire la totalité des dispositions testamentaires comme servant de renseignements nécessaires sur la consistance de leur succession ouverte ab intestat. En leur fesant insinuer que l'on ne pourrait se dispenser de recevoir à cet effet à l'autorité du tribnnal qui se tronve saisi de la connaissance de la réclamation du dépôt, on ponrra pent-être les déterminer à s'acquitter enfin envers V. E. de l'entière communication des dispositions testamentaires que déjà dans le mois de février, ils avaient annoncé vouloir vous faire connaître, Mr. le baron, ce que jnsqn'à présent néanmoins ils n'ont pas encore réalisé.

Je ne pnis qu'abandonner au choix de V. E. le moyen qu'Elle jugera le plus convenable pour leur faire faire cette insinuation verbale. Il serait peut-être à propos d'y ajouter l'observation qne, même dans la qualité d'exécuteurs testamentaires ils auraient l'obligation de rendre compte de leur gestion dans le terme d'une année après le décès du testateur. Si par cette insinnation, ou au moyen d'autres recherches pour lesquelles V. E. pourrait mettre en avant le Sieur Ballouhaye, Elle parvient à rassembler plns d'éclaircissements sur les motifs qui ont dicté le jugement du tribunal de première instance, nous saurons beaucoup de gré à V. E. des renseignements qu'Elle nous procnrera. Il serait particulièrement à

désirer qu'Elle pût avoir connaissance au moyen de quelques gens de loi du résumé que les avocats des deux parties et le procureur général du roi auront mis sous les yeux du juge avant le prononcé.

En réunissant ces différentes données nous en serons mieux en situation d'établir les questions sur lesquelles on serait dans le cas de faire tenir une consultation de plusieurs jurisconsultes non seulement à Paris, mais ici à Vienne.

Celle qui serait tenue à Paris aurait pour objet d'éclaircir la question de fait et la manière dont elle est considérée en France, et de savoir quelles démarches il y aurait à faire dans l'intérêt particulier du duc de Reichstadt, en se réglant sur les lois Françaises de succession. La consultation ultérieure qui serait tenue à Vienne par des personnes attachées à l'ordre judiciaire aurait pour objet de fixer si et quelles démarches il y aurait à faire pour mettre à couvert les droits du fils de Mme la duchesse de Parme et pour remplir à l'égard de celui-ci les devoirs de la tutelle desquels S. M. l'empereur est chargé conjointement avec Mme l'archiduchesse Marie Louise.

Vous voyez, Mr. le baron, qu'il ne s'agit pas encore à présent de se porter à une demande judiciaire, mais seulement de se diriger dans les démarches d'information de manière à pouvoir faire usage des résultats si l'on est dans le cas d'en venir à un recours formel aux tribunaux.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

P. S. La présente dépêche était déjà expédiée lorsque le rapport de V. E. du 2 avril s. l. F. m'a instruit d'un entretien ultérieur qu'Elle a eu avec Mr. de Montholon. Je m'empresse de vous remercier, Mr. le baron, des nouvelles instances que vous avez faites pour obtenir la communication entière du testament. Je crois d'autant plus vous engager à insister sans relâche sur ce point qu'un ordre du cabinet de S. M. dont V. E. trouvera ci-joint une copie, nous recommande de ne rien négliger pour nous en procurer une entière connaissance. Mr. de Montholon ne doit pas avoir plus de difficulté de nous communiquer le tout qu'à Sir Hudson Lowe auquel il avait annoncé suivant le billet joint qu'il y était autorisé par le testateur.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XX.

Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy.

Vienne, le 24 avril 1822.

Je n'ai pas manqué de transmettre à Mme l'archiduchesse, duchesse de Parme, les renseignements relatifs aux dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, rappelés dans le rapport sub Litt. 1 du 27 février dernier, tels que V. A. a su se les procurer par l'intermédiaire de Mr. le comte George de Caraman et de Mr. de Seguier, consul général de France en Angleterre. Dans l'entretemps, Mme l'archiduchesse a reçu aussi de MM. de Montholon et de Bertrand une communication à peu près semblable, mais qui ne renferme également que des renseignements partiels.

D'autre part, Mr. le baron de Vincent a eu dans les derniers jours de mars un second entretien avec Mr. de Montholon, dans le récit duquel je crois devoir relever le passage suivant pour servir à l'information de V. A.[1]

Vous voudrez bien remarquer, mon prince, que Mr. de Montholon ne fait nulle difficulté d'affirmer que le testament a été montré en son entier au gouvernement Français et sans doute par lui Montholon, dépositaire connu des dernières volontés du testateur. Nous applaudissons volontiers à la sage réserve que le gouvernement Français a prescrite, en empêchant la divulgation de tout ce qui dans les dites dispositions testamentaires était de nature à alimenter l'esprit de parti, et qui en effet aura été probablement conçu dans ce but par le testateur ou par les personnes qui l'entouraient dans les temps voisins de sa mort. Mais le vœu de cette réserve ne doit pas aller jusqu'à laisser ignorer à Mme l'archiduchesse et aux tuteurs du duc de Reichstadt ce qu'il leur importe de connaître dans l'intérêt privé de ce prince. S'il y a eu toute raison de communiquer le testament en entier au gouvernement Français, parceque celui-ci était le juge le plus compétent des inconvéniens que pourrait entraîner une publicité indiscrète, il y a également des motifs de stricte justice, à part même ceux de convenances, pour qu'il soit aussi communiqué en entier tant à S. M. l'empereur notre auguste maître qu'à Mme la duchesse de Parme, attendu que si l'on ne connaît pas en entier toutes les dispositions que Napoléon a faites de ses propriétés particulières, les tuteurs du duc do Reichstadt sont dans l'impossibilité

[1] Vergl. Anmerkung 2 auf S. 63.

et de faire et d'omettre ce que pourrait exiger l'intérêt de ce prince; qu'ils sont enfin dans l'impossibilité de décider s'il y a lieu à accepter la succession et sous quelle condition? Si et à quel point il y a lieu à s'occuper des legs et à satisfaire à des dispositions isolées des codicilles?

Au surplus, si le testament a été montré en entier au gouvernement Français, il nous paraît que le gouvernement Britannique a aussi des droits à en reclamer la connaissance. Il y a même d'autant plus de droits, que le comte de Montholon, en donnant avis à Sir Hudson Lowe de la mort de Bonaparte, lui annonçait le 5 mai: ‚Il (Napoléon) m'a autorisé à vous communiquer, si vous le désirez, ses dernières volontés' et cependant malgré que Sir Hudson Lowe eut répondu au comte de Montholon le 7 mai 1821, ‚Je désire être instruit des dispositions testamentaires quelconques qu'il pourrait avoir faites', S. E. le gouverneur de Ste-Hélène est néanmoins resté exclus de la participation du testament.

Nous ne doutons donc pas, que le gouvernement Britannique n'ait fait valoir à la suite le droit qu'avait réclamé à juste titre Sir Hudson Lowe. Nous voyons d'ailleurs par la dépêche de V. A. en date du 27 février dernier, que Lord Bathurst a promis à V. A. de Lui communiquer le testament même de Bonaparte, tel qu'il est déposé à Londres entre les mains d'un nommé Fox. D'après l'aveu fait par Mr. de Montholon que le gouvernement Français a eu communication du tout, nous sommes persuadés qu'il ne vous sera pas difficile, mon prince, d'obtenir de même une communication en entier, que le gouvernement Britannique a le droit et le moyen de réclamer.

Je dois prier V. A. d'autant plus instamment de revenir à la promesse que Lui a faite Lord Bathurst et, en général, de ne rien négliger pour compléter les renseignements dont il s'agit, que S. M. l'empereur par un billet de cabinet du 14 de ce mois, ci-annexé en copie, m'a ordonné de Lui procurer une expédition de ce document dans la forme la plus authentique qu'il sera possible d'obtenir.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

XXI.

Fürst Metternich an den Grafen Neipperg.

Vienne, le 3 mai 1822.

Monsieur le comte!

J'ai mis à profit les indications que j'ai trouvées dans la lettre de V. E. du 2 avril, à l'avantage du Sieur Ballouhey, intendant général de

la maison de Mme la duchesse de Parme, pour mettre ses services à la disposition de S. E. Mr. le baron de Vincent à Paris.

Désirant tenir V. E. au courant de nos démarches j'ai l'honneur de Lui transmettre à l'effet d'en rendre compte à S. M. Mme l'archiduchesse:

1° la copie d'une dépêche à Mr. l'ambassadenr de la cour Impériale à Paris, en date du 24 avril.

2° la copie d'une dépêche à S. A. Mr. le prince d'Esterházy, ambassadeur à la cour de Londres également sous la date du 24 avril.

3° la copie d'nn rapport de Mr. le baron de Vincent, daté de Paris le 2e avril.

Il résnlte de ce rapport que les fondés de pouvoirs de Napoléon Bonaparte sont convenus avec la maison Lafitte, qne les fonds confiés à celle-ci y resteraient encore déposés pendant cinq ans, avec nn intérêt de 4%, ce qui annonce l'intention de remettre la disposition du dépôt à l'époque où le testament sera légalement communiqué à Mgr. le dnc de Reichstadt. Cet arrangement provisoire nous paraît n'avoir rien de contraire aux intérêts éventuels de la succession non plus qu'aux actes conservatoires qne l'on pourrait être dans le cas de faire près des tribnnaux, une fois que l'on aurait des motifs suffisans pour se déclarer sur la pétition de hérédité et pour se prononcer s'il y a lieu ou à accepter purement et simplement la succession, ce qui emporterait l'obligation de faire faire à toutes les charges, ou à ne l'accepter que sous bénéfice d'inventaire, ce qui préserverait du risque de se soumettre à plus de charges qne les legs ou la partie de succession exigible à réclamer pour le prince n'auraient de valeur, on enfin à répudier la succession pour ne pas être dans la nécessité d'entrer dans une liqnidation jndiciaire des valeurs de la succession d'une part, et du rapport des sommes (de deux millions) assignées sur Mme la duchesse de Parme, d'autre part.

La prorogation du dépôt entre les mains de Lafitte fait cesser au moins l'appréhension que V. E. m'a témoignée par Sa lettre du 19 mars, savoir que le gouvernement Français ne voulût confisquer les quatre ou cinq millions de francs qui constituent ce dépôt. Je n'ai jamais partagé, je l'avoue, cette inquiétude. L'indépendance des tribunaux Français et la sûreté des dépôts sont assez respectées en France ponr que l'on n'ait pas à craindre une disposition arbitraire de ce genre; et d'ailleurs le contrôle que fournissent l'esprit de parti et les débats de chambres ne laisseraient pas commettre impunément un pareil abus d'autorité. Au surplus, les valeurs actives de la succession pour autant qu'on peut les estimer par conjecture, ne formeront jamais qu'un objet de pen de con-

sidération pour le gouvernement Français. La seule chose qui a droit à son attention, et à très juste titre, c'est la partie politique ou révolutionnaire que peuvent renfermer les dispositions posthumes du prisonnier de Ste-Hélène; et c'est le motif qui vraisemblablement aura fait désirer au ministère du roi que le testament ne fut connu que par extraits et que l'on ne déférât aux tribunaux que la connaissance des dispositions d'intérêt privé et des objets purement pécuniaires.

Nous ne pouvons du reste nous dissimuler que ce n'est que par la voie judiciaire que la tutelle du prince pourrait exercer la réclamation de ses droits, lorsqu'il sera une fois démontré qu'il y aurait plus d'avantages que d'inconvéniens à les mettre en avant. Il ne s'agit ici que des propriétés particulières qui appartenaient à Napoléon au moment de son décès. Elles doivent suivre la destination que sa volonté leur a assignée ou, si sa volonté n'est pas exprimée dans les formes requises, la destination que la prévoyance des lois a fixée. Mais en supposant que le testament soit définitivement annulé, en supposant que les libéralités soient restreintes à la moitié, ce qui est le cas lorsqu'il n'y a qu'un enfant, les personnes auxquelles Napoléon a fait donation des sommes à titre de rémunération de leurs services et de récompense de dévouement qu'elles lui ont marqué en l'accompagnant elles et leurs familles pendant les cinq années de sa relégation, ne manqueront pas de revendiquer ces sommes à titre de donation entre vifs, à titre de salaires etc., et l'on ne peut se cacher que les tribunaux auront plus ou moins d'égard à la volonté du défunt, lors même que la forme ne serait pas reconnue comme valable pour un testament; l'on ne peut se dissimuler que le juge sera porté à titre d'équité d'arbitrer quelque chose en faveur des légataires et que ceux-ci ne s'en remettront pas à ce que les tuteurs du prince trouveraient bon de leur adjuger. Aussi voyons-nous que les exécuteurs testamentaires et les autres personnes qui sont gratifiées ou rémunérées dans les codicilles de Ste-Hélène, ont déjà adopté le système de se faire considérer comme légataires ou donataires à titre onéreux.

Dans cette même supposition de réclamations par voies judiciaires, il faut aussi s'attendre qu'en formant la demande d'une prétention active, telle que serait par exemple celle du dépôt Lafitte, on prend en même temps l'engagement d'entrer dans la discussion des prétentions passives, et celles-ci pourraient bien réduire le produit net à une valeur d'assez peu de considération. Toutefois, dans l'état actuel des choses nous continuerons à soutenir, ainsi que V. E. S'en convaincra par l'annexe sub A que Mme la duchesse de Parme n'a de compte à rendre à personne des fonds que l'impératrice des Français a eus à sa disposition.

J'ai établi ci-dessus qne ce ne serait qu'en voie judiciaire que les intérêts pécuniaires de la snccession pourraient être revendiqués, parcequ'on peut à peu près regarder comme certain qu'il n'y aurait pas lien à s'arranger à l'amiable avec les fondés de pouvoirs de Napoléon et que les bienséances ne permettraient même pas d'entrer avec eux dans des transactions directes, lesquelles laisseraient la porte ouverte à une foule de répétitions interminables de la part des légataires et donataires que le testament a eu en vue.

Si l'on se décide à entamer des voies judiciaires, aussi longtemps qu'on n'éprouverait pas un déni de justice, on ne serait pas reçu à se plaindre auprès dn gouvernement. En matière d'intérêt privé, le roi, les princes de sa maison et le fisc doivent se soumettre à la décision des tribunaux. Il en serait donc de même de la réclamation intentée au nom de Mgr. le duc. Les droits qu'on aurait à faire valoir en Frauce pour ce prince, sous le rapport de ses intérêts particuliers, doivent trouver et trouveront la garantie qn'assurent indistinctement les lois civiles en matière de propriété particulière. Il en serait tout autrement de ce qui pourrait impliquer des droits politiqnes; le gonvernement du roi de France n'en reconnaît et ne peut en reconnaître aucuns de cette nature à S. A. I. le duc de Reichstadt. S. M. T. Ch^{ne} date son règne du jour du décès de Louis XVII. C'est sur ce principe, suivant tonte vraisemblance, que la partie de dispositions testamentaires qui implique des intérêts politiques, aura été écartée de la commnnication soumise aux tribunaux; et c'est aussi, par cette même considération, qn'il n'est guère possible, ni convenable que notre cour intervienne, en voies diplomatiques, près le ministère de Louis XVIII pour faire valoir des droits de succession dont la complication a déjà appelé l'attention de l'antorité royale dans la réclamation du dépôt de Lafitte.

Je crois devoir vons faire la remarque de cet obstacle, en réponse à la proposition que vous avez bien vonlu me faire, Mr. le comte, dans votre dépêche dn 26 mars sub N° 760.

Devant donc nous maintonir exclusivement sur la ligne des droits particuliers de snccession, et ne ponvant jamais perdre de vne que notre marche doit être compassée sur ce que l'on peut avancer et soutenir devant les tribunaux, nous nous sommes appliqués à rassembler le plus de données qu'il sera possible de découvrir soit à Paris soit à Londres, afin de pouvoir poser les questions d'une manière qu'on puisse avouer et qui ne nons expose pas gratuitement à des démarches inconsidérées. Une fois que nons serons munis de renseignements suffisans, le plus prudent sera de faire tenir une première consultation juridique à Paris et ensuite de la soumettre à un examen ultérieur à Vienne. Telle nous paraît être

la marche à suivre afin de pouvoir d'une part faire tout ce que la conservation des droits d'un mineur exige et, de l'autre, éviter d'engager la tutelle dans des démarches inutiles et par là même inconvenantes.

Il n'échappera pas à V. E. que c'est à ce but que j'ai soigneusement ramené mes instructions du 24 de ce mois à Mr. le prince d'Esterházy et à Mr. le baron de Vincent qui forment les annexes sub A et B.

Je crois devoir également donner part à V. E., sub D, d'une lettre du duc de Leuchtenberg ainsi que de l'ordre du cabinet de S. M. I. qui l'accompagne. Vous reconnaîtrez, Mr. le comte, que les exécuteurs testamentaires exercent contre le prince Eugène une répétition semblable à celle qu'ils ont annoncée à S. M. Mme l'archiduchesse. L'une de ces répétitions sera vraisemblablement aussi vaine que l'autre.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

Désignation et classification				Legs	sommes léguées	sommes à payer	Fonds		
Legs à titre onéreux	Testament	Cte de Montholon	2,000.000	3,500.000	3.500.000	3,500.000	a) Lafitte & Cie	3,948.500	3,948.500
		Cte Bertrand	500.000						
		Mr. Marchand	400.000						
		„ St. Denis	100.000				b) Prince Eugène Déposé en arg. 1,080.000 demandé par codicille 2,000.000	3,080.000	3,080.000
		„ Noveraz	100.000						
		„ Pieron	100.000						
		„ Archambault	50.000						
		„ Courzot	25.000						
		„ Chandellier	25.000						
		Abbé Vignali	100.000						
		Cte Las Cases	100.000				Liste civile Diamans particuliers . 500.000 Traités de l'île d'Elbe 300.000	800.000	
Legs réductibles à moitié, conformément aux dispositions du code civil	Testament	20 legs à 100,000	2,000.000	2,000.000	6,060.000	3,030.000			
	Codicille sur le prince Eugène	Cte Bertrand	300.000	1,650.000					
		Cte Montholon	200.000						
		Cte Las Cases	200.000						
		trois legs de 100.000	300.000						
		douze legs de 50.000	600.000				A S. M. l'impératrice remis à Orléans 2,000.000	2,000.000	
		cinq legs de 10.000	50.000						
	Codicille sur S. M. l'Impératrice	Cte Bertraud	300.000	1,500.000					
		Cte Montholon	200.000						
		Cte Las Cases	200.000						
		six legs de 100.000	600.000						
		quatre legs de 25.000	100.000						
		Mr. Planat	40 000						
		trois legs de 20.000	60.000						
	3e codicille	duc de Istrie	300.000	800.000					
		Desse de Friaul	200.000						
		trois legs de 100.000	300 000						
	4e codicille	Ve ou fils de Muiron	100 000	110.000					
		Cantillon	10.000						
Legs caducs	Testament prince Eugène	Ge Chartrand mort.	100.000	450.000	450.000				
		„ „	50.000						
	4e codicille	trois legs de 100.000 héritier inconnu	300.000						
Legs politiques	S. M. et prince Eugène		800.000	800.000	800.000				
					10,810 000	6,530.000		9,828.500	7,028.500

a) No. les 6,000.000 portés au testament comme étant entre les mains de J. Lafitte & Cie se composaient dans la pensée de l'Empereur Napoléon de F. 4,220.000 versés, 1,080.000 Pce Eugène et des intérêts qui au terme de la loi MM. J. Lafitte & Cie ne doivent pas.

b) No. le prince Eugène n'a point encore remis le compte des sommes qui lui restent entre les mains sur le 1,080.000 F. qu'il devait verser à MM. Lafitte & Cie.

XXIII. — Domaine privé de l'empereur Napoléon.

Section I. Economies faites sur la liste civile, en capital et intérêts, depuis le 1er Vendémiaire an 13, jusqu'au 1er avril 1814.

Années	Revenus	Dépenses	Economies — Economies annuelles	Economies — Produit en intérêts	Economies — Total
An 13	27,505 901·07	13,452.143	14,053.758·07	8 ans 3 mois 5,816.694·27	19,870.452·34
14—1806	27,790.549·51	19,338.275	8,452.274·51	7 ans 3 mois 3,063.949·47	11,516.223·98
1807	27,579.573·08	16,936.657	10,642.916·08	6 ans 3 mois 3,328.886·25	13,971.802·33
1808	27,850.987·51	19,654.448	8,196.539·51	5 ans 3 mois 2,151.589·51	10,348.129·02
1809	27,652.587·95	20,151.690	7,500.897·95	4 ans 3 mois 1,593.936·56	9,094.834·51
1810	28,159.049·—	21,950.025	6,209.024·—	3 ans 3 mois 1,108 966·40	7,317.990·40
1811	28,586.912·92	21,462.963	7,123.949·92	2 ans 3 mois 810.144·86	7,934.094·78
1812	26,686.170·46	21,626.922	5,059.248·46	1 an 3 mois 316.200·52	5,375.448·98
1813	27,210.225·40	18,855.319	8,354.906·40	3 mois 104.436·34	8,459.342·74
1814	6,750.000·—	3,500.000	3,250.000·—	—	3,250.000·—

Total des Economies de la liste civile, en capital et intérêts, au 1er avril 1814	97,138.319·08
Intérêts alloués par le Code Napoléon à tout propriétaire d'un capital illégalement détenu par un tiers saisi: cinq années à cinq pour cent	24,284.579·77
Total au 5 mai 1821, jour du décès de l'empereur	121,422.898·85

Section II. Propriétés foncières.

L'empereur Napoléon a acquis plusieurs domaines; il en a successivement disposé, à l'exception de trois fermes dites le petit parc de Versailles. Elles ont coûté quinze cent mille francs. Elles font aujourd'hui partie du domaine Royale de Versailles, ci	1,500.000·—
Revenu des dites fermes, depuis avril 1814	Mémoire.

Section III. Mobilier.

Mobilier des palais de France	20,238.439·—
Dito des palais de Piémont, Toscane, Rome, Belgique et Hollande	Mémoire.

Récapitulation.

Section I. Economies de la liste civile	121,422.898·85
„ II. Propriétés foncières	1,500.000·—
„ III. Mobilier	20,238.439·—
Total général du domaine privé de l'empereur Napoléon, au jour de son décès	143,161.337·85

XXIV.

Die Testamentsvollstrecker Napoleons an den Fürsten Metternich.

Paris, le 12 mai 1822.

Prince!

Nous adressons à l'impératrice Marie Louise une supplique à l'effet de Lui demander Sa sanction comme épouse et comme tutrice de Son fils aux dernières dispositions de l'empereur Napoléon. Nous prions V. A. de faire parvenir cette lettre dont nous avons l'honneur de joindre ici une copie.

V. A. voudra-t-Elle bien porter quelqu'attention à cette affaire et donner à l'assentiment de l'impératrice la forme qui Lui paraîtra tout à la fois la plus digne de cette grande princesse et la plus convenable soit pour la libération du banquier, soit pour la sécuration des légataires.

Ce que nous avons dit à S. M. nous ne le répéterons pas à V. A., persuadés que nous sommes, qu'Elle trouvera dans la dignité de la maison d'Autriche, comme l'impératrice trouvera dans son cœur toute raison pour faciliter et assurer l'exécution des dernières volontés d'un grand prince.

Nous espérons également que l'impératrice daignera étendre Sa munificence aux légataires désignés dans le codicille qui La concerne plus spécialement. Il en est qui sans ce dernier souvenir de l'empereur seraient réduits à une existence bien pénible.

Nous avons l'honneur d'être — — — — — — — — — — — —

Die Testamentsvollstrecker an die Kaiserin Marie Louise.

Paris, le 12 mai 1822.

Madame!

Les exécuteurs testamentaires soussignés de l'empereur Napoléon ont eu l'honneur d'adresser les dernières dispositions de ce grand prince à V. M. son auguste veuve.

Ils recourent à Elle aujourd'hui pour La supplier de vouloir bien en Sa qualité d'épouse snrvivante et de tutrice donner Son approbation et Sa sanction aux volontés testamentaires de l'illustre défunt.

D'après le code civil des lois Françaises un père ne peut disposer que de la moitié de ses biens, lorsqu'en mourant il laisse un fils; mais ces lois qui régissent les particuliers ne furent point applicables au sou-

verain dont les domaines étaient gouvernés par des lois spéciales. Ce n'est pas à la veuve et au fils de l'empereur Napoléon qu'il est nécessaire de dire que pour avoir perdu son trôue, il n'était pas cependant devenu un simple particulier. Il y a dans la pourpre et dans l'onction sainte et sacrée des caractères qui ne s'effacent jamais.

V. M. pensera sans doute comme feu l'empereur son époux, qu'après avoir commandé à l'nuivers et disposé de taut de trésors, ce n'était pas un héritage de qnelques millions qni fût bien précieux pour son fils; l'houneur d'appartenir à la maison d'Autriche ne pouvait lui laisser aucune inqniétude sur le sort de ce prince.

Ils doivent aussi supplier V. M. d'observer que les sommes que feu l'empereur a léguées excèdent de beaucoup celles qui se trouvent disponibles, accusé qu'Elle pourra en juger par la note ci-jointe.

V. M. est également suppliée de faire connaître aux soussignés Ses intentions relativement aux légataires compris dans le codicille qui Lui est particulièrement adressé. Il sera doublement honorable pour eux de devoir tout à la fois au souvenir de l'empereur et à la mnnificence spéciale de V. M. un don précieux pour tous et pour quelques-uns bien nécessaire.

Beilage. Note sur les fonds de la sncceſsion de l'empereur Napoléon, qui se trouvent chez Mr. Lafitte, banquier de Paris.

Sur les 5,300.000 frs. que l'empereur supposait exister chez Mr. Lafitte et rapporter un intérêt de cinq pour cent Mr. Lafitte n'a reçu que	4,220.000 frs.
Il devait être versé entre ses mains	1,080.000 „
Ce qui aurait porté ces fonds à	5,300.000 frs.

Mais la somme de 1,080,000 frs. n'a point été versée; nous n'en avons pas encore les comptes et tout nous porte à croire qu'il ne reutrera rien sur cette somme.

Sur celle de		4,220.000 frs.
Mr. Lafitte a dépensé conformément aux ordres de l'empereur 871.500 frs., savoir:		
Mandat au profit du général L'Allemand	20.000. — frs.	
Maudat de Gillis son valet de chambre	3.000. — „	
Mandat dn comte Montholon .	76.500. — „	
Mandat de la comtesse Montholon	144.000. — „	

Digitized by Google

Mandat de Mr. Wm Balcombe .	72.000. — frs.	
Pension de Mme Ratery femme de son secrétaire	9.500. — „	
Pension de la comtesse Montholon	30.000. — „	
Remboursement au comte Las Cases	100.000. — „	
Remboursement au comte Bertrand	415.464. 60 „	
Frais de voyage en Angleterre .	1.035. 40 „	
Somme pareille . . .	871.500. — frs.	
A la disposition des exécuteurs testamentaires pour les dépenses de la succession	100.000. — „	
Total à déduire des fonds remis à Mr. Lafitte	971.500. — frs.	971.500 frs.
Les fonds disponibles sont de		3,248.500 frs.

Mr. Lafitte a prétendu et en cela l'opinion des hommes de loi lui a été favorable que par la nature de son contrat, il ne devait pas d'intérêts. En conséquence, en vertu du mandat spécial que nous avait donné l'empereur à cet effet, nons avons arrêté le compte de Mr. Lafitte et la somme restante entre ses mains à celle de 3,248.500 frs., non compris celle de 100.000 frs. à la disposition des exécnteurs testamentaires, et nous avons reconnu qu'il ne devait pas d'intérêts.

D'un autre côté, Mr. Lafitte a déclaré qu'ayant été dans le cas d'employer souvent nne partie de ces fonds, il en était résulté des bénéfices pour sa maison et qn'il croyait de la loyauté et de la justice d'y faire participer les légataires pour une somme qu'il a arbitrée à sept cent mille francs. En conséqnence il a été convenu qu'il bonifierait les légataires de la dite somme de 700.000 frs.

Il faut observer qne sur la somme restant chez Mr. Lafitte de	3,248.500 frs.
les dettes de la succession et les frais exigeront an moins 148.500 frs., outre les 100.000 frs. mis à la disposition des exécuteurs testamentaires à	148.500 „
Ce qui réduira la somme disponible à	3,100.000 frs.
En y ajoutant pour bonifications d'intérêts	700.000 „
Les fonds disponibles chez Mr. Lafitte seront . . .	3,800.000 frs.

Paris, ce 12 mai 1822.

Signé: Bertrand, Montholon et Marchand

XXV.

Fürst Metternich an den Grafen Neipperg.

Vienne, ce 13 juin 1822.

Monsieur le comte!

Votre Excellence a été prévenue par ma dépêche du 3 mai dernier des instructions que j'avais envoyées le 24 avril à Mr. le prince d'Esterházy à Londres et à Mr. le baron de Vincent à Paris pour compléter le plus qu'il serait possible par leurs soins, les renseignements relatifs aux dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, afin de pouvoir décider, en pleine connaissance de cause, ainsi que c'est requis lorsqu'il s'agit de l'intérêt d'un mineur, s'il y a lieu à accepter ou à renoncer à la succession que Mr. le duc de Reichstadt serait en droit de recueillir comme étant son seul héritier.

Je ne veux pas différer de faire parvenir sous les yeux de Mme la duchesse de Parme les réponses que je viens de recevoir sous les dates respectives du 18 A du 15 mai, et dont Votre Excellence trouvera ci-inclus des copies sub N° 1° 2° A 3°.

Il résulte du rapport de Mr. le prince d'Esterházy, que le document qui renferme les dispositions testamentaires de Bonaparte n'a été commis à la garde du Sieur Fox que comme un dépôt de confiance dont le dépositaire est uniquement et exclusivement responsable envers celui qui le lui a confié, de sorte qu'il est tenu à en garder le secret envers tout autre; qu'au surplus le ministère Britannique n'a la faculté ni par la voie des tribunaux ni par voie d'autorité d'obliger le dépositaire à lui en donner connaissance; que ce n'est donc qu'avec l'autorisation des exécuteurs testamentaires qu'on pourra obtenir cette participation. Il suit de la, que les exécuteurs testamentaires devront être ou forcés à cette communication par des démarches judiciaires, dans le cas où l'on interviendrait, au nom du duc de Reichstadt, dans la poursuite du procès à Paris, ou engagés à s'acquitter volontairement de la dite communication, par le prix qu'ils attacheraient à éviter des contestations judiciaires de la part des tuteurs de l'héritier, ou bien à obtenir l'assentiment de la Cour Impériale à leurs vues. Il suit enfin de la réponse de Mr. le prince Esterházy que ce serait en vain que l'on ferait des instances ultérieures en Angleterre pour se procurer plus de lumières sur la totalité des dispositions de dernière volonté de Bonaparte, et que désormais c'est à Paris que nous devrons concentrer nos démarches.

Je passe aux deux rapports de Mr. le baron de Vincent du 15 mai ci-annexés en copies sub N° 2° A 3°:

Mr. l'ambassadeur observe dans la pièce sub N° 2° que, dans le cas de poursuite juridique, la réclamation en faveur du duc de Reichstadt ne pourrait porter que sur la moitié des fonds déposés chez Mr. Lafitte, ce qui confirme entièrement l'opinion que j'ai cru devoir énoncer à cet égard. Il observe en outre que, si l'on était dans le cas d'en venir à une poursuite juridique et de faire consulter préalablement sur cet objet, il serait convenable d'en prévenir le ministère du roi, et c'est ce qui a toujours été dans nos intentions, mais avant de nous partir à cette démarche, il faut préalablement connaître tout le testament, attendu que ce n'est que sur la connaissance du tout que la tutelle peut se décider sur la question an, savoir s'il y a lieu à faire la réclamation?

Par le rapport, dont copie sub N° 3°, Mr. le baron de Vincent me transmet une lettre des trois exécuteurs testamentaires en date du 12 mai, avec copie de celle qu'ils adressent à S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, et celle-ci présente deux demandes de leur part. Ils recourent en premier à Mme l'archiduchesse ‚pour la supplier de vouloir bien en sa qualité d'épouse survivante et de tutrice donner son approbation et sa sanction aux volontés testamentaires de l'illustre défunt'.

A l'appui de cette demande, les exécuteurs testamentaires disent, ‚que Mme l'archiduchesse pensera sans doute, que ce n'était pas un héritage de quelques millions qui fût bien précieux pour son fils; l'honneur d'appartenir à la maison d'Autriche ne pouvait lui laisser aucune inquiétude sur le sort de ce prince'.

Les exécuteurs testamentaires représentent de plus, que les legs excèdent de beaucoup les fonds disponibles.

La seconde demande qu'ils forment est, de supplier Mme l'archiduchesse de leur faire connaître ses intentions relativement aux légataires compris dans le codicille qui lui est particulièrement adressé (ce qui se rapporte tant à la prétendue redevance de deux millions sur les fonds remis en or à S. M. à Orléans, qu'aux dotations situées dans l'état de Parme). ‚Il sera,' ajoutent les exécuteurs testamentaires, ‚doublement honorable pour ces légataires et donataires, de devoir tout à la fois au souvenir de Napoléon et à la munificence spéciale de Mme l'archiduchesse un don précieux pour tous et pour quelques-uns bien nécessaire.'

La première demande exige de ma part les observations suivantes qui fourniront en même temps la réponse à la seconde demande et je dois inviter V. E. à les soumottre à S. M. Mme l'archiduchesse.

Doit-on recueillir la moitié de la succession, en se prévalant des lois françaises qui ne permettent à nn père que de disposer de la moitié de ses biens, lorsqu'en mourant il laisse un fils? ou doit-on dans l'intérêt du dnc de Reichstadt et de Mme l'archiduchesse, donner acte de renonciation à cette succession? Voilà toute la qnestion.

Si l'on se décidait à réclamer la succession, on ne pourrait le faire que sons bénéfice d'inventaire, puisqu'il est avoné par les exécutenrs testamentaires et prouvé par les communications qu'ils ont faites à Mme l'archiduchesse, que les sommes que Napoléon a léguées excèdent de beaucoup celles qui se trouvent disponibles.

Si, au contraire, il est conseillable, dans l'intérêt bien entendu du duc de Reichstadt, de ne pas se porter pour l'héritier universel et de ne pas demander la réduction des libéralités, il faut que la renonciation tant au nom de Mme la duchesse de Parme, qu'en celui de S. M. l'Empereur comme tuteur de son petit-fils, soit articulée de manière à s'interdire toute participation à l'actif comme au passif de la succession et, surtout, de manière à exclure bien positivement la reconnaissance du codicille adressé à S. M. Mme la duchesse de Parme, par lequel elle est invitée à payer deux millions de francs aux légataires, ainsi qu'à faire jouir quelques-uns d'entr'enx de dotations dans l'État de Parme et même dans d'autres parties de l'Italie.

Dans ce cas de renonciation il ne peut nullement s'agir pour Mme la duchesse de Parme (ainsi que les exécutenrs testamentaires lui en adressent la demande), de donner en qualité de tutrice son approbation et sa sanction aux volontés testamentaires du défunt. Donner une pareille sanction et approbation ce serait de la part de Mme l'archiduchesse prendre sur elle les effets de l'exécution testamentaire; en devenir responsable; s'exposer elle, et à la suite son fils, le duc de Reichstadt, à des réclamations interminables de la part des légataires, leurs veuves, leurs enfants et leurs héritiers; s'exposor en nn mot à des réclamations d'autant plus inévitables que, suivant l'aveu des exécuteurs testamentaires, les sommes que Napoléon a léguées excèdent de beaucoup celles qui se tronvent disponibles. Le but des exécuteurs testamentaires en priant Mme l'archiduchesse de donner son approbation aux volontés testamentaires du défunt est, de se placer derrière le nom de S. M. Mme la duchesse de Parme, d'abord pour être payés eux et les autres personnes qui ont partagé la captivité de Napoléon, de la totalité de leurs legs et d'en être payés incessamment sur les fonds liquides de la succession, savoir ceux déposés chez Lafitte; et en second lieu pour rejeter l'odieux de la rédaction des autres légataires sur la prétendne volonté et sanction de

Digitized by Google

Mme l'archiduchesse. On ne peut se méprendre sur cette intention des exécuteurs testamentaires lorsqu'on prend connaissance d'une lettre particulière que le marquis de Semonville, beau-père du comte de Montholon, a adressée sous cette même date du 12 mai à une personne à laquelle il a cherché à faire goûter l'idée de faire intervenir la sanction de Mme la duchesse de Parme. Il paraît donc démontré que de tous les partis à prendre par Mme l'archiduchesse, le plus mauvais serait de donner son approbation aux dispositions testamentaires, attendu que cette détermination ne conduirait qu'à des inconvénients et à des sacrifices gratuits, sans offrir en échange le moindre avantage pour le duc de Reichstadt, puisqu'il est prouvé que le passif excède de beaucoup l'actif de la succession. En voilà assez pour établir que, si l'on se décide à renoncer à la succession, Mme l'archiduchesse doit soigneusement s'abstenir de corroborer par sa sanction les volontés testamentaires du défunt.

L'on ne peut, d'un autre côté, se dissimuler que, si l'on adoptait la première partie de l'alternative et que l'on se décidait à réclamer la succession, fût-ce même sous la clause du bénéfice d'inventaire, l'on rencontrerait en grande partie les mêmes inconvénients. Il n'y a en effet, dans cette succession guères d'autre recouvrement utile et liquide que la moitié du fonds déposé chez Mr. Lafitte. Ce fonds étant porté en compte par les exécuteurs testamentaires à 3,948.500 frs., la moitié qui serait réclamée par Mr. le duc de Reichstadt serait de 1,974.250 frs. et par conséquence ne s'éleverait pas à la somme de huit cent mille florins de Vienne que nous avions de prime abord admise par calcul approximatif. Mais précisément en réclamant cette moitié du dépôt de Lafitte, ce qui ne pourrait se faire que par voie judiciaire, on doit s'attendre à rencontrer l'opposition des exécuteurs testamentaires et autres légataires à titre onéreux, lesquels comme serviteurs de Napoléon et comme ayant partagé son exil à Ste-Hélène prétendent que leurs legs ne sont pas sujets à réduction. Si le juge de Paris leur alloue cette prétention, le duc de Reichstadt ne recueillerait aucun avantage de sa réclamation juridique et aurait encouru en pure perte les plaintes de cette cohorte de légataires et de leurs adhérents. Si, dans la meilleure supposition, le juge réduit de moitié les legs à titre onéreux comme ceux à titre simple, il arrivera que Mr. le duc de Reichstadt pour une somme de quelques centaines de mille florins qui serait encore diminuée par les droits prélevés sur les successions, et que peut être même on ne laisserait pas suivre avant sa majorité, sera perpétuellement en lutte aux recours de la foule des légataires auxquels les exécuteurs testamentaires ne manqueront pas d'inculquer que c'est par l'opposition du duc de Reichstadt aux volontés suprêmes de son père

qu'eux, légataires et clients dévoués à Bonaparte, se trouvent déchus de ses bienfaits. Il en serait autrement dans le cas de renonciation de la part de Mme la duchesse de Parme et du duc de Reichstadt, parceque dans cette hypothèse il n'y a pas de doute que l'un ou l'autre des légataires ne provoquât près du tribunal de Paris la nomination d'un curateur à la succession vacante. De ce moment, ce serait entre le curateur judiciaire, comme représentant la généralité des légataires d'une part et les exécuteurs testamentaires de l'autre que la répartition de la succession serait contradictoirement discutée et réglée, de manière que ceux qui ne seraient pas contents de leurs lots, ne pourraient imputer leur mécompte, ni à Mme l'archiduchesse ni à Mr. le duc de Reichstadt.

Il est donc permis de supposer que pour ne pas entrer en lice avec tant d'intérêts personnels et avec des gens portés à l'exaspération, Mme la duchesse de Parme ne sera pas plus disposée à réclamer juridiquement la succession sous bénéfice d'inventaire, qu'Elle ne doit l'être à recouvrir de son approbation les libéralités ordonnées par le défunt.

Si par tous ces motifs, Mme l'archiduchesse se décidait pour la renonciation à la succession, la marche la plus convenable me paraîtrait être la suivante:

1° S. M. la duchesse de Parme exprimait dans un acte contresigné par l'un de ses ministres:

Qu'ayant reçu la communication du testament et des codicilles renfermant les volontés testamentaires de feu Son époux, tels qu'ils ont été remis par les exécuteurs testamentaires au baron de Vincent, ambassadeur de la Cour Impériale près S. M. T. Ch^{ne}, et tels qu'ils se trouvent annexés à la lettre du 12 mai 1822; qu'ayant été invitée par la dite lettre à donner, en qualité d'épouse survivante et de tutrice du duc de Reichstadt, Son fils, Son approbation et Sa sanction aux volontés testamentaires ci-dessus rappelées; qu'ayant été en même temps invitée à faire connaître aux dits exécuteurs testamentaires Ses intentions relativement aux légataires, compris dans le codicille qui Lui est particulièrement adressé,

Sa Majesté déclarerait:

Que, n'ayant mis d'autres bornes aux sacrifices auxquels Elle a souscrit lors du traité de Fontainebleau du 11 avril 1814 que celles qui Lui ont été tracées au nom de l'intérêt général et de Son dévouement respectueux aux volontés de S. M. l'empereur Son auguste père, Elle ne saurait Se trouver aucunement appelée ni à discuter ni à régler l'exécution des dernières dispositions de feu Son époux et qu'au contraire

les mêmes considérations qui ont motivé Ses déterminations et Son acquiescement aux rononciations stipulées par le traité de Fontainebleau du 11 avril 1814, et ensuite par celui de Paris du 10 juin 1817, Lui font désirer de s'abstenir de toute intervention dans l'exécution testamentaire; qu'en conséquence Elle n'hésite pas à donner en tant que cela peut La concerner, acte de renonciation aux droits de succession résultant des lois civiles françaises, déclarant de S'en remettre pour tous Ses droits ainsi que pour ceux qui compètent à Son bien-aimé fils, le duc de Reichstadt, à ce que S. M. l'empereur d'Autriche, Son auguste père, et respectivement aïeul du duc de Reichstadt trouvera bon de faire, à quel effet le présent acte doit tenir lieu, pour S. M. I. et R. A. de pouvoirs les plus étendus. Que quant à la notification qui Lui a été donnée par les dits exécuteurs testamontaires du codicille en date de Longwood le 24 avril 1821 portant assignation de plusieurs legs pour une somme de deux millions de francs provenant de fonds qui, en avril 1814 Lui avaient été remis en or, à Blois, Elle déclare que de tout ce qu'Elle a fait et géré dans l'exercise du pouvoir en France, Elle n'entend nullement en Sa qualité de Souverain de Parme devoir en rendre compte à qui que ce soit; qu'en qualité de duchesse de Parme, Elle ne reconnaît aucune redevance des fonds qu'Elle a touchés comme Impératrice, lesquels fonds ont d'ailleurs été employés aux frais de déplacement et de voyage nommément de celui de Rambouillet à Vienne avec toute Sa suite; ainsi qu'à l'entretien de Sa cour jusqu'à ce qu'Elle est entrée en jouissance des revenus de l'état de Parme; qu'il est d'ailleurs notoire qu'Elle n'a jamais rien réclamé ni reçu du chef des pensions et indemnités pécuniaires dont il avait été question lors des transactions de Fontainebleau en 1814; que, pour ce qui est des dotations ci-devant établies dans le duché de Parme et sur le mont Napoléon de Milan, desquelles il est fait mention dans ce même codicille du 24 avril 1821, Elle peut d'autant moins accueillir la demande du rétablissement des dites dotations et de l'acquittement des arrérages qui y sont relatifs, qu'il est de notoriété que toutes les dotations situées hors du territoire français ont été annulées par l'article V^e^ séparé et secret du traité de Paris du 30 mai 1814. Et que n'étant qu'usufruitière dans les duchés de Parme, Plaisance et Guastalle, Elle doit regarder commo interdit de rétablir sur Ses sujets de l'état de Parme des charges abrogées par les transactions générales; qu'en conséquence et par une suite naturelle de la renonciation ci-dessus mentionnée, Elle déclare de ne pouvoir concourir en aucune manière à l'exécution testamentaire du codicille du 24 avril 1821 et de ne pas reconnaître les charges et obligations qui y sont assignées sur Ses états et Ses finances.

Qu'enfin Elle s'en remet à la sagesse et à la sollicitude de S. M. l'empereur Son auguste père de faire valoir la présente déclaration partout où besoin sera.

Fait à Parme etc. etc.

2° S. M. l'empereur comme aïeul maternel de S. A. S. le duc de Reichstadt, Son petit fils et comme autorisé, tant en vertu de la tutelle qui Lui a été déférée par S. M. Mme la duchesse de Parme que par suite de la déclaration de renonciation de Sa dite Majesté ci-jointe (celle ci-dessus mentionnée) donnerait acte: que Sa dite M. I. et R. A. au nom de S. A. S. le duc de Reichstadt, Son petit fils déclare que le duc de Reichstadt, se renfermant dans le sentiment de piété filiale, se bornera à accepter les souvenirs et effets mobiliers qui, suivant l'affirmation donnée par les exécuteurs testamentaires à Sir Hudson Lowe, gouverneur de Ste-Hélène, ont été désignés par feu son père pour lui être remis; lesquels effets mobiliers, après la vérification qui en fut faite le 12 mai 1821 à Longwood sur trois bordereaux indicatifs des dits effets, furent replacés dans trois boîtes en acajou et remis à la garde des dits exécûteurs testamentaires.

Que se bornant à cette qualité de légataire particulier le duc de Reichstadt déclare de ne vouloir se prévaloir ni de l'article 913 ni d'autres dispositions du code civil de France et qu'il n'entend ni demander à son profit la réduction des libéralités et des actes de dernière volonté de feu son père, ni intervenir en manière quelconque à l'exécution testamentaire, ni par conséquent être tenu des dettes et charges de la succession; qu'en conséquence il donne acte de renonciation entière à la succession dont il s'agit, se conformant à tous égards à l'acte délivré par S. M. Mme la duchesse de Parme, sa très honorée mère, lequel acte de renonciation sera également remis à MM. les exécuteurs testamentaires en réponse à leur communuication, avec autorisation de faire valoir la présente déclaration partout où besoin sera.

Fait à Vienne le . . . etc. etc.

3° En même temps que Mr. le baron de Vincent serait requis par une dépêche, tenant lieu de pouvoirs, de remettre à MM. les exécuteurs testamentaires les deux actes de renonciation ci-dessus mentionués sub N° 1° et 2°, il serait invité à donner préalablement connaissance de nos démarches au ministre des affaires étraugères de S. M. T. Ch^ne^, et à mettre à sa disposition des copies de tous actes et documents qui auraient lieu de notre part au sujet de la dite succession. Lorsque l'affaire en serait venue à ce point, il n'y aurait non plus la moindre difficulté que Mr.

l'ambassadeur s'expliquât ouvertement vis-à-vis de MM. ses collègues sur le parti qu'aurait adopté notre cour.

Toutefois avant de donner cours à des actes de renonciation, il est un préalable qui doit être indispensablement rempli. Il faut, avant tout avoir acquis de la part des exécuteurs testamentaires la connaissance de toutes les dispositions de dernière volonté de Napoléon Bonaparte. Sans cette connaissance du tout, la renonciation portant en partie sur des articles inconnus, serait de sa nature un acte conditionnel et éventuel, et il ne peut convenir à personne qu'il soit tel.

Il en résulte que notre première démarche (après toutefois que S. M. Mme la duchesse de Parme aura fait connaître ses intentions à la suite de la présente communication) doit être d'inviter, par l'intermédiaire de S. E. le baron de Vincent, MM. les exécuteurs testamentaires à compléter la communication des dispositions de dernière volonté de Napoléon Bonaparte. Mr. l'ambassadeur serait en même temps autorisé à prévenir les dits exécuteurs testamentaires que, du moment qu'ils auront satisfait à ce préalable et qu'ils auront affirmé en forme probante que la communication est intégrale et sans nulle réserve, la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt leur fera parvenir sans le moindre retard ses déterminations définitives.

Telles sont les observations que je crois devoir soumettre à Mme la duchesse de Parme sur l'ensemble des communications et des demandes qui font l'objet de la lettre de MM. les exécuteurs testamentaires en date de Paris le 12 mai dernier. Il me reste à attendre ce que Mme l'archiduchesse voudra bien me faire connaître pour me diriger en conséquent dans mes réponses à Mr. le baron de Vincent.

La présente dépêche était terminée lorsque m'a été remise la lettre du 31 mai que d'ordre de Mme l'archiduchesse duchesse de Parme, vous m'avez fait l'honneur, Mr. le comte, de m'adresser sur mes informations préliminaires du 19 mai. Quoique je puisse déjà pressentir en grande partie les intentions auxquelles S. M. Mme l'archiduchesse s'arrêtera à l'égard de la nouvelle communication, je n'en dois pas moins, maintenant que l'affaire a pris une marche plus officielle, supplier Mme la duchesse de Parme de prendre en considération les demandes formelles de MM. les exécuteurs testamentaires. Il m'importe d'autant plus d'être instruit de ses déterminations que je serai dans le cas de m'en appuyer pour prendre à cet égard les ordres de S. M. l'empereur.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

Google

XXVI.

Graf Bertrand an die Kaiserin Marie Louise.

Paris, 16 mai 1822.

Madame!

Le plus illustre des captifs dont l'histoire puisse jamais faire mention, le génie immortel qui joignit à la gloire d'imposer silence à l'Europe, pendant un quart de siècle, la gloire plus douce à sa grande âme de Vous être donné pour époux, exprima dans les derniers jours de Sa vie le désir que sa dépouille mortelle fut transportée dans un coin de la France; ses exécuteurs testamentaires avant de quitter Londres adressèrent au roi Georges IV une requête à l'effet d'obtenir l'accomplissement de ce vœu de feu l'empereur Napoléon. Ils ont adressé la même prière à S. M. Très Chrétienne.

Madame, V. M. jugera dans Sa piété et dans Sa sagesse, s'il Lui convient d'appuyer du poids de Son intercession, ce désir de l'époux que la providence Vous ôta, mais que la providence Vous avait donné.

Je suis avec respect — — — — — — — — — — — — —

Ad XXVI.

Graf Bertrand an die Kaiserin Marie Louise.

Paris, 18 mai 1822.

Madame!

Votre Majesté me permettra-t-elle de mettre à Ses pieds une réclamation qui intéresse toute ma jeune famille.

Par le traité de Foutainebleau les dotations du mont Napoléon furent conservées, maintenues et garanties et le duché de Parme passa sous les lois de V. M. Cet évènement ne pouvait faire évanouir la confiance que j'avais en mes droits sur le mont Napoléon et dans un duché qui devenait le Vôtre.

Par des arrangements politiques ultérieurs, cette principauté doit un jour retourner à la maison d'Espagne. Si V. M. en conséqueuce de cette clause ne croyait pas pouvoir me mettre en possession des terres qui composent ma dotation dans Votre duché de Parme, j'ose espérer que du moins Elle m'en conservera la jouissance, ou m'eu dounera l'équivalent et voudra bien m'en faire payer l'arriéré qui de 1814 jusques et compris 1821 forme pour huit années une somme de 200.000 frs. J'ai l'honneur

de joindre ici copie de l'acte qui compose ma dotation de 25.000 frs. de rente dans votre duché de Parme.

Puis-je espérer aussi que V. M. daignera s'intéresser à mes droits dans le Milanais et les appuyer auprès de l'empereur d'Autriche Son père, afin qu'il me conserve ma dotation de 10.000 frs. de rente sur le mont Napoléon.

V. M. ne trouvera pas extraordinaire qu'avec une famille nombreuse et une fortune réduite, je vienne réclamer Sa bienveillance, confiant dans les bontés dont V. M. nous honorait, ma femme et moi, dans des temps plus prospères, et enhardi par le vœu exprimé par l'empereur.[1]

Quelle que soit la décision de Votre cabinet, je Vous prie, Madame, Vous qui avez daigné étendre Votre intérêt jusque sur mes jeunes enfants, d'être persuadée que trop de souvenirs me rattachent à V. M. pour que je puisse jamais perdre de vue les sentiments de respect, d'attachement et de reconnaissance, avec lesquels je ne cesserai d'être — — — —

XXVII.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Réservée. Vienne, le 12 août 1822.

Je crois devoir pour l'information particulière de V. E. La munir du texte même de la résolution que S. M. a prise le 19 juillet sur mes rapports du 20 juin et du 15 juillet au sujet du testament de Napoléon Bonaparte. Vous y reconnaîtrez, Mr. le baron, que S. M. I. nous recommande en termes très exprès de ne rien négliger pour assurer les droits de propriété qui pourraient être dévolus au duc de Reichstadt et pour les préserver de toute dilapidation.

Il ne vous échappera pas que la dépêche qui précède la présente, a été rédigée de manière à pouvoir être mise sous les yeux du gouvernement Français aussi bien que sous ceux de MM. les exécuteurs testamentaires. Lorsque ceux-ci se seront convaincus que la tutelle est bien décidée à exiger la communication intégrale de l'ensemble des dispositions de dernière volonté de Napoléon Bonaparte, il est permis d'espérer qu'ils dé-

---

[1] „Je recommande à l'impératrice de faire restituer au comte Bertrand les 30.000 frs. de rente qu'il possède dans le duché de Parme et sur le monte Napoleone de Milan, ainsi que les arrérages échus.

Codicille du 24 avril 1821, Art. 1.

Signé: Napoléon.

féreront à la demande que vous leur adresserez, plutôt que de nous mettre daus le cas de recourir à la voie judiciaire et de nous rendre intervenans au nom de la tutelle dans le procès qui a déjà été agité entre eux et la maison Lafitte. On n'entrevoit d'ailleurs pas sous quel motif ils pourraient se refuser à une communication régulière et complète, lorsqu'ils avouent eux-mêmes que le testament a été montré en entier au gouvernement Français. Il est d'un principe général et il est consacré comme tel dans le code civil de France, que les tuteurs ne peuvent ni accepter ni répudier une succession sans l'autorisation du conseil de famille et par conséquent, sans une délibération motivée. Or comment serait-il possible d'autoriser la répudiation, l'acceptation ou l'approbation d'actes testamentaires dont une partie des dispositious connues pourraient être essentiellement modifiées par celles dont on ignore la nature et le contenu?

V. E. est priée de faire valoir ces considérations tant à l'égard des exécuteurs testamentaires que vis-à-vis du ministère de S. M. T. Ch[ne]; Vous inviterez à cet effet les exécuteurs testamentaires à venir prendre connaissance de la dépêche ostensible. Vous y ajouterez que du moment que les exécuteurs du testament auront satisfait à ce préalable et qu'ils auront affirmé et fourni la preuve en forme probante, que la communication est intégrale et sans nulle réserve, la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt sera à même de prendre une détermination définitive.

Il importe d'autant plus de leur tenir à cet égard un langage clair et positif, que d'après la marche oblique arbitraire, pleine de réserve et d'irrégularités qu'ils ont tenue jusqu'à présent, on a tout lieu de croire que dans chacune de leurs démarches ils ne sont guidés que par le désir de faire prévaloir leur intérêt particulier et de s'approprier pour eux et pour les autres personnes qui ont accompagné le prisonnier de Ste-Hélène dans le lieu de son exil, les fonds les plus liquides de la succession et d'en frustrer soit l'héritier naturel, soit les autres légataires desquels ils veulent se séparer.

V. E. aura déjà été à même de prendre une opinion défavorable de MM. les exécuteurs du testament d'après les tergiversations dont ils ont usé envers Elle, d'après l'affectation de mystère dont ils ont cherché à couvrir leurs démarches, d'après la tentative qu'ils ont faite de s'emparer du dépôt de Lafitte, et le parti auquel ils se sont ensuite décidés de pactiser de leur propre autorité avec le dépositaire, et enfin d'après les communications tardives incomplètes auxquelles ils ne se sont portés qu'après avoir laissé écouler plusieurs mois, puisque leur démarche envers Mme la duchesse de Parme n'est que du 12 mai 1822, tandis que le testateur était déjà décédé depuis le 5 mai 1821.

S'il pouvait vous rester le moindre doute, Mr. le baron, sur les vues toutes d'intérêt particulier de MM. les exécuteurs et sur les intentions arbitraires et exclusives qu'ils veulent apporter à l'exécution des dispositions testamentaires, il suffira Mr. le baron, que vous preniez connaissance d'une lettre que Mr. le marquis de Semonville, beau-père du comte de Montholon, a écrite à ce sujet au conseiller aulique de Floret le 12 mai, le même jour où les exécuteurs testamentaires adressaient à Mme la duchesse de Parme une communication tronquée et dénuée de toute forme propre à faire foi. J'ai l'honneur de joindre ici cette ouverture confidentielle du marquis de Somonville que vous voudrez bien me restituer, après avoir pris lecture de cette pièce insidieuse. Muni des données que renferme cette lettre, vous pourrez aborder, avec plus de connaissance de leurs arrière-pensées, la discussion verbale à laquelle vous inviterez MM. les exécuteurs testamentaires; et vous pourrez tirer plus d'avantage de la crainte qu'ils ont de devoir entrer en lutte avec tous les légataires et intéressés auxquels ils voudraient opposer le nom de Mme l'archiduchesse en se retranchant derrière sa prétendue volonté. V. E. verra par le dernier point de la résolution souveraine que S. M. I. a ordonné qu'il lui soit soumis un travail sur la question s'il serait utile ou nécessaire pour l'assurance des droits éventuels do succession du duc de Reichstadt, d'obtenir du gouvernement Français une mesure par laquelle la somme déposée chez le banquier Lafitte fût mise à l'abri de toute atteinte et placée virtuellement sous sequestre. Vous pourriez prendre occasion de la communication que vous serez dans le cas de fairo de ma dépêche ostensible à Mr. le vicomte de Montmorency, pour toucher préliminairement cette question et tâcher d'apprendre quelle serait à cet égard l'opinion de ce ministre. Je me réserve toutefois de prévenir sur cet objet, dans une autre expédition. Recevez — — — — — — — — — — — — — — —

XXVIII.

Outre les pièces copiées d'autre part, il existe une pièce non signée, dont le commencement a été écrit par feu l'empereur Napoléon et dont le reste a été écrit sous sa dictée par le général Montholon. Nous ne faisons mention que pour mémoire do cette pièce qui est encore à Londres. Nous n'en avons pas de copie, mais elle porte en substance les dispositions ci-après:

Cet acte intitulé 8ème codicille porte la date du 28 avril 1821.

Par l'article 1er écrit de la main de l'empereur Napoléon, il recommande à son auguste épouso Mr. Antomarchi son chirurgien, lui demande de l'attacher à sa maison ot de lui accorder une pension de 6000 frs.

Par l'article 2e également écrit de la main de feu l'empereur il recommande à son auguste épouse l'abbé Vignali, lui demande de l'attacher à sa maison comme aumônier jusqu'à la majorité du prince leur fils, époque à laquelle il exprime le désir que l'abbé Vignali passe au service de ce prince, comme aumônier.

Attesté et certifié avoir lu les deux premiers articles mentionnés ci-contre écrits de la main du testateur.

Paris, 17 octobre 1822.

Signé: Bertrand, Montholon, Marchand.

L'article 3 dicté au général Montholon, donne à Mme mère de S. M. différens biens en Corse de peu de valeur, dans la supposition que par acte de son règne S. M. n'en aurait pas disposé.

L'article 4 également dicté au général Montholon, exprime le désir que la princesse Pauline rentre dans la possession de la ville St. Martin à l'île d'Elbe.

Par l'articlo 5 feu l'emporeur Napoléon donno à la comtesse Bertrand et à la comtosse de Montholon, la moitié d'un cabaret de porcelaine do Sèvres, dont l'autre moitié reste au prince son fils, conformément aux dispositions du § IV de l'état A joint au testament.

L'articlo 6 donne au cardinal Fesch quelques biens en Corse de peu de valeur, dont le partage était oncore à faire, à ce que pensait S. M.

Paris, ce 17 octobre 1822.

Signé: Montholon.

XXIX.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Vérone, le 22 octobre 1822.

Monsieur l'ambassadeur!

L'intéressante expédition de Mr. le comte de Brunetti que V. E. m'a transmise par Son rapport Nr. 46 en date du 17 de ce mois m'est parvenue ce matin, et vous avez prévenu mos intentions Mr. le baron en me l'envoyant par courrier; mais j'ai vivoment regretté, qu'au lieu do me la trausmettre par le courrier Espagnol qui avait été oxpédié de Madrid, et dont l'arrivée à Vérone, au milieu des souverains et de leurs cabinets, ne pouvait manquer de fixer tous les yeux de l'Europe sur l'Autriche, V. E. n'ait pas confié cette course de préférence à un des employés do l'ambassade ou à Son adjutant. Mr. le comte de Buol et Mr. le comte de Merveldt

sont trop peu occupés dans ce moment, où toutes les affaires se concentrent ici, pour que V. E. ne puisse pas Se passer de l'un ou de l'autre pendant quelques semaines, et c'est d'ailleurs fournir à ces jeunes gens une occasion favorable de faire un voyage utile et d'augmenter le cercle de leurs couuaissances. Je vous engage donc à les employer l'un et l'autre pendant la durée de la réunion de Vérone à ce genre de service, et à m'expédier nommément l'un de ces deux Messieurs avec la collection complète des actes renfermant les dernières volontés de Napoléon Bonaparte, que vous m'annoncez vous avoir été remises par MM. Bertrand, Montholon et Marchaud. Soit que je sois dans le cas d'en faire usage ici ou non, V. E. sentira que je doive mettre du prix à prendre connaissauce d'actes aussi importants. Mr. le baron de Binder et Mr. le comte de Merveldt ayant l'un et l'autre une voiture de la cour à leur disposition, elles peuvent servir pour ceux des employés de l'ambassade que V. E. sera dans lo cas de m'expédier en courrier. A l'exception de LL. MM. les rois de Sardaigne et de Naples qui ne sont attendus ici qu'à la fin du mois, tous les souverains invités à prendre part à la réunion de Vérone s'y trouvent réunis avec leurs cabinets depuis le 16 de ce mois, et les grandes affaires qui doivent s'y traiter out commeucé depuis quelques jours sous des auspices favorables.

Je —

XXX.

Mémoire remis par Mr. de Sémonville au général Pozzo di Borgo, pour être soumis par lui à l'empereur Aléxandre.

26. August 1822.

S'il est vrai que le plus grand évènement de l'histoire moderne soit l'élévation et la chute de Napoléon, les souverains qui, pour rendre la paix au monde, l'ont condamné à uu exil éternel, penseront, sans doute, que ses mânes exerceront encore pendant une génération une influence notable sur le repos de l'Europe. C'est dans cette prévoyance qu'ils tiennent éloignés ses restes mortels. Mais cette précaution serait vaine si elle était isolée. Il est d'autres objets moins matériels, plus propres encore à agiter longtemps les esprits, et par conséquent de nature à mériter l'attention des souverains.

Napoléon mort, objet de l'idolâtrie intéressée des uns et des outrages déhontés des autres, occupe encore toutes les pensées. Tous les traits de cette tragédie sont présens à la mémoire des peuples. Ils se souviennent

également et du jour où un ostracisme d'un genre nouveau lui fut signifié, et de la promesse solennelle prononcée par l'Angleterre, au nom des puissances, que ses volontés dernières seraient respectées.

Quinze mois se sont écoulés, aucune n'a reçu son exécution.

On ne parle point de cette partie de ses volontés dans laquelle Napoléon, croyant encore porter la couronne, a prétendu léguer à des provinces, à des villes, à des corps militaires des sommes énormes que l'abdication de Fontainebleau avait ravies à son pouvoir. Quel que soit l'emploi qui a pu en être fait postérieurement, Napoléon n'a point le droit d'en connaître. Il ne peut s'être fait illusion sur cette vérité. Aussi ses exécuteurs ont-ils, dans leur prudence, considéré cette partie de son testament plutôt comme un appel à des passions vengeresses que comme des dispositions réelles. Ils ont soigneusement séparé les unes des autres et regardé comme leur premier devoir, en revoyant le sol de la patrie, de faire hommage au duc de Richelieu d'une confiance qu'il méritait si bien.

MM. de Montholon et Bertrand lui ont remis le testament et ont pris dans ses mains l'engagement de concilier leurs religieuses obligations avec un respect profond pour le gouvernement du roi et la tranquillité publique.

La retraite de ce ministre et, plus tard, sa mort déplorable, ont consterné les légataires sans rien changer à leurs résolutions. Des personnes, animées par des sentiments contraires aux leurs, ayant déterminé Mr. Lafitte à contester la remise du dépôt, Mr. de Montholon, d'après l'invitation du duc, est reparti pour l'Angleterre, afin d'y déposer le testament à la cour de Canterbury, dans la vue de pouvoir n'en communiquer aux tribunaux de France que des extraits dépouillés de considérations politiques.

Ce plan a été suivi sous le ministère présent, avec une véritable abstination de la part des exécuteurs; car le tribunal qui ne doit connaître que ses formes et la lettre de la loi, en repoussant toutes les allégations de Mr. Lafitte, a cependant déclaré les exécuteurs non recevables jusqu'à la production de l'acte intégral; au moment où ils venaient de déclarer à la barre que, le tribunal leur en donna-t-il l'ordre, leur délicatesse leur défendrait de l'exécuter.

Elle a été, si non récompensée, du moins sentie enfin par Mr. Lafitte.

Mieux conseillé, il a souscrit, le même jour, la transaction qu'on lui avait offerte à diverses reprises avant la plaidoierie.

Les exécuteurs ont arrêté son compte, les fonds restent dans ses mains jusqu'à ce que le gouvernement Français et l'héritier naturel consentent à sa libération; il acquitte les intérêts.

Ces intérêts, à quatre pour cent, sont employés à procurer quelques secours à des légataires nécessiteux, particulièrement à de pauvres serviteurs de Ste-Hélène.

Le gouvernement Français a fait jusqu'à présent ce qui était en son pouvoir pour la sécurité de Mr. Lafitte. Indépendamment des assurances répétées qu'il a reçues du ministre des finances, le procureur du roi n'a pris aucune conclusion en faveur du domaine. Il y a plus; le domaine lui-même, après le jugement, a perçu sur Mr. de Montholon les droits résultants des sommes déposées pour compte des légataires chez Mr. Lafitte. Cette perception, très onéreuse pour les exécuteurs testamentaires, est la renonciation la plus formelle que puisse faire le domaine à toute prétension.

L'exécution testamentaire dépend donc uniquement aujourd'hui de l'adhésion de l'héritier naturel, en d'autres termes de la cour de Vienne.

Les exécuteurs ont réclamé son intervention officiellement par le ministère de Mr. Vincent, confidentiellement par l'intermédiaire de Mr. de Floret, ami de l'un d'entr'eux. L'ambassadeur a reçu leurs communications avec les formes polies qui le caractérisent; il a promis de les transmettre à sa cour, et déclare n'avoir encore aucune instruction. Mr. de Floret, dans une dépêche particulière, annonce qu'on attend les déterminations de l'archiduchesse Marie Louise, et paraît persuadé que cette princesse donnera dans cette circonstance des preuves nouvelles du haut désintéressement dont elle a offert l'exemple à l'univers dans les dernières années. Il semble ne point douter qu'elle ne laisse un libre cours aux volontés de l'illustre défunt, conformément à la loi et à l'équité. Cependant le temps s'écoule sans qu'il soit possible aux exécuteurs de mesurer le terme de leur attente.

Sans appui sur leur terre natale, ils se refusent à recevoir l'auxiliaire des ennemis du gouvernement, les convenances leur défendent d'invoquer l'autorité du roi, et ils voient périr dans leurs mains, malgré leur zèle et leur prudence, la mission sacrée dont ils sont investis. L'histoire leur demandera compte de leurs démarches, et dès aujourd'hui les nombreux légataires, dans leur juste impatience, les accusent d'une timidité pusillanime.

Une grande responsabilité pèse sur eux; rien ne peut les y soustraire. Vainement ils diraient à l'Europe: les volontés du citoyen obscur, dont la tombe est protégée par la loi, reposent sous la garde des magistrats; nos efforts n'ont pu défendre le malheur le plus illustre qui ait effrayé le monde. Quels moyens les exécuteurs ont-ils de retirer des mains d'un banquier Français un dépôt de confiance qui devait être remis à la

première requisition? De celles de l'archidnchesse Marie Lonise, deux millions prêtés sur billet au jour de la déchéance et réclamés sur le lit de mort? De celles dn prince Eugène, deux autres millions redemandés au nom de l'honneur et de la reconnaissance au fils adoptif qui en a reçn vingt de la générosité? etc. etc. Faut-il enfin que, dans leur déplorable isolement, les exécuteurs testamentaires renoncent à la réserve qn'ils se sont imposée que, cédant aux instances des légataires désespérés de tels délais, ils appellent à lenr secours la puissance devant laquelle l'Enrope s'effraye avec raison, et qne Napoléon, mort, demandant quelques dépouilles pour les partager entre des serviteurs fidèles et d'anciens compagnons d'armes, inqniète les cabinets et trouble peut-être la France par des révélations livrées aux presses de Conquet? Ce tort si grave, si étranger aux intentions des exécuteurs, s'il devait jamais se réaliser, ne pourrait leur être imputé; ils n'en redoutent pas moins les apparences et les effets. Dans l'espoir de les prévenir, ils se sont demandés s'il serait indigne dn personnage le plns auguste de couvrir de sa haute protection les compagnons d'infortune d'un homme qui, par tant de hauts faits, s'était élevé à l'honneur d'être son allié, plns tard, malheureusement, son ennemi; si, enfin, les exécuteurs testamentaires de Napoléon vaincn, désarmé et encore enchaîné après sa mort, suppliant devant le trône d'Alexandre, étaient un spectacle au-dessons de sa magnanimité? Ils attendent et osent même espérer ses décisions suprêmes. La piété d'Achille pour l'infortune a illustré son nom autant que ses exploits.

XXXI.

Der Vicepräsident der Obersten Justizhofstelle, Freiherr von Gärtner, an den Fürsten Metternich.

Wien, am 24. Jannar 1823.

Durchlauchtiger Fürst!

Dnrch hohes Rescript vom 9. Jänner l. J. haben E. D. mir die im Anschlusse gehorsamst zurückfolgenden Acten mitgetheilt nnd mir aufgetragen, Hochdenenselben mein in juridischer Hinsicht motivirtes Gutachten über die von Napoleon Bonaparte hinterlassenen letztwilligen Anordnungen überhaupt und über vier diesen Gegenstand besonders betreffende Fragen vorzulegen.

Das Ausserordentliche der Lage, in welcher sich der Testator auf der Insel St. Helena befand, macht es sehr schwierig, einen festen

Anhaltspunkt zn einer streng rechtlichen Prüfung dieses Gegenstandes zu finden.

Napoleon Bonaparte hat an mehreren Stellen seines letzten Willens verdeckt zu erkennen gegeben, dass er bis an sein Lebensende nicht aufhöre, sich nnd seinen Herrn Sohn für Franzosen zn halten. Die Testamentsexecutoren scheinen hierüber keinen Zweifel zu hegen. Die Folge dieser Voraussetzung würde sein, dass die Giltigkeit der letztwilligen Verfügungen nnd das Successionsrecht des natürlichen Erben nach französischen Gesetzen zu beurtheilen wären, und dass, wenn hierüber Schwierigkeiten entstünden, nur die französischen Gerichte competent wären. Ich darf mir nicht anmassen, E. D. auf die bei der Frage: ob Napoleon Bonaparte bei seinem Ableben annoch Franzose war? vielleicht eintretenden politischen Rücksichten aufmerksam zu machen. Eben so wenig habe icb zu untersuchen, ob es nicht rathsam sein dürfte, diese Frage in den Verhandlungen mit anderen Höfen oder mit den Testamentsexecutoren möglichst zu umgehen. Da ich aber aufgefordert bin, E. D. meine Ansichten aus dem juridischen Gesichtspunkte über den ganzen Successionsfall zu eröffnen, so kann ich meines Orts in gegenwärtiger Aeusserung nicht unterlassen, mich über erwähnte Frage auszusprechen, indem sie auf die Beurtheilung der Sache den wesentlichsten Einfluss hat.

Napoleon Bonaparte war ein geborner Franzose, weil zur Zeit seiner Geburt Corsica bereits ein Bestandtheil von Frankreich war. Er war daher von Geburt französischer Unterthan, oder um mich des jetzt mehr üblichen, aber doch gleichbedeutenden Ausdruckes zn bedienen, französischer Staatsbürger, Citoyen. Dass er diese Eigenschaft in dem Augenblicke verloren hat, wo er sich die französische Kaiserkrone aufsetzte, lässt sich um deswillen nicht bezweifeln, weil Niemand zugleich Souverän nnd Unterthan desselben Staates sein kann.

Durch die Renunciationsacte, welche Napoleon Bonaparte am 11. April 1814 zu Fontainebleau ausstellte, und durch den ersten Artikel des an demselben Tage zu Paris geschlossenen Tractats hat er seine Souveränetätsrechte über Frankreich nnd Italien mit einziger Ausnahme der Insel Elba gänzlich aufgegeben. Elba wurde durch den dritten Artikel erwähnten Tractats ein abgesondertes Fürstenthum, welches er lebenslänglich mit voller Souveränetät besitzen sollte. In dem neunten Artikel verzichtete er überdies auf alles Eigenthum, was er in Frankreich als domaine extraordinaire oder als domaine privé besass.

Nach den Grundsätzen des Natur- und Völkerrechts ist es meines Erachtens klar, dass Napoleon Bonaparte, der früher schon aufgehört hatte, französischer Bürger zu sein, und nun die Souveränetät über Frank-

reich aufgab, dadurch für **Frankreich ein Fremder wurde.** Er trat gegen Frankreich in die Verhältnisse, in welchen jeder andere europäische Souverän gegen Frankreich steht.

Das nämliche Resultat ergibt sich, wenn man die Sache nach dem Code Napoléon selbst beurtheilen will. In dem § 17 dieses Gesetzbuches heisst es:

‚La qualité de Français se perdra 1° par la naturalisation acquise en pays étranger; 2° par l'acceptation non autorisée par le gouvernement de fonctions publiques conférées par un gouvernement étranger; 3° par l'affiliation à toute corporation qui exigera des distinctions de naissance; 4° enfin par tout établissement fait en pays étranger sans esprit de retour.'

Es lässt sich nicht widerstreiten, dass Elba durch den Tractat vom 11. April 1814 für Frankreich ein fremdes Land geworden ist, und dass Napoleon Bonaparte, indem er Souverän dieser von ihm selbst zu seinem beständigen künftigen Aufenthalt gewählten Insel auf Lebenszeit wurde, ein établissement en pays étranger sans esprit de retour erhielt. Mithin hat er selbst nach den Vorschriften des Code Napoléon die Eigenschaft eines Franzosen verloren.

Der tractatwidrige Versuch, welchen Napoleon Bonaparte im Jahre 1815 machte, um den französischen Thron neuerdings zu besteigen, konnte ihm die verlorne Eigenschaft eines Franzosen nicht wiedergeben und überhaupt an seinen persönlichen Rechtsverhältnissen gegen Frankreich nichts ändern. Auch hierüber enthält der Code Napoléon eine klare Bestimmung im § 18, welcher sagt:

‚Le Français qui aura perdu sa qualité de Français pourra toujours la recouvrer en rentrant en France avec l'autorisation du gouvernement et en déclarant qu'il veut s'y fixer et qu'il renonce à toute distinction contraire à la loi Française.'

Im § 20 wird noch hinzugefügt, dass Diejenigen, welche nach dem § 18 das Bürgerrecht wieder erlangen wollen, vorerst die dort vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen und sich desselben ausserdem nicht zu erfreuen haben. Je offenbarer es ist, dass Napoleon Bonaparte im Jahre 1815 ohne Autorisation der französischen Regierung, ja sogar sehr gegen ihren Willen, nach Frankreich kam, und dass er hiebei nicht auf jede dem französischen Gesetze zuwiderlaufende Distinction verzichtet, vielmehr die Regierung zu stürzen gesucht hat, um so weniger kann angenommen werden, dass er, der, wo nicht im Jahre 1814, doch wenigstens im Jahre 1815 nach den oben allegirten Gesetzstellen aufgehört hatte, Franzose zu sein, es durch seine Rückkehr nach Frankreich im

Jahre 1815 und durch seinen damaligen kurzen Aufenthalt in diesem Lande wieder geworden wäre.

Dass die folgenden Begebenheiten, wodurch Napoleon Bonaparte Staatsgefangener der grossen verbündeten Mächte wurde, ihm das französische Bürgerrecht nicht verschaffen konnten, versteht sich wohl von selbst. Meines Wissens hat auch die königl. französische Regierung nie zu erkennen gegeben, dass sie ihn als französischen Unterthan betrachte, und sie hätte dieses nicht thun können, ohne sich mit ihren obenerwähnten Gesetzen in Widerspruch zu setzen.

Unser Zeitalter kennt einige Beispiele von Regenten, die sich zwar von der Regierung zurückgezogen, aber keinem Staate als Unterthanen unterworfen haben. Ohnerachtet Napoleon Bonaparte die Souveränetät von Elba nicht freiwillig aufgegeben hat, so kam er doch mit ebenerwähnten Regenten gewissermassen in eine ähnliche Lage, weil er auch aufhörte, Souverän zu sein, ohne doch auf irgend eine Art Unterthan eines andern Souveräns zu werden. Aber der Umstand, dass er im englischen Gebiete lebte, verpflichtete ihn, sich nach den englischen Gesetzen zu richten, weil Jeder, der in einem fremden Staate lebt (mit Ausnahme der diplomatischen Personen), für die Dauer seines Aufenthaltes den Landesgesetzen unterworfen ist. Von der juridischen Seite betrachtet, glaube ich demnach meine unvorgreifliche Meinung dahin devotest aussprechen zu sollen, dass Napoleon Bonaparte zur Zeit der Errichtung seines letzten Willens und zur Zeit seines Todes kein französischer Unterthan war, mithin weder I. M. die Frau Erzherzogin Marie Louise als Witwe eines Franzosen, noch der Herr Herzog von Reichstadt als Franzose betrachtet werden können.

Irre ich in diesen Voraussetzungen nicht, so glaube ich hieraus die doppelte Schlussfolge ziehen zu dürfen, nämlich:

1. Dass die Giltigkeit der letztwilligen Anordnungen Napoleon Bonaparte's und die Successionsrechte seines Herrn Sohnes nicht nach französischen Gesetzen zu beurtheilen sind, und

2. dass die französischen Gerichte in denen die Verlassenschaft betreffenden und etwa zur gerichtlichen Verhandlung gelangenden Angelegenheiten der Regel nach, und wo kein besonderer Grund für ihre Gerichtsbarkeit eintritt, nicht als competent betrachtet werden können.

Soviel den ersten Punkt, nämlich die Anwendbarkeit der französischen Gesetze, betrifft, so scheint mir an sich klar, dass, nachdem weder der Testator, noch sein natürlicher Erbe als Franzosen betrachtet werden können, nachdem das Testament weder in Frankreich errichtet, noch deponirt worden ist, nachdem sich der Sterbefall nicht in Frankreich

Digitized by Google

ereignet hat, nachdem keine zu der Masse gehörigen Realitäten in Frankreich liegen, und nachdem sich von der Masse weiter nichts als eine blos persönliche Forderung des Erblassers an das Handlungshaus Lafitte in Frankreich befindet, kein Grund erübriget, aus welchem behauptet werden könnte, dass die Giltigkeit des Testaments und seiner Codicillen und das Successionsrecht des natürlichen Erben nach den Gesetzen Frankreichs zu beurtheilen seien, für welches Erblasser, Erben und Erbschaft gleich fremd sind. Der Umstand, dass Lafitte dem Verstorbenen und nun der Masse eine bedeutende Summe schuldet, kann an dieser rechtlichen Ansicht nichts ändern und hat keinen anderen Erfolg, als dass die Rechte und Verbindlichkeiten zwischen der Masse und Lafitte nach französischen Gesetzen bemessen werden müssen. Nie aber kann aus dem Zufalle, dass ein Fremder eine persönliche Forderung an einen französischen Handelsmann besitzt, der Schluss gezogen werden, dass die Bestimmungen des französischen Gesetzes auf den letzten Willen dieses Fremden und auf die Erbrechte in sein ganzes Vermögen oder auch nur in das französische Activum anwendbar seien.

Anders würde sich die Sache verhalten, wenn Napoleon Bonaparte bei seinem Ableben Realitäten in Frankreich besessen hätte, welches aber nicht der Fall ist, weil er seine sämmtlichen Domänen bereits durch den Tractat vom 11. April 1814 der französischen Krone abgetreten hatte.

Nach meiner geringen Einsicht lässt sich nicht wohl etwas Anderes annehmen, als dass blos die englischen, auf St. Helena eingeführten Gesetze auf die letztwilligen Anordnungen Napoleon Bonaparte's und die Erbrechte in seinen Nachlass anwendbar seien, weil nicht nur die letztwilligen Anordnungen in Helena errichtet sind und jedes Geschäft nach den Gesetzen des Ortes, wo es eingegangen wurde, zu beurtheilen ist, sondern auch Napoleon Bonaparte selbst, wie ich eben bemerkte, während seines Aufenthaltes in englischem Gebiete den englischen Gesetzen unterstand.

Aus den eben angeführten Gründen, welche nach meiner geringen Einsicht beweisen, dass auf die ganze Sache nicht die französischen, sondern nur die englischen Gesetze anwendbar sind, ergibt sich, wie mir scheint, ebenso richtig, dass, woferne gerichtliche Entscheidungen über die Giltigkeit und Wirksamkeit der letztwilligen Dispositionen oder über die Successionsrechte des natürlichen Erben nothwendig werden sollten, nicht die französischen, sondern die englischen Tribunale competente Richter sein würden. Nach der allgemeinen Regel dürfen die Jurisdictionsgrenzen nicht über die Landesgrenzen ausgedehnt werden, und es kann daher keiner Gerichtsbehörde zustehen, sich in Erbschaftssachen eines

ausser ibrem Gericbtssprengel verstorbenen nnd in demselben nicht ansässigen Fremden für competent zu erklären. Docb können besondere Gründe eintreten, wodurcb die französischen Tribunale competent werden, über einzelne auf den von Napoleon Bonaparte hinterbliebenen Nacblass bezugnehmende Rechtssacben zu entscheiden. Die Forderung der Masse an Lafitte hat bereits Anlass zu einem Processe gegeben, in welchem das Tribunal erster Instanz zu Paris vollkommen competent war, weil der in Paris domicilirende Lafitte in dieser Sache der Beklagte gewesen ist. Es wäre ferner möglich, dass Legatare oder andere Gläubiger der Masse, um für ihre Forderungen Sicherheit oder ein Pfandrecht zu erlangen, auf die bei Lafitte liegenden Summen Beschlag oder Arrest nachsnchten. Dadurch würde die Jurisdiction der Pariser Tribnnale abermals insoweit gegründet werden, dass sie zu erkennen hätten, ob der Beschlag oder Arrest zu bewilligen und ob die Ansprüche besagter Reclamanten, insoweit sie die bei Lafitte liegenden Summen nicht übersteigen, liquid seien.

Weiter, als sich die Jurisdiction der französischen Tribunale durch dergleichen specielle Titel begründen lässt, steht sie ihnen nach meiner geringen Einsicbt nicht zu. Nur kann ich hier nicht unbemerkt lassen, dass der Code Napoléon den französischen Tribunalen eine viel ausgedehntere Jurisdiction einräumt. Der bekannte § 14 dieses Gesetzbnches sagt nämlich: ‚L'étranger, même non résidant en France, pourra être cité devant les tribunaux Français pour l'exécution des obligations par lui contractées en France avec un Français; il pourra être tradnit devant les tribunaux de France pour les obligations par lni contractées en pays étranger envers des Français.' Durch diese Verfügung ist die allgemeine Rechtsregel, dass der Kläger dem Gerichtsstande des Beklagten zu folgen hat, umgestossen und das Recht aller souveränen Staaten, ihre Untertbanen nicht vor fremde Gerichte ziehen zn lassen, verletzt. Meines Ermessens kann keine Regierung, ohne ihrer Würde zu vergeben und das Interesse ihrer Unterthanen zu opfern, besagte Disposition als giltig anerkennen, wie sie dann selbst zu den Zeiten der französischen Uebermacht, wenigstens von österreichischer Seite, nie anerkannt worden ist. Wenn sich daher auch aus dem allegirten § 14 des Code Napoléon folgern liesse, dass jeder Franzose, der aus irgend einem Grunde gegen die Masse oder Erben Napoleon Bonaparte's eine Klage anbringen will, sie bei irgend einem ihm beliebigen französischen Gerichte anbringen könne: so glaube ich doch, dass nach richtigen Rechtsgrundsätzen die Jurisdiction der französischen Gerichte sich oben bemerkter Massen auf die Fälle beschränken müsse, wo ein besonderer

Digitized by Google

Titel zu ihrer Begründung vorhanden ist, z. B. wenn ein Franzose als Schuldner der Masse belangt oder wenn auf das in Frankreich befindliche Activum der Masse Arrest gelegt wird.

Nach diesen blos allgemeinen juridischen Bemerkungen, welche mir jedoch dazu nöthig schienen, um einen festen Anhaltspunkt bei Beurtheilung der Sache von der rechtlichen Seite zu erhalten, wende ich mich zur Beantwortung der mir von E. D. vorgelegten Fragen, wovon die erste dahin geht, ob es räthlich sei, dass I. M. die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma als überlebende Gattin und S. M. der Kaiser als Vormund des Herrn Herzogs von Reichstadt den letztwilligen Anordnungen Napoleon Bonaparte's ihre Beistimmung und Bestätigung ertheilen, wie die Herren Bertrand, Montholon und Marchand in dem an die Frau Erzherzogin am 12. Mai 1822 gerichteten Schreiben ausdrücklich angesucht haben.

Die Testamentsexecutoren haben in ihrem Schreiben vom 12. Mai 1822 die Frau Erzherzogin als überlebende Gemahlin und Vormünderin ersucht: ‚de vouloir bien donner son approbation et sa sanction aux volontés testamentaires de l'illustre défunt'. Nach dem Code Napoléon ist nur die Mutter Vormünderin. Hieraus erklärt sich, warum die Testamentsexecutoren sich nur an die Frau Erzherzogin wendeten, ohne den nämlichen Schritt bei S. M. dem Kaiser zu thun.

Sie konnten von ihr nicht eine Erklärung verlangen, ob Höchstdieselbe namens ihres Herrn Sohnes die Erbschaft annehme, weil Napoleon Bonaparte denselben nicht zum Erben eingesetzt, sondern nur mit Legaten bedacht hat. Sie wollten, wie es scheint, nur versichert sein, ob die Frau Erzherzogin namens ihres Herrn Sohnes das Testament nicht anzugreifen oder in welcher Art sie dessen Erbsansprüche geltend zu machen gesonnen sei.

Aus diesem Grunde wählten die Executoren den unpassenden Ausdruck: ‚de donner son approbation et sa sanction'.

Hiezu können, wie E. D. mir bereits bemerklich zu machen geruhten, I. M. die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma sich auf keine Art berufen fühlen. Es scheint demnach nur darauf anzukommen, ob und in welcher Art versucht werden könnte, dem Herrn Herzoge von Reichstadt einen Theil der väterlichen Verlassenschaft zu verschaffen, oder ob (welches E. D. zum Gegenstande der zweiten mir vorgelegten Frage gemacht haben) dem Interesse des Herrn Herzogs von Reichstadt und der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma nicht mehr entsprechen würde, auf die Erbschaft ganz zu verzichten

Hiebei entsteht vorerst die Frage, wie hoch sich das von Napoleon Bonaparte hinterlassene Vermögen belaufe? Der bekannte Theil desselben besteht aus dem auf St. Helena gewesenen Mobiliare und baarem Geld, einigen hie und da deponirten Gegenständen und der bei Lafitte deponirten Summe. Ausserdem will noch das, was der Testator in seinem Testamente als sein Eigenthum angesprochen hat, hinzugerechnet werden, nämlich eine Forderung von zwei Millionen Franken an die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma eine gleich grosse Forderung an den Herzog von Leuchtenberg und endlich das Domaine privé des Verstorbenen in Frankreich und Italien. Soviel den Anspruch an die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma anlangt, so kann ich aus den mir gnädigst mitgetheilten Actenstücken nicht mit Gewissheit entnehmen, woher die Höchstderselben vor ihrer Abreise aus Frankreich bezahlte Summe von etwas über 2,000.000 Franken genommen worden ist. Waren es Staatsgelder, so hat Napoleon Bonaparte nicht das mindeste Recht, sie als einen Theil seines Vermögens zu betrachten und darüber zu disponiren. Höchstens könnte die jetzige französische Regierung sie reclamiren, wogegen es aber der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma nicht schwer sein dürfte, sich zu vertheidigen, indem sie von Frankreich jedenfalls den ihrem hohen Stande gemässen Unterhalt bis zur Besitznahme ihres neuen Etablissements ansprechen, und äussersten Falls mit der überwiegenden Gegenforderung für die ihr jährlich zugesagte, aber nie bezahlte Summe von einer Million Franken compensiren kann. Wenn hingegen die im April 1814 der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma bezahlten zwei Millionen Franken aus dem Privatvermögen Napoleon Bonaparte's herrührten (was mir jedoch sehr unwahrscheinlich dünkt), so wird die Frau Erzherzogin sich von dem Rückersatz derselben nicht blos durch andere etwaige Gegenforderungen, sondern auch dadurch losmachen können, dass ihr Gemahl verpflichtet war, die ihr nicht aus der Staatscasse zugeflossenen Mittel zum Unterhalte ihres Hofstaates und zur Bestreitung der Reisekosten zu verschaffen. Jedenfalls muss dieses angebliche Activum der Masse als sehr zweifelhaft angesehen werden, und es würde dem Interesse des Herrn Herzogs von Reichstadt wohl keineswegs zusagen, wenn solches für die Masse hereingebracht und dadurch den Legatarien wenigstens zum grossen Theil zugewendet, zugleich aber dem Vermögen seiner Frau Mutter entzogen würde. Bei der bekannten schlechten Beschaffenheit der französischen Tribunale dürfte es jedoch besonders wünschenswerth sein, diesen Gegenstand nicht zu ihrer Entscheidung gelangen zu lassen, und wenn von den Testamentsexecutoren Miene gemacht werden sollte, die Sache bei einem französischen Tribunale anzubringen, so würde es viel-

leicht an der Zeit sein, die oben von mir gegen die Competenz derselben angeführten Gründe geltend zu machen. Es versteht sich hiebei von selbst, dass, wenn den Testamentsexecutoren die Möglichkeit benommen wird, die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma unter dem Vorwande, dass sie die Witwe eines Franzosen sei, und mit Beziehung auf den obenerwähnten § 14 des Code Napoléon vor französische Tribunale zu ziehen, ihnen keine Wahl übrig bleibt, als entweder den Anspruch ganz fallen zu lassen oder die Frau Erzherzogin als Souveränin von Parma vor ihren eigenen Gerichten zu belangen.

Soviel die 2,000.000 Franken betrifft, welche der Herzog von Leuchtenberg der Masse oder eigentlich mehreren Legatarien zahlen soll, so hängen die dessfallsigen letztwilligen Dispositionen nicht wohl zusammen. In dem Absatz III des Testaments erklärt Napoleon Bonaparte sein Domaine privé für sein ihm durch kein Gesetz entzogenes Eigenthum und schätzt es auf 200 Millionen Franken. Er rechnet darunter ausdrücklich: ‚1° le portefeuille contenant les économies faites sur ma liste civile; 2° le produit de ce portefeuille; 3° etc. etc.; 4° la liquidation de mes maisons du royaume d'Italie, tels qu'argent, argenterie, bijoux, meubles, écuries', und disponirt über das Ganze dieses Domaine privé, indem er die Hälfte den Soldaten und Officieren der alten französischen Armee und die zweite Hälfte den Städten und Dörfern im Elsass, Lothringen u. s. w. zuwendet. Dennoch wird im fünften Codicill neuerdings über zwei Millionen ‚sur la liquidation de ma liste civile d'Italie tels qu'argent, bijoux, argenterie, linge, meubles, écurie, dont le vice-roi était dépositaire et qui m'appartiennent', und zwar für andere Legatare mit dem Beisatze disponirt: ‚J'espère que sans s'autoriser d'aucune raison, mon fils Eugène Napoléon les acquittera fidèlement. Il ne peut oublier les 40 millions que je lui ai donnés soit en Italie soit par le partage de la succession de sa mère.' Man kann diese zweifache Disposition nicht wohl anders verstehen, als dass von denen im dritten Absatz der Armee und einigen Städten und Dörfern zugedachten 200 Millionen ein Betrag von 2 Millionen für die im fünften Codicill benannten Legatare abgezogen werden solle, und dass der Herzog von Leuchtenberg, ohnerachtet er aufgehört hatte, Depositär der zur italienischen Civilliste gehörigen Gelder, Activen oder wie immer gearteten Gegenstände zu sein, doch die letztgedachten 2 Millionen bezahlen solle, und zwar nöthigenfalls aus eigenen Mitteln, weil er früher 40 Millionen von Napoleon Bonaparte erhalten habe. Der Herzog von Leuchtenberg hat hievon Veranlassung genommen, in einem unter dem 30. März v. J. an S. M. den Kaiser gerichteten Schreiben um Bezahlung des Guthabens zu bitten, welches er aus der über die italienische Civil-

liste mit den k. k. Commissarien gepflogenen Abrechnung zu haben behauptet, und er macht die Bezahlung der 2 Millionen an die im fünften Codicill genannten Legatare gewissermassen von der Bezahlung erwähnten Guthabens abhängig. Ob die Testamentsexecutoren diese Einwendung werden gelten lassen, oder ob sie den Herzog von Leuchtenberg vielleicht im gerichtlichen Wege zur Zahlung zu vermögen suchen, wo sie ihn belangen werden und welchen Ausgang der Process haben wird, alles Dieses steht noch zu erwarten. Immer aber scheint es mir nicht sehr wahrscheinlich, dass die von dem Herzoge von Leuchtenberg zu zahlenden 2 Millionen eingebracht werden.

Das Domaine privé endlich, welches Napoleon Bonaparte in seinem Testamente auf 200 Millionen anschlägt und zu seinem disponiblen Vermögen rechnet, war nach meiner innigsten Ueberzeugung, und wie auch von den Testamentsexecutoren anerkannt zu werden scheint, zur Zeit seines Ablebens nicht mehr sein Eigenthum. Ueber die französischen Domänen entscheidet schon der Tractat vom 11. April 1814 in dem oben von mir angeführten 9. Artikel wortdeutlich dahin, dass das Eigenthum, welches Napoleon Bonaparte in Frankreich als Domaine extraordinaire oder als Domaine privé besass, der französischen Krone bleiben solle.

Von den Domänen und überhaupt von dem Eigenthum, welches Napoleon in Italien und in den unter seiner Regierung mit Frankreich vereinigt gewesenen, aber durch den Pariser Frieden wieder davon getrennten Ländern besass, wird in dem besagten Tractat nicht so deutlich wie in Ansehung seines Eigenthums in Frankreich gesagt, dass es an die Regierungen, welchen diese Länder zufallen würden, übergehen solle; und gerade hieraus könnte man schliessen, dass Napoleon Bonaparte vermöge des Tractats vom 11. April 1814 sein ausser Frankreich befindliches Eigenthum behalten habe. Mehrere Stellen dieses Tractats deuten jedoch an, dass dieses die Absicht der Paciscenten nicht war.

Dahin gehört die Stelle im 3. Artikel, wo eine jährliche Rente von 2 Millionen für Napoleon Bonaparte ausgeworfen wird, welches nicht nöthig gewesen und gewiss nicht geschehen wäre, wenn man die Absicht gehabt hätte, ihm die grossen Besitzungen zu lassen, welche er sich früher zugeeignet hatte.

Im 6. Artikel wird bestimmt, dass in den Ländern, auf welche Napoleon Bonaparte verzichtete, für ihn und seine Familie von den Domänen so viel ausgeschieden werden solle, dass mit Hinzuschlagung von Inscriptionen auf das grosse Buch von Frankreich eine reine jährliche Rente von $2^1/_2$ Millionen Franken entstehe, deren Vertheilung unter die Glieder der Familie hiernächst in demselben Artikel mit dem Beisatze geschieht, dass

dieselben ausserdem alles wie immer geartete bewegliche und unbewegliche Eigenthum, was sie besassen, behalten sollten. Wenn das Nämliche auch für Napoleon hätte gelten sollen, was für die Glieder seiner Familie bestimmt wurde, so hätte er hier wohl ebenso wie sie genannt werden müssen. Da man aber für ihn eine Rente auswarf, ohne ihm nebenher seiu übriges Eigenthum zu reserviren, für seine Angehörigen aber eine Rente auswarf und ihnen nebenbei noch ihr Eigenthum reservirte, so ist es mir ganz klar, dass die nicht zu der für die Bonapartistische Familie bestimmten Rente ausgeschiedenen Domänen aufhören sollten, das Eigenthum Napoleon Bonaparte's zu sein. Auch haben die Regierungen, an welche die vorher von Napoleon Bonaparte regierten Länder gelangten, sich ohne Ausnahme sein dort befindliches Eigenthum zugeeignet, und es ist mir nicht bekannt, dass Napoleon Bonaparte, während er auf der Insel Elba war, dagegen reclamirt hätte. Wollte man aber dennoch annehmen, dass der Tractat vom 11. April 1814 dem Napoleon Bonaparte sein Eigenthum, insofern es sich in deu Ländern ausser dem eigentlichen Frankreich befand, vorbehalten habe, so bleibt doch der allein schon entscheidende Umstand übrig, dass Napoleon Bonaparte, indem er durch den im Jahre 1815 versuchten Einfall in Frankreich besagten Tractat brach, sich aller ihm durch denselben vorbehaltenen Rechte verlustig machte, uud dass dieses durch die sogleich von den verbündeten Mächten erfolgte Erklärung auch öffentlich ausgesprocheu wurde. Hätte also auch Napoleon Bouaparte, während er zu Elba war, noch irgend ein Recht auf sein früheres, in den abgetretenen Ländern befindlich gewesenes Eigenthum gehabt, so hat er es doch offeubar verloren, und es ist demnach in meinen Augen unwidersprechlich, dass das Domaine privé, worüber er disponiren wollte, nicht zu seinem Vermögen oder jetzigen Nachlass gezählt werden kann.

Allem diesem zufolge besteht das bekannte, von Napoleon Bonaparte hinterlassene Vermögen blos in dem zu St. Helena befindlich gewesenen Mobiliare und baarem Gelde, einigen bei Privatpersonen angeblich verwahrten Gegenständen, dem bei Lafitte liegenden Fonds und den Forderungen an die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, und den Herzog von Leuchtenberg, wovon erstere meines Bedünkens ungegründet uud letztere höchst zweifelhaft ist. Einige andere, in den letztwilligen Anordnungen erwähnte Ansprüche, z. B. wegen Diamanten und Wechsel, au die französische Regierung sind zu offenbar ungegründet und uneinbringlich, als dass sie eine besondere Würdigung verdienten.

Ich ersehe jedoch aus dem Berichte der k. k. Botschaft zu London vom 5. Februar 1822, dass das englische Ministerium vermuthet, Napoleon

Bonaparte habe den bedeutendsten Theil seines Vermögens nach Amerika geschickt. Unstreitig sind die englischen Minister von jeher in der Lage gewesen, hierüber am besten Erkundigungen einzuziehen. Nach meiner geringen Einsicht widerstreitet dieser Vermuthung nur der einzige Umstand, dass in den nun von den Testamentsexecutoren hervorgegebenen Abschriften der letztwilligen Anordnungen keine Spur hievon vorkommt, und es doch kaum glaublich ist, dass Napoleon Bonaparte über den grössten Theil seines Vermögens nichts verfügt haben sollte. Ich erlaube mir jedoch, E. D. darauf aufmerksam zu machen, dass die Testamentsexecutoren zwar von dem Herrn Baron von Vincent aufgefordert worden sind, die letztwilligen Dispositionen vollständig hervorzugeben, dass sie aber bei der hierauf erfolgten Uebergabe der nun vorliegenden Abschriften sich keineswegs darüber bestimmt geäussert haben, ob nicht noch andere letztwillige Anordnungen vorhanden sind. Es ist daher der Fall möglich, dass noch andere Anordnungen existiren, in welchen über die amerikanischen Fonds disponirt wird, und dass diese Anordnungen sich gar nicht im Besitze der drei bekannten Testamentsexecutoren, sondern vielleicht im Besitze dessen, welchem die Fonds anvertraut sind, befinden. Schon das zweite Codicill beweiset, dass das erste nur verfasst war, um die englische Regierung zu täuschen. Haben sich die Testamentsexecutoren zu dieser Täuschung gebrauchen lassen, so glaube ich ihnen nicht Unrecht zu thun, indem ich sie fähig halte, dass sie auch mit den dem Freiherrn von Vincent mitgetheilten Abschriften eine zweite Täuschung unternommen haben. Meines unmassgeblichen Dafürhaltens ist demnach der Fall immer noch als möglich anzunehmen, dass die Verlassenschaft Napoleon Bonaparte's viel bedeutender ist, als sie bis jetzt zu sein scheint, und ich wage daher meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, dass bei den jetzt zu unternehmenden Schritten die Möglichkeit dieses Falles nicht ausser Acht zu lassen sein dürfte.

Könnten die testamentarischen Dispositionen Napoleon Bonaparte's als ungiltig umgestossen werden, so würde der Herr Herzog von Reichstadt als natürlicher Erbe den ganzen Nachlass, er mag bestehen, worin er will, in Anspruch nehmen.

Ob dieses möglich sein würde, vermag ich mit Bestimmtheit nicht zu entscheiden.

Ein Testament kann entweder wegen Mangels an den zur Giltigkeit erforderlichen gesetzlichen Förmlichkeiten oder wegen seines Inhalts angegriffen werden.

Wenn die Förmlichkeiten der von Napoleon Bonaparte verfassten letztwilligen Anordnungen nach französischen Gesetzen zu beurtheilen

wären, so würde sich kaum etwas dagegen einwenden lassen, weil sie durchaus eigenhändig ge- und unterschrieben sein sollen und von drei Zeugen gefertigt sind. Nur bei denen Anordnungen, durch welche gerade diesen Zeugen Vermächtnisse zugewendet sind, liessen sich vielleicht einige, wiewohl nicht ganz gegründete Einwendungen machen. Indessen sind diese Anordnungen, wie ich oben gezeigt zu haben glaube, nicht nach französischen, sondern nach den englischen, mir ganz unbekannten Gesetzen zu beurtheilen. Vermuthlich wird aber auch nach englischen Gesetzen das von einem Gefangenen verfasste Testament weniger Förmlichkeiten erfordern und giltig sein, sobald es von dem Testator eigenhändig ge- und unterschrieben ist. Mit Bestimmtheit könnte sich hierüber nur ein englischer Rechtsgelehrter aussprechen.

Soviel den Inhalt der Anordnungen betrifft, so ist nach französischen, sowie nach englischen und andern Gesetzen so viel klar, dass diejenigen Dispositionen, wodurch über fremdes Eigenthum disponirt wird, wirkungslos sind. Man kann nicht einmal, wie solches nach römischem Rechte gewissermassen der Fall wäre, behaupten, dass der Erbe verpflichtet sei, dem Legatar die legirte fremde Sache zu verschaffen, weil in dem ganzen letzten Willen kein Erbe eingesetzt ist. Wenn aber auch alle Dispositionen, wodurch Napoleon Bonaparte über Gegenstände, die ihm nicht gehörten, verfügt hat, als nicht geschrieben betrachtet werden, so entsteht hieraus doch noch kein Vortheil für dessen Herrn Sohn, weil denn doch die übrigen Dispositionen, wodurch Napoleon Bonaparte über sein eigenthümliches Vermögen verfügte, bei Kraft bleiben.

Wichtiger wäre die Einwendung gegen den Inhalt des Testaments, dass Napoleon Bonaparte seinen einzigen Sohn darin weder zum Erben eingesetzt, noch ex justa causa enterbt hat. Nach römischen Gesetzen wird dadurch das Testament nichtig. Das französische gibt dem Sohne nur das Recht, seinen Pflichttheil, nämlich die Hälfte des reinen Nachlasses, zu begehren, welcher den übrigen, von dem Testator bedachten Personen pro rata abgezogen wird. Was die englischen Gesetze hierwegen verfügen, ist mir unbekannt. Sollten sie aber auch dem natürlichen Erben eben die Rechte geben, wie die französischen, so sind doch nach meiner geringen Einsicht überwiegende Gründe vorhanden, die vorliegenden testamentarischen Anordnungen in Ansehung des jetzt bekannten Theiles der Verlassenschaft nicht anzufechten. E. D. haben dieselben bereits in dem unter dem 9. Jänner l. J. an mich erlassenen Rescript aufgeführt, und ich glaube nur noch folgende Bemerkungen beifügen zu sollen:

a) Da sämmtliche letztwilligen Dispositionen, wie sie gegenwärtig vorliegen, hauptsächlich darauf berechnet sind, der Welt einen Beweis

von der Grossmuth und Dankbarkeit zu geben, womit Napoleon Bonaparte sich seiner treuen Diener noch bei seinem Lebensende erinnerte, so würde ein Process, wodurch diesen Leuten ein Theil ihrer Belohnungen entzogen werden wollte, zu manchem schiefen Urtheile Anlass geben und Erinnerungen wecken, die vielleicht besser unberührt gelassen werden.

b) Ein solcher Process würde nebenher mit grossen Unannehmlichkeiten verknüpft sein, indem er, wenigstens nach meiner geringen Einsicht, nicht vor die französischen Gerichte gebracht werden dürfte. Immer würden die Testamentsexecutoren, welche zugleich als Legatarien ein sehr bedeutendes eigenes Interesse haben, Alles anfbieten, um die Sache vor die französischen Tribunale zu ziehen und insbesondere die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, wegen der Forderung von zwei Millionen Franken in Frankreich zu belangen. Man würde sich dadurch in die unangenehme Nothwendigkeit verwickelt sehen, die oben berührten, zum Theil sehr delikaten Fragen über Napoleon Bonaparte's persönliche Verhältnisse öffentlich vor Gericht zu discutiren.

c) Höchst wahrscheinlicher Weise oder beinahe gewiss würde der Vortheil, den der Herr Herzog von Reichstadt dagegen erreichen dürfte, sehr unbedeutend sein.

Ich will nicht erwähnen, dass die Testamentsexecutoren kein Mittel, deren sie sehr viele haben, unversucht lassen würden, diesen Vortheil zu schmälern und die Execution zu vereiteln. Jedenfalls würde der Werth der dem Herrn Herzog von Reichstadt legirten Objecte, und zwar in keinem geringeren Anschlage, in seinen Pflichttheil eingerechnet werden. Mithin würde der Gewinn aus dem Processe nur in dem bestehen, was er ausserdem noch bekäme. Mehrere Legate scheinen wirklich remuneratorisch und von der Art zu sein, dass sie die Natur von Erbschaftsschulden annehmen. Ueberdies sind noch andere Lasten, z. B. Funeralien, Liedlohn aus der Masse zu bestreiten. Endlich ist mir auch nicht unwahrscheinlich, dass Napoleon Bonaparte, besonders während seines letzten Aufenthalts in Frankreich, mehrere persönliche Verbindlichkeiten eingegangen haben dürfte, und dass also, wenn der Theilung seines Nachlasses einige Oeffentlichkeit gegeben wird, sich noch mehrere Gläubiger finden dürften, welche den etwaigen Erbtheil des Herrn Herzogs von Reichstadt in Anspruch nähmen.

Allem diesem zufolge glaube ich nach meiner geringen Einsicht die mir von E. D. vorgelegte erste und zweite Frage dahin devotest beantworten zu sollen, dass es auf keine Art rathsam oder von erwünschtem Erfolg sein würde, namens des Herrn Herzogs von Reichstadt von

dem jetzt bekannten Nachlasse Napoleon Bonaparte's mehr als die ihm ohnehin zugedachten Legate in Anspruch zu nehmen.

Ueber die dritte Frage: ob die von Napoleon Bonaparte dem Herrn Herzoge von Reichstadt zugedachten Legate anzunehmen seien? glaube ich lediglich den von E. D. bereits für die bejahende Beantwortung angeführten, vollkommen überzeugenden Motiven devotest beistimmen zu sollen.

Die vierte mir von E. D. vorgelegte Frage betrifft die in dem dritten Absatze des Testaments sub 4° vorkommende Stelle, in welcher Napoleon Bonaparte unter das der französischen Armee und mehreren Städten und Dörfern zugedachte Legat seines Domaine privé auch die Liquidation de ses maisons du royaume d'Italie setzt. Ich habe bereits oben die Gründe angeführt, aus welchen nach meiner vollsten Ueberzeugung Alles, was Napoleon Bonaparte als Domaine privé in Italien besass, schon vermöge des Tractats vom 11. April 1814 aufgehört hat, sein Eigenthum zu sein und in das Eigenthum der österreichischen Regierung und respective der übrigen Regierungen, an welche die vormaligeu Besitzungen Napoleon Bonaparte's in Italien gelangten, übergegangen ist, und ich habe überdies bemerkt, dass, wenn hieran auch wirklich noch ein Zweifel möglich wäre, doch soviel gewiss sei, dass Napoleon Bonaparte durch den Bruch des Tractats vom 11. April 1814 und vermöge der hierauf erfolgten öffentlichen Erklärung der verbündeten Mächte alle ihm durch den erwähnten Tractat vorbehaltenen Rechte verloren hat. Ich erlaube mir daher devotest, mich in dieser Rücksicht auf das oben Gesagte zu beziehen, woraus sich, wie ich mir schmeichle, überzeugend ergibt, dass S. k. k. Majestät sich mit voller Beruhigung als den rechtmässigen und von jedem gegründeten Anspruch gesicherten Besitzer des A. H. denenselben zugefallenen Theils von dem Eigenthum, welches Napoleon Bonaparte ehemals in Italien besass, betrachten kann.

E. D. haben geruht, mir die Entwürfe zweier Erklärungen mitzutheilen, von welchen nunmehr eine von der Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, und die andere von S. k. k. Majestät in Bezug auf den ganzen Nachlass auszustellen wäre.

Der Zweck dieser Erklärungen ist, durch die Verzichtleistung auf den Erbtheil, welcher für den Herzog von Reichstadt angesprochen werden könnte, aus allen den Unannehmlichkeiten zu scheiden, welche mit gerichtlicher Verfolgung besagten Anspruchs verbunden wären, zugleich aber die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, gegen die Prätensionen zu sichern, welche theils von dem Erblasser, theils von den Testamentsexecutoren an Höchstdieselbe gemacht worden sind.

Ich muss lediglich dem hohen Ermessen E. D. devotest anheimstellen, ob diese Erklärungen nicht nach den oben von mir aufgestellten unzielsetzlichen Ansichten in der Beziehung einigermassen modifizirt werden dürften, dass darin nicht die Anwendbarkeit der französischen Gesetze und die Competenz der französischen Gerichte ausdrücklich anerkannt und auch nicht unbestimmt auf die ganze Verlassenschaft, sondern nur auf den disponiblen Theil derselben, welcher gegenwärtig bekannt ist, verzichtet würde.

Geruhen — — — — — — — — — — — — — — — — — —

XXXII.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, ce 26 mai 1823.

Mon Prince!

J'ai l'honneur de transmettre à V. A. l'original d'une lettre que m'a adressée Mr. le vicomte de Chateaubriand touchant le testament de Bonaparte, ainsi qu'une copie de la réponse que j'y ai faite. Je vous prie, mon prince, de vouloir bien me faire connaître vos intentions à cet égard.

Je joins également une lettre que m'a adressée depuis Mr. de Bertrand et par laquelle il me communique la déclaration qu'il a faite et déposée chez un notaire d'ici, moyennant laquelle il renonce à tout accroissement de legs qui pourrait résulter en sa faveur de la succession de Ste-Hélène.

Mr. de Montholon ayant de son côté écrit à Mr. le chevalier Karcher, ce dernier a bien voulu me laisser prendre copie de sa lettre que V. A. trouvera ci-annexée. J'attendrai sur l'ensemble de ces communications les directions qu'Elle voudra bien m'adresser.

Agréez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilagen:

Chateaubriand an Baron Vincent.

Paris, le 20 mai 1823.

Monsieur le baron!

L'affaire du testament de Bonaparte étant arrangée entro les divers légataires, je vous serais infiniment obligé d'écrire à Mr. le prince de Metternich afin qu'il renonce selon l'intention de la maison d'Autriche,

aux sommes déposées dans la succession de Bonaparte, sommes indiquées dans le testament. La renonciation doit être faite entre les mains du gouvernement Français par l'intervention du ministère des affaires étrangères.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Baron Vincent an Chateaubriand.

Paris, ce 20 mai 1823.

Monsieur le vicomte!

Je viens de recevoir la lettre, en date de ce jour, que V. E. m'a fait l'honneur de m'écrire au sujet du testament de Bonaparte.

Je m'empresserai de faire part à Mr. le prince de Metternich de la lettre de V. E.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Graf Bertrand an Baron Vincent.

Paris, le 22 mai 1823.

Monsieur le baron!

Je pense que vous recevrez bientôt, si vous ne l'avez reçu une expédition de la sentence arbitrale du seizième jour de ce mois, sur la succession de Ste-Hélène.

Voici les motifs d'une déclaration dont je prends la liberté d'envoyer copie à V. E.

Dans mon opinion, si le testateur avait voulu affecter le payement des legs du 3e codicille sur un fonds spécial, il l'aurait dit clairement, ainsi qu'il l'a dit dans les 2e, 5e et 6e codicilles. Mais, j'ai la conviction qu'il a exprimé l'opinion contraire; et lors même que le chiffre sur lequel on a élevé des doutes existerait dans l'original, tel qu'on le voit dans les copies figurées, envoyées de Londres, cette circonstance ne suffirait pas, à mon avis, pour altérer le sens de cette disposition. Enfin le testateur m'ayant fait l'honneur de me dire à moi-même, que la somme de 5,300.000 francs, déposés par lui en 1815 et les intérêts de cette somme calculés à cinq pour cent, devaient suffire, déduction faite des dépenses qu'il avait ordonnées et qu'il récapitula, pour couvrir la totalité de ses legs qui s'élevait à 6 millions et quelques cent mille francs, j'ai cru devoir à ses dernières volontés cette marque de mon respect. Je suis loin

de craindre les dons de la munificence des potentats, et ma lettre à l'impératrice Marie Louise vous en serait au besoin une preuve, Mr. le baron. Mais je crois ne devoir pas accepter de quelques-uns de mes co-légataires des dons aux dépens de quelques autres; c'est ce qui m'a déterminé à remettre une déclaration précise chez le notaire dépositaire de la sentence.

L'accueil aimable que j'ai reçu de vous, Mr. le baron, me fait espérer que vous aggréerez favorablement ce nouvel envoi et que vous voudrez bien saisir l'occasion, si elle se présente, de solliciter une décision un peu prompte.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Déclaration faite à l'occasion de la sentence arbitrale relative à la succession de Ste-Hélène.

Après avoir pris lecture de la sentence arbitrale du seize de ce mois, je déclare que je renonce à tout accroissement de legs qui pourrait résulter en ma faveur:

Premièrement, de l'article trois qui exclut les légataires du 3e codicille de la participation aux fonds en dépôt chez Mr. Lafitte.

Secondement, de l'article quatre qui considère comme rémunérations et par conséquent comme payables dans leur intégralité les legs assignés aux personnes qui ont partagé la captivité de Longwood.

Paris, ce 20 mai 1823.

Le comte Bertrand.

Copie d'une lettre de Mr. de Montholon à Mr. le chevalier de Karcher.

Paris, ce 16 mai 1823.

Le jugement arbitral a décidé de toutes les questions relatives au testament et codicilles, en élaguant toutes celles qui pouvaient se rattacher directement ou indirectement à la politique. Une renonciation pure et simple à la possession des fonds, dépendant de la succession, et entre les mains de Mr. Lafitte terminerait tout. Il suffirait donc que Mr. de Vincent écrivît à Mr. de Chateaubriand dans ce sens.

Le code Français réservant impérieusement dans toute succession la part de l'héritier, qui est de moitié, quand le testateur ne laisse qu'un fils, les arbitres n'ont point ordonné le partage de cette part réservée. La part disponible ils en ont ordonné le partage au marc le franc, conformément à la loi et sans avoir égard aux droits que pourraient avoir à être

payés intégralement les légataires de Ste-Hélène; mais pénétrés cependant de toute l'étendue de ce droit que nous avions à une préférence sur les autres légataires ils se sont supposés investis des pouvoirs de l'héritier et ont dit: ‚que néanmoins prenant en considération les motifs de la réclamation élevée par le plus grand nombre des légataires de Ste-Hélène, et ce pour le seul cas où la munificence de l'héritier le porterait à délaisser aux légataires, sa portion héréditaire, pour l'accomplissement des intentions du testateur et l'acquittement de ses obligations, la distribution de la dite portion héréditaire sera faite de manière à compléter le payement intégral des legs de Ste-Hélène.

XXXIII.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 18 juillet 1823.

Mon prince!

Les exécuteurs testamentaires de Napoléon Bonaparte, informés que Mme la maréchale Bessières, duchesse d'Istrie, a fait parvenir directement à Vienne un mémoire relatif au legs qui lui revient de la succession de Bonaparte, m'ont fait parvenir la consultation ci-annexée, ainsi qu'une copie du jugement arbitral prononcé sur le partage à faire entre les légataires de Napoléon Bonaparte, avec invitation de les faire également parvenir l'une et l'autre à ma cour, afin de Lui fournir tous les documents nécessaires dans l'affaire de cette succession.

Elle voudra bien Se rappeler à cette occasion la lettre que m'a adressée sur cet objet Mr. le vicomte de Chateaubriand, et que j'ai eu l'honneur de Lui transmettre dans le temps.

J'ai en conséquence l'honneur de Lui adresser les deux pièces susindiquées que V. A. trouvera jointes sous ce pli.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Extraits du jugement arbitral porté à Paris le 16 Mai 1823 par les arbitres et amiables compositeurs nommés par le compromis fait entre les légataires de Napoléon Bonaparte le 26 avril 1822.

Passages de ce jugement arbitral desquels la connaissance intéresse plus particulièrement la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt:

L'actif et le passif de la succession ayant été reconnus comme cidessus, nous avons passé à la solution des questions suivantes:

Première question. Les droits de l'héritier de Napoléon Bonaparte doivent-ils être réservés et les légataires ne peuvent-ils exercer leurs droits que sur la portion disponible?

En ce qui touche la première question, attendu qu'aux termes de l'article neuf cent treize du code civil, le testateur qui a laissé un enfant légitime à son décès ne peut donner que la moitié de ses biens, déduction et prélèvement faits de ses dettes; que dans l'espèce le testateur a laissé un enfant légitime, d'où il suit, qu'il n'a pu donner que la moitié de ses biens.

Deuxième question. Les sept cent mille francs provenant des fruits produits par les fonds déposés chez Mr. Lafitte doivent-ils être distraits de la masse de l'actif de la succession et venir en accroissement de la portion disponible en faveur des légataires?

En ce qui touche la deuxième question, attendu qu'il est constant qu'en droit et par la nature du contrat intervenu entre le testateur et Mr. Lafitte, celui-ci ne devait aucun intérêt pour la somme de trois millions deux cent quarante huit mille cinq cents francs existant entre ses mains; que néanmoins il a déclaré que si ces fonds ont été souvent improductifs, il en a quelquefois employé dans ses affaires et qu'il consent dans la seule vue do favoriser les légataires, ayant des droits sur le capital, à les faire participer à titre particulier ot en remplacement d'intérêts, aux fruits produits par les dits fonds, lesquels il a arbitré à la somme de sept cent mille francs, qu'en conséquence la dite somme est la propriété privée des légataires et n'appartient point à la masse de la succession.

Quatrième question. Ceux des légatairos de Ste-Hélène qui réclament le payement intégral de leur legs ont-ils droit à ce privilège?

En ce qui touche la quatrième question, attendu que si le mémoire par lequel on a demandé par privilège le payement des legs faits aux légataires de Ste-Hélène, semblaient concerner tous les dits légataires, il résulte des explications données par MM. les comtes Bertrand et de Las Cases qu'ils n'entendent prendre aucune part à cette demande ,et par MM. de Montholon et Marchand que ce privilège n'est proclamé par eux que dans le cas où la portion héréditaire deviendrait disponible'.

,Attendu que, quoique les arbitres n'ayant reçu aucun pouvoir d'héritier, cependant il peut leur être permis de prévoir le cas où la munificence de l'héritier le porterait à abandonner sa portion héréditaire pour concourir autant qu'il est en lui à l'accomplissement des intentions manifestées par le testateur et à l'acquittement de ses obligations.'

Attendu que les légataires qui ont suivi le testateur dans son exil, qui ont abandonné leur famille, leur état et leur patrie pour partager sa captivité, et qui n'avaient mis aucune borne à la durée et à l'étendue de leurs sacrifices, se trouvent dans une condition particulière et ont des titres à une faveur spéciale.

Qu'ayant, en effet, été placés en premier ordre dans les dispositions faites par le testateur, il est permis de penser que, s'il n'avait cru n'avoir à sa disposition que les sommes qu'il destinait aux légataires de Ste-Hélène, il aurait borné là ses libéralités.

Qu'il résulte, de plus, de termes dont s'est servi le testateur dans l'expression de ses dernières volontés que les legs faits par lui à M. le comte de Montholon, n'étaient pas seulement à titre de libéralité, mais aussi à titre d'indemnité des pertes que son séjour à Ste-Hélène avait occasionnées.

Nous arbitres et amiables compositeurs susdits en vertu des pouvoirs sus-énoncés disons et ordonnons:

Premièrement, que la moitié de l'actif composant la succession de Napoléon Bonaparte sera réservée et tenue à la disposition du fils unique du testateur.

Secondement, que les sept cent mille francs provenant des fruits produits par les fonds existant chez Mr. Lafitte à titre de dépôt seront portés en accroissement de la partie disponible.

Quatrièmement, que les dispositions du testateur excédant la portion disponible, la réduction des legs sera faite conformément à l'article 926 du code civil au marc le franc entre tous les légataires sans aucune distinction.

Que néanmoins prenant en considération les motifs de la réclamation élevée par le plus grand nombre des légataires de Ste-Hélène, et ce pour le seul cas où la munificence de l'héritier le porterait à délaisser aux légataires sa portion héréditaire pour l'accomplissement des intentions du testateur et l'acquittement de ses obligations, la distribution de la dite portion sera faite (sauf la retenue proportionnelle au payement des dettes) de manière à compléter le payement intégral des legs des dits légataires de Ste-Hélène, et le surplus sera réparti au marc le franc entre les autres légataires du testament et du quatrième codicille dans la proportion de leur legs.

Statuons, en conséquence des décisions ci-dessus, premièrement que les fonds sur lesquels sont affectés les legs distribués par chacun des actes qui forment l'ensemble des dispositions du testateur étant des fonds

spéciaux, les légataires sur chaque fond spécial n'ont aucun recours sur les autres fonds en cas d'insuffisance ou à défaut du leur.

Le présent jugement, signé en double minute, sera déposé au greffe du tribunal de première instance séant à Paris, pour mettre les parties en mesure de requerir l'ordonnance d'homologation et chez Mr. Bertrand, notaire de la succession, afin que MM. les légatairos puissent en prendre communication.

Fait à Paris en la demouro de Mr. le duc de Bassano, l'un de nous, le seize mai mil huit cent vingt trois, signé comte Daru, le duc de Bassano, ot Caulaincourt, duc de Vicence.

XXXIV.

Horace Sebastiani an den Fürsten Metternich.

Paris, le 1er juillet 1823.

Mon prince!

Mr. le docteur Antomarchi, recommandable par ses talents et par son caractère, celui qui a donné à Ste-Hélène les derniers soins à l'empereur Napoléon, m'a prié de faire parvenir à V. A. ses justes réclamations ot de solliciter Sa puissante intervention. L'empereur Napoléon, satisfait du dévouemont et de la conduite de Mr. le docteur Antomachi, a voulu lui en témoigner sa gratitude, en priant l'impératrice Marie Louise de lui faire une pension viagère de 6000 francs, et en ordonnant verbalement à ses oxécuteurs testamentaires, qui en ont fait une déclaration écrite, do lui payer uno sommo de 100.000 francs. L'empereur Napoléon n'a pas compris le docteur Antomarchi dans son testamont, parce que les lois Françaisos annullent tous les legs faits par le testateur en faveur de leurs médecins. Jusqu'ici le docteur Antomarchi n'a joui d'aucun de ces bienfaits, et sa position est devenue d'autant plus difficile et pénible que comptant sur cette double ressource, il a entrepris de publier ses ouvrages sur l'anatomie de l'homme, commencés depuis longtemps, et dont plusieurs livraisons ont déjà paru.

L'impératrice Marie Louise avait annoncé par l'organe de Mr. le comte de Neipperg et par celui de Mr. le baron de Vincent, qu'elle accorderait à Mr. le docteur Antomarchi la pension viagère de 6000 francs qui lui serait payée, aussitôt que toutes les dernières dispositions de Napoléon lui seraient connues et que l'empereur François aurait accordé son avènement; il y a déjà deux ans que cette gracieuse promesse a été faite, mais Mr. le docteur Antomarchi n'a encore rien touché. Relativement aux

100.000 francs qui devaient être payés au docteur sur la succession, les légataires ont plus qu'absorbé la portion disponible par le testateur, et Mr. Antomarchi ne peut être remboursé que sur celle que les lois accordent à S. A. S. Mgr. le duc de Reichstadt. C'est pour obtenir cette double faveur que Mr. le docteur Antomarchi a placé sa dernière espérance dans la justice et l'humanité de V. A. Il pense que par Sa puissante intercession, il pourra jouir de la pension que l'impératrice Marie Louise lui a accordée, et que les dépositaires de la succession de l'empereur Napoléon seront autorisés à rembourser sur la portion échue à S. A. S. le duc de Reichstadt la somme de 100.000 francs qui lui a été accordée. Jamais demande ne fut plus juste et ne mérita davantage l'intérêt de V. A. qui seule peut assurer le sort d'un homme d'un très grand mérite et le succès d'un ouvrage qui doit puissamment contribuer au perfectionnement des sciences anatomiques en Europe. Sa continuation dépend de la décision qui sera portée de cette affaire. Député de la Corse, j'ai dû plaider la cause de Mr. Antomarchi qui y est né et qui a des titres incontestables à l'estime et à la bienveillance de V. A. J'ai saisi aussi avec empressement l'occasion d'offrir à V. A. l'hommage de mon admiration pour la haute carrière politique qu'Elle a parcourue et qu'Elle parcourra longtemps encore; j'espère qu'Elle agréera mon respect.

XXXV.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Réservée. Vienne, le 17 septembre 1823.

Monsieur le baron!

La dépêche qui précède se borne à indiquer les termes sur lesquels doivent porter les éclaircissements préalables désirés par S. M. l'empereur. Je crois bien faire d'ajouter ici pour V. E. quelques réflexions dont Elle pourra faire usage dans Son entretien avec S. E. le vicomte de Chateaubriand.

Dans toutes les démarches qui depuis plus de deux années ont eu lieu soit ici, soit à Parme, au sujet de la succession du prisonnier de Ste-Hélène, vous vous rappellerez, Monsieur l'ambassadeur, que nous avons constamment tenu pour principe d'écarter soigneusement de cette affaire, toute reminiscence ou considération d'intérêt politique et de nous renfermer dans la recherche des droits de propriété et d'intérêt privé qui du chef de cette succession pouvaient compéter au duc de Reichstadt.

Cette affaire, ainsi dégagée de toute considération politique, se réduisait uniquement à une question de législation ou de jurisprudence Française. Soit que l'on veuille de la part de la tutelle acquiescer au testament, soit que l'on veuille s'abstenir de prendre connaissance de son dispositif, il semble que, dans l'un et l'autre cas, c'est au gouvernement Français et à lui seul qu'il appartient de fournir les bases auxquelles puisse s'appuyer l'une ou l'autre de ces déterminations. S'agit-il, en effet, pour la cour Impériale et pour la tutelle du duc de Reichstadt, de donner, ainsi que le demandent les exécuteurs testamentaires, l'approbation et la sanction de la tutelle aux volontés testamentaires des actes de Longwood, c'est le gouvernement Français et non la cour Impériale qui a qualité et juridiction pour décider s'il y a une succession, s'il y a des biens de libre disposition et si la manière dont le testateur en a disposé est valide et conforme aux lois.

S'agit-il, au contraire, de déclarer la nullité de ces actes de dernière volonté et de les regarder comme non avenus, les cours de Vienne et de Parme se trouvent également sans compétence et saus autorité, et c'est encore au gouvernement Français à décider la question préalable. S'agit-il enfin de faire une distinction entre ce que les lois civiles de la France peuvent avoir permis de statuer parmi les dispositions testamentaires de Longwood et ce que, sur d'autres points des dites dispositions, le droit public de la France rendait impossible ou illicite, c'est encore aux organes supérieurs des civiles et du droit public de la France à promener cette distinction, et à tracer la ligne de démarcation entre les dispositions valables et celles qui peuvent être frappées de réprobation et de nullité.

Si d'un autre côté l'on se rappelle que dans les premiers temps qui ont suivi l'ouverture de la succession de Longwood, tout ce qui se rapporte soit à cette hérédité, soit aux actes de dernière volonté, a été enveloppé de mystères; si l'on se rappelle qu'ensuite il n'a été donné à ce sujet que des notions fragmentaires et dénuées de toute authenticité; que plus tard, les communications plus étendues qui ont été accordées sur les représentations réitérées de la tutelle, ont encore laissé à désirer plusieurs éclaircissements et l'observation de formalités ordinaires telles que l'affirmation qu'il n'existe pas d'autres dispositions que celles qui ont été communiquées; si l'on fait ces divers rapprochements, il n'y a pas lieu d'être surpris que les gens de loi qui ont été entendus de la part de la tutelle du duc de Reichstadt se trouvent arrêtés par de différents doutes, et qu'ils aient reconnu la nécessité d'une manifestation d'opinion et d'une communication d'actes de notoriété de la part du gouvernement Français.

On ne peut, en effet, se dissimuler qu'à défaut de connaître une base entièrement légale, tant snr l'existence d'une succession que sur la réalité des objets dont elle se compose, la tutelle courrait le risque de compromettre les intérêts du mineur, soit par une renonciation, soit par une acceptation de la portion héréditaire. En vous parlant des intérêts du mineur, il s'entend que je ne touche que ceux que le duc a de commun avec tout héritier *ab intestato;* ce sont les seuls que nous lui reconnaissons.

Ces considérations, et je pourrais en ajouter beaucoup d'autres, sont trop évidentes pour que le ministère Français ne reconnaisse pas convenable de venir par une juste initiative au secours des motifs d'hésitation et de perplexité de la tutelle, lesquels sont bien naturels, lorsqu'il s'agit des intérêts d'un minenr.

Plus d'un expédient, nous semble-t-il, se trouvait à la portée du gouvernement Français. Plus le testament du prisonnier de Ste-Hélène se présentait comme un appel aux passions, plus il était calculé à désaffectionner les Français à la restauration, plus il importait, semble-t-il, au ministère du roi de déjouer les intentions des dernières paroles du prisonnier de Ste-Hélène, et d'en neutraliser les mauvais effets en désintéressant ceux qne des vues personnelles ponvaient rallier à ce système de protestation contre l'ordre actuel des choses. Il ne paraît pas qu'il fut bien difficile de les désintéresser en se mettant à la tête de la liqnidation de la succession et en faisant quelques sacrifices pécuniaires pour imposer silence à l'intérêt individuel. D'après ces considérations il nous semble qne tout doit engager le gouvernement Français à s'emparer de cette affaire, et à ne pas laisser snbsister des incertitudes qui placent les autres dans l'impossibilité de se prononcer en pleine connaissance de cause et avec la sécurité d'une base légale.

En liant la présente explication à celles que j'ai eues à Vérone avec MM. de Montmorency et de Chateaubriand, le dernier de ces ministres devra me comprendre et trouver dans la réponse qn'il reçoit aujourd'hui, nne preuve nouvelle de la haute connexion de la politique de l'empereur, notre auguste maître, ainsi que du scrupule avec lequel S. M. I. traite les questions de droit.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XXXVI.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 8 mai 1824.

Mon prince!

Par mon expédition du 27 du mois dernier, j'eus l'honneur d'informer V. A. que je m'attendais à recevoir incessamment de la part du ministère Français les éclaircissements qu'en suite de Sa dépêche du 18 mars de cette année, j'avais été chargé de lui demander dans l'affaire du testament de Bonaparte. En effet, j'ai reçu le 6 de ce mois, sous la date du 30 avril, la réponse ci-jointe de Mr. le vicomte de Chateaubriand à mon dernier office du 26 mars.

V. A. relèvera par la lecture de cette pièce qu'elle se partage en deux parties, dont la première est politique et la seconde juridique.

Je sais, en effet, que cette réponse, avant que de m'être transmise, a été communiquée à Mr. le garde des sceaux, aussi est-il visible que les trois premiers paragraphes sont l'ouvrage du département des affaires étrangères, et que le quatrième est sorti des bureaux du ministre de la justice.

Au premier aperçu j'avais pensé qu'on pourrait attaquer avec avantage le raisonnement que fait le ministre dans le second paragraphe, où il veut faire envisager comme une simple formalité la renonciation qu'il nous demande, puisque, si tel était le cas, il pouvait s'en passer, tandis qu'il est présumable, au contraire que, puisqu'il l'avait sollicitée, il l'avait envisagée différemment en premier lieu du moins.

Cependant la loi du 12 janvier 1816, sur laquelle est fondé le raisonnement du ministère, et dont j'ai l'honneur de joindre ici un exemplaire, m'a paru de nature à ne pas devoir répliquer à la note de Mr. de Chateaubriand, et à me borner à la porter à la connaissance de V. A.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage:

Chateaubriand an Vincent.

Paris, le 30 avril 1824.

Monsieur le baron!

J'ai reçu, avec la lettre que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser le 26 du mois dernier, copie de la dépêche qu'Elle avait reçue de Mr. le prince de Metternich, relativement au testament de Bonaparte.

Je dois commencer par vous rappeler, Mr. le baron, que, d'après les dispositions qu'avait montrées votre cour, le gouvernement du roi avait pensé qu'elle était dans l'intention de regarder et de faire, comme une simple formalité, et sans qu'il fût nécessaire d'entrer en explications, la renonciation que les exécuteurs testamentaires et quelques légataires de Bonaparte avaient eu l'idée de réclamer. Il semblait convenable, en effet, et la cour de Vienne partage sans doute cette opinion, d'éviter l'espèce de scandale qui pouvait résulter d'une discussion ouverte sur des questions qui tiennent aux ressorts les plus délicats de l'ordre social, sur les droits de la légitimité, sur les faits de l'usurpation et les tristes conséquences qu'ils ont entraînées. Frappé de cette considération, le roi, qui n'a point hésité à y faire le sacrifice des sommes qu'il était en droit de revendiquer, ne m'aurait point autorisé à demander la renonciation, s'il n'eût dû croire que, comme chose convenue et de pure forme, elle serait immédiatement envoyée.

Votre cour, Mr. le baron, n'ayant pas cru pouvoir terminer si simplement cette affaire, le gouvernement du roi doit replacer, sous son véritable jour, la question de l'héritage de Bonaparte.

La loi du 12 janvier 1816 porte qu'aucun ascendant ou descendant de Bonaparte, aucun de ses parents, ne pourra jouir en France d'aucun droit civil.

Cette disposition formelle annulle tout intérêt qui, à titre d'hérédité, se rattacherait à sa succession. Aucune personne, tenant à lui par les liens du sang, ne peut ni posséder ni hériter en France.

Un argument si péremptoire et dont je m'interdirai de tirer la conséquence, tranche nettement la question et ne permet pas qu'il puisse s'élever un doute sur le sort de la succession. Il rend superflue toute renonciation à des droits qui, en France, se trouvent frappés de nullité. Il détruit le motif des questions que la cour de Vienne avait dû poser, dans l'hypothèse que cette renonciation dût se faire.

Je pourrais ajouter que Bonaparte, à l'époque où il a fait son testament, ne pouvait être regardé comme jouissant d'aucun droit civil. Frappé par des actes qui le mettaient hors de la loi commune, déchu de tout droit civil et social, par la déclaration unanime de l'Europe, au moment où il s'échappait de l'île d'Elbe, il n'avait plus les qualités qu'exige la loi pour disposer de ses biens, en supposant qu'il pût en posséder de légitimes. Et cette supposition tomberait, si je parlais du droit incontestable qui, au moment de la restauration, a mis en la possession du roi de France les biens de toute nature que l'usurpateur avait pu acquérir, à quelque titre que ce fût.

Digitized by Google

Mais le développement de ces principes n'est point ici nécessaire. La simple application de la loi que j'ai citée exclut irrévocablement tout droit d'hérédité dans la succession de Bonaparte, et je suis persuadé que la cour de Vienne n'hésitera point à le reconnaître.

Je prie V. E. de vouloir bien lui faire part de cette communication, et d'agréer l'assurance de la très haute considération, avec laqnelle —

XXXVII.

Mémoire sur la succession de l'empereur Napoléon.

5 avril 1825.

Etat de la législation en France et en Angleterre sur les testaments.

La loi Française pose des limites aux dispositions testamentaires; elle réserve une légitime aux enfants du testateur; elle ne reconnaît des dispositions légales que celles manifestées par des testaments olographes ou reçus par des notaires. Les exécuteurs testamentaires n'ont de pouvoir qu'en présence de l'héritier qui, seul, est saisi de droit de tons les biens de la succession.

La loi Anglaise ne connaît d'autre règle à une succession que la volonté du testatenr; elle ne réserve aucune légitime aux héritiers dn sang; l'exécuteur testamentaire représente seul le testateur; il est saisi de tous les biens de la succession et responsable, même par corps, des dettes et obligations du testateur dont la dernière volonté n'a besoin, pour être légale, d'aucnne des formes prescrites par la loi Française; il snffit qn'elle soit exprimée par un écrit signé du testateur.

Dispositions de l'empereur Napoléon.

L'empereur Napoléon a laissé plusieurs actes de dernière volonté: un testament et sept codicilles olographes, un huitième codicille non signé, une instruction pour l'exécution de son testament, nne lettre à Mr. Lafitte, dépositaire des trois millions; enfin une lettre à Mr. de la Bouillerie, ancien trésorier de ses domaines. Par ces deux lettres il donne au comte de Montholon le pouvoir de recevoir les fonds qu'il demande à ces dépositaires.

L'empereur Napoléon, en écrivant à Mr. Lafitte, avait en pour but d'éluder la question de la validité de son testament; il prévoyait que la

raison d'état pourrait, soit à Paris, soit à Vienne, dominer la succession, et c'est dans cette pensée que, le 25 avril, il remit au comte de Montholon les reconnaissances de la maison Lafitte, ainsi que la lettre mandat, par laquelle il lui donne pouvoir de toucher ces fonds.

Procédures qui ont eu lieu. 1ère époque.

Les circonstances ne permettaient pas de faire usage de la lettre adressée à Mr. de la Bouillerie.

Quant à la lettre adressée à Mr. Lafitte, le comte de Montholon, à son retour de Ste-Hélène, la lui a présentée, ainsi que les reconnaissances de la maison Perrégaux-Lafitte, dont il a requis le payement.

Sur le refus de Mr. Lafitte et sur sa déclaration, qu'il ne payerait qu'en vertu d'un jugement, la question s'est élevée de savoir, si ce jugement serait poursuivi en France ou en Angleterre. La considération de l'intérêt de Mgr. le duc de Reichstadt a déterminé, par les motifs qui seront développés ci-après, à suivre l'instance par devant le tribunal de Paris.

Mr. de Montholon s'est présenté comme porteur du mandat de l'empereur et des reconnaissances de la maison Perrégaux-Lafitte, et comme exécuteur testamentaire en vertu du testament dont il a produit un extrait contenant toutes les dispositions pécuniaires qui forment l'ensemble du testament, sauf les dispositions politiques. Mr. Lafitte, pour soutenir son refus de payement, a fait plaider les motifs suivants:

1° La lettre de l'empereur est un mandat, et tout mandat est annulé de fait et de droit par le décès du mandat.

2° Cette lettre ne pourrait former un titre valable, que si elle était considérée comme acte de dernière volonté; mais un acte de dernière volonté doit être écrit en entier de la main du testateur, et la lettre revêtue de sa signature est écrite d'une main étrangère, elle ne forme donc un titre valable sous aucun rapport.

3° Des dispositions testamentaires revêtues des formes voulues par la loi, pour les testaments olographes, et investissant le comte de Montholon et ses co-exécuteurs testamentaires de l'exécution des volontés du testateur et de la saisie de ses biens, ont été communiquées à Mr. Lafitte; mais il est sans qualité aux termes de la loi pour en contester ou en reconnaître la légalité. Cette reconnaissance n'appartient qu'à l'héritier du sang qui n'est pas mis en cause et qui est cependant le seul contradicteur légal que puisse avoir M. Lafitte.

4° Dans le cas où le testament serait inattaquable dans la forme par la loi, et ne serait pas contesté dans ses dispositions par l'héritier, il

pourrait être annuló sous le rapport de la capacité dee personnes. Le testateur avait été frappé de mort civile, par l'ordonnance royale du 6 mars 1815, et l'héritier avait été privé des droits civils, par la loi du 12 janvier 1816: morts civilement toue les deux, ils ne pouvaient, l'un disposer, l'autre recueillir.

5° Par l'effet néceseaire de ces incapacités, le domaine eerait investi de la propriété de l'universalité des biens du testateur, à titre de déshérence ou de succession vacante.

6° Indépendamment des considérations légales exposéee ci-deseue, la réclamation, tant du testateur que de ses exécuteurs testamentaires, pourrait être contestée à raison de l'origine des fonde réclamés. Rien ne garantit qu'ils ne seront pae revendiqués par le roi, comme provenant de la liete civile pendant lee 100 jours.

7° Enfin, par ces motifs Mr. Lafitte ne pourrait se dessaisir dee fonde dont il est dépositaire, sans s'exposer à la triple revendication de l'héritier, du domaine et de la liste civile. Mais s'il ne peut, dans l'état des choses, rien délivrer aux exécuteurs testamentaires, jusqu'à ce qu'ils lui procurent, de tous les ayant droit, quels qu'ile puissent être, une décharge légale, il est prêt à les déposer à la caisse des consignations.

Le procureur du roi, adoptant toue les motifs présentés par Mr. Lafitte, conclut spécialement à ce que la mort civile du père et du fils fut reconnue.

Un jugement rendu le 12 mars 1822, évitant de statuer sur la question de la mort civile, a déclaré nulle et de nul effet, la lettre de l'empereur Napoléon portant mandat et rejeté, quant à présent, les demandes fondées sur le testament, attendu que cet acte n'était pas produit dans eon entier.

Procédures qui ont eu lieu. 2ème époque.

D'aprèe ce jugement, le comte de Montholon aurait dû se croire autorisé à présenter le teetament dans son entier, pour renouveler son instance; mais il n'a pas tardé à être informé de la résolution prise extrajudiciairement par le gouvernement de s'y opposer et d'interdire toute procédure qui pourrait être faite en conséquence de l'ouverture de la succession en France.

La voie des tribunaux étant ainei fermée, on a recouru à celle d'un jugement arbitral entre tous les légataires intéressés à l'exécution du testament. Ce jugement a statué sur la liquidation de l'actif et du passif

de la succession[1] et sur les droits tant des légataires que de l'héritier du sang.

Ce jugement pour être exécutaire, tant en faveur de l'héritier et des légataires que des créanciers, avait besoin de l'homologation du président du tribunal de 1ère instance. Le procureur du roi est intervenu, par ordre du gouvernement, et s'est opposé à l'homologation.

Suspension des procédures; démarches administratives. 3ème époque.

Le comte de Montholon aurait pu appeler du jugement du tribunal de 1ère instance à la cour royale, ou s'adresser à la même cour contre le déni de justice résultant du refus de prendre en considération la demande en homologation du jugement arbitral; mais la question de la mort civile du duc de Reichstadt ayant été plaidée par l'avocat de Mr. Lafitte, relevée et soutenue avec force, on peut même dire avec violence, par le procureur du roi, cette question se serait inévitablement trouvée soumise à la cour supérieure. Les dispositions étaient telles qu'on devait prévoir qu'elle serait jugée affirmativement; c'était l'opinion des conseils du comte de Montholon. Ils pensaient qu'un jugement qui prononcerait la mort civile du duc de Reichstadt, proscrirait à jamais et de toute la puissance de la chose jugée, tenue irrévocable par nos lois, toute instance judiciaire à former dans l'intérêt de l'héritier sur les biens dépendant de la succession; que cette succession se trouvant alors par le fait, et vraisemblablement par les dispositions de l'arrêt, déclarée vacante, faute d'héritier habiles à succéder, serait de droit dévolue au domaine à titre de déshérence; que, par une conséquence inévitable, le comte de Montholon, non seulement débouté de toute action sur les fonds déposés chez Mr. Lafitte, serait immédiatement poursuivi comme détenteur d'objets appartenant au domaine et contraint à se dessaisir au moment même de tous les effets mobiliers confiés à son honneur et destinés au duc de Reichstadt. Il résultait de là pour le comte de Montholon un devoir qui l'empêchait de continuer par appel ses instances devant les tribunaux; mais l'obligation lui restait de chercher à parvenir par d'autres voies à l'exécution des volontés du testateur.

[1] L'actif disponible a été reconnu par le jugement arbitral être de 3,248.500 frs., et le passif de 786.816·64 frs., ce qui donne un actif libre de 2,461.683 frs. dont la moitié réservée à la disposition de l'héritier du sang, serait de 1,230.841 frs.; de laquelle somme il convient de déduire les droits de succession, ceux résultant des procédures judiciaires, et enfin les intérêts des dettes jusqu'au jour du payement: ensemble environ 400.000 frs.

Mr. Lafitte, à qui le jugement de 1ère instance avait donné acte de son offre de dépôt, consentait à ne pas s'en prévaloir et à garder les fonds, jusqu'au moment où le comte de Montholon serait parvenu à le garantir contre toute revendication à exercer, soit par le gouvernement Français, soit par l'héritier.

La revendication du gouvernement Français pouvait avoir lieu à deux titres: 1° à titre de fonds sortis de la liste civile des 100 jours; cette revendication aurait été exercée par le roi; 2° à titre de succession non réclamée, l'héritier ne s'étant pas présenté; cette revendication aurait été exercée par le domaine.

Le comte de Montholon a recouru, d'abord à l'héritier, par l'intermédiaire de Mr. l'ambassadeur d'Autriche; ensuite au gouvernement Français au roi et au domaine.

Le président du conseil de ministres a rendu le 18 janvier 1823 la décision suivante: ‚Le président du conseil déclare, que le gouvernement Français ne mettra jamais d'obstacle à ce que les créanciers légitimes de Napoléon Bonaparte soient payés sur les fonds qui ont appartenu à ce dernier, et qui sont entre les mains du Sr Jacq. Lafitte.‘

Le roi a signé le 21 juin 1824 la décision suivante: ‚Sa Majesté renonçant à tous les droits que, seule, Elle aurait pu faire valoir sur les fonds déposés par Napoléon Bonaparte, chez la maison Perrégaux, Lafitte et compagnie, autorise tout payement des dits fonds, soit aux créanciers de Napoléon Bonaparte, soit au comte de Montholon, pour l'acquit des reconnaissances dont il est porteur.‘

En même temps le procureur du roi, à l'occasion de la demande d'un créancier qu'on avait fait intervenir, a provoqué l'intervention du domaine qui, se trouvant ainsi dans le cas de s'expliquer, a reconnu, de l'avis de son conseil et de l'autorité du ministre des finances, que, dans l'état des choses, la succession n'ayant pas été légalement ouverte en France et déclarée vacante, il ne jugeait pas devoir intervenir.

Ainsi Mr. Lafitte pouvait, dans cette situation, se dessaisir des fonds réclamés, sans que ni la liste civile ni le domaine pussent, dans aucun temps, exercer un recours à sa charge.

Mais l'héritier n'avait pas parlé; son licence laissait entier l'un des motifs de la résistance de Mr. Lafitte.

Procédure en Angleterre. 4e époque.

La législation Anglaise qui repousse l'héritier, lorsqu'il y a dispositions et exécuteur testamentaire, offrait une voie pour contraindre Mr. Lafitte et lui procurer par jugement une libération légale.

Mr. Lafitte s'y est prêté. Une signification de comparaître à Londres lui a été faite d'accord avec lui. Il s'est adressé par lettre, le 13 avril 1824 à Mr. le garde de sceaux, pour obtenir la permission de comparaître en Angleterre et d'obtempérer aux condamnations qui y seraient prononcées contre lui; il en a reçu le 20 avril la déclaration écrite, que le conseil du roi avait décidé, que la maison Lafitte était autorisée à se dessaisir des fonds à elle confiés par Napoléon Bonaparte, soit pour obéir aux jugements Anglais que pourrait obtenir contre elle l'exécuteur testamentaire de Napoléon Bonaparte, soit même pour prévenir les condamnations.

La cour suprême de Canterbury, à la requête du comte Montholon, a reconnu la validité des actes testamentaires de l'empereur, y compris les lettres-mandats adressées à MM. Lafitte et La Bouillerie qui, aux termes de la loi Anglaise, sont considérées comme codicilles, elle en a reçu le dépôt et ordonné l'exécution. La cour du banc du roi a prononcé, le 12 février 1825, son jugement dans l'instance entamée contre Mr. Lafitte, et l'a condamné à remettre au comte de Montholon le montant du dépôt. Cet arrêt a été signifié le 5 mars dernier à Mr. Lafitte, avec sommation de comparaître sous huitaine devant le tribunal de 1ère instance de Paris, pour se voir condamner à en exécuter les dispositions.

Il n'y a pas de doute, que le jugement d'exéquatur ne soit accordé, puisqu'il est la conséquence du système qui a été adopté par le conseil du roi et qui tend à constater que la succession de l'empereur Napoléon n'est point une succession Française.

Mr. le prince de Metternich est arrivé sur ces entrefaites, et le comte de Montholon, en lui rendant compte de la situation des choses, croit devoir lui soumettre une seule observation.

Lorsque le jugement à intervenir aura été rendu, soit qu'il se borne à reconnaître que la succession est légalement ouverte en Angleterre et régie par la loi Anglaise, soit qu'il aille, ce que ne manquera pas de requérir le ministère public, jusqu'à établir que l'empereur Napoléon et ses héritiers, étant sous l'empire de l'ordonnance du 6 mars 1815 et de la loi du 12 janvier 1816, sont morts civilement, le duc de Reichstadt sora à jamais reconnu par l'effet de ce jugement, incapable d'exercer aucune action en France, pour le recouvrement des biens dépendant do la succession de l'empereur.

Le seul moyen d'éviter ce résultat qu'on peut regarder comme certain, sorait de renoncor à poursuivre en France l'exécution du jugement rendu en Angleterre; mais le comte de Montholon, chargé par l'empereur Napoléon de l'accomplissement de ses volontés, mettrait vaine-

ment en oubli, les intérêts privés quo sa mission lui commande de défendre; un seul des légataires, un seul des créanciers s'emparant du jugement du banc du roi, pourrait le contraindre à comparaître devant les tribunaux Français et obtenir, à son défaut, le jugement qu'il s'agit de prévenir.

Il faudrait donc désintéresser les légataires et les créanciers. Les premiers sont nombreux; la plupart éprouvent des besoins pressants, et le caractère turbulent de plusieurs d'entr'eux ne permet d'en espérer ni résignation ni modération. Déjà fatigués d'une longue attente, ils se croient au moment d'être payés de leurs legs, et toute voie qui ne tendrait pas à leur en procurer le prompt payement, irait contre le but qu'on se propose.

Ainsi le point de la difficulté serait encore ce qu'il était dès les premiers moments: garantir Mr. Lafitte contre toute revendication possible. Une partie de la garantie qu'il a le droit d'exiger, résulte déjà de la déclaration du roi et des décisions ministérielles. Etant à l'abri, par ces actes, de tout recours de la part des autorités Françaises, il aura atteint son objet, s'il obtient la garantie beaucoup plus nécessaire, beaucoup plus officace, beaucoup plus importante de l'héritier du sáng. Si S. M. l'emperour d'Autriche, agissant comme chef de la famille Impériale et comme tuteur suprême du duc de Reichstadt, ou si le duc de Reichstadt sous l'autorité de son grand-père, renonce à tout droit sur les fonds en litigo et autorise le détenteur de ces fonds à en effectuer le payement, Mr. Lafitte aura alors pour lui la législation politique et le droit commun; la législation politique en ce qu'il aura payé avec l'autorisation du roi et du gouvernement Français; le droit commun, en ce qu'il aura payé avec l'autorisation de l'héritier ayant seul un droit légal, puisque devant l'héritier disparait tout droit collatéral. Il aura pour lui la législation Anglaise, en ce qu'il aura payé entre les mains de l'exécuteur testamentaire revêtu en Angleterre de tous les droits du testateur.

Les légataires seront satisfaits, puisque l'exécuteur testamentaire mis en possession des fonds, en disposera conformément au jugement arbitral que, d'un commun accord, les légataires ont adopté comme transaction entr'eux.

Quant aux créanciers surtout, dont les oppositions ont été formées postérieurement au jugement arbitral, ils ne peuvent être payés, selon la loi Française, que sur l'autorisation de l'héritier, les pouvoirs de l'exécuteur testamentaire étant périmés en France dans le délai d'un an et un jour (selon la loi Anglaise, ces pouvoirs durent toute la vie et sont même transmissibles par succession); l'exécuteur testamentaire aurait donc, d'après la loi Anglaise, le droit d'ordonner le payement des créan-

ciers Français; mais pour que ce payement eût lieu en France, il faudrait que le jugement du banc du roi y fût rendu exécutoire. On retomberait ainsi dans la difficulté dont on a voulu sortir. Il convient donc encoro dans ce cas, que l'héritier manifeste sa volonté, en autorisant lui-même le payement des créanciers opposans, pour le montant déterminé de leurs créances.

Sera-t-il permis au comte de Montholon de soumettre à Mr. le prince de Metternich, comme conclusion de ce mémoire, un projet de rédaction de la décision à rendre par S. M. l'empereur d'Autriche, qu'il considère comme la plus propre à lever et à prévenir toute difficulté? Elle est calquée sur la décision royale du 11 juin 1824:

„S. M. l'empereur et roi, agissant comme chef de la famille Impériale et comme tuteur naturel et légal du duc de Reichstadt, renonçant à tous les droits qu'il aurait pu faire valoir sur les fonds déposés par l'empereur Napoléon dans la maison Perrégaux, Lafitte et Cie, autorise tout payement des dits fonds, soit au comte de Montholon, pour l'acquit des reconnaissances dont il est porteur, soit aux créanciers du déposant, savoir:

Au comte Bertrand . .	2.855·67	balance de compte.
„ „ Montholon . .	17.171·60	dito.
„ duc de Bassano .	10.000	payement d'un bon de l'empereur.
	511.700	arrêté de compte pour remboursement des payements faits, par ordre de l'empereur au jeune Walewsky.
Héritiers Chartran . .	6.000	bon de l'empereur.
G[e] Piré	12.000	„
Ramolino	12.000	„
Poggi	12.000	„
Duchesse de St-Leu . .	80.000	prix d'un collier de diamants.
Créanciers Bron. . . .	37.570·91	condamnation judiciaire.
Capitaine Danais Bessoy .	30.000	fret d'un bâtiment.
Huxmann & Wilson . .	4.800	avances à Ste-Hélène.
Peyrusse, trésorier . .	1.895·15	balance de caisse.
Coursot, maître d'hôtel .	1.700	gages.
Planat	2.454	frais de voyage.
Barry, médecin . . .	12.508·34	appointements.
Gal Gourgaud	18.000	arrérages de pension.
Santini, huissier . . .	5.510·97	gages.
Rousseau, argentier . .	2.100	„

Archambault, piqueur	.	1.750	gages
Chandelier, cuisinier	.	1.500	„
Peyrusset „	.	900	„
Lepage „	.	2.400	„

Le tout, en capital et intérêts à la date du payement des dites dettes, s'élèvent ensemble, en capital, à la somme de sept cent quatre-vingt-six mille huit cent seize francs, soixante quatre centimes.'

Paris, ce 5 avril 1825.

Signé: le général comte de Montholon.

XXXVIII.

Fürst Camille Borghese an den Grafen Bombelles.

Florence, 27 juillet 1825.

Monsieur le comte!

Étant un des exécuteurs testamentaires de la princesse, mon épouse, je crois de mon devoir de vous informer que dans son testament se trouve un article qui regarde le prince de Reichstadt. J'aurais beaucoup d'obligation à V. E. si Elle avait la bonté d'en prévenir S. A. le prince de Metternich, afin qu'il en instruisit l'empereur, tuteur de S. A. le prince de Reichstadt.

Ceci n'est qu'une simple communication de l'article du testament, puisque l'inventaire n'est pas encore terminé; dès qu'il le sera, je m'empresserai d'en informer V. E.

Je — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage:

Articolo estratto dal testamento della principessa Paolina Borghese, nata Bonaparte, fatto il dì 9 giugno 1825 in villa Strozzi fuori di Porta S. Gallo nella città di Firenze.

Lascio e lego la villa e possessione di S. Martino nell'isola dell'Elba al mio nepote Napoleone, figlio dell'imperatore mio fratello; e più il lavabo di porcellana, che servì all'incoronazione, e che gli ricorderà una dell'epoche più gloriosi dell'istoria di suo padre. La casetta de prosumi, i piccoli bijoux in oro, che l'imperatore mi ha lasciati per testamento ed il lutto in testimonianza della mia tenera affezione per lui.

(Beilage zum Berichte des Grafen Bombelles an Metternich, ddo. Florence, 28 juillet 1825.)

XXXIX.

Graf Bombelles an den Fürsten Metternich.

Florence, le 30 août 1825.

Mon prince!

Une personne qui ne veut pas être connue et qui ne m'a pas été nommée, m'a fait savoir que, si on lui promettait une récompense digne de la révélation qu'elle ferait, elle donnerait des renseignements positifs sur des sommes considérables déposées par Napoléon, il y a quelques années, chez des banquiers de Livourne. Quoiqu'au premier abord cette ouverture ait l'air d'une mystification ou plutôt d'une friponnerie, je n'ai cependant pas voulu, dans uno affaire aussi importante, négliger de porter cette proposition à la connaissance de V. A. Je ne crois pas qu'il nous convienne de rien promettre de positif à la personne qui veut vendre son secret. Car si, comme cela est assez probable, c'est un fripon, il pourrait avec ses complices faire les fonds pour une somme peu considérable et exiger ensuite la forte récompense qu'on lui aurait promise. Je pense que ce qu'il y aurait de plus sage serait, s'il y a quelque fondement à tout ceci, de promettre l'individu en question tant pour cent sur les sommes en question dans le cas où effectivement on parviendrait à les retrouver. De cette manière, il n'y aurait aucun risque à courir. J'attends à cet égard les ordres de V. A.

J'ai tâché de sonder sur cette affaire Mr. Tito Manzi. Je me suis aperçu qu'il n'avait aucune idée d'argent laissé par Napoléon à Livourne, ni même de l'époque à laquelle ce placement eut pu s'effectuer. Mais en parlant avec Tito Manzi de l'ex-empereur, il m'a dit que, lors de son dernier séjour à Toscane, Mr. O'Meara l'avait assuré qu'indépendamment des cinq millions, confiés à Mr. Lafitte, Napoléon avait encore trois millions à Paris, mais que cet argent devait être regardé comme perdu, étant tombé dans des mains très peu sûres. O'Meara ne se rappelait plus le nom du banquier chez qui devait se trouver cet argent, mais il croyait qu'il portait l'un des quatre noms suivants: Rigaud, Lemercier, Bouvard ou Cronier. O'Meara ayant lu ces quatre noms sur des tablettes écrites de la main de Napoléon, il ignorait encore ou feignait d'ignorer si ces noms étaient véritables ou bien de convention et servant à en cacher d'autres. Des notions aussi peu sûres et aussi embrouillées ne méritoraient pas d'être portées à la connaissance de V. A., si, je le répète, dans des affaires aussi délicates il ne me paraissait pas indispensable de Lui faire tout savoir.

Veuillez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Ad XXXIX.

Graf Bombelles an den Fürsten Metternich.

Florence, le 14 janvier 1826.

Mon prince!

Je prends la liberté d'envoyer à V. A. en original le rapport ci-joint du consul général d'Autriche à Livourne. Ce rapport a trait à l'affaire dont j'ai eu l'honneur d'entretenir V. A. dans la dépêche que je Lui ai adressée le 30 août dernier nº 25 Litt. C. Je dois toutefois ajouter que je n'avais jamais parlé jusqu'à présent à Mr. Tausch de cette affaire, qui était parvenue à ma connaissance par un tout autre canal. Je n'entrerai au reste dans aucun pourparler à cet égard avant de connaître, mon prince, vos précises intentions.

Je prie V. A. de vouloir agréer — — — — — — — — — —

Beilage:

Generalconsul G. Tausch an den Grafen Bombelles.

Livorno, 13 gennajo 1826.

Eccelenza!

Dimora permanentemente in Livorno l'avvocato Vincenzo Vantini, nobile nativo di Portoferraio, e pensionato dal governo Toscano, perche fu giudice nel tempo del regime Francese, di poi gran giudice e ciambellano di Napoleone per il tempo che questo principe fu all' isola dell' Elba.

Ho potuto sapere che un individuo venuto da Firenze si è presentato nelli scorsi giorni al sudetto avvocato Vantini, invitandolo a dirgli, s' egli avesse avuto difficoltà di prestare l' opera sua per discoprire i capitali, che si suppongono esistere in Toscana, Roma e all' isola dell' Elba, appartenenti alla successione di Napoleone? Il medesimo ha replicato di non avere veruna difficoltà, mà di avere ancora i mezzi per conoscere i possessori dei capitali, ed i titoli, e le ragioni per obbligarli a pagare, mà che non averebbe fatto tale rivelazione nè trattato l' affare, altro che con persona autorizzata dal governo Toscano o Austriaco.

La persona ha dimandato all' avvocato sè aveva difficoltà di venire in Firenze per trattare l' affare, ed egli ha risposto che vi sarebbe andato mediante, lo sborso anticipato di zecchini cento, e la valida promessa, che lui solo sarebbe stato impiegato per il recupero dei capitali tanto in Roma come in Livorno, Pistoja ed isola d' Elba.

L' avvocato Vantini, con cui ho parlato, dopo avermi confermato quanto sopra, senza però indicarmi chi lo ha ricercato, mi ha detto di più, che egli occorrendo e in grado di farmi conoscere mediante un adequato compenso, i mezzi che ha per l'esito felice di quest' affare, e le somme di cui si tratta parzialmente, giachè esistono in Italia oltre de' tre cento mila franchi appartenenti al fù imperatore Napoleone.

Confido a V. E. che siccome il Vantini è certo di vista, ho potuto vedere tra le sue mani una lettera firmata Peyrus, che credo fosse un pagatore, datata sè non erro del giugno 1823 senza paese, ma con marchi di posta di Francia, piena di numeri, dalla quale l'avvocato faceva il calcolo delle somme, e gli è scoppato, che franchi 19 mila li deve il Vivanelli di Pistoja — franchi 50 mila Luciano à Roma per minerali ricevuti dall' isola d' Elba, che altri 49 mila franchi sono in Livorno, resto di franchi 180 mila, e che il rimanente di questi era stato passato a un individuo a lui noto, e che tal denaro non è stato mai versato nella cassa di successione, fatto che resulta da documenti di cui il detto avvocato si vanta possessore. Finalmente, che per altri 140 mila franchi da incassare, di cui possiede i nomi dei debitori, che per questi tra pochi giorni vi saranno i titoli e le procure.

Ho stimato di riferire tutto ciò a V. E. senza intendere di garantire quanto possino essere veri gli attesti del Vantini. Si Ella gradisse di avere più lati schiarimenti, forse potrei ancor' tentare di procurarne possibilmente qualche cosa di più, mà non ne vado certo.

Con profondo rispetto — — — — — — — — — — — — —

XL.

Marchand an den Herzog von Reichstadt.

Strasbourg, 18 mars 1832,
Hôtel de la 5e division militaire, chez le général Bruyer.

Prince!

Depuis plusieurs années je sollicite l'honneur de remettre à V. A. I. quelques objets tout de sentiment, dont votre auguste père, l'empereur Napoléon, m'a fait dépositaire dans ses derniers moments à Ste-Hélène.

Persuadé que l'âme de V. A. doit aspirer à s'identifier avec eux, et mes demandes ayant toujours été sans réponses, je m'adresse à vous, prince, avec l'espérance que vous me ferez connaître vos ordres et que, conformément aux dernières volontés de l'empereur, mon maître, j'aurai l'honneur d'être admis à vous remettre moi-même le dépôt qui m'a été confié.

J'ai l'honneur d'être — — — — — — — — — — — — — —

XLI.

Vortrag Metternich's an Kaiser Franz.

(Concept.) Den 29. August 1831.

Aus dem hier ehrerbietigst anverwahrten, vom Grafen Saurau einbegleiteten Promemoria des mit der Erbschaftsangelegenheit S. D. des Herrn Herzogs von Reichstadt in der Insel Elba beauftragten Advocaten Lamporecchi werden E. M. die Gründe zu entnehmen geruhen, welche diesem Commissär die baldige a. h. Entschliessung über seine früheren Anträge hinsichtlich einiger zum Activstande der erwähnten Verlassenschaft gehörigen Forderungen erwünschlich zu machen scheinen.

Indem ich mich auf meinen hierwegen unterm 31. März l. J. erstatteten, noch in den a. h. Händen befindlichen Vortrag gehorsamst beziehe, kann ich die von Lamporecchi angeführten Dringlichkeitsrücksichten nur E. M. Würdigung anheimstellen und der a. h. Schlussfassung in Ehrfurcht entgegensehen.

XLII.

Antomarchi an die Kaiserin Marie Louise.

Parme, le 10 septembre 1832.

Madame!

V. M. connaît ma position à Ste-Hélène et les bienveillantes dispositions de l'empereur Napoléon à mon égard. Elle sait aussi avec quelle parcimonie j'ai été traité par les exécuteurs testamentaires, quelle obstination ils ont mise à renvoyer à sa munificence lo soin d'acquitter des charges que la succession devait porter. Je ne reviendrai pas sur ces pénibles détails.

V. M. a daigné me promettre que les intentions de l'empereur Napoléon seraient remplis. J'ai Sa parole; j'y compte et me borne à Lui rappeler que la vie s'écoule et que j'attends depuis douze ans que d'augustes volontés s'accomplissent.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Antomarchi an Baron Mareschall.

Parme, le 10 septembre 1832.

Monsieur le baron!

J'ai l'honneur d'exposer à V. E. que la succession de l'empereur Napoléon, ouverte à Paris chez le banquier Lafitte, a été de cinq millions

environ; après avoir payé toutes les dettes dont la succession était grevée, on procéda à la division par moitié entre les légataires et l'héritier Napoléon II. La portion disponible d'après les lois Françaises a été subdivisée entre les légataires au marc le franc, la portion indisponible est restée dans les mains de Lafitte attendant la majorité de l'auguste héritier.

Deux millions environ, c'est la somme que le banquier doit aux héritiers du malheureux prince dont nous déplorons la perte, c'est sur ces fonds que je mets sous la protection de S. M. l'impératrice Marie Louise, l'acquittement des dernières volontés de son auguste époux en ma faveur. Ces volontés sont exprimées dans les six pièces que j'ai eu l'honneur de remettre à V. E. Elles renferment aussi les titres par lesquels j'implore la haute protection de S. M. la duchesse de Parme.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — —

XLIII.

Fürst Metternich an Baron Mareschall.

Vienne, ce 13 octobre 1832.

Monsieur le baron!

En réponse aux deux lettres que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 14 et 28 du mois dernier au sujet de la réclamation du docteur Antomarchi, j'ai avant tout celui de vous observer, Mr. le baron, que l'intention de l'empereur, notre auguste maître, telle qu'elle résulte de la résolution souveraine dont vous avez été instruit par ma lettre du 21 septembre dernier, étant, que la solution des questions relatives à la succession de feu l'empereur Napoléon, et qui, avant le triste évènement que nous déplorons tous, auraient dû être soumises à la décision de la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt, ait désormais à dépendre uniquement du bon plaisir de S. M. Mme l'archiduchesse, duchesse de Parme; je n'ai pas cru devoir soumettre à S. M. l'empereur vos lettres susmentionnées; ce qui toutefois ne doit pas m'empêcher de vous communiquer ainsi que je vais le faire, mes réflexions sur leur contenu, pour tel égard que Mme l'archiduchesse trouvera bon de leur accorder.

Les diverses pièces annexées à la première de vos lettres indiquent assez que le docteur Antomarchi, en renouvelant aujourd'hui sa réclamation, est parti de la supposition que la moitié des fonds déposés par Napoléon chez le banquier Lafitte aurait été tenue en réserve pour être mise à la disposition de Mr. le duc de Reichstadt à l'époque de sa majorité, et que maintenant encore cette moitié se trouverait entièrement

à la disposition de S. M. Mme l'archiduchesse, comme héritière de son auguste fils. Cependant, loin que cette supposition puisse paraître fondée, il est de fait au contraire (et c'est de quoi vous aurez pu vous convaincre, Monsieur, par la correspondance qui a eu lieu sur cette affaire entre feu Mr. le comte de Neipperg et moi) que dans une réponse officielle du vicomte de Chateaubriand, alors ministre des affaires étrangères de France, au baron de Vincent, le dit ministre déclare, par ordre de sa cour, que, non seulement l'empereur Napoléon, comme ayant encouru le ban de l'Europe, avait cessé dès lors d'être habile à posséder aucun bien ou à disposer de ceux qu'il avait laissés en France, mais que, si même on voulait admettre le contraire, son fils, comme atteint par la loi du 12 janvier 1816, ne pouvait dans aucun cas avoir le moindre droit à sa succession, et que, par conséquent, la renonciation qui d'abord avait été demandée à la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt dans l'intérêt des légataires, n'était qu'une simple formalité sur l'accomplissement de laquelle le gouvernement Français n'avait au fond nul intérêt d'insister. Or, comment pouvoir concilier le but politique que couvrait cette déclaration de Mr. de Chateaubriand, et qui était évidemment d'empêcher que les légataires de l'empereur Napoléon ne se crussent redevables en partie à la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt de la jouissance de leur legs par suite de la renonciation qu'elle aurait faite à la légitime de ce prince, comment, dis-je, pouvoir concilier ce but avec la supposition dont part le docteur Antomarchi, et ne doit-on pas bien plutôt reconnaître que le gouvernement Français, en prétendant d'un côté exclure Mgr. le duc de Reichstadt de toute participation à la succession de son père, tandis qu'il renonçait de l'autre en faveur des légataires à exercer le droit qu'il prétendait avoir de saisir les biens qui avaient appartenu à Napoléon (car cette dernière circonstance est également constatée par les actes) manifestait assez clairement par là son intention de voir la totalité des fonds déposés chez Lafitte appliquée à l'acquittement des legs et qu'ainsi il est bien difficile de supposer que cette application n'ait pas effectivement eu lieu. Un autre fait, pareillement avéré et qui vient encore à l'appui de ces considérations, c'est que les exécuteurs testamentaires s'étant avec la permission du gouvernement français adressés aux tribunaux Anglais, pour faire prononcer sur la validité des dispositions testamentaires de Napoléon, ces tribunaux ont déclaré que cette question devait se décider d'après les lois Anglaises, lesquelles ne mettent aucune borne à la faculté du testateur, de disposer selon son bon plaisir de la totalité de ses biens, soit qu'il ait ou non des enfants légitimes.

Je ne puis donc que répéter d'après tous ces faits, Mr. le baron, qu'il est bien difficile de croire que la moitié des fonds confiés à la maison Lafitte s'y trouve encore toujours déposée à l'heure qu'il est. Mais même en supposant (ce qui après tout n'est pas impossible) que la chose fût matériellement telle, s'ensuivrait-il pour cela que la revendication que S. M. l'archiduchesse, comme héritière de son fils, voudrait faire de la dite moitié, n'éprouverait aucune difficulté? n'est-il pas évident, au contraire, que l'exception que, d'après la déclaration de Mr. de Chateaubriand ci-dessus, on n'aurait pas manqué d'opposer à la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt, si elle avait voulu réclamer la moitié des dits fonds, subsiste encore aujourd'hui comme alors, et qu'ainsi il est plus que probable qu'on l'opposerait également à Mme l'archiduchesse? Je dis que cette exception subsiste encore toujours aujourd'hui; car la loi Française du 10 avril 1832 que vous citez dans la seconde de vos lettres, Monsieur, a bien à la vérité abrogé l'article quatrième de celle du 12 janvier 1816, mais loin de faire cesser l'inhabilité des descendants de Napoléon à jouir des droits civils en France, elle confirme, au contraire, très expressément les dispositions que contenait à cet égard la loi du 12 janvier 1816.

Enfin il est une dernière observation plus essentielle encore que les précédentes, savoir que même en supposant qu'une moitié des fonds confiés à la maison Lafitte, s'y trouvât encore déposée aujourd'hui, et qu'en outre cette moitié fut réellement à la disposition de S. M. Mme l'archiduchesse, toujours resterait-il dans cette double supposition à examiner, s'il serait conseillable que cette auguste princesse la revendiquât? Or, il y a lieu de croire que très vraisemblablement cet examen ne pourrait qne conduire Mme l'archiduchesse à se décider pour la négative. Vous devez, en effet, vous être convaincu, Mr. le baron, par les antécédents de cette affaire que, dans l'hypothèse que je viens d'admettre, Mme l'archiduchesse se trouverait dans une position parfaitement semblable à celle que présentait l'état des choses dans les premiers moments où il s'est agi de l'exécution du testament de Napoléon. Vous aurez vu qu'alors on ne contestait pas encore à Mgr. le duc de Reichstadt l'habileté à recueillir la part qui, d'après les lois Françaises, lui compétait dans la succession de son père, et les exécuteurs testamentaires, ainsi que le gouvernement Français lui-même, pensaient si peu à la lui contester qu'ils s'étaient adressés, ceux-là à S. M. Mme l'archiduchesse, et celui-ci à notre cour pour obtenir une renonciation volontaire à la part susdite; renonciation à laquelle S. M. l'empereur, en sa qualité de tuteur du jeune prince, et Mme l'archiduchesse elle-même, se sont effectivement décidés, et dont l'acte formel n'est resté inaccompli qne parce que dans les entrefaites

est survenue la déclaration susmentionnée de Mr. de Chateaubriand, laquelle en mettant en question le droit de Mgr. le duc de Reichstadt à la légitime que lui donnaient les lois Françaises, eût rendu illusoire la clause dont S. M. avait jugé nécessaire de vinculer la dite renonciation, c'est-à-dire la réserve des droits de son auguste pupille aux biens laissés par Napoléon, autres que ceux spécifiés dans le testament et dans les codicilles communiqués par les exécuteurs testamentaires et dont l'existence eût pu venir au jour daus la suite. Or, si S. M. l'empereur et Mme l'archiduchesse elle-même, à une époque où ils étaient dans la ferme persuasion dn droit de Mgr. le duc de Reichstadt à la moitié des fonds déposés chez Lafitte, se sont montrés disposés à renoncer à l'exercice de ce droit aux termes des déclarations éventuellement arrêtées à cet effet, n'est-il pas vraisemblable que les mêmes considérations qui ont déterminé alors ces augustes personnes, engageraient encore aujourd'hui S. M. Mme l'archiduchesse à prendre le même parti si, comme le prétend le docteur Antomarchi, il dépendait effectivement d'elle de se mettre en possession de la moitié des fonds susmentionnés?

Quoi qu'il en soit, comme depuis la déclaration souvent dite de Mr. de Chateaubriand, nous n'avons plus été dans le cas de nous tenir si exactement au courant de ce qui avait trait à l'exécution des dispositions testamentaires de Napoléon, il ne peut qu'être utile qu'avant de prendre snr cette affaire une détermination quelconque, S. M. Mme l'archiduchesse vous charge, Mr. le baron, de vous procurer des informations exactes sur son état actuel et de vous adresser dans ce but à Mr. le comte Apponyi.

Entretemps, et si toutefois vous croyez nécessaire de répondre dès à présent au docteur Antomarchi, vous pourriez dans ce cas vous borner à lui faire connaître que ce ne sera qu'après que les dites informations auront été mises sous les yeux de Mme l'archiduchesse, que cette auguste princesse sera à même de porter sur l'objet de sa réclamation une résolution définitive, que vous vous réserverez de lui faire connaître en son temps.

Quant aux biens laissés par Napoléon dans l'île d'Elbe, il y a d'autant moins de difficulté, à mon avis, que Mme l'archiduchesse en ordonne le recouvrement ultérieur à son profit, que s'il pouvait en résulter quelqu'inconvénient, il aurait déjà été encouru par la prise de possession de ces biens qui a eu lieu du vivant de Mgr. le duc de Reichstadt, et ne pourrait maintenant ni être atténué ni aggravé par le fait de Mme l'archiduchesse.

Mais tel n'est pas le cas, vu que la haute tutelle de ce prince n'a procédé à cette prise de possession que sous bénéfice d'inventaire. On

pourrait d'ailleurs sontenir au besoin que c'est moins à titre d'héritier que Mgr. le dnc de Reichstadt, ou pour parler plns exactement, la haute tutelle de ce prince, a pris possession de ces mêmes biens qu'à celui de l'abandon que la princesse Borghèse, à qui Napoléon les avait légués par un de ses codicilles, en a fait en faveur dn prince son neveu.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

XLIV.

Fürst Metternich an Baron Mareschall.

Vienne, le 8 juin 1833.

Monsieur le haron!

Une démarche récente de Mr. l'ambassadeur de France, dont le hut et les motifs sont retracés dans le memorandum ci-joint, me met dans le cas de revenir sur ce qui faisait le sujet de la lettre qne j'ai en l'honneur de vous adresser le 13 octobre dernier en réponse aux deux vôtres du 14 et 28 septembre de la même année, relatives à la réclamation d'nn des légataires de l'ex-empereur Napoléon, le docteur Antomarchi. Après avoir développé dans ma dite réponse les considérations qui me faisaient penser qn'il ne serait nullement conseillable à S. M. Mme l'archiduchesse de Parme de revendiquer la moitié des fonds déposés par Napoléon chez Lafitte, même en snpposant que cette moitié se trouvât encore entre les mains de ce dernier, j'ajoutais qu'avant toutefois de prendre une résolution définitive à cet égard, il pourrait plaire à Mme l'archiduchesse de se procurer des informations positives sur l'état où se trouve actuellement à Paris l'affaire de la succession de Napoléon.

Si cette auguste princesse a jugé à propos de suivre ce conseil, il est plus qne probable que les informations qu'elle aura reçues sont conformes à l'exposé du memorandum susmentionné, et lui auront prouvé la réalité de ce que je n'avais pu que conjecturer dans ma dite lettre du 13 octohre dernier, savoir que, bien loin de trouver le terrain favorablement disposé pour la revendication que le docteur Antomarchi vous avait représentée comme si facile et d'nn succès si certain, Mme l'archiduchesse, en se portant à cette démarche, n'aurait pu, d'après la situation actuelle de l'affaire, que rencontrer de nonveaux et plns forts obstacles. Tont se rénnit donc, me paraît-il, pour déterminer définitivement Mme l'archiduchesse à renoncer, ainsi que l'empereur son auguste père et elle-même s'y étaient déjà décidés précédemment, à l'idée de pouvoir faire valoir les droits de S. A. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Na-

poléon, et dès lors Mme l'archiduchesse trouvera sans donte avec moi que le moment le plus opportun pour déclarer cette renonciation est celui, où on la demande comme nn acte de condescendance à laquelle on devra lui tenir compte de s'être prêtée, ainsi qu'à notre gouvernement de la lui avoir conseillée.

Je vons engage, en conséqnence, Mr. le baron, à porter le contenu de ma présente lettre à la connaissance de S. M. Mme l'archiduchesse, et à la supplier, pour le cas où elle soit décidée à prendre le parti que je me permets de lni conseiller comme celui qui me paraît le plus conforme à ses intérêts, de vous autoriser à me faire connaître officiellement sa détermination, pour que je puisse à mon tour en donner acte, en son auguste nom, à Mr. l'ambassadeur de Frauce.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage:

Note des französischen Botschafters am Wiener Hofe.

Le testament de l'emperenr Napoléon contenait des legs rémunératoires qui devaieut être acquittés par Mr. Jacques Lafitte jusqu'à concurrence de certaines sommes appartenant au testateur, dont la maison Lafitte était restée dépositaire.

Ces sommes se sont trouvées inférienres de moitié à la valeur des legs portés au dit testament, et les légataires ont dû être privés pour ce motif de la moitié de lenrs legs.

Cette moitié pouvait être rédnite encore au quart attendu qne d'après la loi civile Française le testateur, laissant des enfants, ne pent disposer que de la moitié de l'actif de sa succession.

Pour ce motif Mr. Jacques Lafitte craignant des réclamations ultérieures de S. A. le duc de Reichstadt ou de ses ayant-causes, refusait de payer les legs.

Les exécuteurs testamentaires, en ponrsuivant la délivrance, avaient obtenu en Angleterre un jugement de la cour du ban dn roi qui se fondant sur la disposition de la loi Anglaise et sur le droit qn'elle accorde à tout testateur de disposer de la totalité de ses biens meubles condamnait MM. Jacques Lafitte et Cie. à se dessaisir de la totalité des fonds appartenant à l'empereur Napoléon.

Le gouvernement Français s'opposa pour des motifs politiques à ce que le jugement de Londres fut rendu exemptoire par les tribunaux Français donnant dn reste sa renonciation pleine et entière à toutes les récla-

Digitized by Google

mations et actions quelconques qu'il pourrait, à quelque titre que ce fût, avoir à exercer sur la succession de l'empereur.

Cependant certains légataires de l'empereur Napoléon éprouvaient des besoins pressants et sollicitaient avec instance la délivrance de leurs legs; le Mr. de Sémonville et le duc de Bassano, mus par les motifs les plus honorables, et pleins de confiance dans la générosité des héritiers de l'empereur, se rendirent personnellement garants auprès de la maison Lafitte qu'aucune réclamation ne serait jamais élevée dans l'intérêt de ses héritiers contre la légalité des payements sollicités. La maison Lafitte accepta cette garantie, vida ses mains, mais prit une hypothèque de 500.000 frs. sur les biens immeubles de Mr. le marquis de Sémonville et de 400.000 frs. sur les biens meubles du duc de Bassano.

Ces inscriptions contrarient vivement aujourd'hui les intérêts des deux familles qui ne peuvent cependant obtenir la radiation que si la maison Lafitte est mise à l'abri de tout recours de la part de S. M. l'impératrice Marie Louise. La bienveillance avec laquelle S. A. Mr. le prince de Metternich a bien voulu écouter l'exposé de cette affaire dispense de retracer ici les motifs de diverse nature que pourraient invoquer les intéressés. On se bornera à indiquer comme la solution la plus simple une déclaration par laquelle S. M. Marie Louise renoncerait à tous ses droits sur la succession de S. M. l'empereur Napoléon, et approuverait implicitement ou explicitement les payements faits par la maison Lafitte.

XLV.

Mareschall an den Fürsten Metternich.

Parme, le 21 juin 1833.

Mon prince!

Aussitôt après la réception de la dépêche de V. A. du 8 de ce mois concernant la renonciation de S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme, à toute idée de faire valoir les droits de S. A. Mgr. le duc de Reichstadt à aucune partie de la succession de Napoléon son père, je me suis empressé de la mettre sous les yeux de S. M., ainsi que le memorandum de Mr. l'ambassadeur de France qui s'y trouvait annexé, et un exposé général de la marche de cette affaire depuis son origine. (Fehlt.)

S. M. Mme l'archiduchesse laquelle est charmée de pouvoir suivre dans cette occasion une marche conforme aux intentions qu'elle a manifestées dès le principe de cette affaire, a daigné m'autoriser à déclarer officiellement en son auguste nom à V. A., ainsi que j'ai l'honneur de le

faire par la présente, qu'elle renonçait volontairement à toute idée de faire valoir les droits de S. A. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Napoléon son père. Priant V. A. de donner acte de cette déclaration à Mr. l'ambassadeur de France, aussi bien qu'à tout autre qu'elle pourrait concerner, daignéz — — — — — — — — — — —

Beilage:

Vortrag Mareschall's an Marie Louise.

Parme, le 21 juin 1833.

Madame!

Une demande récente de Mr. l'ambassadeur de France à Vienne, ayant pour but d'obtenir de V. M. une renonciation formelle à l'idée de faire valoir les droits de feu S. A. S. le duc de Reichstadt sur la succession paternelle, me fait un devoir de retracer brièvement à V. M. la marche de cette affaire depuis son origine.

Le testament de Napoléon contenait des legs rémunératoires qui devaient être acquittés par la maison de banque Lafitte, jusques à concurrence de certaines sommes appartenant au testateur, dont cette maison était dépositaire. Ces sommes se sont trouvé inférieures au montant des legs portés au dit testament, et elles le seraient devenues encore infiniment plus, si l'on s'était prévalu des lois civiles Françaises, selon le texte desquelles le testateur laissant des enfants ne peut disposer que de la moitié de l'actif de sa succession.

A cette époque et pour ces causes les exécuteurs testamentaires s'adressèrent à V. M., et le gouvernement Français à S. M. l'empereur comme chargé de la haute tutelle de feu S. A. S. le duc de Reichstadt, afin d'obtenir de l'une et de l'autre partie une renonciation volontaire à la part qui d'après les lois Françaises pouvait compéter à ce jeune prince; renonciation à laquelle V. M. aussi bien que S. M. l'empereur, en sa qualité de tuteur de son auguste petit fils, se sont effectivement décidés et dont l'acte formel n'est resté inaccompli que parce que le gouvernement Français ayant entretemps changé de manière d'envisager cette affaire et mis en question le droit du duc de Reichstadt à la légitime que lui donnaient les lois Françaises, la clause dont S. M. l'empereur avait jugé nécessaire de vinculer la dite renonciation, c'est-à-dire la réserve des droits de son auguste pupille aux biens laissés par Napoléon, autres que aux spécifiés dans le testament et dans les codicilles communiqués par les exécuteurs testamentaires, serait devenue illusoire.

Depuis cette époque, ni V. M. ni la hante tutelle de feu Mgr. le duc de Reichstadt n'avaient plus donné ancune suite à cette affaire, lorsque l'antomne passé, peu de mois après le malhenrenx décès de ce prince, le docteur Antomarchi se présenta à Parme réclamant de V. M. l'acquittement des dernières volontés de Son époux en sa faveur, et le sollicitant sur la partie des fonds déposés chez le banquier Lafitte, laquelle selon son assertion avait dû être considérée comme indisponible, et rester par conséquent en dépôt dans la dite maison de banque jusqu'à la majorité du jeune prince.

V. M. daigna m'ordonner de porter la réclamation du docteur Antomarchi à la connaissance de Mr. le prince de Metternich et de demander en son nom l'avis de S. M. I. tant sur la supposition avancée par le réclamant, que sur la ligne de conduite qu'il y aurait à tenir sons le rapport des propres convenances aussi bien que sous celui des intérêts des légataires.

Mr. le prince de Metternich en me répondant en date du 13 octobre dernier que, quoiqn'en snite de la résolution souveraine de S. M. l'empereur, communiquée à la date du 21 septembre, la solution des questions relatives à la succession de feu l'empereur Napoléon appartenait dorénavant entièrement à V. M., il n'avait pas pu Lui soumettre mes communications, ajoute qu'il ne croyait point que cela dut l'empêcher de me communiquer ses réflexions sur leur contenu, pour tel égard que V. M. jugerait convenable de leur accorder.

S. A. établit dans la pièce ci-jointe en original que, non seulement la supposition du doctenr Antomarchi sur la partie des fonds tenus en réserve chez le banquier Lafitte jusqu'à la majorité de Mgr. le duc de Reichstadt était probablement erronée, mais que même dans le cas où elle fut vraie et aussi bien que dans celui où il appartiendrait à V. M. d'en disposer, il ne serait encore nullement conseillable à V. M. de la revendiquer, les mêmes considérations qui l'avaient disposée ainsi que S. M. l'empereur à renoncer dans le principe à l'exercice de ce droit, devant vraisemblablement L'engager encore à present à prendre le même parti; il conseillait en outre comme utile avant de prendre sur cette affaire une détermination définitive, de se procurer par Mr. le comte Apponyi des renseignements exacts snr son état.

V. M. mettant une pleine confiance dans l'opinion énoncée par Mr. le prince de Metternich, et n'ayant jamais eu d'autre intention que d'examiner ce qui ponrrait être dans l'intérêt des légataires qui s'étaient adressés à Elle, ne jugea point convenable alors de donner suite à l'affaire; à présent Mr. le prince de Metternich en suite du memorandum

Digitized by Google

remis par Mr. l'ambassadeur de France, lequel se trouve joint à sa dépêche du 8 de ce mois et prouve que les conjectures exprimées dans celle du 13 octobre 1832 sont parfaitement vérifiées par les faits, conseille à V. M. d'accéder à la demande de Mr. l'ambassadeur de France, et de renoncer ainsi qu'Elle s'y était déjà décidée précédemment à toute idée de faire valoir les droits de S. A. S. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Napoléon, considérant que le moment le plus opportun pour déclarer cette renonciation est celui où on la Lui demande comme un acte de condescendance, auquel on devrait Lui tenir compte de s'être prêtée.

J'ose donc prier V. M. si, d'après l'exposé ci-dessus, Elle juge convenable de prendre le parti qui Lui est conseillé comme le plus conforme à Ses intérêts, de daigner m'autoriser à faire connaître officiellement à S. A. Mr. le prince de Metternich la détermination de renoncer volontairement à toute idée de faire valoir les droits de S. A. S. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Napoléon son père, afin qu'il puisse à son tour en donner acte à Mr. l'ambassadeur de France.

Le grand-maître de V. M.
Approuvé Marie Louise m. p. Mareschall m. p.

XLVI.

Nous Marie Louise, Princesse Impériale, Archiduchesse d'Autriche, Duchesse de Parme, Plaisance et Guastalla

Donnons par ces présentes pleinpouvoir chargé et autorité à Mr. Porcher de Lafontaine, avocat de la cour Royale, chevalier de la légion d'houneur, demeurant à Paris, de faire à tel tribunal ou autorité qu'il appartiendra, la déclaration que Nous renonçons purement et simplement taut en Notre nom personnel, que comme héritière en partie de feu Napoléon François Charles Joseph duc de Reichstadt, Notre fils, à tous droits et prétentions, généralemeut quelcouques que Nous et Notre fils aurions pu avoir sur tous les bieus meubles et immeubles, situés en Frauce, ayant appartenu à l'empereur Napoléon Notre Illustre époux, d'affirmer que Nous n'avons fait aucun acte d'héritier, enfin de faire et signer toutes déclarations et affirmations qui seront requises pour l'objet du présent pouvoir.

Fait en Notre résidence ducale de Plaisance le douce Mai mille huit cent trente sept.

Abkürzungen.

Antomarchi: Mémoires du docteur Automarchi. Bruxelles 1825. 2 Bde.
Correspondance de Napoléon: Correspondance de Napoléon I, publiée par l'ordre de l'empereur Napoléon III. Paris 1858—1870. 32 Bde.
Eugène: Mémoires et correspondance politique et militaire du prince Eugène, par A. du Casse. Paris 1860. 10 Bde.
Forsyth: History of the captivity of Napoleon at St. Helena. London 1853. 3 Bde.
Hamel: Histoire du règne de Louis Philippe faisant suite à l'histoire de la restauration, Juillet 1830—Février 1848, par Ernest Hamel. Paris 1889.
Helfert: Maria Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen. Wien 1873.
Larrey, Madame Mère: Madame Mère, Essai historique par le baron Larrey. Paris 1892. 2 Bde.
Marie Louise, Correspondance: Correspondance de Marie Louise. Vienne 1888.
Montbel: Le duc de Reichstadt. Paris-Versailles 1832.
Montholon: Histoire de la captivité de Ste-Hélène. Paris 1846. 2 Bde.
Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen: Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1813—1815, nach Aufzeichnungen von Friedrich von Gentz, nebst einem Anhang: Briefwechsel zwischen den Fürsten Schwarzenberg und Metternich. Herausgegeben von Richard Fürst Metternich-Winneburg. Geordnet und zusammengestellt von Alfons Freiherrn von Klinkowström Wien 1887.
Prokesch: Mein Verhältniss zum Herzog von Reichstadt.
Schlitter: Die Napoleoniden: Kaiser Franz I. und die Napoleoniden vom Sturze Napoleons bis zu dessen Tode. Wien 1888. (Aus dem Archiv für österreichische Geschichte, LXXII. Bd., II. Hälfte, separat abgedruckt.)
St.-A.: K. und k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv.
Thiers: Histoire du consulat et de l'empire. Paris 1845—1862. 20 Bde.

Namensverzeichniss.

A.

Aignan, St. 155.
Alexander I. von Russland, 19, 83, 84, 186, 189.
Antomarchi, Professor, 7, 12, 13, 33, 37, 38, 40, 48—51, 82, 95, 97, 100, 118, 122, 123, 125, 137, 149 —151, 184, 210, 211, 228—230, 232, 233, 237.
Apponyi, Graf Anton, 118—120, 237.
Archambault 168, 224.
Arnott, Dr., 128, 137.
Aulaire, Ste., 123.

B.

Baillon 156.
Balcombe W., 172.
Ballouhaye 62, 65, 159, 160, 163.
Baring 52, 132.
Barry 223.
Bassano, Herzog von, 95, 210, 223, 235.
Bathurst, Lord, 8, 10, 17, 18, 20, 24, 26, 28, 33, 41, 42, 46, 47, 53 —55, 67, 73, 74, 125, 139, 141, 144, 148, 151, 152, 163.
Bausset, L. F., 155, 156.
Bertrand, Graf, 3, 7, 9, 11—13, 26, 27, 29, 30, 33, 35—41, 43—48, 51, 57—59, 63, 64, 66, 74, 76, 78 —82, 94, 95, 99, 127, 130, 132— 139, 141, 144—151, 158—160, 162, 168, 172, 181, 182, 185—187, 195, 204—206, 208, 210, 223.
— Gräfin, 185.
Bessières, Witwe des Marschalls —, 96—98, 168, 207.
Bessoy, Capitaine, 223.
Binder von Kriegelstein, Friedrich Freiherr von, 147, 186.
Bombelles, Ludwig Graf von, 49, 50, 92, 93, 109, 113, 115—117, 120, 224—226.
Bonaparte, Familie, 39, 44, 89, 92, 113, 141.
— Hortense, 223.
— Jérôme, 124.
— Josef, 28, 42.
— Lätitia, 14, 82, 121, 185.
— Pauline, s. Borghese, Pauline.
Borghese, Pauline, Fürstin, 82, 89, 91, 92, 106, 111—116, 185, 224, 233.
— Camillo, Fürst, 113, 224.
Bouillerie, de la, 216, 217, 221.
Bonvard 225.
Bron 223.
Brunnetti, Lazar, Conte, 185.
Bruyer, General, 119, 227.
Bubna, FML. Graf, 50.
Buol-Schanenstein, Karl, Graf von, 185.
Buonavita, Abbé, 14, 34, 144, 147.
Burghersh, Lady, 21, 24—26, 139 —141.
— Lord, 26, 141.

C.

Caffarelli, General, 155.
Canterbury, Erzbischof von —, 51, 53, 63, 64, 73, 84.

Cantillon, 168.
Caraman, Graf, 56, 162.
Castlereagh, Lord, 20.
Canlaincourt, Herzog von Vicenza 95, 156, 210.
Chandellier 168, 224.
Chartrand 168, 223.
Chateanbriand, Graf, 94, 99, 100—104, 108, 110, 122, 204—207, 211, 213, 214, 230—232.
Corsini Neri 92.
Courzot 168, 223.
Crenneville, Gräfin, 14.
Cronier 225.

D.

Darn, Graf, 95, 210.
Denis, St., 168.
Dietrichstein, Moriz, Graf, 13, 23, 24, 140, 141.
Dnpin 151.

E.

Esterházy von Galantha, Paul, Fürst, 13, 17—22, 25, 30, 31, 33—35, 41, 42, 46, 51, 53, 56, 58—60, 67, 73, 74, 110, 142—144, 147, 148, 151, 155, 162, 164, 167, 173.

F.

Fesch, Cardinal, 82, 185.
Flenry de Chabonlon 136.
Floret, Engelbert Josef von, Hofrath, 76, 188.
Foresti, Hauptmann, 13.
Fossombroni, Marquis, 92, 93, 115—117.
Fouché, Herzog von Otranto, 13.
Fonler, General, 155.
Fox, William, 53, 56, 57, 74, 152, 163, 173.
Franz I. 6, 13, 15—17, 20, 21, 23, 26, 30, 41, 45, 57, 62, 66, 71, 77, 80, 83—85, 88, 91, 93, 95, 98, 99, 105, 107, 113, 114, 117, 120—122, 142, 158, 210, 228.
Frianl, Herzogin von —, 168.

G.

Gärtner, Friedrich Christian Freiherr von, 21, 70, 84—88, 189.
Genotte, Wilhelm Ferdinand von, 113.
Gentz, Friedrich, 19.
Georg IV. von England, 78, 181.
Gillis 171.
Gorreqner, Major, 10, 127, 131, 137.
Gourgaud, General, 129, 134, 145, 223.

H.

Holland, Lady, 128, 137, 143.
— Lord, 20, 26, 32, 33, 143.
Hnxmann & Wilson 223.

I.

Isabey, Maler, 61.
Istrien, Herzogin von —, s. Bessières.

K.

Karcher, Ritter von, 35, 204, 206.
Karl, Erzherzog, 135.
— X. von Frankreich 123.

L.

Lafitte, P., 6, 33, 35, 36, 41—43, 48, 51, 52, 54, 56—60, 63—70, 72—74, 78, 80, 89, 94—96, 102, 111, 112, 120, 122, 123, 145, 146, 149, 151—154, 160, 164—166, 168, 171, 172, 174—176, 183, 184, 187, 188, 193, 194, 199, 206, 208, 209, 216—223, 225, 228—237.
L'Allemand, General, 171.
Lamporecchi, Advocat, 120, 228.
La Place, de, 156.
Las Cases, Graf, 7, 32, 143, 168, 172, 208.
Lederer, Alois, Freiherr, 110.
Lemercier 225.
Lepage 224.
Len, Gräfin, s. Bonaparte Hortense.
Lenchtenberg, Herzog von, 32, 41—43, 57, 62, 69, 71, 86, 143, 145, 156, 157, 167, 168, 189, 198, 199.

Liechtenstein, Wenzel, Fürst, 155.
Londonderry, Marquis, 33, 34, 139.
Louis Philippe, König von Frankreich, 123.
Lowe, Sir Hudson, 8—12, 17, 18, 20, 24, 27, 28, 33, 34, 46, 47, 54, 57, 74, 125, 137, 138, 141, 143, 144, 147, 148, 150, 161, 163, 179.
— Madame, 138.
Lnhert 81.
Ludwig XVII. 166.
— XVIII. 19, 30, 68, 73, 78, 103, 105, 111, 166.

M.

Maison, Marquis de, 123.
Mansi, Titò, 50, 225.
Marchand, 3, 7, 9—11, 36, 47, 59, 66, 80—82, 95, 118—120, 127, 128, 131, 134, 138, 147, 148, 160, 168, 172, 185, 186, 195, 208, 227.
Mareschall, Wenzel Philipp Leopold, Freiherr von, 122, 123, 228, 229, 233, 235, 236, 238.
Marie Louise, Kaiserin, 3, 6, 7, 13 —16, 18, 19, 21—28, 33, 36—45, 49—52, 57—62, 65, 69, 70, 74, 75, 77, 79, 81, 89, 91, 92, 108, 110, 117, 118, 122—125, 138, 139, 150, 155, 159, 161, 168, 170, 174, 181, 188, 189, 206, 210, 211, 228, 235, 236, 238.
Marlhorongh, Herzog von, 135.
Meneval, Baron, 155, 156.
Merveldt, Maximilian, Graf von, 185, 186.
Metternich, Clemens W. L., Fürst, 13, 15—20, 22, 23, 25, 27, 29—35, 39—55, 57—89, 92—115, 117—124, 139—146, 150, 157, 158, 162, 163, 170, 173, 182, 185, 189, 204, 205, 207, 210, 211, 214, 221, 223 —226, 228, 229, 233, 235, 237, 238.
Mier, Felix, Graf von, 110.
Montfort, Fürst, s. Bonaparte Jérôme.
Montholon, Graf, 3, 4, 6—13, 26—30, 33—37, 39—41, 43—48, 51—53, 56—59, 63, 64, 66, 69, 72, 74, 79—83, 94, 95, 99, 102, 111, 112, 125—135, 138, 139, 141, 144—148, 150, 151, 154, 158, 160—163, 168, 171, 172, 176, 184—188, 195, 204, 206, 208, 209, 216—221, 223, 224.
Montholon, Gräfin, 28, 132, 171, 172, 185.
Montmorency-Laval, vicomte, 80, 100, 184, 213.
Morean 151.
Mniron 168.

N.

Napoleon I. 3, 6—8, 10—12, 14, 15, 17—20, 22—24, 26—37, 41—43, 46, 47, 49, 50, 52—60, 62—79, 81—109, 111—113, 115, 116, 118, 120—123, 125—142, 144—152, 154 —156, 158—160, 162—166, 168—171, 173, 175—177, 180, 182, 184, 186, 187, 189—205, 207—210, 214 —216, 218, 220, 221, 223, 225, 227 —238.
Napoleon II. s. Reichstadt.
Neipperg, Alhert Adam, Graf von, 15—17, 21, 23—28, 33, 37—40, 43, 45, 49—55, 59—63, 65, 67, 68, 70, 73, 75—77, 79, 81, 85, 92, 98, 101, 110, 117, 118, 140, 150, 159, 163, 173, 210, 230.
Nenmann, Philipp von, 13, 29, 139.
Noverraz 136, 168.

O.

O'Meara, Dr., 32, 129, 132, 143, 225.
Orleans, Herzog von, 4.

P.

Persil 151.
Peyrns 227.
Peyrusse 155, 156, 223.
Peyrnssel 224.
Pieron 168.
Piré, G., 223.
Pins VII., Papst, 20, 128.
Planat 168, 223.
Poggi 44, 223.

Porcher de Lafontaine, Advocat, 238.
Pozzo di Borgo, General, 83, 186.
Prokesch, Major, 118, 121.

R.

Ramolino 223.
Ratery, Secretär, 172.
Reade, Thomas, Sir, 9, 125—127, 131, 135.
Reichstadt, Herzog von, 3, 4, 6—8, 10, 11, 13, 16, 17, 19, 21, 23—25, 29, 30, 34, 36, 37, 40—44, 46, 49, 52, 53, 55, 58, 61, 63, 64, 66—70, 72, 73, 75, 77, 78, 80, 84, 85, 88—94, 96—100, 103—122, 124, 139, 145, 148, 149, 160—162, 164, 166, 173—180, 182—184, 192, 195, 196, 200, 202, 203, 207, 211, 212, 217, 219, 221—224, 227—238.
Revizky-Revisnye, Adam, Graf von, 124.
Richelieu, Herzog von, 35, 187.
Rigaud 225.
Rivarola, Cardinal, 112.
Rothschild, N., Baron, 13.
Rousseau 223.
Rutledge 126.

S.

Santini 223.
Saurau, Franz, Graf von, 121, 228.
Sebastiani, Horace, 97, 210.
Séguier 56, 57, 162.
Semonville, Marquis de, 47, 76, 83, 84, 145, 147, 176, 184, 186, 235.
Senfft-Pilsach, Friedrich Christian Ludwig, Graf von, 124.
Stadion, Johann Philipp, Graf von, 63, 157.
Stürmer, Bartholomäus, Freiherr von, 12, 34, 137, 144.
Survilliers, Graf, s. Bonaparte Josef.

T.

Talleyrand 47, 147.
Tausch 226.

U.

Ugolini, Josef, 113.

V.

Vantini, Vincenzo, 226, 227.
Vicenza, Herzog von —, s. Caulaincourt.
Vignali, Abbé, 9, 12, 26—28, 37, 38, 40, 48, 82, 127, 131, 141, 149, 168, 185.
Vincent, Karl, Freiherr von, 36, 39—42, 44, 45, 48, 49, 51, 57—60, 62—64, 66—69, 72—74, 76, 77, 80—82, 88, 94—96, 98, 99, 101—104, 107, 108, 111, 112, 118, 119, 145, 146, 150, 158, 162, 164, 167, 173, 174, 177, 179, 180, 182, 185, 188, 200, 204—207, 210, 211, 214, 230.
Vivanelli 227.

W.

Walewsky 223.
Warden, Dr., 128, 136.
Wellington, Herzog, 134.
Wilson 223.

Inhaltsverzeichniss.

		Seite
I.	**Capitel.** Napoleon trifft seine letztwilligen Anordnungen. — Sein Tod und seine Beisetzung	3
II.	**Capitel.** Sir Hudson Lowe in Longwood. — Er nimmt die von Napoleon Bonaparte hinterlassenen Gegenstände in Augenschein. — Sein Bericht nach London. — Die Schicksalsgefährten Napoleons verlassen die Insel St. Helena	9
III.	**Capitel.** Der Herzog von Reichstadt. — Marie Louise. — Trauerfeierlichkeiten in Sala. — Marie Louise wünscht von den letztwilligen Verfügungen Napoleons in Kenntniss gesetzt zu werden. — Weisungen Metternich's an den Fürsten Esterházy	13
IV.	**Capitel.** Verhalten der englischen Regierung. — Napoleons letzter Wunsch, dass sein Herz nach Parma gebracht werde. — Metternich's Vortrag an Kaiser Franz	17
V.	**Capitel.** Metternich's Schreiben an den Grafen Neipperg und den Fürsten Esterházy. — Nothwendigkeit, dass die österreichische Regierung in Bälde von den Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt werde. — Marie Louise. — Ihr Brief an Lady Burghersh. — Metternich's Unwille darüber	21
VI.	**Capitel.** Ankunft des Abbé Vignali in Florenz. — Seine Zusammenkunft mit dem Grafen Neipperg. — Marie Louise übersendet ihm einen Ring. — Seine Ansichten über das Testament Napoleons. — Lord Bathurst. — Verhalten der Testamentsvollstrecker. — Kaiser Franz vertritt den civilrechtlichen, Fürst Metternich den politischen Charakter der Angelegenheit. — Gespräche im Salon der Lady Holland über das Testament. — Erklärung der englischen Regierung, sich in nichts zu mischen, was das Privatvermögen Napoleons betreffe	26
VII.	**Capitel.** Esterházy ertheilt dem Fürsten Metternich den Rath, in Frankreich Nachforschungen über den Verbleib des Testamentes anstellen zu lassen. — Sein Gespräch mit Sir Hudson Lowe. — Bertrand und Montholon in Paris. — Ihr Process mit dem Bankhause Lafitte. — Bertrand's Schreiben an Marie Louise. — Antomarchi in Parma. — Seine Audienz bei dem Grafen Neipperg. — Er sieht die Kaiserin im Theater. — Eindruck, welchen die Witwe Napoleons auf ihn hervorruft. — Marie Louise erhält den Brief Bertrand's. — Sie wendet sich um Rath an den Fürsten Metternich. — Dieser schreibt an Neipperg. — Marie Louise ersucht den Botschafter in Paris, in ihrem Namen mit den Testamentsvollstreckern zu unterhandeln	33

Digitized by Google

Seite

VIII. Capitel. Zeitungsgerüchte über das Testament Napoleons. — Lord Bathnrst. — Baron Vincent. — Marie Louise. — Verhalten des Fürsten Metternich. — Kaiser Franz fordert den Staatskanzler auf, ihm znverlässige Nachrichten über das Testament zu unterbreiten. — Weisnngen Metternich's nach London und Paris. — Marie Louise erklärt, auf jeden Nutzgenuss der dem Herzog von Reichstadt möglicherweise zufallenden Erbschaft verzichten zu wollen 41

IX. Capitel. Antomarchi in Parma. — Gerüchte über ihn. — Seine Audienz bei dem Grafen Neipperg. — Er reist nach Paris. — Baron Vincent 49

X. Capitel. Process der Testamentsvollstrecker mit dem Bankhause Lafitte. — Marie Louise. — Erste Nachricht über den Verbleib des Testamentes. — Dieses ist als Depot bei dem Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbnry hinterlegt. — Fürst Metternich. — Esterhazy schickt Auszüge des Testamentes, welche er von dem französischen Botschafter erhalten hatte, nach Wien. — Metternich's Ansichten über den Grafen Montholon . . . 51

XI. Capitel. Montholon nnd Bertrand bei dem Botschafter Baron Vincent. — Ihr Schreiben an Marie Louise. — Montholon nnd Lafitte befehden sich in den Tagesblättern. — Marie Louise erhält das Codicill, welches auf sie Bezug hat. — Ihr Unwille darüber. — Der Herzog von Leuchtenberg. — Sein Schreiben an Kaiser Franz. — Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich 57

XII. Capitel. Aussergerichtlicher Vergleich zwischen den Testamentsvollstreckern nnd Lafitte. — Montholon bei Baron Vincent. — Metternich's Weisungen nach Paris nnd London. — Sein Schreiben an den Grafen Neipperg 63

XIII. Capitel. Activa nnd Passiva der Verlassenschaft. — Anspruch des Herzogs von Reichstadt auf die Hälfte des Lafitte'schen Depots. — Rechtstitel, nnter welchem die Legatare von St. Helena dieses Depot beanspruchen. — Vortrag Metternich's an den Kaiser über den bisherigen Gang der Testamentsangelegenheit. — Die Privatdomaine Napoleons. — Verhalten der englischen Regierung 68

XIV. Capitel. Schreiben der Testamentsvollstrecker an Marie Louise nnd den Fürsten Metternich. — Sie wünschen, dass die Kaiserin die letztwilligen Verfügungen Napoleons anerkennen und bestätigen möge. — Metternich vertritt die Ansicht, dass es am vortheilhaftesten sei, auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. — Sein Schreiben nach Parma. — Sein Vortrag an den Kaiser. — Dieser verlangt, von sämmtlichen Bestimmnngen des Testamentes in Kenntniss gesetzt zu werden. — Schreiben Bertrand's an Marie Louise. — Metternich's Depesche an Vincent. — Die Testamentsvollstrecker übergehen dem Botschafter in Paris eine beglaubigte Abschrift des letzten Willens Napoleons . . 74

XV. Capitel. Metternich unterbreitet dem Kaiser das Testament. — Dieser verlangt Aufschluss über den Artikel, welcher die ita-

Digitized by Google

Seite

lienische Civilliste betrifft. — Metternich überschickt das Testament dem Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle und fordert ihn auf, darüber sein Gntachten zu erstatten. — Vortrag des Vicepräsidenten an den Staatskanzler. — Metternich nnterbreitet dieses Gntachten dem Kaiser und fordert ihn zur Verzichtleistung anf 83

XVI. Capitel. Das Gnt San Martino. — Vortrag Metternich's an den Kaiser über die Ansprüche Reichstadt's anf dieses Gnt. — Er ersucht den Kaiser, einen baldigen Entschluss zu fassen. — Der Kaiser zögert damit. — Die französische Regierung hofft, dass die Vormnndschaft Reichstadt's anf die Erbschaft Verzicht leisten werde. — Metternich ersncbt den Kaiser in einem neuerlichen Vortrage nm eine baldige Entscheidung. — Einverständniss zwischen der französischen Regierung und den Legataren, welche ihre Angelegenheit einem Schiedsrichtercomité übertragen haben. — Der Spruch der Schiedsrichter, wonach die Hälfte des Lafitte'schen Depots dem Herzoge von Reichstadt überlassen bleibt. — Nenerlicher Vortrag Metternich's. — Resolution des Kaisers, wonach die französische Regierung zu einer bestimmten Aeusserung veranlasst werden möge . . 89

XVII. Capitel. Weisung an Baron Vincent. — Depesche nach Parma. — Note Chateanbriand's an Vincent. — Die französische Regiernng spricbt dem Herzoge von Reichstadt das Recht ab, in Frankreich eine Erbschaft anzntreten, nnd gestattet den Legataren, sich untereinander abznfinden. — Vortrag Metternich's; er fordert den Kaiser anf, der französischen Regierung gegenüber keine weiteren Schritte mehr zu nnternehmen. — Seine Vorschläge in Betreff des Gntes San Martino. — Kaiser Franz genehmigt die Ausführungen Metternicb's, will aber nicht in förmlicher Weise anf die Erbschaft Verzicht leisten. — Er weist Metternich an, Erknndigungen darüber einzuziehen, ob Napoleon nicht in Belgien, England oder Nordamerika irgendwelches Vermögen angelegt habe. — Depeschen nach Paris, London, Florenz, Philadelphia nnd Parma 99

XVIII. Capitel. Montholon's Denkschrift über das Testament Napoleons. — Er fordert die Vormnndschaft Reichstadt's auf, in förmlicher Weise anf die Erbschaft Verzicht zn leisten. — Depesche an Vincent. — Die Fürstin Panline Borghese vermacht Reichstadt das Gut San Martino. — Vortrag Metternich's. — Der Kaiser verlangt zu wissen, ob San Martino der Fürstin oder Napoleon Bonaparte gehört habe. — Depesche nach Florenz. — Die toscanischen Gerichte erklären, dass die Fürstin Borghese über das Gut nicht habe verfügen können, da es als Eigenthnm Napoleons zu betrachten sei. — Vortrag Metternich's. — Resolution des Kaisers, die nöthigen Schritte einznleiten, damit San Martino für den Herzog von Reichstadt in Besitz genommen werde 111

Seite

XIX. Capitel. Marchand's Absicht, sich nach Wien zu begeben, um Reichstadt die ihm von seinem Vater vermachten Andenken zu übergeben. — Weisung Metternich's an Apponyi, diese Reise zu verhindern. — Schreiben Marchand's an den Herzog von Reichstadt. — Er behält die Andenken zurück. — San Martino. — Tod des Herzogs von Reichstadt. — Der Besuch des Herrn v. Prokesch bei der Mutter Napoleons. — Betrübniss des Kaisers über den Tod seines Enkels. — Marie Louise. — Antomarchi. — Marie Louise verzichtet in förmlicher Weise auf den Napoleonischen Nachlass 118

Beilagen.

I. Sir Hudson Lowe to Lord Bathurst. St. Helena, 14th mai 1821 125

II. Minute of what occured at Longwood on the 12th may 1821, at the examination of some of the property left by general Bonaparte 131

III. Sir Hudson Lowe an B. Stürmer. St. Helena, 27. Mai 1821 . 137

IV. Projet de lettre de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, duchesse de Parme, à S. M. l'empereur 138

V. Baron Neumann an den Fürsten Metternich. London, 21. August 1821 139

VI. Graf Neipperg an den Fürsten Metternich. Florenz, 1. October 1821 140

VII. Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich. Wien, 15. October 1821 141

VIII. Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy. Wien, 2. October 1821 142

IX. Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy. Wien, 2. October 1821 143

X. Fürst Paul Esterházy an den Fürsten Metternich. London, 19. December 1821 144

XI. Baron Vincent an den Fürsten Metternich. Paris, 17. Jänner 1822 145

XII. Fürst Metternich an Baron Vincent. Wien, 26. Jänner 1822 . 146

XIII. Baron Vincent an den Fürsten Metternich. Paris, 11. Februar 1822 150

XIV. Copie d'une lettre de Lord Bathurst à S. A. Mr. le prince Esterházy en date du 26 janvier 1822 151

XV. Lafitte au rédacteur du Journal de Paris. Paris, le 28 février 1822 152

Montholon au rédacteur de Constitutionnel. Paris, le 2e mars 1822 154

XVI. Copie d'une lettre écrite à S. M. l'impératrice par Mr. le baron de Meneval, le deux janvier 1815 155

XVII. Prinz Eugen Herzog von Leuchtenberg an den Kaiser. München, 30. März 1822 156

XVIII. Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich. Wien, 14. April 1822 157

XIX. Fürst Metternich an Baron Vincent. Wien, 24. April 1822 . 158

XX. Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy. Wien, 24. April 1822 162

Seite

XXI. Fürst Metternich an den Grafen Neipperg. Wien, 3. Mai 1822 . . . 163
XXII. Note snr l'exécution des dernières volontés de l'empereur Napoléon . . . 168
XXIII. Domaine privé de l'empereur Napoléon . . . 169
XXIV. Die Testamentsvollstrecker Napoleons an den Fürsten Metternich. Paris, 12. Mai 1822 . . . 170
Die Testamentsvollstrecker an die Kaiserin Marie Louise. Paris, 12. Mai 1822 . . . 170
XXV. Fürst Metternich an den Grafen Neipperg. Wien, 13. Juni 1822 . . . 173
XXVI. Graf Bertrand an die Kaiserin Marie Louise. Paris, 16. Mai 1822 . . . 181
Ad XXVI. Graf Bertrand an die Kaiserin Marie Louise. Paris, 18. Mai 1822 . . . 181
XXVII. Fürst Metternich an Baron Vincent. Wien, 12. August 1822 . . . 182
XXVIII. Aus dem Testamente Napoleons . . . 184
XXIX. Fürst Metternich an Baron Vincent. Verona, 22. October 1822 . . . 185
XXX. Mémoire remis par Mr. de Sémonville au général Pozzo di Borgo, pour être soumis par lui à l'empereur Aléxandre. 26. August 1822 . . . 186
XXXI. Der Vicepräsident der Obersten Justizhofstelle, Freiherr von Gärtner, an den Fürsten Metternich. Wien, 24. Jänner 1823 . . . 189
XXXII. Baron Vincent an den Fürsten Metternich. Paris, 26. Mai 1823 . . . 204
XXXIII. Baron Vincent an den Fürsten Metternich. Paris, 18. Juli 1823 . . . 207
XXXIV. Horace Sebastiani an den Fürsten Metternich. Paris, 1. Juli 1823 . . . 210
XXXV. Fürst Metternich an Baron Vincent. Wien, 17. September 1823 . . . 211
XXXVI. Baron Vincent an den Fürsten Metternich. Paris, 8. Mai 1824 . . . 214
XXXVII. Mémoire sur la sneccession de l'empereur Napoléon. 5. avril 1825 . . . 216
XXXVIII. Fürst Camille Borghese an den Grafen Bombelles. Florenz, 27. Juli 1825 . . . 224
XXXIX. Graf Bombelles an den Fürsten Metternich. Florenz, 30. August 1825 . . . 225
Ad XXXIX. Graf Bombelles an den Fürsten Metternich. Florenz, 14. Jänner 1826 . . . 226
XL. Marchand an den Herzog von Reichstadt. Strassburg, 18. März 1832 . . . 227
XLI. Vortrag Metternich's an Kaiser Franz. 29. August 1831 . . . 228
XLII. Antomarchi an die Kaiserin Marie Lonise. Parma, 10. September 1832 . . . 228
Antomarchi an Baron Mareschall. Parma, 10. September 1832 . . . 228
XLIII. Fürst Metternich an Baron Mareschall. Wien, 13. October 1832 . . . 229
XLIV. Fürst Metternich an Baron Mareschall. Wien, 8. Juni 1833 . . . 233
XLV. Mareschall an den Fürsten Metternich. Parma, 21. Juni 1833 . . . 235
XLVI. Urkunde über den Verzicht der Kaiserin Marie Louise auf den napoleonischen Nachlass . . . 238

Abkürzungen . . . 239
Namensverzeichniss . . . 240
Inhaltsverzeichniss . . . 244

Ausgegeben am 20. September 1893.

DIE

ÜBERGABE MÄHRENS

AN

HERZOG ALBRECHT V. VON ÖSTERREICH

IM JAHRE 1423.

(BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER HUSITENKRIEGE IN MÄHREN.)

VON

DR. B. BRETHOLZ.

Digitized by Google

Am 4. October 1423 wurden Herzog Albrecht V. von Oesterreich und seine Gemahlin Elisabeth, die Tochter und alleinige Erbin König Sigmunds, in feierlicher Weise mit der Markgrafschaft Mähren belehnt, zu einer Zeit, da Böhmen und Mähren inmitten eines furchtbaren Religionskrieges standen, dessen Ausgang, nach dem bisherigen Verlaufe zu schliessen, kaum absehbar war. Erhält das Ereigniss schon hiedurch weittragende politische Bedeutung, so wird diese noch erhöht durch die Wichtigkeit, die der Act in dynastischer Beziehung für die beiden Häuser Luxemburg und Habsburg hatte. War es doch ein erster Schritt, um der weiblichen Linie der Luxemburger, deren Mannesstamm zu erlöschen schien, einen Anspruch auf die Krone Böhmens zu sichern. Der factische Besitz des Markgrafenthums konnte einen festen Stützpunkt für die Erwerbung des gesammten Königreiches gewähren.[1] Andererseits bot sich für Herzog Albrecht von Oesterreich die Aussicht, zum zweiten Male, seitdem die Habsburger Nachbarn des böhmischen Reiches geworden waren, diese Länder für sein Haus zu erwerben. Aber so verlockend auch für Herzog Albrecht die Erbschaft König Sigmunds, dessen Haupt drei Kronen schmückten, war, dies bildete nicht das hauptsächlichste Motiv dafür, dass er ein durch Krieg und Unglück schwer heimgesuchtes Land mit den grössten Kosten und Opfern in seine Verwaltung und seinen förmlichen Besitz zu übernehmen trachtete. Und so sicher es auch ist, dass König Sigmund die treue Freundschaft,

[1] In der Uebergabsurknnde König Sigmunds vom 1. October 1423 (s. nnten Beil. XVI) heisst es, der Bischof von Olmütz nnd der Herzog von Troppan, deren unmittelbare Zngehörigkeit zur Krone Böhmens anerkannt wird, sollen hiefür ‚demselben nnserm sun, herczog Albrechten und nnserer tochter ir stymme geben zu einem kunig zu Behaim und in des beholfen sein‘.

die ihn mit Herzog Albrecht IV. von Oesterreich verbunden hatte, auf dessen Sohn Albrecht V. übertrug, dem er nicht nur frühzeitig gegen den Willen von dessen Vettern zur Herrschaft in Oesterreich verhalf, sondern den er sich schon im Jahre 1411, da Elisabeth noch im jugendlichsten Alter stand, zu seinem Schwiegersohne erkor,[1] so waren es doch nicht in erster Linie diese freundschaftlichen Gefühle, noch auch die Sorge um die Nachfolge, die den König zu so früher, keineswegs günstiger Zeit zu diesem bedeutungsvollen Schritte bewogen. Die treibende Kraft, durch welche die beiden Häuser Luxemburg und Habsburg in so enge Verbindung mit einander kamen, war die Husitengefahr. Sicherer als Erbverbrüderungen und Heiratsversprechen führte die gleiche Noth und Gefahr zur Vereinigung.

Daher stellt sich denn auch die volle Einräumung Mährens zu Gunsten Herzog Albrechts nicht als ein kühner Schachzug Sigmunds in seinen politischen Combinationen dar, — dazu hätte es ihm übrigens nicht minder als seinem Bruder Wenzel an rascher Entschlossenheit gefehlt — sondern sie ist, entsprechend der steigenden Gefahr, das endliche Ergebniss der verschiedentlichen Versuche, sich Herzog Albrecht, den eifrigsten und unversöhnlichsten Feind der Husiten, als Theilnehmer im Kampfe zu sichern; und man kann in dieser Hinsicht wohl behaupten, dass die Gewinnung des österreichischen Herzogs der einzige wirkliche Erfolg Sigmunds bei seinen vielfachen Werbungen um Bundesgenossen zum Kampfe gegen die Husiten gewesen ist.

Aber nicht blos um militärische Unterstützung war es dem Könige zu thun. Sigmund — auch hierin seinem Bruder ähnlich — befand sich in fortwährender Geldverlegenheit. Wenzels unerschöpfliche Geldquelle, besonders in der ersten Zeit seiner Regierung, war sein Vetter, der mährische Markgraf Jodocus gewesen; König Sigmund wandte sich oft genug an Herzog Albrecht von Oesterreich.

So könnte man denn nicht mit Unrecht die ganze feierliche, in das ehrwürdige Gewand einer Belehnung gekleidete Procedur als eine Verpfändung des Landes Mähren ansehen, zu der sich König Sigmund, durch die Verhältnisse gezwungen, endlich entschliessen musste.

---

[1] Vgl. Huber, Geschichte Oesterreichs, Bd. 2, S. 419.

Handelt es sich uns bei der Darstellung dieses Ereignisses nicht sowohl um die Kenntniss der blossen Thatsache, wie sie die weitläufigen Urkunden verkünden, als vielmehr um die Ursachen, die zu demselben führten, und um den Zusammenhang, in dem die localen Geschehnisse mit der Geschichte der Zeit stehen, so werden wir allerdings zunächst einen Rückblick machen müssen. Wir werden die Geschicke des Landes Mähren wenigstens von jenem Zeitpunkte an verfolgen, da mit dem Tode des kinderlosen Markgrafen Jodocus am 18. Januar 1411 die Secundogenitur des Hauses Luxemburg, die Linie der selbstständigen Markgrafen von Mähren, nach 60jährigem Bestande erlosch. Laut der Erbverträge aus der Zeit Karls IV. fiel nunmehr das Markgrafenthum als erledigtes Lehen an die Krone Böhmen zurück und wurde nicht wieder vergeben, sondern blieb im Besitze König Wenzels. Ein noch engerer Contact der beiden Länder war hiedurch bedingt. Im Monate Februar des Jahres 1411 erschienen der Bischof von Olmütz, die mährischen Barone und der niedere Adel in Prag, um König Wenzel als Markgrafen Huldigung zu leisten.[1] Sie erlangten hier die Bestätigung der Rechte und Privilegien der Markgrafschaft, vor Allem jener drei wichtigen Urkunden, durch die ihnen seit König Johanns Zeiten einerseits das Indigenat für die hohen Landesämter zugesichert war, und in denen andererseits die Fälle, sowie die Höhe der allgemein zu erhebenden Berna gesetzlich festgestellt waren.[2] Für das höchste Landesamt, für die Würde eines Landeshauptmannes der Markgrafschaft Mähren, bestimmte Wenzel noch im Verlaufe dieses Jahres 1411 seinen Hofmeister Lacek von Kravař, einen mährischen Baron.[3] Hie-

---

[1] In einer Urkunde K. Wenzels vom 21. Februar 1411, Prag (Orig. im mähr. Landesarchiv) heisst es: ‚Quod constituti alias in nostra maiestatis presencia venerabilis Conradus episcopus Olomucensis certique barones et terrigene marchionatus nostri Moravie, fideles nostri dilecti, dum nobis suis et aliorum eiusdem marchionatus Moravie baronum vice et nomine debita fidelitatis, subieccionis et obediencie promissa prestavere.‘

[2] S. Beil. I.

[3] Darnach ist Tomaschek, Recht und Verfassung der Markgrafschaft Mähren im 15. Jahrhundert, S. 47, wo der im Jahre 1417 ernannte Peter von Kravař als erster Landeshauptmann unter K. Wenzel genannt wird, zu ergänzen. — Lacek wird noch in einer Urkunde K. Wenzels vom 20. Mai 1411 (Orig. im mähr. Landesarchiv), welche die Ernennung der Procuratoren bei der Präsentation der Olmützer Canoniker betrifft, blos als ‚magister

mit und mit dem Abschlusse eines fünfjährigen Landfriedens[1] mit den mährischen Herren zur Sicherung des Friedens und der Ruhe im Lande hielt König Wenzel seine Thätigkeit für die Markgrafschaft eigentlich für beendet; er erschien im letzten Jahrzehnt seiner Regierung kaum jemals in Mähren.[2] Die Verwaltung und Regierung des Landes blieb in den Händen der mächtigen Barone, welche die obersten Landesämter innehatten und die festen Burgen und Schlösser, sowie den grössten Theil von Grund und Boden im Lande besassen.

Mit dem Jahre 1411 sind wir bereits über die ersten Anfänge jener eigenthümlich gewaltigen Bewegung, die von Hus ihren Namen erhalten hat, über den Beginn der religiösen und nationalen Revolution in Böhmen und Mähren hinaus. Noch in die Geschichte des Markgrafen Jodocus gehört das Aufkommen und die Verbreitung wiclifitischer Lehren in Mähren. Wie der Markgraf selbst von Hus eine böhmische Uebersetzung von Wiclif's Trialogus erhalten haben soll,[3] so werden allenthalben im Lande, beim hohen Adel, unter der Geistlichkeit und selbst im Volke, reformatorische Schriften Eingang gefunden haben. Leider besitzen wir — das kann unumwunden gesagt werden — über diese Periode unserer Geschichte bis nun sehr mangelhafte Kenntnisse. Obgleich Mähren durch Männer wie Milič von

curie nostre regalis‘ bezeichnet. Als Landeshauptmann erscheint er urkundlich zuerst nachweisbar bei der Eröffnung der Olmützer Landtafel am 23. Januar 1412 (vgl. Die Landtafel des Markgrafthumes Mähren. Olm. Cuda, S. 293). Die Würde eines königlichen Hofmeisters behält er bei, denn noch in einer Urkunde vom 6. April 1412 (Abschr. im mähr. Landesarchiv) nennt ihn Wenzel: ‚unsers furstentums zu Merhern hauptman, unsern hofmeister‘.

[1] Diese in böhmischer Sprache abgefasste Landfriedensurkunde vom 2. Februar 1412, welche in einer grossen Anzahl von Artikeln mit dem deutschen Landfrieden der Markgrafen Jodok und Prokop vom Jahre 1388 (vgl. Cod. dipl. Morav., Bd. 11, S. 446, Nr. 529) vollkommen übereinstimmt, ist in das Tobitschauer Rechtsbuch übergegangen und von Brandl, Kniha Tovačovska, p. 25, cap. 31 nach dem Originale des mährischen Landesarchivs abgedruckt.

[2] Die unrichtige Angabe d'Elvert's (Schriften der histor.-statist. Section, Bd. 13, S. 87), dass K. Wenzel im Jahre 1417 am Spielberg in Brünn geweilt habe, beruht auf einem völlig verkehrten Regest in Wolny's Markgrafschaft Mähren, Bd. 2, Abth. 2, S. 426.

[3] Vgl. Richter, Die Husiten in Mähren in Kaltenbäck's Oesterr. Zeitschrift für Geschichts- und Staatskunde, 1835, S. 262.

Kremsier, Stefan von Dolein, Stanislaus und Petrus von Znaim u. A., die für und wider stritten, hervorragenden Antheil an der Geschichte der husitischen Bewegung genommen hat, so fehlt doch jeder Versuch einer Sammlung der bezüglichen Documente, wie sie anderwärts nach verschiedenen Gesichtspunkten bewerkstelligt wurde.

Als dann nach dem unheilvollen Jahre 1409, in welchem der nationale Kampf offen losbrach, die Bewegung besonders durch den Streit des Prager Erzbischofs Sbinko mit Hus alsbald in vollen Zug kam, Hus sich in offenen Gegensatz zu den kirchlichen Anordnungen stellte und hiedurch die Laienwelt in den Streit hineingezogen wurde, da erkennen wir allerdings deutlich, welch' mächtigen Anhang Hus auch schon in Mähren gewonnen hatte.

Unter seinen eifrigsten Gönnern erscheint von allem Anfange Lacek von Kravař. Schon im September des Jahres 1410, da von Böhmen aus Bittschreiben an den neuen Papst Johann XXIII. gerichtet wurden, damit er das Verbot seines Vorgängers betreffs der freien Predigt und des Gebrauches wiclifitischer Bücher aufhebe, nimmt Lacek, damals noch ‚magister curiae', eine hervorragende Stellung in der Partei ein. Sein und seines Bruders Peter Schreiben, das gleichzeitig mit denen des Königs, der Königin und vieler böhmischer Barone abging, kennzeichnet sich vor allen übrigen durch einen entschiedeneren, keineswegs sehr devoten Ton. ‚Was,' so ruft Lacek in rhetorischer Frage aus, ‚sollen uns dann die Kapellen in unseren Schlössern nützen, in denen oft genug das Wort Gottes gepredigt wurde? Wie können wir dann das Wort des Herrn vernehmen, wenn wir zu Felde liegen, wo es doch am nothwendigsten ist, das Wort Gottes zu hören? Wahrlich,' so schliesst er seine Mahnung, ‚grosses Unheil und schweres Zerwürfniss im Volke könnte daraus entstehen.'[1] Aber Lacek ist doch auch unter den Mitgliedern des Schiedsgerichtes, welche noch im Juli 1411 die Beilegung aller Zwistigkeiten und die Herstellung des Friedens versuchen,[2] wie denn überhaupt sowohl Lacek als viele andere Adelige damals nur in dem Sinne als Förderer der neuen Lehren gelten können, als sie von denselben eine gründliche Ver-

[1] Vgl. Palacky, Documenta mag. Joannis Hus, S. 413, Nr. 30 F.
[2] A. a. O., S. 434, Nr. 40.

besserung der Sitten im Clerus und die Beseitigung so mancher offenbarer Uebelstände erwarteten. Gegen den Vorwurf der Ketzerei und der Abtrünnigkeit vom katholischen Glauben haben sie sich stets mit aller Entschiedenheit verwahrt.[1]

Mit gespanntem Interesse verfolgten die mährischen Barone die Verhandlungen auf dem Concil zu Constanz, und je gefährlicher Husens Lage sich dort gestaltete, desto dringender wurden ihre Bitten und Mahnungen an König Sigmund um Schutz für den, als dessen Patron er überall in Böhmen und Mähren galt. Schon zu Anfang des Jahres 1415 forderte eine Versammlung mährischer Herren zu Meseritsch[2] eindringlich von König Sigmund, er solle Hus aus dem Kerker befreien, denn jedweder, Fürst und Herr, Arm und Reich, rede hier im Lande davon, wie der heilige Vater gegen Ordnung und Recht und trotz königlichen Geleitbriefes Hus schuldlos im Kerker halte; er solle ihm freies Gehör verschaffen, damit er sich öffentlich vertheidigen könne, wenn ihn Jemand der Irrlehre anklagen sollte; habe er doch auch frei und furchtlos im Lande gepredigt. Erst wenn er des Irrthums überwiesen werde, geschehe, was recht sei; doch unter allen Umständen behaupte der königliche Geleitbrief sein Vorrecht, seinen Vorsprung.[3] Bald darauf, am 8. Mai 1415, wandten sie sich von Brünn aus abermals und mit noch dringenderen Bitten an Sigmund.[4] Dann

---

[1] In einem anderen Schreiben an den Papst Johann, das bisher nur im Oesterreichischen Archiv, Jahrg. 1833, Urkundenblatt Nr. 3, 4, S. 11, Nr. 15 gedruckt ist, sagt Lacek: ‚Unde speramus confidenter, quod magis pie ac sapiencius V. S. nos respiciet, quam Alexander . . ., cum prestante Jesu Christo domino ex integro omnes et singuli profiteamur catholicam fidem.‘

[2] Vgl. Palacky, Docum., S. 534, Nr. 65. Die unterfertigenden Barone sind: Laczko de Krawar, capitaneus Moraviae, Boczko de Kunstat alias de Podiebrad, Erhardus de Kunstat alias de Skal, Wilhelmus de Pernstein, Joannes de Lomnicz, supremus camerarius Brunensis, Hanussius de Lipa, supremus marssalcus regni Bohemiae, Petrus de Krawar, supremus camerarius Olomucensis, Jodocus Hecht de Rosicz, Ulricus de Hlawatecz, marchionatus Moraviae subcamerarius, ceterique barones nunc in Mezericz constituti, — also mit die höchsten Würdenträger und Landesbeamten.

[3] Der böhmische Ausdruck ist sehr bezeichnend: ‚a twé M[ti] gleit at wždy proskok má‘. Proskok heisst wörtlich etwa ‚Durchsprung‘ (s. Brandl's Glossar, S. 279), weshalb mir die Uebersetzung bei Palacky a. a. O., S. 536: ‚tuae maiestatis literis autem semper locus sit‘, zu schwach klingt.

[4] Vgl. Palacky, Docum., S. 547, Nr. 73.

erst vereinigten sie sich mit den Gleichgesinnten in Böhmen zu einer grossartigen Kundgebung, und die stattliche Zahl von 250 böhmischen und mährischen Herren sandte von Prag aus am 12. Mai ihr letztes Mahnschreiben nach Constanz.[1] Dieser Brief entlehnt — bezeichnend genug — seinen Wortlaut im Grossen und Ganzen jener ersten, von den mährischen Herren in Meseritsch abgefassten Beschwerde, nur verschärft man die Sprache durch grössere Ausführlichkeit, durch kräftige, bezeichnende Epitheta, durch rhetorische Redewendungen.[2] Doch auch dieser letzte Mahnruf, diese ernste Warnung einer im Lande überwiegenden Partei, sie nicht durch die zufällige Uebermacht der Gewalt in ihren Gefühlen zu verletzen, verhallte ungehört. Am 6. Juli wurde Hus, durch das geistliche Schwert verdammt, durch das weltliche gerichtet, in Constanz als Ketzer verbrannt.

Wenn es richtig wäre, was König Sigmund am 21. März 1416 von Paris aus an die Häupter des böhmisch-mährischen Husitenbundes schreibt,[3] dass er gleich damals, als Husens Name zuerst in Böhmen genannt wurde, geahnt habe, wie daraus noch grosses Wirrsal entstehen und die Sache nicht leicht zu einem guten Ende führen werde; wenn er in der That erkannt hätte, dass die nun einmal in die Welt gesetzten Ideen gerade in den böhmischen Ländern auf guten Boden gefallen seien, dann ist er von dem Vorwurfe nicht freizusprechen, dass er wenig versucht hat, um die Feindseligkeiten der beiden Parteien rechtzeitig auszugleichen und vor Schritten, die nothwendig zum unheilbaren Bruche führen mussten, zu warnen.

Die Strenge und der Ernst, mit denen das Concil gegen die Herolde der neuen Lehre verfuhr, die Drohungen und Warnungen an deren Anhänger verfehlten in Böhmen und Mähren bereits ihre Wirkung. Man erachtete Husens Verurtheilung als eine dem ‚allerchristlichsten Königreiche‘ und dem ‚berühmten Markgrafenthume‘ angethane ewige Schmach. Der

[1] Vgl. Palacky, Docum., S. 550, Nr. 74.

[2] Dieses Verhältniss der beiden Urkunden im Originaltext ist vom Herausgeber nicht beachtet worden, so dass in der lateinischen Uebersetzung, die Palacky zur Erleichterung der Benützung den böhmisch geschriebenen Stücken beifügen liess, die beiden Urkunden völlig verschiedenen Wortlaut zeigen.

[3] Vgl. Palacky, Docum., S. 609, Nr. 95.

Kreis der ‚Begünstiger der Häresie' erweiterte sich zusehends. Die Briefe, in denen die böhmischen und mährischen Herren am 2. September 1415 den Concilsvätern feierlich erklären, nunmehr ihre gottergebenen und standhaften Prediger mit Gefahr ihres Lebens, mit Hintansetzung aller Furcht und ohne Rücksicht auf die von Menschen ergangenen Satzungen vertheidigen und schützen zu wollen, trugen 452 Unterschriften und Siegel, darunter die von 131 Herren des mährischen Adels und Ritterstandes. An ihrer Spitze steht wiederum der Landeshauptmann Lacek von Kravař, der denn auch als Vertreter des Landes Mähren mit den Böhmen Čenko von Wartenberg und Bočko von Kunstadt in den dreigliedrigen Ausschuss des am 5. September geschlossenen böhmisch-mährischen Husitenbundes trat. Die Hauptpunkte dieses für sechs Jahre giltigen Bündnisses waren folgende: die freie Predigt in allen Herrschaften und Gebieten zu schützen, einen der Häresie beschuldigten Priester in Böhmen und Mähren einzig und allein dem competenten Bischof im Lande zur Prüfung und Bestrafung zu übergeben, über den Bischöfen aber in Glaubenssachen die Prager Universität als oberstes Gericht anzuerkennen und einstens vor dem künftigen Papste über die ihnen widerfahrene Schmach Klage zu führen und sich dessen Urtheile zu unterwerfen.[1]

Welch' hervorragende Rolle Lacek in allen diesen Verhältnissen spielte, ersehen wir auch daraus, dass Magister Hieronymus, als er anfangs auf dem Concil den Widerruf geleistet hatte, versprechen musste, seine Bekehrung dem Könige Wenzel und dem mährischen Landeshauptmann Lacek — diese beiden werden namentlich angeführt — bekanntzugeben,[2] und es ist vielleicht nicht ganz zufällig und bedeutungslos, wenn König Sigmund in seinem Schreiben an die Führer der husitischen Partei Lacek an erster Stelle, vor Boček und Čenko anspricht.[3] Genoss er solches Ansehen bei den Fürsten und unter den Adeligen Böhmens, welche Bedeutung muss dann seine Persönlichkeit in Mähren selbst ausgeübt haben,[4] wo er

---

[1] Vgl. Palacky, Docum., S. 580, Nr. 85 und S. 590, Nr. 86.

[2] A. a. O., S. 596, Nr. 88.

[3] A. a. O., S. 609, Nr. 95.

[4] Es ist charakteristisch, dass er von Eberhard Windecke dort, wo dieser die Anhänger und Gönner der Husiten aufzählt, ‚der grosse herr Lazgo von Mähren' genannt wird. Dieses Epitheton wird er wohl in der Um-

als des Königs Stellvertreter die ganze Regierung und Verwaltung des Landes leitete. Sein Tod, der schon im Jahre 1417 eintrat, war denn auch ein schwerer Verlust für die ganze Husitenpartei. Sein Nachfolger Peter von Kravař und Stražnie[1] — vielleicht sein Bruder — der uns schon bekannte Oberstkämmerer der Olmützer Cuda, war allerdings auch husitisch gesinnt; aber ihm fehlte die Festigkeit der Gesinnung seines Vorgängers; er ist, wie wir noch sehen werden, unbeständig in seinen religiösen und politischen Ueberzeugungen, ein mährischer Čenko von Wartenberg. — So lange allerdings König Wenzel noch lebte, konnte der Adel ungehindert und ohne Gefahr seine Hinneigung zu den neuen Lehren bekennen und auf seinen Felsenburgen husitischen Priestern den Gottesdienst anvertrauen. Aber als mit dem Regierungswechsel die Verhältnisse sich änderten, da zeigte es sich, dass, so zahlreiche Anhänger der Husitismus auch in diesem Kreise hatte, die Schlösser nicht der sicherste Hort seiner Niederlassung waren; nur insolange schienen diese Festen uneinnehmbar, als die landesherrliche Gewalt, von der trotz scheinbarer Selbständigkeit und Unabhängigkeit die Barone ihren Glanz und ihre Macht entlehnten, sich ihnen nicht widersetzte; fielen aber die äusseren Mauern vor dem Angriffe des königlichen Heeres, dann waren auch in der Mehrzahl die stolzen Inhaber überwunden. Doch waren die neuen Ideen schon lange nicht mehr auf die oberste Classe der Bevölkerung, auf den hochgebildeten reichen Adel, den zunächst wohl die Opposition gegen so manchen herrschenden Uebelstand in der Kirche anzog, beschränkt; sie hatten Verbreitung und mächtigen Anhang auch unter den niedrigen Schichten der damaligen Gesellschaft gefunden,[2] für die sich Aussicht und Hoffnung auf eine Aenderung und Besserung ihrer erbärmlichen Lage, auf völlige Umwälzung der ganzen

gebung des K. Sigmnnd geführt haben. Dass damit Lacek von Kravař und nicht, wie v. Hagen (Geschichtsschreiber der deutschen Vorzeit, Lief. 79, S. 84, N. 2) angibt, Lacko von Sternberg gemeint ist, bedarf keines Beweises.

[1] Sein Ernennungsdecret ist wiederum aufgenommen ins Tobitschauer Buch, s. Brandl a. a. O., S. 18, Cap. 16. Vgl. auch Tomaschek, Recht und Verfassung der Markgrafschaft Mähren im 15. Jahrhundert, S. 47.

[2] Schon znm Jahre 1414 berichtet Laurenz von Březowa: ‚Itaqne non solum in Praga sed etiam in multis regni Boemie et marchionatus Moravie civitatibus, castris, oppidis et villis communis popnlus catbervatim cum magna devotione ac reverentia ad sacratissimam utriusque speciei com-

socialen Verhältnisse erschloss. Hier unten wurzelten sich die Lehren kräftiger ein, da sie sich von Anbeginn mit den vitalsten Lebensinteressen verknüpften, und nachhaltiger waren daher auch die Wirkungen, die der Husitismus in diesen Kreisen erzeugte.

Aber diesen von ganz verschiedenen Motiven geleiteten Helfern des Umsturzes traten in Mähren wohl mit gleicher Entschiedenheit zwei Factoren mächtig entgegen: das Olmützer Bisthum und die grossen, zumeist von deutscher Bevölkerung bewohnten Städte. Nur hier in Mähren prägt sich während der ganzen Dauer der Husitenkriege diese Gruppirung der Parteien deutlich aus, im Gegensatze zu Böhmen, wo sich von Anbeginn die Stadt Prag an die Spitze der Bewegung stellte und das Oberhaupt des katholischen Clerus, der Erzbischof von Prag, sich schon im Jahre 1421 für die husitischen Lehrsätze erklärte. Während sich die Concilsväter nach Husens Tode, am 26. Juli 1415, nur an die Gesammtheit der Getreuen in Böhmen wenden, richten sie nach Mähren besondere Schreiben an die Städte.[1] Voll der höchsten Anerkennung und des grössten Lobes ist sodann ein Schreiben des Concils an die Bürger der Stadt Olmütz vom 27. März 1416,[2] also vom selben Tage, da die böhmischen Adeligen vom Concil zu wachsamerem Eifer angespornt werden, weil, was bis nun geschehen, keineswegs genützt habe.[3] Allerdings hatten auch die Olmützer ihre Energie dadurch bekundet, dass sie in derselben Woche, da Hus den Scheiterhaufen bestieg, in ihrer Stadt Jünger der Prager Universität, die Husens Lehre dort zu verbreiten gesucht hatten, verbrannten.[4]

---

mnnionem frequentabat‘ (Höfler, Geschichtsschreiber der husitischen Bewegung in Böhmen in: Fontes rer. Austr., SS., Bd. 2, S. 324).

[1] Die Adresse des mit Palacky, Docum., S. 568, Nr. 81 fast gleichlautenden Schreibens nach Mähren lautet: ‚Sacrosancta Constanciensis synodus ... prudentibus et circumspectis viris, iuratis, consulibus et communitatibus Olomucensis, Brunensis et aliarum civitatum oppidorumque marchionatus Moravie salutem in domino‘ (Abschrift in Boček's Sammlung im mährischen Landesarchiv aus dem Olmützer Stadtbuch des Wenzel von Iglau).

[2] S. Beil. II.

[3] ‚Licet itaque ..., quia tamen nonnumquam profuit, ad vigilatiora virtutum studia animos vigiles excitare.‘ Palacky, Docum., S. 616.

[4] Ausser dem Beschwerdeschreiben der Prager Universität an den Landeshauptmann Lacek von Kravař (Palacky, Docum., S. 561, Nr. 78) haben wir

Vielleicht wäre auch der Widerstand von diesen festen Sitzen des Katholicismus aus wirksamer gewesen, wenn nicht der Hauptpfeiler, der in allererster Linie berufen war, die mächtige Strömung zu brechen, das Olmützer Bisthum, noch vor Beginn des eigentlichen Kampfes gewaltig unterwühlt und in sich gespalten worden wäre. Die Geschichte des Olmützer Bischofsstreites bildet gleichsam das Vorspiel zu den Husitenkämpfen in Mähren.[1]

Als nämlich der Olmützer Bischof Konrad der Westfale im Jahre 1412 das Prager Erzbisthum übernahm, wurde Wenzel Kralik, d. h. der Königliche, früher Propst am Wyšehrad und Kanzler des Königs von Böhmen, Commendator des Olmützer Bisthums. Kein selbständiger fester Charakter, kein unbedingter Gegner der neuen Lehre, blos ein ergebener Diener seines Königs, war Wenzel wohl nicht die geeignete Person, um den Zwiespalt, der sich schon zu Zeiten Bischof Konrads unter den Olmützer Canonikern erhoben hatte, zu bannen und die Kirche in diesen schwierigen Zeitläuften fest und sicher zu lenken. Auf seinem Wege nach Constanz, wohin ihn das Capitel entsandte, kam er blos bis Prag, sei es, weil er, wie seine Feinde sagten, das Reisegeld allsogleich vergeudete,[2] sei es, was wohl viel verständlicher klingen dürfte, weil ihn der Wille

noch einen kurzen Bericht im Stadtbuch des Wenzel von Iglau, abgedruckt von Loserth in den Mittheilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Jahrg. 19 (1881), S. 87, und von W. Saliger, Ueber das Olmützer Stadtbuch des Wenzel von Iglau, S. 20. Auch in den Vorbemerkungen zu den ‚Obligaciones civitatis' kommt Wenzel auf die schwere Schädigung der Stadt durch die Husiten zurück und sagt unter Anderem: et quia ipsa civitas Olomucensis ... horum nephandorum iniciis hereticorum se viriliter ingesserit et cives urbis pretacte primum illius dampnate secte Johannis Hus professores, quos reperit, ignis cremacione et capitum truncacione eradicare nitebantur (Saliger, S. 43).

[1] Wir sind über diesen Bischofsstreit durch eine Anzahl von Actenstücken, die sich im Cod. 358 des mährischen Landesarchivs finden, sehr gut unterrichtet; ich kann aber in diesem Zusammenhang den Sachverhalt nicht im Detail darstellen, wie es die Urkunden wohl ermöglichten, und gebe in der Beil. III auch nur die drei wichtigsten Documente, auf die ich mich mehrfach beziehe, wieder. Ich bemerke übrigens, dass Brandl auf Grund desselben Materials schon im Jahre 1877 im Časopis matice Moravské, Bd. 9, S. 29, einen Aufsatz, betitelt ‚Spor o biskupství Olomucké' (Der Streit um das Olmützer Bisthum), veröffentlicht hat.

[2] Vgl. Richter, Series episcoporum Olomucensium, p. 143.

des Königs von der Fortsetzung der Reise abhielt. Mit mehreren Canonikern lebte er in fortwährender Feindschaft, was zu gegenseitigen Klagen bei dem Constanzer Concil führte. Eben aus diesen Anklageschriften ersehen wir nur zu klar, dass sich hier alle Kirchenzucht und Disciplin bereits gelöst hatte.[1]

Da das Concil ebensowenig auf den Prager Erzbischof wie auf den Olmützer Commendator mit voller Zuversicht bauen konnte, so betraute es den glaubensfesten Bischof Johann von Leitomischl mit der schwierigen Mission, dem Umsichgreifen des Husitismus in den böhmischen Ländern zu wehren. Es ernannte ihn am 31. August 1415 zum Legaten für Böhmen und Mähren und gab ihm Macht, die Häretiker zu verfolgen und auszurotten.[2] Bischof Johann gelang es denn auch im folgenden Jahre, am 24. Juni 1416, eine Vereinigung der beiden Capitel Leitomischl und Olmütz zu gemeinsamer Abwehr der Wiclifiten und Husiten und zu gegenseitiger Unterstützung mit ganzer Macht bis zur völligen Ausrottung der Häresie aus Böhmen und Mähren zu erzielen.[3]

Bevor aber noch der Olmützer Commendator Wenzel an diese schwierige Aufgabe herantreten konnte, ereilte ihn am 12. September 1416 der Tod. Eine einhellige Wahl eines Nachfolgers war nunmehr, da sich die Spaltung des Capitels in treue Vertheidiger des alten Glaubens und mehr oder weniger offene Anhänger der neuen Lehre auch hier bereits vollzogen hatte, nicht zu erwarten. Eine Doppelwahl trat ein und als deren unmittelbare Folge einer der heftigsten Kämpfe, den das unter den Luxemburgern schwer geprüfte Bisthum Olmütz zu überdauern hatte. Auffallend rasch, noch vor dem festgesetzten Wahltage und in Abwesenheit mehrerer Canoniker,[4] wurde neun Tage

[1] In dem genannten Codex 358 finden sich p. 917 ff. die Appellation des Olmützer Canonikers Wilhelm von Korthelangen gegen Wenzel an den Prager Erzbischof, p. 923 ff. Notizen über verschiedene Beschwerden gegen den Commendator, p. 963 ff. die Verhandlung über den Streit Wilhelms von Korthelangen mit dem Altaristen Mathias von Gewitsch, einem Günstling des Commendators, vor dem Constanzer Concil, Actenstücke, welche alle reichlichen Aufschluss über die Zustände der Olmützer Kirche während König Wenzels Regierung geben.

[2] Palacky, Docum., S. 574, Nr. 83; vgl. auch S. 578, Nr. 84; S. 615, Nr. 97.

[3] S. Beil. IV.

[4] ‚ante terminum eleccionis indicte aliis canonicis absentibus', heisst es in einer der Appellationen, s. Beil. III c.

nach Wenzel Kralik's Tode Bischof Johann von Leitomischl von seinen Anhängern im Capitel postulirt. Zwölf Tage darauf, am 3. October, wählte die schwächere Gegenpartei ihren Bischof in der Person Albrechts (Aleš), eines Canonikers vom Wyšehrad bei Prag und Günstlings König Wenzels,[1] der allsogleich vom Prager Erzbischof confirmirt wurde. Keine der beiden Parteien hatte auf eine ordnungsmässige canonische Wahl Gewicht gelegt; es handelte sich also nur noch um die Machtfrage. Zunächst befanden sich die bischöflichen Güter noch in den Händen zweier Administratoren, die auf Johanns Seite standen. Aber auf den Befehl König Wenzels an den Burggrafen von Mürau, wo der eine Administrator seinen Sitz hatte, dann an den Landeshauptmann Lacek von Kravař, an den königlichen Unterkämmerer Ulrich von Hlavatec und an die übrigen mährischen Landherren und Beamten wurden die bischöflichen Güter den Anhängern Johanns selbst mit Gewalt entrissen und Bischof Albrecht und seinen Canonikern eingeräumt. Schon am 29. November war Albrecht im factischen Besitze des Bisthums und die Gegner allenthalben vertrieben. Mit Albrecht zogen husitisch gesinnte Priester in die Olmützer Kirche ein, so dass der Gottesdienst auch hier in ungewohnter neuer Form abgehalten wurde.

Die Stadt Olmütz, die keineswegs mit dieser Wendung der Dinge zufrieden war, erhielt den königlichen Befehl, die Anhänger Albrechts gegen ihre Feinde zu schützen und diesen Bischof allein zu unterstützen.[2]

Mit dem Augenblicke jedoch, da um die Mitte des Monats December 1416 Bischof Johann von Leitomischl vom Constanzer Concil die Administration des Olmützer Bisthums in spiritualibus et temporalibus erlangt hatte,[3] erfolgte der Zusammenstoss der beiden Parteien; denn Bischof Johann, nachmals der Eiserne zubenannt, ein, wie es die Zeitlage erforderte, überaus energischer Charakter, ein mit Feuereifer beseelter Vertheidiger der katholischen Ordnung, griff unverzüglich die Anhänger Albrechts in ihren Besitzungen an und verfolgte die Gegner mit seiner

[1] ‚post postulacionem de predicto domino Johanne episcopo Luthomislensi celebratam et consumatam et post xii dies a die postulacionis facte compntatos‘, schreiben die Anhänger Johanns an das Concil, s. Beil. III a.

[2] Nach den Aufzeichnungen des Stadtschreibers Wenzel von Iglau, vgl. Saliger, S. 35 nnd Brandl, S. 52, Note 1.

[3] S. Beil. V.

ganzen geistlichen und weltlichen Macht. Jede der beiden Parteien wandte sich überdies auch an den Gönner des Gegners. Die Canoniker von Johanns Seite schrieben an den Prager Erzbischof, um durch ihn auf den König Wenzel einzuwirken.[1] Die Partei Bischof Albrechts verwahrte sich bei dem Concil gegen den Vorwurf der Ketzerei, und die königlichen Beamten protestirten in Constanz gegen die ungerechte Verhängung des Kirchenbannes durch Bischof Johann. Auf diese Weise wurde das Concil Richter in diesem Streite. Die eigenthümliche Processführung, bei der das erstmalige, Albrecht günstige Urtheil umgestossen wurde und eine neue Untersuchung schliesslich am 16. Juni 1417 mit seiner Absetzung endigte, bildet einen eigenen Abschnitt in diesem interessanten Bischofsstreite.

Doch weder diese Entscheidung, noch auch die Bestätigung Johanns durch den neuen Papst Martin V. am 14. Februar 1418,[2] den übrigens König Wenzel mit grösstem Eifer, aber vergeblich, für Albrecht zu gewinnen getrachtet hatte,[3] beendigten den Streit. Albrecht appellirte abermals, und Papst Martin beauftragte den Cardinal Branda von Piacenza mit der weiteren Untersuchung. Im Sinne des päpstlichen Auftrages verkündete Branda am 7. Mai 1418 unter Androhung des Kirchenbannes, dass Albrecht und seine Anhänger alle Besitzungen der Olmützer Kirche dem Bischof Johann oder dessen Procuratoren auszuliefern haben.[4] Doch erfolgte mittlerweile eine unerwartete und eigentlich nicht ganz aufgeklärte Lösung. Wahrscheinlich auf Bischof Johanns Anregung wurde ein Wechsel der Bisthümer vorgenommen, der die Zustimmung aller Parteien erlangte.[5] Albrecht erhielt das Bisthum in Leitomischl, das dann wirklich in den Husitenstürmen zu Grunde ging; Johann übernahm nach zweijährigem Kampfe Olmütz.

Dies der äussere Verlauf des Bischofsstreites. Liest man jedoch die gegenseitigen Anklagen und Vorwürfe, dann erkennt man erst die grosse Verwüstung, die sowohl in spiritualibus als in temporalibus in diesen wenigen Jahren angerichtet wurde.

---

[1] Die betreffende Urkunde ist nicht gedruckt und befindet sich nach Brandl, S. 54, Note 1 auf dem Innendeckel des Cod. 205 im Olmützer Capitelarchiv.
[2] Vgl. Richter, Series episcoporum Olomucensium, p. 149.
[3] S. Beil. VI.
[4] S. Beil. III b.
[5] S. Beil. VII.

Schon vor Eintritt des eigentlichen Kampfes, so schildern die Anhänger Bischof Johanns den Zustand der Diöcese, war das Land durch die Irrlehren völlig zerrissen. Die Häresie der Wiclifiten und Husiten hatte sich allüberall hin verbreitet und gewann, geschützt und vertheidigt durch viele Barone, Adelige, Ritter und gemeines Volk, immer grösseren Boden, wodurch dann der katholische Glaube schwer geschädigt ward. Die heiligen Sacramente, so klagen sie, werden verspottet und verhöhnt, die kirchlichen Strafen verlacht; der Gehorsam gegen die Kirche, gegen den apostolischen Stuhl, gegen Bischöfe und Geistliche sei vernichtet. Und indem sie sodann auf das Einzelne eingehen, berichten sie umständlich, dass die Barone sich Priester halten, von denen ihnen das Altarsacrament unter beiderlei Gestalt gereicht werde, dass es Priester gebe, die die Oblate vor der Elevation in drei Theile brechen und nur einen Theil erheben, ja auch solche, die in Fischteichen und Flüssen taufen; andere, selbst excommunicirte, celebriren auf Feldern, in Scheunen, in Kellern ohne geweihten Altar die Messe; man halte keine canonischen Stunden u. s. w. Vielfach würden Exequien für die verdammten Ketzer Hus und Hieronymus gefeiert, man veranstalte zu ihren Ehren Feste und preise sie als Märtyrer des Glaubens, ja man stelle sie über Petrus und die übrigen Heiligen. Die Folge davon sei, dass katholische Geistliche vertrieben würden, dass man die Pfarrer ihres Eigenthums beraube und sie zwinge, ihre Kirchen zu verlassen, da sie doch nichts haben, um sich zu erhalten; den Zehent reichten ihnen die Patrone nicht mehr, und fände sich einmal ein Pfarrkind, das ihn leiste, so werde er ihnen von den anderen wieder entrissen. Ja, sie würden von den Husiten geschlagen, gefangen, gemartert, ertränkt oder sonstwie grausam getödtet, und es herrsche Gefahr, dass die ganze Markgrafschaft in diese Irrthümer häretischer Verruchtheit falle, wofern nicht das Concil Rettung schaffe.[1]

Man wird diesen Bericht, der gleichsam die Einleitung zur Motivirung der Wahl Johanns bilden soll, als ziemlich düster gemalt ansehen dürfen, aber zweifeln kann man nicht, dass schon damals Mähren nicht minder als Böhmen durch die Spaltung im Volke und Clerus sehr zu leiden hatte. Sobald dann

[1] S. Beil. III a.

nach der Doppelwahl der Kampf der feindlichen Brüder begann, herrschte auf beiden Seiten nur der eine Wunsch, die Gegenpartei vollkommen zu vertilgen.

Als der königliche Hauptmann auf Schloss Littau, Přibicho von Othlochowic, gegen den Bischof Johann, der ihm mit dem Banne drohte, an das Concil appellirte, klagte er diesen an, dass er und seine Leute unmenschlich wie Tyrannen in den Gebieten der Olmützer Kirche gewüthet hätten, dass sie Kirchen und Klöster beraubten, die Menschen gefangen abführen liessen, die sich mit schwerem Geld auslösen müssten, wenn sie nicht in Kerkern gefangen gehalten und mit Fusseisen und Handfesseln gefoltert zu Grunde gehen wollten. Und ganz derselben Grausamkeiten und Unthaten beschuldigte Bischof Johann eben diesen königlichen Hauptmann in einem öffentlichen Anschlage an den Kirchenthoren, wie Přibicho in der Appellation selbst angibt.[1]

Fehlt uns heute denn doch das Verständniss für ein derart grausames Wüthen im eigenen Lande, so werden wir es auch besser hier und sonst unterlassen, abzuwägen, auf welcher Seite die grössere Zahl oder die unmenschlichere Art der begangenen Schändlichkeiten zu constatiren ist. Man bezahlte so ziemlich Gleiches mit Gleichem.

Welche Ausdehnung schon damals die Anhänger des Husitismus in Mähren gewonnen hatten und wo der eigentliche Mittelpunkt ihrer Ansiedlung war, das ersehen wir aus der Citationsbulle, mit der Bischof Johann unmittelbar vor seiner Anerkennung durch Papst Martin am 5. Februar 1418 die schismatischen Priester nach Leitomischl vorlud.[2] Besonders im unteren Marchthale von der Einmündung der Hanna einer- und der Bečwa andererseits, in der Gegend um Kremsier, Tlumatschau, Napajedl, Ung.-Hradisch, aber auch nordwestlich von hier, um Střilek, bei Ostra, Wessel, Znorow, Stražnic, Lipau, Welka u. s. f., dort hatten sie sich der Kirchen bemächtigt und festen Fuss gefasst. In der Folgezeit bot gerade in dieser Gegend die Bekämpfung und Vernichtung der Husiten dem Könige Sigmund die grössten Schwierigkeiten, so dass er sogar einige Zeit an eine Abtrennung dieses Gebietes von der Markgrafschaft und Entnationalisirung desselben dachte.

---

[1] S. Beil. III b.
[2] S. Beil. VIII.

Das war die Lage der Dinge, als am 16. August 1419 König Wenzel matt und krank,[1] wie ein schon lange von den Unbilden des Wetters zerrissener Stamm, beim ersten kräftigen Windstosse, der das nahende Gewitter ankündigte, zusammenbrach. Es trifft diesen Fürsten wahrlich wenig Schuld an dem Unheil, das unter seiner Regierung so rasch emporgewachsen war. Er war von Anbeginn zu schwach, das Erbtheil seines grossen Vaters zu übernehmen. Immer und immer wieder sucht er einen Theil der Würden und Lasten auf die ihm zunächst Stehenden abzuwälzen, zuerst auf seinen geistesstarken, ehrbegierigen Vetter, den Markgrafen Jodocus von Mähren, dann auf seinen Bruder, König Sigmund von Ungarn. Wenzel stand inmitten der böhmischen Wirren; er war nicht ihr Urheber, höchstens Zeuge in dem Processe, der sich hier entwickelte. Man hat sein Benehmen ein zweideutiges genannt; doch der Ausdruck trifft nicht zu; ihm fehlte das Verständniss für seine schwierige Aufgabe und für die Pflichten, die ihm seine Stellung auferlegte. Wahrlich, auch ein grösserer Geist als er wäre in Zwiespalt mit sich selbst gerathen bei der eigenthümlichen Entwicklung, die die Verhältnisse in Böhmen genommen hatten. Er ahnte nicht die Tragweite des Streites der Gelehrten, er unterschätzte den immer wachsenden Gegensatz der beiden Nationalitäten im Lande, und als er sich mit einem Male entweder als Husit und Ketzer von der Kirche verdächtigt oder in die Nothwendigkeit versetzt sah, seine bisherigen Freunde und treuen Diener preiszugeben und zu verfolgen, da raste er in seiner Verzweiflung und erlag thatsächlich den furchtbaren Aufregungen der letzten Wochen seines Lebens.

Sein Bruder, König Sigmund, der ihm folgte, hatte bis nun in einem Lande regiert, in dem von Grund aus verschiedene Verhältnisse herrschten. Er stand allerdings, wie wir gesehen haben, in mehrfachen Beziehungen zu böhmischen und mährischen Adeligen und war über die äusseren Vorgänge in Böhmen gut unterrichtet; aber nie hatte er in den letzten Jahren im Lande selbst geweilt,[1] um sich aus eigener Anschauung Klarheit über die wirkliche Lage zu verschaffen. Sigmund war, besonders seitdem er die römische Königswürde innehatte, viel

---

[1] Vgl. das Itinerar K. Sigmunds von 1414—1419 in Aschbach, Geschichte K. Sigmunds, Bd. 2, S. 460 ff.

in der Welt herumgekommen, aber nirgends fand er die Häresie so sehr im Schwunge wie in seinen Erblanden. Er unterschätzte daher, von dem nur scheinbar richtigen Gedanken ausgehend, dass denn doch das Häuflein Husiten in Böhmen nicht gegen die gesammte katholische Welt ankämpfen könne,[1] die Gefahr, die allerdings nicht gleich für die ganze Kirche bedrohlich werden konnte, wohl aber für das Land, dessen Erbe und zukünftiger Regent er war. Er fühlte sich mit dem Wohl und Wehe dieser Länder nicht so verwachsen, wie dies seinem Bruder Wenzel immerhin nachgerühmt werden muss. Zu diesem selbst war sein Verhalten niemals, und am wenigsten in den letzten Jahren, ein freundschaftliches gewesen.[2] Dessen Freunde und Rathgeber konnten nicht die seinigen werden, und dass ihm unter dem husitisch gesinnten Theile der Bevölkerung seit den Vorgängen in Constanz keine Sympathien entgegengebracht wurden, ist leicht verständlich. Sigmund sah in der Ausrottung der Häresie in Böhmen nur die consequente Fortsetzung einerseits seiner Bemühungen um die Herstellung der Einigkeit in der Kirche, andererseits seiner Kämpfe gegen die Ungläubigen.[3] Er hegte auch nach dem Concil nur den einen Gedanken, aber auch die sichere Hoffnung, er sei berufen, die Neuerungen der Wiclifiten auszurotten.[4] Und unmittelbar nach dem Tode Wenzels hat er noch die Absicht ausgesprochen, alle anderen Aufgaben der Zurückdrängung der Türken und

[1] So schreibt er den böhmisch-mährischen Baronen im Jahre 1416: ‚A chtělili byste tak přísně a twrdě Husowu stranu držeti a brániti, to by wám bylo welmi těžko, že byste wšemu křesťanskému sboru měli odolati‘ (Ac si tam obstinato et pertinaci animo causam Joannis Hus sustentare et defendere velitis, id quidem vobis difficillimum erit, universae Christianorum societati resistere). Palacky, Docum., S. 610 (612), Nr. 95.

[2] Vgl. besonders das Schreiben Sigmunds an Wenzel vom 4. December 1418 (Palacky, Docum., S. 682, Nr. 119).

[3] Nam quid nobis prodesset tot laboribus, tot angustiis pro unione ecclesiae insudasse, nisi pro tam pio tamque salutifero negocio corpus viresque nostras totales exponeremus? quam gloriam reportare possemus, si unione ecclesiae christianorum facta, Teucrisque inimicis christifidelium intrantibus crebro christianorum partes repulsis sepissime, Wiklephistarum et Hussistarum pessimum omnium hereticorum genus nollemus destruere? (K. Sigmund an Cardinal Branda, 19. Juli 1421, in Palacky, Urkundliche Beiträge zur Geschichte des Hussitenkrieges, Bd. 1, S. 137.)

[4] So schreibt er am 11. Juli 1418 an den Kurfürsten Ludwig von der Pfalz: „. . . et quia nos etiam taliter in Bohemia diligenter et seriose laborare

der Vernichtung der Ketzer hintanzusetzen.[1] — In Wirklichkeit überliess er aber zunächst in Böhmen die Dinge ihrem Lauf. Möglich auch, dass ihn die Unternehmung gegen die Türken länger und mehr beschäftigte, als er vermuthet hatte. Erst für die letzte Woche des Jahres 1419 berief er die Stände aus den böhmischen Ländern zu sich nach Brünn. In dieser einen Thatsache, dass König Sigmund bei seinem Regierungsantritte es nicht wagte, die Huldigung in Prag entgegenzunehmen, sondern in der Hauptstadt Mährens die Getreuen um sich versammelte, kennzeichnet sich bereits die verschiedene Wendung, welche die Geschicke der beiden Länder Böhmen und Mähren, die in der bisherigen Entwicklung ziemlich gleichen Schritt gehalten hatten, von hier ab nehmen. Dort fuhr nach Wenzels Tode das Unwetter mit einer alles Bestehende vernichtenden Gewalt über das Land dahin; über Mähren stand wohl auch fortwährend das drohende Gewitter, bald hier, bald dort entlud es sich mit verheerender Gewalt, und zu wiederholten Malen ward auch dieses Land von furchtbaren Erschütterungen heimgesucht. Schliesslich hielten aber hier die widerstreitenden Kräfte einander doch besser Stand, und niemals wurden die Husiten die thatsächlichen Herren des Landes wie in Böhmen; nie, auch nicht für einen Augenblick, fiel wie dort die ordentliche königliche, beziehungsweise markgräfliche Gewalt in Trümmer. In Allem wollte man mit den Brüdern in Böhmen zusammengehen, aber dem Könige den Gehorsam verweigern, seine Erbrechte ohneweiters für null und nichtig erklären, davor schreckten die husitisch gesinnten mährischen Barone denn doch zurück.

Auf jenem Brünner Landtage in der Weihnachtswoche des Jahres 1419 nahm König Sigmund, der in Begleitung vieler Fürsten, des päpstlichen Legaten, mehrerer Bischöfe, sodann seiner Gemahlin und der böhmischen Königin-Witwe Sophie erschien, nicht blos die Huldigung entgegen, sondern traf auch Verfügungen wegen der Verwaltung und Regierung dieser Länder, die er aus den Händen der husitisch gesinnten Beamten

intendimus, ut novitatem, quae ibidem de Wicklefistis ut communiter referunt exsurrexit, possimus eradicare‘ (Deutsche Reichstagsacten, Bd. 7, S. 349, Nr. 235).

[1] Am 30. August 1419 schreibt er an den Deutschordens-Hochmeister in diesem Sinne (Deutsche Reichstagsacten, Bd. 7, S. 398, Nr. 272).

in die treu ergebener katholischer Herren legte.[1] Was Mähren betrifft, so ist zwar die Nachricht, dass König Sigmund den Magistrat von Brünn angeblich wegen husitischer Gesinnung mehrerer seiner Räthe entsetzt habe, völlig unrichtig.[2] Es lässt sich urkundlich nachweisen, dass dieselben Räthe, die am 7. April 1419 durch den königlichen Unterkämmerer Haiko von Hodietin eingesetzt worden waren, die Amtsgeschäfte ununterbrochen auch noch bis in den Monat April 1420 leiteten.[3] Nicht in diesen bürgerlichen Kreisen, sondern im Adel herrschten die Sympathien für die neue Lehre. Windecke, der Chronist König Sigmunds, nennt uns einige Namen, wie Peter von Kravař, dessen Sohn Wenzel und zwei Mitglieder der mächtigen Familie der Sternberge als treue Anhänger der Husiten;[4] wahrscheinlich war auch bei Erhard von Sowinec seine husitische Gesinnung der Grund, weshalb er sich damals die königliche Ungnade zugezogen hatte.[5] Von diesem letzteren, aber auch von Peter von Kravař wissen wir, dass sie sich dem Könige wieder unterwarfen und vom Husitismus abliessen. Gleichwohl verlor Peter sein hohes Landesamt, die Würde eines Landeshauptmannes von Mähren, welche auf ein anderes Glied desselben Geschlechtes, auf Heinrich von Kravař und Plumenau, überging, dem wir allerdings unter den husitisch

[1] Vgl. Laurenz von Březowa, S. 347.

[2] Diese Nachricht entnahm Aschbach, Bd. 3, S. 34 aus Engel, Geschichte des ungarischen Reiches, Bd. 2, S. 297, und Dudik, Geschichte des Benedictinerstiftes Raigern, Bd. 1, S. 460 aus Meynert, Geschichte Oesterreichs, Bd. 4, S. 599.

[3] Das ergibt sich aus Cod. Nr. 157 des Brünner Stadtarchivs, der als Testamentenbuch, angeblich vom Jahre 1460 (!) beginnend, bezeichnet wird.

[4] Vgl. Geschichtsschreiber der deutschen Vorzeit, Lief. 79, S. 87, Cap. 99; unter Peter von Strengennich ist eben unser Peter von Stražnic zu verstehen.

[5] In dem genannten Codex Nr. 157 findet sich Fol. 571 folgende Eintragung: ‚Ad mandatum nobilis domini Henrici de Crawarn, alias de Plumpnaw, capitanei Moravie, mandato invictissimi d. nostri Sigismundi . . . factum ac ad peticiones nobilium dominorum de Sobyonecz, alias de Ewlenburg, nobilis Erhardus eciam de Sobyenecz, residens in Dubrawicz receptus est ad graciam . . . regis, ita quod eidem omnes excessus, de quibus in multis extitit accusatus enormiter in toto ac omnimodo sunt indulti et dimissi, sic quod sibi de similibus turpibus actibus cavere debeat in futurum. Actum fer. IV. post fest. Dorothee [6. Februar] a. d. MCCCCXX. coram iuratis illius anni . . .‘

gesinnten Baronen bisher nicht begegneten.[1] Es ist wohl derselbe, der sich auf der Rückreise König Sigmunds von Constanz über Wien nach Ungarn in dessen Begleitung befand, und der jenen Brief des Königs mit unterfertigte, in welchem dieser am 16. Januar 1419 von Linz aus seinen Bruder, König Wenzel, unter mannigfachen Vorwürfen über dessen Verhalten gegenüber den Husiten, zu einer Zusammenkunft nach dem mährisch-ungarischen Grenzstädtchen Skalitz aufforderte.[2] Sodann begegnen wir Heinrich an der Spitze Derer, die bald nach dem April 1420 der husitischen Stadt Prag und ihrem Anhange einen förmlichen Absagebrief sandten, neben ihm zumeist Mitglieder des niederen Adels und die Städte Olmütz, Mährisch-Neustadt, Gewitsch, Iglau, Znaim und Brünn.[3]

Mag nun der Grund in Sigmunds energischem Auftreten auf dem Landtage zu Brünn oder in der Schwäche und mangelhaften Organisation der husitischen Partei in Mähren gelegen sein, nachdem sich einmal die Hauptführer und mächtigsten Barone wieder unterworfen hatten, erhalten wir zunächst keine weiteren Nachrichten von Unruhen, die im Lande durch die Husiten verursacht worden wären. Dagegen wissen wir, dass an König Sigmunds erstem Feldzuge nach Böhmen auch die Mährer Antheil nahmen,[4] und unvergesslich in der Geschichte des Landes bleibt der Opfertod der Herren und Ritter aus Mähren, die mit ihrem Anführer, dem jugendlichen, kühnen Landeshauptmann Heinrich, der dahin kam, um sich vom Könige die Braut zu holen, statt dessen aber die Todeswunde erhielt, in der unglücklichen Schlacht am Wyšehrad am Allerheiligentage des Jahres 1420 fielen. Die schöne Schilderung dieses Kampfes bei dem gleichzeitigen Chronisten Březowa ist

---

[1] Peter von Kravař erscheint noch in einer Urkunde vom 30. October 1419 (Abschr. im mähr. Landesarchiv) als Landeshauptmann; im Januar 1420 präsidirt bereits Heinrich als Landeschef den Landtafelsitzungen in Brünn und Olmütz.

[2] Vgl. Pelzel, Lebensgesch. K. Wenceslaus, Bd. 2, Urkundenbuch, S. 171.

[3] Vgl. Archiv český, Bd. 4, S. 380.

[4] Ohne die übrigen Zeugnisse bei den Chronisten hier anzuführen, erwähne ich blos, dass sich in der Boček'schen Sammlung im mährischen Landesarchiv ein Regest einer urkundlichen Aufzeichnung im Znaimer Stadtarchiv mit folgendem Wortlaute findet: ‚1420. Notizen über die Anwesenheit der Truppen der königlichen Städte Mährens mit König Sigmund vor Prag.‘

ein Ehrenblatt in der vaterländischen Geschichte und darf wohl schon dieser Einzeldarstellung der Ereignisse jener Zeit eingefügt werden.

‚Es war,‘ so erzählt der utraquistische Schriftsteller, ‚am Tage vor Allerheiligen, als der König um die Mittagsstunde mit seinem Heere bis zum Neuen Schlosse bei Prag vorgerückt war; aber er zögerte, die Prager noch am selben Tage anzugreifen, erwartete er doch die Barone aus Mähren mit einer grösseren Menge Kriegsvolks. Und diese kamen denn auch des Abends ebendaselbst an. Sie lagerten im nahen Walde und schliefen in Waffen gekleidet, damit sie am frühen Morgen bereit wären, die Prager mit allen Denen, die ihnen Hilfe leisteten, aus dem Felde zu schlagen. In der Nacht sandte der König eine Botschaft an die Besatzung auf dem Prager Schlosse, damit auch diese am kommenden Morgen zum Kampfe gerüstet wäre und von der Burg herabsteigend den Thurm oder das Haus des Herzogs von Sachsen belagerte und, wenn sie es vermöchte, auch in Flammen steckte; denn zu gleicher Stunde würde er selber mit der Menge Volkes, die ihm am Abende zu Hilfe gekommen, die Prager aus dem Felde schlagen. Gott aber, der den Stolzen sich entgegenstellt und den Niedrigen seine Gnade schenkt, liess den Boten mit dem Briefe in die Hände der Prager fallen, die aus dem Schreiben den ganzen Plan des Königs erfuhren. So trafen denn die Hauptleute der Prager wachsam ihre Vorkehrungen und stellten ihre Mannschaften dort auf, wo jeder Einzelne am Morgen stehen und seinen Posten gegen den Ansturm des Feindes vorsichtig vertheidigen sollte. Und so geschah es, dass der König am nächsten Morgen, als schon die 15. Stunde (d. i. zwischen 8 und 9 Uhr Morgens) verstrichen war, mit seinem Heere von 16.000 bis 20.000 Gutbewaffneten vom Neuen Schlosse heranrückend, sich dem Prager Heere näherte und von einer Anhöhe auf der Strasse, die zur Kirche des heil. Pancratius hinabführt, mit seinem blanken Schwerte, das in der Luft blitzte, denen auf der Burg das Zeichen zum Angriffe gab, da er mit seinem zahlreichen Volke, das man vom Wyšehrad aus sehen konnte, bereit war, die Prager zu überfallen. Aber der König hatte die festgesetzte Stunde nach Gottes Willen versäumt, und nun liessen die Hauptleute am Wyšehrad, indem sie die Thore besetzt hielten, Niemanden zum Angriffe gegen die Prager hin-

ausziehen, wiewohl Viele, besonders die Deutschen, es wollten. Als nun die Adeligen im Heere des Königs bemerkten, dass die vom Wyšehrad keinerlei Anstalten trafen, dem Könige zu helfen, dass dagegen die Prager sich hinter den Gräben gut verschanzt hatten, riethen sie dem Könige, vom Angriffe abzustehen, sofern er einen schweren Verlust im eigenen Heere vermeiden wolle. Doch der König sagte zu ihnen: „Weit entfernt, mich verlangt es heute, mich mit diesen Bauern zu schlagen." Leutselig erwiderte hierauf Herr Heinrich von Plumenau dem König: „Wisset, o König, dass ihr heute einen grossen Schaden erleiden und in Verwirrung zurückweichen werdet; ich wenigstens," fügte er hinzu, „fürchte gar sehr die Dreschflegel dieser Bauern." Darauf sagte zu diesem der König: „Ich weiss, dass ihr Mährer furchtsam seid und mir nicht treu!" Da springen Herr Heinrich und mit ihm die übrigen Barone aus Mähren allsogleich von ihren Rossen und rufen: „Sieh' uns hier bereit zu gehen, wohin du befiehlst, wir werden dort sein, wo du, o König, nicht sein wirst." — Sofort weiset ihnen der König einen gefährlicheren Platz an: in der Niederung, zwischen Sümpfen und Teichen, sollen sie die Prager angreifen. Die Ungarn dagegen lässt er von oben aus auf der Strasse gegen das Heer der Prager vorrücken. Und als sie nun so geordnet von zwei Seiten gegen die Prager bei den Gräben tapfer anstürmen, werden diese erschreckt zuerst in die Flucht geschlagen und drängen sich in Haufen um die Kirche des heil. Pancratius. Da dies Herr Crussina sieht, ruft er mit mächtiger Stimme: „O gute Brüder, kehrt nochmals um und seid heute tapfere Krieger im Kampfe Christi, denn nicht um unsern, um Gottes Kampf handelt es sich. Bald werdet ihr sehen, wie der Herr, unser Gott, alle unsere und Gottes Feinde in unsere Hände liefern wird."

‚Noch hat er kaum seine Rede beendet, da ruft Jemand: „Die Feinde fliehen, sie fliehen!" Auf diesen Ruf hin rennen Alle mit Ungestüm, vertreiben die Feinde von den Gräben und werfen sie in die Flucht. Und als die Prager mit ihren Adeligen ihnen nachfolgen, da strecken die Bauern mit ihren Dreschflegeln die einen, die in die Sümpfe, die anderen, die in die Teiche, und mehr noch, die in die Weinberge und Felder geflohen waren, grausam nieder, Niemanden gefangen nehmend, selbst wenn er versprach, die Gefangenschaft und das

Gesctz Gottes bis zum Todc bcobachten zu wollen. Die Adeligen, dic mit ritterlichen Waffen kämpften, nahmen allcrdings so viele sie konnten gefangen, ja sie entrissen auch mit eigener Lebensgefahr Viele den Flegelhieben ihrer Brüder. — Und so lag hier Herr Heinrich von Plumenau zu Tode verwundet und wurde als Gefangener in das Kloster des heil. Pancratius gebracht, allwo er beichtete und, nachdem er noch unter beiderlci Gestalt zu communiciren vcrlangt hatte, seine Seele aushauchte. Hcinrich Lefl, gleichfalls im Zelte liegend, beichtete und starb, nachdem er unter beiderlei Gestalt communicirt hatte. Wenige von den Baronen aus dem Lande Mähren, die die Communion unter beiderlci Gestalt bekämpft hatten, blieben am Leben. Hier Herr Heinrich von Plumenau, derzeit oberster Hauptmann von Mähren, dcr um seine Braut[1] mit zweitausend der Seinen zum Könige gekommen war, dort Jaroslaus von Wesele, Wok von Holstein, Hynko von Malenowic, Albrecht von Chotěnow, Wilhelm, genannt Zajec von Židlochowic, Peter von Sternberg und Konopišt, Racko von Riesenberg, Wenzel von Klučow, Heinrich Lefl, Herr auf Bechina, Aleš Krk, Soběšin, Janko, der Secrctär — diese und viele andere Barone aus Böhmen und Mähren wurden wie Schweine grausam niedergemacht und lagen, ihrer Waffen und Kleider beraubt, nackt da. — Wer, wenn er nicht grausamer denn ein Heide wäre, hätte, über die Felder und Weinberge dahinschreitend, die gewaltigen Körper der Todten sehen und nicht in seinem Innersten Schmerz cmpfinden können? Wer, ausser ein wahnwitziger Böhme, konnte beim Anblick so kräftiger, prächtiger Kriegshelden und lockiger, edler Jünglinge ohne schweres Herzcleid bleiben? Zumal da Viele auf Befehl der Priester unbestattet in den Wcinbergen und auf den Feldern liegen gelassen wurden, auf dass sic Wölfen, Hunden und den Vögeln des Himmels als Aas und den Beschauern als Entsetzen dienten, wofern nicht treue und fromme Seelen sie im Dunkel der Nacht in den Gräbcn beerdigten.‘ — So schliesst Březowa die Beschrcibung der Schlacht und des Todtenfeldes am Wyšehrad.[2]

---

[1] Tomek schlägt in seiner Geschichte Prags, Bd. 4, S. 108 (Dějepis města Prahy, nicht übersetzt) die geistreiche, aher nicht nothwendige Conjectur vor, statt ‚pro sponsa sua‘ zu lesen: ‚pro sponsione sua‘ oder ‚pro sponsu suo‘.

[2] Ohne Grund bezweifelt Lorenz, Deutscblands Geschichtsquellen, Bd. 1 (3. Anfl.), S. 323/4, Březowa's Autorschaft dieser Schildernng; übrigens

Das grausame Verfahren Sigmunds gegen die Husiten in Breslau, wohin er sich von Brünn zu Beginn des Jahres 1420 begeben hatte, sein unglücklicher erster Feldzug gegen die Husiten in Böhmen, der Untergang so vieler angesehener Herren und Ritter im königlichen Heere,[1] andererseits aber der furchtbare Siegeszug Žižka's durch ganz Böhmen, dem keine Burg und keine Stadt Widerstand zu leisten vermochte, konnte nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die doch blos zurückgedämmte husitische Bewegung in Mähren.[2] Wir erhalten zunächst nur Anzeichen und Andeutungen von Unruhen. In einem Schreiben an den Rath der Stadt Brünn aus Welwar vom 13. November 1420 dankt der König in allgemeinen Worten für eine Botschaft und die dadurch bewiesene Liebe und Treue, und mahnt, durch Mittheilungen und Drohungen von Seiten der Wiclifiten sich nicht schrecken zu lassen.[3] Ob aber schon in dieses Jahr die Verbrennung mehrerer Vorstadtgassen in Brünn aus Furcht vor einer Belagerung der Stadt durch die Husiten gehört, erscheint mehr als zweifelhaft.[4]

Ernster wurde die Gefahr für Mähren, als in den ersten Monaten des Jahres 1421 in der Gegend um Stražnic, den Herrensitz des gewesenen Landeshauptmannes Peter von Kravař, der rohe Krieg begann. Eine Adamitengemeinde, die sich auf einer Insel im Marchflusse beim Dorfe Nedakonic zusammengeschaart hatte, verwüstete die Umgebung und brannte das nahe Kloster Welehrad sammt Abt, Mönchen und, wie aus-

ist in einem solchen Falle schon entscheidend, dass er als der Verfasser gelten will.

[1] Darauf berufen sich auch die Prager in ihrem unmittelbar nach der Schlacht an die Gesammtheit der böhmischen Barone gerichteten Manifest (vgl. Laurenz von Březowa, S. 425/6).

[2] Vgl. die nicht ganz richtige Bemerkung des Andreas von Regensburg: „. . . sed sine victoria inde recessit (sc. rex) descendens per Moraviam in Ungariam. Post cuius recessum Moravia, in qua hucusque pauci fuerant infideles, erroribus et haeresibus exceptis paucis pollnitur‘ (Höfler, Geschichtsschreiber der Hussiten in Fontes rer. Austr., SS., Bd. 6, S. 409).

[3] „. . . und solicher ewer trewe wollen wir euch in allem gute nymmer vergessen und hegeren, das ir dorum beharret und nyemand erschrecken laszet, ob euch yemand ichez furhringen oder schriben wurde, das wider uns were, als die Wiccleffen pflegen zu tund . . .‘ (Orig. im Stadtarchiv in Brünn).

[4] Wolny, Markgrafschaft Mähren, Brünner Kreis, Bd. 2, S. 93, N. 1, bezieht sich auf eine Urkunde für das Stift Oslavan aus dem Jahre 1439, die sich unter den Urkunden dieses Klosters im Brünner Stadtarchiv nicht findet.

drücklich berichtet wird, der Bibliothek nieder.[1] Der Bischof von Olmütz, Johann der Eiserne, mit seinen Leuten, mährische Barone, ein ungarisches und ein österreichisches Heer versuchten allerdings die Ausrottung dieser unschönen Ausgeburt husitischen Sectenwesens, aber mit wenig Erfolg. Das hängt doch wohl damit zusammen, dass man nicht nur gegen die fanatischen Bauernschaaren im offenen Felde zu kämpfen hatte, sondern gleichzeitig gegen die festen Burgen des husitisch gesinnten Adels dieser Gegend. Das Anwachsen der Gefahr veranlasste denn auch König Sigmund, sich zu Beginn des Jahres 1421 aus Böhmen zurückzuziehen und sich nach Mähren zu begeben.[2] Die Lage in Mähren um diese Zeit schildert des Königs Kanzler, Bischof Georg von Passau, vor einer Versammlung von Fürsten und Städteboten im Nürnberger Rathhaussaale am 17. April. Er sollte hier den König wegen dessen Ausbleibens von der Versammlung entschuldigen und erklärte nun: Die ernstlichen Sachen im Mährerlande, die den Christenglauben betreffen, hätten den König zurückgehalten. Ja, hätte sich der König nicht dahin begeben, so wäre solches Unheil im Lande entstanden, dass es nur mit grossem Kummer und mit schweren Kosten zu wenden gewesen wäre. Denn da sei besonders ein gar gewaltiger Mann, der schon vor Zeiten dem husitischen Glauben zugefallen, jedoch später dahin gebracht worden sei, ihn vor Gott und den Heiligen abzuschwören. Aber nachmals sei er wiederum in den Unglauben verfallen, und als ihn der König darob zur Rede gestellt, habe er blos entgegnet, er hätte es um des allgemeinen Wohles willen gethan. Nur des Königs Anwesenheit sei es zu danken, dass das Land wieder gehorsam sei, bis auf den Einen.[3]

Doch auch dieser — es war Peter von Kravař — war mittlerweile überwältigt worden, denn schon am Tage vorher,

---

[1] Vgl. Laurenz von Březowa, S. 451.

[2] Am 28. Februar 1421 schreibt K. Sigmund aus Časlau an den Rath der Stadt Znaim: ‚Wir laszen euch wiszen, das wir von hinne gerichts gen Merhern zu ziehen; dorumb gebieten wir euch, das ir ewern zeug, buchsen, hantwerk und sust ander ewer geret zurichten und bereiten . . .‘ (Orig. im mähr. Landesarchiv). Dass er daher schon am 25. und 26. Februar in Kremsier geurkundet haben soll (s. Aschbach, Bd. 3, S. 438), ist nicht leicht möglich.

[3] Vgl. Reichstagsacten, Bd. 8, S. 39.

am 16. April 1421, konnte der König seinem Kanzler von Ung.-Brod aus mittheilen, dass sich Peter endlich vor ihm gedemüthigt habe, nicht ohne diese Nachricht mit einem ernsten Zweifel über die Dauerhaftigkeit der Bekehrung zu begleiten.[1]

König Sigmund scheint sich von Böhmen zunächst nach Kremsier, also in die Nähe des Hauptherdes der husitischen Bewegung, begeben zu haben.[2] Doch hielt er sich für keinen Fall lange dort auf; schon am 9. März kam er nach Znaim, wo er drei Wochen, bis Ende des Monats, Hof hielt.[3] Das hatte seinen guten Grund, denn die Umgebung dieser Stadt, besonders die Gegend gegen Jaispitz hin, war ein zweiter Brennpunkt der husitischen Bewegung in Mähren. Hier hatte sich unter dem Schutze des mächtigen Geschlechtes der Kunstadt, der Burgherren auf Schloss Jaispitz, ringsherum das Husitenthum ausgebreitet und bedrohte nun zunächst die katholische Stadt Znaim, sodann aber, wodurch dieser Schauplatz besonders für Herzog Albrecht wichtig wurde, das Nachbarland Oesterreich in unmittelbarster Nähe.

---

[1] Vgl. Reichstagsacten, Bd. 8, S. 25, Nr. 24, nnd auch Bezold, König Sigmund und die Reichskriege, S. 144.

[2] Vgl. S. 276, N. 2.

[3] Ueher alle mit Znaim in Zusammenhang stehenden Ereignisse der Jahre 1421 und 1422 haben wir eine werthvolle Quelle in dem Losungshnch der Stadt aus diesen beiden Jahren. Indem ich die Bearheitung dieser für Localgeschichte reichhaltigen Qnellen ankündige, hemerke ich, dass diese Losungshücher lediglich die Ausgahen und Einnahmen der Stadt verzeichnen. Sie reichen zwar his in die Mitte des 14. Jahrhnnderts zurück, doch ist die Reihe leider nur sehr fragmentarisch erhalten. Die Eintragungen der Ausgaben anlässlich des Königshesuches werden folgendermassen eingeleitet: ‚Item anno domini MCCCCXXI dominica Judica [9. März] serenissimns princeps et dom. dom. Sigismundus dei gratia Romanorum rex semper augustus necnon Ungarie, Boemie etc. rex, dominus noster graciosissimus ad nos in snam veniens civitatem ibidem permansit per xxiii dies nna cum graciosissima domina nostra regina Ungarie et cum aliis multis nobilihus et viris reverendis . . .‘, und aus andereu Eintragungen ersehen wir, dass anch die Königin-Witwe Sophie nnd der Kanzler Bischof Georg von Passau zngegen waren. Am 26. März, zwei Tage nach der Belehnung in Seefeld (s. unten S. 280), kam anch Herzog Alhrecht von Oesterreich nach Znaim. Wahrscheinlich war auch Sigmnnds Tochter Elisabeth dort, denn in dem ohen S. 275, N. 3 erwähnten Briefe K. Sigmnnds an die Stadt Brünn empfiehlt er sie, die sich wohl auf der Durchreise hefand, dem Schntze des Bürgermeisters. Ich erwähne dies wegen des Verhältnisses zwischen Alhrecht und Elisabeth.

Wir können den ersten Beginn und Ausbruch der Unruhen in der Gegend um Znaim nicht feststellen. Als unmittelbar nach des Königs Abreise am 11. April 1421 der neue Stadtrath von Znaim sein Amt antrat, wurde bereits emsig an der Verbesserung des Vertheidigungszustandes der Stadt gearbeitet. Es wurden die Gräben ausgebessert, ununterbrochen Fuhrenladungen mit Steinen zu den Thoren und Mauern herangeführt, Holz für die Renovirung der Brücken herbeigeschafft, die Thürme neu gedeckt. Diese und ähnliche Arbeiten beschäftigten tagtäglich eine Menge von Knechten und bildeten den Hauptposten der städtischen Ausgaben. Nicht weniger als 105 Arbeiter waren beispielsweise am 11. Mai allein mit der Ausbesserung der Mauern beschäftigt. Wir finden verzeichnet, dass schon im Monat April in Brünn und Wien der Einkauf von Kanonen (pixides) besorgt wurde; daneben ward Blei und Schwefel in grossen Mengen eingekauft. Gleichzeitig herrschte ein reger Botendienst nach verschiedenen Richtungen hin, besonders auch zum König, und ein ausgedehnter Kundschafterdienst in die Umgebung. Alles spricht dafür, dass der Feind nicht fern und die Gefahr nicht klein war. Zum 6. Mai findet sich eine Eintragung, die genauer die Stellung der Feinde erkennen lässt.[1] Sie bedrohten bereits Schloss Martinkau, etwa fünf Meilen nordwestlich von Znaim gelegen, und von der Burg Tempelstein bei Eibenschitz, die den Herren von Lipa gehörte, sollte Schutz geholt werden. Von da an kann man es nun Tag für Tag verfolgen, wie die Husiten langsam, aber beständig näher rücken und sich gleichzeitig ausbreiten, bis sie schliesslich die ganze Gegend erfüllen. Es ist kein wirkliches organisirtes Kriegsheer, sondern die husitische Bevölkerung selbst sucht Ort um Ort an sich zu reissen, die festen Plätze einzunehmen und vollständig Herr des Gebietes zu werden. Anfang Juni können die Späher nur mehr bis in die Nähe von Jaispitz vordringen; bis auf zwei Meilen waren die Feinde herangekommen. Daher werden denn auch in dieser Zeit die Befestigungsarbeiten ungemein beschleunigt und mit allen Kräften besorgt.

Und was that König Sigmund in dieser Zeit, da er doch wahrlich allen Grund gehabt hätte, nunmehr, wo Böhmen

---

[1] Fol. 59': Item nuncio Jacobo in Templstein propter castellnm Martnicz, ne Hnssones intrarent . . . III gross.

Žižka völlig preisgegeben war, Mähren wenigstens kräftige Unterstützung zu schenken? Nach seiner Abreise aus Znaim Ende März 1421 verweilte er bald in Brünn, bald in Olmütz, bald in Ung.-Brod, theils mit der Beruhigung des Landes, theils mit Vorbereitungen und Rüstungen zu einem neuen Zuge gegen die Husiten in Böhmen beschäftigt. Nach seinen eigenen Mittheilungen war bereits Anfangs Mai das ungarische, schlesische und österreichische Heer ‚mechticlich' beisammen und der Marsch gegen die Husiten unmittelbar bevorstehend.[1] Doch um die Mitte des Monats weicht er aus Mähren bis nach Trentschin in Ungarn zurück, allerdings noch immer versprechend, alsbald mit grosser Heeresmacht zurückzukehren.[2] In Wirklichkeit tritt aber nunmehr ein Stillstand in allen Plänen und Unternehmungen ein, für den uns jede Erklärung fehlte,[3] wenn nicht der Grund dieses unverständlichen Zauderns in der militärischen Ohnmacht Sigmunds zu suchen ist, die hauptsächlich dadurch bewirkt wurde, dass die mit Herzog Albrecht, dem wichtigsten Verbündeten, wohl seit geraumer Zeit gepflogenen Unterhandlungen bisher zu keinem Abschlusse geführt hatten.

Herzog Albrecht von Oesterreich hatte im vergangenen Jahre 1420, als er zum ersten Male, damals unterstützt von seinem Vetter Ernst aus der Steiermark, gegen die Husiten in Böhmen und auch in Mähren gekämpft hatte, grossen Schaden und bedeutende Verluste erlitten. In gleicher Weise dem Könige weiter zu dienen, war für ihn kaum ausführbar. Der einzige

---

[1] Sigmund schreibt am 5. Mai 1421 von Brünn aus nach Budweis: ‚Wann wir uns yczund mit volke von Ungern, von der Slesien und von Osterrich mechticlich besamen, das wir unsern und ewern widersachen mit gotes hulfe mechticlich widersteen wollen' (Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 89, Nr. 86).

[2] Vgl. die zwei Schreiben des Königs aus Trentschin vom 18. Mai 1421 an die Schlesier in SS. rer. Silesicarum, Bd. 6, S. 34.

[3] Sigmund entschuldigt allerdings noch am 1. Mai sein Fernbleiben vom Nürnberger Reichstag mit der drohenden Türkengefahr, aber schon um die Mitte des Monats ist, wie wir sehen, hievon keine Rede mehr. Dass im Jahre 1421 kein Türkeneinfall in Ungarn stattgefunden, wie noch Aschbach, Bd. 3, S. 129 annahm, darüber vgl. Huber, Geschichte Oesterreichs, Bd. 2, S. 530. Nach den Registraturbüchern K. Sigmunds (im k. k. Staatsarchiv in Wien) ist Sigmund vom 2.—26. Juni in Pressburg, urkundet am 4. Juli in Tbeben und Pressburg (vgl. dagegen Aschbach, Bd. 3, S. 439); am 19. Juli ist er schon wieder für längere Zeit in Pressburg.

Erfolg war etwa, dass ihn König Sigmund zum Beweise seiner königlichen Gunst mit allen österreichischen Provinzen belehnte. Von Znaim aus, wo, wie bekannt, Sigmund in der zweiten Hälfte des Monates März residirte, begab er sich am 24. März, am Ostermontag, zu diesem feierlichen Acte auf österreichischen Boden, in die alte Belehnungsstadt der Habsburger, Seefeld,[1] und kehrte in Albrechts Begleitung zu seiner Familie nach Znaim zurück. Dass hier wichtige Unterhandlungen geführt wurden, steht ausser Zweifel. Der Bischof Johann von Olmütz erhielt damals die mährischen Städte Neustadt, Littau, Olmütz und Kloster Hradisch in seine Gewalt und seinen Schutz, um sie bis auf königlichen Widerruf zu verwalten und zu verwesen, wie es sonst dem Landesherrn zusteht.[2] Ueber die Verhandlungen mit dem österreichischen Fürsten fehlt uns allerdings jede bestimmte Nachricht, aber da wir von keiner weiteren Zusammenkunft in den nächsten Monaten erfahren, so lässt sich aus den späteren Ereignissen wohl schliessen, dass eben hier die ersten mündlichen Vereinbarungen wegen Herzog Albrechts dauernder Theilnahme am Husitenkriege getroffen wurden. Albrecht verlangte erstens für die voraussichtlichen schweren Opfer eine materielle Entschädigung, sodann aber eine endgiltige Entscheidung wegen seiner in Aussicht genommenen Verbindung mit des Königs Tochter Elisabeth. Aber zu einer festen Abmachung scheint sich Sigmund vorläufig nicht herbeigelassen zu haben, auch Frühjahr und Sommer verstrichen, ohne dass er eine Entscheidung getroffen hätte. Im Juni 1421 weiss sogar schon der Nürnberger Rath nach Ulm zu melden, dass der König mit dem Herzoge von Oesterreich wegen der Hilfe im Husitenkriege in Unterhandlungen stehe.[3] Dann vergeht wieder ein Monat, bevor wir eine weitere Nachricht hierüber erhalten. Am 21. Juli schreibt ein Breslauer Domherr

---

[1] Die Urkuuden sind verzeichuet bei Lichuowsky, Geschichte des Hauses Habsburg, Bd. 5, Reg. Nr. 2009—2011.

[2] Orig. im erzbisch. Archiv in Kremsier, ddo. Znaim, 30. März 1421.

[3] ‚So süll sein gnade mit dem hertzoge vou Oesterreich vou sölicher sach wegen auch in red sein‘ (Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 126). Das ist die erste sichere Nachricht, dass Verhandlungeu im Zuge waren; was Friess, Herzog Albrecht und die Hnsiten, S. 17, veranlasste, den Beginn der Verhandlungen, wenn nicht in den März, ‚iu deu Monat Mai‘ zu verlegen, ist mir uicht bekannt.

unter genauer Anführung der Bedingungen, der König habe sich mit dem Herzog ‚genzlich geeinet'.[1] Gleichwohl ist auch diese ausdrückliche Angabe nicht ganz richtig; eine wirkliche vollkommene Verständigung über die Bedingungen war noch nicht erfolgt; vielmehr scheint es, als ob gerade damals eine nicht unbedeutende Trübung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Fürsten eingetreten wäre, die sich in der königlichen Correspondenz wiederspiegelt. Am 19. Juli schreibt nämlich Sigmund aus Pressburg an den Cardinallegaten Branda und versichert ihn, die ganze Zeit nur zu Rüstungen und Vorbereitungen für den Husitenkrieg verwendet zu haben; jetzt werde er sich gewiss mit den schlesischen Herzogen und den deutschen Reichsfürsten zu einem Zuge gegen die Böhmen vereinigen.[2] Des Herzogs Albrecht geschieht in diesem Zusammenhange als Theilnehmer am Feldzuge auffallenderweise keine Erwähnung.[3] Erst später, da Sigmund, um die wiederholte Verzögerung seines Zuges gegen die Husiten in Böhmen zu entschuldigen, auf die vielfachen Hindernisse und Abhaltungen hinweist: wie er doch zuerst mit dem Könige von Polen, besonders auch Mährens wegen, habe ein Abkommen treffen müssen und nun glaube, die Polen von jeder Gemeinschaft mit den Häretikern abgezogen zu haben, fährt er wörtlich so fort: ‚Und auch mit dem Herzog von Oesterreich (es fehlt bezeichnenderweise jedes Epitheton, wie es doch sonst so oft vorkommt) haben wir es so geordnet, dass wir meinen sollten, er werde von unserem Wunsche keinesfalls abgehen; auch mit Anderen mühen wir uns täglich unermüdlich ab.'[4]

---

[1] ‚Ouch wisse ewir gnade, das mein herre, der Romische konig mit dem von Ostereich umbe das frǒwlin von Hungern und alle andir sachin sich genzlich geeinet hat. und der von Ostereich, der leit dem konige zwehundirtawsint hereiter gulden. dovor her em eingegehin hat und versaczt die nochgeschrehen stete nnd lant: in Behmen Budwis, in Merhern Snewma, Egla, Cåmpnicz [nicht Kamenitz, sondern wohl blosser Schreibfehler für Jamnicz oder Jemnica] und Scalicz, so das der von Osterich mit alle seiner macht meinem herren dem konige vorgeschreben heisthehn und helfin wil his zum ende' (Reichstagsacten, Bd. 8, S. 82; vgl. auch SS. rer. Siles., Bd. 6, S. 8, Nr. 11).

[2] Vgl. Reichstagsacten, Bd. 8, S. 77.

[3] Ich will doch hier anmerken, dass Sigmund auch schon in seinem Schreihen an die Schlesier vom 18. Mai Herzog Alhrecht unter den Theilnehmern am Husitenzng nicht anführt.

[4] ‚. . . cum illis [sc. Polonis] eciam de Moravia egimus taliter, ut credamus eos a qnocnmque consorcio pravitatis heretice reduxisse. ac cum duce

Doch ernstlich konnte weder König Sigmund auf Albrechts Unterstützung verzichten, noch mochte sich dieser von einer Angelegenheit zurückziehen, die ihn fast ebensosehr wie den König selbst berührte. Für Herzog Albrecht war der Kampf gegen die Häretiker, gegen welche der Papst auch in den österreichischen Ländern das Kreuz hatte predigen lassen, mehr als eine blos politische Action.

So wurden denn die Verhandlungen fortgesetzt, aber erst dann zum Abschlusse gebracht, als die Gefahr aufs Höchste gestiegen war.

An jenem Časlauer Juni-Landtage des Jahres 1421, auf dem die Böhmen König Sigmund der Krone verlustig erklärten, nahmen auch die mährischen Husiten theil; es waren zugegen Peter von Kravař, Johann von Lomnic und viele andere nicht namentlich genannte Herren. Sie kamen aber erst am dritten Verhandlungstage dort an und bildeten jedenfalls das mässigende Element in dieser von fast allen Parteien des Landes besuchten Versammlung.[1] Auf ihren Vorschlag hin wurde in den Passus wegen der Absetzung des Königs doch noch ein ‚nisi Deus voluerit‘ eingefügt, und für sich forderten und erlangten sie das Zugeständniss, sich, wie sie es ihrer Ehre schuldig zu sein glaubten, noch einmal direct an den König selbst wenden zu dürfen, bevor sie ihm ihren Gehorsam kündigten.

Austrie eciam ordinavimus, ut a voto nostro illum deviare nullo modo putemus. et cum aliis eciam cotidie laboravimus et laboramus indefesse‘ (Reichstagsacten, Bd. 8, S. 77).

[1] Vgl. Laurenz von Březowa, S. 461. — Es ist zu weit gegangen, wenn Palacky, Geschichte Böhmens, Bd. 3, Abth. 2, S. 214, den mährischen Herren die Initiative zu diesem Landtage zuschreibt. Es beruht diese Annahme auf einem undatirten Schreiben eines Unbekannten an einen husitischen Baron in Mähren, worin gerathen wird, dem geplanten Angriff der Prager und Žižka's auf Mähren dadurch zuvorzukommen, dass man mit ihnen in Verhandlungen trete (gedruckt im Archiv český, Bd. 3, S. 300, Nr. 21). Ist dieses Zeugniss für eine so gewichtige Sache denn doch zu unbestimmt, so ist es andererseits meines Erachtens völlig unrichtig, dass in einer zweiten, gleichfalls undatirten Urkunde (jetzt gedruckt in Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 91, Nr. 90), wie Palacky a. a. O., Note 179 behauptet, von einer Verhandlung über die Abhaltung eines allgemeinen Landtages durch die ins böhmische Heer gekommenen mährischen Husiten Peter und Johann die Rede sei.

Die Namen der mährischen Barone fehlen daher unter den Unterzeichnern des Časlauer Landtagsbeschlusses, sie wurden auch bei der Zusammensetzung der provisorischen Regierung nicht berücksichtigt. Vom Landtage heimkehrend, versammelten sich die Mährer allsogleich am 11. Juni in Brünn, um ihrerseits über die Časlauer Beschlüsse zu berathen.[1] Das Ergebniss dieser Verhandlung ist uns erhalten.[2] Die mährischen Herren, an ihrer Spitze der Landeshauptmann Peter von Kravař, der nach seiner Unterwerfung wieder zu dieser Würde emporgestiegen war, verschreiben sich den Böhmen zur Einhaltung der vier Prager Artikel. In derselben Fassung, wie sie in Časlau verkündet worden, verlautbaren sie für Mähren die Grundgesetze des husitischen Glaubensbekenntnisses, dass 1. das Wort Gottes im Lande frei sein und ohne Hinderniss von christlichen Priestern verkündet und gepredigt werden solle; 2. dass das Sacrament des Leibes und Blutes Christi unter beiden Gestalten des Brotes und Weines allen treuen Christen frei gespendet werden solle nach seiner Bestimmung; 3. dass, da viele Priester und Mönche nach weltlicher Ordnung gegen Christi Gebot zum Nachtheile des priesterlichen Amtes und zum Schaden des weltlichen Standes über irdisches Gut herrschten, diesen solche rechtswidrige Herrschaft abgenommen und sistirt werden solle, auf dass sie gemäss dem Laute der Bibel lebten und zu einem Wandel nach Christi und der Apostel Beispiel geführt würden; 4. dass alle offenbaren Sünden, die Todsünden und andere den Gesetzen Gottes entgegenstehenden Unordnungen, rechtmässig und verständig von denen, deren Amt es sei, in jedem Stande abgestellt und bestraft werden sollen, und dass die Länder gereinigt werden mögen von bösem und

[1] Das Znaimer Losungshuch meldet Fol. 74': ‚Feria IIII post dominicam ante festum s. Viti [11. Juni] direximus Bruunam ad couvocacionem harouum terre Moravie racioue IIII articnlorum et ceterorum in Czaslavia tractatorum prudeutem Mathuschium equitem cnm duohns sagittariis, qui die IIII° [14. Juni] reveneruut, quihus pro expensis dedimus ... 1 marc.‘

[2] Es ist jene uudatirte Urkuude, die früher vou Palacky, Archiv český, Bd. 6, S. 398 und Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 90, Nr. 89, irrig zum Mouat Mai gesetzt wurde. Sie ist aber auch nicht, wie Tomek (Dèjepis Prahy), Bd. 4, S. 162 angiht, gleichzeitig mit dem Landtagsschluss der höhmischeu Herreu in Časlau am 7. Juui eutstandeu, sondern in Brüun am 13. Juui; darnach ist auch deren Datirung in der Ausgahe der Suěmy moravské im Archiv český, Bd. 10, S. 246, zu corrigireu.

ungerechtem Rufe (pověst) zum Wohle der böhmischen Nation im Königreiche und in der Markgrafschaft.

Von den übrigen Artikeln der Časlauer Landtagsurkunde[1] nahmen die mährischen Barone nur noch den einen, der von des Königs Absetzung handelte, auf, aber mit folgender Vorbemerkung: ‚Ebenso haben wir uns dieses ausdrücklich vorbehalten, dass wir vom nächst kommenden Sonntag binnen sechs Wochen (15. Juni bis 27. Juli) an den König Sigmund von Ungarn eine ordentliche Gesandtschaft schickten und unsere Ehre gegen ihn verwahrten, und nachdem wir dies gethan, den obgenannten Herren und den Gemeinden Antwort gäben auf den fünften Punkt, der unten folgt, und diesem Artikel ohne Ausrede und Widerspruch beitreten und uns mit den böhmischen Herren und Gemeinden zu einem Körper verbinden und vereinigten. Dieses fünfte Stück lautet wie folgt‘ — und nun wird der Absetzungsartikel wörtlich wiederholt.[2] Alsbald erfolgte auch von Prag aus an die Hauptleute husitischer Städte in Mähren oder an der böhmisch-mährischen Grenze, nach Hradek bei Gewitsch, nach Zwittau, nach Polička der Befehl, diejenigen Herren und Inwohner des Landes, welche von Peter von Kravař und Johann von Lomnic, den obersten Hauptleuten, als treue Anhänger bezeichnet würden, in keiner Weise an ihren Gütern zu schädigen, sondern ihnen auf ihr Verlangen zu helfen und beizustehen in der ‚Vertheidigung gegen die Feinde der Wahrheit Christi und zur endlichen Bändigung der Schmach‘.[3]

Lagen die Verhältnisse so, dann können wir beurtheilen, in welcher Bedrängniss sich die katholischen Städte des Landes befanden, und begreifen, dass sie ungestümer als je vom Könige Hilfe verlangten. Wenigstens für die Stadt Znaim lässt sich aus den trockenen Notizen des Losungsbuches die damalige Situation schildern. Am 16. und gleich darauf am 17. Juni gehen Botschaften an den König ab, die letztere ‚in höchst dringenden Angelegenheiten‘.[4] Fast Tag für Tag werden Späher

---

[1] Vgl. Palacky, Geschichte Böhmens, Bd. 3, Abth. 2, S. 222 ff.

[2] Vgl. Archiv český, Bd. 6, S. 399.

[3] In diesen Zusammenhang gehört nämlich die undatirte Urkunde, die Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 91, Nr. 90, unrichtig in den Mai 1421 setzt (vgl. oben, S. 282, N. 1).

[4] Fol. 76': ‚Fer. II [sc. post s. Vitum]: Item Chunzoni nuncio ad d. nostrum regem in Posoniam . . . Fer. III direximus prudentem virum Petrum Salis

nach Budwitz, Jaispitz, Pabitz, aber auch in südlicher Richtung gegen die österreichische Grenze ‚in montem Schabas' ausgesandt. In der Umgebung kommt es mehrfach zu Zusammenstössen mit den Feinden. Ende des Monats Juli müssen die Bürger von Znaim zu ihrer Unterstützung gegen die Husiten die Leute aus der Nachbarschaft herbeirufen.[1] Es scheint, dass am 1. August die Husiten die Stadt Eibenschitz eingenommen haben.[2] Die Bürger flüchteten aus der Stadt, doch wurde dies als ein Verbrechen angesehen und mit der Confiscation der Güter bestraft.[3] Die Eintragungen im Monate August zeigen angesichts der Gefahr auch ein ganz enormes Anwachsen der Arbeiten an den Mauern und Gräben, sowie die ständige Rubrik der Soldzahlungen. — So unzureichend diese fragmentarischen Angaben auch sind, sie genügen doch als Beweis dafür, dass im Laufe weniger Monate, seitdem Sigmund das Land verlassen hatte, Mähren in immer grösserer Ausdehnung den Husiten zu-

indicem priorem ad graciosissimum d. nostrum regem, quem in Posonio invenit, in certis et multum arduis causis incumbentibus nostre civitati . . .'

[1] Fol. 88': ‚Fer. III et IIII [sc. post s. Jacobum, d. i. 29. und 30. Juli]: Item vocavimus laicos in circumadiacentibus villis residentes [Hs.: residentibus] nobis in subsidium contra Hussones et inimicos nostros', oder zum 12. August (Fol. 92): ‚nuncio in Recz et Egnburk pro acquirendo populo . . . item ex eadem causa nuncio in Laa et in Zefeld', ähnlich auch noch später.

[2] So ist doch wohl die Eintragung im Losungsbuch (Fol. 89) zu verstehen: ‚Item nuncio portanti nova, quod Eywanczicz adquisiissent.' Die Annahme eines Ueberfalles der Stadt Eibenschitz durch die Husiten im Jahre 1421 wird vielleicht auch durch Folgendes besser gestützt: Im Brünner Stadtarchiv findet sich eine Urkunde, durch welche die Aebtissin Praxedis und der Convent des Klosters Oslavan bei Eibenschitz dem Richter in Klosternenburg Niclas Theym bestätigen, die Kleinodien rückerhalten zu haben, welche sie ihm in Verwahrung gegeben hatten, ‚durch forhten willen unser feynd, der Hussen, die zu der zeyten herschten in unserm lande'. In der Datirung ist entweder das Wort ‚zwey' aus ‚drey' oder umgekehrt corrigirt, doch halte ich gegen Wolny, Markgrafschaft Mähren, Brünner Kreis, Bd. 2, S. 262, dafür, dass die Urkunde zum 14. September 1422 gehört; denn im darauffolgenden Jahre herrschte gerade im Herbst grosse Husitengefahr, und die Zurücknahme der Schätze scheint daher unwahrscheinlich.

[3] Znaimer Losungsbuch, Fol. 19': ‚Item anno quo supra circa festum s. Procopii [4. Juli 1421] percepimus quadraginta quatuor sexagenas pecuniarum Kornthewr, quas circa suas res invenimus, quas pecunias una cum rebus abhinc occulte voluit abducere et non aliud presumitur, nisi quod necessitatis tempore una cum aliis suis rebus abhinc a nobis evasisset se nobiscum non ut probus et fidelis defendendo.'

gefallen war. Denn wie um Znaim verhielt es sich wohl auch in anderen Theilen des Landes.

Um dieser Ausbreitung nun Einhalt zu thun, gab es in der That nur ein Mittel: die in königlichem Besitze befindlichen Burgen und die treuen Städte durch starke Besatzungen vor dem Eindringen der Husiten zu schützen, von hier aus den weiteren Kampf gegen die Landbevölkerung zu führen und allmälig Mähren wieder zum Stützpunkte der Operationen gegen Böhmen zu machen. Dieser Gedanke schwebte Herzog Albrecht vor, als er schon im Frühjahre des Jahres 1421 mit König Sigmund — wir wissen zunächst mit welchem Erfolge — wegen seiner Theilnahme am Husitenkriege unterhandelte, und als er im April den Kurfürsten die Zusage machte, am 24. August ins Feld zu ziehen.[1] Doch noch im Juli war die Meldung von einer Einigung der beiden Fürsten, so bestimmt sie auch der Breslauer Domherr hinstellte, verfrüht; auch im August schwebten die Verhandlungen noch, denn Albrecht zog zum versprochenen Termin ebensowenig wie andere Fürsten, die sich verbindlich gemacht hatten, ins Feld; wohl aber weilen um diese Zeit wieder einmal seine Räthe und Bevollmächtigten beim Könige in Ofen, doch wohl nicht allein um des einen Geschäftes willen, das in der Urkunde, der wir die Nachricht entnehmen, angegeben ist.[2] Es scheint fast Alles ge ordnet, denn schon zwei Tage nach dieser Botschaft an den Herzog ladet König Sigmund, da er nun ‚gen Mehrn wertz zu ziehen‘ beabsichtigt, die Landherren, Ritter und Städte der Markgrafschaft für den 4. September nach Stražnic (im südlichen Mähren) zu einer Versammlung.[3] Und am 1. September

[1] Vgl. Eb. Windecke, S. 92, Cap. 104, 105; s. auch Bezold, S. 52, doch macht seine Darstellung den Eindruck, als ob Herzog Albrecht erst im Juli den Kurfürsten das Versprechen gegeben hätte.

[2] Reichsregistraturbuch ‚G‘ (im Wiener Staatsarchiv), Fol. 94': Ein Brief König Sigmunds an Herzog Albrecht wegen der Auslösung von königlichem Schmuck aus den Händen des Pfalzgrafen Heinrich, Herzogs in Baiern, und des Kanzlers Bischof Georg von Passau in der Weise, ‚als wir nechst mit dinen reten uszgetragen und beredt haben und uberein worden sein‘, datirt: Ofen an sant Bartholomesabend [23. August].

[3] Dudik bringt in seiner Geschichte des Benedictinerstiftes Raygern, Bd. 1, S. 475, Note 97 ohne Angabe des Fundortes (die Urkunde war wohl im Besitze des in der Vorrede erwähnten mähr.-schles. Landrathes J. Cibulka) den Ansagebrief an die Stadt Znaim.

schickt Herzog Albrecht seine obersten Räthe und Hofleute zum König, ihn um die versprochene Gemahlin zu bitten und wegen Heimsteuer und Widerlage zu verhandeln.[1]

Doch trat neuerdings eine Verzögerung ein, so dass die Abgeordneten der mährischen Städte zwischen dem 7. und 14. September den König nicht in Mähren, sondern noch in Ungarn, in Tyrnau, trafen.[2] Dann dauerte es abermals mehr als zwei Wochen, bevor sich Sigmund, der wohl von den Städteboten Mittheilungen über die gefahrvolle Lage des Landes erhalten haben wird, endgiltig entschloss, die Verhandlungen mit Herzog Albrecht zum Abschlusse zu bringen.

Von den fünf Urkunden, die zu Pressburg am 28. September 1421 ausgestellt wurden,[3] ist die erste der Ehevertrag und betrifft Heiratsgut und Widerlage,[4] die zweite bezieht sich auf die Erbfolge, die dritte auf die Erziehung von Albrechts präsumtivem Nachfolger, die vierte enthält ein gegenseitiges Schutz- und Trutzbündniss zwischen König Sigmund und Herzog Albrecht.

Diese Familien- und Erbverträge bildeten die Vorbedingungen für den Abschluss eines weiteren Vertrages, durch den

---

[1] Vgl. Hoheneck, Die löblichen Herren Stände des Erzherzogthums Oesterreich, Bd. 3, S. 281; ein ‚Andreas der Hörleinsperger', wie bei Lichnowsky, Bd. 5, Reg. Nr. 2031, der Bevollmächtigte heisst, wird hier nicht genannt, sondern Johann Graf von Schaumburg, Ott von Meissau, Oberstmarschall und Schenk, Hartneid von Pottendorf, Leopold von Eckhartsau, Hans von Eberstorf, Oberstkämmerer, Wilhelm von Puechheim, Landmarschall, Kanzler Heinrich von Kützpichel und Rath Nicolaus Seepöck.

[2] Znaimer Losungsbuch Fol. 100': ‚Item ad literatorinm seriosum mandatnm graciosissimi domini nostri regis Sigismundi direximus Ungariam ad graciam ipsius prudentes viros Lucam de Eywanczicz et Johannem Peregrinum prioris consilii nostros concives in curru cum III equis et III eqnitibus sagittariis, qui presenciam domini regis sunt aggressi in Tyrnaw et primo die XIII revenerunt . . .'

[3] Sie sind verzeichnet bei Lichnowsky, Bd. 5, Reg. Nr. 2035, 36, 38—41; vgl. Hnber, Bd. 2, S. 461. Ich bemerke, dass es im Reg. Nr. 2036 nicht heissen darf: ‚bekömmt er noch eine Tochter, so kann Elisabeth eines der beiden Königreiche mit Mähren wählen', sondern ‚sie kann entweder Ungarn oder Böhmen mit Mähren wählen'.

[4] Die von Kurz, Oesterreich unter K. Albrecht II., Bd. 2, S. 43 nnd 48 vertretene Ansicht, die mehrfach in neueren Büchern wiederholt ist (vgl. Friess a. a. O., S. 22, Note 1), dass im September 1421 blos Verlobung nnd Heiratscontract geschlossen, die Trauung aber erst am 19. April 1422 vollzogen wurde, ist nnrichtig, denn in dem schon erwähnten Reichs-

sich Albrecht seinem Schwiegervater zum Kampfe gegen die Husiten verpflichtete.[1] Folgende waren die hauptsächlichsten Bedingungen:

1. Albrecht erhält vom Könige eine Anzahl von Städten, Festen und Schlössern in Böhmen und Mähren, die derzeit noch im Besitze des Königs sind, in Pflegschaft.

2. Albrecht darf alle Eroberungen an Städten, Schlössern, Leuten oder Gütern, die in Böhmen oder Mähren liegen und den Husiten abgenommen werden, in Pfand behalten zu jener Schuldsumme, die ihm der König auf Budweis, Iglau, Znaim, Jamnitz und Pohrlitz verschrieben hat.[2]

3. Eroberte Städte und andere Besitzungen, die nicht zur königlichen Kammer gehören, darf der Herzog den Seinen zu erblichem Besitze geben, doch müssen sie dieselben von der Krone Böhmen zu Lehen nehmen.

4. Eroberungen von ehemals kirchlichem Gut darf Albrecht bis zum Ausgange des Krieges behalten, nachher verbleibt ihm unter Rückgabe an die bezüglichen Bisthümer, Klöster und Kirchen die Vogtei über diese Güter.

5. Bei gemeinsamen Unternehmungen der königlichen und herzoglichen Truppen gilt der stärkere Theil, der den Zug unternimmt, als der rechtmässige Besitzer der Eroberungen.

6. Bei einem Angriff der Feinde auf eines der fünf Schlösser Budweis, Iglau, Znaim, Jamnitz, Pohrlitz ist der König zur Hilfeleistung verpflichtet; für den Verlust eines derselben ist Albrecht keinesfalls verantwortlich.

---

registraturbuch ‚G‘ findet sich Fol. 105' eine Urkunde K. Sigmnnds vom 13. October 1421, in welcher dieser dem Herzog Albrecht aufträgt, an Anna, Georg Eckerlein's Witwe, die Hofmeisterin seiner Gemahlin Elisabeth, 600 Gulden zn zahlen.

[1] Gedruckt bei Kurz, Bd. 2, S. 321 ff.

[2] Laut des Ehevertrages hat Herzog Albrecht dem Könige 100.000 Ducaten als Widerlage der Mitgift bar zu geben; für diese Summe sammt 100.000 Ducaten Heimsteuer und 200.000 Ducaten Entschädigung für die Kosten des vorjährigen Feldzuges verpfändet ihm der König die Schlösser Budweis, Iglau, Znaim, Jamnitz und Pohrlitz, letzteres statt des früher vereinbarten Skalitz (vgl. oben, S. 281, N. 1). Ausserdem verpflichtet sich der Herzog unter der Bedingung der vorausgegangenen rechtzeitigen Einantwortung der genannten Schlösser, die für den 11. November festgesetzt wird, zur Zahlung von je 30.000 Gulden zu Fastnacht nnd Georgi, laut Lichnowsky, Reg. Nr. 2037; vgl. überdies Reg. Nr. 2049 und 2050.

7. Albrecht ist verpflichtet, den königlichen Truppen die Schlösser stets offen zu halten.

8. Der Herzog soll nicht ohne des Königs Wissen mit den Feinden Frieden schliessen.

Das sind die wichtigsten Punkte jenes Vertrages, der das erste Stadium in der Erwerbung Mährens durch Herzog Albrecht von Oesterreich bezeichnete.

Und die Gefahr war derart aufs Aeusserste gestiegen, dass unverzüglich nach Abschluss dieser Verträge ins Feld gezogen werden musste. In der Sorge und Arbeit der kommenden Wochen verschob man auch die Bekanntgabe dieser Vereinbarungen und die Einantwortung der verpfändeten Städte. Zum 20. December erst finden wir im Znaimer Losungsbuch verzeichnet, dass die Bürger an den König eine Gesandtschaft richteten, um von ihm selber zu hören, dass sie dem Herzog Albrecht ihre Stadt abzutreten haben.[1] Am 1. Januar 1422 erschien sodann eine feierliche Botschaft der Znaimer in Wien, um Herzog Albrecht Treue und Gehorsam zu schwören.[2]

Von zwei Seiten her erfolgte der Angriff gegen die husitischen Barone in Mähren. Aus Ungarn kam Sigmund und sein Heer unter dem kriegskundigen Florentiner Pippo von Ozora und lagerte bei Stražnic; in die westlichen, Oesterreich benachbarten Gebiete zog Herzog Albrecht ein.

---

[1] Fol. 114': ‚Eodem sabbato (sc. post festum s. Lucie) direximus ad graciosissimum dominum nostrum regem prudentes viros Martinum Plümel, indicem Johannem Paternoster nostrum inratum concivem, Petrum Salis et Johannem Peregrinum senioris consilii ad audiendum oretenus a domino rege, quod illustri principi et domino d. Alberto duci Austrie civitatem condescendere debeamus, ubi dominus rex circa et in Montibus Chutnis est inventus . . .‘

[2] Fol. 115': ‚Item feria V (sc. post festum s. Innocentum) in circumcisione domini direximus priores IIII iuratos cum aliis sex iuratis necnon de communitate concives et incolas numero XL[a] Wyennam ad illustrem principem et dominum d. Albertum ducem Austrie, dominum nostrum graciosissimum, qui ibidem iuramentum et obedienciam prestiterunt ac promiserunt domino duci et primo die V revenerunt . . .‘ Darnach ist Friess' Angabe (a. a. O., S. 21, Note 5), dass die factische Uebergabe der Stadt Budweis und der anderen Pfandobjecte erst im März 1422 erfolgt sei, zu berichtigen. Ebenso findet sich (nach Boček's Angabe) in einem Iglauer Stadtbuch zu 1422 in octava epiphanie die Eintragung: ‚ex indultu Alberti ducis Austrie fit renovatio iuratorum civitatis Iglaviensis.‘ Vgl. auch oben S. 288, N. 2 i. f.

Rascheren Erfolg brachte eigentlich der Kampf, den die ungarischen Truppen im östlichen Mähren führten. Es scheint, dass hieher schon früher ungarische Reiter gelegt worden waren, ‚um das Land zu beschirmen'; der Breslauer Domherr, der die verfrühte Nachricht vom Abschlusse der Verträge bringt, spricht in demselben Schreiben auch von einem Einmarsche von 2000 Mann Reiterei nach Mähren.[1] Aber der eigentliche Krieg begann doch erst im Herbste, als nach Abschluss der Verträge mit Albrecht König Sigmund persönlich mit dem Hauptheere in das Land einrückte. Am 9. October 1421 schreibt er aus Trentschin nach Breslau: ‚Nu ziehen wir in das lande zu Marhern und wollen bei Olomuntz in der nehe sein.'[2] Neun Tage darauf weilt er bereits in seinem mährischen Schlosse Brumow und verkündet der Stadt Eger, dass sein Heer mit dem des Bischofs von Olmütz vor einigen Wochen um Olmütz gelegen habe, dass er tagtäglich noch Zuzug aus Ungarn erhalte, aber mit dem Angriffe nicht mehr warten werde.[3]

Besonders hatten die Besitzungen der Olmützer Kirche bisher viel gelitten. König Sigmund gesteht es selbst zu, namentlich in einer Urkunde, in der er dem Bischof Johann am 18. November 1421 volle Gewalt einräumt, an seiner Statt gegen die Schädiger vorzugehen und die damit zusammenhängenden Streitsachen zu entscheiden.[4]

Aufs Schwerste verwüsteten nun die ungarischen Schaaren die Güter derjenigen Barone, die sich mit den Pragern verbunden hatten, und straften sie für ihren Abfall vom katholischen Glauben und vom erblichen Könige; vor Allem traf dieses Schicksal Peter von Kravař und Boček von Kunstadt. Mit Brandschatzung, Schändung, Niedermetzlung von Gross und Klein, Jung und Alt wurde hier der Kampf geführt. Das hatte denn bald die Wirkung, dass jeder einzelne der mährischen Barone, die sich in Noth und Gefahr zu einer gemeinsamen Vertheidigung nie zusammenfinden konnten, sich für seine Person beeilte, dem Könige Gehorsam zu schwören, auf dass er ihn nur wieder in ruhigem Besitze seiner Güter leben lasse. Wenige,

[1] Vgl. Reichstagsacten, Bd. 8, S. 83, Nr. 70.
[2] Vgl. SS. rer. Siles., Bd. 8, S. 14, Nr. 21.
[3] Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 163; Bezold, S. 144.
[4] Copie im Olmützer Capitelarchiv.

wie etwa Hašek von Ostroh und Peters Sohn Wenzel von Kravař, machten eine Ausnahme. — So lautet ungefähr der Bericht des Chronisten,[1] und die Urkunden bestätigen seine Angaben.

Der Landeshauptmann Peter, stets obenan, solange man blos mit Worten seine Gesinnung bekunden musste, war einer der Ersten, der völlige Unterwerfung dem sicheren Untergange vorzog. Er stieg denn also herab von seinem Felsenschlosse Helfenstein und bat den Herzog Přemek von Troppau und den edlen Beneš von Kravař unter Einantwortung der genannten Burg, ihm die Bedingnngen kundzugeben, unter denen er des Königs Gnade wieder erlangen könnte. Am 28. October 1421 kam der Vertrag und Vergleich zu Stande,[2] der die Ohnmacht des mährischen Adels, aus reinem Glaubenseifer und aus Ueberzeugung die Sache des Husitismus zu vertheidigen, deutlich kennzeichnet.

Přemek, Herzog von Troppau, und Beneš von Kravař und Krumnau thun kund, dass sie um der Ruhe des Landes und des allgemeinen Wohles willen zwischen König Sigmund und Herrn Peter von Kravař und Stražnic mit Beider Wissen und Willen folgenden Vergleich vereinbart haben:

Peter erhält eine Frist von vier Wochen, vom 22. October an gerechnet, um selber Busse zu thun und auch seine Freunde, nämlich die Herren Johann von Lomnic, Hašek, Milota von Trawnik und Zbinko von Dubrawka zum Beitritte zu vermögen. Sollten Peter und seine Söhne doch wieder anderen Sinnes werden und von dem Vergleiche zurücktreten, so soll Herzog Přemek die Burg Helfenstein, die ihm Peter bereits übergeben, dem Könige Sigmund ausliefern; doch darf Peter das bewegliche Gut ohne Hinderniss auf seine anderen Schlösser schaffen. Hält er die Uebereinkunft, dann wird ihm die Burg unversehrt zurückgestellt. Peter verpflichtet sich seinerseits, mit seinen Freunden sofort zu verhandeln, ob auch sie Frieden mit der königlichen Majestät haben und selber Ruhe halten wollen. Vorerst mögen befragt werden Hašek und Milota, und deren Antwort solle binnen zwei Tagen dem Könige zukommen, hier-

[1] Vgl. Laurenz von Březowa, S. 496/7 und 520.

[2] Die in böhmischer Sprache abgefasste Urkunde (Beil. IX) gebe ich oben ausführlicher wieder.

auf erst Jan von Lomnic und Zbinko. Peter muss den König um Gnade und Vergebung bitten und erklären, dass er nie beabsichtigt hat und nie beabsichtigen wird, sich zu König Sigmund anders zu verhalten denn zu seinem angebornen Herrn nach der Ordnung des Landes. Dann seien alle Feindseligkeiten vergessen, die sich zwischen der heiligen römischen Kirche und dem Könige einerseits, Peter und seinen Freunden und Dienern, soweit diese sich bekehren, andererseits ereignet hätten. Die Ansprüche, die eine Partei gegen die andere zu erheben habe, mögen entschieden werden vor dem Könige, vor den mährischen Landherren oder vor dem zuständigen Gerichte.

Nun war für die husitischen Priester auch auf Peters anderen Schlössern keines Bleibens mehr. Sie wandten sich, wie uns Březowa berichtet, von Stražnic in feierlicher Procession, geführt von Magister Sigmund und von viel Volk begleitet, zu Hašek von Ostroh, ‚dem festen Fels der Wahrheit‘. Aber bei der Uebermacht des Feindes blieb diesem nichts übrig, als sich mit seinen Getreuen, darunter sich auch Peters von Kravař Sohn Wenzel befand, bei Nacht durch das königliche Heer, wenn auch mit bedeutenden Verlusten, durchzuschlagen — es erinnert lebhaft an Žižka's berühmten nächtlichen Durchbruch bei Kuttenberg — und zu den Brüdern nach Böhmen zu fliehen; dort kämpften beide später zu wiederholten Malen gegen König Sigmund.[1]

Fast schien es, als ob in Mähren keine Hoffnung mehr war, im Zeichen des Kelches zu siegen. Noch vor Ablauf der vierwöchentlichen Frist unterwarf sich Peter von Kravař am 13. November 1421 und mit ihm noch andere Barone, wie wir aus der Liste der Bürgen ersehen, die Peter dem Könige in seinem Angelobungsbriefe stellte.[2]

[1] Vgl. Laurenz von Březowa, S. 520, 525.

[2] Es sind dies: Wilhelm von Pernstein, der neue Landeshauptmann von Mähren, Johann von Lomnic, Smil von Lichtenburg und Bětow, Sulik von Konic, Heinrich von Lipa und Tempelstein, Albrecht von Kunstadt, Johann von Boskowitz und Brandis, Johann von Cimburg und Tobitschau, Georg von Sternberg und Lukan, Heinrich von Waldstein und Sadek, Georg von Lichtenburg und Bětow, Johann und Stefan von Lichtenburg und Corstein, Johann von Deblin, Johann von Sowinec, Henik von Waldstein, Hlavač von Ronan und Jost Hecht von Rossitz (Archiv český, Bd. 6, S. 400).

Die gewaltsame Niederwerfung der einzelnen Barone war nur ein Vorspiel für die völlige Bezwingung des gesammten mährischen husitisch gesinnten Adels auf dem Landtage in Brünn um die Mitte November. König Sigmund hatte, wie der utraquistische Chronist berichtet, die Herren zu dieser Versammlung ‚salvo conductu‘ geladen. Kaum aber waren sie in der Stadt, da liess er die Thore von seinen ungarischen Truppen besetzen und eröffnete den Baronen seinen Wunsch, sie möchten von den vier Prager Artikeln ablassen und Busse thun. Als die Herren die Schlinge sahen, in die Sigmund sie gelockt hatte, beriethen sie einige Tage und kamen schliesslich zu der Ueberzeugung, dass ihnen nichts übrig bliebe, als gehorsam seiner Aufforderung zu folgen.[1] Wie dem nun auch sei, Thatsache ist, dass die Barone Mährens in einer Landfriedensurkunde am 17. November in Brünn ihr husitisches Glaubensbekenntniss feierlich abschwuren, dass sie sich eidlich bekannten, dem christlichen Glauben, wie ihn die römische Kirche halte, treu, dem Papste, den Bischöfen und den von ihnen eingesetzten Priestern in allen Glaubenssachen gehorsam zu sein und dass sie sich schliesslich verpflichteten, die Ketzer und Vertheidiger der Irrlehren auf ihren Gütern nicht zu dulden und mit aller Macht zu ihrer Ausrottung beizutragen. Auf diesen feierlichen Eid hin erhielten sie von dem anwesenden päpstlichen Legaten die Absolution für ihre Häresie und die Aufhebung des Bannspruches, den das Constanzer Concil infolge ihres Beschwerdeschreibens wegen Husens Verurtheilung über sie verhängt hatte.[2] Hiemit war eigentlich Sigmunds Aufgabe in Mähren erfüllt,[3] sein Heer konnte zunächst noch Herzog Albrecht bei seinen Unternehmungen im südwestlichen Mähren unterstützen, bevor man den Kriegszug gegen Böhmen antrat.

Albrecht war gleichfalls von Pressburg aus unmittelbar ins Feld gezogen. Am 14. October senden die Znaimer Bürger

---

[1] Vgl. Laurenz von Březowa, S. 520.

[2] Mit Ausnahme der am Schlusse angefügten Eidformel ist die Urkunde völlig gleichlautend mit dem Landfrieden König Wenzels vom Jahre 1412; gedruckt im Archiv český, Bd. 10, S. 246, in deutscher Uebersetzung bei Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 166. — Den Eid und die Absolutionsformel des Legaten bringt auch Březowa, S. 521/2.

[3] Man sieht, wie ungerecht der Vorwurf Bezold's (a. a. O., S. 56) ist, dass König Sigmund ‚ruhig‘ in Mähren verblieb.

an den mit Heeresmacht heranrückenden Herzog nach Eggenburg ein Mitglied ihres Rathes, den Stefan Jemnitzer, wohl um ihm über die Ereignisse der letzten Tage und die Lage in Jaispitz Mittheilung zu machen,[1] denn dahin richtete sich der Zug. Am 21. October lagerte Albrecht vor Znaim, wo ihn die Bürger festlich bewirtheten, und übernachtete auf der Ebene vor dem Kloster Bruck.[2] Am folgenden Tage schon ist der Herzog vor Jaispitz. Mit einem starken Heere,[3] zu dem unter Anderen auch der Salzburger Erzbischof Eberhard ein bedeutendes Contingent gestellt hatte,[4] griff man die Burg an, und nach fünftägiger Belagerung wurde dieselbe eingenommen und zum Theile zerstört. Die niederstürzenden Mauern begruben eine Anzahl der Söldner.[5] Der Besitzer des Schlosses, Sezima von Kunstadt, dem weder von Böhmen, noch von den mährischen Baronen, die es versprochen hatten, Hilfe geschickt worden war,[6] kam zwar sammt seiner Familie mit dem Leben davon, wurde aber in die Gefangenschaft nach Wien abgeführt und erst 1423 freigegeben.[7]

---

[1] Znaimer Losungsbuch, Fol. 105': ‚Feria II (sc. ante festum s. Galli). Item direximus in Egenburk ad illustrem principem d. Albertum ducem Austrie prudentem Stephanum Jemniczer nostrum coniuratum concivem . . .'

[2] Ibid., Fol. 39: ‚Notandum ea que imposuimus et distribuimus, cum illustris princeps et dominus d. Albertus dei gratia dux Austrie etc. subintravit terram Moravie pernoctans in planicie campi prope monasterium Lucense, ubi fer. III in die Millium Virginum [21. October] eundem dominum Albertum ducem, dominum nostrum graciosum, honoravimus cum III ternariis vini, X vasis cervisie, uno curru panum et ad nutum gracie sue direximus sibi in Jewspicz XXVI vacua vasa, IIII sexag. ligonum cum XX ligonibus et LXXX laboratores pro ruptura castri in Jewspicz . . .'

[3] Vgl. über die verschiedenen Angaben Friess, S. 19.

[4] Ergibt sich aus einer Eintragung des Testamentes des Salzburger Ritters Caspar Turnär in das Znaimer Testamentenbuch, ddo. 31. October 1421, wo es unter Anderem heisst: ‚. . . und in demselbigen her der erwirdig . . . Eberhard erzbischof zu Salzpurk sein merklich volk gehabt hat, di mitsambt dem vorgenanten fursten herren Albrechten sein gezogen und haben das haus Jewspicz mitsambt dem statlein doselbs in fumf tagen gewunnen . . .'

[5] Znaimer Losungsbuch, Fol. 111: ‚Item II muratoribus, qui quesiverunt quosdam de quibus dicebatur, quod per muros in Jewspicz obruti fuissent.'

[6] Das sagt ausdrücklich Laurenz von Březowa, S. 499. Wenn hier der Ort Benissovice geschrieben erscheint, so ist das wohl einer der vielen Druckfehler dieser Ausgabe statt Jevissovice, was die Handschrift haben dürfte.

[7] Vgl. Kurz, Oesterreich unter Albrecht II., Bd. 2, S. 53.

Aber mit der Zerstörung des einen Felsenschlosses war keineswegs, wie man bisher annehmen konnte, der Feldzug beendet und die Ruhe wieder hergestellt; vielmehr währte der Krieg noch monatelang, indem die ganze Gegend durchzogen werden musste.[1] Zur Unterstützung schickte Sigmund einen Theil seiner Truppen hieher; am 18. November suchte sie ein Znaimer Bote in der Gegend zwischen Laa und Pohrlitz.[2] Der Hauptschlag sollte gegen die zweite Husitenburg Rothmartinitz geführt werden. Unzählige Wagen mit Söldnern werden von allen Richtungen durch die Stadt Znaim dahin gebracht. Der Kampf wurde mit grosser Wuth geführt; Husiten, die man fing, wurden gelegentlich in Znaim verbrannt;[3] ebenso büssten ein Znaimer Bürger und sein Sohn, weil sie des Einverständnisses mit den Husiten schuldig befunden worden waren, ihre Gesinnung mit dem Feuertode.[4] Andere Gefangene wurden nur gegen Urfehdeschwur freigelassen.[5] Den eigentlichen Ausgang dieser Unternehmung kennen wir nicht. Für jeden Fall war das Ergebniss des mährischen Feldzuges im Herbste des Jahres 1421 für den König und den Herzog nicht unbefriedigend; das Feuer an dem einen Hauptorte war gelöscht, am anderen wenigstens unterdrückt, so dass Herzog Albrecht persönlich nach Oesterreich zurückkehren konnte. Innerhalb der Wintermonate traf er Anstalten, um den König baldigst mit neuer Macht auf seinem Zuge gegen Böhmen unterstützen zu können; und zwar mussten die eigenen Länder die Kosten der Kriegführung

---

[1] Das zeigen uns die fortlaufenden Ausgaben an Sold, die weiteren Aussendungen von Boten und Kundschaftern und ähnliche Angaben im Znaimer Losungsbuch.

[2] Znaimer Losungsbuch, Fol. 110': ‚Scherbewflino pro expensis versus Laa et Poherlicz propter Ungaros.'

[3] Ibid.: ‚pro lignis ad combustionem Hussonum de Martnicz'.

[4] Ibid., Fol. 20: ‚Item anno quo supra feria IIII in crastino ss. Simonis et Jude [29. October] Vierdunk cum filio Johanne propter Hussonum perfidiam sunt combusti et propter tam maximam iniquitatem omnia bona ipsorum devoluta sunt in d. regem. Graciosissimus autem d. noster rex considerans multas tribulaciones et diversas gravedines, quas per vigilias et alias varios modos ab Hussonibus perpessi sumus, et eciam maximas et multas impensas, quas super emendacionem defense civitatis, super stipendiariis, super magistris pixidum, super attinenciis diversis ad defensam spectantibus imposuimus, eadem bona nobis in subsidium donavit graciose . . .'

[5] Vgl. Lichnowsky, Bd. 5, Reg. Nr. 2052.

zum grossen Theile übernehmen. Eine ausserordentliche Steuer auf die Weinberge, Errichtung einer Landwehr, Verträge mit Landherren wegen Stellung von Söldnern, erhöhte Besteuerung des kirchlichen Einkommens, Anleihen bei österreichischen Städten — das sind die Geschäfte, die Albrecht im December 1421 und Januar 1422 in Wien besorgte.[1] Aber mitten in diese Vorbereitungen fiel der unverhofft schnelle und überaus unglückliche Ausgang von Sigmunds zweitem Feldzuge gegen Böhmen. Sein Heer war über Iglau bis Kuttenberg vorgedrungen und hatte daselbst ein grosses Blutbad angerichtet; als aber die ungestümen Bauernschaaren unter Žižka dasselbe bei Deutschbrod angriffen, flohen die Ungarn, obgleich sie ihnen an Zahl bedeutend überlegen waren, unter ungeheueren Verlusten zurück nach Mähren.[2] Am 28. Januar urkundet Sigmund bereits wieder in Brünn.

Wie schon zu wiederholten Malen, wurden auch jetzt wieder die mährischen Husiten gegen den verwundeten Feind kühn. Nach Sigmunds unglücklichem Rückzuge aus Böhmen entstanden in Mähren allenthalben Unruhen. Gerade auch in Brünn scheint eine grosse Verschwörung geplant gewesen zu sein, die aber verrathen wurde und mit der Hinrichtung von 500 Schuldigen geendigt haben soll.[3] Diese Nachricht ist zum Mindesten übertrieben. Doch lässt allerdings eine Urkunde König Sigmunds aus Hradisch vom 22. Februar 1422 auf ein starkes Wiederhervortreten der Husiten im Lande schliessen: in derselben überträgt nämlich der König dem Burggrafen auf Schloss Eichhorn, Peter Kutyeig, die Gerichtsbarkeit daselbst und befiehlt ihm, gegen alle die, welche die vier Prager Artikel einhalten, mit äusserster Strenge zu verfahren;[4] und noch klarere Vorstellungen von der wieder erstarkten Macht dieser Partei gewährt eine zweite Urkunde des Königs aus Wessel vom 8. April,

---

[1] Vgl. über diese Verhandlungen Friess, S. 19, 20.

[2] Vgl. den Bericht des Abtes Ludolf von Sagan (herausgeg. von J. Loserth) im Archiv für österr. Gesch., Bd. 60, S. 542/3.

[3] So berichtet Windecke (S. 90, Cap. 103). Der genaue Zeitpunkt, sowie die Einzelheiten sind aber aus dieser Darstellung nicht leicht zu entnehmen. Sollte sich nicht die Notiz im Znaimer Losungsbuch, Fol. 125' zum 1. März 1422 eingetragen: ‚nuncio Brunnam, qui munivit homines nostros contra inimicos, dum fuerunt pro mercibus in annuali foro Brunne . . .' darauf beziehen?

[4] S. Beil. X.

durch die er eben demselben Peter aufträgt, die Güter der in Mähren sich empörenden und der Ketzerei anhangenden Insassen einzuziehen.[1]

Wenn uns auch nur die Schreiben an diesen einen Beamten erhalten sind, so ist es doch wahrscheinlich, dass solche Befehle allerwärts ausgingen. Schliesslich melden auch schon Anfangs März die Znaimer dem Könige ebenso wie dem Herzog von Zusammenkünften und Sammlungen der Husiten in ihrem Kreise, in Zornstein, Jamnitz, Jaispitz; kurz, die ganze Gegend ist mit anbrechendem Frühjahr wieder in hellem Aufruhr.[2]

Von der Art der Kriegführung gibt uns ein origineller Bericht über den Ueberfall auf Jamnitz ein deutliches Bild. Er stammt von einem Boten der Stadt Basel, der den König Sigmund in Nikolsburg erwartete. Darnach überfielen die Husiten am 10. März das Städtchen und stürmten es. Im Kampfe fielen Männer und Weiber, — denn es heisst ausdrücklich, dass viele Weiber beim Ansturm mitthätig waren. Zugleich hatten die Angreifer Verbündete in der Stadt selbst, die von innen Breschen in die Mauern zu legen anfingen. Immerhin behaupteten sich die Einwohner, und als Herzog Albrechts Leute sich sammelten und dahinzogen, da flohen die Husiten wieder von dannen.[3] — In solcher Weise spielte sich offenbar der Husitenkrieg in Mähren an mehr als einem Orte ab.

---

[1] S. Beil. XI.

[2] Znaimer Losungsbuch, Fol. 125 zum 1. März: ‚Item dereximus Wyennam ad graciosissimum dominum nostrum ducem prudentes viros Stephanum Jemniczer moderni et Petrum Salis senioris consilii racione congregacionis Hussonum . . .‘, und um nur noch die wichtigsten Eintragungen anzuführen: Fol. 127 zum 10. März: ‚Item Jannkoni Hesskoni equiti nuncio in Czornstein propter Hussones . . . nuncio Wyennam currenti ad dominum ducem propter novitates ex parte Jemnicz et Jewspicz . . . nuncio Chunzoni in Drosendorf . . .‘; Fol. 128 zum 13. März: ‚Equiti nuncio in Drosendorf et Jemnicz per quem inquisivimus, quomodo nostris succederet et uni spiculatori in Jemnicz . . .‘; Fol. 129' zum 20. März: ‚nuncio in Laa racione inquisicionis pro domino duce . . .‘ u. a.

[3] Reichstagsacten, Bd. 8, S. 117, Nr. 103: „. . . och wissent, lieben herren, daz bi zehen tagen datum dis briefes die Hussen fur ein statt, heisset Gomenitz, . . . die statt ist herzog Albrechtz.‘ Schon aus dieser letzten Bemerkung ergibt sich, dass das dem Herzog Albrecht verpfändete Jamnitz gemeint ist und nicht, wie in den Reichstagsacten angegeben ist: ‚Kamenitz w. von Iglan‘; das wäre ein kleines Städtchen dieses Namens in Böhmen, aber auch nicht Kamenitz ö. von Iglan in Mähren.

Im östlichen Theile des Landes lagen die Verhältnisse nicht besser, und schon im Monate Februar hatte Sigmund einen Angriff auf die Feste Steinitz im Sinne.[1] — Wiederum war also Herzog Albrechts Unterstützung unentbehrlich, und dieser benützte die Lage, um sein Verhältniss zu Mähren fester zu gestalten und für seine ungeheuren Opfer im Kriege besseren Ersatz als bisher zu erlangen. Am 21. März kamen Sigmund und Albrecht in Nikolsburg zusammen,[2] und vom 23. ist die Urkunde datirt, durch welche Albrecht die Statthalterschaft in Mähren eingeräumt wurde.[3] Auch diesmal handelt es sich in erster Linie nicht um politische und Verwaltungszwecke, sondern um finanzielle und militärische Beneficien. Gleich der erste Artikel des Vertrages betrifft die Einantwortung neuer Schlösser und fester Punkte im Lande in Pfand- und Pflegschaft. Nach Brünn, auf den Spielberg, nach Eichhorn, Eibenschitz und Trebitsch konnte Albrecht nunmehr seine österreichischen Truppen einlagern und dadurch die betreffenden Städte sammt der Umgebung beschützen. Für diese Besatzungen erhält er überdies jährlich 12.000 Schock Groschen, die ihm, wofern sie nicht baar gegeben werden, auf den Schlössern als Pfandsumme erliegen. Der König verpflichtet sich ausserdem zur dauernden Unterstützung Albrechts mit 1000 Spiessen, die er auf eigene Kosten im Lande hält, und zu weiterer Hilfe, wenn das Land vom Feinde überzogen würde.

Albrecht darf zwar ohne Wissen des Königs nichts versetzen, noch vergeben, unbeschadet allerdings der früheren Verträge vom Jahre 1421, die in Kraft bleiben; doch hat er das Recht der Ein- und Absetzung aller Amtleute und Burggrafen, ausgenommen in den Schlössern, die der König den Ungarn übergeben hat.[4] Diese Statthalterschaft dauert so lange,

[1] Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 177: ‚idoch haben wir betracht, das uns dieselhe zeit [um den 23. Februar] wirdt gebören mit Steynitz nmme zu geen, nachdem nnd wir das mit den Meherrischen herren vorlassen haben.‘

[2] Znaimer Losungsbuch, Fol. 129: ‚direximus Niklspurgam prudentes viros Paulnm de Schotaw moderni et Johannem Peregrinnm senioris consiliorum nostros concives, ubi graciosissimi domini nostri rex et dux convenerunt . . .‘ Vgl. auch Reichstagsacten, Bd. 8, S. 117, Nr. 103.

[3] S. Beil. XII.

[4] Dazu gehörte Göding, welcher Stadt K. Sigmund — Weisskirchen, 26. April 1422 — seinen im Jahre 1404 gegehenen Brief bestätigt, in welchem er die

bis alle Geldschuld, die dem Herzog auf die Schlösser erwächst, abgelöst ist.

Das waren durchaus Verfügungen von ausserordentlicher Tragweite, die Albrecht fast jetzt schon zum Herrn des Landes machten; — das zweite Stadium in der Erwerbung Mährens.

Nunmehr vereinigten sich auch die ungarischen und österreichischen Truppen zu der gemeinsamen Unternehmung gegen das Schloss Steinitz, die Sigmund seit Monaten plante. Mit der ungeheuren Macht von 30.000—40.000 Mann Fussvolk und 10.000 Reitern lagerte Sigmund um die Mitte April[1] vor diesem ‚hawse', und für den 26. des Monats erwartete er noch den Zuzug Albrechts mit 4000 Reitern.[2] Das war möglicherweise eben jene Truppenabtheilung, die bisher unter dem Befehle Düring's von Hallwil in Iglau gelegen war, und welcher laut Urkunde vom 22. April 1422 Albrecht Ersatz aller Schäden, die sie im Kampfe gegen die Husiten erleiden würde, zusicherte.[3] Doch fehlt uns jede Nachricht über den Ausgang dieser Unternehmung. Am 1. Mai ist Sigmund bereits in Theben und um dieselbe Zeit Albrecht in Wien.[4] Dass diesen, wie behauptet wird, ein Einfall der Husiten in das Viertel ober dem Manhartsberge nach Oesterreich zurückzukehren veranlasst hätte, ist eine unbegründete Annahme.[5] Man findet aber auch nicht, dass ungarische oder österreichische Truppen mitgeholfen hätten, die nordmährischen Städte zu schützen, als Prinz Sigmund Korybut von Polen bei seinem Durchzuge nach Böhmen im April und Mai 1422 dieselben zum Anschlusse an die Sache des Husitismus zwingen wollte. Diese Aufgabe, neben dem einheimischen Feinde auch noch den äusseren abzuwehren oder vielmehr aus den Grenzen der Markgrafschaft zu weisen, musste

Bürger der Stadt, so lange sie dem König von Ungarn angehören würde, von der Bezahlung des Dreissigsten befreit. (Vidimirte Abschrift aus dem Jahre 1747 im Staatsarchiv in Wien.)

[1] Im Registraturbuch ‚G' findet sich eine Urkunde Sigmunds, datirt ‚im Felde vor Steynitz, 1422, donnerstag nach ostern' [16. April].

[2] Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 191.

[3] Vgl. Kurz, K. Albrecht II., Bd. 2, S. 47 und Lichnowsky, Bd. 5, Reg. Nr. 2078.

[4] Sigmunds Itinerar in dieser Zeit verzeichnet Palacky, Geschichte Böhmens, Bd. 3, Abth. 2, S. 303, Note 262; nach dem Losungsbuch (Fol. 141') geht ein Bote am 4. Mai von Znaim zum Herzog nach Wien.

[5] Vgl. Friess, S. 22.

besonders in Nordmähren Bischof Johann von Olmütz auf sich nehmen. Es soll ihm denn auch gelungen sein, vor seiner Residenz den polnischen Eindringlingen eine wenn auch kleine Niederlage beizubringen, wofür sich diese allerdings sehr bald auf ihrem Weitermarsche an der Stadt Mähr.-Neustadt rächten.[1] In diesen Kämpfen erwarb sich auch die Stadt Olmütz die besondere königliche Gnade und erhielt am 20. Mai 1422 für die ,willigen und getrenen Dienste', die sie ,wider die Wicleffe und ketzer mit grossen kosten nnd arbeithen gethan und beweiset haben', das Münzrecht in demselben Masse, wie es Brünn schon besass.[2]

Ueber den Fortgang der Ereignisse sind wir sehr mangelhaft unterrichtet. Die Quellen schweigen von weiteren Kämpfen, und könnten wir einem aus weiter Ferne, vom päpstlichen Stuhle, kommenden Zeugnisse voll vertrauen, so müssten wir mit Papst Martin sagen, dass um diese Zeit ,fast die ganze Markgrafschaft Mähren gerettet nnd geheilt war';[3] doch werden dorthin wohl vorzüglich nur die Siege eines Herzogs Albrecht und eines Bischofs Johann, deren ja gewiss in den Jahren 1421 und 1422 viele zu verzeichnen waren, gemeldet worden sein. Aber die Ruhe war im Lande noch nicht hergestellt. Schon im Frühjahre des Jahres 1422 bot sich für die mährischen Husiten Gelegenheit, abermals den Eid des Gehorsams gegen den König Sigmund und die katholische Kirche, den sie allerdings nicht aus freien Stücken geleistet hatten, zu brechen, indem Prinz Sigmund Korybut es nicht nnterlassen hatte, seine Heilsbotschaft auch den Mährern zu verkünden und sie zum Abfalle vom Luxemburger und Habsburger zu reizen.[4] Er hatte die Stände und Städte Ende Mai geladen, ihre Boten für den 7. Juni zu ihm zu schicken und dieselben mit voller Gewalt auszustatten, mit ihm zu verhandeln. Die Znaimer — von ihnen allein wissen wir

---

[1] Vgl. darüber Palacky, Geschichte Böhmens, Bd. 3, Abth. 2, S. 302 ff. und Aschbach, Bd. 3, S. 164.

[2] Vidimirte Copie im Olmützer Stadtarchiv.

[3] ,nam, sicut audivimus, nonnulla oppida vi capta, quaedam metu dedita aut voluntate sunt et fere totus Moraviae marchionatus reductus atque sanatus est,' schreibt Papst Martin V. in einem Briefe an K. Sigmund wahrscheinlich im Frühjahre 1422 (Reichstagsacten, Bd. 8, S. 119, Nr. 106).

[4] Genauere Nachrichten, als bisher bekannt waren, erhalten wir aus der als Beil. XIII abgedruckten Antwort der Znaimer an den Prinzen.

es — befragten allsogleich den Herzog Albrecht, der in unmittelbarer Nähe geweilt haben muss, da die Boten noch an demselben Tage nach Znaim zurückkehren konnten, und sandten schon am 2. Juni ihre höfliche, aber entschiedene Antwort nach Prag an Prinz Korybut. Sie stellten ihm vor, wie sie nach König Wenzels Tode Sigmund als dem Erben und böhmischen König geschworen und gehuldigt hätten; dass ihre Stadt sammt anderen nachmals mit der Hand Elisabeths, der Tochter des Königs, dem österreichischen Herzog verschrieben und übergeben worden sei, der gleichfalls ihren Treueid habe. Daher gebühre es ihnen nicht und stünde ihnen nicht wohl an, jemandem Anderen denn dem Herzoge Albrecht gehorsam zu sein. Indem sie ihr Bedauern aussprechen über die der Ehre und dem Nutzen der Länder Böhmen und Mähren abträglichen Zustände, betheuern sie ihre Unschuld, und dass sie sich stets nach der Ordnung Gottes und den Gesetzen der heiligen Christenheit gehalten haben und bis an ihr Ende darin zu bleiben gedächten.[1]

In ähnlichem Sinne werden gewiss auch andere Städte und Adelige geantwortet haben, aber dass der Aufruf nicht überall in Mähren tauben Ohren begegnete, dafür spricht wohl, dass König Sigmund noch im Juli des Jahres 1422 dem Landeshauptmann Peter von Kravař — er war seit dem 6. Mai dieses Jahres wieder im Besitze dieser Würde[2] — Befehl gab, gegen die Widersacher im Lande mit aller Strenge vorzugehen.[3] Genauere Nachrichten fehlen uns aber.

Wir wenden uns von den kriegerischen Ereignissen zu den diplomatischen Verhandlungen, die nun zum letzten Stadium, zur Abtretung Mährens an Herzog Albrecht führten. Denn weit früher, als man bisher annahm, schon gegen Ende des Jahres 1422, also bald nach der Erlangung der Statthalterschaft, wurden dieselben in vollstem Ernste eingeleitet.

---

[1] Znaimer Losnngsbnch, Fol. 148' znm 1. Mai: ‚Direximns ad graciosissimum dominum nostrum dncem Austrie prudentes viros Panlum de Schotaw et Michahelem Panczir nostros concives et coniuratos in certis arduis cansis ... qni eadem die revenerunt ... Item dreximus nuncium Mixonem Pragam cum responso ad principem Sigismnndum ...‘

[2] Archiv český, Bd. 3, S. 494, Nr. 224.

[3] S. Beil. XIV.

Anfangs November 1422 weilte König Sigmund längere Zeit in Wien bei seinem Schwiegersohne;[1] im December war wieder Herzog Albrecht beim Könige.[2] Bei diesen Zusammenkünften wurden wohl jene eigenthümlichen Vereinbarungen getroffen, deren Kenntniss wir einer bisher unbekannten, blos als Concept in das Registraturbuch des Königs eingetragenen Urkunde vom 5. Februar 1423 verdanken, die dort bezeichnet ist als ‚donacio marchionatus Moravie Alberto duci Austrie'.[3] Der Plan also, der erst im Herbste dieses Jahres zur Ausführung kam, bestand thatsächlich schon drei Vierteljahre zuvor, und zwar in ganz derselben Form, mit fast den nämlichen Bedingungen bis auf einen einzigen Vertragsartikel, der aber allerdings von höchster Bedeutung war. Von der Vergabung der Markgrafschaft sollten nämlich nach dem ursprünglichen Projecte eine Anzahl Schlösser und Herrschaften, die an der ungarischen Grenze lagen und die der König gekauft hatte, ausgeschlossen bleiben. Es sind dies: Ung.-Hradisch, Ung.-Brod, die Schlösser Wessels, Göding, Bisenz, Buchlau, Střilek, Orlovic, Cimburg mit ihren Zugehörungen. Wegen dieser Schlösser, Festen und Städte, die sich der König vorbehält, weist er die Grenze Mährens derart aus: die Bečwa bis zum Einflusse in die March, und auf dem anderen Ufer der March gegen Brünn hin die Hanna von ihrem Ursprunge (houpt) bis zur Mündung. Die weitere Grenzbestimmung gegen Oesterreich hin bleibt späterem Uebereinkommen vorbehalten. Wenn der König, so wird in dieser Urkunde bestimmt, ohne männliche Leibeserben stirbt, so sollen diese Schlösser, Festen und Städte mit ihren Zugehörungen an Albrecht und Elisabeth fallen mit jenen Grenzen zwischen Ungarn und Mähren, ‚als das von alter herkomen ist'. Daraus ergibt sich denn doch wohl als Schlussfolgerung e contrario dieses: In dem Falle, dass König Sigmund Söhne hinterlässt, welche ihm in Ungarn folgen und das an Herzog Albrecht verpfändete und verliehene Mähren wieder einziehen — dieses Recht der Rückeinlösung behält der König sowohl sich als seinen männlichen Erben in allen Ver-

[1] Vgl. Friess, S. 24.
[2] Vgl. Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 278, Nr. 253: ‚der Römisch kunig, bey dem wir yetz newlich sein gewesen'.
[3] S. Beil. XV.

trägen vor — in dem Falle also, dass Ungarn, Böhmen und Mähren wiederum in der Hand eines Luxemburgers vereinigt wären, treten die neuen Grenzen in Kraft, und ein grosses Stück des Landes Mähren würde dann Ungarn einverleibt.

Sigmund verfolgte damit wohl hauptsächlich den Zweck, aus diesem an Ungarn grenzenden Gebiete das Husitenthum durch Entnationalisirung auszurotten. Aber diese Grenzregulirung war denn doch zu gewaltsam, als dass sie hätte zur Ausführung kommen können. Wenn nicht Herzog Albrecht, so mussten sich ihr die mährischen Landherren auf das Entschiedenste widersetzen. Dieser eine Punkt hat gewiss viel dazu beigetragen, dass der Vertrag in dieser Form nicht zu Stande kommen konnte. Dass aber vorläufig jede Vereinbarung zwischen Sigmund und Albrecht aufgeschoben wurde, hat noch andere Gründe. Zu günstig erschien gerade um diese Zeit für Sigmund die Lage, um sich nicht den Forderungen des Schwiegersohnes zu entziehen, dessen Aussichten nur dann gut standen, wenn Sigmund, von allen Seiten verlassen, sich ihm nothgedrungen zuwenden musste. Das letzte Abkommen mit Herzog Albrecht war an der Wende der Jahre 1422 und 1423 in einer Zeit getroffen worden, da die Aussicht, sich mit Polen auf die Dauer vertragen zu können, vollkommen geschwunden erschien. Sigmund selber war es, der zum Kriege mit den Polen drängte, deren Fürsten er nicht nur des Einverständnisses mit den Husiten beschuldigte, sondern deren geheimer Unterstützung er die plötzlich am Beginne des Jahres 1423 für ihn sich erhebende Türkengefahr zuschrieb.[1]

Am letzten Januar — also wenige Tage, bevor die Urkunde für Albrecht wenigstens im Concept fertiggestellt wurde — kam der grosse Bund gegen Polen zum Abschlusse, der nichts weniger als eine Theilung Polens anstrebte.[2] Da lenkte der polnische König Wladislaus ein, und je inniger von nun an das persönliche Verhältniss zwischen den beiden Königen wurde, das seinen Gipfelpunkt in der Fürstenzusammenkunft zu Käsmark und Leutschau im März und April 1423 hatte, desto geduldiger musste Albrecht werden. Unmittelbar nachdem Sigmund mit Wladislaus den gemeinsamen Feldzug gegen

[1] Vgl. Grünhagen, Die Husitenkämpfe der Schlesier, S. 74.
[2] A. a. O., S. 75 ff.

die Husiten beschlossen hatte, noch im April, schrieb er an Herzog Albrecht, theilte ihm diese Thatsache mit und forderte ihn zur Mithilfe auf. Der Brief lässt erkennen, dass sich Sigmund Albrecht gegenüber als Schuldner fühlte und die bisherigen Vertröstungen wenigstens durch eine neue Versprechung ersetzen zu müssen glaubte. ‚Von wegen Mähren,‘ fügt der König seiner Mahnung an Albrecht hinzu, ‚wisse, lieber Sohn, dass wir . . . baldig Botschaft an Dich senden und meinen, auch nächstens selber in Pressburg zu sein‘.[1] Es war eine Ausflucht; Sigmund hatte blos das Interesse, die Angelegenheit hinzuziehen. Gleichwohl sagte Herzog Albrecht seine Theilnahme am Zuge gegen Böhmen zu; denn der König nennt ihn fortan stets unter denen, die ihm ihre Unterstützung versprochen haben. Aber der Feldzug kam nicht zu Stande, und allmählich schwand auch jede Aussicht, die Polen zur Einhaltung ihres Wortes zu vermögen. Der Ausmarsch, zuerst auf den 24. Juni angesetzt, wurde bald um einen Monat verschoben, aber auch im Juli regte sich nichts, und selbst das Erscheinen des päpstlichen Legaten am ungarischen Hofe bewirkte keine Beschleunigung. Es herrschte eine allseitige Missstimmung und vor Allem eine Spannung zwischen dem Könige und den deutschen Kurfürsten. Auch an die Ordnung der mährischen Verhältnisse wurde nicht weiter gedacht. Es bedurfte erst abermaliger grosser Unglücksfälle in diesem Lande, die wir in ihrer ganzen Grösse noch gar nicht kennen, des Verlustes der Stadt Prerau und des Schlosses Kvasic an die Husiten im Sommer 1423, der nach langen blutigen Kämpfen erfolgten Einnahme der bischöflichen Stadt Kremsier; es musste erst die Botschaft an den König gelangen, dass nun wirklich Žižka in Mähren eingefallen sei,[2] Sigmund musste erst die vollkommene Gewissheit erlangen, dass ihn Polen im Stiche gelassen habe, und dass sein längeres Zögern im Reiche und beim Papste die Stimmung

[1] Vgl. Palacky, Urkundl. Beitr., Bd. 1, S. 289.

[2] Wenn ich hier schneller als vorher über die kriegerischen Ereignisse hinweggehe, so geschieht dies natürlich blos aus dem Grunde, weil bis nun die Quellen fehlen, um auch nur irgend etwas mehr sagen zu können, was nicht schon Palacky vor bald einem halben Jahrhundert niedergeschrieben hat. Dass sich aber Nachrichten noch werden finden lassen, die uns auch das Dunkel dieses für Mähren furchtbarsten Leidensjahres während der Husitenzeit lüften werden, daran mag ich nicht verzweifeln.

gegen ihn wende, um endlich zum Entschlusse zu kommen, den längst vereinbarten Vertrag mit Albrecht zu vollziehen.

Mitte September weilte der Herzog bei Sigmund auf der Blindenburg und sollte sich mit ihm von da nach Ofen begeben, wo der päpstliche Legat und mehrere Gesandtschaften des Königs harrten.[1]

Am 1. October 1423 wurde die eigentliche Uebergabs- oder Schenkungsurkunde König Sigmunds für Herzog Albrecht und dessen Gemahlin Elisabeth ausgestellt. Sie ist uns nicht im Originale, sondern als Eintragung im Registraturbuche erhalten.[2] Vom 3. ist die Originalausfertigung des Reverses Albrechts und Elisabeths datirt und vom 4. schliesslich die Belehnungsurkunde des böhmischen und die Bestätigungsurkunde des römischen Königs.[3] Es genügt, den Inhalt der erstgenannten Urkunde wiederzugeben:

1. König Sigmund übergibt seinem Schwiegersohne, Herzog Albrecht von Oesterreich, und seiner Tochter Elzbeth, Albrechts Gemahlin, sowie deren Leibeserben das Land, das Fürstenthum und die Markgrafschaft Mähren mit allen ihren Zugehörungen und Rechten, wie dies vormals die Markgrafen von Mähren innegehabt und besessen haben.

2. Von der Zugehörigkeit zu Mähren bleiben ausgenommen der Bischof von Olmütz und der Herzog von Troppau und deren Nachfolger, die der Krone Böhmen unmittelbar unterstehen, doch werden sie und ihre Erben verpflichtet, dem Markgrafen ihre Stimme bei der Wahl zum Könige von Böhmen zu geben, falls Sigmund, ohne Söhne zu hinterlassen, sterben sollte.

3. König Sigmund behält sich und etwaigen männlichen Erben das Recht vor, das Land wieder zurücknehmen oder für so lange, als Albrecht nicht alle zur Nothdurft des Landes ausgelegten Summen zurückerhalten hat, in ein blosses Pfandlehen umwandeln zu dürfen.

4. Völlig ausgenommen von diesen Bedingungen bleibt die Verschreibung der Schlösser Iglau, Znaim, Jamnitz und Pohrlitz, die unverändert in Kraft bleibt.

---

[1] Vgl. SS. rer. Siles., Bd. 6, S. 38, Nr. 53.

[2] S. Beil. XVI.

[3] Bezüglich der drei letzten Urkunden vgl. Lichnowsky, Bd. 5, Reg. Nr. 2146—2148; die beiden letzten, Belehnung und Bestätigung vom König, finden sich auch im Registraturbuch ‚H‘, Fol. 7 und 7'.

5. Stirbt Albrecht vor Elisabeth ohne Hinterlassung von Erben, so bleibt das Land der Witwe für die Zeit ihres Lebens und fällt darnach an Sigmund oder seine nächsten Erben.

6. Stirbt Elisabeth früher, ohne ihm Kinder hinterlassen zu haben, so behält Albrecht das Land und kann es auch an seine Kinder zweiter Ehe vererben; beim früheren Aussterben der habsburgischen Linie fällt das Land an Sigmund und seine Nachkommen zurück.

7. Die alten Freiheiten der Einwohner des Landes und der freie Verkehr mit Ungarn sollen gewahrt werden.

8. Das Recht der Einlösung von Schlössern und Gütern behält der König sich und seinen Erben vor.

Bis hieher stimmt die Urkunde wörtlich mit dem Concept vom Februar überein. Der letzte (9.) Punkt aber lautet dahin, dass sich der König für sich und seine etwaigen Söhne die zwei mährischen Schlösser Brumow und Swětlow mit allen Zugehörungen als königliches Eigenthum vorbehält. — Das war von jener langen Liste im Februarvertrage zurückgeblieben; von einer Grenzausweisung ist aber nirgend mehr die Rede.

Herzog Albrecht hatte endlich sein Ziel erreicht. Welche Wirkung die Uebertragung Mährens an einen eifrigen katholischen Fürsten für den Fortgang des Husitenkrieges hatte, lässt sich in seiner Tragweite kaum noch beurtheilen.

Palacky sieht in diesem Ereignisse geradezu die Ursache, weshalb die auf dem grossen Prager sogenannten St. Galluslandtage des Jahres 1423 versuchte Annäherung der Utraquisten an König Sigmund so schnell wieder in Brüche ging. Obwohl der König das verlangte sichere Geleite zu einer am Neujahrs- oder Lichtmesstage des Jahres 1424 in Brünn abzuhaltenden ‚Disputation‘ zu ertheilen gewillt war, entschieden sich die Prager schliesslich, diesen Tag nicht zu beschicken. ‚Die drohende deutsche Herrschaft,‘ sagt Palacky, ‚drängte wohl Manchen in die Opposition gegen Sigmund, der sich sonst mit ihm in kirchlicher Hinsicht vielleicht gerne verglichen hätte.‘[1] Es wird sich diese Annahme wohl kaum thatsächlich erweisen lassen. Nur auf Seite König Sigmunds herrschte in dieser Zeit die Sehnsucht nach Frieden mit den Böhmen vor. Der Presbyter Andreas von Regensburg, ein gleichzeitiger Chronist, gibt als

[1] Geschichte von Böhmen, Bd. 3, Abth. 2, S. 344/5.

Grund des Misslingens an, die Husiten hätten unter Anderem den Vorsitz bei den Verhandlungen in Brünn gefordert, — eine für den König unannehmbare Bedingung.[1]

Der Krieg in Mähren spielte sich in den folgenden Jahren mit wechselndem Glücke ab. Für Herzog Albrecht war es ein günstiger Zufall, dass Žižka, eben als er mit aller Macht im Herbste des Jahres 1424 Mähren angreifen wollte, an der Grenze, noch auf böhmischem Boden, zu Přibislau, am 11. October einer pestartigen Krankheit erlag. Sein Heer zog allerdings nach Mähren, eroberte und verwüstete Städte und Klöster, doch glich Albrecht diesmal sowohl wie späterhin das Uebergewicht der Husiten in Mähren theilweise wieder aus. Und wenn auch der österreichische Herzog im October des Jahres 1426 bei Lundenburg Žižka's Nachfolger, dem Oberfeldherrn Prokop Holy, im Felde weichen musste, wenn er auch in den folgenden Jahren sogar in Oesterreich die Macht des husitischen Heeres unter diesem Anführer schwer zu fühlen bekam, so muss doch auch der taboritische Feldherr in diesen Kämpfen den Herzog Albrecht, der sich seinen Eroberungszügen in Mähren und Oesterreich stets tapfer entgegenstellte, als Gegner schätzen gelernt haben; denn nur der Unmuth spricht aus den Worten, die Prokop Holy mit Beziehung auf Herzog Albrecht auf dem Egerer Tage im Jahre 1431 ausspricht: ‚Specialiter cum eo treugas non habemus.‘

[1] ‚... ipsi Hussistae inter caetera praesidentiam in audientiam partinm petiverunt, ut, si partes non possent convenire, quod tunc quidquid barones, quos ipsi fideles regni Bohemiae appellabant, approbarent, esset approbatum; quid autem reprobarent, esset reprobatum. In quo, sicut decuit, non fuerunt auditi ...‘ (Fontes rer. Austr., SS., Bd. 6, S. 438).

BEILAGEN.

I.

König Wenzel von Böhmen bestätigt die Rechte und Freiheiten der Markgrafschaft Mähren, insonders die drei inserirten Privilegien König Johanns von Böhmen aus den Jahren 1311, 1323 und 1327.

Prag, 1411, Februar 16.

Wenceslaus dei gratia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex notificamus tenore praesentium universis: toties regiae celsitudinis sceptrum extollitur et ipsius status solidius roboratur, quoties devotorum et fidelium vota benigno respiciuntur affectu et ad ipsorum iura, libertates servandas ac commoditates augendas gratiosns et pius principis animns invenitur. Cum enim omnis gloria sive potentia principatus in snbditorum praecipue consistat solidata, fortunis expediens arbitramur et congrnum, ut simus subiectis et praecipue, qui nobili et generosa fulgent iustitia et dignitate, faciles et ad gratiam liberales. Noverit igitur praesens aetas et futuri temporis successiva posteritas, quod venientes nuper ad nostrae maiestatis praesentiam nobiles Lacko de Krawarn, magister curiae nostrae regalis, Hanušius de Lichtenstein, Wilhelmus de Pernstein, Erhardus de Skal, Erhardus de Cunstat, Iohannes de Lipnik, Petrus de Stražnic et alii ceteri nobiles marchionatus Moraviae barones, fideles nostri dilecti, qui unacum ceteris eiusdem marchionatus Moraviae baronibus et aliis tam spiritualis quam secularis status et conditionis incolis universis ad nos, velut regem Boemiae, post mortem quondam illustris Iodoci marchionis Moraviae etc. principis, patrui nostri carissimi divae memoriae legitimi devoluti existunt, dum celsitndini nostrae, veluti vero, iusto et naturali eorum domino, suo et aliorum omnium praedicti marchionatus Moraviae baronum vice et nomine, debita fidei atque subiectionis promissa praesta-

rent, nobis humiliter et cum magna precum instantia supplicaverunt, quatenus ipsis baronibus ceterisque nobilibus, militibus, clientibus, praelatis et generaliter omni clero et terrigenis marchionatus Moraviae praedicti universa singulaque iura, privilegia, literas et libertates a divis praedecessoribus nostris regibus Boemiae et marchionibus Moraviae et praesertim a serenissimo principe, domino Iohanne rege Boemiae, avo nostro carissimo, ipsis concessa et concessas approbare, ratificare, innovare et confirmare de nostrae benignitatis clementia gratiosius dignaremur. Quorum privilegiorum et literarum tenores praesentibus sunt inserti et primi quidem tenor sequitur per omnia in haec verba: Nos Iohannes dei gratia . . . (Brünn, 1311, Juni 18, s. Cod. dipl. Morav., B. 6, S. 37, Nr. 49). Tenor secundi privilegii est talis: Nos Iohannes dei gratia Boemiae . . . (Brünn, 1323, August 28, a. a. O. S. 175, Nr. 234). Tenor vero tertii privilegii sequitur et est talis: Nos Iohannes dei gratia Boemiae . . . (Brünn, 1327, Jan. 31, a. a. O. S. 250, Nr. 323). — Nos igitur pensatis attente multarum virtutum et probitatis meritis necnon indefessae fidei obsequiorum puritate, quibus praefati nobiles, barones, milites, clientes, praelati, clerus et terrigenae universi marchionatus nostri Moraviae a nobis et praedecessoribus nostris, regibus Boemiae et marchionibus Moraviae et signanter a praefato domino Iohanne avo nostro concessa et concessas cum omnibus suis punctis, clausulis, sententiis et articulis, prout de verbo ad verbum expressantur superius, sicut rite et rationabiliter processerunt, animo deliberato, sano fidelium nostrorum accedente consilio et de certa nostra scientia approbavimus, ratificavimus, innovavimus et confirmavimus, approbamus, ratificamus, innovamus et virtute praesentium regia auctoritate Boemiae gratiosius confirmamus, decernentes auctoritate regia praedicta et volentes expresse, quod praedicta privilegia, iura et literae ipsorum ex nunc et in antea perpetuam debeant obtinere roboris firmitatem praesentium sub regiae nostrae maiestatis sigillo testimonio literarum.

Datum Pragae, anno domini MCCCCXI, die XVI. mensis Februarii, regnorum nostrorum anno Boemiae XLVIII, Romanorum vero XXV.

Nach einer Abschrift in der Boček'schen Sammlung im mährischen Landesarchiv aus einem nicht näher bezeichneten Codex des Prager Capitelarchivs, Fol. 33.

II.

Das Concil von Constanz mahnt die Stadt Olmütz unter Belobung ihres bisherigen Eifers zum weiteren Kampfe gegen die Häretiker.

Constanz, 1416, März 27.

Sacrosancta et generalis synodus Constanciensis dilectis ecclesie filiis . . . magistro civium, consulibus et communitati civitatis Olomucensis salutem et dei omnipotentis benedictionem.

Letati sumus in hiis, que de vobis frequenter audivimus, scilicet quod ambulatis in semitis iusticie et fidei orthodoxe, quodque ut veri catholici non permiseritis nec permittitis vos seduci a complicibus et sectatoribus damnate memorie Iohannis Huss dum vixit sceleratissimi ac in apertissimis heresum fomentis deprehensi pariter et convicti, qui quosdam errores contra puritatem ipsius fidei angelo tenebrarum procurante, per quondam Iohannem Wicleff et eundem Iohannem Huss heresiarchas damnabilitor editos seu in medium de calice Babilonis eductos ac dudum eciam per ecclesiam et de novo in presenti sacro concilio summis intervenientibus curis et laboribus ac iuste et sancte reprobatos, temporibus istis in regno Boemie et illi contiguo marchionatu Moravie, de quibus per prius letabunde dicere potuit ecclesie Christi universitas: notus in Boemia et Moravia deus, nimium periculose, ut animas Christi fidelium et simplicium illaquearent, damnabiliter asserere atque dogmatizare eciam publice in contumeliam nostri creatoris presumpserunt et ipsi eorundem Iohannis Wicleff et Iohannis Huss sequaces adhuc presumunt; spretisque sane doctrine studiis et tradicionibus sanctorum patrum contemptis ad ipsorum sequacium et multorum aliorum ipsis credencium et favencium dampnacionem animarum ad vanitates et insanias falsas conversi, et susceptis de manu sathane errorum poculis de illis nedum se ipsos infeliciter impleverunt, sed quod amplius detestandum est in plures minus providos seu incautos utriusque sexus homines, videlicet nobiles et plebeos in prefatis regno et marchionatu degentes, publicis proclamacionibus huiusmodi errorum suorum pocula infelicius infundere, quibus illos eciam inebriare non verentur; per que status, ritus et ordo ecclesiastici per sanctos patres spiritu sancto afflatos pro temporum varietate et utilitate fidelium dudum laudabiliter introducti et per ipsam ecclesiam approbati non solum prophanantur, sed et totum nostre fidei decus per eos in illusionem et ridiculum vertitur scandalose.

Hec itaque discrecionibus vestris, filii carissimi, quos omnium carismatum largitore impartiente domino in dei et militantis ecclesie dileccione

atque obediencia stipatos atque fervidos eiusdem fidei existere zelatores apertissimis instrncti de hoc exemplis quam pluribus laudabilibus profitemur, ad hunc effectum significanda decrevimus, ut ad vigilantiorem circumspeccionis cautelam a veneficis hereticorum prefatorum vos reddamns afflatibus prout convenit premunitos et ad consnrgendum mann valida in adintorium sepedicte fidei orthodoxe contra pseudodoctores et heresnm huiusmodi sectatores pestiferos eorumque defensores et receptatores una nobiscum zelo fortitudinis excitemus. Nos enim tantas dei et ecclesie sue huiusmodi iniurias dissimularo per amplius nolumns neque debemus, sed aminiculante nobis superna gracia ut speramus capita impiorum scilicet eorundem sectatorum ad petram alidere curabimus. Et propterea ecclesiastico vibrato iam per nos mucrone contra hereticos et ipsorum fautores, receptatores et defensores huiusmodi secundum canonicas sanciones duximus procedendum et prout eorum rebellio et pertinacia exegerit in nomine domini eciam prout suadet racio procedemus, prudenciam vestram per viscera misericordie domini nostri Iesu Christi et per aspersionem preciosi sauguinis ipsius pariter obsecrantes, requirentes et exhortantes in domino cuius res agitur, quatenus in zeli rectitudino et fidei puritate huinsmodi, prout constanter incepistis, persistentes landabiliter sic curratis in stadio, ut promissam fideliter operantibus et certantibns coronam ab ipso domino conprehendere valeatis, omnes huiusmodi pseudodoctores et sectatores eorum, quos in vestris limitibns reperire contigerit, ut oves morbidas, ne gregem dominicum illic suis pravis et falsis dogmatibns inficiant, penitus expellendo, nullum prebentes huiusmodi pestiferis hominibus auditum, auxilium, consilium vel favorem, sed una nobiscum ad eorum persecucionem atque exterminium ad dei gloriam viriliter assurgatis et ad illud opem et operam efficaces quantum vobis fuerit possibile impendentes, ut preter salutis premium, quod inde vobis ipso domino annuente perveniet, de vestris obediencia et zoli rectitndine huiusmodi eciam a nobis et fnturo summo pontifice possitis merito commendari.

Datum Constancie VI. kal. aprilis, anno et nativitate domini millesimo quadringentesimo sexto decimo, apostolica sede vacante.

Bassianns.

G. de Pernsio.

Diloctis ecclesie filiis . . . magistro civinm consnlibus et commnnitati civitatis Olomucensis.

Mähr. Landesarchiv, Cod. 358, p. 971 (minder gut und ohne die Unterschriften und Adresse auch p. 925).

IIIa.

Die Canoniker des Olmützer Bisthums von der Partei des Bischofs Johann von Leitomischl klagen beim Concil von Constanz unter genauer Darlegung der Zustände in der Diöcese und der Vorgänge bei der Wahl nach Wenzel Kralik's Tod den erwählten Alšo und seinen Anhang der Gewaltthätigkeit an und rufen um Schutz.

[1416, zwischen 29. November und 14. December.][1]

Reverendissimi patres ac prestantissimi domini! Exponitur vestrae paternitati pro parte venerabilium virorum decani et capituli ecclesie Olomucensis cum gravi cordis amaritudine contra et adversus personas infrascriptas et dicitur, quia, cum[a] multiplicata fuerit heretica pravitas Wyklefistarum et Husystarum in marchionatu Moravie et in diocesi Olomucensi dictaque heretica pravitas fuisset tenta et defensata per plures barones et nobiles ac militares armigeros et nonnullos populares, per quam quidem hereticam pravitatem gravissime fides katholica fuisset et de presenti esset impugnata, sacramenta ecclesie per dictos Wyclefistas et Husistas in levitatem et quasi in ludibrium versa, claves ecclesie et censure ecclesiastice per eosdem in derisum posite, obediencia Romane ecclesie et sedi apostolice nec non aliis episcopis et prelatis per eosdem totaliter sublata, ex quibus dicta ecclesia Olomucensis est multipliciter et nimis crudeliter unacum canonicis et clero diocesis predicte gravissime oppressa. Et ut ad specialia descendam: nam quidam barones laici tenent presbyteros a quibus communicant sub utraque specie sacramentali corporis Christi in contemptum sacri concilii Constanciensis et sedis apostolice et Romane ecclesie; quidam ante elevacionem corporis Christi sine consecracione frangunt oblatam in tres partes et unam partem tantummodo elevant populo; quidam in piscinis, alii in fluminibus baptizant, ubi nullum periculum mortis adest parvulis; alii excommunicati tam a canonibus quam ab homine et interdicti celebrant eciam in campis et doliis et horreis in nullo altari consecrato; alii nec horas canonicas dicunt et sic se divinis ingerunt, neque aliquas confessiones faciunt predicantes populo communi laicali, quod non teneantur confiteri; alii pro Iohanne Huss et Ieronymo

---

[1] Die erstere Zeitgrenze ergibt sich daraus, dass in dem Brief selbst einer husitischen Messe Erwähnung geschieht, die an einem Adventsonntag im Olmützer Dome abgehalten wurde. Die letztere, dass an diesem Tage das Concil von Constanz Bischof Johanns Wahl bestätigte.

[a] So die Hs.

dampnatis hereticis publicis[a] faciunt in ecclesiis coram multitudine populi exequias, tamquam pro fidelibus defunctis, alii faciunt festivitates et cantant ‚Gaudeamus' et alia, tamquam de martiribus, comparantes eosdem meritis et penis s. Laurencio martiri et ipsos preferentes s. Petro et aliis sanctis; et sic multa gravia et terribilia ac horrenda contra fidem katholicam et statum ecclesie fieri procuraverunt et die hodierna procurant, propter que dicta ecclesia, ut predictum est, multipliciter extitit oppressa. Nam plebani katholici expelluntur de parochiis propriis, spoliantur pecudibus et pecoribus, granis, frumentis et bladis et ceteris vestimentis, supellectilibus ac censibus, redditibus, obvencionibus et emolumentis sunt spoliati et spoliantur, ita ut multi sunt coacti et coguntur suas parochiales ecclesias derelinquere non habentes, quibus possent circa easdem ecclesias sustentari. Nam et decimas ad ipsas spectantes quidam patroni eis denegant et aliis prohibent, ne ipsis decimas persolvant. Alii oblatas decimas ab aliis parochianis ipsis rectoribus ecclesiarum auferunt et eosdem spoliant et eosdem detinent spoliatos; alii per dictos Husistas verberantur, captivantur et pro pecuniis exaccionantur et torquentur, alii submerguntur, alii interficiuntur, ita quod prefati Husiste et Wyklefiste totum marchionatum deducent in errores heretice pravitatis, nisi p. v. celeriter provideant de remedio oportuno.

Unde, reverendissimi patres, vacante ecclesia Olomucensi nuper per mortem olim domini Wenceslai patriarche Anthioceni, perpetui commendatarii dicte ecclesie, capitulum predictum attendens et advertens predicta pericula in fide katholica et errores, qui invaluerunt per Husistas et Wyklefistas, et subvenire fidei katholice et ecclesie predicte volentes et clero ita crudeliter et miserabiliter oppresso et depresso hincinde, cogitaverunt multis diebus et noctibus, qualiter possent ecclesie et dicte fidei katholice consulere et ut talem possent reperire, qui ydoneus et utilis esset ecclesie antedicte et ipsam ecclesiam multipliciter collapsam reformare ac clerum a violenciis et iniuriis eisdem illatis defensare, hereticam pravitatem extirpare; et non valentes in toto regno Boemie aliquem talem reperire, concorditer vota sua in reverendum patrem dominum Iohannem episcopum Luthomyslensem dederunt et in eundem convenerunt ipsumque in pastorem ecclesie prefate canonice postularunt, ipsam postulacionem ad sacrum concilium Constanciense et ad p. v. confirmandam et approbandam transmiserunt. Et vacante ecclesia Olomucensi consuetudo fuit, ut civitates, opida, castra et alia bona debuerunt habere respectum ad capitulum et ad illos, qui essent deputati administratores a capitulo in

[a] Hs. dampnatorum hereticorum publicorum.

temporalibus usque ad futurum episcopum per sedem apostolicam confirmatum et approbatum. Et licet concorditer fuissent deputati nullo contradicente in temporalibus administratores, videlicet dominus Raczko de Trpenowicz et magister Jessko de Dubczan canonici prebendati ecclesie Olomucensis, recepissentque promissa a Iaroslao de Rozental purgravio in Meraw, quod vellet habere respectum ad ipsum capitulum et ad eos deputatos per capitulum (*in marg.* et realiter condescendit ipsi domino Raczkoni nomine supradicto), tamen dictus Iaroslaus oblitus promisso suo quandam faciens collusionem unacum quodam Przybislao dicto Schypp de Schelberg omagiali ecclesie de consilio Ubaldini receptis trecentis et XXVI marcis Moravicalibus gross. Pragensium, ut dicebant pro dampnis, inpensis et expensis, dictum castrum ipse Iaroslaus tradidit in manus Alssonis, Raczkonem administratorem in temporalibus predictum turpiter et inhoneste de castro expellendo. Et licet predicta postulacio canonice facta fuisset, tamen predictus Nicolaus Ubaldini et Ianko de Sternberg se alienantes a predicta postulacione associatis sibi canonicis et de civitate Pragensi vocatis, videlicet domino Wenceslao de Radecz, Nicolao Henzlini, Francisco preposito Boleslaviensi, Iacobo de Werona, Lodwico de Holessaw, et nonnulli alii, ut in pretensa litera eleccionis eorum continetur, post postulacionem de predicto domino Iohanne episcopo Luthomyslensi celebratam et consummatam et post XII dies a die postulacionis facte computatos quendam Alssonem canonicum ecclesie s. Petri Wissegradensis prope Pragam de facto elegerunt ipsiusque pretensam eleccionem reverendissimo patri domino Conrado archiepiscopo Pragensi presentarunt. Et licet a prefata pretensa eleccione fuisset per antedictos decanum et capitulum ecclesie Olomucensis ad sacrosanctum concilium Constanciense et apostolicam sedem debito tempore appellatum dictaque appellacio et postulacio tam domino Conrado archiepiscopo quam parti adverse videlicet Alssoni et aliis intimata, nichilominus tamen ipse dominus archiepiscopus ad importunam instanciam prefatorum canonicorum et contra postulacionem et appellacionem ad sacrum concilium et ad apostolicam sedem interpositam et per ipsum antea delatam[a] ipsum Alssonem ad dictam ecclesiam de facto confirmavit pretensosque processus penales censuras ecclesiasticas continentes tam contra clerum quam contra omagiales et alios episcopatui Olomucensi subditos fulminavit et cetera fecit, prout in dictis pretensis processibus lacius continetur, quos hic p. v. dignemini habere pro sufficienter expressis; ac demum dicti canonici eundem Alssonem suffulti potencia laicali[b]

---

[a] Hs. interpositarum . . . delatarum.

[b] Vor laicali ist regali gestrichen, eine höchst bezeichnende Correctur!

Wyklefistarum et Husistarum, Iohannis dicti Sadlo ac Laczkonis ac Petri de Straznicz et Iohannis de Lompnicz et R. de Wlassym nobilium et baronum ac Ulrici subcamerarii et Haykonis et aliorum armigerorum, ipsum potenter et violenter ad ecclesiam Olomucensem intruserunt. Et quamvis antedictus dominus Iohaunes postulatus sic ut premittitur potuisset resistere talibus violenciis, nichilominus tamen sanius decrevit pro illo tempore supersedere et dissimulare ex eo, quod litteras sue approbacionis nondum habuisset; dictusque Alsso unacum prenominatis canonicis et potencia laicorum prefatorum Husistarum et Wyklefistarum civitates, castra, opida et villas occupavit et occupat die hodierna, ac cum terroribus et cominacionibus sub pena perdicionis corporum et rerum iidem conati sunt avertere decanum cum nonnullis aliis canonicis a postulacione predicta et in eundem Alssonem pretensum electum et sic de facto confirmatum consentire, propter que quidam canonici postulantes coacti sunt de civitate Olomucensi recedere et alii latitare timentes periculum mortis. Unde et illi, in quos propter metum et insultum dictorum Wyklefistarum et Husistarum potestas et auctoritas capitularis fuit translata et transfusa, in toto marchionatu non potuerunt habere locum tutum et securum, sed coacti sunt exulari de terra propter predictos hereticos violentos. Et ea de causa maxima dampna sunt perpessi, que tamen ad estimacionem et interesse ducentarum marcarum et ultra se extendunt; bona quoque ad mensam episcopalem pertinencia sic occupata sunt et dampnificata plus quam in duobus milibus marcarum; impensas et expensas coacti sunt occasione huius facere ad valorem similiter ducentarum marcarum; iniurias quas sustinuerunt et sustinent et quas noluissent sustinere ad estimacionem mille marcarum, ita quod ex premissis pars Wyklefistarum et Husistarum videlicet ex pretensa eleccione et subsecuta pretensa confirmacione et bonorum episcopalium et castrorum occupacione maxime animata et fortificata existit; ita quod ex quadam presumpcione in adventu domini proxime preterito[a] quidam intraverunt ad ecclesiam Olomucensem Husiste et ibidem sub utraque specie sacramenti a quodam presbytero nomine Iohanne presente dicto pretenso electo Alssone communicaverunt; qui quidem presbyter nova quadam prophanacione ante elevacionem fregit oblatam in tres partes et cum una ex eisdem partibus fecit elevacionem; et licet dicti, tam presbyter communicans et verius prophanans quam illi, quos communicavit, fuissent per cives Olomucenses katholicos detenti et dicto Alssoni presentati, tamen postea dicti Wyklefiste et Husiste et alii plures heretici fuerunt per dictum

[a] Hs. preteriti.

Alssonem absque aliqua punicione et pena libere dimissi; ita quod octo tunc in numero fuerunt per dictum Alssonem liberati, qui fuerunt notabiliter de heretica pravitate confessi et convicti.

Quare supplicatur p. v. pro parte dictorum decani et capituli et ob amorem et zelum fidei katholice et ne ita turpiter et miserabiliter dicta ecclesia iam multipliciter oppressa finaliter unacum canonicis et clero opprimatur et destruatur per Husistas et Wyklefistas et dictus marchionatus et terra Moravie graviter infametur, dignetur p. v. de remediis oportunis providere et committere et mandare alicui ex reverendissimis patribus ac dominis cardinalibus aut alicui ex venerabilibus sacri palacii causarum auditoribus omnia predicta et singula ac causam et causas appellacionis et appellacionum ad sacrum concilium Constanciense et ad sedem apostolicam pro parte dicti capituli interpositas ac causam et causas, quas prefati decanus et capitulum movent et movere intendunt prefatis videlicet reverendo patri domino Conrado archiepiscopo Pragensi necnon et Alssoni pretenso electo necnon honorabilibus viris canonicis scilicet Wenceslao Radecz etc., tam coniunctim quam divisim audiendas, decidendas et fine debito terminandas et cum omnibus et singulis dependentibus, incidentibus et connexis, ut se de premissis summarie et simpliciter ac de plano informet, et si predicta aut aliqua repererit vera, dictum dominum reverendum patrem archiepiscopum ac dominum Alssonem pretensum electum necnon prefatos dominos videlicet Wenceslaum etc. compellat ad satisfaciendum de inpensis et expensis ac de dampnis et iniuriis per censuras ecclesiasticas et per sequestracionem et arestacionem fructuum et reddituum beneficiorum, prebendarum et dignitatum decano et capitulo pro impensis et expensis factis ac dampnis et iniuriis occasione premissorum illatis et passis dandum, assignandum et applicandum et sub pena ulterius privacionis beneficiorum obtentorum et ad futura inhabilitandorum, eciam si opus fuerit cum invocacione brachii secularis et cum potestate citandi omnes et singulos supradictos tam coniunctim quam divisim in curia Romana et extra et ad partes et tociens quociens opus fuerit et personaliter in propriis personis eciam ex officio, cum predicta sapiant favorem et promocionem et defensionem heretice pravitatis, et per edictum in Romana curia et in vicinis locis sive partibus affigendum, cum ad eos non pateat tutus accessus; non obstante, si huiusmodi cause non sint legittime ad curiam Romanam et ad sedem apostolicam devolute seu in ea de sui natura tractande aut finiende, ac aliis in contrarium editis non obstantibus quibuscumque.

Cod. 358, pag. 897—898, fortgesetzt pag. 911.

IIIb.

Notariatsinstrument über die Appellation des königlichen Hauptmannes in Littau, Přibico von Othlochowitz, an das Concil von Constanz wegen der Androhung des Bannes von Seiten Bischof Johanns von Leitomischl. (Enthält eine Darstellung der Doppelwahl in Olmütz und der darauf folgenden Kämpfe in einem dem Gegenbischof Albrecht günstigen Sinne.)

Littau, 1417, Februar 17.

In nomine domini amen. Anno nativitatis eiusdem M° quadringentesimo decimo septimo, indicione decima, die decima septima mensis Februarii, horis vesperorum vel quasi, sede apostolica carente pastore, in opido Luthovia Olomucensis diocesis et in domo habitacionis providi viri ∼ dicti Loss opidani eiusdem opidi in estuario sive in stubella superiori, in mei notarii publici infrascripti testinmqne presencia subscriptornm ad hoc vocatorum specialiter et rogatorum constitutus personaliter validus vir Przibico de Othlochowicz,[a] Pragensis diocesis familiaris et servitor serenissimi principis et domini domini Wenceslai dei gracia regis Romanorum et Boemie regis, quandam appellacionem in papiro scriptam, quam tunc in suis manibns tenebat, eandem interposuit, interiecit et publicavit ac eandem per me notarium publicum infrascriptum legi procuravit, cuins tenor de verbo ad verbum sequitur per omnia et est talis:

In nomine domini amen. Cnm appellacionis remedium in relevamen oppressorum a iure et a sacris canonibus sit salubriter institutum ac inventum, ut ea, que contra ius et iusticiam fuerint, valeant in statum debitum reformari, proinde ego Przibico de Othlochowicz residens in Luthowia Olomucensis diocesis coram vobis honorabilibus et circumspectis viris, dominis testibns hic astantibus et presentibus et coram te notario pnblico, tanquam persona autentica et fideli, animnm et intencionem provocandi, ymmo verius appellandi propono et dico: qnod, quamvis reverendissimo in Christo patre et domino domino Wenceslao dei gracia patriarcha Anthioceno, perpetno commendatario ecclesie Olomucensis mortno et eius corpusculo sepulthure ecclesiastice tradito per honorabiles viros dominos canonicos ecclesie Olomucensis more solito et ex consuetudine antiqua apud ipsam Olomncensem ecclesiam circa eleccionem servata et tenta venerabilis vir dominns Alsso canonicus Wissegradensis ecclesie prope Pragam ad ipsam ecclesiam Olomucensem in episcopum et pastorem

---

[a] Hs. Othochlowicz.

fuisset electus, quem quidem dominum Alssonem prefati domini canonici, prout ex communi fama fuit publicum et notorium, cum decreto sue eleccionis reverendissimo in Christo patri et domino domino Conrado dei gracia sancte Pragensis ecclesie archiepiscopo sede apostolica vacaute suo metropolitano confirmandum et instituendum in et ad dictam ecclesiam Olomucensem preseutarunt, quem dominus archiepiscopus virtute sue eleccionis ad ipsam ecclesiam Olomucensem coufirmavit preficiendo ipsum domiuum Alssonem eidem ecclesie in episcopum et pastorem ac per suos certos executores sub modis et formis oportunis circa ipsam ecclesiam ab antiquo tentis investiri et installari procuravit, daus sibi curam et administracionem in spiritualibus et temporalibus in eadem ac de universis fructibus, proventibus, ceusibus, redditibus sibi mandans integraliter respoudere, qui domiuus Alsso virtute huiusmodi confirmacionis et institucionis ipsius ecclesie Olomucensis ac quorundam castrorum, civitatum, opidorum et aliorum pociorum locorum cum reverencia et obediencia cleri et populi civitatis et diocesis Olomuceusis, ut tuuc publice famabatur, realem et actualem possessionem est adeptus et assecutus: ex adverso vero, videlicet per aliam partem canonicorum eiusdem ecclesie Olomucensis circa eleccionem discordancium, reverendus iu Christo pater et dominus dominus Iohannes episcopus Luthomisleusis fuit in episcopum et pastorem dicte ecclesie Olomucensis postulatus, cuius postulacione non publicata dominis canouicis electoribus ut asseritur, dicti canonici, qui ipsum domiuum Iohannem episcopum postularunt, cum suo decreto postulacionis sacrosancto Constauciensi coucilio vel forte futuro pape ut moris est in et ad dictam ecclesiam virtute sue postulacionis confirmandum similiter et iustitueudum presentaruut. Cui sacrum concilium Constancieuse, non providentes sibi de eadem ecclesia virtute sue postulacionis, existentes ut verisimiliter presumitur male informati ad quorundam dicti domiui Alssonis emulorum suggestionem per suppressionem veritatis, credeutes ipsam ecclesiam certo modo vacare, sibi bullas certi tenoris direxerunt, dautes sibi nudam administracionem ipsius ecclesie Olomucensis tam in spiritualibus quam temporalibus, prout in ipsis bullis lacius continetur. Qui reverendus pater dominus Iohauues huiusmodi bullis receptis se de administracione ipsius ecclesie Olomucensis ingerens, ad quam admiuistracioueın non est realiter assumptus neque ad ipsius ecclesie possessiouem admissus sibi omnino dicto domino Alssone legittimo possessore obsistente et se in sua possessione ecclesie existente, quosdam suos processus, ut fama veriloqua testatur, ad ecclesiam Olomucensem direxit, mandaus in ipsis processibus, quod decanus, prepositus, archidiaconus ceterique canonici ac ministri eiusdem ecclesie Olomucensis ipsum

dominum Iohannem cum aliis personis civitatis et diocesis Olomucensis debita reverencia et obediencia in administratorem eiusdem ecclesie Olomucensis reciperent et admitterent cum effectu, que mandata lacius in suis processibus continentur. Ex quibus quidem mandatis prefatus dominus Iohannes episcopus, contraveniendo processibus domini archiepiscopi Pragensis supradicti et obediencie[a] ac possessioni dicti domini Alssonis electi et confirmati, ex sui odio in ipsa ecclesia Olomucensi inter personas ecclesie et extra per totam diocesim et civitatem Olomucensem non modicam fecit scissuram et magnum scisma in clero et populo, propter quam quidem scissuram per tirannos sibi et dicte ecclesie adversancium plurima bona ecclesie Olomucensis et ad ipsam spectancia ac aliorum monasteriorum et piorum locorum inhumaniter fuerunt invasa, depredata manu violenta et spoliata, homines captivi abducebantur per eosdem tyrannos et abducuntur, qui pauperes homines taxantur pro pecuniis, durissimis carceribus tenentur et cruciantur in compedibus et manicis ferreis die hodierna in destruccionem, desolacionem et annichilacionem tocius cleri et populi ecclesie Olomucensis predicte. Serenissimus vero princeps et dominus dominus Wenceslaus, dei gracia rex Romanorum semper augustus et Boemie rex, qui ipsius ecclesie Olomucensis est supremus patronus et tutor ex fundacione et dotacione ac ipsius ecclesie erectione, suorum predecessorum regum et principum non infringens per hoc libertates et privilegia ipsius ecclesie, iungens se parti electorum et adherens ipsorum electioni, videns et considerans, quod ex premissis foret magna scissura in ipsa ecclesia ex dictorum dominorum Alssonis electi confirmati et Iohannis episcopi postulati supradicti litigancium, et quod ex hoc immineret dicte ecclesie et personarum destructio et bonorum, volens occurrere predicte sedicioni tanquam rex et patronus ac dominus naturalis marchionatus Moravie, in quo territorio ipsa ecclesia Olomucensis consistit, michi Przibiconi supradicto tanquam suo fideli servitori vive vocis oraculo ac eciam per certas suas regales litteras et sub obtentu[b] regie maiestatis mandavit, ut me de omnibus et singulis bonis ad ipsam ecclesiam in terra Moravie spectantibus causa rei servande nomine suo intromitterem et ipsa bona regerem et ab insultibus tyrannorum et invasione et depredacione ac capcione hominum et ipsorum destruccione prohiberem, quousque lis et causa inter dictos litigantes super eadem ecclesia Olomucensi per sedem apostolicam omnino non discuteretur et diffiniretur, et habenti ius alterius contradiccione non obstante quod

[a] Hs. obediā.
[b] Hs. subotētu.

de illis bonis per me tentis nomine domini regis supradicti et ex mandato ipsius, tanquam supremi patroni et tutoris eiusdem ecclesie Olomucensis, mox cedere deberem cum effectu. De quibus quidem bonis sicut prefertur causa rei servande ex mandato prefati serenissimi domini Wenceslai regis ex causis premissis dum me intromisissem et michi certas gentes armorum necessarias pro defensione dicte ecclesie et bonorum eiusdem iunxissem, ne ipsa ecclesia et bona eiusdem et persone per tyrannos invaderentur, modica subsidia pro expensis dictorum armigerorum ab hominibus ecclesie, de quibus me intromisi, postulando et pro sustentacione ipsorum recipiendo, ipsis tamen hominibus ecclesie in nullo iniurando nec eos quovismodo opprimendo, sed pocius ab oppressionibus quorumcumque tyrannorum ipsis iniurias inferre volencium defendendo mediante subsidio et presidio dicti domini regis domini mei graciosissimi et favore, prefatus vero reverendus pater dominus Iohannes episcopus supradictus, licet prius me Przibiconem per suas litteras missivas, in quibus scripsit, quia ipse iam esset episcopus confirmatus dicte Olomucensis ecclesie per sacrum concilium, requisivisset, ut de dictis bonis sibi cederem, cum tamen hoc minime non erat faciendum, nisi primum hoc obtineret aput regiam maiestatem, cuius nomine ipsa bona guberno, rego et teneo causa rei servande sicut est premissum et responso a me super suis litteris congruo habito et honesto, hiis non contentus, per hoc volens se ad dictam ecclesiam Olomucensem per me intrudere ipsius ecclesie possessione non habita, nuper de anno domini M°CCCC°XVII° die XIIII. mensis Februarii per suum certum executorem quosdam processus suos contra iuris disposicionem valvis ecclesie Olomucensis annexit, in quibus deducit in dedecus et confusionem meam michi non modice exinde iniurando non attendens mandatum regium: Qualiter ego Przibico postposito honore dei, timore et hominum verecundia ac contra mea promissa veniendo per violenciam cogendo dictos homines ecclesie et pecunias michi dando et eosdem captivarem, intruncarem, tormentisarem, spoliarem et alia plurima gravamina ipsis inferrem; quod tamen in re falsum existit, quod ego in talibus compertus essem et huiusmodi gravamina ut ponitur dictis hominibus inferrem et procurarem, sed pocius ipsos protego et defendo contra alios violentos oppressores et tyrannos, qui eosdem homines accione dicti episcopi et sue intrusionis pretense molestabant, spoliabant, captivabant per tormenta ab ipsis pecunias sicut premissum est extorquendo. Ipse vero dominus episcopus supradictus ponens in suis processibus accione sue pretense administracionis asserens se talia a me non posse tolerare contraveniendo regie maiestatis supradicte de premissis disposicionem et ordinacionem ac ipsius provisionem, ne

huiusmodi lite peudente ipsa bona ecclesie Olomucensis per tyrannos invaderentur, me et complices meos per eosdem processus suos publice per affixiouem indebite et iniuste monere procuravit, ut ab huiusmodi vexacionibus, captivacionibus, taxaciouibus, tormentisacionibus dictorum hominum desisterem, alias sex diebus elapsis, quod ipso facto deberem, in sentencias iu ipsius processibus coutentas incurrere et involvi et nichilominus loca, in quibus dego una cum complicibus meis, quod ecclesiastico subiciantur interdicto; que omnia et singula dictus dominus episcopus in preiudicium mei, ymmo verius prefate regie maiestatis et ipsius mandati [a] de facto et contra iuris disposicionem procuravit et gravamen. Ex quibus omnibus et singulis ego Przibico supradictus senciens me, ymmo verius prefatum dominum meum dominum regem supradictum, cuius mandato premissa geruntur, in premissis, circa premissa et quaelibet [b] premissorum de facto indebite et iniuste per prefatum dominum episcopum et per suos iniquos processus, si dici sic merentur, gravatum timensque imposterum plus forcius per eundem vel suos executores posse gravari ab omnibus et singulis causis, gravaminibus, sentenciis et interdictis supradictis et eorum seu quolibet eorum, tanquam nullis iniustis, invalidis, temerariis, indebitis et iniquis, pro me et omnibus aliis et singulis hinc mee appellacioni adherentibus et adherere volentibus in futurum in hiis scriptis ad sanctam sedem apostolicam et ad sacrosanctum presens Constanciense concilium et ad futurum papam provoco et appello et si et quatenus est necesse apostolos primo secundo et tercio instantissime sub uno contextu mihi dari peto et concedi, si quis sit, qui michi eosdem dare velit vel possit vel saltem a vobis dominis testibus et te notario publico litteras testimoniales, subiciens me de cetero et omnia bona mea et honoris iura mea necnon omnes michi et huic appellacioni mee adherentes seu adherere in futurum volentes [c] proteccioni et presidio sedis apostolice et sacro concilio memoratis, et protestor, quod hanc meam appellacionem volo prefato domino Iohanni episcopo intimare, insinuare et ad ipsius noticiam deducere, quanto cicius potero ipsius presenciam adire, et publice in ecclesia Olomucensi publicare, eciam protestor, quod salvum sit michi ius presentem meam appellacionem corrigere, emendare, minuere, diminuere aliamque de novo interponere tocieus, quocieus michi visum fuerit expedire, ceteris iuris beneficiis michi semper salvis.

Qua quidem appellacione sic lecta et interposita prefatus famosus Przibico petivit sibi per me notarium publicum infrascriptum unum vel

[a] Hs. mãnto. [b] Hs. qualibet.
[c] Hs. adherentibus . . . volentibus.

plura publicum seu publica confici instrumentum seu instrumenta. Lecta et interposita est hec appellacio anno, indicione, die, mense, horis et loco, quibus supra, presentibus honorabili viro domino Ludwico de Holessaw canonico ecclesie Olomucensis, necnon famosis viris Iohanne dicto Swyetlik de Rakuska, Welikone de Olomucz, Stephano de Czbel et Michcone de Naussedlicz Olomucensis diocesis et aliis pluribus testibus circa premissa constitutis.

Et ego Gabriel natus quondam Michaelis de Grecz Pragensis diocesis publicus auctoritate imperiali notarius predicte appellacionis interposicioni, interieccioni et notificacioni presens interfui eaque omnia et singula sic fieri vidi et audivi eandemque legi; arduis tamen negociis occupatus per alium notarium scribi procuravi, hic me manu propria subscripsi et in hanc publicam formam redegi signoque et nomine meis solitis et consuetis consignavi requisitus in fidem et testimonium omnium premissorum.

Cod. 358, pag. 967—970, Schluss pag. 977.

III c.

Cardinal Branda vom Papste Martin V. mit der Untersuchung der Appellation Albrechts, Bischofs von Olmütz, betraut, entscheidet, dass dieser und seine Anhänger binnen 12 Tagen die sämmtlichen Güter der Olmützer Kirche an den vom Papste bestätigten Bischof Johann abzutreten haben und droht im Weigerungsfalle mit dem kirchlichen Banne.

Constanz, 1418, Mai 7.

Universis et singulis Christi fidelibus et presertim Boemie nacionis Branda miseracione divina tituli sancti Clementis sacrosancte Romane ecclesie presbyter cardinalis Placentinus vulgariter nuncupatus, iudex et commissarius causarum et cause ac partibus infrascriptis a domino nostro papa specialiter deputatus salutem in domino et mandatis nostris huiusmodi ymmo verius apostolicis firmiter obedire.

Noveritis, quod nuper sanctissimus in Christo pater et dominus noster, dominus Martinus divina providencia papa quintus, quandam commissionis sive supplicacionis cedulam nobis per certum suum cursorem presentari fecit, quam reverenter prout decuit recepimus huiusmodi sub tenore:

Beatissime pater! Vacante alias ecclesia Olomucensi per obitum bone memorie domini Wenceslai, quondam patriarche Anthioceni et dicte ecclesie dum vixit comendatarii, venerabiles viri domini canonici ipsius ecclesie devotam creaturam, scilicet Alssonem presbyterum de militari genere procreatum, tunc ecclesie sancti Petri Wissegradensis Pragensis canonicum, in suum elegerunt episcopum et pastorem, licet nonnulli ex eiusdem ecclesie canonicis ante terminum eleccionis indicto aliis canonicis absentibus et in civitate et provincia Pragensi constitutis minime vocatis seu saltem debite expectatis reverendum patrem dominum Iohannem episcopum Luthomyslensem ad eandem ecclesiam ut dicitur postularunt. Et licet precedente proclamacione seu crida solitis et consuetis eleccio dicti domini Alssonis per dominum Conradum archiepiscopum Pragensem, in cuius metropoli dicta ecclesia Olomucensis sita existit, vacante sede apostolica confirmata fuisset ipseque dominus Alsso dicte ecclesie Olomucensis possessionem assecutus extitisset ac teneat de presenti, prefatus tamen dominus episcopus Lutomyslensis dicta tali quali sue pretense postulacione innitens, missis per eum certis suis nunciis ad sacrum generale Constanciense concilium tacitoque de eleccione et confirmacione domini Alssonis predicti falsoque per eos conficto, quod dictus dominus Alsso dampnate Wiklefistarum secte adhereret, intervenientibus ut creditur nonnullorum dicti domini Alssonis emulorum suggestionibus, dictam ecclesiam Olomucensem ad certum tempus iam dudum effluxum per dictum sacrum concilium sibi obtinuit commendari et vigore commende administracionem huiusmodi contra prefatum dominum Alssonem, canonicos ecclesie Olomucensis et ipsis adherentes ut dicitur certos pretensos processus penales fulminavit; a quibus pro parte dicti domini Alssonis ad prefatum sacrum concilium appellato et causa appellacionis huiusmodi et negocii principalis primo venerabili viro domino Bertholdo de Wildungen sacri palacii apostolici causarum auditori et deinde rev.^{mo} patri domino A*[lamanno]* cardinali Pisano dicitur fuisse commissa, quique dominus A. cardinalis Pisanus forte cause meritis minus rite examinatis per suam pretensam sentenciam confirmacionem eleccionis dicti domini Alssonis exponentis per dictum dominum archiepiscopum Pragensem factam cum omnibus inde secutis ut dicitur annullavit et cassavit cum condempnacione expensarum; a quo appellato et causa appellacionis commissa reverendissimo patri domino F. cardinali Veneciarum; ipseque dominus F. cardinalis in causa ipsa rite et mature procedens prefati domini cardinalis Pisani sentenciam pretensam per suam sentenciam annullavit ipsumque dominum Iohannem episcopum Luthomyslensem in expensis coram se et dicto domino cardinali Pisano factis condempnavit; a quo appellato et causa appella-

cionis huiusmodi commissa rev.^{mo} patri domino cardinali Placentino, coram quo ad nonnullos actus dicitur processum, cuius cause statum s. v. dignetur habere pro expressis.

Et licet, beatissime pater, s. v. dicto domino cardinali Veneciarum eciam inter cetera commiserat, ut se de eleccione et confirmacione ac habilitate et ydoneitate persone dicti domini Alssonis exponentis informaret et s. v. referret, firmiterque testes super premissis per eum recepti et examinati, interim tamen dicta lite sic pendente indecisa dictus cardinalis Pisanus, qui iam dictum Alssonem gravavit, eum plus gravando testes pro parte dicti domini Iohannis episcopi ut dicitur recepit, pro parte dicti Alssonis ad hoc minime vocata; ad cuius relacionem eciam dicta lite pendente s. v. ut dicitur factam, s. v. dicto domino Iohanni episcopo Luthomisslensi de dicta ecclesia Olomucensi lite huiusmodi adhuc coram dicto domino cardinali pendente indecisa dicitur providisse. Supplicatur igitur humiliter s. v. pro parte prefati domini Alssonis electi, quatenus causam et causas huiusmodi, quam seu quas movet seu movere intendit prefato domino Iohanni episcopo tam super ecclesia Olomucensi quam eciam pretense postulacionis ac nullitatis et iniusticie ipsius ac processuum inde secutorum, quam nullitatis processus per dominum cardinalem Pisanum in recepcionem pretensorum testium partis adverse habiti, committere alicui ex rev.^{mis} patribus sancte Romane ecclesie cardinalibus audiendum, decidendum et fine debito terminandum cum omnibus et singulis emergenciis, incidenciis, dependenciis et connexis cum potestate citandi ipsum dominum Iohannem episcopum prefatum omnesque alios et singulos sua communiter et divisim interesse putantes per edictum publicum in Romana curia et in partibus in civitate Olomucensi, cum ad eum non patet tutus accessus, tociens quociens opus fuerit affigendum necnon inhibendum dicto domino episcopo, ne lite huiusmodi pendente indecisa aliquid innovet vel attemptet, eciam sub penis ecclesiasticis de quibus sibi videbitur; non obstantibus, quod causa sou causa huiusmodi forsan de sue natura non sint in dicta curia tractande seu finiende aut ad eam legitime devolute stilo palacii, constitucionibus apostolicis et aliis in contrarium editis non obstantibus quibuscunque.

In fine vero dicte commissionis sive supplicacionis cedule scripta erant de alterius manus littera superiori littere ipsius cedule penitus et omnino dissimili et diversa hec verba videlicet: De mandato domini nostri pape audiat rev.^{mus} pater dominus cardinalis Placentinus, moneat dictum Alssonem intrusum et eius adherentes sub penis et censuris etc., quod desistant ab occupacione etc. cum citacione oportuna in casu etc. eciam per edictum.

Post cuius quidem commissionis sive supplicacionis cedule presentacionem et recepcionem, productis eciam nobis per honorabilem virum magistrum Gerardum de Werdena in Romana curia et dicti reverendi patris domini Iohannis episcopi Luthomislensis principalis in dicta nobis facta et presentata commissione principaliter nominati procuratorem, de cuius procuratorio mandato nobis legitima extitit facta fides, nonnullis testibus fidedignis ad informandum animum nostrum de non tuto accessu ad ipsum Alssonem et alios adherentes, ipsisque testibus per nos rite receptis, admissis, iuratis et fideliter examinatis, subsequenter fuimus per eundem magistrum Gerardum de Werdena procuratorem quo supra nomine coram nobis constitutum debita cum instancia requisiti: quatenus sibi litteras monitorias et in eventum citatorias contra et adversus Alssonem principalem in eadem nobis facta et presentata commissione principaliter nominatum eiusque occasiono predicte ecclesie Olomucensis adherentes per edictum publicum in Romana curia et in partibus in locis circumvicinis exequendum iuxta vim, formam et effectum signature commissionis supradicte decernere et concedere dignaremur.

Nos igitur Branda cardinalis iudex et commissarius prefatus attendentes huiusmodi requisicionem fore iustam et consonam racioni volentesque in causa et causis ac negocio huiusmodi rite et legitime procedere ac partibus ipsis dante domino iusticiam ministrare ut tenemur, et quia ex informacione testium predictorum reperimus ad ipsum Alssonem et eius adherentes tutum non patere accessum, idcirco auctoritate apostolica nobis in hac parte commissa per hoc presens publicum edictum in audiencia publica litterarum contradictarum dicti domini nostri pape legendum ac valvis seu portis sancti Stephanni Constancie pro loco audiencie causarum apostolice specialiter deputate ac cathedralis Constanciensis necnon in partibus et locis circumvicinis Olomucensis et Luthomyslensis cathedralium ecclesiarum affigendum prefatos Alssonem intrusum eiusque adherentes tenore presencium requirimus et monemus primo, secundo, tercio et peremptorie eisque nichilominus et eorum cuilibet in virtute sancte obediencie et sub excommunicacionis, agravacionis, reagravacionis ac ecclesiastici interdicti in loca ponendi, ad que tales declinari contigerit, ac privacionis et inhabilitacionis beneficiorum, dignitatum et bonorum feudalium ecclesiasticorum quorumcunque obtentorum et obtinendorum penis, quas ipsos et eorum quemlibet contrafacientem incurrere volumus ipso facto, nisi fecerint que mandamus, districte precipiendo mandantes: quatenus infra duodecim dierum spacium post lecturam in audiencia publica et affixionem et apposicionem in valvis seu portis antedictis necnon publicacionem et execucionem presencium modo et forma premissis factis inmediate sequen-

cium, quorum duodecim dierum quatuor pro primo, quatuor pro secundo et reliquos quatuor dies eis et eorum cuilibet pro tercio et peremptorio termino ac monicione canonica assignamus, ipse Alsso et alii sibi adherentes seu alias bonorum dicte ecclesie Olomucensis occupatores ab occupacione et detencione ecclesie Olomucensis possessioneque eiusdem ecclesie necnon civitatum, terrarum, castrorum, villarum et aliorum quorumcunque bonorum ad eandem ecclesiam spectancium et pertinencium desistant illisque, prefato domino Iohanni episcopo seu eius legitimo procuratorio, legitime cedant et illam seu illa dimittant realiter et cum effectu et amplius se de eisdem non intromittant nec de cetero eundem dominum Iohannem episcopum super illis impediant, molestent vel perturbent seu per alios impediri procurent necnon infra triginta dies dictos duodecim dies inmediate sequentes se nostris huiusmodi monicionibus paruisse nos vel alium loco nostri forsan surrogandum iudicem et commissarium certificent, alioquin dictis terminis elapsis per simile edictum modo et forma premissis exequendum prefatum Alssonem et sibi adherentes citamus: quatenus vicesima die post publicacionem presencium modo et forma premissis factam et terminos antedictos inmediate sequentes, si dies ipsa vicesima iuridica fuerit et nos vel alius loco nostri forsan surrogandus iudex et commissarins ad iura reddenda pro tribunali sederimus vel sederit, alioquin proxima die iuridica ex tunc inmediate sequente, qua nos vel surrogandum iudicem et commissarium predictum Constancie vel alibi, nbi tunc forsan dictus dominus noster papa cum sua curia residebit, hora vesperorum vel quasi consueta ad inra reddenda pro tribunali sedere contigerit, compareant in iudicio coram nobis vel surrogando predicto per se vel procuratorem seu procuratores suos idoneos ad causam seu causas huiusmodi sufficienter instructos, se sentencias et penas ac censuras predictas declarari visuri ac causam racionabilem, quare id fieri non debeat, allegaturi aliasque dicturi, facturi, audituri et recepturi, quod iusticia suadebit et ordo dictaverit racionis. Certificantes nichilominus eosdem monitos et citatos, quod, sive in dicto citacionis termino ut premissum est comparere curaverint sive non, nos nichilominus vel surrogandus predictus ad declaracionem huiusmodi alias ad premissa omnia et singula, prout de iure poterimus sive poterit, procedemus sive procedet, dictorum monitorum et citatorum absencia seu contumacia in aliquo non obstante. Loca vero audiencie publice contradictarum ac valvarum seu portarum predictarum ecclesiarum tamquam publica et ydonea ad monicionem et citacionem nostras huiusmodi publicandum ad instar edictorum publicorum, que olim in albo pretorio scribebantur, duximus eligenda, que presentes nostras citacionem et monicionem suo quasi sonoro preconio ac patulo iudicio

publicabunt, in quibus ipsas monicionem et citacionem modo premisso decrevimus publicandas, ne prenominati Alsso ex adverso principalis et sibi adherentes sic moniti et citati de premissis ignoranciam aliqualiter pretendere valeant seu inposterum quomodolibet allegare, cum non sit verisimile aput dictos sic monitos et citatos remanere incognitum, quod tam patenter et notorie extitit omnibus publicatum, volentes nichilominus et dicta auctoritate apostolica decernentes, quod huiusmodi monicio et citacio prefatos monitos et citatos taliter arceat et astringat, ac si eis et eorum cuilibet fuissent, essent presencialiter et personaliter intimate et insinuate. In quorum omnium et singulorum fidem et testimonium premissorum presentes nostras litteras sive presens publicum instrumentum huiusmodi nostras monicionem et citacionem in se continentes sive continens exinde fieri et per Henricum notarium publicum nostrumque et huiusmodi cause coram nobis scribam infrascriptum subscribi et publicari mandavimus nostrique sigilli iussimus et fecimus appensione communiri.

Datum et actum Constancie provincie Maguntine in domibus nostre solite residencie sub anno a nativitate domini M° quadringentesimo decimo octavo, indicione undecima, die vero septima mensis Mai, pontificatus dicti domini nostri domini Martini pape quinti anno primo, presentibus ibidem reverendo in Christo patre domino Allexio episcopo Placentino necnon venerabili viro domino Nicolao de Liptovia preposito Wesprimensi testibus ad premissa vocatis specialiter et rogatis.

Et ego Henricus Renner clericus Padeburnensis dioc. publicus apostolica auctoritate notarius dictique reverendissimi in Christo patris et domini domini Brande cardinalis, iudicis et commissarii causarum et cause huiusmodi coram eo scriba, quia presentis monitorii peticioni eiusque decreto omnibusque aliis et singulis, dum sic ut premittitur agerentur et fierent, unacum prenominatis testibus presens interfui eaque sic fieri vidi et audivi, ideo presens publicum instrumentum huiusmodi monitorium in se continens per alium me aliunde occupato fideliter scriptum de mandato ipsius dom. cardinalis iudicis et commissarii exinde confeci, publicavi et in hanc publicam formam redegi signoque et nomine meis solitis et consuetis unacum prefati domini cardinalis iudicis et commissarii sigillo signavi rogatus et requisitus in fidem et testimonium omnium et singulorum premissorum.

Cod. 358, pag. 879—882.

IV.

Bischof Johann und das Capitel von Leitomischl schliessen ein Bündniss mit Wenzel, dem Administrator des Olmützer Bisthums, und dem dortigen Capitel zu gegenseitigem Schutz und zur Vertheidigung gegen Wiklefiten und Husiten.

Leitomischl, 1416, Juni 25.

Iohannes dei gracia episcopus Luthomisleusis. Ad memoriam et evideuciam infrascriptorum notum esse volumus universis, quod nos unacum honorabilibus viris, priore et capitulo dicte ecclesie Luthomislensis, matura et exacta deliberacione prehabita auimadvertimus et rite pensavimus errores, dissensiones et scaudala, que proch dolor temporibus nostris suut exorta, sathagentes adversus talia occurrere viis et modis opportunis. Quamobrem, cum quidam Iohannes Wicleff Anglicus maledicte memorie heresiarcha quandam heresim dudum ante dampnatam, ex quam pluribus collectam et renovatam plurimorum fidelium mentes infecerit et non solum in regno Anglie, verumeciam ad exteras partes pervenerit eius perniciosa doctrina, nominatim ad regnum Boemiae, cui subest marchionatus seu principatus Moravie, cuius errorem et heresim quidam Iohannes Hus iam condempnatus hereticus per sacrosanctum concilium Constauciense quasi pre ceteris apprehendit et prout videtur experiencia testante magnam partem Boemie regni ac eciam marchionatus Moravie perniciose infecit et tamen effecit, quod multitudinem spiritualium et secularium et quam plurium aliorum utriusque sexus in devium et in rebellionem ecclesie catholice induxit, qui eciam ad tantam vesaniam deveuerunt, ut errores tales eciam usque ad sanguinem defensare conentur et universum clerum atque fideles conculcare velint et delere, prout iam ex quibusdam procedentibus ipsa experiencia docet. Ne igitur in tam periculosa certamine deficere videamur aut tanta et talia conniventibus oculis pertransire, cum auctoritas canonica dicat: error cui non resistitur, approbari videtur, et cum omnis virtus collecta forcior sit se ipsa divisa, ad honorem igitur omnipotentis ac pro defensione fidei orthodoxe statuimus tantis malis toto nostro posse obviare. Nam memores sacre scripture esse debemus, eo quod omnia que scripta sunt ad nostram doctrinam sunt scripta, unde nisi vir fortissimus Iudas Machabeus ecclesiam fidelium congregasset, in quo periculo omnes fideles, qui tunc erant, remansissent, quia procul dubio exterminata et a luce presenti deleti fuissent. Idcirco nos unacum nostro capitulo ac reverendissimo in Christo patre et domino, domino Wenceslao, patriarcha Anthiocensi, commendatario perpetuo ecclesie Olo-

mucensis, domino nostro gracioso et capitulo ipsius ecclesie Olomucensis supradicte concordiam seu modum concordie inivimus et id ipsum vigore presencium stabilimus, ut omnes utriusque sexus et cuiuscumque condicionis existant, non solum clericos verum eciam laicos in presenti materia adversus quoscumque invasores et perturbatores defendere velimus ipsosque in nostram defensionem assummimus, volentes eos non solum spirituali, quinymo et temporali gladio protegere quantum possumus et tueri; et in firmitatis signum et robur decrevimus, promisimus et vigore presentium decernimus et promittimus sub puritate fidei et honoris predicto domino nostro gracioso et capitulo ipsius prefato fideliter assistere, iuvare et adherere cum bonis nostris unacum capitulo nostro prelibato tam diu, quousque ista perniciosa doctrina predictorum hereticorum non fuerit finaliter de regno et marchionatu predictis eliminata et eradicata in toto. Id quoque simili modo prefatus dominus noster graciosus nobis et capitulo nostro promisit fideliter assistere, iuvare et adherere cum bonis suis ac capitulo suo iam dicto sub puritate fidei et honoris, serenissimis principibus et dominis nostris videlicet Wenceslao et Sigismundo Romanorum etc. regibus duntaxat exceptis, qui, ut speramus in domino, tali contagione non existunt maculati, sed pocius confidimus et sperare debemus, quod et ipsi adversus tam insensatos et erroneos nobis auxilientur et oportune succurrant. Et nos Wenceslaus prior, Martinus custos, Laurencius cantor, Petrus scolasticus necnon totum capitulum Luthomislense ecclesie predicte ad omnia et singula supradicta nostrum consensum matura deliberacione prehabita prebemus, volentes in fide catholica constanter permanere et adversus perturbatores eiusdem predictos dominos et patres nostros sub eisdem penis rebus et corpore iuvare et eis fideliter assistere toto posse. In quorum evidenciam et robur maioris firmitatis sigilla, videlicet domini nostri episcopi et nostrum, de certa nostra sciencia et voluntate presentibus sunt appensa. Datum et actum Luthomissil in capitulo nostro anno domini millesimo quadringentesimo sexto decimo, feria quinta in octava corporis Christi.

Nach einer Abschrift aus dem Original des Olmützer Capitelarchiv im mährischen Landesarchiv (Boček'sche Sammlung).

V.

Das Concil zu Constanz überträgt Bischof Johann von Leitomischl die Administration der Olmützer Kirche bis zur Wahl eines neuen Papstes und drei Monate darüber.

Constanz, 1416, December 14.

Sacrosancta et generalis synodus Constanciensis dilectis ecclesie filiis nniversis vasallis ecclesie Olomucensis salutem et dei omnipotentis benedictionem.

Que ex inspiratione gratie divine proveniunt, debent devotorum votis accedere, ut ex illis et spirituale consequantur gaudium et ipsi, quantum in eis est, deducant proprie ad effectum. Sane dudum ecclesia Olomucensi tunc certo modo vacante, Baldassar, tunc Johannes papa XXIII, predictam ecclesiam sic vacantem b. m. Wenceslao, patriarche Anthioceno, per eum tenendam ac etiam gubernandam, qnoad viveret, per suas litteras auctoritate apostolica commendavit. Cum itaque postea dicta commenda per obitum prefati patriarche, qui in partibus illis decessit, expirasset dictaque ecclesia secundum premissa fuisset et esset pastoris regimine destituta, nos attendentes, quod Luthomislensis et Olomucensis dioceses essent contigue quodque venerabilis frater Iohannes, episcopus Luthomisleusis, qui ecclesie Luthomislensi eatenus laudabiliter preerat, prout tunc etiam preesse dinoscebatur, administrationem ipsius ecclesie Olomucensis in spiritualibus et temporalibus usque ad prefinitum tempus infrascriptum posset laudabiliter et utiliter exercere, ac sperantes, quod ipse propter conversationem laudabilem et morum placidam honestatem ac in spiritualibus providentiam et in temporalibus circumspectionem, quam nedum ex fide dignorum testimoniis sed etiam conversatione ac actibus suis, dum hic apud nos et unus ex nobis existeret, comprobavimus evideuter et pro quo etiam dilecti ecclesie filii, capitulum ecclesie Olomucensis per eorum patentes litteras asserentium, se eundem Iohannem episcopum in ipsorum et ecclesie Olomucensis prefate sic vacantis episcopum et pastorem concorditer postulasse, super hoc nobis humiliter supplicarunt, [ut] idem Iohannes episcopus ipsi ecclesie Olomucensi esse posset multipliciter fructuosus: prefatum Iohaunem episcopum administratorem ipsius ecclesie Olomucensis per eum usque ad electionem summi futuri pontificis et postea per tres menses duntaxat regendam et etiam gubernandam in eisdem spiritualibus et temporalibus per nostras litteras premissorum intuitu constituimus et ordinavimus, curam, regimen et administrationem ipsius ecclesie Olomucensis in eisdem spiritualibus et

temporalibus sibi interim plenarie committendo, ut ipse dictam ecclesiam Olomucensem huiusmodi administracione durante spiritualiter et temporaliter iuxta datam sibi a Deo prudentiam regeret, dirigeret et augmentaret, ac de fructibus, redditibus et proventibus, iuribus et obventionibus universis ad mensam episcopalem Olomucensem spectantibus ordinaret et disponeret, prout veri Olomucenses episcopi, qui fuerunt pro tempore, de illis disponere potuerunt et etiam debuerunt, alienatione tamen bonorum immobilium et pretiosorum mobilium ipsius ecclesie sibi penitus interdicta. Quocirca discretioni vestre per nostra scripta mandamus, quatenus eundem Iohannem episcopum pro nostra reverentia dicta durante commenda debito prosequentes honore ac ipsius monitis et mandatis efficaciter intendentes ei fidelitatem solitam, necnon consueta servitia et iura a nobis eidem episcopo Olomucensi existenti pro tempore debita exhibere integre studeatis, alioquin sententiam sive penam, quam idem episcopus rite tulerit seu statuerit in rebelles, ratam habebimus et faciemus auctore domino usque ad satisfactionem condignam inviolabiliter observari. Datum Constantie XVIII. kalendas Ianuarii, anno a nativitate domini millesimo quadringentesimo sexto decimo, apostolica sede vacante.

R. de Bossis.

Nach einer Abschrift in der Boček'schen Sammlung im mährischen Landesarchiv aus dem Original im erzbischöflichen Archiv in Kremsier.

VI.

König Wenzel von Böhmen preist die Wahl Martins V. zum Papste und bittet ihn um Bestätigung des gewählten und vom Prager Erzbischof Conrad ordinirten Albrecht als Bischof von Olmütz.

[1417.]

Sanctissime pater et domine reverendissime! Postquam auribus nostris insonuit, quod S. V. nutu spiritus sancti ad apicem sedis apostolice foret sublimata, beata, iocunda et plurimum grata cordi nostro gaudia accreverunt, ex eo precipue, quod benedictus dominus deus Israel nedum orbi verum et urbi patrem contulit et pastorem, qui sue rectitudinis virga reget populum in equitate, splendore sapientie corda fidelium illustrabit et sponsam Christi liberabit ab incursibus emulorum. Hunc exspectabat ecclesia, hunc cleri devotio postulabat, hunc omnes et singuli una nobiscum totis affectibus peroptabant; gaudet imperium, exultant regna et

singule provincie colletantur, quoniam ipse, qui prius columpna fuit ecclesie, factus est vicarius Christi, quem exornat sapientia, quem venustas morum facit luce clarius prepollere. Congaudent senes, iuvenes; tripudiant et virgines cum iuvenibus et vocum modulamina prorumpunt, quoniam illum patrem se habere agnoscunt, qui iusticiam confovet, caritatis opera imitatur et unicuique ius proprium nititur conservare. Verum P. B. obsurgentis amoris affectum, quem ad personam nostram hactenus habuistis, assidue ad nostre petitionis instantiam negotia nostra promovere et piis mentibus et affectibus dirigere non sprevistis. Ideo S. V. devotis et humilibus precibus duximus presentibus exorandum in desideriis cordis obtinentes, quatenus personam nostram, quam S. V. unacum incolis et inhabitatoribus tam spiritualibus quam secularibus corone et regni nostri Bohemie et aliorum principatuum nostrorum humiliter et attente recommendamus vobis recommissos suscipiendo nos et ipsos more pii et benigni patris et domini, quemadmodum prius benigniter facere consuevistis, sinceris affectibus prosequendo; et specialiter venerabilem A*[lbertum]* ad ecclesiam O*[lomucensem]* electum et per venerabilem C*[onradum]* archiepiscopum Pragensem, apostolice sedis legatum, loci ordinatum principem, consiliarium devotum nostrum dilectum, sede apostolica pro tunc vacante confirmatum, capellanum devotum nostrum dilectum, nostre contemplacionis intuitu tamquam benemeritum confirmando et si opus fuerit sibi de eadem ecclesia de novo ministerio providendo. Nam consimiles confirmationes sede apostolica vacante ex sacro concilii decreto in aliis regnis et principalibus obtinuerunt et obtinent inviolabilis roberis firmitatem, quod etiam nobis non ambigimus fieri debere et nos et regnum nostrum circa talia effectualiter conservare, [quia] per eiusdem etiam A. promotionem procul dubio plus providebitur ecclesie quam persone. Etiam si regia nostra serenitas aperte non agnosceret prefatum A. ad predictam ecclesiam fore ydoneum et sufficientem, nequaquam pro ipsius promotione vobis et sacro Constantiensi concilio tot et tantis vicibus prius scripta sua direxisset. Poterit namque eadem O. ecclesia in suo felici regimine salubria suscipere incrementa, ad que sibi cooperare proponimus, prout fuerit oportunum. In casum etiam si tempore medio apud S. V. aliqua contra matrem nostram et A. supradictum modo etiam quocumque attemptaretur per quempiam, eadem non advertentes, sed pro nihilo habentes, qnousque serenissimus etc. frater noster carissimus uobiscum constitutns fuerit propria in persona, qui S. V. personam nobis multum gratam de premissis et aliis nostris peragendis negotiis, super quibus sibi ad presens scripta nostra direximus, nostro nomine clarius et lucidius informabit, specialem in eo P. V. maiestati nostro gratiam faciendo. Personam vestram

sanam et incolumen conservare dignetur altissimus, regimini ecclesie sue sancte feliciter et longeve etc. etc. etc.

Nach einer Abschrift in der Boček'schen Sammlung im mährischen Landesarchiv aus einem Manuscript im Olmützer Capitelarchiv.

VII.

Articuli concepti per dominum episcopum Luthomislensem pro honore domini regis ad promocionem dicti Alssonis.

Primo: si et in casu dominus rex nulli vellet consentire domino episcopo de ecclesia Olomucensi, ad quam per sedem apostolicam est provisum, tunc ante omnia dominus noster rex mandat restitui universa et singula bona canonicis et clero occnpata per quoscunque, ne ulteriores clamores veniant in curiam et quod amplius eos non molestent.

Item: sunt treuge ab utraque parte servate usque ad festum s. Galli,[1] ex eo quia nescitur, si cito possint facta in curia sedis apostolice terminari et signanter propter recessum domini pape ad remociorem locum.

Item: interim d. Alsso non ingerat se ad regimen ecclesie Olomucensis tam in spiritualibus quam in temporalibus excepto castro Melicz et opido Wischaw cum omnibus pertinenciis suis et alia resignet domino episcopo, tamquam filius obediencie sedis apostolice, quod possit d. episcopns unacum capitulo ad noticiam domini pape deducere, qualiter paruisset d. Alsso mandatis apostolicis.

Item: tunc d. noster rex dirigat nuncios snos ad d. apostolicum pro promocione domini Alssonis ad ecclesiam Olomucensem vel Luthomislensem, secundum quod videbitur sibi; et d. episcopus pro voluntate regis domini dirigat nuncios snos cum pleno mandato eciam ad sedem apostolicam dans plenum consensum suum pro promocione domini Alssonis ad quamcunque ecclesiam ex istis duabus, ita quod d. episcopo maneat nna ecclesia et domino Alssoni secunda etc.

Nach einer Abschrift aus dem Wittingauer Archiv im mährischen Landesarchiv. (Boček'sche Sammlung.) — Findet sich anch, worauf ich zu spät aufmerksam wurde, im Codex Nr. 251 des mährischen Landesarchivs im Znsammenhang mit anderen auf die Olmützer Wahl Bezug habenden Stücken.

---

[1] 23. April.

VIII.

Bischof Johann von Leitomischl ladet eine Anzahl geistlicher Personen aus der Olmützer Diöcese vor sich nach Leitomischl, damit sie sich von der Anklage husitischer Ketzerei reinigen.

Leitomischl, 1418, Februar 5.

Citatio episcopi Luthomislensis. Iohannes dei gracia episcopus Luthomislensis, iudex commissarius et executor omnium et singularum causarum heresum, scismatum et errorum dampnate memorie Iohaunis Wicleff et Iohannis Hus heresiarcharum in provincia et diocesi Pragensi, Olomucensi et Luthomislensi quolibet exortarum et pululancium contra quascunque personas ac fautores et defensores seu mutatores eorundem a saucta sinodo Coustanciensi uuiversalem ecclesiam representante in spiritu sancto legitime congregata specialiter datus et deputatus, prout in literis dicte sacrosancte sinodi Constanciensis vobis factis et directis plenius continetur et est expressum, quorum copiam propter earum nimiam prolixitatem hic inseri obmisimus. Heresitate *(?)* tamen de iurisdicioue nostri parati sumus facere plenam fidem requisiti *(sic)*, honorabilibus et discretis viris dominis. n. universis et singulis ecclesiarum plebanis sive rectoribus aut vestras vices gerentibus per et infra civitatem et diocesim Olomucensem ubilibet constitutis, ad quos presentes nostre litere pervenerint et qui presentes fueritis requisiti seu alter vestrum fuerit requisitus, salutem in domino et mandatis nostris ymo verius dicte sacrosancte sinodi et apostolicis firmiter obedire vobisque et cuilibet vestrum, qui ut premissum est presentibus fueritis requisiti seu alter vestrum fuerit requisitus in virtute sancte obediencie et sub excommunicacionis pena, quam in vos et vestrum quemlibet trium tantum dierum canonica monicione premissa exnunc firmius in hiis scriptis si non feceritis quod mandamus, auctoritate apostolica predicta districte precipiendo mandamus: quatenus Vitum de Lomnicz pretensum officialem Olomucensem, Sigismundum olim capellanum Laczkonis de Crawarn, Nicolaum Paulum dictum Kaysnar occupatorem ecclesie in Straznicz, Iohannem dictum Nalucha, Thomam et duos Blasios occupatores ecclesia in Paczlawicz, Petrum occupatorem ecclesie iu Quaczicz, Paulum occupatorem ecclesie in Velika, Lewstach et Lucam occupatores ecclesie in Wessel, Andream et Wenceslaum occupatores ecclesie in Ratay, Martinum occupatorem ecclesie in Wnorow, Thomam Kleczkam occupatorem ecclesie in Lipow, Iohannem Bedrici filium occupatorem ecclesie in Tlmaczow, Nicolaum occupatorem ecclesie in Napagedl, Wenceslaum dictum Sklebong occupatorem ecclesie in Sarow,

Bartholomeum occupatorem ecclesie in Quassicz, Iohannem Bledong vicarium ibidem, Paulum plebanum in Strzylka, Jacobum plebanum in Borsicz Olomucensis diocesis, Marcam occupatorem ecclesie in Hradczowicz personaliter inventis alias publice in domibus sive in locis habitacionum ipsorum coram familia, si ad ipsos tutus pateat accessus, alias per affictionem in portis ecclesiarum vicinarum ac per edictum publicum ad nostram peremtorie citetis presenciam, quos et nos tenore presencium citamus, ut die duodecima a die citacionis vestre ipsis per nos facte computando, si ipsa dies iuridica fuerit, alias prima die iuridica inmediate sequenti coram nobis Luthomissl in castro nostro procuratore non obstante hora terciarum compareant, certis articulis in materia fidei ipsis per nos obiciendis responsuri et alia facturi et recepturi, que de iure fuerint facienda et recipienda et excommunicacione huiusmodi quis vestrum qua die eosdem citaverit per scripturam vestram debitam et sigillorum vestrorum appressione ad presens facite nobis plenam fidem ad terminum memoratum.

Datum Luthomisl anno domini MCCCCXVIII° die quinta mensis Februarii nostro maiori sub sigillo.

Abschrift im mährischen Landesarchiv (auch im Codex Nr. 251).

IX.

Herzog Přemek von Troppau und Benesch von Kravař bestimmen die Bedingungen, unter denen der husitisch gesinnte Baron Peter von Kravař, Herr auf Stražnitz die Verzeihung Königs Sigmunds erlangen könne.

Hradisch, 1421, October 28.

My Przemek z bozie milosty knyeze a pan Opawski a Beness z Crawarz odginad z Krumpnowa wiznawame tiemto listem przied kazdim, ze gsme pro pokoy a pro zemske a obeczne dobre mezi nayjasnyeyssim knyezetem a panem panem Zigmundem rzimskim kralem, rozmnozitelem powsse czasi rzissye a uherskim a czeskim etc. kralem, panem nassim mylostywim sgiedne a s urozenim panem Petrem z Crawarz odginad z Straznicze z druhe strani s gich obu dobru woli a prawim wiedomym takowuto umluwu nczinyli a czinyme moczi tohoto listu. Nayprwe yakoz pan Petr pozadal, abi myel rok cztyrzy nedyele od teto strzedi prwny po gedenaczti tysicz dyewicz [1] ku przigiety pokany a w tiech cztyrzech nedyelech proto

[1] 22. October.

abi gym poczatek nebyl, abi sie mohl sgiety stiemyto pany, se panem Janem z Lompnicze, se panem Hasskem, se pauem Milotu z Trawnyka a se pauem Zbynkem Dubrawku a ma to nanye wznezty, a chtieli ony ktemuz przistupity, magi przitemz ostaty yako pan Peter; paklibi ony nechtieli, ale pan Peter chtze y s syuy pokany przigyty, paklibi sie pan Peter y s syny rozpaczil, a pokany przigyty uechtiel (?) podle rzadu kostelnyeho, tehdi ya knyez Przemek mam stiem hradem Helfstanem, kterehoz my gest pan Petr k wierne rucze postupyl, na swrchupsaueho krale Sigmunda hlediety, nez czozby tam na hradye bilo panye Petrowi wieczi, ti ma pan Petr swobodnye odstiehowaty na swe gine twrze beze wssy zawady a my knyez Przemek mame gemu ti wieczi widaty. Pakli pan Petr swrchupsane umluwi w tom czasu dokoua, tehdi gemu geho hrad swrchupsani ma zasie wraczen bity beze wssieho zmatku. Item pan Petr ma obeslaty ty pany swrchupsane bezmesskauye, chtiely pokoy od kralowie milosty a gieho moczi myety, abi ony take kralowie milosty y geho moczi pokoy dali. Nayprwe spiessnye pan Hassek a pan Milota magi obeslany bity a czoz odpowiedy dady, to ma pan Petr bezmesskany we dwu dny zaytra a pozagytrzi kralowie milosty wiedyety daty. Pak o panu Janoni z Lompuitze a o Zbyukoni Dubrawcze, o ty ma pan Petr w tem dny odpowied daty. Item ktomu sme tu smluwu zwedli, ze pan Petr prosil kralowi milosty, abi gemu raczil swoy hnyew odpustyty czozby proty geho milosty uczinyl a rzekl, ze nemyeuy any myenyl proty geho milosty ginak uczinity nez yako proty swemu przirozenemu pauu podle rzadu zemskeho. Item take ty wssechni wieczi a nechuti a neprzieczny, ktere gsu zassly mezi swatim rzimskim kostelem, mezi kralowu milosty a gieho sluzebnyki a pomocznyki s gedne a panem Petrem a geho sluzebnyki a pomocznyki strani druhe, ty magi wssechni pomyuuty, budto mezy swietskimy nebo duchownymy, kterzi wzrzissenye a pokany przigmu, yako pan Peter swrchupsani podle rzadu kostelnyeho. Item kcozbi koliwiek s strany swrchupsanich myely spolu czo gineho czinyty, ti magy ssebu mluwity przied kralowu milosty, przied pani morawskimy a nebo przied prawem, kazdi podle sweho prawa zasazenye. A ze sie swrchupsana umluwa tak stala a od swrchupsanich krale Zigmunda a pana Petra przigiatta a dopusstyena, protoz na potwrzenye a naswiedomye dali gsme kazde stranye tento nass list pod nassymy wisutymy peczetmy zapeczetyeny. Genz gest dan w Hradysstzi leta po bozim narozenym tysitzeho cztyrsteho a potom w giedemnestzietmem letye, den swatich aposstolow Symonysse a Judy.

Orig. im Staatsarchiv in Wien mit zwei anhangenden Siegeln.

X.

König Sigmund überträgt dem Burggrafen in Eichhorn, Peter Kutyeg, die Criminaljustiz (das Popravcenamt) daselbst und beauftragt ihn, gegen die Ketzer mit aller Strenge einzuschreiten (gegen alle diejenigen, welche die vier Artikel halten oder anderen Irrlehren folgen, welche ihnen nicht entsagen und Busse thun wollen, oder nachdem sie Busse gethan, sich ihnen wieder zugewendet haben und sie noch fördern). Ebenso befiehlt er ihm auf die Wegelagerer Acht zu haben und dafür zu sorgen, dass die geraubten Sachen, wenn sie auch auf eine Burg, ein Schloss oder einen anderen sicheren Ort fortgetragen würden, dem rechtmässigen Besitzer zurückgestellt würden; die Räuber aber soll er foltern und strafen nach Landfriedensrecht.

Hradisch, 1422, Februar 22.

Mi Zigmund z bozie milosty rzimski kral po wsse czasi rozmnozitel rzissie a nherski a czeski etc. kral wzkazugem statecznemu Petrowi Kutyeygowi, purkrabye na Wewerzie, wiernemu nassemn milemu milost kralowskn a wsse dobre.

Wierni mili! Yakoz gest drzewe poprawa bila gedna na Spilnbertze a na Wewerzie a tu poprawu geden nrzeduyk zprawowal, tak my znamenagicz, ze sie nam k poprawie hodyss na Wewerzie a hodyty budess, protoz moczi tohoto listu dawame plnu mocz, abi poprawu na Wewerzie wedl a nad zlimy lidmy poprawowal, yakoz zespod psano stagi. Nayprwe, abi ti wssichni, kterziz ti czyrzi kusi drzie w Czechach wznykle, neboli kteri gine bludne knsi wedu a ku pokany a k wzhrziesseny o to neprzissly, anebo gessczе bezprzinuczeny przigity nechtie, anebo gessto sie toho pokawsse zasie sie ktemuz nawratyli, anebo gessczе gie fürdrugi, nanye kdez mozess sie ptal a nanye strahowal a strahowaty kazal a na gich hrdla y sbozie sahal a sahnuty kazal a k nym pomstyl a poprawowal podle lantfridn, abi sie ta czi nerzadowe wiecze w nassy zemy Morawske nedali. Take davame plnn mocz, abi strahowal a strahowaty kazal na ti wssichni, kterzibi zemy lupily, anebo komn na silnytzech przekazeli a sskodu czinyli, budto duchownyemu nebo swieczkemu, ktomu take abi poprawil yakozto k zemskemu zhubczi. Gestli pak, zebi to brane na kteri hrad, twrz nebo miesto nesseno bilo a ty lupeznyczi tu tak staw gmieli, nato abi patrzil a kazal sobie to brane a stiemy lupeznyki widaty a to brane tomn, cziz gest bilo, abi nawratyl a ti lupeznyki, abi kazal muczity a odprawity podle zasluzeuo tu, kdez nalezeny bude podle lanntfridu. Take

bezallibi kto w myestech a wewsech zemye Morawske a snad lidskeho nessczesty hledali nemagicze sweho pana, natoho kazdeho take dawame mocz, kdiz gien zwiess, abi giey zdwihl a stawil a nanyem czoz gest do nyeho zwiedyel. A toho naswiedomy dawame tento list pod nassy przityssczenu peczety. Genz gest dan w Hradyssczi leta od bozieho narozeny MCCCCXXII, w tu nedyeli massopustne, leta kralowstwie nassich uherskeho etc. w XXXV, rzimskeho w XII a czeskeho w druhem letye.

Ad mandatum domini regis
Michael praepositus Boleslaviensis.

Orig. im Staatsarchiv in Wien mit anhangendem kleinen Siegel.

XI.

König Sigmund befiehlt Peter Kutyeg, Burggrafen auf Eichhorn, die Güter der Wiklifeten und anderer Ketzer in Mähren in des Königs Namen zu confisciren und die aus dem Heimfall dem Könige erwachsenden Rechte zu wahren.

Wessel, 1422, April 8.

Sigismundus dei gracia Romanorum rex semper augustus ac Hungarie, Boemie, Dalmacie, Croacie etc. rex strenuo Petro Kutyeg, burggravio in Wewerzy, fideli nostro dilecto, graciam regiam et omne bonum. Fidelis dilecte! Sunt nonnulli terrigene et incole marchionatus nostri Moravie, qui Wiclefistis et hereticis Christi inimicis ac sancte Romane ecclesie et nobis ipsorum domino naturali rebellantibus adherent totis conatibus et consiliis ac auxiliis favorosis ipsorum dampnatam sectam defendendo, nec hiis contenti ultra hoc terram nostram Moravie et fideles nostros dampnificando, molestando et graviter offendendo incendiis et rapinis variis et diversis, quorum bona dicta de causa de iure camere nostre regie sunt confiscanda, ymmo defacto confiscata. Ne igitur tales sic impunes maneant et in suorum iniquitatibus glorientur, animo deliberato et ex certa nostra sciencia tibi Petro predicto auctoritate regia et tenore presencium seriose committimus, iniungimus et mandamus dantes tibi desuper plenam et omnimodam facultatem, ut te de universis et singulis hereditatibus, villis, curiis, censibus et aliis quibuscumque bonis, que Wiclefistorum et hereticorum suut, ubicumque ea repereris, nostro nomine et ad nostras manus intromittas, teneas et gubernes usque ad beneplacitum nostre voluntatis. Ceterum multe devoluciones in dicto marchionatu nostro nobis obticentur post mortem et decessus pos-

sessorum earundem, per que eciam nobis videntur diminui iura nostra. Idcirco volumus et tibi committimus, ut te eciam de singulis iuribus, que nobis in quibuscumque bonis per devolucionem competere poterunt, intromittas et ipsa teneas, quousque id non duxerimus revocandum.

Mandamus igitur universis et singulis baronibus, nobilibus, militibus, clientibus, et communitatibus predicti marchionatus Moravie firmiter et districte, quatenus te in occupacione et gubernacione dictorum bonorum nullatenus impediant, quinpocius te circa eadem nostro nomine tueantur fideliter et defendant, prout indignacionem nostram voluerint arcius evitare. Presencium sub nostri regalis sigilli appensione testimonio litterarum.

Datum in Wessele, quarta feria proxima ante festum pasche, anno domini millesimo quadringentesimo vigesimo secundo, regnorum nostrorum anno Hungarie etc. XXXVI, Romanorum duodecimo, Boemie vero secundo.

[in verso] R^{ta}. Ad mandatum domini regis
Michael praepositus Boleslaviensis.

Orig. im Staatsarchiv in Wien mit anhangendem kleinen Siegel.

XII.

König Sigmund übergibt dem Herzoge Albrecht von Oesterreich die Statthalterschaft in Mähren.

Nikolsburg, 1422, März 23.

Wir Sigmund von gotes gnaden romischer kunig zu allen zeyten merer des reychs und zu Ungeren, zu Behem, Dalmacien, Croatien etc. kunig, bekennen und tun kunt offembar mit disem brieve allen den die in sehen odir horen lesen: wann uns der almechtig got von seynen milden gnaden mit grossen mechtigen kunigreychen erhohet und beladen hat, nemlich mit dem heiligen romischen reyche, mit dem wirdigen kunigreyche zu Ungern und der namhaftigen cronen zu Behem, und synd wir nit nach menschlichen gebrechen nicht uberal geseyn mogen, noch unsern eygenen leib nicht uberal geteylen, als wir gern teten solichen grossen sachen nach irr gelegenheyt furzuseyn und den genug zu tun, als billich und moglich were, mussen wir redliche und ordenliche wege fur uns nemen, wie wir soliche unsere sorgen mit anderen leuten, an den wir trewe und redlickeyt legen, uns helfen zu tragen; und dovon so haben wir angesehen soliche trew und lieb, vernumft und weysheyt, die wir an dem hochgebornen Albrechten herczogen zu Osterreych etc. unserm lieben sun und fursten genczlich erkant und befunden haben, so wollen wir im mit

wolbedachtem mute, gutem rate unserer fursten, edlen und getrewen und rechter wissen unser land und marggrafschaft zu Merhern mit herscheften, steten, herren, rittern, knechten, landen und leuten als eynem stathalter von unsern wegen mechticlich bevelhen und eingeben und gancze macht und gewalt geben das zu verwesen und zu befryeden an unserer stat noch seynem vermogen und das zu orduen gleicherweyse als wir das selber teten; doch so sol er nichts verpfenden noch vergeben an nnsern wissen und willen uuengolten der verschreibung, so vormals zwischen unser beyder seyt beschehen sint. Ouch ist beredt worden, wenn wir demselben unserm sun herczog Albrechten nnsere stete und slosse Spilberg, Brunne, Eychorn, Eywauczicz und Trebicz eingeben werden als unserm stathalter, das er dann die in pflegweyse ynnehaben, verwesen, besiczen und beseczen solle also vernemlich, das er in denselben slossen und steten leute haben solle zu ross und zu fuss eyn notdurft zu bewaren, zu befryeden und zu behalden dieselben slosse und stete, als in des beqwemlich und notdurft dunken wirdet und als wir des mit im nbereynkomen seyn und des genczlich im glauben und getrawen nnd die teyle in den obgenanten sloss, wo in das nach gelegenheyt der sachen allernotdurflichst und am besten bedunken wird, dieselben slosz und ouch unser land zu verwesen und ouch zu befryeden; und zu widerstattung solicher kost, die er also tragen sol, wenn er seyn volk in dieselben sloss leget und wir des begeren werden, so sollen wir im ye auf eyn gancz jar zwelf tausent schok grosschen odir pfennyng geben nach lauffe der muncze, die dann doselbs genge und geb ist, alslang wir solicher leute und pferd in denselben steten und slossen bedurfen werden. Wer aber sache, das wir solicher leute in den selben slossen und steten nicht bedurfen wurden, was sich dann verlaufen hette in der zeyt, alslang er die leute gehalden hette, das sollen wir im pflichtig seyn, was er aber leute nicht gehalden hette, des sollen wir ledig und loze seyn. So sol ouch der egenant unser sun solich gelt, dornff er so leute haben wirdet, auf den egenanten slossen und steten haben und uns des stathalderampts des lands zu Merhern und derselben stete und slosse nicht abtreten, wir haben dann zuvor an im und seynen erben dieselben summen, alslang er soliche leute haben und wir der bedurfen werden, genczlich beczalet, als oben geschriben steet. Ouch so sol noch mag unser sun herczog Albrecht der stathaldung des landes zu Merhern nicht absagen, ee dann wir die egenanten geslos und stete von im geloset haben. Were ouch sache, das des vorgenanten unsers suns herczog Albrechts leute von den feynden donyder legen und redliche schaden empfengen, an solichen scheden wollen wir mit demselben unserm sun gnediclich mitleydung

haben nnd in des fruntlich ergeczen; legen aber die feynde gen seynen lenten donider, des sol er uns ouch, was er an redlichen gefangen gewunne, mitteylen. Onch so wollen wir tausent spyesz unsers volks in dem lande zn Merhern haben und wollen mit denselben schicken und bestellen, das sy dem egenanten unserm sun zn befryednusz unsers egenanten lands zu Merhern auf unsers selbs zerung nnd schaden gehorsam und gefolgig seyn sollen und nachfolgen, wo er irr bedurfen wirt und als oft des not seyn wird, on alles geverde nnd argelist. Ouch zu behaldung unsers sloss zu Spilberg, wenn wir das dem egenanten nnserm sun herczog Albrecht eingeben werden, wollen wir im achthundert schok grosschen jerlich geben on verczyhen, domit er dasselb slosz halden sol und nns dorauff nicht mer slahen noch schaden rechen. Wer aber sache, das wir im soliche achthundert schok jerlich nicht geben als vorgeschriben steet, so sol er dise achthundert schock, wye oft im die auszsteen nnd nicht gereychet werden, ouch auf denselben slosse haben und uns des nicht abtreten, wir hetten im dann dieselben achthundert schok, wie oft im die auszsteen, zu voran beczalet. Ouch wenn ab got wil das land zu Merhern in fryed qweme und derselb nnser sun herczog Albrecht in den egenanten slossen zu befrieden und zu behalten nicht leute haben wirdet und wir der nicht bedurfen werden, so wollen wir im alle jar vyerhundert schock grosschen geben zu behalden die festen den Eychorn nnd er sol ouch dorauf nicht mer slahen und keyne scheden rechen. Wer aber sache, das wir im soliche vyerhundert schok ierlich nicht geben, als vor geschriben steet, so sol er dieselben vyerhundert schok, wie oft im die auszsteen und nicht gereychet werden, auch uff demselben sloss haben nnd nns des nicht abtreten, wir hetten im dann dieselben vyerhundert schok, wie oft im die auszsteen, zu voran beczalet. Ouch wurde dem egenante unserm snn herczog Albrechten odir seynen amptleuten der egenanten sloss eyns odir mer von den feynden ungeverlich angewunuen odir abgenott, des sol er und seyne erben gen uns nnd unsern erben und nachkomen, kunigen zn Behem nnd marggraven zu Merhern, nnengolten bleiben. Onch wer es, das die feynde das land zu Merhern nberzngen odir eynen furslag dorynn tun wurden, so wollen wir demselben unserm sun herczog Albrechten helfen nach allem unserm vermogen und ouch allen den unsern empfelhen, ab wir nicht zu land weren, das sy demselben nnserm sun nnd seynen hauptleuten helfen und beystendig seyn, domit das land gerett werde. Wer ouch sache, das der egenante unser sun herczog Albrecht dheyne sloss, stete, merkte und gutere, die unsere vorfaren, kunige zu Behem und Marggraven zu Merhern, oder wir versaczt hetten, in dem lande zu Merhern lozen wurde, des wir im sollen gewalt geben in disem brieve zu

tun, dieselben sloss, stete nnd gutere sol er uns und unsern erben, wenn wir des begeren werden, wider zu lozen geben, doch nicht hoher, wann sye vorhyn verschriben weren; losete er sye aber neher, wenn sye verschriben weren, so sol er sye uns ouch neher zu losen geben, als er sy gelozet hette on alles geverde. Onch so mag derselb unser sun herczog Albrecht alle amptleute und burggraven zu Merhern entseczen nnd seczen, als oft in des notdurftig und gut dunken wirdet, auszgenomen an den slossen nnd steten, die wir nnsern Ungeren eyngegeben nnd bevolhen haben, der sol er nicht verendern an unsern wissen nnd willen. Mit urkund disz brieves versigelt mit nnserer kuniglichen maiestat insigel. Geben zu Niclaspurg nach Crists geburt vyerzehenhundert jar und dornach in dem zwey nnd zwenzigisten jare, am nechsten montag vor nnserer lieben frawentag annunctiacionis, unserer reyche des ungrischen etc. in dem fumf nnd dreissigisten, des romischen in dem zwelften und des behemischen in dem anderen jaren.

[in verso] R. Henricus Fye. Ad mandatum domini regis
Franciscus praepositus Strigoniensis.

Orig. im Staatsarchiv in Wien mit anhangendem grossen Siegel. — Im Registraturbuch G, Fol. 117'.

XIII.

Bürgermeister und Rath der Stadt Znaim an Herzog Sigmund Korybut: sie würden der Aufforderung, zur Versammlung am 7. Juni ihre Bevollmächtigten zu schicken, nicht nachkommen, da sie treu zu König Sigmund und Herzog Albrecht zu halten gewillt seien.

Znaim, 1422, Juni 2.

Hochgeborner fürste nnd lieber gnediger herr. Als uns ewr gnad geschriben und an uns begeret hat ettleich aus uns mit vollem gewalt zu ew zu schiken auf den suntag der heiligen drivaltikait nechst kōment *[7. Juni]*, das haben wir wol verstanden nnd lassen ewr gnad wissen, daz uns weilent der durleuchtigist fürste, her Wenczlaw, ettwenn Römischer und zn Behem etc. künig, erbleich von seinen vorvordern künigen zn Behem seliger gedechtnüsse inngehabt und besessen hat. Nach seim abgang haben wir seim brůder, dem allerdnrleuchtigisten fürsten, unserm lieben gnedigen herrn, herrn Sigmnnden Römischen, zu Ungern nnd zu Behem etc. künig, der yecz in leben ist, als eim erben und kunig zu Behem gesworn und hnldigung getan. Nachmaln hat sich

derselb unser guediger her künig Sigmund mit seiner tochter gefreuntet zu dem hochgeboren fürsten auch unserm lieben gnedigen herren, herczog Albrechten, herczogen zu Österreich etc. und hat im die stat zu Znoim und ander stet in den landen zu Behem und zu Mērhern zu derselben seiner tochter fūr ir heyratgůt ingegeben und verschriben, dem wir nach geschēfft und haissen des egenanten unsers herren des künigs gesworn und gehuldigt haben. Und nach sölicher erbschafft, so die land zu Behem und zu Merhern an denselben unsern herren, den kunig geerbet habent und auch nach solicher huldigung und sweru, so wir unserm herren von Osterreich nach seim haissen getau haben, gepüret[a] uns mit eren nicht zu, noch stünd uns wol an yemant andern denn dem yeczgenanten unserm herren von Österreich gehorsam und gewertig ze sein und bitten ewr gnad vleissicleichen uns das in arg nicht zu merken, wan wir nicht anders versteen, denn daz wir daran recht tůn. Denn als uns ewr gnad verschriben hat, ob wir auf den vorbenanten tag mit vollem gewalt zu ew nicht schikten, so wesset ir wol, daz wir unsern willen wolten habeu und daz uns die verderbnisse der land Behem und Merhern lieb wer und daz wir zu dhaim geleichen nicht mainten zu treten; und ir wolt mit rate der lantherren, der von Prag, rittern, knechten, steten und andern gemainen, die zu der andacht und dem gepot gots genaigt sind, darczu gedenken, daz das understauden und die andacht und das gepot gots nicht undergedrungen wurde: lassen wir ew wissen, daz wir der land zu Behem und zu Merhern ere und nucz gern sehen, und ist uns zumal laid, daz die in sölich abnemen und verderben, darinn sy yecz steent, komen sind, daran wir als got wol wais dhain schuld nicht haben. Wir versteen und wissen auch nicht anders, denn daz wir uns nach der orduung gots und den geseczten der heiligen kristenhait halten, als das weilent die heiligen veter und die gemainschafft der kirchen zu Rom und der kristenhait gehalten und aufgesaczt habent. Und ob ew yemant fürbracht hiet oder noch fürbringen würde, daz wir solich ordnung und geseczt der kristenhait nicht gehalten hieten oder noch halten wolten, bitten wir ew mit vleisse das nicht zu gelauben, wan wir hincz got hoffen uucz an unser end darinn zu besteen und ze beleiben. Datum feria III. infra octavas penthecostes, anno etc. XXII°.

Burgermeister und der rat zu Znoym.[b]

---

[a] ‚zu‘ vor ‚gepüret‘ ist durchgestrichen.

[b] Datum, Unterfertigung und Dorsaladresse sind mit schwärzerer Tinte später hinzugefügt, was sich auch daraus ergibt, dass das Wort ‚Datum‘ über den ursprünglichen Schlussstrich ∾ geschrieben ist.

[in verso] Dem hochgeboren fursten und herren, herczogen Sigmunden von gotes genaden fürsten in der Lyttaw, unserm genedigen herren.

Concept (vielleicht verdorbenes Original) auf einem Quartblatt im mährischen Landesarchiv (Art. Znaim IIIb), stammt aus Znaim (Sammlung Cibulka's). Es ist ursprünglich der Länge und Quere nach einmal gefaltet und trägt aussen die Adresse ganz wie bei Originalbriefen; dagegen kein Verschluss und keine Siegelspur.

XIV.

König Sigmund gibt auf Wunsch der mährischen Herren dem Landeshauptmann volle Gewalt statt seiner Recht zu sprechen in allen Dingen, die nicht unmittelbar dem Könige zustehen, und Gütergemeinschaften zu ertheilen; doch sollen diejenigen, die gegen die christliche Kirche und gegen den König sind, von jeder Freiheit und vom Rechte ausgeschlossen sein und die Landesordnung für sie nicht gelten.

Altenburg, 1422, Juli 4.

Sigmund z bozie milosti Rzymski kral a Uherski, Czeski, Dalmaczski, Charwatczski etc. kral, wyznawamy prziede wssyemy, ze ku prosbye panow zemye Morawske, wyernych nassich mylych, swolugem y dawamy plnu mocz y porucziemy moczi tohoto listu nasseho vrozenemu Petrowy z Crawarz, odgynud z Traznyczie, haupmanu markabstwye Morawskeho, wyernemu nassemu mylemu, aby na nassem myestie sprawedlnost czinil chudemu y bohatemu podle panske rady y nalezu; nez takowye, kterez by wyeczi przislussaly na nas, aby to odlozeno bylo do nas. Wyecze dawamy mocz swrchupsanemu haupmanowy nassemu, aby na nassem myestie mohl spolkuov swolowati y dawaty tyem wssyem, ktoz by toho zadaly, dobrym lydem, kterzyz neygsu proti kostelu swatemu a proti nam; a ty wssychny, kterzyz w tiech nerzadech gsu, kterzyz sye dyegi proti wierzie krziestanskey y proti nam, aby tyem wssyem y zadna swoboda any prawo any rzad zemsky prospyessen any platen byl. A toho na potwrzenye nassi peczet k tomuto lystu gsmi przywiesily, gyenz gest dan leta od narozenye Bozieho tysicziebo cztyrsteho dwudczateho druheho, tu svobotu, w Altmburgu, na swateho Prokopa, leta kralowstwy nassych Vherskeho XXXVI, Rzimskeho XII, Czeskeho druheho leta.

Orig. im Wittingauer Archiv mit kleinem Siegel.

XV.

Die erste Fassung der Uebergabsurkunde Mährens an Herzog Albrecht von Oesterreich.

Aus dem Reichsregistraturbuch G, fol. 177'.

Kitsee (Köptseny), 1422, Februar 5.[1]

Donacio marchionatus Moravie Alberto duci Austrie.

Wir Sigmund etc. bekennen etc., wann wir eigentlich betracht und angesehen haben . . . *fast völlig gleichlautend mit der eigentlichen Uebergabsurkunde, s. Beilage XVI. bis zu den Worten (S. 349, Z. 9):* wie oft des notdurft geschicht ungeverlich. *Nun lautet der Text weiter:* Auch ausgenomen ettlicher slosser und herscheft, die an den ungrischen greniczen sind gelegen, der ettliche zu demselben land gehorent und der wir ettlich in demselben land gekouft haben, die genant sind mit namen die stat Redisch, die stat Ungrisch Brod, das slosz Wessels, das slosz Goding, das slosz Bisencz, das slosz Buchlow, das slosz Ztrelka, das slosz Orlowicz, das slos Czimburg mit iren zugehorungen, die wir uns in derselben gab vorbehalten; und umb dieselben geslosz, vesten und stete, die wir uns also haben vorbehalten, haben wir die grenicz ausgewiset in solicher masze: Weczwa das wasser als das got in die Marich, an der andern seiten der Marich, gen Brunn werts das wasser Hana von dem houpt als es get, bisz das es fleuszet in die Marich, und von der Hana wollen wir hinfür die grenicz gen Osterrich worts verrer uszwisen. Giengen aber wir ab ön leibserben das sun wern, so sollen dieselben sloszer, vesten und stet mit iren zugehörungen ouch an unsern sun und unser töchter und ir leibserben in dem rechten als vor berurt ist gevallen mit den greniczen zwischen Ungern und Merhern, als das von alter herkommen ist. Wir haben ouch dieselben sloszer, vesten und stet mit iren zugehörungen, die wir uns zu Merhern vorbehalten haben, dem obgenant unserm sun und unser tochter ingeben in solicher masze, das sy die beseczen mit leuten, die wil der krieg wert und alle monat ij^{m} ungrischer gulden darlegen und sollen denn dieselben sloszer, vesten, stet, leut und güter mit iren zugehorungen in pfands weis dafür innheben, nuczen und niessen, als lang uncz das wir oder unser leibserben, das sun wern, die umb solich ir darlegen wider

[1] Vorangeht eine Urkunde: Datum Posonii XVI. die Januarii, nachfolgt eine, die ausgestellt ist: Blindenburg am nechsten donerstag vor dem sontag, als man in der heiligen kirchen singet Invocavit [18. Februar].

von in losen, derselben losung sy uns stat sollen tun, wenn wir der an sy begeren. Mit urkund etc. mai[tas]. Geben zu Koczsee nach Cr. etc. am nechsten donerstag nach unserer lieben frawentag purificacionis.

XVI.

König Sigmund übergibt Herzog Albrecht von Oesterreich und dessen Gemahlin Elisabeth die Markgrafschaft Mähren.

Ofen, 1423, October 1.

Donacio marchionatus Moravie Alberto duci Austrie.

Wir Sigmund etc. bekennen etc., wann wir eigentlich betracht und angesehen haben solich lieb, trew und dienst, die wir an dem hochgebornen Albrechten, herczogen zu Osterreich etc., unserm lieben sun und fursten[a] befunden haben und noch steticlich befinden und spuren und sunderlich, das wir nachdem und wir im die hochgebornen Elzbeten, unser liebe tochter[b] zu gemahel geben und uns damit zu im gefrundet haben, das wir beyderseit in stetiger und ewiger fruntschaft und lieb bey einander muglich und billich beliben sollen, und haben im und derselben siner gemaheln und iren leibserben dorumb und von sundern gnaden geben und geben ouch mit rechter wiszen und wolbedechticlich in craft dicz brieves unser land und fürstentum und marggrafschaft zu Merhern mit allen[c] herscheften ,steten, ertreichen, gebieten, dorffern, clostern, probstyen, lantherren, manscheften, edeln, rittern, knechten, burgern, bawren, leibgedingen, ackerleuten und czinsen, die zu dem ertreich gehoren, vesten, grunden, äckern, gebawten und üngebawten, perigen, tälen, ebnen, welden, puschen, waidachen, wayden, wisen, gegeyden, fogelgeyden, weyern, teichen, fischweiden, weingarten, wassern, wasserleuften, mulen, mit bergwerken, golt, silber, bley, czin und aller anderer bergwerk, gewalten, gebieten, gerichten, herscheften, lantsteuren ouch auf des erwirdigen des bischofs zu Olomuncz unsers fursten und siner nachkommen gutern und ouch auf der andern lantherren und inwonern des landes zu Merhern güter mit güeten, renten, uberczinsen, robotten, fällen, wandeln und mit allerley gericht gemeinlich und sunderlich, lehenscheften der kirchen und anderer

Varianten in der ersten Fassung vom 5. Februar:

[a] fehlt: und fursten. [b] folgt: und furstin. [c] Die Pertinenzformel lautete viel kürzer: herscheften, vesten, steten, merkten, dorfern, herren, rittern, knechten, leuten, gutern, nüczen, gulten, eren, wirden und rechten nnd allen andern zugehorungen, geistlichen und werntlichen, die darzu gehoren, als das vormals die marggraven zu Merhern *etc.*

gotsgaben und oucb mit allen recbten, eren, wirdikeiten, nuczen, gewonheiten und mit allen anderen zugehorungen, wie die sunderlich geheissen oder genant mugen werden, nichts ausgenommen, als das vormals die marggraven zu Merhern seliger gedechtnuß innegehabt nnd besessen haben ungeverlich in solicber masz, das derselb unser sun und sein gemahel unser liebe tochter und ir leibserben, ob sy die mit einander haben werdent, dasselb land zu Merhern mit aller solicher siner zngehorung innehaben, besiczen, nuczen und nieszen sollen nnd mogen mit vollen und ganzen gewalten, als die dieselben marggraven zu Merhern und wir innegehabt und besessen haben, doch ausgenommen den bischof zu Olomncz und herczog Przemken von Troppaw und ir nachkommen, die wir uns nnd der cron zn Bebeim als einem kunig zu Beheim behalten. Doch wer es sache, das wir abgiengen on leibserben die sun weren, so sollen derselb bischof und herczog Przemk und ir erben und nachkomen demselben nnserm sun herczog Albrechten nnd unserer tochter ir stymme geben zn einem kunig zu Beheim und in des beholfen sein; so sollen in onch die egenanten bischoff und herczog Przemk und ir erben und nachkomen in dem land zu Merbern yczund beholfen sein und unser sun herczog Albrecht in widerumb und sich des gen einander beydersiit verschriben als das notdurftig sein wirdet. Wer aber das wir im kunftigen czeiten, als wir zu got boffen, leibserben gewunnen, das snn weren, nnd wir denn oder dieselben unser leibserben, die snn weren, das vorgenante land zn Merhern mit siner zugehorung herwider haben wolten, das sollen uns der egenante herczog Albrecht, sein gemahel oder ir leibserben, ob sy die mit mit einander hieten, wider abtreten, wenn wir des an sy begern. Docb ob sy von desselben lands notdurften wegen uber solich nücz und rent, die dasselb land hat, ichts dargelegt und ausgeben hieten, was das mit summ brecht und das sy wissentlich gemachen mochten nngeverlich, dorumb sollen wir oder dieselben unser leibserben, das snn sind, sy vor ee, das sy uns desselben lands abtreten, ausricbten und beczalen. Ob wir aber des nicht teten, so sollen nnd mogen sy dasselb land mit siner zugehorung, als vor berürt ist, in pfandesweis dafur innehaben, nnczen und niessen, alslang uncz das sy solichs darlegens genczlich beczalt und ausgericht werden nnd wenn das geschicht, so sollen sy uns des vorgenanten lands zu Merhern denn abtreten on alle weygrunge nnd verczieben, docb unvergriffenlich der verschreibung der vier geslosser Igla, Znoym, Jempnicz und Poherlicz, als wir dem egenanten unserm sun und unser töchter getan habeu, die sol bey iren crefteu beleiben nach innhaltung der brief, die wir in vormals daruber gegeben haben. Ob aber der egenante herczog Albrecbt vor siner gemaheln unser tochter mit dem

tod abgieng und nicht leibserben, die er mit ir hiet, hinder im liesz, so sol dasselb land mit siner zugehorung in dem rechten, als vorgeschriben steet, dennoch bey derselben unser tochter beleiben, wenn sy aber mit dem tod abget, so sol es wider auf uns oder unser nechste erben gevallen und erben. Zu gleicher weis, ob dieselb unser tōchter fur demselben unserm sun herczog Albrechten mit tod abgieng on leibserben, die sy miteinander hieten, so sol er dennoch das vorgenante land zu Merhern mit siner zugehorung in dem rechten als vorgeschriben stet, innhalten, nuczen und nieszen unverkümmert, wenn er aber mit dem tod abget und dasselb land in siner gewalt ungelost blib, so sol es herwider auf uns oder unser erben gevallen und erben ungeverlich. Wer aber das derselb unser sun herczog Albrecht nach abgang der vorgenanten unser tōchter, siner gemahel, elich leibserben, das sun weren, bey einer andern siner gemaheln haben wurde und die nach sinem abgang hinder im liesze und das egenante land ungeloste in siner gewalt beliben wer, als vor berurt ist, dieselben sein leibserben sollen dennoch dasselb land zu Merhern mit siner zugehorunge innehaben, besiczen, nūczen und niessen in den rechten als vor begriffen ist. Doch ob wir leibserben, das sun wern, gewunnen und dasselb land herwider haben wolten, das sy sich mit dem abtreten und losung und in allen andern stucken gen uns halten, als vor an dem brief begriffen ist ungeverlich. Geschee aber das desselben unsers sunes leibserben, die er hinder im liesz, ouch on leibserben abgiengen, so sol das vorgenante land zu Merhern dann ouch an uns oder unser erben gevallen in dem rechten als vor begriffen ist on geverd. Es sol ouch der egenante unser sun dasselb land zu Merhern, wenn er das innhat, als vor berurt ist, und alle inwoner daselbs bey allen iren gnaden, friheiten und rechten behalten und die straszen durch Merhern gen Hungern lassen gen, als das bey unsers vatters seligen, keyser Karls und kunig Ludwigs von Hungern czeiten gangen, gehalten und herkomen ist ungeverlich. Wir geben ouch dem egenanten unserm sun unser tochter und iren leibserben, ob sy die miteinander gewunnen, vollen und ganczen gewalt soliche versaczte und verpfendte slosser, stete vesten, leut und güter, die zu der vorgenanten marggrafschaft zu Merhern gehorent und von unsern vordern oder uns kunigen zu Beheim oder marggraven zu Merhern sin versaczt worden, in ir gewalt zu losen umb dieselb summ, dorumb sy versaczt sind, oder ob sy die umb mynner denn umb dieselb summ in ir gewalt[a] bringen wolten, als vor berurt ist, das sy uns oder denselben

[a] bringen mochten, doch also, ob es zu schulden kem, das wir leibserben das sun wern gewunnen und dasselb land wider in unser gewalt bringen wolten, als vor berurt ist, *etc.*

unsern erben denn dieselben gelozten slosser, stete, veste, leut und guter zu lözen geben umb dieselb summ, darumb sy die gelözt hieten on geverde. Ouch sol uns der vorgenante unser sun mit dem egenanten land zu Merhern und siner zugehorung in allen sachen beistendig und geholfen sein gen allermeinclich nyemant ausgenommen, wenn und wie oft des notdurft geschicht ungeverlich; zu glicher weis sollen und wollen wir im in allen sachen, die das land zu Merhern berüren, beiständig und geholfen sein gen allermenglich nyemant ausgenommen, wenn und wie oft des notdurft geschicht ungeverlich. Auch haben wir uns die zwey slosz mit namen Brunnaw *(sic)* und Swietlow mit iren zugehorungen, die zu dem marggraftum und land zu Merhern von alders gehören, behalden zu besunder liebung und zu unserm leib. Wer aber sache da got lang vor sey, das wir on leibserben mannes geslecht abgiengen, so sollen die egenanten slosz Brumow und Swietlow mit allen iren zugehorungen lediclich an den vorgenanten unsern sun unser töchter ire erben gevallen in aller der masz, als er das egenante marggraftum und land innhat. Mit urkund etc. maiestas. Geben zu Ofen nach crists etc. XXIII, am freytag nach sant Michelstag, unser riche des hungrischen etc. in dem XXXVII, des romischen in dem XIIII. und des behemischen in dem vierden jaren.

Ad mandatum domini regis
Johannes episcopus Zagrabiensis.

Reichsregistraturbuch H, Fol 6'.

ZUR GESCHICHTE UNGARNS

(1671—1683).

MIT BESONDERER RÜCKSICHT

AUF

DIE THÄTIGKEIT UND DIE GESCHICKE

DES

JESUITENORDENS.

VON

DR. FRANZ VON KRONES,

UNIVERSITÄTS-PROFESSOR,

CORRESPONDIRENDEM MITGLIEDE DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

Vorwort.

Der Verfasser dieser Studie bietet einen Beitrag zur Geschichte jener Krise im ungarischen Staatsleben, die innerhalb der Jahre 1671 und 1683 liegt und uns den Versuch einer politischen und kirchlichen Neugestaltung Ungarns seitens der Wiener Regierung gewahren lässt, wider welche die Bewegungspartei, die Kuruzzen, im Bunde mit Siebenbürgen, Frankreich und der Pforte, mit wechselndem Erfolge ankämpfen und die Krone allgemach zur Aenderung ihres Systems, zur Pacification Ungarns drängen, deren wirksamster Hebel schliesslich die Erfolge der kaiserlichen Waffen vor Wien 1683 und dann auf dem Boden des Karpathenreiches wurden.

Bis zu diesem entscheidenden Umschwung bewegt sich die vorliegende Studie, und ihr Schwerpunkt ruht wieder, gleichwie dies bei der vor Kurzem an gleichem Orte erschienenen Abhandlung über die Jahre 1645—1671 der Fall ist, in der grossen Rührigkeit des Jesuitenordens als Träger der Rekatholisirungstendenzen. Demgemäss bilden auch die ‚Briefe oder Berichte der österreichischen Ordensprovinz' in gewissem Sinne die Grundlage, doch wurde der ganze Kreis massgebender Quellen beider Glaubenslager, Gedrucktes und Handschriftliches, herangezogen, soweit es dem Verfasser zugänglich war.

Die Natur der Aufgabe bedingte zunächst A) einen vorlaufenden Abschnitt, der den ‚Gang des ungarischen Staatslebens in den Jahren 1671—1683' mit Rücksicht auf die politischen und kirchlichen Zustände darlegen soll. Ihm schliesst sich B) ‚die katholische Gegenreformation und der Jesuitenorden' als allgemeine Charakteristik der Ordensbestrebungen, ihrer Mittel und Wege an, während der ausführlichste Theil C), ‚die örtlichen Geschicke des Kirchenwesens und des Jesuitenordens' betitelt, den Gang der

katholischen Gegenreformation, den Rückschlag derselben und die Rolle des Jesuitenordens in diesen wechselnden Vorgängen an den wichtigsten Stätten seines Wirkens erörtert.

Der Anhang bietet als Auszüge aus den ,Litt. ann. S. J. prov. Austr.' I.—III. Nachweise über die Mittel und Wege der Glaubensmission, den Stand der Bekehrungen 1671—1678 und des Jesuitenordens in Ungarn 1674, woran sich IV. ein charakteristischer Brief aus Kaschau vom Jahre 1675 zur Geschichte des Kuruzzenkrieges schliesst.

A) Der Gang des ungarischen Staatslebens in den Jahren 1671—1683.

I.

Die Magnatenverschwörung hatte ihr gewagtes Spiel verloren. Uneinig, widerspruchsvoll in ihren Zielen und Zwecken, erlag sie im ersten Augenblick des überhasteten Losschlagens. Die Schilderhebung Zrinyi's und Frangepani's misslang, und der Versuch Franz Rákóczy's, im ostungarischen Berglande die Fahne des Aufstandes zu entrollen, nahm auch bald ein klägliches Ende.

Die gesetzliche Gewalt errang ohne grosse Opfer den Sieg über die weitverzweigte Bewegung und bestieg den Richterstuhl, um zu untersuchen und zu strafen. Zrinyi und Frangepani büssten in Wr.-Neustadt, Nádasdy zu Wien unter dem Schwerte des Henkers ihre Schuld. Den Sohn des Fürsten Siebenbürgens bewahrte als ,Verführten' der Einfluss der loyalen Mutter, Sophie Báthory, und die Fürsprache des Beiden hochverpflichteten Jesuitenordens vor einem ähnlichen Loose.[1] Er

[1] Bemerkenswerth ist die Aeusserung in der 1675 lateinisch und deutsch in Tyrnau gedruckten Apologie des Pressburger Tribunales aus der Feder des Johannes Lapsanszky (s. w. u.), die ich aus der deutschen Ausgabe, S. 9—10, citire: ,Auss was Ursachen aber Zrini und mittels seiner auch Fürst Rakoczi denen Prädicanten zu wilfahren sich bereden lassen, erhellet klar auss dem: dass als gedachter Fürst das vor disen lauffende jährliche Einkommen denen Prädicanten auff ein neues verwilliget, auch jhnen zu Abstattung der vor etlich Jahren hero hinderstellig verblibenen

sühnte seine Verirrung mit Internirung, ohne seine Rangstellung als Magnat einzubüssen und seines wesentlichen Besitzstandes entäussert zu werden.[1]

Besoldnng tausend Dncaten in Gold paar ausszablen lassen, einer auss deu vornehmsten Calvinisten mit heller Stimm herfür gebrochen und gesprochen: Hent bat Fürst Rakoczi 20.000 Sähel an sein Seiten gehangen.

Sehet bier der trenlosen Auffruhr nnd Rebellion aigentliche Wnrzel nnd gründlichen Vrsprung! Massen dann dise Warheit zn bekräfftigen auch noch heutiges Tags Franz Rakoczi bezenget vnd anffrecht bekennet, dass er vnd sein Schwäher (Peter Zriuyi) einzig nnd allein durch gottvergessene Anstifftung so auss der Prädicanten vnbillicher Anforderung endsprnngeu, zur Auffrnhr angehetzet vnd schändlich hinterführt worden. Dieses Fürstens Fraw Mntter (Sophie geb. Báthory) aber, als ein sebr klnge verständige Fraw, vermerckte der Sachen Aussgang sehr weisslich, sandte also, ihres Sohnes leichtes Nacbgeben vnd Bewilligung etlichermassen zu hintertreihen, eylfertig einen nach den kaiserl. Hoff mit demütbigster Bitt, Ihr Kayserl. Majestätt wollten jbnen keineswegs gernhen lassen, solche durch jhren königlichen Gewalt nnd Antoritet zn bekräfftigen, weilen böchst zu befabren wäre, dass nicbt etwan auss Erpressnng diser so nnbillicben und nicht im geringsten scbuldmässigen Besoldung eine Rebellion vnd Anffruhr endstnnde' . . .

Man sieht, wie von katholischer, nnd zwar officiöser Seite Rákóczy als Opfer der Verführung vou Seiten der lutheranisch-calvinischen ,Prädicanten' entschuldigt wird, der doch, wie es nns die Jahresbericbte des Jesuitenordens vor 1670 besagen, mit dem Protestantismus zu Patak aufzuräumen sich beflissen zeigt. Dass Franz Rákóczy nnr dem Zwange der Umstände nachgah, wenn er die protestantischen Forderungen befriedigte, weil er den protestantiscben Adel für seine politischen Zwecke branchte, zeigt sich klärlich dargelegt in dem Berichte der österreichischen Ordensprovinz unter der Rnbrik ,Adversa' zum Jahre 1669 . . . ,Stephanus Bocskay, supremus comes hujus comitatus stipatus praecipnis e XIII harum partinm comitatihns haereticis omnibns coëgit principem Rakoczinm reditus omnes annuos, qui mnltorum millium snnt, restitnere Praedicantibus, Professoribus et lndimagistris haereticis . . .'

[1] Gemeinhin wird die Snmme von 350.000 Goldgulden und der Verzicht auf die Trentschiner Güter angeführt. Ueber die Vermittlung seiner Mntter nnd seine Bereitwilligkeit, mit reichlichem Gelde die eigene Verirrung zu sühnen, s. Wagner, Hist. Leopoldi (Aug. Vindelic. 1719, I, S. 246, a. a. 1670). Was die Haltung der rasch eingeschüchterten Zempliner Gespanschaft betrifft, so s. darüber die zeitgenössiscben Aufzeichnungen in der magyarisch gescbriebenen Chronik des Bahocsay ,Fata Tarczalensia' in der Sammlung von Rnmy, Monumenta Hnngarica, azaz Magyar emlékezetes irások (3 Bde., Pest 1815—1817), I. Bd.

Die Bestrafung der Häupter des Wagnisses war nur ein Vorspiel zu weitschichtigen Untersuchungen des Thatbestandes und zu gerichtlichen Verfolgungen durch ausserordentliche Tribunale, die seit 1672 in Thätigkeit treten.

Anderseits hält sich aber auch die siegende Macht für berechtigt, den Sieg auszunützen und das neue Einrichtungswerk Ungarns in die Hand zu nehmen. Der entschiedenste Anwalt dieses folgenschweren Entschlusses war der Hofkanzler Hocher. Aus seinem bekannten Gutachten[1] athmet die Ueberzeugung, dass nur unnachgiebige Strenge den unbotmässigen Geist der Magyaren bannen könne. Man müsse ein ‚deutsches Regiment' errichten, und dem wohlthätigen Zwange werde sich der Magyare auch fügen lernen. Kaiser Leopold I. selbst hatte schon während der Krise dem Vorhaben, Ungarn auf einen anderen Fuss zu setzen,[2] Ausdruck gegeben, denn im Rathe der Krone war der damalige Vordermann, Fürst Lobkowitz, gleich Hocher der Ansicht, Ungarn habe seine Verfassung und Sonderstellung verwirkt und müsse den deutschen und böhmischen Erbländern angeglichen werden.

So beginnt ein Ausnahmszustand, das Octroy,[3] eine Wiener Cabinetsregierung für Ungarn, und ihr Vertrauensmann und Vollmachtsträger im Karpathenreiche der Stefanskrone, so weit es noch habsburgisch geblieben war, Kaspar Ampringen, der Deutschordensmeister, ein Fremdling im Lande, voll redlichen Willens, dem es jedoch an allen Vorbedingungen eines gedeihlichen Erfolges gebrach, sollte als kaiserlicher Statthalter, Gubernator, Ungarn in das neue Geleise drängen und des schwierigen Amtes, nach oben hin gefügig, nach unten hin unbeugsam, walten.[4]

---

[1] S. den Abdruck dieses hochwichtigen Gutachtens hei **Firnhaber**: Actenstücke zur Aufhellung der nngarischen Geschichte des 17. und 18. Jahrhnnderts, ‚Archiv für Kunde österr. Geschichtsqnellen', 8. Bd. (1852), S. 1—75.

[2] Vgl. darüber **Bidermann**, Geschichte der österr. Gesammtstaatsidee, I. Abth. (Innshruck 1867), S. 117—119, 123—124, 126—128, 147 . . .

[3] Vgl. **Károly**, A magyar alkotmány felfüggesztése, 1673ban Akad. értekez., 1883 (Bndapest). Sehr heachtenswerth sind die Ansführungen **Kazy's** (S. J.) in seiner Hist. regni Hung., III. Abth., S. 127 f.

[4] Das Decret der Bestallung Ampringen's, datirt von Wien, 27. Februar 1673, s. bei **Katona**, Hist. crit. r. Hung., XXXIV (1804), S. 103—108. Der officielle Titel Ampringen's nach einer Denkmünze (**Schönwisner**,

II.

Die Neuerungen warfen ihren Schatten schon frühzeitig voraus. Schon den 24. April 1671 schrieb Teleky, der hochstrebende Anwärter einer bedeutenden Zukunft, an seinen Dienstherrn, den Fürsten Siebenbürgens, Michael Apafy, er könne urtheilen, wie sehr man die ungarische Nation unterdrücken wolle, wie man allerlei Steuern einfordere, als habe man es mit ‚Bauern' zu thun. In Mähren und Böhmen sei es Brauch, dass man, wenn es dem Kaiser und dem Hofe beliebe, eine Steuer umzulegen, gedruckte Schreiben ins Land schicke, denen man Folge leisten müsse. Auch in Ungarn klebe man schon solche Weisungen an die Thore. Der Schreiber dieser Zeilen meint, es wäre im Interesse Ungarns, eine Botschaft an die Pforte auszufertigen und sich besonders an den Grossvezier zu wenden, weil ja auch der (protestantische) Glaube in Gefahr sei.[1]

So finden sich denn in diesem Schreiben gleichsam in Schlagworten die damalige Krise und ihr Gegengift angedeutet. Ein Wortführer des magyarischen Siebenbürgens nimmt für die gemassregelten Stamm- und Glaubensgenossen jenseits des Königswaldes Partei und weist auf die Pforte hin als wohlwollende Macht, die sich entscheidend ins Mittel legen könne.

Noch war jedoch die hohe Pforte, bei aller Willfährigkeit, insgeheim oder nebenher den Gönner einer magyarischen Gegenbewegung zu spielen, weit davon entfernt, sich offen den von ihrer siebenbürgischen Zufluchtstätte aus zum kleinen Kriege rüstenden Malcontenten anzunehmen, den ihr so bequemen und vortheilhaften Eisenburger Frieden zu brechen und das ihr damals mehr denn je verfeindete Polen Oesterreich in die Arme zu trei-

---

Notit. rei numm. ab orig. ad praesens tempus, Ofen 1802, p. 563) lautet: ‚Joannes Casparus, Dei gratia administrator Prussici ordinis Teutonici magnus magister, dominus in Freudenthal et Eulenberg, caesareae maiestatis regni Hungariae plenipotentiarius gubernator.' Vgl. über die Administration Ungarns auch die Bemerkungen bei Szalay, Magyarország története, 2. Ausg., V. Bd. (1866), S. 160—161, und den oben citirten Aufsatz von Károly. Von deutscher Seite A. Wolf, Lobkowitz, S. 335 bis 361, ‚Absolute Regierung in Ungarn'.

[1] Török magyar-kori okmánytár, herausgegeben v. Szilágyi u. Sziládi durch die ungar. Akademie, VII. Bd., 1871, S. 24—25, Nr. XVI. Michael Teleky an Apafy, 24. April, Huszt.

ben, wie dies das Schreiben des umsichtigen Grossveziers Ahmed Köprili vom 1. November 1672 klar andeutet, und auch Apafy, durch den ersten Misserfolg Teleky's zu Gunsten der ‚Heimatlosen' gewitzigt, liess sich erst allmälig für ein entschiedenes Zusammengehen mit der ungarischen Bewegungspartei gewinnen und dann erst dabei festhalten, als ihm Frankreich und die Pforte in ihrer Politik einen festeren Rückhalt boten.[1]

Der Kampf der Aufständischen gegen die kaiserliche Herrschaft und ihre Feldhauptleute war bereits seit dem Hochsommer 1672 im vollen Gange und suchte das ganze ostungarische Bergland heim.[2] In der Sároscher Gespanschaft, im Zipser Lande, namentlich jedoch um Kaschau im Abaujvárer Comitate, setzte es heftige Scharmützel ab, und mancher Ort fiel in die Hände der Malcontenten; aber das Manifest der Häuptlinge Kende, Szuhay und Szepessy v. 23. September d. J. hatte keine Massenerhebung des ‚freiheitsliebenden' und ‚glaubensstarken' Magyarenthums bewirkt,[3] und die Schlappe vor Kaschau vom 26. October 1672 zwang das kleine Heer der buntgemischten Freiheitskämpfer zum Rückzug. Aber der Bestand einer solchen Bewegungspartei, die das, was 1670—1671 misslungen war, wieder aufgriff, war und blieb eine Gefahr, und das Mittel ihrer Beschwörung, die kaiserliche Soldatesca, eine Nothwendigkeit, immerhin aber auch ein Uebel, weil es

[1] Zu dem Material, welches über die Anfänge des Kuruzzenkrieges und Apafy's rückhaltige Politik — dem Aufstande und der Pforte, andererseits Oesterreich gegenüber — bei Katona, XXXIV, aufgespeichert, in Szalay, V, Horváth, VI, Kerekgyártó, IV, Fessler-Klein, IV, verarbeitet oder angedeutet erscheint, gesellte sich in den letzten Decennien reichlich neues, so im Török magyar-kori okmanytár (s. oben), in Thaly's Adalékok a Thököly és Rákóczikor irodalom történetéhez (I. Bd., Budapest 1872, die confessionell-politische Dichtung der Aufstandspartei), in den Briefen Tököly's herausgegeben von Deák (Akad. Verlag, Budapest 1887) in der Correspondenz der Kuruzzen (a Bujdosék levéltára), herausgegeben von demselben, ebenda 1883; insbesondere aber von Alex. Szilágyi (im XV. Bde. der Monum. comitialia regni Transsylvaniae [1669—1674], Budapest 1892), der bereits in seinem Werke Erdélyország története, II. Bd., einen klaren Einblick in die Sachlage bot.

[2] Vgl. J. Pauler, A bujdosók támadása 1672ben (Századok 1869 in 3. Abth., 1, 85, 166).

[3] Das Manifest bei K. Wagner, Anal. Scepusii sacra et profana (in 4. Abth.), IV, 162, und daraus bei Katona, a. a. O., 28—30.

den alten Groll gegen die deutschen Miethlinge beim Adel, Bürger und Bauer mehr denn je wachrief. Auch die Bauernunruhen in der Arvaer und Liptauer Gespanschaft[1] waren bedenkliche Symptome.

Und in dieser schwülen Zeit, als ganz Ungarn in den Nachwehen der Ereignisse von 1670—1671 bebte und zuckte und einen neuen Bürgerkrieg auflodern sah, der Krieg gegen Frankreich drängte, und die Pforte immer deutlicher den Gönner des Aufstandes in Ungarn abgab, erliess der Kaiser das Patent vom 27. Februar 1673 zu Gunsten der neuen Ordnung der Dinge, und die ‚Statthalterei', mit Ampringen an der Spitze, nahm in Pressburg nun alsbald ihre Thätigkeit auf.

Das griff den Autonomisten Ungarns in beiden Glaubenslagern ans Herz; es traf auch hart den Ehrgeiz, das Selbstbewusstsein des Graner Primas Szelepcsényi, der sich bisher als ‚Locumtenens regis', Stellvertreter des Königs, gefühlt und die Leitung der Hochverrathsprocesse übernommen hatte.

Der Primas säumte auch nicht, als 1672 die Gubernatorsfrage auf der Bildfläche erschienen war, in der entschiedensten Weise für sein Locumtenentiat einzutreten, eine moralisch-politische Denkschrift einzureichen und Ungarns Loyalität gegenüber dem geplanten Staatsstreich zu verfechten.[2] Was Einige behaupten mögen, dem Ueberwinder und Rächer des Aufstandes stünde es frei, in Ungarn das, was ihm beliebe, zu verfügen, sei von der Wahrheit weit entfernt — heisst es darin — die Empörung das Verbrechen nur Weniger gewesen, das Ungarvolk in der Treue beharrt. Da es sich nicht in Waffen gegen seinen König erhoben, dürfe man es nicht besiegt, nicht straffällig nennen. Habe man doch vor anderthalb Jahren nach der Niederwerfung der Rebellen und ihrer Bestrafung als Hochverräther die wiederholte Versicherung unter Königswort empfangen, die Uebrigen würden bei ihrer verfassungsmässigen Freiheit belassen und nichts Gesetzwidriges verfügt werden.

So traf denn der neue Gubernator, die richtige Verkörperung des Ausnahmszustandes, des Octroy, überall auf sauere Mienen, auf den stillen, aber merklichen Antagonismus des

[1] Der Aufstand unter der Führung des Kaspar Pika, den General Spork von Trentschin aus mit aller Härte bewältigte.

[2] Vgl. Katona, a. a. O., 94—116.

Hauptes der ungarischen Kirche, auf passiven Widerstand auch dort, wo Ampringen auf Unterstützung in seinem dornigen Berufe rechnen durfte. Anderseits aber gewann die längst vorhandene Aufstandspartei, gewannen die ‚Verbannten', ‚Heimatlosen', ‚Flüchtigen' als bewaffnete Anwälte der ‚bedrohten Libertät Ungarns' an Credit; jetzt gelangen die Parteinamen ‚Kurucz' und ‚Labancz'[1] für die Aufständischen und deren Gegner zur Geltung, und ein wüster Krieg aufs Messer beginnt, dessen beiderseitige Greuel zu schildern nicht unsere Aufgabe bildet.

Und gerade damals mehren sich die bereits 1671—1672 eingeleiteten Zwangsmassregeln zur Rekatholisirung des protestantischen Ungarns,[2] treten zu Tyrnau und Pressburg, am Sitze des Reichsprimas und der Regierung, in volle Thätigkeit, jene ausserordentlichen Tribunale oder Gerichtshöfe, die das politische Verbrechen der sogenannten Magnatenverschwörung im Protestantismus aufzuspüren, an Lutheranern und Calvinern zu rächen bestimmt waren. Hatte man schon im Mai 1672 mit der Vorladung der Pressburger nach Tyrnau begonnen, so erreichten die Criminalmassregeln im Herbste 1672 und im Frühling 1674 ihren Höhepunkt und zogen das Protestantenthum des ungarischen Berglandes, insbesondere des westlichen, in Mitleidenschaft.[3]

---

[1] In der Sammlung Thaly's, s. ohen I, 31 f., findet sich znm Jahre 1672 ein ziemlich schwungvolles Lagerlied der Kuruzzen oder ‚armen Gesellen' (szegénylegények). Da heisst es heispielsweise in der Schlnssstrophe:

Bort kupámha, hort! emhert a gátra!
Tyúkody pajtás, indnljnnk rája!
Verjük által az lahanczot a másvilágra
Ugy ad Isten hékességet édes hazánkra —

Sodann folgt S. 39 zu Ende 1672 ein Spottlied der Luhenczer auf Paul Szepessy, Vicegespan von Borsód u. s. w.

[2] Ihrer werden wir gelegentlich im dritten Hanptabschnitte gedenken.

[3] Die zeitgenössische und auch die spätere Literatur üher diese Vorgänge ist ziemlich umfangreich. In erste Linie treten zwei Gegenschriften. Die officielle, katholische Rechtfertigung des gerichtlichen Einschreitens gegen den Protestantismus als Hanptschuldigen an der Verschwörung, aus der Feder des Primatialsecretärs Lapsanszky (s. ohen Anm. 1), der als ‚notarius publicus iudicii delegati Posoniensis' fungirte (vgl. Horányi, Memoria Hung. . . ., II, 464), erschien in lateinischer nnd deutscher Sprache 1675 in der Jesuitendrnckerei zu Tyrnan, dann wiederholt nachgedruckt, in deutscher Ausgahe 1683, in lateinischer noch 1721. Der lateinische Titel lautet: ‚Extractns hrevis et verus,

Bot schon die Zusammensetzung des Gerichtstribunals, des judicium delegatum, allen Grund zur Ueberzeugung im protestantischen Lager beider Bekenntnisse, dass es auf eine Vernichtung des Protestantismus abgesehen sei, so erweckt auch der Verlauf des ganzen Gerichtshandels, die Anklage des Kronfiscus auf Gotteslästerung, Religionsstörung und Theilnahme an der Magnatenverschwörung, die Erzwingung der Unterschrift eines das Schuldbekenntniss formulirenden Reverses, anderseits die Einkerkerung der dies verweigernden Mehrzahl und gar die Deportirung von 39 Reformirten und 22 Lutheranern (15. März und 1. Juli 1675) nach Neapel zur Galeerenstrafe den gerechtesten Zweifel an der Unbefangenheit des Gerichtshofes und das gemeinmenschliche Mitgefühl.[1] Die

qno candide demonstratur Acatholicorum Praedicantium e regno Hungariae proscriptio et degradatio facta esse respectn Rebellionis, non antem Religionis, eosdemque Praedicantes non in genere sed in specie convictos, jndicatos ac legitime condemnatos esse, dedicatns Regio delegato judicio Posoniensi' . . ., 57 SS., 12° (in der mir vorliegenden Tyrnauer Ausgahe von 1721); der dentsche Titel: ,Kurtzer vnd warhaffter Berichts-Ausszug, womit vnverholen vnd Sonnenklar erwisen wird' . . ., 50 SS., kl. 4° (in der mir vorliegenden Tynaner ersten Ausgabe vom März 1675). Gegen Lapsanszky's Schrift erschien zunächst: ,Hnngarische Prädicanten-Unschnld wider die dreissigfach unwahre Beschuldigung, damit allem Ansehen nach ein Jesnit unter dem Namen Johann Lapsanzki des delegirten kön. Gerichts in Hnngarn Secretarii in einem Gerichts-Auszug ganz unhegründet, falsch und verläumderisch fürgiht, dass die im K. Hnngarn nnkatholischen Prädicanten nicht in Ansehnng der Religion sondern der Rebellion wegen abgeschaffet und des Königreiches verwiesen worden.' Gedruckt im Jahre Christi 1675, 4°, nnd unter dem Psendonym Joh Krzestyansky aus Freyberg: ,Kurtze Nachricht entgegengesetzt dem Lügenhafften Bericht oder wie er genannt wird dem kurzen und warhafften Gerichts-Auszng eines wohlgezogenen Pulli Jesuitici Namens Johann Lahsansky' n. s. w. . . . ,zu gehührender Unschnldsvertheidigung' . . . (gedruckt 1683 in Verhindung mit dem Wiederabdrucke des Lapsanszky'schen Textates; einen früheren Druck kenne ich nicht). Dieser sogenannte Krzestyansky veröffentlichte im Jahre 1683 eine Schrift gegen Bársony's ,Veritas toti mundo declarata' oder ,Entlarvte Wahrheit', und zwar nnter dem Titel: ,Ausführliche Antwort auf die entlarvte Wahrheit' . . . Vgl. weiter unten.

[1] Die wichtigsten im Auslande vielverbreiteten Schriften sind die von M. Georg Lányi (Lanius), Rector der Schnle zu Karpfen: ,Narratio captivitatis et liberationis' . . ., deutsche Ansgahe 1676 (1677 neu aufgelegt): . . . ,Kurze und wahrhaffte Erzehlnng von der grausamen und fast unerhörten papistischen Gefängnuss wie auch von der wunderhahren

gesammte öffentliche Meinung des protestantischen Auslandes brach über diese Massregeln den Stab und verhalf den Kuruzzen zu einem besseren Credit. Der Aufstand erschien um so begreiflicher, ja gerechtfertigter, je dunkler sich die Schatten über dem kaiserlichen Regiment in Ungarn zusammenzogen.

Es war mehr als bedenklich, dass die Krone sich gewissermassen in den Dienst einer Partei stellte und den Hass, welchen das Verfahren dieser Partei erweckte, wider sich kehrte. Denn dass die katholische Hierarchie Ungarns und hinter ihr der Jesuitenorden auf diesem Wege das grosse Ziel erreichen, das Testament Pázmán's verwirklichen und den Protestantismus aus allen gedeckten Stellungen, die ihm noch seit dem Linzer Frieden verblieben waren, drängen wollten, erschien dem Protestantismus als ausgemacht. Das im Jahre 1671 erschienene Büchlein des Probstbischofs Georg Bársony, die ‚Veritas toti mundo declarata', führte eine zu deutliche

Erlösung' u. s. w., worin er seine eigenen Erlebnisse schildert, und die des Schulrectors von Rimabrezó in der Gömörer Gespanschaft, vormals Pastors in Neusohl, Johannes Simonides, der mit anderen Genossen den Weg anf die Galeeren Neapels einschlagen musste, nnter dem Titel ‚Galeria omninm sanctorum catenis christianae virtutis sibi devinctorum nominibns et symbolis in procelloso mnndi pelago secure et cnm honore circumvehendis' ... (nen herausgegeben von Fabó in deu Monum. evangelic. ang. Confess. in Hungaria historica, III, 1865, S. 357 bis 386), verdeutscht in dem von Grellmann herausgegebeneu Magazin für Geschichte, Statistik nnd Staatsrecht der österr. Monarchie, I (Göttingeu 1806), S. 146—214. — Für die Geschichte der gerichtlichen Verfolgung des Protestantismns als Mitschuldigen der Verschwörung ist einer der genauesten Berichte ans der zeitgenössischen Feder des exilirten dentschen Pastors von Karpfen, Johannes Burius, unter dem Titel ‚Jesu Benedicente labori pio Micae historico-chronologicae evangelico-pannonicae ΣΚΙΑΓΡΑΦΙΚΩΣ collectae et adumbratae opella vigilaci diutina Joannis Burii Laureati Poëtae tunc pastoris Germani Carponensis, nunc Jesu Christi exulis dnodecennis anno vero Christi MDCLXXXV et insequentibus in ordinem redigi coeptae' ex autographo Posoniensi edidit Panlus Lichner (Pressburg 1864). Deu Hanpttheil macht die Geschichte des ‚Judicium Posoniense anno 1673' und der weiteren Massregeln bis 1677 (mit zahlreichen Personalnotizen) aus (S. 1—110); dann folgt ein Catalogus exnlum ex Hungaria vom Herbste 1673 (S. 110—142); ein Catalogns exulum Hungaricorum vom Jahre 1674 (S. 142—170; ein Catalogus exulum Hungariae, qui in Transsilvania perfugium qnerere coacti erant (S. 170—179); andere und solche Verzeichnisse mit den Additamenta Johannis Burii auctoris ortsgeschichtlicher und biographischer Natur (S. 189—220).

Sprache.[1] Lutheraner und Calviner sahen in dem Hereinzerren ihres Glaubens in die Magnatenverschwörung, im Ausbeuten und Breitschlagen der unseligen zwei Briefe Witnyédy's an Ambros Keczer und Niclas Bethlen von 1668 und 1669[2] und eines Schreibens aus der Kanzlei des Ofner Vezierpaschas[3] nur ein unlauteres Mittel zu jenem Endzwecke. Denn, wenn man auch die Echtheit dieser Correspondenzen nicht anfechten mag,[4] eines vor Allem darf nicht übersehen werden: die Leiden-

[1] Wir werden dieses wichtigen Büchleins an anderer Stelle des Näheren gedenken.

[2] Diese zwei Briefe finden sich bei Lapsanszky in der lateinischen und deutschen Ausgabe abgedruckt (dort S. 7—11, hier 13—16). Beide sollen in Chiffrenschrift abgefasst gewesen sein . . . ‚quarum cifras in aliquot phileris explanatas Deus mirabili modo patere volnit per intimum qnemdam Comitis Nadastii familiarem‘ (= vom Hofgesinde des hiugerichteten Magnaten Franz Nádasdy, zu dessen Ministerialen bekanntlich auch die Familie Witnyédy zählte); von dem Briefe Witnyédy's an Bethlen heisst es bei Lapsanszky: ‚per cifras scriptarum . . . ex Ungarico in Latiuum versarum ac uti ex contextu apparet mense Maio anno 1669 Eperiesini datarum‘ . . . Sie finden sich auch bei Bnrins, Micae (S. 17—18), in der Ausgabe Lichner's, bei Krzestyansky u. a. O. abgedrnckt.

[3] Den Brief an den Ofner Vezierpascha citirt, aber nur inhaltlich ohne nähere Angaben, Wagner in der Hist. Leop., I, 336—337 und lässt ibu (sammt den Unterschriften und Siegeln der protestantischen Geistlicben) dem Commandanten von Komorn, Freiherrn v. Hofkirchen, übersenden, wodurch die Regierung zur Kenntniss der Sache gekommen sei. Bei Lapsanszky findet er sich speciell gar nicht erwähnt. In der Anklage des Fiscals, welche sich da (lateinische Ausgabe S. 14—15, deutsche Ausgabe S. 18—20) verzeichnet findet, heisst es nur: ‚Frequentes correspoudentiae cum Turcis . . . Turcas in subsidium data pecunia sollicitaverint, Turcis et Rebellibus sacerdotes vendiderint‘ . . .

[4] Man begreift, dass sich die Apologie des Krzestyansky (deutsche Ausgabe S. 19 f.) besonders gegen die absolute Beweiskraft der chiffrirten Briefe Witnyédy's stemmt und nicht ohne Geschick (S. 23) darlegt, welches Hauptgebrechen einem solchen Beweisverfahren anhafte. ‚Nnu will ich . . . gefragt haben: Ob man einen citirt und vor dem Gericht schon stehenden Beklagten, und zwar in einer so hochwichtigen Sach Criminis laesae majestatis, daran Leib und Leben, Ehr und Redlichkeit, ja alle zeitliche Wohlfart hanget: Ob man, sag ich, anf Anhalten des Actoris und Gegenpart, welcbe doch nichts anders zum Beweiss, als etwa einen mit Charakteren, und zwar nicht an den Beklagten, sondern einen andern geschriebenen Brief dem Gericht vorlegen kann; selbigen die Judices für schnldig erkennen, daraus convinciren und verdammen könne von Rechts wegen?‘ u. s. w.

schaftlichkeit und masslose Projectenmacherei, der Sanguinismus des Heisssporns Witnyédy,[1] der von den grössten Erfolgen träumte, über die reichlichsten Mittel zu einer Revolution verfügen zu können glaubte und in der persönlichen Befreundung mit protestantischen Geistlichen des ungarischen Oberlandes, in der confessionellen Interessengemeinschaft schon die Bereitwilligkeit zum fertigen Aufstande, zur bewaffneten Massenerhebung verbürgt sah.

Es war unter allen Umständen misslich, dass die vertraulichen Briefe Witnyédy's, die doch den Zweck hatten, mit seinen Hilfsmitteln zu prunken, zu verbuchen, was er Alles zur Verfügung habe, um den ‚papistischen Hunden'[2] die Wege zu weisen, den auf Umwegen[3] in mysteriöser Weise erbeuteten

[1] War es doch Witnyédy, der zur Zeit der sich vorbereitenden Magnatenverschwörung den tollen Plan entwarf, den Kaiser auf seiner damaligen Hochzeitsreise gefangen zu nehmen, was den Palatin Wesselényi derart in Harnisch gebracht haben soll, dass er den Querkopf kalt gemacht wünschte. Die ganze von Fabó herausgegebene Correspondenz Witnyédy's athmet eine solche sich und die Mittel überschätzende Leidenschaftlichkeit.

[2] ‚Nos omnes pro Deo, ecclesia et libertate pugnaturi et morituri: Et papistas canes docebimus,'... heisst es in dem Schreiben Witnyédy's an Bethlen (Lapsanszky, lateinische Ausgabe S. 11).

[3] Bei Lapsanszky, a. a. O., S. 6, heisst es darüber: ‚De mortuo Wittnyedio ephebus quidam praecipui Rebellium Hungariorum Domini, ex Transsylvania in patriam redux, idemque Predicantis filius et ideo conscius quaenam tractaverit cum Predicantibus acatholicis Wittnyedius: sciens praeterea idem Ephebus secretiores Wyttnyedianas literas esse penes suum Dominum: spopondit coram inclyti gubernii excellentissimis et illustrissimis consiliariis, se rediturum in Transylvaniam et originales Wittnyedi literas secretas allaturum (es musste der Brief an Andreas Keczer, einen dem Hause Tökölyi nahestehenden Adeligen Oberungarns, auch nach Siebenbürgen gerathen sein. In den Briefen Emerich Tökölyi's kommt Ambros Keczer nur einmal 1670, 25. December, als ‚szegény apám', in der Correspondenz der ungarischen Kuruzzen, ‚hujdosók', gar nicht vor, häufig dagegen Meinhard Keczer) inductus ad hoc mille Imperialium promissione; datisque mox illi centum imperialibus, profectus est statim et binarum, prout hic sequuntur, copiatarum litterarum originales juxta promissum exhibuit' ... Vgl. die bitteren Ausfälle über diesen Anonymus bei Krzestyansky (deutsche Ausgabe S. 19 ... ‚Erstlich kann niemand wissen, wer der bekanndte und ungenannte Diener und wer sein Herr gewesen, bey dem er gedient, dessen Namen man wol eines Mit Rebellen und Complicis hätte aufzeichnen können,

Nachlass eines todten Mannes ausmachten, den keine Gewalt der Erde vor die Gerichtsschranken zerren und seinen angeblichen Verschwörungsgenossen Aug' in Aug' gegenüberstellen konnte.

Die Anklagepunkte stehen überhaupt mit dem Beweismateriale und mit der Verantwortung der Angeklagten in keinem richtigen Verhältnisse, und wenn man die Hast erwägt, in welcher man sie zu den ‚Reversen' über ihre Schuld drängte, [1] so wird der Eindruck noch ungünstiger. Jedenfalls dürfte nicht der gesammte Protestantismus als Mitschuldiger an den Plänen einer Minderheit von nichtkatholischen Magnaten, Edel- und Bürgersleuten gelten. Dass sich die Massenverhöre und

so etwas daran geweseu wäre, Item, wie der innerste Frennd Nadasdy, der die verborgene Ziffern an Tage gegeben, seinen Herrn zwar wie Judas verrathen, aber sicb gleicbwol mit Petro bekebrt, wie er, sag ich, mit seinem Namen geheissen? Desseu allen man keinen Scheu hätte tragen sollen; doch stebt es frey, der Sachen genaner nachzusinnen. Erstlich stehet im Gerichtsauszug (Lapsanszky's), dass gedachter Bediener aus Siebenbürgen in sein Vatterland zurück gereiset: wohin aber und in welch Vatterland? Niemand weiss es. Item ist er eines Prädicanteu Sohn gewesen, was macbt er aber zu Wien oder zu Pressburg bey den päbstischen Pfaffen?' . . .

[1] Bei Lányi (deutsche Ausgabe C) heisst es: ‚Es wurde aucb von denen citirten nicbts anders begehrt, als bloss die Subscription oder Unterschreibung der Reversalen, und wenn das geschehen, so wäre die Sache schon ricbtig'; dann folgen die Formularien des Reverses derer, a) so aus dem Lande zogen, und b) so im Lande geblieben. Vgl. deu ungleich genaner und ruhiger schreibenden Bnrius in seinen ‚Micae' über die Rolle des Convertiten Grafen Illésházy, als Mittelsperson des ‚Judicium delegatum', S. 30 ff.; insbesondere die Stelle S. 33. Simonides bemerkt darüber in seiner ‚Galleria Sanctorum' S. 361 (Ausgabe Fabó): ‚Variae erant reversalinm formulae saepiusqne mntatae, re tamen et materia eadem semper manente, nempe fassione rebellionis et vel ministerii abdicatione, vel spontanea e regno migratione . . . His reversalibus cum in judicio anni 1673 omnes snbscripserint, in boc qnoqne ultimo judicio (1674) ante, in et post, variis modis, minis et promissis ad subscriptionem citati compellebantur.' — Lapsanszky (S. 25—26, 33—38) kann uns in seiner gewundenen Darstellung nicbt glauben machen, dass Alle, die solche Reverse unterschrieben, sich für überwiesene und begnadigte Uebelthäter hielten. Und ebensowenig vermag uns Wagner (Hist. Leopoldi, I, 337—338) davon zu überzeugen. (Ejnsmodi scripto ducenti triginta et sex ministelli [= Prädicanten], nomina sua insernere, uti in Posoniensi Chartophylacio hodiedum exstant.) Das manche Uebertreibnngeu im Schildern der Kerkerleiden z. B. (vgl. Lapsanszki, a. a. O., 42—57), nnterlaufen mochten, mag richtig sein, insbesondere, was die Kerkermeisterrolle des Jesuiteu Kellins betrifft.

Verurtheilungen vor Allem auf protestantische Priester und Lehrer[1] bezogen, stellte den ganzen Handel in ein um so gehässigeres Licht und schien zu beweisen, wohin eigentlich der Schlag zielte.

Kaiser Leopold I. war bei aller Stärke seiner katholischen Ueberzeugungen eine rechtlich denkende Natur. Ihn erfüllte in der Ferne der Glaube an die Unbefangenheit jener Männer, in deren Händen die Gerichtsverhandlungen lagen, und er hatte keine Ahnung von der Grösse des Hasses, der sich im protestantischen Lager ansammelte und den Deutschbürger, den natürlichen Schutzbefohlenen und Interessenverbündeten der Krone, kopfscheu und unzufrieden erscheinen liess.

III.

Tiefer blickten manche Zeitgenossen, und das Wort dürfen da mit Fug und Recht die Vertreter der Signoria Venedigs beanspruchen, welche in der Regel ein scharfes Auge namentlich für die Zustände im Nachbarstaate Oesterreich bekundeten und als gute Katholiken gewiss keiner warmen Voreingenommenheit für den Protestantismus geziehen werden können.

So schreibt der Cavaliere Maria Zorzi in seiner Finalrelation über das Jahr 1670:

‚In Ungarn erfolgten die wohlbekannten Neuerungen. Das Land besitzt gemeinsam mit Croatien das Vorrecht der Königswahl. Vielleicht wird man geltend machen, es habe diese Prärogative verwirkt und man könne Ungarn als mit den Waffen erobert behandeln. Bis zur Stunde schritt man noch nicht zu einer solchen Kundmachung. Immerhin bewegen sich die Vorgänge bis zum halben Wege, die Absicht zu erreichen. Die Ungarn werden ihrer Vorrechte entäussert, mit Auflagen bedrückt. Man führt Söldner ein, erbaut Festungen, klare Anzeichen, dass man sich das Herz und den geheimen Plan erleichtern wolle. Die Ungarn, jeder Unterstützung entäussert und der Beraubung elendiglich überlassen, beweinen ihr Missgeschick, indem sie den inneren Groll verhehlen. Es ist wahrscheinlich, dass beim ersten Anlasse die Flammen der Entrüstung und Rache auflodern werden. Wenn die Türken den Aufforderungen

[1] Die genauesten Daten bei Burius, a. a. O.

Digitized by Google

der Rebellen ihr Ohr leihen, so ist eine allgemeine Bewegung auch unter den Gehorsamen zu befürchten, da sie durch die Strenge der Massregeln erbittert sind, überdrüssig, ihre Freiheit unterdrückt, ihre ältesten Rechtsordnungen verwirrt und für das Verbrechen Weniger die Strafe allgemein verhängt zu sehen.'[1]

Der venetianische Botschafter rühmt allerdings die mit geringem Aufwande von Mitteln gewonnenen Erfolge Leopolds, nachdem es ihm gelungen sei, die ,treuloseste Rebellion' niederzuwerfen; er beglückwünscht den Herrscher, der seine Autorität ,ohne Blutvergiessen' aufrecht erhalten konnte. — Indem er insbesondere auch Croatiens gedenkt, frohlockt er über die glückliche Bannung der durch den Aufstand dem Christenglauben damals drohenden Gefahren und bricht über die Rebellen den Stab. Aber er kommt auch auf die Gefährdungen der Sachlage durch die zweifelhafte Haltung des Siebenbürgerfürsten, des Schützlings der Pforte, und auf Frankreich, ,den Dorn', das ,Damoklesschwert', den für das Haus Oesterreich unseligen ,Kometen', zu sprechen. Die Freundschaft Polens habe man durch die Vermählung der Schwester des Kaisers mit dem Polenkönige gesichert.

Als der Botschafter Cavaliere Zuanne Morosini seinen Schlussbericht 26. Juli 1674[2] erstattete, stand es in Ungarn längst so, wie es Zorzi befürchtet hatte. — Bedeutsam zunächst ist das, was der venetianische Nobile über das Wesen Leopolds I. aufzeichnet.

Der Kaiser sei klug, fähig, das Wesentliche aller Begebnisse, die eigenen und die fremden Interessen zu unterscheiden, die Absichten und geheimsten Angelegenheiten seiner Minister herauszufinden, und er würde auch rasch zu Entschlüssen gelangen, wenn er mehr Selbstvertrauen besässe, sich von einer gewissen ihm angeborenen Unsicherheit frei machen könnte und nicht allzusehr bedacht wäre, sich der Stimmenmehrheit im Rathe der Krone anzuschliessen. Seit den Anfängen seiner Regierung hätten seine Beichtväter aus dem Jesuitenorden ihm

[1] Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Oesterreich im 17. Jahrhundert, II. Bd. (Fontes rer. Austr., 2. Abth., XXVII. Bd.), 1867, S. 119 ff. (datirt vom 19. Jänner 167), insbesondere S. 123—125.

[2] A. a. O., S. 143 ff., insbesondere S. 144 und 153.

diese allzu kluge Zurückhaltung eingeflösst, unter dem Vorwande, in solcher Weise sein Gewissen sicher zu stellen, aber vielleicht ‚mit geheimeren und weltlicheren Absichten', wie dies mehrmal die Erfahrung gelehrt habe.

Die Sachlage in Ungarn kennzeichnet der Schlussbericht mit folgenden Worten:

‚Ungarn, von seinen alten Uebeln aufgeregt, gegenwärtig seiner Privilegien entkleidet, in seiner Regierungsform zur exemplarischen Strafe umgestaltet, wird vom Hofe nach der Rebellion als Erbreich angesehen und ist in schlimmerer Lage in Folge der äusserst gewaltsamen Mittel, die man zu seiner Heilung in Anwendung brachte. Man kann nicht genug wiederholen, wie gross die Erbitterung der Völker anlässlich der in Anwendung gekommenen Strafen und vor Allem der Groll der Protestanten zufolge des bethätigten Entschlusses sei, ihnen die Kirchen zu entziehen und einen anderen Glauben aufzudrängen.'

Dennoch sollte der Wiener Hof, wie fest auch sein Glaube an die Stärke seiner Stellung in Ungarn war, allmälig zur leidigen Erkenntniss kommen, dass die inneren Gefahren mit den äusseren wüchsen, und dass angesichts derselben und der lähmenden Gewalt des passiven Widerstandes der ungarischen Verfassungsfreunde — des Kernes der Nation — gegen das Octroi letzteres bald den Boden unter den Füssen verlöre und die einzige Bürgschaft eines dauernden Erfolges vermissen liesse, das Gefühl kraftvoller Sicherheit in der Vollendung und Wahrung dessen, was man begonnen.

Den Ausgangspunkt der äusseren Krise bildet das Ableben des Polenkönigs Michael Wisnowiecki und (20. Mai 1674) die Wahl eines neuen Herrschers in der Person Johann Sobieski's. Nun konnte mit besserem Erfolge zu Gunsten der Kuruzzensache in Polen und Siebenbürgen gearbeitet werden. Marquis Béthune, der Schwager des neuen Polenkönigs, wird als Vertreter Frankreichs in Warschau die treibende Kraft der beiderseitigen Action, die in Siebenbürgen den rührigsten Anwalt an Michael Teleky besitzt. So kommt es schon 1676 zur Einfädelung der späteren Fogarascher Liga zwischen den Kuruzzen, Siebenbürgen und Frankreich, das von Polen herüber die Aufständischen unterstützt, und, wenngleich Grossvezier Köprili noch immer einem Bruche mit Oesterreich ausweicht,

dennoch zu geräuschlosen Freundschaftsdiensten der Pforte in der gleichen Richtung.[1]

IV.

Diese Verwicklungen und die unerquickliche Sachlage in Ungarn hatten schon anfangs 1675 den Wiener Hof znm Einlenken bestimmt. Spricht schon dafür die Thatsache, dass man den Besatzungen der Grenzfesten des kaiserlichen Ungarns, wie Veszprim, Pápa, Tihány, Vasonkö, Léva, Fülek, protestantische Glanbensübung einräumte, dass von Kaschau aus, woselbst Spankau als kaiserlicher Obercommandant des nördlichen Reichstheiles seinen Sitz hatte, Verordnungen ausgingen, welche einerseits den Kuruzzen bedingte Amnestie, anderseits den Evangelischen in jeder Gespanschaft einen Prediger zuerkannten, so erscheint als massgebend vor Allem die Berufung von Bischöfen und Magnaten als Delegirter nach Pressburg und Wien zur Berathung über die Sachlage.[2]

Was da die Vertreter Ungarns als Heilmittel vertraten: die volle Herstellung der nngarischen Verfassung, die Einberufung eines Reichstages, die Wahl eines Palatins, die Verlegung der fremdbürtigen Soldtruppen aus dem Lande, die ausschliessliche Besetzung der öffentlichen Aemter, war allerdings so viel, dass die Räthe der Krone zur entschiedenen Einsprache herausgefordert wurden und nicht gewillt waren, das so entschlossen in Angriff genommene Einrichtungswerk mit einem Male fallen zu lassen.[3] Immerhin liess jedoch die Krone

---

[1] Interessant über die äusserliche Haltung der Pforte ist das Schreiben des kaiserlichen Feldhauptmanns Spankau an den siebenbürgischen Magnaten Dionys Bánffy aus Kaschau (18. Februar 1674). Die Pforte wolle hintertreiben, dass der kaiserliche Hof Polens Verbündeter, Correspondent und Helfer werde ... ‚Quoad rebelles — compromissiones facit, quod illos vel ex ditionibus suis pellere, vel vero trucidare omnino curabit, haec spondet et vovet, prout magnificns dominus ex incluso certo litterarum extractn percipere uberius poterit (Török-magyarkori okmánytár, S. 202—203).

[2] Vgl. Fessler-Klein, IV, 359.

[3] S. die bemerkenswerthe Stelle in Wagner, Hist. Leopoldi, I, 548. ‚Erat hoc consilinm ejus persimile qui naufragii evitandi spem nullam diceret, nisi fluctibus gubernacnla permitterentur‘ ...

ihre Geneigtheit zum Erlasse einer Amnestie und für Zugeständnisse kundgeben. Ueberdies bemühte man sich, bei den Unterhandlungen mit dem Fürsten von Siebenbürgen die confessionelle Tendenz der bewussten Strafmassregeln in den Jahren 1672—1674 entschieden in Abrede zu stellen, wie dies das Schreiben des kaiserlichen Vertrauensmannes, Stefan Orbán, an den Vertreter Michael Apafy's, den Obergespan von Doboka, Ladislaus Csáky darlegt.[1] Jedem stünde es frei, seinen eigenen Glauben zu bekennen, Niemand werde zum Glaubenswechsel gezwungen oder verliere, wenn er sich nicht dazu bequeme, die Gnade des Herrschers. Nur jene Kirchen habe man den Katholischen zurückgegeben, auf welche sie berechtigter Weise Anspruch machen konnten. Kirchen, die von Protestanten erbaut wurden, seien aus triftigsten Anlässen und Rechtsgründen in Besitz genommen worden, und auch dabei habe die k. k. Majestät ihre Milde nicht vermissen lassen. In Bezug der Ausübung des Glaubens könne man sowohl dies- als jenseits der Theiss Oertlichkeiten oder Confinien anführen, allwo die ‚einzelnen Prädicanten' ihren Unterhalt fänden und ihres kirchlichen Amtes walten könnten. Was die in Haft gesetzten oder vertriebenen Prädicanten beträfe, so habe man sie nicht aus confessionellen Beweggründen, sondern als Rebellen und Majestätsverbrecher vor den königlichen Fiscus belangt, auf gewohntem Rechtswege überwiesen und als dieser Verbrechen schuldig verurtheilt. Man könne daher ihre Wiedereinsetzung und Rückkehr rechtmässig nicht fordern. Alle weiteren zwischen der ungarischen Krone und Siebenbürgen schwebenden Angelegenheiten werde die dazu in Kaschau bestellte Commission austragen.

Während der Bürgerkrieg, die wilde Fehde zwischen Kuruzzen und Labanczen, in Ostungarn hin- und herwogt, und der Nachfolger Spankau's im Kaschauer Obercommando, Graf Strassoldo, mit einem neuen Aufrufe vom 20. Februar 1676,[2]

---

[1] S. den lateinisch geschriebenen Brief in dem von **Deák** herausgegebenen ‚Bujdosók levéltara' (Budapest 1883), S. 243—246, datirt vom 27. November 1675.

[2] **Katona**, XXXIV, S. 242 f. Vgl. die **Fragm. hist. Hung.** (2. Abth. zum Jahre 1676, S. 535 f.) für die Jahre 1667—1681 zu Kaschau von einem Jesuiten, Cornelius (Kornelj), anonym herausgegeben, einem Zeitgenossen seiner Ordensbrüder, des magyarisch schreibenden Chronisten **Spangár**,

worin Amnestie in Aussicht gestellt wird, die Rebellion beschwören soll, hatten wieder Versuche stattgefunden, die schwebende politische Frage einer Lösung entgegenzuführen. Sie knüpften sich an die Verhandlungen Barkóczy's mit den Räthen der Krone zu Wien.[1] Allerdings erlangte er nicht die begehrten Zugeständnisse, doch aber die Ermächtigung zu weiteren Negotiationen mit der Bewegungspartei.

Eine günstigere Wendung schien die Annahme der Amnestie seitens des Kuruzzenführers Kende und seiner Waffengenossen in Aussicht zu stellen,[2] aber der Kern der Aufständischen war und blieb von einem solchen Schritte weit entfernt.

Gegen den Vertrag Kaiser Leopolds I. mit Sobieski vom 24. April 1677[3] spielte die ungarische Bewegungspartei den Einfluss der Polenkönigin aus und behauptete die Erlaubniss, Truppen in Polen zu werben. Die französische Botschaft nach Siebenbürgen und Apafy's Gegengesandtschaft führten 27. Mai 1677 zu neuen Vereinbarungen zwischen Frankreich und Apafi, denen zufolge der Fürst Siebenbürgens als Oberfeldherr der Föderation, Teleky als Stellvertreter mit einem Beirathe von zwölf Vertrauensmännern der Kuruzzen den Kampf aufnehmen sollten. Ohne Genehmigung Frankreichs dürfe kein Separatfriede abgeschlossen werden.[4]

---

und des lateinisch schreibenden Pragmatikers F. Kazy aus der Zeit Karls VI. und der Anfänge Maria Theresias.

[1] Wagner, Hist. Leopoldi, I, 552.

[2] Vgl. Fessler-Klein, IV, 361, der sich auf die Hist. des troubles d'Hongrie, II, 61 f., stützt. Wagner, Hist. Leopoldi, I, 552, behandelt das Gleiche als Ergebniss der Unterhandlungen Barkóczy's mit den Rebellen zu Eperies. ‚Eius industria rediere ad fidem 1500, ceteri ad 10 millia conditiones scripsere tam abhorrentes, ut vel adscribere pudeat: Jesuitarum hos esse laqueos, aiebant: hanc cantilenam non velle aliud ac, ut, proiectis stulta credulitate armis, in cruces ac secures se ipsi induant. Itaque, ut provisum fuerat, frustra id conventiculum fuit.'

[3] Lünig, Reichsarchiv, Pars spec. cont., 444 ff. Katona, XXXIV, 263 bis 271. Der Schwerpunkt dieses Vertrages lag in der gegenseitigen Verpflichtung, jede Unterstützung rebellischen Unterthanen zu entziehen und allen Gewaltthaten vorzubeugen. Vgl. über die Beziehungen Polens zu den Kuruzzen 1674—1677 die Acta hist. res gestas Poloniae illustrantia, Vol. III (Krakau 1879).

[4] S. den Vertrag in Török-magyarkori okmánytár (VII. Bd., 313 bis 419).

Anfangs des Jahres 1678 gestalteten sich die Beziehungen Frankreichs zu Michael Apafy und den Kuruzzen noch enger, und der Versuch einer Gegenrevolution in Siebenbürgen unter der Führung Paul Béldy's und Ladislaus Csáky's, auf welche Oesterreich manche Hoffnungen setzte, misslang ebenso wie der Versuch dieser Gegner Teleky's, die Gönnerschaft der Pforte zu gewinnen. Denn der neue Grossvezier Kara Mustafa, der Nachfolger des (20. October 1676) verstorbenen Ahmed Köprili, neigte weit mehr zu einer Schilderhebung gegen Oesterreich, wenngleich sein Entschluss erst später reifte.

Der Wiener Hof hatte seit Ende 1677 die Pacificationsangelegenheit, die ungarische Ausgleichsfrage, wieder in Angriff genommen und im December von den Bischöfen nnd Staatsräthen Gutachten begehrt. Nicht Alle dachten so starr und unversöhnlich wie der alte, dem Tode nahe Probstbischof Georg Bársony, der nur von der Vertilgung der Ketzerei wissen wollte. Staatsmännischer äusserte sich der Neutraer Bischof Gubasóczy (Januar 1678),[1] der angesichts der drohenden Kriegsgefahr von Seite des ‚Halbmondes' nnd des ‚gallischen Hahnes'[2] zunächst die Einsetzung einer ‚Pacifications-Commission' anrieth und den Ton darauflegte, dass sich das Ungarnvolk am besten durch Güte beherrschen lasse.

Dass die Gemüther ziemlicher Erregung voll waren und es nur eines Anlasses bedurfte, um zwischen den ungarischen Verfassungsfreunden und den Vertretern des Octroi eine stürmische Auseinandersetzung herbeizuführen, beweisen am besten die Vorgänge in der Pressburger Maiconferenz (1678). Als der österreichische Hofkanzler Hocher, seit dem Sturze des Fürsten Lobkowitz (1675, 4. Oct.) noch massgebender im Rathe der Krone mit seinen unentwegten Anschauungen von der Nothwendigkeit des Octroi, dahin abging und den gegentheiligen Forderungen der Ungarn schroff begegnete, erhob der ungarische Hofkanzler, Magnat Thomas Pálffy, seine Stimme zu Gunsten der Verfassung und Freiheit Ungarns, und als Hocher der angebliche Ausruf

---

[1] Vgl. **Kazy**, Hist. regni Hnng., IIIa, 1663—1681 (260 ff.), und **Katona**, a. a. O., 290 f. Das Gutachten **Bársony's** bei **Kazy**, S. 226, bei **Katona**, 305.

[2] ‚Hostis nec in hieme est otiosus, Luna Ottomanica de nocte surgit, ut Christianos ingulet. Gallus similiter vigilat et socius querit confoederationis' (**Katona**, S. 300).

entschlüpfte: Leopold würde glücklich sein, wenn er nur Einen von zehn Ungarn treu befände, brach Pálffy gegen den ‚Hofdiener‘ los und nannte ihn schliesslich einen ‚Windbeutel‘ (nebulo), worauf die Conferenz in heftiger Aufwallung und ohne Ergebniss abgebrochen wurde.[1]

V.

Aber auch im Lager der Kuruzzen und ihrer siebenbürgischen Freunde fehlte es nicht an ernstlichen Zerwürfnissen, wohl aber an ausgiebigen Waffenerfolgen. Paul Béldy hatte sein gewagtes Spiel verloren, dafür entstand ein ernstliches Zerwürfniss zwischen Teleky und Wessélenyi, dem Feldhauptmann der Kuruzzen. Die Truppen der säumigen Franzosenofficiere: Boham und Forèval, waren weit schwächer, als man erwartet hatte, und der Vorstoss Teleky's gegen Kaschau und das Sároscher Comitat schloss bald (Mitte August 1678) mit dem Rückzuge des Ministers Apafy nach Kővár.

Um diese Zeit tritt bereits Graf Emerich Tökölyi,[2] der Sohn Stefans, des Genossen der Magnatenverschwörung, in den Vordergrund. Geburt, Besitz und äussere Vorzüge liessen ihn zu einer führenden Rolle wie geschaffen erscheinen, und die Gunst Teleky's ebnete ihm hiezu den Weg. Hinter ihm lagen die schlimmen Jahre der Flucht und Verborgenheit; die Zeitlage, die Gesinnung Frankreichs und der Pforte schienen günstig, die Abberufung des grausamen kaiserlichen Generals Kobb von Neudingen, eines stahlharten Kriegers, den weder Wurm, noch später Leslie ersetzten, versprach den Kuruzzen Erfolge. Tökölyi gewinnt im östlichen Berglande Boden, er kann sich vom Gömörer Comitate aus bis in die Bergstädte vorwagen, im October 1678 dort bereits den Herrn spielen, Münzen

[1] Vgl. (Cornelius) Fragm. hist. Hung., IV. Abth. von 1675 an, S. 55 ff. . . . ‚Ad extremnm Nebulonem compellat et aliis ejusmodi, quae hilis ahnude sufficit, maledictis copiose exagitat.‘

[2] Die Tagebücher Tökölyi's waren bruchstückweise in Kovacsóczy's Zeitschrift ‚Arpádia‘, I, 63 f. im Tudományos gyüjtemény 1830, V, S. 37 f., mitgetheilt worden; Torma gab sie von November 1676 bis 16. Mai 1678 in den Monum. Hung. hist., 2. Abth., 18. Bd. (1866) heraus, den wichtigen Briefwechsel Tökölyi's mit Teleky 1668—1687 Deák (1882), die Tagebücher für die spätere Epoche 1689 und 1693—1694 Thaly und J. Nagy.

schlagen lassen, die ihn als ‚Fürsten der Ungarischen Reichstheile' und den Franzosenkönig als ‚Vertheidiger Ungarns' der Welt ankündigen.[1]

Eine abenteuerliche Erscheinung, der ehemalige Canoniker von Erlau und Pfarrer zu Tállya in der Hegyallja des Zempliner Comitates, P. Józsa, greift als Kuruzzenführer zu den Waffen und streift bis an die Nordwestgrenze Ungarns.[2]

Angesichts all dieser bedrohlichen Vorgänge musste die Wiener Regierung den immer wieder abgerissenen Faden der Unterhandlungen nach zwei Seiten hin wieder ernstlichst aufgreifen, ja es schien die Sendung Paul Szalay's aus dem Kuruzzenlager, December 1678, an den Wiener Hof einen Ausgangspunkt für die Anbahnung des inneren Friedens bieten zu können,[3] und dies umsomehr, als die Niederlage (November), welche Tökölyi im Waaggebiete von den Kaiserlichen erlitten hatte, anderseits das Gerücht, der Friedensschluss Ludwigs XIV. mit Kaiser Leopold I. sei nahe, den Kuruzzen die Annahme eines Waffenstillstandes bis Ende Februar 1679 aufdrängten. Die Forderungen der Kuruzzen, welche Szalay überbracht hatte, mussten in ihrer Gänze allerdings unannehmbar erscheinen, denn sie betrafen eine allgemeine Amnestie, die Rückgabe der confiscirten Güter, Wahl eines Palatins, Wiederherstellung der ungarischen Verfassung, Bewilligung der gesetzlichen Glaubens-

---

[1] Wagner, Hist. Leopoldi, I, S. 557; Tollius in seinen Epist. itinerariae, V, 176, und Math. Bél in seinen Notit. Hung., IV. Bd., S. 195, der sich dabei auch auf Parschitzius' ‚Hist. comitt.' und ‚Tabella Hungariae' stützt.

[2] P. Józsa und Szepessi waren dahin sammt dem Hauptmanne Bakos abgesendet worden. Vgl. über den kühnen Handstreich Józsa's gegen Kremnitz und Schemnitz insbesondere den Brief des Tollius an Knipbausen (Epist. itiner., V, 156) nach Mittheilungen von Augenzeugen, die Aufzeichnungen des Parschitzius (Hist. comit. Hung., S. 239) und Wagner, Hist. Leopoldi, I, 558—561. Bél, Notit. Hung., IV., a. a. O.

[3] Ueber diese Sendung Paul Szalay's findet sich auch im ‚Bujdosók levéltára', herausgegeben von Deák, S. 89—91 eine bemerkenswerthe Correspondenz, datirt aus dem Lager der Kuruzzen vor Kremnitz, 20. October 1678, und zwar ein Schreiben an den siebenbürgischen Magnaten und Staatsmann Teleky. Darin erklären die Kuruzzen unter Anderem, ohne Zustimmung der Pforte, Apafy's, Ludwigs XIV. in keinerlei Ausgleich mit dem Wiener Hofe sich einlassen zu wollen. Im P. S. heisst es: ‚Töküli uramnak akaratja ebben immittáltuk magunkat ebben az dologban.'

freiheit für die Evangelischen und die Landesverweisung der Jesuiten,[1] aber die Krone fand Gelegenheit, mit den loyalen Ungarn über die Grenzen der Zugeständnisse in einen Gedankenaustausch zu treten.

Die Minister Schwarzenberg und Nostiz trafen zu diesem Zwecke in Oedenburg ein, wo sich die Magnaten mit dem Primas an der Spitze versammelten. Die Regierung gab zunächst die Erklärung ab, dass sie mit den Rebellen nur dann in ernstliche Unterhandlungen treten könne, wenn sie zuvor die Waffen niederlegen würden. Man sei bereit, das Palatinat zu erneuern, aber mit Einschränkung seiner bisherigen Gewaltbefugnisse, auf die Besteuerung zu verzichten, wenn sich das Land zur Zahlung einer Jahressumme von 1,700.000 Gulden bequeme, und den Protestanten jene Kirchen zu überlassen, welche sie errichteten oder noch bauen würden. Dies Angebot kam allerdings den Forderungen nicht im Entferntesten gleich und befriedigte auch die ungarischen Autonomisten äusserst wenig.[2]

VI.

So blieb die ungarische Frage wieder in der Schwebe, der Kuruzzen- und Labanczenkrieg begann von Neuem zu toben, und ein entsetzlicher Gast, die Pest, gesellte sich zum Jammer des Bürgerkrieges, dem der Nymweger Frieden keinen Riegel vorgeschoben hatte. Frankreich zog sich nur äusserlich von der Kuruzzensache zurück.

Der Aufbruch Tökölyi's im Herbste 1679 von Gyöngyös gegen die Bergstädte hatte wohl keinen namhaften Erfolg, P. Józsa's abenteuerliches Krieger- und Freibeuterleben endigte mit seinem Fahnenwechsel und gerechten Untergange (22. October),[3] aber der neue Waffengang Tökölyi's und sein

---

[1] Wagner, Hist. Leopoldi, I, 558 ... ‚Sacerdotum quoddam genus (Jesuitas) regno amovendos' ...

[2] Kazy, Hist. regni Hung., III. Abth., 229 f. Wagner, Hist. Leopoldi, I, 558—559.

[3] Charakteristisch lautet die Stelle der (handschr.) Leutschauer Chronik zum October 1679: ... ‚Ist der beschrieene Kuhdieb, P. Jozsua, bei Talya von dem Ungarn, weil ihm nicht zu trauen, niedergesäbelt worden.'

Novembersieg an der Hernád gegen die Kaiserlichen bedeutet eine neue, gefährliche Wendung zu seinen Gunsten.

Das Jahr 1679 liess auch den Gubernator Ampringen aus seiner undankbaren Stellung scheiden. Er sah früh genug das Unfruchtbare, Gebundene seines Amtes ein. Sein angebliches Schreiben an den königlichen Personal Majthényi von Keselökö vom Jahre 1675 überfliesst vom Eingeständnisse seiner schwierigen Lage.[1] Die Massregelung der Glaubens- und Kirchenverhältnisse Oberungarns erzeuge Erbitterung, hetze ihm die Beschwerden der betroffenen Gemeinden, ihre Bitten um Schutz vor der bewaffneten Macht der Glaubenscommissionen an den Hals. Betheuere er sein Unvermögen, so ‚prostituire und discreditire‘ er seine Stellung, und würde er sich der Sache annehmen, so hiesse es gleich, er stünde den Absichten Seiner Majestät im Wege und unterstütze die Lutheraner vielmehr als deren Bekehrung. In so gefährlichen Zeiten müsse man mit Neuerungen äusserst vorsichtig verfahren.

Wie es sich nun auch mit der Authenticität dieses Schreibens und der Antwort Majthényi's[2] verhalten möge, der Inhalt entspricht ganz der Sachlage.

---

[1] S. Andreas Schmal (evangelischer Pastor zu Ratbo), Adversaria ad illustr. hist. eccles. evangel. hungariam pertinentia . . . bis 1765, herausgegeben von Fabó, Monum. evang. A. C. in Hung. historica, II (1863), S. 230, die Briefe Ampringen's und Majthényi's.

[2] Omni studio et conatu dominus gubernator in negotio religionis suae majestatis regnicolas quietos reddere et reconciliare offensosque quietos et pacatos facere intendat in hoc quoque passu, ne juxta dictamen communis proverbii: furfures omnia possint. Leges inde datae sunt, quas subjungere, consensu regnicolarum conditas et ipsa fide regia confirmatas, hic loci censui. Et primo quidem, si in diaetis, ubi omnium querelarum locus est et tempus proponendi et querulandi, cantum est, ne temerarie quispiam negotium religionis movere ausit, innuente id articulo 22 anni 1604, quodve liberum sit exercitium concessum trium religionum in Hungaria, patet id ex articulo Viennensi 1. et anni 1608 art. 1, item anni 1618 art 77, anni 1628 art. 22, anni 1630 art 3, anni 1635 art. 29, item anni 1647 art. 6. 7. 8. anni 1649 art. 10, anni 1655 art. 18 et anni 1659 art. 1. quibus evolutis et bene perpensis facile colligi potest, quidnam exinde emergere queat cum manifesto regis et regni detrimento. Plura de his, si liceret, scribere possem, sed per aliquos diceretur, quod sanctissimae caesaris intentiones praepediantur, cum tamen edocemur, non religionis hic adtendi pietatem, sed parochiarum et beneficiorum utilitatem, quibus habitis et perceptis templa deso-

Ampringen stand vom Hanse aus auf einem verlorenen Posten; die Ungarn waren gegen den octroiirten Statthalter und Fremdling eingenommen,[1] der Primas suchte ihn an die Wand zu drücken, immer und überall seine Geltung als geistliches Magnatenhaupt und ‚Locumtenens' vorzuschieben,[2] und der Wiener Hof liess seinen Gubernator in ohnmächtigem Kampfe mit dem passiven Widerstande sich abnützen, ohne Ampringen's Autorität zu kräftigen. Die wichtigsten Angelegenheiten spielten sich über seinen Kopf hinweg; nirgends und niemals tritt er in den Vordergrund. Müde einer solchen Rolle, gewahrte Ampringen in der damaligen Seuche einen willkommenen Vorwand, um dem Lande für immer den Rücken zu kehren.

VII.

Der Wiener Hof, je weiter desto mehr von der Unvermeidlichkeit eines Türkenkrieges aufgeschreckt, der dann die Kuruzzengefahr unabsehbar und unüberwindlich machen würde, wollte nun in vorgerückter Stunde an die Pacification Ungarns schreiten, und zwar sollten jetzt Ungarn als Vertrauensmänner der Krone die Berathungen vom März 1680 in Fluss bringen.

---

lata vacua passerum strepitibus pro concionibus remittuntur.

[1] Vgl. Wagner, Hist. Leopoldi, I, 561—562. Charakteristisch sind die Bemerkungen des Jesuiten Korneli in seinen Fragm. hist. Hung., III. Abth., S. 480—482 (der sich allerdings dabei einen starken chronologischen Verstoss zu Schulden kommen lässt, indem er das Ende der Gubernatur dem Jahre 1675 zuweist, wie dies auch Katona, a. a. O., S. 237, bemerkt, ihn aber an späterer Stelle verbessert zeigt). 1679, 6. Mai, starb Hocher's Widersacher, Kanzler Thomas Pálffy, doch gelang es der Partei Hocher's, die bereits stark zusammengeschmolzen, den strammen Regierungsmann Kollonitsch an die Stelle Ampringen's zu bringen. Er versah nur provisorisch das Amt, das seinem baldigen Ende verfiel (vgl. Bidermann, Geschichte der österr. Gesammtstaatsidee, I, 128). Schade, dass der meist wohl unterrichtete Jesuit Kazy (vgl. seine Hist. Hung., III. Abth., 236) über diese Angelegenheit sich äusserst zurückhaltend äussert.

[2] Die Fehde des Primas-Locumtenens Szelepcsényi gegen den Gubernator deutet Kazy, a. a. O., III, 127—128, vorsichtig, aber dennoch deutlich genug an. Vgl. Katona, XXXIV, zum Jahre 1673, S. 109 ff.

Zu Tyrnau trafen der Oberstlandrichter Adam Forgács und Paul Eszterházy, Obercapitän des Reichstheiles jenseits der Donau, ein, um mit den Vollmachtträgern der Aufstandspartei zu unterhandeln.[1] Da diese jedoch auf der Wiederherstellung der Verfassung, auf der Beseitigung des Ausnahmszustandes und auf der Rückgabe aller Kirchen, Pfarren, Schulen und Stiftungen an die evangelische Kirche bestanden, für deren volle reichsgesetzliche Freiheit sie das Wort erhoben, so glaubte die Regierung auf dem Standpunkte der Ablehnung des Unannehmbaren beharren zu sollen.

Nicht anders war das Ergebniss jener Verhandlungen, welche im Namen des Wiener Hofes General Caprara den 17. Mai 1680 in Leutschau[2] mit den Exulanten anknüpfte, und ebensowenig hatten die Negotiationen des Titularbischofs von Siebenbürgen, Sebestyén, einen gedeihlichen Erfolg.[3]

Dagegen schien die Zerfahrenheit und Zwietracht im Lager der Kuruzzen und ihrer siebenbürgischen Genossen, welche seit 1678 nur allzu heftig gewaltet hatte, jetzt beschworen zu sein. Vorerst hatten sich der Kuruzzenführer Wesselényi und Teleky befehdet, dann wollte Ersterer das Uebergewicht Tökölyi's, des aufgehenden Gestirnes, nicht fügsam hinnehmen, erlebte im Juli 1679 seine Verhaftung und bald darauf, als er, entkommen, auf eigene Faust wieder zu den Waffen griff, eine empfindliche Schlappe, die sein Ansehen doppelt schädigen musste. Jetzt kam es zu einer Versöhnung Wesselényi's und Tökölyi's, und die Erbitterung Teleky's gegen Letzteren, als undankbaren Streber, sollte durch die Zusammenkunft in Somlyó beschworen werden. Allerdings trennten sich die Beiden einander so entfremdet wie zuvor.

Teleky hatte mit Bestimmtheit auf die Vermählung seiner verwitweten Tochter mit Tökölyi gerechnet, Letzterer aber schon im Hochsommer 1678 den Entschluss gefasst, die Witwe Franz Rákóczy's, Helene, die Tochter des hingerichteten Banus Peter Zrinyi, zu ehelichen, und eine Reihe unverdächtiger Thatsachen führt den Beweis, dass ihn mehr noch als die Schönheit

---

[1] Ueber die Tyrnauer Verhandlungen kurz und sachgemäss Wagner, Hist. Leopoldi, I, 562.
[2] Kazy, III. Abth., S. 243.
[3] Katona, a. a. O., 365 f.

der genannten Magnatin das Begehren nach den grossen Gütern reizte, welche der erste Gatte Helenens zurückliess.[1]

Das nahe Ableben ihrer Schwiegermutter, Sofie, der Letzten des Hauses Báthory, liess ausserdem ein weiteres reiches Erbe voraussehen, und wenngleich die Kinder Helenens aus ihrer Ehe mit Rákóczy, Franz und Juliane, die Anwärter all dessen waren, so bot sich doch Tökölyi als künftigem Stiefvater die erwünschte Gelegenheit, zunächst als Nutzniesser des reichen Erbes die Mittel für seine hochfliegenden Entwürfe zu mehren.

Die um einige Jahre ältere Witwe fasste schon im Sommer 1678 für den jugendlichen Kuruzzenführer, noch ohne ihn persönlich zu kennen, ein gewisses Interesse;[2] die Gefangennehmung des Bruders Helenens, Johann Zrinyi, im Spätjahre 1678, im Gefechte mit den Kuruzzen bei Véke auf der Bodroginsel, seine ‚fröhliche' Haft in Siebenbürgen und in Gesellschaft Tökölyi's bewirkten einen Briefwechsel Helenens mit dem Kuruzzenführer. Bald tauschte man die Bildnisse, und schon im Februar 1679 erhielt Tökölyi von dem Vertrauensmanne der Witwe Rákóczy's die bestimmte Erklärung, sie sei bereit, ihm die Hand zu reichen. Zwei gewaltige Hindernisse standen jedoch den Wünschen Helenens und Tökölyi's entgegen: der Wiener Hof und Sofie Báthory. Jener betrachtete sich als Vormund der Kinder Franz Rákóczy's und konnte nicht ruhig zusehen, wenn das protestantische Haupt des Aufstandes mit der Witwe reiche Güter und Mittel in seine Hände bekam, während diese als Mutter des im Spätsommer 1676 hingeschiedenen Rákóczy das neue Heiratsgelüste der Schwiegertochter und vor Allem ihre Verbindung mit einem ‚Ketzer' als schwere Kränkung empfand.

Schon im Jahre 1679 hatte der Vertrauensmann Tökölyi's Paul Szalay, neben der Kuruzzensache eine geheime Angelegenheit

---

[1] Sehr eingehend beschäftigt sich mit der Heiratsangelegenheit Tökölyi's Kol. Thaly in seiner Monographie, ‚II. Rákóczi Ferencz fejedelem ifjusága 1676—1701' (Franz Rákóczi's II. Jugend), Pressburg 1881, 1. Capitel.

[2] Thaly, a. a. O., S. 14 f. Interessant ist der Umstand, dass der Rector des Ungvárer Collegiums, Georg Tyukody, und der Munkácser Hofcaplan, sein Ordensgenosse, der Witwe Zrinyi's über die ihr noch unbekannte Persönlichkeit Tökölyi's Auskunft gaben (1678). S. Thaly, a. a. O., 15.

am Wiener Hofe zu vertreten. Sein Herr sei bereit, die Waffen niederzulegen, wenn der Kaiser die Heirat Tökölyi's mit Rákóczy's Witwe genehmige und die Einwilligung ihrer Schwiegermutter erwirke. Man lehnte dies in der entsprechendsten Weise ab: zuvor müsse Tökölyi vom Aufstande zurücktreten und seine Unterthanentreue bewähren.[1]

Wenige Monate nach der ersten Begegnung Tökölyi's mit seiner neuen Braut zu Makowicza (Februar 1680) — der Tochter Teleky's hatte er schon 1679 den Verlobungsring zurückgesendet — starb Sofie Báthory (14. Juni 1680) auf ihrem Witwensitze Munkács, und ihr letzter Wille musste dem künftigen Ehepaare, insbesondere dem ‚Fürsten' Ungarns, Tökölyi, sehr unangenehme Aufschlüsse bescheeren.

Dies Testament vom 11. April, bei dessen Abfassung der Jesuitenpater Emerich Kis und die Nonne Lupstowska, die verwitwete Schwester[2] der Matrone, sicherlich Antheil hatten, ist in doppelter Beziehung denkwürdig: einerseits durch die namhaften Stiftungen zu Gunsten der Gesellschaft Jesu, die an Sofie Báthory ihre bedeutendste, unvergessliche Gönnerin verlor, und deren an anderer Stelle gedacht werden wird, anderseits durch jene letztwilligen Bestimmungen, welche über das reiche Leibgedinge der Witwe Georg Rákóczy's II. von Siebenbürgen verfügten.[3] Die Gutsherrschaften Munkács, Ecsed und Borsi im Bereger, Szatmárer und Zempliner Comitate werden unter bestimmten Bedingungen, vor Allem gegen Entrichtung der Summe von 50.000 Gulden an die kaiserliche Kammer, den beiden Enkeln, Franz und Juliane, vererbt, unter welche auch der gesammte bewegliche Nachlass zur Vertheilung kommt. Die Báthory'schen Güter in Somlyó gelangen gleichfalls an das Geschwisterpaar, die Herrschaft Sz.-Miklós fällt dem Enkel Franz zu und bei seinem Ableben ohne Erben an die Schwester Juliane und

---

[1] Wagner, Hist. Leopoldi, I, 560, 562.

[2] Hedwig und Sofie waren die Töchter Andreas V. von Báthory-Somlyó, eines Bruders Gabriel Báthory's, Fürsten von Siebenbürgen († 1613). Hedwig ehelichte den polnischen Magnaten Lupsztovszky, nahm dann den Schleier und überlebte nicht lange ihre Schwester; sie starb nach 1681 im Kloster Stanguska. Vgl. über die Besitzergreifung von Munkács durch Helene Zrinyi als Mutter Franz und Julianens Rákóczy Thaly, a. a. O., S. 22.

[3] S. Katona, XXXIV, S. 372—374.

deren Nachkommenschaft beiderlei Geschlechtes. Die Obervormundschaft der Minderjährigen nahm Kaiser Leopold I. in seine Hand.

Als nun Tökölyi die Umstossung des ihm unbequemen Testamentes begehrte, gab ihm der Wiener Hof in einer ähnlichen Weise wie damals eine ausweichende Antwort, doch kam es zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes bis Ende Juni 1681.

VIII.

Dieses Jahr bescheerte endlich angesichts der drohenden Gefahr eines Doppelkrieges gegen Frankreich und die Pforte, deren Schützling Tökölyi zu neuem Waffengange rüstete, einen entscheidenden Schritt der Regierung in der dringlichen Ausgleichsfrage. Längst schon hatte sich die Ueberzeugung den massgebenden Kreisen aufgedrängt, dass man den Ausnahmszustand Ungarns nicht aufrechthalten könne. Wohl behauptete sich noch Hocher in der kaiserlichen Gunst, aber die entgegengesetzte Meinung bezüglich der ungarischen Frage überwog, und auch ein Kollonitsch,[1] der Wiener-Neustädter Bischof und Pressburger Kammergraf, wie beharrlich er auch für seine

[1] Diese hedeutende Persönlichkeit, der Vorkämpfer des Katholicismus und der Reform Ungarns in monarchischem Sinne, hat nnn in Maurer einen modernen Biographen gefunden. Das fleissige, anf handschriftlichem Apparate heruhende, aher gemischtwerthige Bnch, theils Biographie, theils Chronik und theils Excerpt, führt den Titel: ‚Cardinal Graf Leopold Kollonitsch, Primas von Ungarn, sein Lehen und sein Wirken.‘ Innshruck 1887 (XV, 574 SS.). Sein Schwerpnnkt ruht in der späteren Epoche, seit 1683. — Kollonitsch entstammte der Ehe Ernst v. Kollonitsch' mit Anna Freiin von Kufstein; der Vater wurde 1621 aus einem Protestanten ein Katholik. Leopold Kolonitsch kam 1631 in Komorn, wo sein Vater Commandant war, znr Welt und wurde vom Cardinalprimas Pázmán aus der Tanfe gehohen. 1655 nahm er als Malteserritter an einem Seekriege gegen die Kreta hedrohenden Türken Theil und erlangte dann 1659 als Pfründen die Commenden Mailherg in Niederösterreich und Eger in Böhmen. 1666 wurde er Bischof von Nentra und hethätigte seinen Eifer im Bekehrnngswerke derart, dass er angesichts des starken Widerstandes es vorzog, 1670 den ungarischen Bischofsstuhl mit dem Wiener-Neustädter zu vertauschen. 1672 wurde er überdies Vicepräses und 1677 Präses der ungarischen Hofkammer in Pressburg.

Person die Idee einer durchgreifenden Rekatholisirung und Neugestaltung Ungarns festhielt, mussten zusehen, wie die herrschende Strömung zum Ausgleichswerke trieb. Bischofkanzler Gubassóczy, Rüdiger von Starhemberg und Freiherr Heinrich Hörwart erscheinen als Boten der Regierung in Pressburg (Anfang Februar 1681), um hier mit dem Primas Szelepcsényi, Adam Forgács und Paul Eszterházy die Grundlage einer Verständigung zu schaffen.[1]

Der Reichstag zu Oedenburg, durch das kaiserliche Rundschreiben aus dem Hoflager zu Linz (28. Februar) auf den 28. April einberufen, sollte die Werkstätte der schwierigen Arbeit des Ausgleiches bilden.[2]

Tökölyi verschmähte es, der Einladung zu folgen, obschon Paul Eszterházy Alles aufbot, um ihn zum Erscheinen zu bewegen, und den eigenen Sohn als Geisel und Bürgschaft des sicheren Geleites angetragen hatte. Der Kuruzzenfürst war auf seinem Wege zu weit vorgeschritten, als dass er sich entschliessen konnte, das Ziel seines Ehrgeizes und die Hoffnungen der Aufstandspartei zu opfern. Die März- und Aprilabmachungen mit der Pforte führen eine deutliche Sprache. Hinter Tökölyi stand die Kriegslust der Pforte;[3] auch an Aufmunterungen Frankreichs fehlte es nicht. Apafy selbst drängte ihn zum Losschlagen.

Als daher am 25. Mai 1681 der Oedenburger Reichstag eröffnet wurde, hatte bereits (20. Mai) Tökölyi dem General Caprara angezeigt, dass nach Ablauf des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten wieder beginnen würden.

Die Einberufung des Reichstages bildet den ersten Schritt der Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen; als zweiten

[1] Vgl. Kazy, Hist. Hung., III. Abth., S. 247, und Kovachich, Vestigia comitiorum r. Hung., S. 802 f. Katona, XXXIV, 395—409.

[2] Das weitschichtige Material zur Geschichte des Oedenburger Reichstages in der Sammlung von Franz Bulyovszky's Acta comitiorum Sopronensium anni 1681 und daraus bei Katona, XXXIV, 410—670.

[3] Vgl. das Atnameh der Pforte an die Kuruzzen, die Weisungen an Apafy, die Hospodare der Moldau nnd Walachei, die Paschas von Temesvár und Grosswardein. ‚Epistolae procerum Hungariae‘, herausgegeben von Pray, III, 472 ff., anderseits die Correspondenzen bei Deák, ‚Bujdosók levéltára‘, S. 282 ff., und zwar den Brief des Erlauer Paschas an Em. Tökölyi vom 17. December 1680, die Credenz für Michael Tökölyi vom 5. März 1681, u. A.

müssen wir die Palatinswahl verzeichnen. Kaiser Leopold, der im Gefolge dreier Regimenter mit seinem Hofstaate nach Oedenburg gekommen war, stellte in der üblichen Weise vier Candidaten auf: Johann Kollonitsch, Banus Niclas Erdödy, Paul Eszterházy und Peter Csáky. Die einstimmige Wahl fiel (13. Juni) auf Paul Eszterházy.

Die Ständeversammlung hatte zunächst die Zuschrift der Exulanten vom 7. Mai aus dem Lager bei Kapos zu erledigen, welche Martin Izdenczy als Abgeordneter der Aufstandspartei den 14. Juni eingereicht.[1] Die Antwort der Stände, dem Palatin überwiesen, lud zur Beschickung des Reichstages ein (18. Juni), da so wichtige Angelegenheiten eine mündliche Erörterung erheischten. Die Erklärung Tökölyi's vom 6. Juli aus dem Lager bei Pályi schnitt als richtiger Protest den weiteren unfruchtbaren Schriftwechsel ab. So blieb der Oedenburger Reichstag auf die Lösung der Fragen beschränkt, die das loyal gebliebene Ungarn betrafen, und ihrer gab es vollauf. Der Schwerpunkt ruhte begreiflicherweise in den Glaubens- und Kirchenangelegenheiten.

Vorerst müssen wir da das Zahlenverhältniss zwischen den Vertretern der katholischen Kirche und denen der beiden protestantischen Bekenntnisse ins Auge fassen.

Unter den Abgeordneten der Gespanschaften gab es 33 Katholiken, 14 Calviner und 13 Lutheraner, unter den Vertretern der landesfürstlichen Städte 33 Katholische, 2 Calviner, 16 Lutheraner. Die Vollmachtträger der Abwesenden hatten 16 Katholiken, 6 Lutheraner und 1 Calviner unter sich. Da die Ablegaten der Capitel selbstverständlich der römischen Kirche angehörten, so war letztere durch mehr als zwei Drittheile der ganzen Ständeschaft vertreten, und die Akatholiken sahen bald die Schwierigkeiten ihrer Stellung als Minorität wachsen. Denn als ihre Eingabe an die Krone vom 25. Juni des harten Geschickes gedachte, das der evangelischen Kirche seit 1671 beschieden war, und bei der Erörterung der erlittenen Drangsale und Verluste auch die Einbusse hervorhob, welcher man durch die Uebergabe von Kirchen, Pfarren und Häusern

---

[1] Acta comitiorum Soproniensium, S. 8 f.; Katona, 424 f. Wiederholt wird darin der Jesuiten als derer gedacht, zu deren Vortheile der ungarische Protestantismus Schaden litt.

an die Väter der Gesellschaft Jesu theilhaftig wurde, liessen es die Katholischen[1] an einer geharnischten Erwiderung nicht fehlen. Ihr Memoriale erging sich in einer historischen Darlegung der Gemeinschädlichkeit des Protestantismus, da er die Glaubenseinheit Ungarns zerrissen und innere Kriege erweckt, die römische Kirche dem Verfalle preiszugeben angestrebt habe. Der Jammer der gegenwärtigen Lage sei von ihm verschuldet. Der Katholicismus erscheine den äussersten Verunglimpfungen ausgesetzt und in zahlreichen Comitaten, so in Liptau, Szatmár, Szabolcs, Zemplin, Ungvár, Bereg, Ugocsa, Abaujvár, Zips, Torna und Gömör zu einer Ausnahmsstellung herabgedrückt. Auch in Veszprim, Sümeg und Báranya bestünde ein solches Missverhältniss.

Während die Krone mit dem Wiener-Neustädter Mandate vom 19. Juli die Stände zur raschen Inangriffnahme der reichstäglichen Aufgaben drängte, rüsteten die Protestanten zur Abwehr jener Anwürfe der Katholischen (1. August). Der kaiserliche Commissär Graf Nostiz suchte (6. August) die Verhandlung der Religionsangelegenheiten als Aufgabe einer besonderen Deputation auszuschalten, doch gelang es ihm nicht, und die Protestanten reichten den 18. und 26. August ihr drittes und viertes Libell mit der Schlusserklärung ein, auseinandergehen zu wollen, wenn sie keiner schriftlichen Genugthuung theilhaftig würden. Sie gaben auch alsbald die Erklärung ab, sie würden von den Sitzungen so lange fernbleiben, bis ihrem Begehren willfahrt sei.[2] Wohl sprach der Kaiser (28. August) sein Missfallen über diese Haltung der Evangelischen und Reformirten aus, stellte ihnen aber anderseits die ‚väterliche Fürsorge' in Hinsicht der Abstellung ihrer Beschwerden in Aussicht.[3] Die protestantischen Stände liessen jedoch 30. August durch ihre Bevollmächtigten dem Palatin und Personal die Erklärung abgeben, durch diesen Bescheid seien sie keineswegs befriedigt und würden sich daher in keine weiteren Verhandlungen einlassen.[4]

So schleppte sich der Oedenburger Reichstag in unfruchtbarem Hader weiter, und die Krone fand sich durch die Haltung der Protestanten und durch die Kriegsgefahr veranlasst, den

[1] Acta comitiorum Sopronensium, S. 163 f.; Katona, 431 ff.
[2] Ibid., S. 173 ff.; Katona, 450.
[3] Ibid., S. 176 f.; Katona, 450—452.
[4] Ibid., S. 178; Katona, 452.

Weg von Zugeständnissen zu betreten und so die Krise zu beschwören. Der Sommerfeldzug Apaffy's, in Verbindung mit den Kuruzzen und von türkischen Schaaren unterstützt, nahm wohl ein klägliches Ende, und der völlige Bruch zwischen Teleky und Tökölyi schien auf die Entwürfe des Letzteren eine schlimme Rückwirkung ausüben zu können. Dennoch blieb angesichts der immer deutlicheren Kriegslust der Pforte die Gefahr gross, und der Ueberfall von Strassburg durch Ludwig XIV. musste als Wetterschlag im Westen die Sorgen des kaiserlichen Hofes steigern.

So versuchte es denn Leopold I. mit der Resolution vom 9. November.[1] Sie greift auf den Wiener Frieden vom Jahre 1606 zurück und betont im II. Artikel gewissermassen als ‚Anhang' zu diesem Tractate das Zugeständniss der freien Glaubensübung an die Bürger der königlichen Freistädte ferner an die Soldaten und Reichssassen der Grenzbezirke; die nächste Bestimmung verbietet die Anwendung alles dem evangelischen und calvinischen Glaubensbekenntnisse widerstreitenden Ceremonienzwanges. Während der IV. Artikel die Glaubensübung der Protestanten mit der zu Gunsten der grundherrlichen Rechte lautenden Einschränkung gewährleistet, schützt der V. die Pastoren und Pfarrer gegen Vertreibung und Störung. Der VI. Abschnitt verbietet alle weiteren Kirchenentfremdungen, und der nächste Artikel setzt bezüglich der Besitzergreifung der Kirchen und der mit ihnen verbundenen Einkünfte als Normaljahr 1670 fest.

Die weiteren vier Abschnitte haben es mit der Regelung örtlicher Verhältnisse zu thun. Die Bürger von Pressburg erhalten die Erlaubniss, ein protestantisches Bethaus auf ihre Kosten in der Vorstadt aufzurichten. Den Oedenburgern wird die bestehende kirchliche Verfassung gewährleistet, die Befugniss, protestantische Gotteshäuser zu errichten, den königlichen Städten Trentschin, Kremnitz, Neusohl, Bartfeld, Leutschau, Eperies, Kaschau und Nagybánya eingeräumt. Ausserdem erscheint eine Reihe von Ortschaften in verschiedenen Comitaten namhaft gemacht, eine Zahl von Gespanschaften im Allgemeinen angeführt,[2] und ebenso der Grenzfestungen gedacht, allwo

[1] Acta comitiorum Sopronensium, S. 191 f.; Katona, 453 f.

[2] VIII.—XI. Abschnitt, betrifft Pressburg, Oedenburg, die anderen Freistädte und die einzelnen Comitate (specificirt und auch die

überall die bestehenden confessionellen Zustände aufrecht bleiben sollten. Der XII. Artikel gewährt den Magnaten und Edelleuten beider protestantischer Bekenntnisse die Erlaubniss, ihren Glauben auszuüben und auf den Schlössern Bethäuser und Capellen einzurichten, während der XIII. die Glaubensfreiheit der Katholischen schützt. Die beiden letzteren Abschnitte der kaiserlichen Entschliessung behalten den Austrag von Religionsbeschwerden dem Könige vor und verbieten den Ständen jedwede Schmähung oder Verunglimpfung der Andersgläubigen.

Obschon der Inhalt dieses königlichen Rescriptes beweist, dass die Krone allerdings den Glaubensfrieden wollte, aber durchaus nicht gesonnen war, den Protestantismus auf den Boden von Errungenschaften zu stellen, wie solche der Wortlaut des Wiener Friedens oder gar des Reichsdecretes von 1608 und 1646 verbürgte, so beeilten sich doch die Katholischen, am 22. November und 3. December gegen die ihre Interessen schädigenden Bestimmungen Verwahrung einzulegen. Um so entschlossener waren denn die Protestanten, am Krönungstage der dritten Gemahlin Kaisers Leopold I., Eleonore von Pfalz-Neuburg, die Gunst der Monarchin für sich anzurufen, und gewahrten in der vom Palatin mündlich gegebenen Erklärung der Krone eine allzu karge Gabe. Sie remonstrirten denn auch am 17. December neuerdings mit der Kundgebung, dass sie, wenn man ihnen nicht mehr gewähren wolle, die Ständeversammlung nicht weiter besuchen würden.[1] Und so währte dieser stille, unfruchtbare Krieg bis 30. December 1681, der den Oedenburger Reichstag zum Abschlusse brachte. Die Artikel XXV—XXVII enthalten in Uebereinstimmung mit der königlichen

---

betreffenden Oertlichkeiten in denselben). Sodann heisst es in Hinsicht der protestantischen Bethäuser: ‚In Szaladiensi siquidem Vesprimiensi, Comaromiensi, Aba-Ujvariensi, Vnghensi, Bereghiensi, Neogradiensi, Szolnok et Hevesiensi, Pest et Pilisiensi, Szaboltsensi, Szatmariensi, Zemplinensi et de Vgotsa ac Hontensi comitatibus de praesenti essent in usn, tandem in confiniis etiam regni et quidem in generalatu contra Canisam, in Egerszeg et Sz. Groth, in generalatu Jaurinensi, in Tyhany, Vason, Papa, Veszprim, Jaurini et Comaromii; in generalatu antemontano Leuae, Carponae et Fülekini; in generalatu snperioris Hungariae in Pntnok, Onod, Szendrö et Tokay; trans Tibiscum in Kállo et Szathmár.‘

[1] Acta comitiorum Sopronensinm, S. 215 f.; Katona, 459.

Resolution vom 9. November die Einzelbestimmungen über die confessionellen Zugeständnisse.[1]

IX.

Der Oedenburger Reichstag hat wohl Ungarn den Frieden nicht wiedergeben können, er vermochte nicht, den Protestantismus zu befriedigen, aber er bewies deutlich genug, dass Leopold I. mit dem Octroi gebrochen habe und in die früheren verfassungsmässigen Bahnen wieder einlenke.

Der Wiener Hof musste auch den loyal gebliebenen Ungarn diese Gesinnung an den Tag legen, denn die Gefahr stieg ihm zu Häupten. Das Jahr 1682 sollte eines der schwersten werden und noch Schlimmeres vorbereiten.

Im Mai kommt es zu den Abmachungen Tökölyi's mit dem Ofner Pascha. Im Vorgefühle wachsender Erfolge begeht der Kuruzzenfürst seine Vermählung mit der Witwe Franz Rákóczy's auf dem Munkácser Schlosse (15. Juni),[2] und der Wiener Hof lässt sich dabei durch General Saponara vertreten, um jeden Anlass zur Beschleunigung des Bruches zu vermeiden.

Einen Monat später erhebt sich Tökölyi in Waffen. Er rückt vor Kaschau und erlässt am 26. Juli aus dem Kriegslager ein Manifest, worin er sein Zusammengehen mit den Türken als Gebot der Nothwendigkeit und als Bürgschaft der Freiheit Ungarns zu rechtfertigen bemüht ist. Bald erscheint auch die Kriegsschaar des Ofner Vezierpaschas vor Kaschau (11. August), und die Anschläge der vereinigten Gegner auf die wichtige Festungsstadt finden in der verbitterten Stimmung der Bürgerschaft

---

[1] Corpus Juris Hung., II. Katona, a. a. O., S. 669—671.

[2] Thaly, II. Rákóczy Ferencz fejedelem ifjúsága, S. 24. Vgl. die Autobiographie Franz Rákóczy's II. unter dem Titel ‚Confessiones', herausgegeben von der königl. ungar. Akademie der Wissensch., 1876, S. 6—7, und insbesondere die bezeichnende Stelle, worin der Verdacht ausgesprochen erscheint, dass dem Stiefvater Tökölyi der Tod des unbequemen Erben Franz Rákóczy I. und Sofiens Báthory willkommen gewesen wäre. (S. 8—9) . . . ‚saepe enim unum et alterum tentavit, ut me, ultimo Domus meae sublato et retentis arcibus et fortaliciis haereditario jure Domni meae appertinentibus, Regnum et coronam Hungariae, quam affectabat, assequi et manutenere posset. Eo tendebant consiliariorum ejus consilia . . . qui me perditum cupiebant.' . . .

den erwünschten Verbündeten. Kaschau fällt in die Hände Tökölyi's, Ónod, Tokay, Szendrö, Eperies und Leutschau öffnen die Thore den Kuruzzen.

Von Kaschau brechen Tökölyi und Ibrahim-Pascha gegen Westungarn auf. Filek kann nicht lange widerstehen, denn auch die siebenbürgischen Schaaren fanden sich ein. Aber mit dem ‚Schleppträger der Türken', mit dem ‚Feinde des Vaterlandes' wollte Fileks Vertheidiger, Koháry, um keinen Preis zusammen gehen, er zog es vor, als Gefangener nach Munkács, dann nach Ungvár und Patak zu wandern.[1]

Den 19. September liess der Vezierpascha vor dem zerstörten Filek den Vertretern der dreizehn Comitate Oberungarns die Erhebung Tökölyi's zum ‚Könige' verkünden und ging dann nach Ofen zurück, während Tökölyi die Bergstädte zu besetzen sich anschickte. Bald waren die Waaglinie und der Thallauf der Gran den Kuruzzen offen. Im Osten behaupteten sich die Kaiserlichen nur in wenigen Punkten.

Wenn Tökölyi im Spätjahre 1682 durch seine Boten Szirmay und Jánoky dem Wiener Hofe einen Waffenstillstand antragen liess, so hatte er hiefür seine guten Gründe. Es kam auch zu einer vierwöchentlichen Waffenruhe, welche der Kuruzzenfürst zur Einberufung der oberungarischen Stände nach Kaschau (12. December) benützte.

Dieser Ständetag fand den 13. Jänner 1683 statt, und bezeichnend für die Selbstverleugnung des kaiserlichen Hofes ist die Thatsache, dass Kaiser Leopold I. kein ausdrückliches Verbot seiner Beschickung erliess.[2]

X.

Am 31. März 1683 begann das riesige Türkenheer unter der Führung des Grossveziers Kara Mustafa den Ausmarsch nach Ungarn, und Tökölyi durfte nicht säumen, die Ergebenheit eines Vasallen an den Tag zu legen. Zu Tállya, in der Zempliner Gespanschaft, wohin er auf den 26. Mai die Stände Oberungarns einberufen, liess er die Phrase aussprechen, er

---

[1] **Wagner**, Hist. Leopoldi, I, 573.

[2] Ibid., 575. Vgl. **Katona**, XXXV. Bd. zum Jahre 1683; **Szalay**, V, 244 f.; **Fessler-Klein**, IV, 395—396.

hege die feste Hoffnung, ‚dass der Friede zu Stande kommen werde', aber er kehrte zugleich den ‚Herrn und Fürsten des Landes' heraus.[1]

Anderseits hatte bereits den 18. März der Palatin die Insurrection aufgeboten; was half dies aber, wenn, wie am 30. Juni Eszterházy klagte, Pressburg, Trentschin und einen Theil von Neutra ausgenommen, alle Gespanschaften Oberungarns in Tökölyi's Gewalt seien, und der Türke (in dessen Lager vor Essegg 10. Juni der Kuruzzenfürst eingetroffen war) alles Gebiet jenseits der Donau, die Gespanschaften Wieselburg und Oedenburg ausgenommen, überschwemmt habe.

Tökölyi rüstete alsbald zum Angriffe auf Pressburg und Tyrnau. Der Comitatsadel beeilte sich, von Pösing aus dem Gewalthaber des Augenblicks die Huldigung anzubieten (1. Juli); am 19. war Tyrnau, den 26. Juli Pressburg in Tökölyi's Gewalt.

Doch sollte der Kuruzzenfürst den Weg nach Oesterreich nicht offen finden. Herzog Karl von Lothringen, der kaiserliche Generalissimus, dem es gelungen war, den Anmarsch der Türken vor Wien thunlichst zu verzögern, hatte sich dann, seiner weiteren grossen Aufgabe eingedenk, in das Marchfeld gewendet und hemmte den Siegeslauf Tökölyi's. Mit leichter Mühe brachte er Pressburg wieder in die Gewalt des Kaisers und nöthigte den Kuruzzenfürsten und seine türkische Hilfsschaar, zurückzuweichen. Allerdings brach dann wieder Tökölyi vor, und die Flammen von Tyrnau (8. August), das sich ergeben musste und seine Verschonung erkaufte, um schliesslich dennoch einem Schadenfeuer zum Opfer zu fallen, schienen eine schlimme Vorbedeutung des Geschickes zu sein, dessen Ungarn theilhaftig werden müsse. Aber den Weg über die March fand Tökölyi versperrt, und bald traf ihn die niederschmetternde Nachricht von der Niederlage des Türkenheeres vor Wien (12. Septembar 1683). Die grosse Wendung der Dinge in Ungarn bereitet sich vor.

[1] Szalay, V, 252 f. (nach historischen Aufzeichnungen).

B) Die katholische Gegenreformation und der Jesuitenorden.

I.

Wenngleich die katholische Gegenreformation der Jahre 1670—1674 in erster Linie den ungarischen Episcopat als Vorkämpfer erscheinen lässt, so war es doch im Grossen und Ganzen die Verwirklichung einer Aufgabe, die der Jesuitenorden seit seinem Eintritte in Ungarn verfolgte, das kirchlich-politische Testament Pázmán's, der auch als Primas von dem gleichen Geiste beseelt blieb, der ihn als Genossen der Gesellschaft Jesu, als Rathgeber des Graner Erzbischofs Franz Forgács erfüllt hatte.

II.

Nichts kennzeichnet die Sachlage besser als jenes Büchlein des streitbaren Kirchenfürsten Georg Bársony, Zipser Propstes und Titularbischof von Grosswardein, das unter dem Titel: ‚Veritas toti mundo declarata' (‚Wahrheit, der ganzen Welt dargethan'): ‚die k. k. Majestät sei zur Duldung der Lutheraner und Calviner nicht verpflichtet', im Jahre 1671 erschien und nachstehenden Anschauungen den schärfsten Ausdruck lieh:[1]

I. Die k. k. Majestät sei zur Duldung der lutherischen und calvinischen Secte nicht verpflichtet, da der Wiener Friedenstractat (1606) auf Andringen Bocskay's zu Stande gekommen sei, und einige später hinzugefügte Bestimmungen keine Geltung hätten, anderseits die vorgenannten Sectirer die darin enthaltenen Bedingungen nicht einhielten, und dieser Friedensschluss unter einer unmöglichen, daher den Vertrag naturgemäss störenden Voraussetzung erfolgte, so zwar, dass wenn ihn auch ihrerseits die Sectirer erfüllen würden und der Vertrag an sich, d. h. nach seiner Wesenheit und seinem Gegenstande giltig wäre, er doch bei Abgang der angestrebten

[1] ‚Veritas toti mundo declarata sacram Caesaream regiamque maiestatem non obligari ad tolerandos in Ungaria Lutheranos et Calvinistas' . . . 1671, 1672 (4°, 20 SS.), auch in deutscher Sprache erschienen.

Zustimmung (des katholischen Theiles) ungiltig und nichtig sei. Diese ‚unmögliche‘ Voraussetzung finde sich in der Clausel ‚ohne Nachtheil für die römisch-katholische Kirche‘ (sine damno ecclesiae catholicae).

Auch hätte sich der Protestantismus an die zweite Bedingung des Wiener Friedens: Clerus und Kirchen des römisch-katholischen Bekenntnisses sollten unversehrt und im Genusse der vollen Freiheit bleiben, ebensowenig als an die Forderung gehalten, dass das in jenen Wirren occupirte Kirchengut zurückgestellt werde.

II. Die k. k. Majestät sei zur Beobachtung von Reichsartikeln keineswegs verpflichtet, welche nicht auf der Zustimmung und einhelligen Beschlussfassung der vier Reichsstände beruhten. Da sich dies bezüglich der Artikel zu Gunsten des lutherischen und calvinischen Glaubens thatsächlich so verhalte, entfalle auch für die Krone jedweder Rechtszwang.

III. Wenn die Calviner und Lutheraner in Ungarn der Duldung theilhaftig sein sollten, so könnte dies nur eintreten, wenn die Calviner sich an die helvetische, die Lutheraner an die augsburgische Confession halten würden. Da dies aber bei den Calvinern und Lutheranern in Ungarn der Fall nicht sei, jene Reichsartikel zu ihren Gunsten hinwieder nur von einer helvetischen und augsburgischen Confession handelen, so hätten weder Calviner noch Lutheraner in Ungarn Anspruch auf Duldung.

Es war allerdings nicht sonderlich schwierig, die Schwächen der Syllogistik Bársony's herauszufinden, wie dies auch sein gleichzeitiger Gegner, der Verfasser des gleichfalls nichts weniger als zahmen Büchleins: ‚Die der ganzen Welt dargelegte Falschheit‘[1] ... als Vertheidiger des ungarischen Protestantenthums beider Bekenntnisse nicht ganz ohne Glück versuchte.[2]

[1] ‚Falsitas veritatis toti mundo declarata‘ ... (der anonyme Verfasser war ein Professor der Sáros-Pataker Calviner-Hochschule). Vgl. Horányi, Memoria Hung., ... I, 122—126.

[2] Gegen ihn und für Bársony trat zur Zeit des Oedenburger Reichstages (1681) aus den Reihen des Jesuitenordens ein Verfechter des Katholicismus mit einem ziemlich umfangreichen Büchlein auf unter dem Titel: ‚Veritas toti mundo declarata ... authore primum reverendissimo Domino, Domino Georgio Barsony ... impugnata deinde ab haeretico quodam Protestantium fautore sed praesenti scripto vindicata

Immerhin hielt der damalige Episcopat, der aus den Zeiten Pázmán's hervorgegangen war und vorzugsweise die Jesuiten zu Lehrern hatte, die Logik Bársony's fest, und dieser blieb unentwegt in seinem Ketzerhasse, als ihm nach dem Tode des Erlauer Titularbischofs Leonhard Szegedy, des Gönners der Kaschauer Jesuiten, diese Würde zufiel.[1] Noch in seinem Todesjahre 1678 erstattete Bársony ein Gutachten für die Krone, worin er als einzigen Weg zum Heile die Verbannung der protestantischen Geistlichkeit vorschlug und anpries.[2] Auch sein Nachfolger in der Würde eines Erlauer Bischofs, Graf Ferdinand Pálffy, zählte zu den Eiferern im ‚marianischen Reiche', wie er Ungarn mit besonderer Vorliebe bezeichnete, und zu den Gönnern des Ordens.[3]

III.

Die Jahresberichte der österreichischen Ordensprovinz kennzeichnen seit 1671 vor Allem die Thätigkeit der Gesellschaft Jesu, um dem Protestantismus in jeder Richtung Boden abzugewinnen, denn die Zeitlage erwies sich günstiger als je.

Bevor wir den Weg durch Ungarn nehmen, um der örtlichen Zustände des Glaubenswesens und der Erfolge des Ordens im Einzelnen zu gedenken, sei nur im Allgemeinen bemerkt, dass die Buchführung über Bekehrungen da und dort namhafte Ergebnisse verzeichnet,[4] und dass die allerdings seltenen Glaubenswechsel protestantischer Geistlichkeit vor Allem mit merklicher Ausführlichkeit besprochen werden. Verhältnissmässig am bedeutendsten war die bezügliche Ernte im Jahre 1674.

Dem Kammergrafen Bischof Kollonitsch gelang es, den Prediger des Marktes Sommerein sammt Frau und fünf Kindern dem Schoose der römischen Kirche zuzuführen.[5] Nachdem der

per Catholicum Pacis, Patriae, Majestatis Caesareae Regiaeque et antiquae religionis Catholicae ac Hungaricae studiosum, sub ipsis comitiis Soproniensibus anni 1681.' 12°, 224 SS. (Tyrnauer Druck, gelegentlich einer theologischen Promotion vom Jahre 1737.)

[1] Vgl. Katona, XXXIV, 227 f.

[2] Kazy, Hist. Hung., III. A. zum Jahre 1678, S. 223, und (Cornelius), Fragm. hist. Hung. (Abth. IV, 1743), S. 11 f. Vgl. o. Abschn. A), IV.

[3] (Cornelius), a. a. O., S. 24—25.

[4] S. Anhang Nr. II.

[5] S. darüber die Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674.

Convertit, eine brennende Kerze tragend, das katholische Glaubensbekenntniss abgelegt, machte er in der Kirche die Runde, um Almosen für sich und die Seinigen in ein silbernes Becken einzusammeln. Um das Erträgniss zu vergrössern, nahm der Bischof selbst das Becken zur Hand und liess es mit frommen Spenden füllen.[1]

Bedeutsamer erschien die Bekehrung eines calvinischen Predigers aus Sáros-Patak, der, zu Dresden, Leipzig, Gröningen, Utrecht und Leyden geschult, des Ungarischen, Slavischen, der lateinischen, griechischen, hebräischen und arabischen Sprache mächtig gewesen sei und trotz des Ansehens eines Coccejus,[2] den die Calviner die ‚Sonne seines Jahrhunderts' zu nennen beliebten, durch das Buch des Jesuiten P. Becanus:[3] ‚De fide controversiis' auf den rechten Weg gebracht, dem Erzbischof von Kalocsa[4] seinen Uebertritt zum Katholicismus versprach und im Jesuitencollegium zu Wien der gründlichen Belehrung theilhaft geworden, am 12. Juli (1674) das Bekenntniss öffentlich abgelegt habe.

Noch höher musste man den Glaubenswechsel des ‚berühmten Lutheraners' Adam Lassius anschlagen, den einst Graf Stefan Csáky an die Wittenberger Hochschule sandte und der, des Deutschen, Lateinischen, Magyarischen, Griechischen und Hebräischen kundig, an der Eperieser Protestantenschule wirkte,[5]

---

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674.

[2] Coccejus Johannes, † 5. November 1669, ein bedeutender protestantischer Theologe, Sohn des Bremer Stadtschreibers Theodor Koch, Professor zu Franeker in Westfriesland, dann zu Leiden. Vgl. über ihn Hoppe, Die Dogmatik des deutschen Protestantismus, I, 188—204, und seinen Aufsatz in der Allgemeinen deutschen Biographie, IV (1876), 376—378.

[3] Martin Verheeck oder van der Beeck, Becanus, geb. zu Hilverenheeck in Nordbrabant, seit 1583 dem Jesuitenorden angehörend, wirkte an den Universitäten zu Mainz, Würzburg und Wien und bekleidete die Stelle eines Beichtvaters Kaisers Ferdinand II., in welcher Eigenschaft ihm († 24. Jänner 1624) Lamormain folgte. Seine vorzugsweise controversistischen Schriften verzeichnet Backer in seiner Bibl. des écrivains de la Comp. de Jésus, I, 55 f. Vgl. auch Dudík, Correspondenz Kaisers Ferdinand II. und seiner Familie mit P. Martin Becanus und P. Wilh. Lamormain im Archiv für österr. Geschichtsquellen, Wien, 54. Bd. (1876).

[4] Georg (IV.) Széchényi (1668—1686).

[5] Lassius oder Lazius war Professor der Beredsamkeit an der Eperieser Akademie, bevor er nach Arva an den Hof Stefan Tökölyi's als Burg-

dann zu dem Vater Emerich Tökölyi's, Grafen Stefan, als Hausgeistlicher kam und in der Festung Arva nach dem Ableben seines Gönners mit anderen Glaubensgenossen in die Hände der Kaiserlichen fiel. Freigegeben, empfand er die wachsende Hinneigung zum Katholicismus, und obschon er in Schlesien von seinen Verwandten zur Uebernahme eines lutherischen Rectorates aufgefordert wurde, kehrte er dennoch nach Ungarn mit dem festen Vorsatze, katholisch zu werden, zurück, stellte sich dem Primas vor und vollzog dann in Wien den Glaubenswechsel.

Der Ordensbericht der österreichischen (und ungarischen) Provinz gesteht allerdings ein, weshalb um das Jahr 1674 die ‚fröhliche Ernte' der Bekehrungsarbeit so reichlich entsprochen habe: Die ‚Prädicanten' mussten aus den verschiedenen Städten und Märkten weichen. Lange hätten sie ‚hartnäckigen Widerstand geleistet'. ‚In diesem Jahre jedoch, wurde zum riesigen Vortheile der katholischen Frömmigkeit jene Pest von Strölchen aus dem apostolischen Reiche gänzlich verdrängt und ausgetrieben,'[1] was längst von frommen Wünschen ersehnt, dennoch aber nicht angehofft werden durfte.

C) Die örtlichen Geschicke des Kirchenwesens und der Jesuitenorden.

I. Pressburg.

Unter den Deutschstädten Westungarns ward Pressburg, woselbst trotz der früheren Einbürgerung der Jesuiten als Collegium die Bürgerschaft in ihrem Kerne protestantisch blieb, von den Folgen des Bewegungsjahres 1670 zunächst heimgesucht.[2] Es schien für den Akatholicismus allhier von

pfarrer abging. S. Fabó, Monum. evangel., III, 84. Die Bekehrung verzeichnen die Litt. ann. S. J. Prov. Anstr.

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674.

[2] Vgl. über das Weitere ausser den Litt. ann. S. J. Prov. Anstr., seit 1670 . . . (Cornelins) Fragm. hist. Hung., seit 1667 (1741) S. 182 ff., von protestantischer Seite die Zeitgenossen: Joh. Liebergott, Tagebnch von der Wegnahme der evangelischen Kirchen und Schulen im Jahre 1672, herausgegeben im Jahre 1861 (Pressburg) und Raymund Rimandns, ‚Von der Pressburger Kirchen- und Schulverlust' (1672).

schlimmster Vorbedeutung, dass alsbald die kaiserlichen Commissäre, Graf Johannes Rottal und Graf Heister, der kaiserliche General, in Pressburg eintrafen, und der königliche Procurator jene Anklagen wider dreihundert Adelige, fast durchwegs Protestanten, erhob, die mit der Verurtheilung zum Güterverlust, zur Kerkerhaft, zur Verbannung und auch zur Hinrichtung schlossen.

Dass ein ‚ketzerischer Drucker' in Pressburg aus Anlass der Enthauptung Nádasdy's ein Marienlied anzüglichen Inhalts veröffentlichte und dann, katholisch geworden, nach Tyrnau übersiedelte, zählte wohl auch zu den Erfolgen, deren sich die Jesuiten rühmten. Man hatte damals das Pressburger Collegium von Tyrnau aus verstärkt, um auf die zum Tode Verurtheilten bekehrend einzuwirken, und zweier von ihnen, des Franz Bonis und des Andreas Nagy de Füged, gedenken sie lobend als Proselyten.

Die eigentliche Gefahr für den Protestantismus bescheerte jedoch das Jahr 1672, da nun der Hauptschlag wider die deutsche Kirche der Pressburger Protestanten geführt wurde. Seit Pázmán hatten die Graner Kirchenfürsten gegen ihren Bestand geeifert und nicht minder die mit ihr verbundene Protestantenschule angefochten, schon zur Zeit, als die Bürgerschaft den Bau in Angriff nahm, und noch mehr dann, als er trotz der Gegenmandate Ferdinands II. und seines Nachfolgers vollendet wurde.

Die Berathungen der Vordermänner der evangelischen Gemeinde erregten durch ihre mit Ausschlus der Frauen und Minderjährigen in der Kirche abgehaltenen Berathungen den Verdacht, dass es sich um eine Verschwörung handle. Primas Szelepcsényi als ‚Locumtenens' beeilte sich, Anfangs Februar durch den Waitzner und Fünfkirchner Bischof verkündigen zu lassen, dass die Protestanten das auf königlichem und erzbischöflichem Grunde widerrechtlich Erbaute zu räumen hätten. Dagegen sträubten sich nun entschieden die evangelischen Gemeindegenossen, und die wachsende Verwicklung der Angelegenheit führte zu einem förmlichen Stadtkriege, in welchem die Evangelischen sich zum Schutze der Kirche und des Gymnasiums schlecht und recht waffneten und auch von den Frauen hiebei unterstützt wurden (März).

Ueberdies gaben die aus Wien zurückkehrenden Sendboten der Protestanten an: der Kaiser wisse nichts von den

Vorgängen in Pressburg, die Anschläge auf das Gymnasium seien ein Werk der ‚katholischen Pfaffen‘. Da legten sich der Primas Szelepesényi und der Kammergraf Bischof Kollonitsch ins Mittel und erlangten mit leichter Mühe ein kaiserliches Mandat, das dem Grafen Nigrelli auftrug, mit vier Compagnien des Heister'schen und Pio'schen Regimentes einzuschreiten. Die Soldateska besetzt die Stadt, worauf ein ausserordentlicher Gerichtshof zu Tyrnau über die Rädelsführer des Pressburger Aufstandes die Todesstrafe ausspricht. Vier der vorgeladenen Protestanten werden freigegeben und nach Pressburg zurückgesendet, um die Gemeinde willfährig zu machen, aber ohne Erfolg. Auch Kollonitsch, mit starkem Priestergefolge aus Tyrnau herbeieilend, vermochte nicht die Herausgabe der Kirchenschlüssel zu erwirken, und Primas Szelepesényi musste in Wien so manches herbe Wort über das Unzeitgemässe von Zwangsmassregeln vernehmen. Doch gelang es seinem Einflusse und dem Drängen des Kammergrafen Bischof Kollonitsch, ein neues kaiserliches Mandat herauszuschlagen, wonach die unweigerliche Uebergabe der Kirche und Schule stattfinden und die Todesstrafe in Güterverlust verwandelt werden sollte.

Den 18. Juni rücken in aller Stille sechs Compagnien ein, consigniren die Bürger und stellen sich dem Bischof Kollonitsch zur Verfügung. Da nichtsdestoweniger die Kirchenschlüssel vorenthalten wurden, so blieb nichts Anderes übrig, als unter Geschrei und Verwünschungen der evangelischen Bevölkerung die Kirchenthür zu erbrechen. So betrat man in langem Zuge zuerst das Gymnasium, dann die Kirche und nahm von Beiden Besitz. Gleiches verhängte der Fiscus über die Häuser Nádasdy's und der Bürger: Fischer, Karner und Auer.

Den 7. August mussten die protestantischen Prediger mit Weib und Kind abziehen, und einen Monat später wurde die evangelische Kirche der Deutschen vom Primas, die der Magyaren von Kollonitsch für den katholischen Gottesdienst neu eingeweiht. Die deutsche Kirche sammt dem Gymnasium der Protestanten übergingen in die Verwaltung der Jesuiten, und so gestaltete sich das confessionelle Gepräge der Stadt äusserlich anders, wenn auch die Gesinnung der protestantischen Bürger unentwegt blieb.

II. Oedenburg.

Einen nicht minder durchgreifenden Wechsel des Geschickes zeigen — und zwar unter heftigen Krisen — die Glaubenszustände der Schwesterstadt Oedenburg[1] seit 1672.

1636 hatte der Jesuitenorden, dank der Gönnerschaft des Raaber Bischofs Georg Draskovich,[2] in Oedenburg, der protestantischen Stadt deutschen Gepräges, nicht ohne Schwierigkeiten Boden gefasst, und durch die Schenkung der gewesenen Cisterzienserabtei Pernau (Pornó)[3] gewann sein Bestand eine willkommene materielle Förderung. Immerhin konnte seine Thätigkeit keine tieferen Wurzeln schlagen, da die evangelische Bevölkerung, Rath und Gemeinde, den passiven Widerstand aufrechthielt.

Anders musste es seit 1672 kommen, denn die confessionelle Politik des Wiener Hofes, vor Allen von dem Pressburger Kammerpräses, Bischof Kollonitsch, auf das Entschiedenste vertreten, zog auch Oedenburg in das Bereich der Katholisirungsmassregeln.

Am Georgstage 1672 erschienen als Ueberbringer eines kaiserlichen Mandates Bischof Kollonitsch und Paul Eszterházy[4] mit dem unerfreulichen Begehren, dass der halbe Rath der Stadt mit Katholiken besetzt werde. Diesmal mussten sie allerdings unverrichteter Sache abziehen.

---

[1] Darüber sind von besonderer Ausführlichkeit die Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672, und eine willkommene Ergänzung bietet das sehr umständlich erzählende Tagebuch des Zeitgenossen Johannes Tschany, protestantischen Bürgers von Oedenburg, unter dem Titel: ‚Verzaichnus Etlicher Historien, so von den 1670 Jahr her geschehen Ihn den Königreich Ungarn und absonderlich bey unser Stath Oedenburg, welche ich Hanns Tschany zur sonderlichen Nachricht den Nachkömlingen hab auffgeschriben;‘ herausgegeben von J. Paur im Magyar tört. tár., 5. Bd. (1858), S. 17—220; die Chronik reicht bis Ende 1703 und ist gerade für den in Rede stehenden Zeitraum ungemein detailreich. Ueber die Besitzverhältnisse der Jesuiten in Oedenburg s. Rupp, Magyarorsz. helyrajzi története, I, 508—513

[2] 1635—1651.

[3] Abb. S. Marg. de Poruo-Bernan, a. d. Pinka, im Eisenburger Comitate, gegründet vor 1233.

[4] Tschany spricht S. 21 vom ‚Kroissbeckerischen pischoff‘, womit wohl Kollonitsch als Bischof von Wiener-Neustadt gemeint sein wird.

Kollonitsch erneuerte aber bald (20. Juni) seine Sendung im Gefolge des vorgenannten Magnaten, unterschiedlicher katholischer Geistlichen und Kammerherren. Der Rath und alle Ehrenämter sollen zwischen beiden Bekenntnissen getheilt werden. Zur Sühne für ihr hartnäckiges Abwehren der Katholischen müsse die Stadt eine jährliche Strafsumme von 2000 Gulden entrichten, und zwar vom Jahre 1609 an gerechnet. Allerdings wurde von dieser harten Busse im Gnadenwege etwas nachgelassen.

Noch trüber sollte sich aber für die Oedenburger der Jahresschluss 1673 und das nächste Frühjahr 1674 gestalten. Hier setzt der Ordensbericht ausführlich ein und ihm geben wir das Wort.

Zunächst wird der löbliche Eifer des Raaber Bischofs Georg Széchényi[1] gerühmt, der zufolge der kaiserlichen Mandate und von eigenem Reformdrange beseelt die Sprengelgebiete von Stuhlweissenburg, Rechnitz, Pinkafeld, Körmönd, Bük und Güns durchzogen, mit Hilfe von Soldaten an achtzig Prädicanten vertrieben und die seit hundert Jahren den Ketzern verfallenen Kirchen wieder zurückerobert habe. Es galt nun Oedenburg, die Zufluchtstätte der Ketzerei, von dieser ‚Pest‘ frei zu machen.

Széchényi reiste nach Wien und erlangte die kaiserliche Weisung, wonach die Stadt und die ihr zugehörigen Dörfer bei Strafe kaiserlicher Ungnade den Sprengelbischof zur Kirchenvisitation zuzulassen und ihm die mit den Gotteshäusern verbundenen Einkünfte, Schätze und sonstigen Besitzgegenstände auszuliefern hätten.

Kollonitsch hatte bereits vorgearbeitet. Er war wieder am Georgstage (1673) in Oedenburg eingetroffen, setzte den bisherigen evangelischen Stadtrichter Johann Serpilius ab und bestellte zu seinem Nachfolger den Katholiken Mathias Preiner, der auf dem Rathhause als Nichtbürger zuerst den Bürgereid ablegen mnsste, bevor man ihm das ‚Scepter‘ übergab.[2] Tags darauf wurden die Besetzungen des Rathes und anderer Stadtämter mit Katholischen vorgenommen.

[1] Georg (VI.) 1658—1685.

[2] Tschany, a. a. O., S. 25.

Ueberdies — erzählt weiter der Ordensbericht — erlangte Szécsényi eine Vollmacht beim Hofkriegsrathe, derzufolge ihm das Regiment Wopping zur Unterstützung beigegeben ward. Mit militärischer Macht trieb er nun die Pastoren aus der Umgebung Oedenburgs.

Am 23. December 1673 erschien der Kirchenfürst mit seinem Soldatengefolge vor Oedenburg selbst. Die Stadtthore bleiben jedoch verschlossen, und die unwillkommenen Gäste müssen zweieinviertel Stunden unter freiem Himmel warten, was den Aerger des Kirchenfürsten über eine solche Behandlung erregte. Endlich zeigten sich der Bürgermeister und Stadtrichter am Thore, begrüssten höflich die Ankommenden und geleiteten sie in die Stadt. Die Soldaten aber mussten draussen bleiben, indem man nur die beiden Obersten einlässt. Alsbald wurde der Rector des Oedenburger Jesuitencollegiums zur Besprechung entboten und mit beiden Militärbefehlshabern der grosse Glaubenszweck verhandelt.

Die Glaubenscommission beschliesst, in aller Stille vorzugehen. Als sich der gesammte Rath der Stadt in Folge der Vorladung eingefunden, wird ihm das kaiserliche Decret vorgewiesen. Der Bürgermeister küsste es ehrfurchtsvoll, las es mit lauter Stimme den Anderen vor und händigte es wieder dem Bischof ein. Der Rath begab sich dann in das Stadthaus zurück, um über die Antwort einig zu werden. Dann gaben sie vor dem Bischof nachstehende Erklärung ab: Sie lassen die Kirchenvisitation zu, aber erst nach den Feiertagen. Niemals seien sie bisher hiezu aufgefordert worden. Da sie bereit seien, zu gehorchen, bedürfe es der Soldaten nicht, die man auch nicht in die Vorstadt einlassen würde, da dies dem Freithum und der Schuldlosigkeit der Stadt widerstritte. Sie blieben auch trotz dreimaliger Aufforderung bei diesem Entschlusse.

Während sich all dies abspielte, hatten die Soldaten vor der Stadt sieben Stunden in der Kälte zubringen müssen. Dem Bischof reisst nun die Geduld, und er lässt die Mannschaft durch ihre Befehlshaber zum Einrücken in die Stadt aufmahnen. Gesagt, gethan; die Soldaten reissen das Vorstadtthor aus den Angeln und dringen in hellen Haufen ein. Die Bürgerschaft bewaffnet sich eiligst, ein Theil wirft sich den Soldaten entgegen, ein anderer besetzt den Friedhof und die St. Michaelskirche; die Einen richten ihre Büchsen auf die Officiere an

der Spitze der Mannschaft, die Anderen muntern sich gegenseitig auf, die kaiserlichen Kriegsleute niederzumachen.

Doch kam es nicht zum Blutvergiessen, indem sich das Kriegsvolk inmitten des Aufruhrs ‚sehr bescheiden, aber ohne Furcht' vorwärtsbewegte. Man kommt ans Thor der inneren Stadt. Als durch dasselbe der erste Officier mit zehn Gemeinen eindrang, ohne auf eine Wache zu stossen — das Volk hatte sich hinter dem Thore angesammelt — wurde die Zugbrücke aufgezogen und die übrige Mannschaft ausgeschlossen. Das vereitelte die Anschläge der Soldaten; sie geriethen daher auch in Wuth und wollten gewaltsamer auftreten; der Bischof hielt sie jedoch davon ab, und so bezogen sie ihre früheren Quartiere. ‚Und also wurde die Ausführung eines so heilsamen Werkes unterbrochen, ohne jedoch ganz aufgelassen zu werden.'

Denn die gegen den Befehl und die Miliz des Kaisers und wider die Person des Kirchenfürsten verübten Unbilden schienen den Stoff zu einer derart gründlichen Anklage darzubieten, dass man ohne alles Waffengeräusch einzig und allein mit Richterspruch den Oedenburgern ihre Kirchen und Prädicanten entziehen könne. Nachdem sich Széchényi mit dem Wiener-Neustädter Bischof Kollonitsch ins Einvernehmen gesetzt, reichte der beherzte Kirchenfürst beim Kaiser eine Supplik ein, beleuchtete die ihm und der Majestät angethane Schmach und erlangte ein verschärftes Decret, demgemäss die Bürger von Oedenburg und die ketzerfreundlichen Rathsherren allda bei schwerster Strafe vor das Gericht der Krone zur Verantwortung ihrer Handlungen gefordert wurden. Zu dieser Amtshandlung wurden Georg Kados, Domherr des Capitels von Steinamanger, und Johannes Horváth, Oberst vom Reiterregimente des Grafen Batthyány, ausersehen. Diese beschieden nach dem Herkommen des Reiches den Rath und die Gemeinde auf den 15. März des laufenden Jahres vor das königliche Gericht und schrieben die Vorladung an die Hausthüren Jener, die nicht bei Hause waren.

Nun wurden die Bürger sehr besorgt, und da sie ihre Pastoren behalten wollten, so fassten sie nach dem Beispiele einiger Städte den Beschluss, durch Uebergabe der Kirchen die Strenge des königlichen Tribunals zu mildern. Sie wandten sich an den Vorstand der königlich ungarischen Kammer mit der Bitte, dem Fiscus gegenüber eine gütliche Vereinbarung

einzuleiten, derzufolge ihnen die freiwillige Auslieferung der Kirchen an die Katholischen weitere Ahndungen erspare. Das erreichten sie endlich. Der Kaiser bestellte zur Durchführung dieses Handels als Commissäre den ungarischen Kanzler Thomas Pálffy und den Kammerpräses Bischof Kollonitsch, die nach reiflicher Erwägung nachstehende Bedingungen der Amnestie den Oedenburgern vorhielten:

I. Seien alle Kirchen, Capellen und Beneficien, Pfarreien und Schulen, die altersher den Katholischen gehörten, mit allem Zugehör und Hausrath, wie er sich gegenwärtig vorfände, dem königlichen Fiscus gewissenhaft auszuliefern.

II. Die Prädicanten, Capläne, Schulmeister und Gehilfen sollen binnen fünfzehn Tagen nach Verlautbarung des Decretes aus der Stadt und Vorstadt wandern. Wer aber von ihnen bleibe, müsse das schriftliche Versprechen leisten, keinerlei Kirchen- oder Lehramt während seines Aufenthaltes ausüben zu wollen.

III. Das Haus Witnyédy's[1] in der Nachbarschaft der St. Georgskirche sammt allen Gründen, Zugehörungen und Bürgerrechten, die daran haften oder haften könnten, sei dem königlichen Fiscus ganz und gar zu ewiger Innehabung auszuantworten.

Dem entgegen mache ihnen der königliche Fiscus Hoffnung, bei der königlichen Majestät die gnadenweise Genehmigung zu erlangen, dass an einem von der Krone festzustellenden Orte eine sichere Behausung für zwei Prädicanten zugestanden werde, von denen der Gottesdienst im Sinne des Augsburger Bekenntnisses für die letzterem angehörigen Kronbeamten und Hofwürdenträger, Räthe, Residenten, Ablegaten, Stände und Fürsten des Reiches gleichwie für andere Glaubensverwandte zu versehen wäre. Da die verwitwete Fürstin von Eggenberg[2] ihren ständigen Aufenthalt in Oedenburg genommen, so sei ihr zu gestatten, so lange sie hier wohne, einen Prädicanten für den Gottesdienst im Hause zu beherbergen, welchem auch die Bürger von Oedenburg anwohnen dürften.

---

[1] Der bekannte Stefan Witnyédy.

[2] Anna Maria Markgräfin von Brandenburg-Baireuth, Witwe des Eggenbergers Johann Anton I. Fürsten von Gradisca († 1649, 19. Februar), 1649—1658 Vormünderin ihrer Söhne Johann Christian Herzog von Krumau und Johann Seyfried Fürsten von Gradisca.

An Stelle des Witnyédy'schen Hauses werde der Fiscus ein anderes Gebäude, das jetzt die Fürstin von Eggenberg bewohne, der Stadt Oedenburg zu immerwährendem Besitze einantworten und von allen bisherigen Lasten frei machen.

Der Fiscus wolle die schwebende Gerichtsangelegenheit für immer absetzen, so zwar, dass kein Oedenburger, wess Geschlechtes und Standes er auch sei, aus Anlass jener Klage von einem ob ordentlichen, ob ausserordentlichen Gerichte belangt oder beschwert werden dürfe.

IV. Der Fiscus wolle die Freiheit der Glaubensübung und des Gewissens allen Angehörigen des Augsburger Bekenntnisses in der Stadt einräumen und nicht gestatten, dass Jemand von ihnen zur katholischen Religion oder zur Auswanderung wider seinen Willen genöthigt werde. Jenen aber, welche auswandern wollen, stünde es frei, ihre Habe zu verkaufen und zu veräussern.

Diese Zugeständnisse, welche der Fiscus zu Gunsten der Oedenburger beim Kaiser in Vorschlag zu bringen bereit sei, sollten jedoch nicht als Ergebnisse eines Vergleiches, sondern als königliche Gnadenacte angesehen werden.

Die Bürgerschaft bequemte sich zur Annahme all' dessen. Am 27. Februar trafen die Bischöfe von Wiener-Neustadt und Neutra in Oedenburg ein. Der Rath erliess an alle protestantischen Bürger die Weisung, dass nächsten Tages alles Gesinde innerhalb der vier Wände zu bleiben und sich ruhig zu verhalten habe. Es war dies der 28. Februar, an welchem die Uebergabe der Kirchen, eine glänzende katholische Procession unter Betheiligung zahlreichen Adels aus der Nachbarschaft stattfand, Messen und Predigten gelesen und gehalten wurden. Dabei wirkten die PP. Franciscaner mit.

Aus dem Jesuitenorden wurden zwei deutsche Prediger für die Kirchen zum heil. Michael und heil. Johannes ausersehen.

Während so die Jesuiten der katholischen Mission unter so günstig neu gestalteten Verhältnissen oblagen, versuchten die Oedenburger Protestanten, ihrem Gottesdienste an Stelle der beschränkten Behausung, die ihnen angewiesen worden war, ein geräumigeres Heim zu schaffen, und zwar auf dem Wege eines förmlichen Umbaues, so dass die Kirche nahezu 5000 Menschen fassen konnte. Ueberdies kaufte auch die verwitwete

Fürstin Eggenberg ein neues, ihrer Residenz benachbartes Gebäude und gab ihm die Form einer Kirche, in welche nicht blos die Oedenburger, sondern auch die ‚ketzerischen' Bewohner entlegener Orte allwöchentlich in grosser Zahl zusammenströmten. Das beunruhigte den Rector des Collegiums auf das Aeusserste, und vor Allem war es dem Sprengelbischof unwillkommen, da man die ‚Ketzerei' wieder zu Kräften kommen sah, während man doch ihren Untergang anstrebte.

Um dem ‚kecken Missbrauch' der kaiserlichen Gnade zu steuern, wandte man sich abermals an den Kaiser. Es erfolgte nun eine schriftliche Weisung an den Propst von Steinamanger, die er dem Stadtrathe von Oedenburg eröffnen sollte. Demzufolge hätten die beiden Prädicanten, welche in den bezeichneten Häusern den Gottesdienst besorgten, innerhalb dreier Tage Oedenburg zu verlassen und sich nach Eisenstadt zu begeben, woselbst sie ihren geistlichen Verrichtungen in den ihnen vom dortigen Stadtrathe anzuweisenden Häusern obliegen sollten.

Als die Oedenburger diesen kaiserlichen Auftrag vernahmen, waren sie sehr bestürzt und allgemeines Wehklagen erscholl; ‚noch nie sah Oedenburg so viel Thränen als an diesen drei Tagen', bemerkt etwas hämisch der Ordensbericht.

Alsbald sendet man Abgeordnete nach Wien, um mit Geschenken auf die Gesinnung der hohen Herren einzuwirken und von der kaiserlichen Gnade einen Aufschub der Ausführungsmassregel zu erlangen. Aber sie kehrten unverrichteter Sache zurück; die Oedenburger müssen sich fügen und ‚die Wölfe, die sie bisher als Hirten der Schäflein verehrten, aus den Hürden entfernen'. Der Abzug der protestantischen Geistlichen erfolgte am St. Michaelstage.

Nunmehr blieb die Fürstin von Eggenberg der letzte Trost der Oedenburger Evangelischen. Sie hatte bekanntlich vom Kaiser die Erlaubniss erhalten, einen ‚Hofprediger' für ihre religiösen Bedürfnisse zu beherbergen, und für gottesdienstliche Zwecke ein eigenes Haus bestimmt und eingerichtet. Dieser ‚Hofprediger', Mathias Lang, versah denn auch den Gottesdienst für die Bürgerschaft vom Tage der Verbannung jener zwei evangelischen Seelsorger bis zum Jahre 1675. Die protestantischen Taufen besorgte er heimlich zur Nachtzeit, wie sehr sich auch der katholische Stadtpfarrer abmühte, diese Taufen für sich zu erzwingen.

Die Osterzeit des Jahres 1675 bescheerte den Oedenburger Protestanten die kaiserliche Genehmigung, dass die beiden nach Eisenstadt internirten Seelsorger wieder zu Oedenburg ihres geistlichen Amtes walten konnten. Das Bethaus der Fürstin von Eggenburg blieb die Stätte ihres Wirkens.

Dagegen brachte der St. Georgstag dieses Jahres die katholische Reformation der Gemeindeverwaltung um ein gut Stück weiter, indem an Stelle des bisherigen Stadtrichters Nötl ‚wider die Freiheiten' von Oedenburg ein katholischer Magyar, Namens Pásztor, eingesetzt wurde und bald Gelegenheit fand, den Evangelischen ihre Glaubensübung zu verleiden, vor Allem den Zuzug von auswärts zu dem Gottesdienste in Oedenburg gewaltsam abzustellen.

Im Mai wurde auch das kaiserliche Edict an die Stadtthore befestigt, demzufolge niemand Auswärtiger den protestantischen Gottesdienst in Oedenburg besuchen dürfe, es wäre denn ein kurfürstlicher Minister, Resident, Agent oder ein anderer ‚privilegirter' Herr.

Die Feuersbrunst vom 28. November des Jahres 1676, die auch das protestantische Bethaus einäscherte, das Mandat der ungarischen Kammer vom Jahre 1677, wonach die protestantischen Handwerker bemüssigt seien, an dem Frohnleichnamsumzuge theilzunehmen, und die Strenge, mit der man jedem Versuche eines Auswärtigen, an dem protestantischen Gottesdienste theilzunehmen, begegnete, waren für die Evangelischen Oedenburgs unwillkommene Prüfungen. Auch wachte das Jesuitencollegium mit aller Schärfe darüber, dass die Versuche der Andersgläubigen, ihre Kinder von unterschiedlichen Leuten, vertriebenen Schulmeistern u. dgl. insgeheim unterrichten zu lassen, nicht um sich griffen. Da man nämlich die städtischen Protestantenschulen abgeschafft hatte, so glaubten die Väter der Gesellschaft Jesu und ihre Gönner, das beste Mittel in den Händen zu haben, um den Nachwuchs der Bevölkerung katholisch zu machen, da dieser Mangel an eigenen Schulen die akatholischen Eltern zwingen würde, ihre Kinder den Jesuiten in die Lehre zu schicken.

Seit dem Jahre 1681 gingen die Zustände in Oedenburg einem durchgreifenden Wechsel entgegen. Wohl erschien am St. Jörgentage der stramm katholische Vicepräses der ungarischen Kammer, Graf Volkra, mit einem kaiserlichen Mandate,

das die völlige Entfernung der Protestanten aus dem Stadtrathe und die Besetzung aller Stellen mit Katholischen vorschrieb. So gelangten auch alle Gemeindeämter in die Hände der Letzteren. Doch nun machte sich der Umschwung schnell und um so greller geltend. Denn kaum hatte eine kaiserliche Verfügung vom 2. Juli 1681 — mitten in der Zeit des ungarischen Reichstages, den jetzt Oedenburg beherbergte — den Besuch des protestantischen Gottesdienstes, ohne besondere Genehmigung, scharf verpönt, so ward das Verbot auch schon in Folge der Beschwerde der evangelischen Stände vom 4. Juli wieder zurückgenommen und allen Glaubensgenossen der Ein- und Ausgang freigegeben.

So gestalteten sich denn die Ostern des Jahres 1682 zu einem wahren Auferstehungsfeste des Oedenburger Protestantismus. Kurz zuvor hatte seine Gönnerin, die Fürstin von Eggenberg, das Zeitliche gesegnet. Ihre Leiche wurde den 9. April in ihr Erbbegräbniss nach Baireuth in Ostfranken überführt.

Die Oedenburger Gemeinde begann sich wieder zu fühlen. Als am Jörgentage Bischof Graf Kollonitsch die Wahl des Evangelischen Hans Serpilius zum Stadtrichter verhindern und dann — nachdem sie vorgenommen war — nichtig erklären wollte und den Katholiken Niclas Horváth zu dieser Würde bestimmte, berief sich die Wählerschaft mit aller Entschiedenheit auf den Diätalartikel, und es gelang, die Hälfte der Rathsstellen mit Evangelischen zu besetzen. Auch der Gemeinde-Obervormund zählte zu den Ihrigen. Ebenso hartnäckig wahrten sie ihr Recht, als Kollonitsch am 8. October den früheren Versuch erneuerte und am 10., 11. December die Grafen Draskovich und Erdödy in Gesellschaft eines Kammerrathes erschienen, um bei dem Stadtrichteramte eine Aenderung durchzusetzen. Die Evangelischen liessen sich nur zu einer Neuwahl herbei, die auf einen früheren Inhaber des Amtes, ihren Glaubensgenossen Gregor Nötl, fiel, aber unter der Bedingung, dass dies ihrem Wahlrechte, das sie den 24. April ausgeübt, keinerlei Abbruch thun solle.

Der Türkenkrieg und der Heereszug Tökölyi's nach dem Westen (1683) drängten auch das Gemeinwesen Oedenburgs in ein neues, gefährliches Geleise. Schon den 10. Juli erhielten die Oedenburger ein Schreiben Tökölyi's, worin sie aufgefordert

wurden, sich unter seine Herrschaft zu stellen, ‚dieweil sie der römische Kaiser schon dreizehn Jahre lang hart geängstigt und bedrängt, sie um weltliche Freiheiten und um ihre Priesterschaft gebracht habe‘.[1] Da sich die Nachbarn der Stadt, Graf Draskovich auf Sárvár und Graf Batthyány, zur Huldigung an den Kuruzzenfürsten bequemten, so schien dies angesichts der Sachlage auch für die Oedenburger unvermeidlich zu werden. Sie steckten am 12. Juli eine doppelte weisse Fahne auf und schickten zwei Tage später ihre Bevollmächtigten zur Besprechung mit den Commissären Tökölyi's ab.

Die Jesuiten, denen begreiflicher Weise der Boden unter den Füssen brannte, wollten schon am 15. Juli Oedenburg räumen. Sie begaben sich theils zu Wagen, theils zu Fuss aus der Stadt; die Evangelischen liessen ihnen jedoch nachsetzen. Ihre Wagen wurden mit Beschlag belegt und die Ordensväter wieder nach Oedenburg zurückgeschafft, bis auf drei, welche bereits entwichen waren. Erst den 16. Juli, an welchem Tage die Commissäre Tökölyi's die Stadt betraten, kam es nach langathmigen Verhandlungen zur förmlichen Ausweisung der Jesuiten, die sich grossentheils auf die Güter ihres Gönners, Franz Grafen von Eszterházy, nach Lakenbach, Landesere, begaben oder in der benachbarten Steiermark, zu Friedberg und auf der Ordensherrschaft Thalberg unterkamen. Auch liessen es der Provinzial und der Rector des Grazer Collegiums an Unterstützung der verbannten Genossen nicht fehlen. Gleiches Loos ereilte die Jesuitenresidenz in Güns, die im Jahre 1677 auf Kosten der Oedenburger Stadtgemeinde dotirt worden. Die Ordensgenossen trafen in Landesere zusammen.[2]

Oedenburg musste den 16. und 17. Juli dem Kuruzzenfürsten huldigen. Man fügte sich dem Zwange, gleich den Nachbarorten Güns, Eisenstadt und Rust, fühlte aber nur zu sehr das Drückende der Lage und begrüsste erleichterten Herzens den Christensieg vor Wiens Mauern (12. September) als rettende That für Alle.[3] Die Alleinherrschaft des Protestan-

---

[1] Tschany, a. a. O., S. 72.

[2] Tschany, a. a. O., S. 34.

[3] Tschany, a. a. O., S. 86: „. . . Unsser Lieber Heer Goth, hat von Himmel disen Tag der Christlichen Armme (sic) einen solchen Syg gegeben vndt

tismus ging allerdings bald zur Neige, denn schon am 23. September erschienen die Commissäre des Palatins[1] und forderten unter Anderem: 1. die Wiedereinräumung des Collegiums und des Convictes[2] an die Jesuiten; 2. die Wiederbesetzung aller Stadtämter mit Katholischen, wovon man aber Umgang nahm, da während der Tökölyi'schen Episode kein Einziger von ihnen seines Amtes war entsetzt worden, und 3. die Abschaffung der evangelischen Prädicanten und Schuldiener, die in der gleichen Zwischenzeit eingesetzt worden wären, womit es aber vorderhand sein Bewenden haben solle.

Bald traf auch eine Zuschrift der auf diese Weise rehabilitirten Jesuiten an die Oedenburger Stadtgemeinde ein, worin das Ersuchen gestellt wurde, jeder Bürger wolle das von ihm den Jesuiten entfremdete Gut freiwillig zurückstellen, was man mit bestem Danke entgegennehmen würde, im Gegenfalle müssten sie den Gerichtsweg betreten.[3]

Der neue, beschwerliche Ausnahmszustand Oedenburgs wurde 1684 durch das kaiserliche Jännermanifest Leopolds I. seinem Ende zugeführt und die Stadtgemeinde zu dem Pressburger Commissionstage (24. Februar) entboten. Die Oedenburger sollen einen ‚körperlichen Eid' der Unterthanentreue ablegen und um Wiederaufnahme in die Gnade des Kaisers bitten. Die Kirchenfrage bleibt in ihrer Lösung dem nächsten Landtage vorbehalten. Jedoch dürfe kraft der Diätalbeschlüsse vom Jahre 1681 Niemand in seinem Glauben angefochten werden.

III. Güns.

Wir haben in der Chronik der Religionshändel Oedenburgs die Ordensstation Güns gestreift und wollen nun die

bescherth, dass sye den Erbfeynd Christliches Nammbens den Turcken von der Stadt Wynn wegh geschlagen. . . .'

[1] Tschany, a. a. O., S. 92.

[2] Mit dem Jesuitengymnasium verbunden.

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. zum Jahre 1683. Die Rehabilitirung fand in Folge der Verhandlungen des Palatins mit den Oedenburgern und nach Ankunft der PP. Franz Fabiankovits und Peter Gödy den 21. September statt; in Güns, 23. September in Folge der Palatinatsweisung. Der Jesuitenrector fand alle Wohnräume der Residenz vermiethet.

wichtigen Vorgänge, die sich hier seit 1670/71 abspielten, ins Auge fassen.[1]

In dieser Stadt fasste der Protestantismus bereits um die Mitte des 16. Jahrhunderts festen Fuss. Die Ortspfarre mit den beiden Kirchen zum heil. Jakob und Emerich ging für den Katholicismus verloren; ja auch der Calvinismus bürgerte sich neben dem Lutherthum ein.

Der Raaber Bischof Georg Széchényi erwirkte nun ein kaiserliches Mandat und erschien alsbald in Gesellschaft des Neutraer Bischofs und königlichen Kanzlers, Thomas Pálffy, und des Burgherrn von Güns, des Eisenburger Obergespans, Petrus Szécsy von Rimaszécs, in der Stadt. Sofort rückten 25 deutsche Musketiere ein, denen weitere 300 folgen sollten. Die Bürger von Güns überlegten lange, was zu thun sei, denn ohne Verzug wollten sie auf die anbefohlene Räumung der Pfarre und der beiden Kirchen nicht eingehen, sondern baten um die Erlaubniss einer Audienz beim Kaiser, dessen Auftrage sie dann unverzüglich Folge leisten würden.

Bischof Széchényi erklärte, dies sei ein nutzloses, kostspieliges Beginnen, der kaiserliche Befehl klar, und rügte dann mit scharfen Worten die ‚Winkelzüge' und die ‚Unbotmässigkeit' der Bürger. Diese aber erklärten schliesslich, das, was sie durch so lange Jahre behauptet, nicht preisgeben zu wollen. Das gemeine Volk, eine geheime Abmachung fürchtend, drängt sich tumultuarisch ins Rathhaus, verschliesst das Gebäude und lässt Niemand heraus. Man will dann zu den Waffen greifen und über die Adeligen im Gefolge der Kirchenfürsten und die Mannschaft herfallen. Der Kanzler müht sich ab, die Menge zu beschwichtigen und durch Hinweis auf eine strenge Ahndung einzuschüchtern. Dann versucht man es mit einigen Rathsherren, welche die tobende Menge zur Vernunft bringen sollen. Das gelingt endlich, und am nächsten Tage übergibt man die Schlüssel der Kirchen sammt allem Geräthe, die Pfarre und alles dazu Gehörige.

Mit vielem Gepränge, unter Glockenschall und Flintensalven, findet die Einweihung der Kirchen statt. Der Komorner Erzpriester und Raaber Domherr Peter Kuszenics übernahm

[1] (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. (1740), S. 194–211.

die Pfarre und sorgte für die gründliche Geltendmachung seiner Rechte und Befugnisse.

Unter solchen Umständen gewann auch der Bestand der Jesuitenresidenz seine bereits seit 1666 angestrebte Sicherung.[1] Bischof Széchényi schloss im Jahre 1674 als Bevollmächtigter der Krone mit der Stadtgemeinde einen Vertrag, demzufolge behufs Gründung einer Ordensresidenz der Jesuiten im Weichbilde von Güns die Jakobskirche sammt dem Pfarrgebäude, sodann der Bodenfläche inmitten beider und die anschliessenden drei kleinen Häuser mit ewiger Freiheit von Gemeindelasten den Jesuiten überwiesen wurden, unter Bedingungen, die gleich der Hauptbestimmung im Jahre 1678 die Bestätigung der Krone erlangten. 1679 kam es zur Besitzeinweisung des Ordens. Bald begegnen wir jedoch Streitigkeiten mit der Stadt, die sich um so schärfer zuspitzten, je kritischer die Lage ward. Der Wechselfälle der Jesuitenresidenz, der Vertreibung und Wiedereinführung der Jesuiten wurde bereits an anderer Stelle gedacht.

IV. Komorn.

Die Festungsstadt Komorn beherbergte eine rührige Niederlassung des Ordens, dem die Vorgänge des Jahres 1672 auch hier äusserst günstig werden mussten. Primas Szelepcsényi sorgte dafür, dass Mitte September der calvinische und lutheranische Pastor den Ort räumen mussten. Während die Franziskaner das Bethaus der Calviner zugewiesen erhielten, übernahmen die Jesuiten als Verweser des Pfarramtes: die St. Johannskirche, die deutsche Schule, das Pfarrhaus mit 20 Joch Feldgrund, was Alles bisher den Lutheranern zustand.[2]

V. Tyrnau und sein Missionsgebiet.

Der Hauptherd der Thätigkeit des Jesuitenordens, Tyrnau,[3] zeigt schon im Jänner 1672 die Thätigkeit des Primas

[1] Rupp, Magyarorsz. helyrajzi története, I, 563 f.

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672. (Cornelius), Fragm. hist. Hung., S. 282; Rupp, a. a. O., 156.

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672. Kazy, Hist. Hung., III. Abth., und Hist. univers. Tyrnav. (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. (1740), S. 259 f. Katona, XXXIV, 84 f.

Szelepcsényi in vollem Zuge. Man verlangt die Kirchen der Lutheraner und Calviner für den Katholicismus zurück und geht dann ihrer Priesterschaft zu Leibe.[1] Die Prediger werden in der schärfsten Weise verhalten, im Verlaufe von fünfzehn Tagen die Stadt zu verlassen. Sämmtliche Protestanten verschwinden aus dem Stadtrathe und den Gemeindeämtern und räumen den Katholischen ihren Platz.

Die Jesuiten liessen es unter solchen Umständen an verstärktem Bekehrungseifer nicht fehlen. Unter den Convertiten befanden sich auch drei aus einem den Türken tributpflichtigen Dorfe, an deren Glaubenswechsel die Bekehrung des ganzen Dorfes hing. Mit Zustimmung des türkischen Grundherrn gelang es auch zum Verdrusse der Lutheraner und Calviner. Auch war man bestrebt, aus einem anderen Vorfalle Capital zu schlagen. Es wurden nämlich 37 Pressburger Protestanten wegen eines in ihrem Bethause veranlassten ‚Aufstandes‘ zur Kerkerhaft in Tyrnau verurtheilt. Von diesen machten die Jesuiten drei katholisch, darunter einen Beisitzer der königlichen Tafel, der damals im Pressburger Gotteshause ausgerufen habe: ‚Einer für Alle, Alle für Einen.‘

Das Tyrnauer Collegium war und blieb die Rüstkammer für das Bekehrungswerk im weiten Umkreise. Vor Allem galt es, das Netz der Mission auf dem Boden der protestantischen Slovakei möglichst weit zu spannen. Miawa, Verbovec, Brezo, Turaluka und Szenicza im Neutraer, — Rosenberg, Liptó-Szent-Miklos, Ternovec, Kispalugya, Teplica, Szelnicza, Deutsch-Lipcse, Geib im Liptauer, — Niezna im Arvaer und Sillein (Szolna) im Trentschiner Comitate wurden bald in die Geleise der Bekehrungsarbeit gezogen[2] und letztere von bewaffneter Macht unterstützt.

Diese Versuche liefen nicht immer glatt ab, wie schon der heftige Widerstand, den beispielsweise die Weiber in Miawa[3] an den Tag legten, darthut. Besonders ernst gestalteten sich

---

[1] Besonders zeigt sich in dieser Richtung thätig der hiezu bevollmächtigte Bischof von Waitzen, Georg Pongrácz.

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1673.

[3] (Cornelius), Fragm. hist. Hung., a. a. O., S. 407 f., zum Jahre 1674. Vgl. auch Katona, XXXIV, 194, der die Fragm. hist. Hung. citirt und ausschreibt.

die Vorgänge in Szenicza und im benachbarten Turaluka.[1]

In Szenicza hatte schon im November 1670 Valentin Balassa von Pressburg aus einen solchen Versuch angestellt. 1672 zog eine bewaffnete Commission mit dem Propste Georg Bársony und seinem Bruder, dem neununddreissigjährigen Protonotar Johann, an der Spitze, nach Szenicza, um sich der Schlüssel des protestantischen Bethauses zu bemächtigen. Da erhoben sich aber die Marktbewohner und die benachbarten Bauern, insbesondere die von Turaluka, schossen den Protonotar nieder und fielen über den Propst her, den nur der Pastor von Turaluka, Daniel Krman, vor dem Tode bewahrte, indem er ihn mit dem eigenen Leibe gegen die tödtlichen Streiche deckte.[2]

Die Strafe blieb allerdings nicht aus, doch überschritt sie weit das richtige Mass. 1673 drangen Starhemberg und Collalto mit Truppenmacht ein, ihre Croaten steckten die Ortschaften Szenicza und Turaluka in Brand, nachdem Plünderung und Gemetzel vorangegangen waren, und die Tyrnauer Jesuiten sollten nun das Bekehrungswerk vollenden.[3]

---

[1] S. (Cornelius), Fragm. hist. Hung., a. a. O., S. 287 f. (zum Jahre 1672), Katona, XXXIV, 87 f. (scbreibt sie aus) Wagner, Anal. Scep. s. & pr. III, 115; von protestantischer Seite s. Andr. Schmal, Adversaria ad ill. hist. eccl. Evangelico-Hungaricam ... (Fabó, Monum., II, 218 bis 223.)

[2] (Cornelins), Fragm. hist. Hung., a. a. O., S. 287 ff., 544, wo vom Ableben des Bischofs Bársony's die Rede ist, wird über den Vorfall bemerkt: ‚Antistitem Georgium e concitata nnper ad Miavam tempestate, mulier, Samueli German, Lutheranici ministri nuper Posonii catholice vita functi uxor, secundum Deum ac Coelites servasse ecclesiae fertur. Ne cum Germano (sein Bruder Johaunes) conficeretur, cruentum et vulneribus hiantem suo corpore texit adversus barbaram plebem‘ ... So wurde nacbträglicb das Eheweib eines katholischen Convertiten als Lebensretterin Georg Bársony's in die Geschicbte jenes Vorfalles eingeschoben, nnd doch war es ibr Gatte, der evangelische Pastor Daniel (nicht Samuel) Krman, von Turaluka. S. Andr. Scbmal (Fabó, Monum., II, 218).

[3] Es waren dies znnäcbst die PP. Joh. Simonides und Nicol. Blaskovics. Vgl. Klanicza, Fata ang. conf. eccl. ... in cott. Hung. (Fabó, Monum., III, 167). Simouides, dessen Bekehrungseifer 580 ‚Ketzer‘ dem Scboosse der Kirche gewaun, vermochte in dem nnaustilgbaren ‚Ketzerneste‘ Turaluka nur drei Convertiten heranzuzieben. 1674 wurde er

Im Arvaer und Liptauer Comitate bot die Kirchenvisitation dem Propstbischof Bársony den geeigneten Anlass, die Jesuitenmission anzubahnen. So wurden den Protestanten schon im März 1672 die Kirchen in Rosenberg, Deutsch-Lipcse, Szelnicza mit Gewalt abgenommen und den Jesuiten Kirche und Pfarre übergeben.[1] Dem geistlichen Haupte der Commission stand ein Tyrnauer Jesuit als Gewissensrath und Vertrauensmann zur Seite. In Teplicza wurden die Kirchenschlüssel den Ortsältesten bei strenger Ahndung jedes Widerstandes abverlangt. Sie werden ausgeliefert und die Kirche neu eingeweiht. Der Jesuit liest sofort die erste Messe und hält dann vor der Menschenmenge eine Predigt. Als er dann an die Versammelten die Frage richtet, wie ihnen diese Rede aus dem Stegreif gefallen, sollen sie geantwortet haben, mit einem solchen Prediger seien sie zufrieden.

Das Abendmahl unter einer Gestalt nehmen zunächst die Familienväter, ‚ihnen folgen die Frauen, Söhne und Töchter', so wird das ‚vorher ganz lutherische Teplicza innerhalb neun Monaten katholisch', heisst es im Ordensberichte. Die reiche Ernte im Liptauer Comitate findet sich hier erläutert. ‚Der Bekehrung nützte am meisten die Anwesenheit der Soldaten, welche in den Dörfern und Märkten so lange hausten, bis die längst geplante, aber bisher nicht durchgesetzte Reformation erzielt wurde.' Das Weitere besorgte der ‚rastlose Eifer unserer Missionäre'.

Der Erfolg gipfelte im Jahre 1674, ‚als die siegreichen Waffen des Kaisers Leopold die hartnäckige Ketzerei Ungarns bewältigten'.

Die Jahre 1682—1683 wurden für den Hauptsitz der Gesellschaft Jesu auf dem Boden Ungarns verhängnissvoll, und der Hochsommer des letzteren Jahres besiegelte die Vertreibung ihrer Genossen.[2]

von unbekannten Leuten erschlagen (s. Cornelius, Fragm. hist. Hung. III. Abth. zum Jahre 1674, S. 412—417).

[1] Darüber und das Folgende Litt. ann. S. J. Prov. Austr., besonders a. a. 1674; (Cornelius), Fragm. hist. Hung., a. a. O.; Klanicza, S. 52 ff.

[2] Das Folgende nach den Litt. ann. S. J. Prov. Austr., der Chronik des Tyrnauer Jesuitencollegiums, in der Sammlung von Hevenessi, (Cornelius), Fragm. hist. Hung., IV. Abth. zu den Jahren 1680 bis 1682; Math. Bél, Notit. Hung., II. Bd., 59 ff. (Benützte hiefür die handschriftliche Historia des Vicenotars Franz Koller.)

Schon vor der Uebergabe der Stadt Tyrnau an Tökölyi (18. Juli) war das Collegium grossentheils geräumt worden. Den 2. August erscheinen die Commissäre des Kuruzzenfürsten. Man schliesst die Ordensväter im Speisesaale ein und lässt sie von sechzig Haiduken bewachen. Der Rector wendet sich an den Bevollmächtigten Tökölyi's, Andreas Keczer, und erfährt zu seiner Bestürzung Nachstehendes: Man habe den gemessenen Auftrag, alle Ordensleute, auch die Kranken, ins Lager zu schaffen, unter die Türken zu vertheilen, in Kerkerhaft und auf die Galeeren zu bringen, oder 50.000 Goldgulden dem Collegium als Schatzung aufzulasten.

Der Rector versuchte Alles, um die türkische Gefangenschaft abzuwehren und die unerschwingliche Geldsumme herabzumindern, erreichte jedoch blos die Ermässigung auf 32.000 Gulden, welche innerhalb zweier Monate in Wechseln zu erlegen seien, und war bemüssigt, den Weg ins feindliche Lager einzuschlagen, um hier diese Angelegenheit zu ordnen. Im Weigerungsfalle wollte man die Jesuiten gefesselt dahin schaffen.

Inzwischen erbarmte sich der Graf Adam Czobor der hart geprüften Jesuiten und veranlasste auch die Grafen Sigismund Homonnay, Georg Erdödy, Stefan Nádasdy und den Freiherrn Niclas Bercsényi, für das Collegium in Hinsicht des Lösegeldes gutzustehen, so zwar, dass die Ordensväter und Genossen auf ihren Schlössern als Geiseln vertheilt blieben, bis der Rector mit einem von den Ordensbrüdern an die Vorgesetzten abgegangen wäre und mit dem Lösegelde zurückkäme. Auch erlangten sie eine Verlängerung der Zahlungsfrist auf zwei Monate.

Nach der Rückkehr des Rectors aus dem feindlichen Lager wurden die Jesuiten in sechs Wagen, denen zwei Reitercompagnien das Geleite gaben, aus Tyrnau fortgeschafft, und zwar 12 Geistliche und 6 Laienbrüder auf das Schloss des Freiherrn Niclas Bercsényi, wo sie menschenfreundliche Aufnahme fanden, 3 Jesuiten nach Szomolán auf das Erdödy'sche Schloss, 3 nach Jókö, im gleichen Besitze, und 2 auf das Schloss des Grafen Czobor in Eleskö.[1]

[1] Zu all den Heimsuchungen Tyrnaus kam noch die Feuersbrunst vom 8. August, welcher an 4000(?) Menschen zum Opfer gefallen sein sollen. Nur der Stadttheil zwischen dem Jesuitencollegium und der Hauptpfarrkirche blieb verschont. (Dazu bemerken die Litt. ann. S. J. Prov.

Der Rector des Collegiums begab sich mit einem Laienbruder nach Holitsch und von hier zum Ordensprovinzial nach Wien.

Die Ereignisse gingen rasch über diese Katastrophe hinweg. Die Niederlage der Türken vor Wien und das Zurückweichen Tökölyi's machten es möglich, dass Tyrnau schon Ende December von 23 Jesuiten wieder bezogen wurde.

VI. Trentschin, Sillein, Skalitz.

Wenden wir uns nordwärts dem Trentschiner Comitate zu. In der Stadt Trentschin erwies sich der Obergespan und Gebietsherr Gabriel Illésházy als eifriger Katholik und Förderer der Jesuitenmission. Am 16. December 1671 besetzte er mit Bewaffneten die obere Kirche, vertrieb den Pastor, Diakon und Schulmeister und schloss und versiegelte hierauf die untere Kirche. Hiemit war das Geschick des Protestantismus entschieden. Im August 1673 wurde der Pastor Sinapius nach Pressburg vorgeladen und verbannt. Der Oedenburger Landtag (1681) stellte den protestantischen Gottesdienst wieder her, aber der Stadt- und Burggraf Johann Prosper Burgesel war den Evangelischen nicht günstig.

Das Collegium und Seminar der Jesuiten fühlte erst 1682 den Boden unter sich schwanken. Der Sommer 1683 bedrohte die Existenz der Ordensväter schon ernstlich. Wohl vermochte der kaiserliche Befehlshaber den Ausbruch des leidenschaftlichen Grolles gegen die Jesuiten einzudämmen, aber ihr Grundbesitz lag in der Hand der Aufständischen. Mathias Ruckmann, ein Protestant von Ansehen, hatte den Kuruzzen gerathen, allen Grundholden des Collegiums bei Strafe der Plünderung dessen Versorgung mit Lebensmitteln zu untersagen. Das geschah denn auch. ‚Gott geruhte jedoch, für seine Diener nichtsdestoweniger zu sorgen.‘ Denn der Weinschank der Jesuiten in der Stadt reichte mit seinem Ertrage für die Bedürfnisse der Ordensväter vollkommen aus, obschon das Baargeld des Collegiums bereits in Sicherheit gebracht worden war.

Austr.: ‚Collegium templumque academicum prodigio servata fuisse, ipsi sectarii cognoverunt.‘ (Zwei weisse Tauben schwebten darüber!) Litt. ann. S. J. Prov. Austr., 1671 ff.; Klanicza, Fata ang. conf. eccl. . . . (Fabó, Monum., III, 97, 107—108.)

Die Katholisirung Silleins (Szolnas)[1] ging im Jahre 1673 nicht ohne Widerstand vor sich. Im März dieses Jahres übergab der Dreissigstverwalter Caspar Zirczius, von Soldaten begleitet, die protestantische Kirche den Jesuiten, während das hölzerne Bethaus in der Vorstadt den Franziskanern ausgeliefert wurde.

Um den Jesuiten zu entgehen, hatten die Marktbürger den Auftrag der Pressburger Kammer, sich der katholischen Restauration zu bequemen, dahin deuten wollen, dass ihnen die Wahl der Priester freistünde, und um katholische Weltgeistliche angesucht, der Rath verschanzte sich auch hinter die Erklärung, dass er bei Einführung der Jesuiten den voraussichtlichen Aufruhr nicht beschwichtigen könnte. Als nun die oben erwähnte Uebergabe der Hauptkirche an die Jesuiten vor sich ging, fügten sich wohl die Männer der Massregel ohne Widerstreben, die Frauen aber drangen wüthend in hellen Haufen zur Pfarre, und hätte sie das Militär nicht auseinandergesprengt, so wäre die Sache missglückt. Ein Hauptgrund zu diesem Aufruhr war die Anhänglichkeit an den Prediger, der in dieser Kirche durch 33 Jahre gewirkt hatte. Die förmliche Uebergabe der Kirche an zwei Jesuiten fand den 5. April 1673 statt.[2] 1682—1683 begünstigten die Tökölyischen Wirren die Wiederaufnahme protestantischer Glaubensübung.[3]

Der Grenzort Skalitz (Szakolcza) an der March, im Neutraer Comitate, verfiel gleichfalls der Gegenreformation. 1672 überwies der Primas die evangelische Dreifaltigkeitskirche den Jesuiten, welche bereits seit 1660 Eingang in das Städtchen gefunden hatten,[4] aber keinerlei namhafte Erfolge

---

[1] ‚Haereseos nidum et asylum‘ (nennt es der Jahresbericht der österr. Jesuitenprovinz zum Jahre 1673), ‚in quo 50 compani (ita vocant, qui literis etiamnum vacantes in futuros verbi ministros educantur) ad incrementum haereticae pravitatis alebantur.‘ . . .

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1673.

[3] Klanicza, Fata ang. conf. eccl. . . . (Fabó, III, 119.)

[4] Der damalige Kalocsaer Erzbischof Szelepcsényi (nachmals Primas) fertigte 1659 den Stiftungsbrief für die Skalitzer Jesuitenresidenz aus, und 1660 erfolgte die Niederlassung der Ordensmänner. Die Stadtgemeinde schloss mit ihnen einen Vertrag, demzufolge den Jesuiten ein Hausantheil überlassen und unter Wahrung des Gemeindepatronates die Benützung der St. Michaelskirche und Sacristei für ihren Gottesdienst gestattet wurde. Rupp, Magyarorszag helyrajzi története, I, 199 f., wo

aufwiesen, während das calvinische Bethhaus den Pauliner Eremiten zufiel. Bischof Kollonitsch suchte 1681 die Zugeständnisse des Oedenburger Landtages den Skalitzer Protestanten zu verleiden. Die Rückkehr des Pastors fand erst 4. September 1683 statt, nachdem die Jesuiten den ungastlich gewordenen Ort verlassen.[1]

VII. Die westungarischen Bergstädte.

Indem wir uns im westungarischen Gebirgslande weiterbewegen, stossen wir auf das Gebiet der Bergstädte, deren Gemeinwesen, trotz der bereits vor 1670 vom Jesuitenorden hierorts gewonnenen äusserlichen Erfolge, noch immer zu den zähesten Verfechtern des Protestantismus zählten. Seit 1672 ging man ihm nun ernstlich zu Leibe. So liess schon 18. November 1672 General Strassoldo, der den Aufstand Pica's im Arvaer Comitate gedämpft hatte, durch Leslie die Burgkirche in Altsohl besetzen.[2]

Angesichts der drohenden Sachlage unterbreiteten die sieben königlichen Freistädte des Berggebietes im Jahre 1673 eine Bittschrift an den Kaiser, worin sie um Genehmigung je eines deutschen und slavischen Predigers evangelischen Bekenntnisses oder wenigstens um die Erlaubniss ansuchten, an Sonn- und Feiertagen Gottesdienst in Privathäusern abhalten und Begräbnisse mit Glockengeläute veranstalten zu dürfen. Dies Gesuch blieb begreiflicherweise vergeblich, denn seine Begutachtung wurde dem Primas zugewiesen.[3]

---

sich auch die Privatstiftungen zu Gunsten der Jesuitenresidenz verzeichnet finden.

[1] Klanicza, Fata ang. conf. eccl. . . . (Fabó, III, 152—153.) Zur Wiedererstarkung des Lutherthums in Skalitz 1683 erzählen die Litt. ann. S. J. Prov. Austr. nachstehendes Histörchen. Ein Lutheraner habe die Statue des heil. Franz Xaverius, des canonisirten Ordensmannes, gehöhnt: ‚Quid hic agis, tu Jesuita, quare cum aliis non fugivisti?‘ Tandem vibrata securi aliquoties statuam concussit, dicens: ‚Egredere tu nequam Jesuita ex templo nostro, eamque ad plateam eiiecit.‘ (Der Stadtnotar habe die so gemisshandelte Statue in Verwahrung genommen.)

[2] Klanicza, a. a. O. (Fabó, III, 276.)

[3] Ribinyi, Memorab. ang. Conf. in Regno Hung. (1787), 22—37.

An der Spitze der Bittsteller standen Schemnitz und Neusohl, woselbst der Jesuitenorden feste Stellungen gewonnen hatte. Beginnen wir mit Schemnitz.[1]

Der Ordensbericht über das Jahr 1671 frohlockt, dass es keinen Festtag oder Sonntag gab, an welchem nicht irgend eine ‚Beute' für das Bekehrungswerk abfiel. Zwei Ursachen seien hiebei förderlich gewesen: die Besitzergreifung von den Kirchen für den Katholicismns vom Jahre 1668 und die im Jahre 1671 von den Jesuiten erwirkte Restauration der Gemeindeverwaltung. Der innere und der äussere Rath sei zur Hälfte aus Katholiken zusammengesetzt worden, welche das ihnen übertragene Amt als vertrauenswürdige Personen ausübten, so. zwar, dass sich die Lutheraner selbst dazu beglückwünschten und in vielen anderen Stadtgemeinden den gleichen Vorgang herbeisehnten. Mit Befriedigung erfüllte im Jahre 1674 die strammkatholische Haltung des damaligen Stadtrichters, der es dahin brachte, dass den Andersgläubigen die Möglichkeit, ihren Cultus auszuüben, fast gänzlich entzogen wurde.

So schien die Sache der Evangelischen in Schemnitz hoffnungslos zu bleiben, und auch der kecke Handstreich des damaligen Kuruzzenhauptmannes P. Jozsua gegen die Bergstädte (1678 April) bewirkte nur ein kurzes Aufflackern des Protestantenthums.[2]

Einen nachhaltigen Umschwung schien das Jahr 1682 bewirken zu sollen. Aber die Wirthschaft des Tökölyischen Kammergrafen Jánoky, der einerseits den Evangelischen die Kirchen und Schulen zurückgab, anderseits aber alle Bergämter nach Willkür besetzte, konnte keinen Segen bringen, da sie nur Hass und Zwietracht in die Bürgerschaft trug.

Die Jesuiten müssen weichen, doch führte sie der Wechsel des Kriegsglückes den 6. December 1682 wieder nach Schemnitz zurück. Kaiser Leopold erledigte das Bittgesuch des öster-

---

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Anstr. 1671—1683; (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. zu 1671 f., S. 212—229 (sehr ausführlich über die Vorgeschichte). Math. Bél, Notit. Hung., IV, 592 ff.

[2] Die charakteristische Stelle in dem Briefe des gelehrten Reisenden Tollius, der im Jahre 1687 Schemnitz besuchte, an Kniphausen (Epistolae itinerariae, V, 156), über das, was er von Augenzeugen darüber erfuhr, bietet vollinhaltlich Bél, a. a. O., der aus den Hist. comitatuum von Parschitzius (S. 238) eine andere Aufzeichnung beibringt.

reichischen Provinzials dahin, dass die Ordensväter mit den Kaiserlichen als ‚Capläne‘ der Montanstädte einziehen könnten. So bezogen denn zwei Jesuiten die Schemnitzer Residenz und begannen den ‚von den Ketzern zerstörten Weinberg des Herrn‘ neuerdings zu bestellen. Sie fanden nämlich alle Kirchen in der Hand der Gegner und die Frucht der Missionen in den Nachbardörfern vernichtet.[1]

Schlimmer noch gestaltet sich der Sommer des Jahres 1683, als Schemnitz die Kruzzen neuerdings vor seinen Mauern sah und die Jesuitenresidenz aufgelöst wurde. Dem Siege über die Türken vor Wien folgte dann die Wiederbesetzung der Stadt von Seite der Kaiserlichen und der polnischen Hilfstruppen.

Aehnlich verliefen die Geschicke des Ordens in Neusohl. Hier bescheerte das Jahr 1674 der Jesuitenresidenz die willkommene Gelegenheit, einen massgebenden Einfluss auf die Gemeindeverwaltüng auszuüben. Bisher nämlich habe die Bestätigung des gewählten Stadtrichters dem Oberpastor zugestanden. Seit der Vertreibung der ‚Prädicanten‘ (eine Folge der gerichtlichen Verfolgungen und Urtheile des Pressburger Tribunales) wies ein kaiserliches Mandat dem Jesuitensuperior diese Befugniss zu. Als daher die Jännerwahl des Neusohler Stadtrichters erfolgte, fand sie im Beisein des Ordensmannes statt und traf — was seit hundert Jahren nicht der Fall war — einen Katholiken, den der Superior in seinem Amte[2] bestätigte.

Von Neusohl aus griff die Mission in das benachbarte Kupferbergwerk Herrengrund (Vallis dominorum).[3] Man sorgte für die Unterbringung zweier Jesuiten, die dort die katholische Seelsorge in Angriff nahmen. Mit Selbstgefühl verzeichnet der Ordensbericht die Thatsache, dass, während früher unter allen Häuern des Kupferbergwerkes kaum fünf Katholiken aufgefunden werden konnten, jetzt kaum so viel Andersgläubige vorhanden seien. Mit den Weibern, ‚die, als minder verständig, spröderes Gemüth für die Bekehrung aufwiesen‘, habe man einen härteren Stand. Dennoch seien auch schon

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1682.
[2] Ibid. 1674.
[3] Ibid.

manche von ihnen für den besseren Glauben gewonnen, und mehrere würden noch nachfolgen.

Für die Sperrung der protestantischen Schulen habe man Sorge getragen und überwache scharf das Treiben der ketzerischen ‚Scholaren'.

Den Neusohler Katholiken sei es sehr erwünscht gewesen, dass den Protestanten auch die Heiligengeist- und die St. Elisabeth-Spitalkirche entrissen wurden.[1] Als Begräbnissstätte erscheint den ‚Ketzern' ein kleiner Acker ausserhalb der Stadtmauer angewiesen.

Im Jahre 1676 zeigte sich unter den Neusohler Katholiken eine lebhafte Agitation zu Gunsten der Uebertragung des Pfarramtes an einen der Ordensmänner. Der Primas kam auch diesem Begehren bereitwilligst entgegen.[2]

Das Jahr 1682 bescheerte der Neusohler Jesuitenresidenz das gleiche wechselnde Geschick wie der Schemnitzer Ordensansiedlung. Die Jesuiten wanderten aus und kehrten als ‚Capläne' der Montanorte zurück. In Neusohl wirkten dann drei Genossen unter den neuen schwierigeren Verhältnissen, die im Sommer 1683 einen neuen gefahrdrohenden Umschwung im Gefolge hatten. Der Tökölyische Kammergraf Jánoky begann in Neusohl jene Neuerungen, welche er dann in Schemnitz fortsetzte, und lieh den Klagen der Evangelischen über die Jesuiten ein williges Ohr. Sie mussten dem Sturme weichen, bis das Jahr 1684 die Stadt wieder den Kaiserlichen zuführte.

VIII. Rosenau-Jólsva im Gömörer Comitate.

Während die Chronik der Rosenauer Ordensansiedlung[3] besonders seit dem Mai des Jahres 1671, in Folge der Vertreibung des deutschen und ungarischen Pastors, die Vorherrschaft der Jesuiten im kirchlichen Leben dieses Primatialortes befestigt zeigt und für 1681 ihren Niedergang, die Flucht der Ordensväter vor den Tökölyianern bis auf Einen (Valentin Balogh) verzeichnet, der im Jahre 1682 den Wanderstab ergreifen musste, macht uns der Jahresbericht des Ordens von 1673 bis

[1] (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. zum Jahre 1676, S. 576 bis 578.

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1682—1683.

[3] Rosenauer Jesuitenchronik (Hevenessi's Sammlung).

1674 mit einer neuen Mission im Gömörer Comitate, zu Jólsva,[1] bekannt, einem Orte, der wohl znm kaiserlichen Ungarn gehörte, den Türken jedoch zinspflichtig war.

Das ‚hartnäckige Ketzernest‘ sollte schon im Jahre 1671 rekatholisirt werden. Als die Pressburger Kammer durch die Murányer Burgverwaltung die Kirchenschlüssel abverlangen liess, kam es zum förmlichen Aufruhr, so dass man von der Schiesswaffe Gebrauch machen musste, um die Bewegung im Blute zu ersticken. Die Kirche blieb nun geraume Zeit geschlossen und der protestantische Gottesdienst auf ein hölzernes Kirchlein beschränkt. Man sorgte auch für die Katholisirung des Magistrates.

Die Jesuitenmission wurde im Jahre 1673 mit Genehmigung des Provinzials und des Zipser Kammergrafen Volkra vom Kaschauer Collegium eingeleitet.[2] Sie sollte wenig dankbar werden.

Das Jahr 1674 führt die Kuruzzen in die Nähe. Ihre Späher werden von den Kaiserlichen aufgegriffen; Soldaten und bewaffnete Marktbewohner vertreiben den Feind für kurze Zeit. In der Nacht vor Himmelfahrt Mariä brechen dreissig ‚Martolosen‘ das Thor des Castells ein, woselbst der Missionär wohnt, und bedrohen ihn mit Schüssen und Steinwürfen. Der zweite Ortsrichter, ein würdiger Greis, rettet den Ordensmann durch das Angebot von 40 Gulden, anderweitige Geschenke, reichlichen Trunk, Ermahnungen nnd Thränen vor einer Gewaltthat der Strolche. Als er am 16. October zur Messe länten lässt, will ihn ein Trupp Kuruzzen überfallen. Der mit zwölf Dienern zur Weinlese nach Tokay reisende Schlossverwalter stösst zufällig auf die Bande nnd zersprengt sie.

Gefährlicher noch gestalten sich die Zustände im Orte selbst. Die protestantischen Marktbürger meutern gegen die von der ungarischen Kammer verfügte Restauration des Magistrates. Zweimal werden sie auf die Burg Murány citirt, bleiben jedoch hartnäckig in ihrem Widerstande. Da sendet die Kammer Soldaten ab, die Bürger weichen der Gewalt, begeben sich nach Murány, beqnemen sich zum Katholicismus und werden

---

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1673—1674. Vgl. Klanicza (Fabó, Monm., III., 17—19).

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Anstr. a. a. 1673—1674.

so von der Strafe losgesprochen. Dies nahm aber der Pascha von Erlau krumm, lud sie vor sich, um dem Glaubenswechsel auf den Grund zu kommen, und als sie in die Türkenstadt eintrafen, rettete sie nur Bestechung vor einer Bastonade. Der Pascha verübelte es ihnen, dass, während die Rosenauer, vor das Pressburger Tribunal citirt, an dem protestantischen Glauben festhielten, die Jólsvarer durch die blosse Vorladung nach Murany zum Abfall von ihrer Religion veranlasst worden seien. Sodann legte er ihnen zur Last, dass sie einen ‚Pfaffen' als Rädelsführer des Ganzen in ihren Mauern beherbergten. Der Türke droht, er werde 600 Reiter absenden, um diesen zu ergreifen und der verdienten Strafe zuzuführen. Alle Bitten und Thränen helfen nichts. In Jólsva ist Alles voll Angst; man räth dem Jesuiten, sich zu verbergen; er irrt nun flüchtig in Waldungen herum, und sendet eine Rechtfertigung nach Erlau; ‚mit welchem Erfolge ist noch dunkel', heisst es im Ordensbericht.

IX. Gyöngyös.

Zu den vorgeschobensten Punkten der Ordensthätigkeit an der Grenze des ungarischen Berg- und Tieflandes zählte Gyöngyös in der fruchtbaren Hevescher Gespanschaft.[1]

Hier gab das entschiedene Auftreten der Jesuiten, die es auch an kirchlichen Umzügen oder Processionen nicht fehlen liessen, der calvinischen Bürgerschaft den triftigen Grund, sich auf den Kriegsfuss mit den gefährlichen Ordensmännern zu stellen. Man steckt sich hinter die Türken als Gewaltherren des Gebietes und verklagt die Jesuiten. Sie hätten die Absicht, den Akatholiken die Kirchen zu entreissen, die Prädicanten zu erschlagen und die in ihrem Gotteshause versammelten Calviner in Masse morden zu lassen — Beschuldigungen, für deren Thatsächlichkeit der Ordensbericht zum Jahre 1671 einstehen muss.

Der türkische Beg rüstet alsbald 40 Mann zu Fuss und ebensoviele Reiter aus und lässt den katholischen Pfarrer, den Jesuitensuperior nnd einige Rathsherren nach Hatvan escortiren. Als die Gefesselten den Wagen entstiegen, werden sie eingekerkert — mit Ausnahme des Pfarrers nnd Superiors —

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1671—1683.

welche der Beg in seine Behausung führen lässt, ‚aus kluger Besorgniss vor einem Aufruhr der (Hatvaner) Katholiken‘, heisst es im Berichte. Nach sechs Tagen werden die Verhafteten freigelassen, doch müssen sie dem Beg zuvor 60 Reichsthaler Lösegeld entrichten.

Ein schlimmes Gewitter zog sich im Jahre 1672 zusammen. Die Ketzer seien dem Ofner Vezier, dem Pascha von Erlau und den verschiedenen Begs in den Ohren gelegen, man wolle sie mit der Verhaftung der Jesuiten betrauen, die den Türken selbst verdächtig geworden waren. Die Gyöngyöser Katholiken waren jedoch auf der Hut und zur äussersten Vertheidigung der Jesuitenresidenz bereit. Ja, der Erlauer Pascha liess insgeheim den Ordensvätern die Weisung zukommen, sich ruhig zu verhalten, denn eine gewaltsame Entführung aus der Residenz würde er nicht gestatten. Von dem ihm befreundeten Hatvaner Beg wurde der Superior überdies verständigt, es sei im Lager der Aufständischen beschlossene Sache, ihn, wenn man seiner habhaft würde, bei lebendigem Leibe zu schinden.

Die Lage der Jesuiten wurde immer schwieriger; auch die Feuersbrunst des Jahres 1674 trug das Ihrige dazu bei. Das Hauptquartier der Gegner, das Wirthshaus, widerhallte von harten Worten gegen die Ordensleute. Dennoch harrten sie aus, versuchten überdies im Jahre 1677 eine Mission in den Pfarrsprengeln um Erlau und jenseits der Theiss und zogen auch Jászberény in deren Bereich. Bezeichnend ist es, dass, als 1683 Tökölyi die Gyöngyöser Jesuitenresidenz besetzen will, dies der türkische Tschausch hindert. Doch fehlte es nicht an Drangsalen und Schäden.

X. Fünfkirchen.

Das Seitenstück der Gyöngyöser Residenz ist die Ordensansiedlung in Fünfkirchen, mitten in der türkisch gewordenen Stadt Westungarns, ein gefährliches Feld seiner Thätigkeit. Der Jahresbericht von 1671 frohlockt über die Einführung des gregorianischen Kalenders in Hettin, dem volkreichen Markte der Nachbarschaft, da sich zu diesem nützlichen Vorgange auch andere Orte bequemen würden. Den Türken wurde aber die Mission in Hettin verdächtig gemacht. Der Beg von Fünfkirchen

wollte den Jesuiten nach Ofen schaffen und hier vor Gericht stellen, aber der türkische Ortsvorsteher von Hettin dies nicht zugeben, um sich selbst des Ordensmannes zu bemächtigen. Die Hettiner Katholiken schossen daher 300 Reichsthaler zusammen und bewirkten so des Paters Freilassung.[1]

XI. Die Zips.

Eines der bewegtesten Wandelbilder in der Geschichte der katholischen Restauration Oberungarns tritt uns auf dem Boden des Zipser Landes vor Augen.

Hier bildet noch immer das Jesuitencollegium zu Kirchdrauf (Szepes-Várallya), im Bereiche der sogenannten dreizehn Zipser Orte den Halt- und Ausgangspunkt der Ordensmission, deren Früchte bisher den Erwartungen der Väter keineswegs entsprachen, während ihre Concurrenten, die Piaristen zu Pudlein, einem der burgherrschaftlichen Orte der polnischen Zips, an das Bekehrungswerk rüstig gingen, aber auch manche Enttäuschung einheimsten.[2]

Das Bewegungsjahr 1670 hatte dem Zipser Jesuitencollegium an 3000 Gulden Schaden zugefügt und noch Schlimmeres in Aussicht gestellt.[3] Um so willkommener war der Sieg der kaiserlichen Sache, denn er verbürgte zugleich den Erfolg der Ordensbestrebungen.

Bald nach der Capitulation von Kaschau trafen der kaiserliche Commissär Graf Rothal und General Spork (16. August 1670) in Deutschendorf (Poprad) zusammen, um sich über die Massregeln zu verständigen, welche für Leutschau zu ergreifen wären.[4] Am 20. des Erntemonats traf die kaiserliche

---

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. 1671, 1674.

[2] Pudleiner Piaristenchronik (Hist. Provinciae Scholarum Piarum Polonae 1642—1686 a. P. Mich. a. V. M. M. V. (Provincialis) conscriptae. (Mscr.)

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr.

[4] Das Weitere stützt sich, abgesehen von den Litt. ann. S. J. Prov. Austr., auf die Leutschauer Chronik, und zwar auf die Handschrift derselben, welche der gelehrte Jesuit O. Wagner in seinen stoffreichen ‚Analecta Scepusii sacri et profani‘ (I., II. Part., 1773—1777 zu Wien, III. und IV. zu Pressburg, Kaschau 1778), die die wichtigste Materialsammlung zur Geschichte des Zipser Landes bieten, in der Pars II, I. Abth., S. 1—46, auszugsweise bis zum Ende des Jahres 1679

Commission in der Hauptstadt des Sachsenlandes ein und verblieb hier bis Anfang November dieses Jahres. Es waren dies: Graf Rothal, General Heister, Graf Volkra, Graf Eszterházy und Bischof Gubasóczy. Im October begannen Vorkehrungen, die der protestantischen Bürgerschaft äusserst bedenklich vorkommen mussten. Man besetzt die Stadtthore mit Soldaten, nimmt dem Rathe die Schlüssel ab und trifft dann Anstalten, die windische Kirche sammt den Nebengebäuden für die Franziskaner einzuräumen. Die Leutschauer protestiren und ergreifen die Berufung an den Kaiser.

Das war nur ein Vorspiel der Ereignisse, die der Frühling des Jahres 1671 bescheeren sollte.

Den 26. April trafen der bekannte Vordermann der katholischen Gegenreformation, Probstbischof Bársony, und Kammerrath Sigismund Holló in Leutschau ein, um das für die Jesuiten bestimmte Franziskanerkloster in Besitz zu nehmen. Da sich die Bürgerschaft beharrlich weigert, so lässt der Zipser Probst am 12. Mai die Klosterthore sprengen.

Die zur Gegenwehr bereite Bürgerschaft wird vom Rathe nicht ohne Mühe beschwichtigt. Endlich bequemt man sich (16. Juli), das Kloster den Jesuiten auszuliefern. So werden sie in Leutschau heimisch, und die Veränderung des confessionellen Gepräges zeigt sich schon darin, dass am 2. Juli eine feierliche Procession der Katholiken aus den benachbarten Dörfern vor das Kloster auf dem Marienberge in Scene gesetzt wurde.

Die Sachsenstädtchen Hundsdorf, Donnersmarkt, Dirn, Kabsdorf verfallen den Katholisirungsmassregeln des Zipser Probstes, nicht ohne Widerstand, den an letztgenanntem Orte insbesondere die Weiber an den Tag legten.[1]

Auch im ‚Gründner Gebiete‘, so in Reichenau (Richnó), bürgert sie sich ein.[2]

Weniger Glück hatten die Pudleiner Piaristen mit ihrer Mission in Wallendorf, ja dies Missgeschick zog ihnen sogar — wenn auch vorübergehend — den schweren Groll ihres Grund-

herausgab, während ihr vollständiger Textabdruck im Göttinger Magazin, herausgegeben von Geellmann, II, nicht so weit gedieh.

[1] Leutschauer Chronik zum Jahre 1671.

[2] Ibid.

herrn und Gönners,[1] des Erbstarosten Lubomirski, zu, dessen Mandate vom Juni—Juli 1671 den Vätern der frommen Schulen Ansprüche auf die Hälfte der kirchlichen Einkünfte und Zehenten und die Capellen zu Wallendorf, Kirchdrauf, Igló (Neudorf), Michelsdorf, St. Georgenberg, Leibitz und Béla eröffnen. Thatsächlich gelangten auch die Piaristen in den Besitz der evangelischen Kirchen zu Béla, Leibitz, Neudorf, Kirchdrauf und der Capelle von Wallendorf.[2] Dafür versprach der Zipser Erbstarost, die Protestanten der dreizehn Ortschaften unbehelligt lassen zu wollen.

Das bewegte Jahr 1672, das die Zips bereits in die Wirbel des beginnenden Kuruzzenkrieges reisst und im Herbste die Insurgenten unter dem Befehle Petróczy's vor die Thore Leutschaus führt, allwo die kaiserlichen Söldner, das Regiment Spankau, unter seinem Obersten Diepenthal, anfänglich in der Vorstadt, dann auch in der inneren Stadt lagern, stellt uns vorerst die Rührigkeit der Jesuiten, die Eröffnung ihrer Schule in der Hauptstadt des Sachsenlandes (22. Juli) vor Augen. Hier wie überall suchen sie durch das geistliche Schauspiel ihrem Schulwesen Glanz und geräuschvolle Geltung zuzuwenden. 1673 (4. Juni) fand bei Pauken- und Trompetenschall auf offenem Markte eine ‚Comoedia‘ statt.[3]

Das allgemeine Geschick der Protestanten Oberungarns, 1673—1674[4] gerichtlich verfolgt zu werden, ereilte Leutschau

---

[1] S. oben S. 423, Anm. 2 über die Pudleiner Piaristenchronik. Bei der Wallendorfer Mission kam es zur Verunglimpfung einer Marienstatue; dies veranlasste die Piaristen zu so geräuschvollen Beschwerden, dass ihr Gönner, der Zipser Erbstarost Lubomirski, darüber auf das Aeusserste erbittert, die Piaristen der unverantwortlichsten Tactlosigkeit zieh, ja sogar an den Lublauer Vicepräfecten die Weisung ergehen liess, er solle den Richtern der 13 Ortschaften (der polnischen Zips) verbieten, die Piaristen aufzunehmen, ja ihnen ‚nur einen Bissen Brot zu reichen‘. Er drohte sogar, das Pudleiner Kloster zu zerstören, so dass kein Stein auf dem andern bleiben solle. Dieser Sturm legte sich allerdings bald wieder. 1674 übernahmen die Pudleiner Piaristen die Pfarre in Béla, nachdem der dortige Pastor weichen musste.

[2] Vgl. auch die Hist. eccl. evang. Augsb. conf. addictorum in Hungaria universa, praecipue vero in XIII oppidis Scepusii (Halberstadt 1830), S. 157 ff. und Sam. Weber, Die evang. Gemeinde Bela (Käsmark 1885).

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672, 1673.

[4] Für die katholische Gegenreformation in der Zips bieten von protestantischer Seite zwei Zeitgenossen und Zipser Pastoren Aufzeich-

im Frühjahr 1674. Man belangt seine Vertreter unter der Anklage auf Betheiligung an der ‚Rebellion' des Jahres 1670 vor das Pressburger Tribunal (8. Februar); Kammerpräses Bischof Graf Kollonitsch, fordert (25. Februar) die Leutschauer auf: alle Kirchen, Schulen und die Pfarren den Katholischen zu übergeben und den protestantischen Gottesdienst aufzulassen. Dann werde man sie von der Anklage lossprechen.

Die Stadt fertigt nun Gesandte nach Pressburg ab, welche durch das Angebot von Kirchen die fiscalische Klage abwenden sollten. Man scheint Willens zu sein, darauf einzugehen. Doch zeigte schon die Weisung der Pressburger Kammer vom 13. März, wonach die protestantischen Geistlichen ihre Functionen einstellen sollten, und die Massenvorladungen vor das Pressburger Tribunal, wessen man sich zu versehen hätte.[1]

Nun bequemte sich der Stadtrath zur Einstellung des evangelischen Gottesdienstes, was unter ‚Wehklagen' der Bevölkerung vor sich ging, und harrte in unruhiger Spannung des Eintreffens der kaiserlichen ‚Glaubenscommission'. Abends (5. April) trafen Probstbischof Bársony, Kammergraf Otto Volkra und Dr. Grandel, der Leutschauer Dreissiger, in Leutschau ein, von croatischer Miliz begleitet, und stiegen in der Jesuiten-

nungen von Belange, und zwar Christoph Klesch (Pastor zu Georgenberg) in dem Tractate ‚Succincta papisticae in XIII Scepusiacis Hungariae oppidis anno 1674 institutae deformationis enarratio' (Jena 1679, 4°, 4 Bll.) und Michael Klein (Pastor zu Gross-Lomnitz, Sohn des Georgenberger, dann Michelsdorfer Pastors Clemens Klein), welcher das Tagebuch seines Vaters von 1650—1674 fortsetzte. Er selbst wurde am 17. Jänner 1672 verjagt und lebte in der Verbannung. Auszüge daraus bietet Wagner, Anal. Scep., P. III (Kirchengeschichtliches), 115 f., und Johann Sam. Klein in seinen ‚Nachrichten von den Lebensumständen und Schriften evangelischer Prediger in allen Gemeinen des Königreiches Ungarn', III. Th. (geschrieben zu Kaschau, 25. Mai 1789), herausgegeben von Fabó in den Monum. evang. A. C. in Hung., IV (1873), S. 212, mit Auszügen aus dem Tagebuche 214—219. ‚1672,' heisst es da, ‚den 12. Jänner ist denen zu Sperndorf, Palmsdorf, Schmögen, Eisdorf, Schlagendorf, Mühlbach, Hunsdorf, St. Andrä die Kirche weggenommen worden, auch durch den Bischof Bárschony mit Hilfe der Soldaten und vielen räuberischen Gesindel.'

[1] Vgl. über die Kirchdraufer Aprilverhöre 1674 der Protestanten der 13 Ortschaften vor einer gemischten, ungarisch-polnischen Gerichtscommission unter dem Vorsitze des Bischofs Bársony, wobei ein gewisser Beier die Vertheidigung führte, die oben S. 425, Anm. 2 citirte Hist. eccl. evang.

residenz ab. Stadtrichter und Rath stellen die Uebergabe der Kirchen und Schulen in Aussicht.[1]

‚Doch es sollte ganz anders kommen,' heisst es im Ordensberichte. Als nämlich das Volk witterte, um was es sich handle, liess es nächsten Morgen um 6 Uhr aussergewöhnliche Glockenzeichen geben, sammelte sich auf dem Friedhof, die Männer mit Schwert und Büchsen, die Frauen mit Heugabeln und Knitteln bewaffnet, und bewachte diesen Ort bei Tag und Nacht derart scharf, dass sich ihm Niemand nähern durfte. Die Nachtwache verbrachten sie bei Lampenlicht und ‚wunderlichen Klageliedern'.[2]

Die kaiserlichen Commissäre entbieten nun den Stadtrichter und Senat vor sich und fordern ihn auf, das Volk zu beschwichtigen und die Kirchenschlüssel auszuliefern. Sie erklären, gehorchen zu wollen, wenn es die Unbotmässigkeit des Volkes gestatte, vor der sie selbst nicht sicher seien.

Diese Tumulte hielten volle acht Tage an; deshalb begab sich Graf Volkra als Zipser Kammergraf nach Käsmark und sammelte hier Militärmacht, um den Widerstand der Leutschauer zu brechen. Inzwischen findet sich der Rath der Stadt ein und übergibt dem Probstbischof die Schlüssel der Kirchen, Schulen und der Pfarre. Als aber Bársony Leute absendet, um die Pfarrkirche in Stand zu setzen, werden sie beim Betreten der Pfarre vom Volke ergriffen, misshandelt und das Gebäude mit Steinhagel überschüttet. Die Rathsherren eilen herbei, um den Aufruhr zu stillen, aber sie haben es mit einem förmlichen Kriegsheere zu thun, das sie mit Geschrei und einem förmlichen Steinhagel empfängt.

Da trifft mit einer Reiterschwadron der Oberstlieutenant des Regimentes Dünnwald ein. Sein Erscheinen wirkt auf die

(Halberstadt 1830) zum Jahre 1674 und Fessler-Klein, Geschichte Ungarns, IV, 356. Vgl. im Allgemeinen auch die Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674 und (Cornelius), Fragm. hist. Hung., 364 f., 395 f. zum Jahre 1673, 1674, oft sehr genau mit den Litt. ann. S. J. Prov. Austr. zusammenstimmend.

[1] Die Rathsherren, welche unterhandelten, waren: David Spilenberger, Barth. Lerche, Caspar Zeltner und der Gemeindevorsprech Daniel Pfauschmidt.

[2] noctemque illam inter collucentes lychnos et inconsuetorum naeniarum modulationes duxere insomnem (Litt. ann. S. J. Prov. Austr.).

Männer einschüchternd, aber die Weiber halten den Friedhof mit Hartnäckigkeit besetzt und eifern mit Wort und Beispiel die Männer zum Widerstande an. Graf Volkra führt nun ausgiebige Militärmacht herbei, und so legt sich endlich der Aufruhr. Am 13. April ziehen die Jesuiten mit starkem Militärgefolge zur Pfarrkirche St. Jakob, und so eröffnen sich die Pforten des Gotteshauses dem Katholicismus, welchem sie über ein Jahrhundert lang verschlossen waren. Der feierlichen Messe folgt ein Gastmahl im Jesuitencollegium.

Die Väter der Gesellschaft rechnen auf die Sinnesänderung der Bevölkerung, deren junge Nachkommenschaft den Ordensmännern zuzulaufen und ihnen höflich die Hand zu reichen anhub. Am 26. April verlässt der evangelische Prediger Selen sammt Weib und Kindern Leutschau, um den Weg nach Schlesien einzuschlagen. Der Rath gab ihm bis zur Grenze das Geleite, und es fehlte nicht an Klagen über seine Verbannung.

Der Stein war nun im Rollen. Bald nach Neujahr 1675 erlässt die Zipser Kammer den Befehl zur Wahl katholischer Rathsherren und Gemeindevertreter. Alles Sträuben hilft nicht für die Länge, denn ein kaiserliches Mandat vom 1. Juni verschärft jene Massregel.

Den 27. d. M. findet sich Kammerrath Sigismund Holló, ein rücksichtsloser Gewaltträger, ein, und seine Forderung an den Rath der Stadt, seinetwegen und der ihn begleitenden Domherren willen ‚ungarisch' zu sprechen, verräth am besten den Geist seiner Sendung.[1]

Die Leutschauer machen alles Erdenkliche geltend, um sich der Zumuthung, Edelleute in den Rath aufzunehmen, zu erwehren. Sie wenden sich an ihren Gönner und Glaubensgenossen, den Obercommandirenden Grafen Paris von Spankau, in Kaschau, der ihnen rathen lässt, einen eigenen Boten an den Kaiser abzusenden. Holló, der in Leutschau bei den

[1] Leutschauer Chronik zum Jahre 1675. Holló fordert von den in ‚deutschen Mänteln' sich einfindenden Rathsherren, Stadtrichter und Vormündern der Gemeinde, man solle ‚ungarisch' sprechen, ‚weil wir unter einem ungarischen König im Königreich Ungarn lehten'. Darauf ihm zur Antwort gegeben: ‚dass wir als Deutsche, wie er es aus dem Habit entnehmen kann, keine andere Sprache als Deutsch reden könnten, welches er wiewohl ungern geschehen lassen.'

Jesuiten ein- und ausging, begibt sich (19. Juli) nach Käsmark, wo er die Rathsstellen in seinem Sinne besetzen lässt, und kehrt dann nach Leutschau zurück.

Spankau hatte zum Schmerze der Stadt das Zeitliche gesegnet,[1] und ein Monat später (15. August) vollzog Holló die Restauration des Leutschauer Magistrates, denn hinter ihm standen 60 Musketire und 300 Croaten. Die Neuwahlen trafen fast durchwegs Magyaren, und so verschwand bald die altherkömmliche deutsche Tracht im Rathscollegium.

Die Jesuiten hatten allerdings an Kirchdrauf und Leutschau zwei wichtige Stützpunkte für die Zipser Mission und den besten Anwalt in dem Probste Bársony, der (15. März 1676) als neuerwählter Erlauer Bischof den Einzug in Leutschau hielt, gewillt, seine Residenz auf dem benachbarten Gute Schaunik zu nehmen, aber immer näherte sich wieder der Kuruzzenschrecken, und die Vorstellungen der Ordensmänner an den Erbstarosten Lubomirski, die Gegenreformation durch sie in der polnischen Zips, im Gebiete der dreizehn Orte besorgen zu lassen, brachte sie in ein schiefes Licht als ‚Störer des Landfriedens', so dass sie Mühe hatten, diesen Sturm zu beschwören.[2]

Immer drangvoller werden die Zeiten, die nächsten Jahre verwandeln das Zipser Land in ein Kriegslager, und der Tod des streitbaren Jesuitengönners Bársony (18. Jänner 1678) fällt auch als schwerer Verlust für den Orden in die Wagschale.

So lässt uns das Jahr 1680 in dem Aufruhr der erbitterten Weiber, in den Steinwürfen, die man den Jesuiten zudachte, das Wetterleuchten einer Krise, einer Entscheidung

---

[1] ‚13. Juli † in Kaschau Graf Paris von Spankau, ein alter Herr, sonderlicher Patron der Stadt Leutschau, darum unsere Widersacher höhnisch sich verlauten lassen, dass der Leutschauer Abgott todt sei' (Leutschaner Chronik zum Jahre 1675).

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Anstr. a. a. 1676. ‚Adversa malevolorum.' Qnod a celsissimo Principe Lnbomirski reformatio Senatus heterodoxi in XIII Scepnsianis oppidis per nostros impetrata sit, graves contra nos publicosqne motus excitavit, ira Haereticorum nos undiqne incusantium et proclamantium tamquam turbatores pacis communis et ambitiosos omnium gubernatores etiam qnae forum Politicum concernunt. Subsidit antem quantocius haec calnmniosorum procella, quando benevoli reipublicae moderatores ponderosas nostras exculpationis declarationes approbarunt nosque in coeptis piis exercitiis pergere jusserunt.

gewahren, die dem Jahre 1682 zufällt. Zunächst sind es Thatsachen, welche beweisen, dass man angesichts der Kuruzzengefahr von Seite der kaiserlichen Commandanten in Hinsicht der Glaubensfrage einlenken will, wie dies schon der Oedenburger Landtag ankündigte. So konnten die protestantischen Leutschauer im Frühjahre 1682 an die Berufung zweier evangelischen Prediger denken. Adami und Lazari aus Breslau erlangen vom kaiserlichen Stadtcommandanten Saponara die Erlaubniss, am Gründonnerstage in Leutschau einzutreffen. Sie wählen inzwischen ihren Aufenthalt zu Topporcz bei dem Zipser Adeligen Michael Görgey.[1] Im Mai nimmt schon, vom Commandanten Saponara geduldet, der protestantische Gottesdienst seinen Anfang; vom 29. Mai gestattet ihn förmlich ein Bevollmächtigter des Kaisers.

Nur zu bald verlieren die Kaiserlichen jeden festen Halt in der Zips, und die Leutschauer Jesuiten fühlen unter solchen Verhältnissen den Boden unter ihren Füssen brennen.

Zur Zeit, als Tökölyi die Insurrection des Zipser Comitatsadels aufbot (Mitte August 1683), verliess die Ordenscolonie bis auf zwei Priester die ungastliche Stadt. Gerüchte werden laut, in Eperies und Kaschau seien die Jesuiten von den Tökölyianern erschlagen worden; man habe sie durch solches Gerede einschüchtern und verscheuchen wollen.[2] Doch sie harrten aus. Dass sich auch der Zipser Probst und das Capitel zum Pactiren mit den Tökölyianern bequemten, kennzeichnet die Sachlage.

Schon am 1. September erlässt der Fiscalpräfect des Kuruzzenfürsten die Weisung an die Insassen des Jesuitencollegiums, dasselbe mit Zurücklassung aller beweglichen und unbeweglichen Habe zu räumen, da sich die Jesuiten als Feinde des Vaterlandes benähmen. Den 3. September werden die beiden Ordensväter von den Commissären Tökölyi's ausgewiesen. Er selbst hält den 25. November seinen Einzug in Leutschau.[3]

Der Rückschlag knüpft sich an den Jahresschluss 1683. Die Truppen des aus den ungarischen Türkenkämpfen heim-

[1] Leutschauer Chronik zum Jahre 1682.
[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1683.
[3] Leutschauer Chronik zum Jahre 1683.

ziehenden Polenkönigs Sobieski vereinigen sich am 4. December bei Neudorf mit den Kaiserlichen unter Dünewald, am 5. December beginnt die Belagerung und Beschiessung Leutschaus, das sechs Tage später seine Thore öffnet.[1]

XII. Eperies, Bartfeld.[2]

Auch die Sároscher Gespanschaft war kein dankbarer Boden für die Jesuitenmission, denn die alten königlichen Freistädte Eperies, Bartfeld und Zeben mit ihrer deutschen Altbürgerschaft erscheinen frühzeitig als ausdauernde Bollwerke des Protestantismus, und die beiden erstgenannten Orte bleiben namhafte Stätten seines Cultes und Schulwesens.

Um so entschiedener musste daher in den streitbaren und rührigen Trägern der katholischen Gegenreformation der Plan

[1] Leutschauer Chronik zum Jahre 1683. Vgl. die kurzen Andeutungen bei Wagner, Hist. Leopoldi I., 629—630. Den 25. November traf Sobieski mit 40.000 Mann vor Szepsi (Moldawa) in der Abaujvárer Gespanschaft ein, marschirte dann auf Kaschau, zog nach Eperies, von wo aus die Polen beschossen wurden, und wandte sich dann über den Branitzkosattel in die Zips. Der Erbstarost Stanislaus Heraklius Lubomirski hatte inzwischen (24. November) Käsmark besetzt, der Stadt den Eid der Treue abgenommen und begab sich dann nach Polen.

[2] Für das Weitere ausser den Litt. ann. S. J. Prov. Anstr. die Chronik der Eperieser Jesuitenmission, deren Residenz in der Sammlung von Hevenessi, die Eperieser Chronik eines protestantischen Zeitgenossen (Budapester Nat.-Museum, Germ. q. 94) und das gleichfalls handschriftliche Denkmal der katholischen Gegenreformation allda unter dem Titel: ‚Warhafftig vnd vmbständliche Beschreibung der grausahmen Reformation eines wohlerwirdigen Ministerii und löblichen Landesgymnasii auch eines wohledlen Ehrenvesten Magistrats und loeblichen Gemeine der kön. Freystadt Eperies durch Grafen Volkra als kays. Commissario und Plenipotentiario mit hoechstem Vngestüm verübet im Jahre des Herrn 1673 im Monat Martio durch Martin Hoher, damaligen Subdiaconum der dentschevangelischen Gemeine alda mit allem Fleiss und priesterlicher Treue zusammengeschrieben in seinem Exilio zu Leutschan. Eodem anno et mense‘ 12 Bll. fo. (der Schluss fehlt). Ich gelangte 1859 in Kaschau durch meinen damaligen Collegen, den verstorbenen Prof. Dr. H. Bidermann, zur Benützung dieser Handschrift und copirte sie. Der Inhalt findet sich ziemlich wortgetreu in meinem Aufsatze: ‚Aus der Kuruzzen- und Lahanczenzeit Ungarns‘, in der Oesterr.-ungar. Revue, XIV. Jahrg., 1. Heft (Wien 1893), S. 26—36. Vgl. auch (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. zum Jahre 1673, S. 349 f. und 356 f.; Kazy, Hist. Hung., P. III, S. 132—133.

reifen, ihre Thätigkeit in diese Hauptorte zu verpflanzen, und zwar in einem Zeitpunkte, der günstig war. Denn die Niederwerfung der ‚Rebellion‘ des Jahres 1670 bedrohte in ihren nächsten Folgen den Protestantismus.

Schon im Jahre 1670 konnte der Erlauer Bischof Szegedy die Gunst der Umstände für die Katholisirung der Stadt Eperies verwerthen. Die protestantische Hochschule wird geschlossen, die Pfarrkirche den Evangelischen entzogen. So war der Boden für die Jesuitenmission vorbereitet, welche vom Kaschauer Collegium ausging und den Ordensmann P. Valentin Balogh als Superior an der Spitze zeigt. Sie habe — erzählt der Ordensbericht — eine gastliche Aufnahme bei Katholischen und ‚Heterodoxen‘ gefunden und sich auch des Entgegenkommens von Seite des Stadtrathes zu erfreuen gehabt.[1]

Gerade jedoch als die katholische Restauration in der Hauptstadt des Sároscher Comitates vollzogen war und — wie ein protestantischer Zeitgenosse bitter bemerkt — die deutsche protestantische Altbürgerschaft zusehen musste, wie aus dem gegnerischen Glaubenslager ‚Taglöhner und Bierbrauer‘[2] Sitz und Stimme im Stadtrathe erhielten, die Pfarrkirche den Evangelischen entzogen ward, erschienen (20. September 1672) die Kuruzzen unter der Anführung Petróczy's und Pika's vor Eperies, und die verzagt und verdrossen gewordenen Bürger schliessen alsbald einen ‚Accord‘ mit den Insurgenten, welcher dem Protestantismus abermals Kirche und Schule in die Hände spielt. Die Jesuiten hatten flüchten müssen.

Aber bald entreissen die Kaiserlichen (3. Jänner 1673) dem Feinde die Stadt, nnd im Frühling 1673 sollte mit dem Protestantismus allda gründlich aufgeräumt werden. Der Kammergraf Volkra, dor don 8. März in Eperies mit seinen Amtsgenossen ointraf, und dem der Jászóer Probst, zugleich Titularbischof von Erlau, auf dem Fusse folgte, war der Mann, dies

---

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672. ‚Humanins excepti et habiti sunt PP. nostri tum a Catholicis tum ab Heterodoxis Eperiesini, qui primi Cassovia evocati missionem illam, quandoque in stabile domicilium erigendum auspicati sunt. Hos enim non Magistratus solum sed etiam privati cives singulari benevolentia prosecuti sunt, submissisque saepius ac liberaliter quotidiano victui necessariis labores et indigentiam nostrorum recrearunt.‘

[2] Eperieser Chronik (protest.).

unbedenklich durchzuführen; verfügte er doch über militärischen Beistand.

Schon am 9. März wurden drei Jesuiten des Kaschauer Collegiums mit der Bestimmung, das deutsche, das magyarische Predigeramt und den Jugendunterricht zu übernehmen, eingeführt und ihnen zugleich die ungarische Kirche übergeben, während der Erlauer Titulardomherr Georg Horváth zum Stadtpfarrer bestellt erscheint.

Die Abschaffung der protestantischen Geistlichkeit und der akademischen Lehrerschaft, die Besitzergreifung von den zwei Kirchen der Lutheraner und die ‚Rekatholisirung‘ des Stadtrathes und aller Gemeindeämter folgten am 9.—11. März, Schlag auf Schlag. Gründlicher und rascher war nicht so leicht eine ‚Restauration‘ durchgeführt worden.[1]

So wurden die Jesuiten in Eperies heimisch, verstanden es, ihre Mission populär zu machen, und konnten nach Eröffnung der Schulen am 18. März 1673 bald von 300 Schülern sprechen.[2] Denn seitdem die protestantische Hochschule in Eperies beseitigt worden war, beherrschten sie allein das Feld des Unterrichtes. Alsbald übertrug man ihnen auch für fünf Jahre die Stadtpfarre mit einer gestifteten Einnahme von 600 Gulden und 100 Thalern Stolgebühren.[3]

Im Juli 1677 bezogen sie das protestantische Collegiumgebäude. Das war der Höhepunkt des hierortigen Missionserfolges. Seit 1678 wuchsen die Bedrängnisse von aussen, die Kriegsgefahren, und 1682 kam der Bestand der Jesuitenmission in Frage. Sie muss sich von Mitte Mai ab die Nachbarschaft des verhassten evangelischen Gottesdienstes gefallen lassen. Drei Monate später verhandelt bereits die schwache kaiserliche Besatzung, vierhundert Fussknechte vom Regimente Strassoldo, mit den Kuruzzen die Auslieferung der Stadt, deren Schlüssel am 16. August 1682 den Bevollmächtigten Tökölyi's übergeben werden. Die Lutheraner nehmen nun unter dem Geläute der Glocken Besitz von der Pfarrkirche und Schule. Die Jesuiten müssen auswandern und treffen mit den gleichfalls verbannten Kaschauer Ordensgenossen auf dem Wege nach Polen zusammen.

---

[1] Martin Hoher's ‚Beschreibung‘.

[2] Chronik der Eperieser Jesuitenresidenz (Hevenessi's Sammlung).

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1682.

Die Mission in Bartfeld knüpft sich an das Jahr 1673.[1] Mit kaiserlicher Vollmacht erschienen Probstbischof Szegedy und Kammergraf Volkra in der hart mitgenommenen Stadt und begannen die Restauration mit der Absetzung des lutheranischen Stadtrichters, an dessen Stelle ein Katholik trat, und mit der Einführung des Sendboten des Kaschauer Jesuitencollegiums. Bald verwandelt sich der ganze Magistrat in einen katholischen und leistet den kaiserlichen Commissären den Handschlag mit den Worten: ‚Waren wir bisher schlimme Lutheraner, so werden wir jetzt gute Katholiken werden.' Der Ordensbericht[2] rühmt die werkthätige Gönnerschaft der ungarischen Kammer und unterlässt nicht, hervorzuheben, dass das Ansehen des Jesuitenmissionärs wesentlich stieg, als er bei der Disputation mit einem gewesenen Professor der Eperieser Protestantenakademie den Sieg davon trug.

Die Bartfelder Mission unterlag den gleichen Wechselfällen wie die in Eperies, ohne die Bedeutung und den Umfang der letzteren zu gewinnen. Die Stadt selbst, deren deutscher Grundcharakter ausharrt, litt unter den Greueln des Kuruzzenkrieges unsäglich. Das Jahr 1683 bescheerte dem Protestantismus einen vorübergehenden Erfolg, wie dies nach der Räumung der Stadt seitens der Jesuiten die Abhaltung einer Synode der königlichen Freistädte in Bartfeld (27. Juli) beweist.[3]

XIII. Kaschau.

Seit der Capitulation von Ende Juli 1670 befand sich in Kaschau[4] eine starke Söldnerbesatzung und General Spankau

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674. Die katholische Gegenreformation hatte in Bartfeld bereits im Sommer des Jahres 1672 begonnen. Schon Ende Mai und Anfangs Juni wollte der Erlauer Grossprobst Emerich Kolozsváry die protestantischen Kirchen occupiren, erhielt aber vom kaiserlichen Commandirenden Melchior Hitter die gewünschte militärische Unterstützung nicht. Der Erlauer Bischof Szegedy nahm nunmehr die Sache in Angriff, indem er am 6. Juli die Thür der versperrten Hauptkirche erbrechen liess (s. Rihinyi, Memor. Augsb. Conf., II, 16), ‚quod esset a catholicis exaedificatum, nec posset sine praeindicio catholicae religionis a Lutheranis possideri'.

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674.

[3] Leutschauer Chronik zum Jahre 1683.

[4] Für das Folgende hauptsächlich die Litt. ann. S. J. Prov. Austr.; Kazy, Hist. Hung., P. III; (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. (1671—1682).

übernahm die Feldhauptmannschaft Oberungarns. Nur mit Widerstreben hatte sich die protestantische, mit magyarischem Volksthum stark gemischte Bürgerschaft in das Unvermeidliche gefügt, und die Ueberlieferung berichtet von dem vereitelten Mordanschlage gegen die verhasste Besatzung.[1]

Das Jesuitencollegium hatte die Wirren des Jahres 1670 ohne schwere Schäden überdauert, und die kaiserlichen Verfügungen vom Jahre 1671—1672 schienen dem Wirken des Ordens an dieser Stätte den Boden noch günstiger zu gestalten. Im November 1671 wurde der Kammerrath Leopold Borsiczky beauftragt, die Elisabethkirche, den alten, schönen Dom, den Protestanten abzunehmen. Diese hofften noch im letzten Augenblicke auf eine günstige Intervention des Commandirenden Spankau, doch dieser fühlte nur als Soldat und soll — wie die Jesuitenchronik erzählt — den Bittstellern, seinen Glaubensgenossen, erklärt haben: Würde ihm sein kaiserlicher Herr den Auftrag geben, Luther selbst in Eisen zu legen, so thäte er dies ohne Widerrede.

Im Jänner des nächsten Jahres 1672 meldete sich die Katholisirung des Rathes und der Gemeindevertretung an, und der Erlauer Bischof Leonhard Szegedy entzog den Reformirten ihre seit 1650 erbaute Kirche.[2]

Die Kuruzzengefahr des Jahres 1672 bedrohte vor Allem Kaschau, in dessen Nähe die Kuruzzen ihr Lager aufschlugen und von hier aus Rundschreiben und Drohbriefe erliessen. Spankau erlitt bei Enyiczke eine Schlappe und musste sich in die Stadt zurückziehen, doch ging der Erfolg der Aufständischen bald in die Brüche.

Nicht unbedenklich war Ende Juni 1673 der Aufruhr des Spankau'schen Regimentes anlässlich der Soldrückstände. Allerdings wurde er durch die Zahlung von 1000 Gulden an jede Compagnie beschwichtigt, doch schien es nothwendig, die Schuldigen zu strafen, um der Disciplin aufzuhelfen. Man zog daher ein

[1] Für diese Ueberlieferung, die sich zu dem Jahre 1670 gestellt findet (s. z. B. Tutko, Sz. kir. Kassa városának tört. évkönyve, S. 150) und auch in älteren Chroniken anftaucht, lassen sich keine massgebenden Zeugnisse aufbringen. Sie hängt gewiss mit den Thatsachen des Jahres 1674 (s. weiter unten) zusammen.

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672. Vgl. (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth., S. 263—264, 283—284.

croatisches Regiment und eine Schwadron Reiter in die Stadt, besetzte die Thore, warf 100 der Schuldigen in den Kerker und verurtheilte 23 zum Tode, den 17 (Anfangs August) thatsächlich erlitten; 6 wurden begnadigt.[1]

In so bewegten Zeiten konnte auch (1674) das Gerücht Glauben finden, dass die protestantische Bürgerschaft Verrath gegen die Katholischen plane. Da thaten sich diese zusammen, vor Allem die Akademiker der Jesuiten, und hielten, von der kaiserlichen Besatzung unterstützt, drei Tage lang die Umfriedung der Domkirche wie ein Feldlager besetzt.[2]

Der Jahresbericht des Ordens (1674) thut sich nicht wenig auf die Bekehrung des Freiherrn Sigismund Tökölyi, des nächsten Verwandten Emerichs, zu Gute. Er sei ein ebenso geriebener als zäher Lutheraner gewesen und habe unter seinen Glaubensgenossen das Ansehen eines Patriarchen gehabt. Seine Bekehrung zur Wahrheit sei vornehmlich dadurch erfolgt, dass man ihm aus protestantischen Geschichtschreibern den Nachweis erbrachte, alle Dogmen der katholischen Kirche seien in den fünf ersten Jahrhunderten von den Christen geglaubt worden.[3]

Das Kaschauer Collegium betrieb auch Missionen in der Nachbarschaft, aber in diesen Zeitläuften mit sehr geringem Erfolge. So wurde das Bekehrungswerk auf der den Türken tributpflichtigen Herrschaft Balog (im Gömörer Comitate) versucht. Die ‚Rebellen' verhinderten jedoch ein regelrechtes, ständiges Bekehrungswerk. Ueberdies machte man dabei eine eigenthümliche Erfahrung. Ein alter Mann äusserte sich nämlich

---

[1] Kazy, a. a. O., S. 133.

[2] Kazy, a. a. O., S. 162; (Cornelius), Fragm. hist. Hung., S. 431—435. Wie sehr überhaupt der katholische Clerus Kaschaus militärische Haltung an den Tag legte, zeigt eine Stelle bei dem Letztgenannten, S. 283: ‚Episcopi, Canonicorum, quin Seminarii, quod Cassoviae est, Clericorum imperio decedebant (ecclesiae) plurium annorum possessione. Hi, quoniam miles pro templis operam conferre abnueret (Spankau, der Commandirende, war selbst Protestant) cum sarcinatore domus Teutonicorum habitu et armis scito militem assimulante pagos obibant circum Cassoviam. Paraeciis ministros, literariis puerorum ludis Magistros abigebant, atutum demigrabatur. Iubebant recludi sacras aedes; pandebantur. Supellectilem et claves nunquam reddendas postulabant; mos gerebatur. Unde plurimus dolor et acerbitas acatholicis.

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674.

folgendermassen. Wenn die Einwohner durch ein königliches Mandat veranlasst würden, den Calvinismus aufzugeben, so möchte er es darin Allen zuvorthun und als Erster sich zu den Katholischen schlagen. ‚So wünschen denn dio Aermsten eher auf Befehl als freiwillig in das ewige Leben einzugehen', heisst es im Ordensbericht. Da bei den Erwachsenen die Bekehrung nicht sonderlich verfing, so entschädigte sich der Missionär durch zahlreiche Kindertaufen.[1]

Die Zeiten verdüsterten sich immer mohr, der Kuruzzenkrieg verschärfte sich. Den 13. Juli 1675 starb der Commandirende, Graf Franz Pethő trat an Spankau's Stelle, um bald darin von General Strassoldo,[2] 1677 von General Kobb, dem Inbegriff soldatischer Härte,[3] und dieser wieder von Schmidt abgelöst zu werden. Dann taucht abermals Kobb auf, und diesem folgt im Spätjahre Graf Wrbna.

Seit dem Jahre 1678 wurde Kaschau von der Kuruzzengofahr enger denn je eingeschnürt; es kam zu Vorzeichen einer Katastrophe, die nur wenige Jahre auf sich warten liess.

In den Jahren 1676—1680 erlitt namentlich das Kaschauer Jesuitencollegium den Verlust zweior Gönner, die für die Ausbreitung der Ordensthätigkeit und für den materiellen Halt derselben Unvergessliches gcleistet hatten.

1676, den 8. Juli, war auf seiner Burg Makovicza Franz Rákóczy gestorben, sechs Jahre nach dem Zusammenbruche jener Hoffnungen, die ihn und seinen Schwiegervater, Banus Zrinyi, der Magnatenverschwörung zugeführt hatten.

Das Geschick vergönnte ihm noch, die Geburt eines Sohnes, des Stammhalters (27. März),[4] zu erleben, desson Dasein sich dereinst allerdings glänzender gestalten, aber von langen Jahren

---

[1] Litt. anu. S. J. Prov. Austr. a. a. 1674.

[2] Vgl. (Cornelius), Fragm. hist. Hung. a. a. 1676, S. 530. Ueber die Aufnahme Strassoldo's in Kaschau heisst es in der erstangeführten Stelle: ‚. . . Cussoviam inenute hoc auno iudncitur, nulla quod sciam pompa, uulla de inepto Magistratu nobilium civiumve gratatione, praeterquam quod in Academico Societatis Jesu Collegio cum uonuullis Proceribus et Nobilibus cum quaesturae consiliariis es militiae praefectis acceptus frugalibus epulis et a scholastica juventute ludis theatralibus recreatus salutatusque est.'

[3] Ueber die Grausamkeiten Strassoldo's und Kobb's s. (Cornelius), Fragm. hist. Hung., S. 598 f., der da deu nationalen Magyareu hervorkehrt.

[4] Vgl. Thaly, a. a. O.

der Verbannung in öder Fremde beschlossen werden sollte. Der Leichnam des verstorbenen Magnaten wanderte im August des Jahres 1677 nach Kaschau und wurde vom Erlauer Bischof Georg Bársony in der Gruft des Elisabethdomes beigesetzt.[1]

1680, 14. Juni, starb Rákóczy's Mutter, die Letzte des namhaften Hauses Báthory, auf ihrem Witwensitze Munkács, und ihr letzter Wille[2] zeigt am besten, welche bevorzugte Stelle darin dem Kaschauer Jesuitencollegium eingeräumt worden war. Es ist dies ein Codicill vom 11. April. Abgesehen von der Heimzahlung von Schuldsummen an das Kaschauer Collegium und Pázmaneum (die Summe von 50.000 Gulden wird ihm auf die Güter Munkács und Borsi verschrieben), erhält das Erstere 10.000 Gulden für den Ausbau der Thürme an der Jesuitenkirche und ebensoviel werden für die Ausweihung von Priestern legirt. Das, was die verewigte Sofie mit ihren reichen Mitteln ermöglicht hatte, der Bau der Kaschauer Jesuitenkirche, erschien im Jahre 1681 vollendet und zeigte an der Stirnseite ihr Wappen und die das Werk der Hingeschiedenen verewigende Inschrift.[3] Ihre sterblichen Reste waren auch die ersten, welche in der Gruft der ‚Dreifaltigkeitskirche' beigesetzt wurden.

Das Jahr 1681 bescheerte dem Jesuitencollegium schwere Güterschäden und seinen Genossen wachsende Sorgen. Zwei Jesuiten wurden auf ihrer Berufswanderung von den Kuruzzen angehalten und ausgeplündert.

Die Erlebnisse des Jahres 1682 sollten aber Alles frühere an Drangsal überbieten und dem Kaschauer Collegium eine Katastrophe bereiten. Als Vorbote derselben konnte schon der Streit zwischen der Witwe Rákóczy's, Helene, der Braut Tökölyi's, einerseits, anderseits den Rectoren des Kaschauer Collegiums und Pázmaneums, Nicolaus Hrabovszky und Andreas Fugatsch, über das Testament Sofie Báthory's angesehen werden.[4]

---

[1] Die Inschrift lautete: ‚Celsissimus Dominus Dominus Franciscus Rákóczy de Felsö-Vadász, electus Transsylvaniae Princeps, partium Regni Hungariae Dominus, ac Siculorum Comes perpetuus de Sáros, ejusdemque Comitatus supremus ac perpetuus comes etc. obiit anno Domini 1676, 8. Juli aetatis suae anno 31.'

[2] Katona, Hist. crit. r. Hung., XXXIV, S. 372 f.

[3] ‚Honori sanctissimae Trinitatis Princeps Sophia Báthory posuuit anno Domini 1681.'

[4] Katona, a. a. O., S. 727—729.

Letztere hatte nämlich den 1. März 1672 22.000 Gulden vom Kaschauer Collegium, 1673, 1. Jänner, 15.411 Gulden vom Pázmaneum als Darlehen genommen und diese Summen auf Gütern sichergestellt. Wir haben sie in den 50.000 Gulden zu suchen, welche im Testament und im Codicill Sofie Báthory's vom Jahre 1680 zu Gunsten des Kaschauer Collegiums und des Pázmaneums ausgewiesen erscheinen. Der Rector des einen und der Regent des anderen klagten nun bei dem Kaiser, dass Helene, verwitwete Rákóczy, weder die Zinsen entrichten, noch die Capitalien ausfolgen wolle und Alles auf die lange Bank schiebe, um beim Wiederausbruche des Kuruzzenkrieges den Anwälten der Jesuitenansprüche das rechtzeitige Eintreffen zur Gerichtsverhandlung unmöglich zu machen und so die Sachfälligkeit jener Ansprüche zu erlisten. Kaiser Leopold I. ertheilte nun als Obervormund der hinterlassenen Kinder Rákóczy's und Curator des Testamentsvollzuges (3. März 1682) dem Protonotar des Judex curiae, Stefan Kalmanczay, den Auftrag, die Execution vorzunehmen.

Sieben Tage vor der Vermählung mit Helene, Rákóczy's Witwe, 8. Juni 1682, erliess Tökölyi an die Jesuitenoberen ein Schreiben, worin er sie ernstlich abmahnte, den Rechtsweg weiter zu verfolgen, widrigenfalls sie zu ihrem Schaden erfahren würden, dass er ‚Ihre Gnaden die Fürstin' solchergestalt zu bedrängen nimmer gestatten wolle.[1]

Uns liegt jedoch noch ein anderer, früherer, wichtiger Act vor, der uns darlegt, wie sehr man im Kreise der ungarischen Notablen bemüht war, den ärgerlichen Handel vorderhand bei Seite zu schieben. Am 29. April 1682 gaben nämlich der Primas, der Kanzler und viele ungarische Magnaten nachstehenden Erwägungen Ausdruck. Da Se. Majestät beabsichtige, den Frieden des Reiches herbeizuführen und den Grafen Tökölyi zur Treue und Dienstpflicht zurückzubringen, Tökölyi aber seine Heirat mit der Fürstin Rákóczy bereits geschlossen haben soll, und falls Letztere sachfällig und der Execution auf ihren Gütern ausgesetzt würde, als Gatte Gewalt wider Gewalt setzen und derart zum Schaden des Gemeinwohles und der Religion seinen guten Vorsätzen abtrünnig gemacht werden könnte, so habe man beschlossen, das allgemeine Beste über

[1] Katona, a. a. O.

den Privatvortheil zu stellen, und dies um so mehr, als es ja ungewiss sei, ob die genannten Jesuitencollegien, auch wenn sie den Process gegen die Fürstin gewännen, die Befriedigung ihrer Ansprüche erlangen würden. Es sei daher das Räthlichste, vorderhand von jeder Verfügung Umgang zu nehmen und der Fürstin einen Aufschub von drei Wochen mit der Mahnung zu gewähren, dass sie vorderhand die aufgelaufenen Zinsen entrichte. Die Rückzahlung des Capitals wolle friedlicheren Zeiten aufgespart bleiben. Erst wenn die Fürstin diese Zahlung nicht leiste, möge der Process gegen sie im Sinne der Schuldverschreibungen angestrengt werden.[1]

Jenes Schreiben Tökölyi's vom 8. Juni legt uns nahe, dass diese ganze Angelegenheit auf keinerlei Weise zum geräuschlosen Austrage gebracht werden konnte. Bald sollte man den Kuruzzenfürsten im Kriegslager vor Kaschau erblicken.

Wir besitzen die massgebendste Schilderung von den Ereignissen, die mit dem Verluste der Stadt für die Sache des Kaisers schlossen, aus der Feder jenes Andreas Szirmay,[2] der dem Grafen Emerich Tökölyi die Besitzergreifung von Kaschau als vorderste Aufgabe anrieth, denn dann sei man des Anfalles von ganz Oberungarn sicher. Dies zeige am besten das Vorgehen eines Bocskay, Bethlen und Georg Rákóczy I. Szirmay kannte die Kaschauer Citadelle durch längeren Aufenthalt und hatte zu Frankfurt an der Oder die Kriegsbaukunst studirt. Sie sei fünfeckig, nach moderner Art angelegt, kugelfest zufolge der ungeheuern Breite des sie umgebenden Walles, unzugänglich für Minenlegung vermöge des Wasser-

---

[1] Katona, a. a. O., 729—730.

[2] ‚Andreae Szirmay de Szirma accurata descriptio citadellae Cassoviensis suo ductu auspiciis autem Emerici Tököli interceptae.' Anno CMDCLXXXII, in Kovachich, Scriptores rerum Hung. minores, I (Budae 1798), S. 306—314. Diese Aufzeichnung überragt alle anderen an Genauigkeit und Ausführlichkeit. Von Wichtigkeit ist auch die Mittheilung des Magnaten Alexander Károlyi, der, damals vierzehnjährig, in Kaschau Schüler der Jesuiten, und zwar ‚Grammatist' war. S. die Ausgabe der Selbsthiographie Károlyi's von Ladislaus Szalay: Magyar tört. emlékek, IV. Abth., Grof Károlyi Sándor önéletirása és naplójegyzetei, I (Budapest 1865), S. 8 ff. Schon Katona hat diese Stelle aus einer Handschrift in lateinischer Sprache (XXXIV, S. 737—740) verzeichnet. Vgl. auch die Fortsetzung der ‚Magyar kronika' von Pethö, fortgesetzt von dem Jesuiten Spangár (Kaschau 1734, 1738).

grabens; die armirten Werke widerstünden den Granaten und dem Feuer, und auf verrätherische Uebergabe sei nicht zu zählen. Szirmay rechnete nur auf einen günstigen Umstand: auf den Mangel eines gedeckten Ganges westwärts, auf die Seichtigkeit des Grabens und die Uebersteigbarkeit des unteren Walles.

Anfangs Juli sollte der neue Commandant Graf Herberstein nach Kaschau abgehen, wo derzeit Lamb befehligte, wurde jedoch auf seinem Ritte von Eperies aus sammt 150 Reitern von den Kuruzzen überfallen und festgenommen. General Saponara begab sich in dieser Angelegenheit von Sáros-Patak in das Lager Tökölyi's bei Ujfalu. Als er in Erfahrung brachte, man bereite einen Anschlag auf Kaschau vor, bestach er die ihm zum Geleite nach Eperies beigegebenen Kuruzzen, bog nach Kaschau ab und verständigte den Commandanten Lamb von der Sachlage. Dieser pochte jedoch auf die Befestigung und verabsäumte es, die Besatzung zu verstärken.

Szirmay war dreimal unter dem Vorwande, im Namen Tökölyi's Verhandlungen pflegen zu sollen, in die Kaschauer Citadelle gekommen und fand so Gelegenheit, sich noch besser zu orientiren. Den 19. Juli entbot ihn der Kuruzzenfürst aus dem Lager vor Ujfalu mit 1000 Mann zu Fuss und 300 Reitern zum Ueberfall Kaschaus. Er nahm den Weg über Szaláncz und Széplak und liess auf dem Marsche von Müllersleuten drei Ellen hohe Sturmleitern anfertigen. Auf dem abendlichen Zuge durch Széplek vernahm er von Leuten, die aus Kasehau heimkehrten, dass der Festungsgraben mit Wasser vollgefüllt sei. Das erfüllte sein Fussvolk mit Unmuth und Sorge, da beim Durchwaten des Grabens ihr Pulver nass werden müsse. Schon wollten sie den Marsch aufgeben. Szirmay's Gegenvorstellungen, man könne dann den Säbel brauchen, und er werde sich an ihre Spitze stellen, beschwichtigten den Unmuth.

So überschritten um 11 Uhr Nachts die Kuruzzen den Hernádfluss und machten auf Schussweite vor der Citadelle Halt. Die Reiterei besetzte die westliche Anhöhe vor Kaschau und erhielt den Befehl, sobald die Schüsse ihrer Kriegsgenossen ertönen würden, den Nordtheil der Stadt zu überfallen. Stefan Kassay sollte die der Citadelle ostseitig benachbarte Mühle angreifen und so einen verdeckten Ueberfall ermöglichen.

Um Mitternacht befand sich das Fussvolk Szirmay's vor der Citadelle auf Büchsenschussweite, nicht ohne Furcht vor dem

Trommelgewirbel in der Stadt und Citadelle. Bald durchwateten 200 Mann den Graben, halben Leibes im Wasser. Sieben Sturmleitern wurden angelegt, und nun erschallt von der Ostseite der Citadelle her der mit Schüssen vermengte wilde Schlachtruf der Genossen.

Der Ueberfall gelingt, der Befehlshaber der Citadelle fällt im Handgemenge von einer Kugel getroffen als tapferer Soldat; und binnen einer Stunde ist der Feind Herr des festen Platzes ohne nennenswerthen Verlust. Mittags den 20. Juli trifft Tökölyi mit dem Hauptheere ein und lagert an der Hernád. Anton Szirmay, der Eroberer der Citadelle, wird zum Befehlshaber allda ernannt und der zweite Theil der Aufgabe, die Eroberung der Stadt, in Angriff genommen. Der Commandirende, Lamb, rechnet jedoch auf sicheren Entsatz, den ihm von Leutschau her Graf Strassoldo bringen werde.

Tökölyi sandte nun Nemessány nach Onód, um den Zuzug der Türken zu beschleunigen, und den Kuruzzenhauptmann Petróczy mit drei Regimentern in die Zips, um den Anmarsch Strassoldo's aufzuhalten.

Drei Wochen währte der Kampf um die Stadt Kaschau, welche aus der Citadelle beschossen und von den Kuruzzen belagert wurde. Lamb erwiderte das Feuer nach Kräften und bot den Angriffen Trotz. Das Zurückweichen des kaiserlichen Heeres und der Anmarsch der Türken vor Kaschau schien das Geschick Kaschaus hoffnungslos zu gestalten. Aber auch jetzt noch wies Lamb alle Aufforderungen des Feindes zur Uebergabe ab und nöthigte den Kuruzzenfürsten, am 12. August die Laufgräben zu eröffnen, die Stadt mit Granaten überschütten zu lassen und also eine regelrechte Belagerung einzuleiten.

Der beste Verbündete Tökölyi's und der Türken wurde jedoch die Gesinnung der Einwohner, welche, der Belagerung müde, den Commandanten und die Besatzung zwangen, am 14. August der Uebergabe Kaschaus zuzusehen. Doch musste man den Herrschaftswechsel theuer bezahlen.

Hier setzt nun der Ordensbericht ein und erzählt Nachstehendes über das Geschick des Jesuitencollegiums.[1]

Am Thore der Stadt stand unter den Anderen, denen es die Sachlage nahelegte, der Rector des Collegiums. Graf Tö-

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1683.

kölyi reichte ihm in auszeichnender Weise die Rechte. Nachdem eine und die andere Stunde seit dem Einzuge verstrichen war, kam Einer mit zehn ungarischen Fusssoldaten von der Leibgarde Tökölyi's und erklärte, von ihm zum Schutze des Collegiums abgesandt zu sein, damit die Kirche, die Inwohner und der Hausrath nicht irgendwelchen Schaden nähmen. Fünf von ihnen wurden am Kirchenthor aufgestellt, fünf Andere auf dem Gange zur Sacristei.

Während dieser Zeit wurde Niemandem, auch den Jesuiten nicht, der Zutritt in die Kirche gestattet, so dass die Ordensväter volle vier Tage — bis zu ihrer Auswanderung — die Messe theils bei den Franziskanern, theils in einem Fremdenzimmer lesen mussten, zu welchem Ende sie einen Kelch heimlich aus der Kirche schafften. Jene Vorkehrungen, die unter der Maske der Beschirmung getroffen wurden, zielten dahin ab, die vermeintlichen grossen Schätze, welche im Collegium von den Jesuiten und Anderen untergebracht wären, zu erlangen. Da sich jedoch nichts Anderes als etwas Kirchengeräth und einige Kisten unbekannten Inhalts, die von einer Frau hinterlegt und im Collegium verwahrt wurden, vorfanden, so dürfte man wohl sehr enttäuscht gewesen sein.

Tökölyi legte der Stadt eine Zahlung von 30.000 Reichsthalern auf. Die Gemeindevertretung besteuerte hiezu das Jesuitencollegium mit 4000, das Convict mit 500 Gulden und das Kisdy'sche Seminar mit einer gleichen Summe. Als Grund für diese starke Forderung wurde hervorgehoben, die Jesuiten seien die Urheber der Capitulationsverzögerung gewesen und hätten die Besatzung durch Reden, Geldspenden und andere Hilfsmittel angeeifert. Zufolge dieser Hartnäckigkeit im Widerstande habe Tökölyi die Türken, seine Helfer, zur Plünderung Kaschaus ermächtigt, dann aber den Barbaren eine Ablösungssumme von 60.000 Reichsthalern aufgedrängt, welche Summe die Bürgerschaft endlich durch wiederholtes Bitten auf die Hälfte ermässigte.

Wie sehr sich auch die Jesuiten sträubten, so mussten sie sich doch zur Entrichtung von 2400 Gulden im Baaren und in Metallwerthen bequemen. Allein man bestand auf der Zahlung des Restes und bedrohte im Weigerungsfalle den Rector mit Einkerkerung. Und es wäre sicherlich dazu gekommen, heisst es im Berichte, wenn nicht die Tökölyi'schen

Commissäre angedeutet hätten, es sei zweckdienlicher, die Jesuiten aus der Stadt und aus dem Lande zu weisen. Tökölyi empfing den Rector als Bittsteller mit scheinbarer Güte; da erschien plötzlich ein Mandat, das die Jesuiten als ‚Unruhestifter' über Nacht und mit Zurücklassung aller Habe auszuwandern zwang. Nur dem kranken Ordensbruder P. Niclas Szécsényi wurde eine Aufenthaltsfrist vergönnt und derselbe zu den Franziskanern übertragen. Am 19. August verliessen die Väter der Gesellschaft Jesu die ungastlich gewordene Stadt im Gefolge von anderthalb Hundert entwaffneten Söldnern. Zwei Jesuiten folgten etwas später nach und erfuhren am Stadtthore gröbliche Behandlung. Auf dem Wege trafen sie mit ihren aus Eperies verbannten Ordensgenossen zusammen. An der polnischen Grenze mussten sie Geleitgeld zahlen.

Der Ordensbericht verzeichnet die Schäden, welche damals das Kaschauer Collegium erlitt. Sie betrafen dessen theils angekaufte, theils durch frommes Vermächtniss erworbene Besitzungen und die Niclas-Probstei vón Misle mit sieben Dörfern. Die Bibliothek des Collegiums, die Apotheke, die Kirche wurden schwer heimgesucht.

Schlagen wir nun den Weg südwärts, in die Zempliner Gespanschaft, ein.

XIV. Sáros-Patak,[1] Tarczal.

Die Gunst der Rákóczy's, der Mutter und des Sohnes, hatte die Jesuiten hier heimisch gemacht, und die Gefahr des Aufstandes von 1670 ging wieder vorüber. Bald aber (1672) zog der Kuruzzenkrieg Patak und seine Gegend in Mitleidenschaft. Der Calvinismus konnte wieder sein Haupt erheben, und in der Stadt, welche eine Hochschule des reformirten Bekenntnisses barg, den Herrn spielen. Die Jesuiten mussten die höheren Classen, Poesie und Rhetorik, schliessen (1676), denn ganz Patak wurde von den Kuruzzen dem Erdboden gleich gemacht, und die Burg allein blieb die Zufluchtstätte der Insassen.[2] Man konnte die Schulen nur bis zur ‚Grammatik' eröffnen und musste einen weltlichen Lehrer anstellen.

[1] Pataker Jesuitenchronik (von 1663 an ‚Historia Residentiae Patakiensis', 1663—1753. Budapester Nationalmus., Handschr., f. IX f.). Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672—1677.

Mit doppelter Befriedigung erzählt der Jahresbericht (1677), wie sehr die aufopfernde Seelsorge der Jesuiten die Gemüther der ‚Rebellen‘ den Ordensvätern zugewendet habe.[3] Sie hätten darum auch die Weingärten, Felder und Landhäuser der Pataker Residenz gegen alle Unbilden vertheidigt.

Das Testament der bewährten Gönnerin Sofie Báthory (1680) bedachte auch die Pataker Jesuiten mit einem Güterantheile von Nagy-Báry, mit Weingärten im Hegyaljagebiete zu Tarczal, Tolcsva, Bénye und Ujhely.[4]

Das Jahr 1682 vorübergehend stellte den Fortbestand der Jesuitenresidenz in Frage.

Zur Geschichte der Greuel des Kuruzzenkrieges bietet einen Beitrag das, was zum Jahre 1672 von der Behandlung eines Jesuiten in Tarczal verzeichnet wird, den man auf den Markt schleppte.[5] Der türkische Befehlshaber schrie alsbald, als er ihn erblickte, ob man dem rebellischen Pfaffen den Kopf vor die Füsse legen wolle. Als man dies verneinte, gab ihm der Türke acht Streiche. Der Ordensmann wurde hierauf durch den Ort geschleift und verspottet, zur Eisprobe verurtheilt, indem man ihn, nachdem die Eisrinde durchbrochen, bis zum Gürtel in das Wasser tauchte. Vier ungarische Meilen währte dies quälende Possenspiel und überall hörte man die ‚ketzerischen Rebellen‘ den höhnenden Ruf anstimmen: ‚Dominus vobiscum, per omnia secula seculorum‘ u. s. w. Unter solchen Beschimpfungen ging es bis an den Ort, wo er kriegsrechtlich behandelt werden sollte. Doch kam er mit dem Leben davon und erlangte am 5. Februar 1673 seine Freiheit.

---

[2] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1676. ‚. . . Urbe enim tota in planum solum redacta propter Rebelles. Superest apex. sola, inquilinorum refugium.

[3] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1677: ‚Patakini ipsimet Rebelles nobis facti sunt fideles: audientes quippe Charitatem illam a nostro Patre in socios seditiouis exercitam, quando pro cura solaminis fumantes rogos inscendit, ardentesque ad patientiam fructiferam animavit: beneficium illud, paucis factum, omnibus imputatum voluerunt communique benevolentia nobis grati esse studuerunt, dum vineas nostrae residentiae proprias, agros quoque et alios feudos domosque praediales a cunctis incommodis defenderunt.‘

[4] S. oben das Testament Sofie Báthory's.

[5] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1672.

XV. Unghvár.

Die Erfolge in Unghvár konnten bei der ‚Halsstarrigkeit' der Calviner, ‚welche die der Juden übertreffe', und angesichts des Aufstandes keine namhaften sein. Umsomehr Gewicht musste das Collegium auf die Bekehrung des Grafen Andreas Forgács[1] legen, der nach dem Tode seiner Mutter als junger Mann von vierundzwanzig Jahren und als ‚einziger Verfechter des Calvinismus in Oberungarn' zum Aerger des Fürsten von Siebenbürgen und der Stände jenes Landes für die römische Kirche gewonnen wurde.

Die seit Jahrzehnten betriebene Union der ‚griechischen Schismatiker' mit der römischen Kirche, auch ein wichtiger Gesichtspunkt der Ordensbestrebungen, bot allerdings nur eine schwache Ernte, denn nur acht Proselyten verzeichnet der Ordensbericht zum Jahre 1675. Umsomehr war man bemüht, die Gräfin Maria Eszterházy für diesen Zweck zu gewinnen. Und auch die Zahl von einigen Siebenzig, die dem Calvinerthum entrissen wurden, ‚sei äusserst spärlich angesichts der Masse des Ketzervolkes, in dessen Mitte das Unghvárer Collegium bestände.'

XVI. Munkács.

Auf den Rákóczy'schen Herrschaften Munkács und Makovicza sollte nach dem Ordensplane vom Jahre 1671 für das Werk der Bekehrung unter den Schismatikern und anderen Ketzern eine bewährte Kraft verwendet werden, um mit Einem Schlage die ‚Irrthümer' auszurotten. Franz Rákóczy liess sich herbei, einen glaubenseifrigen und hochgebildeten Theologen aus Polen, von adeliger Herkunft, der Seelsorge zuzuführen, und seine Mutter, die Fürstin-Witwe Sofie, wies ihm 1000 Gulden an, damit er ohne materielle Sorgen sich ganz diesem Zwecke widmen könne.

Rákóczy vertrieb die protestantischen Prediger aus Király-Helmecz; seine Mutter beglückwünschte den Sohn zu diesem Erfolge und machte ihn bald wett, indem sie den Munkácser Prädicanten die Weisung ertheilte, binnen drei Tagen auszuwandern. Mit der Bekehrung der Ketzer ging es allerdings

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1675.

nicht vorwärts. Da liess Sofie die Kirchenthür sperren und durch den Burghauptmann die Schlüssel den Jesuitenmissionären ausfolgen. Die den Protestanten solchergestalt entrissene Kirche wurde gereinigt und am 17. November 1671 für katholische Zwecke feierlich eingeweiht. Anfänglich fanden sich ausser der Jugend nur wenige Ketzer ein, allmälig aber erschienen auch Erwachsene, insbesondere als die Morgen- und Abendgebete in der Muttersprache eingerichtet wurden, und somit die Beschwerde aufhörte, man verstände nichts von der Messe.[1]

XVII. Nagybánya.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der Jesuitenmission im fernen Osten Ungarns musste die Bekehrung der Bergstadt Nagybánya[2] im Szatmárer Comitate gelten. Hier hatte sich seit achtzig Jahren der Calvinismus eingebürgert und mit Hartnäckigkeit aufrecht erhalten.

1674 erliess nun die Krone den Befehl zur Einführung des katholischen Gottesdienstes, was für die katholischen Dorfbewohner der Nachbarschaft sehr tröstlich war. Die Mission übernahm das Kaschauer Collegium und sandte einen der Ihrigen[3] nach Nagybánya, woselbst er auch trotz der Gefahr, den Kuruzzen in die Hände zu fallen, am 7. März wohlbehalten eintraf. Angesichts dieser Gefahr für das calvinische Bekenntniss hatten die Gemeinde und der Rath beschlossen, sich jedem Anschlage auf ihre Kirche mit bewaffneter Hand zu widersetzen. Am Thore wurde der Ordensmann von etwa 25 Leuten aus dem Rathe und der Gemeinde höflich begrüsst und ersucht, dafür zu sorgen, dass die kaiserlichen Commissäre den kirchlichen Zustand nicht gewaltthätig stören mögen. Darauf habe der Jesuit erwidert, er sei nicht zur Aufstörung, sondern vielmehr zur Unterstützung und Tröstung der Bürger er-

---

[1] Litt. ann. S. J. Prov. Austr. a. a. 1671.

[2] Ibid., 1674; (Cornelius), Fragm. hist. Hung., III. Abth. a. a. 1674, 1675, S. 426 ff., 521 f.

[3] Valentin Balogh. (Cornelius), Fragm. hist. Hung., a. a. O., S. 427. Diese Darstellung lässt allerdings nicht jenen tieferen Einblick in die Nagybányaer Mission werfen, welchen die Litt. ann. S. J. Prov. Austr. gewähren. Eine Prädicantenbekehrung behandelt (Cornelius), a. a. O., S. 428—429.

schienen, und den Rath gebeten, ihm im Sinne der königlichen Kammer eine Wohnung anzuweisen. Das schlugen sie denn aber ab, indem sie ‚in aller Bescheidenheit‘ erwiderten: dem Ordensmanne stünde der Eintritt in die Stadt frei, aber zur Anweisung eines Quartiers in der Stadt sei man nicht verpflichtet.

Endlich nahm den Jesuiten ein ‚schismatischer Inmann, nicht Einwohner‘ in seine Behausung auf.

Am nächsten Tage hielt man die Kirchen geschlossen und die ‚Prädicanten‘ enthielten sich des Gottesdienstes. Der Ordensmann verrichtete in seiner Behausung vor vier Katholiken die Andacht und liess heilige Gesänge in der Muttersprache absingen. Dann verfügte er sich in das städtische Krankenhaus, woselbst er geistlichen Trost und Almosen spendete. Als er dann auch den Kerker besuchte, fanden dies die ‚Prädicanten‘ und die ‚Klügeren‘ in der Gemeinde sehr verdächtig: ‚Seht,‘ sprachen sie, ‚welchem Ende die jesuitischen Praktiken zusteuern!‘ Als der Sonntag (Passio redemptoris) herankam, wurde die katholische Feier in eine geräumigere Stätte verlegt. Es war dies vormals eine adelige Behausung auf dem Hauptplatze, die aus Anlass der Theilnahme der Besitzer an der ‚Rebellion‘ dem Fiscus verfiel. Es kostete keine Schwierigkeiten, diese Behausung dem Ordensmanne anzuweisen. Der von Musik begleiteten Messe wohnte eine zahlreiche Volksmenge an.

Bis zum Ostersonntag hatte der Missionär seinen früheren Unterstandgeber und drei ‚Schismatiker‘ bekehrt. Als er am Ostermontag einen Calviner zum Proselyten machte und dieser, ein ‚Arcularius‘ (Staffirer?) von Gewerbe, seine geschickte Hand zur schmucken Ausführung von Heiligenbildern hergeben wollte, wurde er aus seiner Zunft gestossen, mit Schlägen hart gezüchtigt und war nahe daran, in den Kerker geschleppt zu werden, wenn nicht der Ordensmann mit dem ganzen Aufgebote seines Ansehens sich dawidergesetzt und die ‚Anschläge der Uebelwollenden‘ also vereitelt hätte.

Als das Begräbniss eines Katholiken sich ergab, wurde auch die Gestattung des Glockengeläutes durchgesetzt. Während dabei nahezu die ganze Stadtbevölkerung erschien, um dies ungewohnte Schauspiel zu sehen, hielt der Missionär am Grabe eine Ansprache, worin er vor Allem das Lob des Verstorbenen, sodann die katholischen Leichenbräuche umständlich erörterte.

So brachte er bis Maria Himmelfahrt 42 Einwohner zur Beichte und zur Communion.

Bald wurden die Jesuiten, dank der Umsicht und Mühewaltung ihres Ordensgenossen und der Gunst der Krone, Herren der Sachlage. Es gelang ihnen, die Pfarrkirche und die Martinskirche sammt dem Spital zugewiesen zu erhalten, so dass die Protestanten sich mit einem bescheidenen Bethause begnügen mussten und 1675 die Gemeinde einen dem Katholicismus sehr günstigen Vertrag einzugehen gezwungen war. Ueberdies musste der ‚Prädicant‘ Stefan G. Szersin 1676 einen förmlichen Revers ausstellen.[1]

So bieten uns die Chronik der örtlichen Wandlungen des Kirchenwesens und die vielgestaltigen Wege, die dabei der Jesuitenorden einschlägt, eine Fülle wechselnder Thatsachen, die das Geschichtsleben Ungarns in einer seiner bedeutendsten Epochen beleuchten und gründlicher erfassen lehren.

[1] (Cornelius), a. a. O., S. 429: ‚Juro per Deum vivum me in fide ergo Caesarem Regiamque maiestatem perstiturum, neque convitium Romanae religioni, quae Regia est, verbo aut secus facturum. Si fallam, reus majestatis habear.‘

ANHANG.

Die erste Abtheilung bietet Auszüge aus den ‚Litterae annuae S. J. Prov. Austriacae', aus denen mancher nicht unwichtiger Aufschluss über die Mittel und Wege der Ordensmission im Bereiche des Bekehrungswerkes gewonnen wird. Es gilt die Aufspürung und Vernichtung ‚ketzerischer' Bücher, die Einflussnahme auf die dienende Classe und die Pflege der katholischen Gesinnung bei den ‚von ihren Gatten gekränkten' Frauen.

Die zweite Abtheilung liefert aus der gleichen Quelle ziffermässige Ausweise über die Bekehrungen an den einzelnen Orten der Ordensmission, während die dritte den Personalstand des Ordens vom Jahre 1674 nach den einzelnen Collegien, Residenzen und Missionen auf ungarischem Boden bietet.

Den Schluss bildet (IV) ein für die Zustände Ungarns charakteristischer Brief vom Jahre 1675, aus der wüsten Zeit des Kuruzzen- und Labanczenkrieges.

I.

Aus den ‚Litterae annuae S. J. Provinciae Austriacae' über das Bekehrungswesen im Jahre 1671.

. . . Ad constantiam demum in fide catholica servandam subductio librorum haereticorum iuvit plurimum. Quovi opere sagacitas operarum Collegii Viennensis, Styrensis[1] et Trinchinensis[2] et Residentiae Neostadiensis probata est. Illa vero quae in missione patrum tertiae pro-

[1] Stadt Steyr in Oberösterreich.

[2] Trentschin in Oberungarn.

bationis Judenburgensis[1] in oppido et castro Saruar[2] exercita pluribus profuit. Non ita multos annos pulso praedicante conversum id fuerat et inter illos Praedicantis uxor, apud quam is mortuus bibliothecam libris sat copiosis refertam reliquit.

Apud illam igitur tam ficti quam languidi catholici conventicula frequentia instituebant, ut se vel in haeresi confirmabant vel ad vomitum eorum lectione disponebant. In cuius rei noster[3] venit cognitionem, dum illius hospitio in missione utitur. Dicentem enim audivit se libros habere, ex quibus etiam ipsi Iesnitae haurire doctrinam possint. Dissimulata re proxima Dominica ad illam cum socio et Parocho venit, so libris eiusmodi egere simulans et mutuos obtinuit, secumque accepit, exceptis quibusdam scholasticis, et Vulcano tradidit[4] servatis tamen bibliis tametsi nonnihil corruptis et cathalogo librorum arcis inscriptis, pro nostris subinde illic agentibus et cum haereticis acturis, quod magno catholicorum et praecipue curionis factum gaudio, qui tam perniciosam sub cinere latere favillam ignoraverat. Furentem denuo propterea feminam tandem etiam dextre sedavit.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Plures deinde e famulorum sorte ad haereticorum deservenda servitia inducti, ut fidei catholicae et suae professioni conformiter sine periculo viverant, quod amplius factum Posonii et Sopronii, quibus locis cum dominorum permutatio non tam facilis sit, eo, quod praecipui quique haeresi infecti sint, primum effectum, ut nisi ea conditione servitia et ancillatus reciperetur, ut in exercitiis catholicis nulla ratione impedirentur. A quibus deinde id non servatum, ab iis discessus persuasus, in quo quorumpiam herous sese animus extulit. Non dubitarunt enim rei temporalis propterea iacturam facere, quos inter eminuit adolescens, qui non solum commoditates, quas habuit, sed etiam parentem ipsum deseruit, cui tamen provisum apud catholicos de sustentatione honesta.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Tam a Szattmariensi quam a Thurocziensi Residentiis idem et vicinia prestitum et re dispertitos per comitatum Thurocziensem a maritis afflictae matronae succumberent opportuno recreatae auxilio et ne ab illis perverteruntur roboratae: illic evocatae tam diebus domini-

[1] Zu Judenburg in Obersteiermark entwickelte sich seit 1620 eines der grössten Jesuitencollegien und zugleich Probationshaus.
[2] Im Eisenburger Comitate an der Mündung der Güns in die Raab.
[3] Der Jesuit, der mit dem Missionswerke in Sárvár betraut war.
[4] d. i. verbrannte sie.

cis quam festis ab iis, qui haereticos inter vivere cogebantur, non solum ad invictum in fide robur sed ad vegetam etiam et solidam in medio pravae gentis pietatem servandam excitati.

II.

Zur Statistik der Bekehrungen durch den Jesuitenorden.[1]

1671.

Unghvár 49 (Personen); Agram 3; Komorn 63; Gyöngyös 45; Neusohl 8; Patak 72 Lutheraner, 45 Calviner, 2 Anabaptisten; Zips 80 Lutheraner und Calviner, 9 Schismatiker; Szatmár 21 und 1 Mohammedaner; Thurócz 14; Warasdin 26 (Legrader Mission); Andok 24; Leopoldstadt 40; Munkács 14 und 2 Schismatiker.

1672.

Raab 170; Pressburg 161 (darunter ein Greis von 86 Jahren); Munkács 12 (2 Ruthenen, 10 Calviner); Neusohl 60; Schemnitz über 100; Patak 53; Rosenberg 140; Rosenau 45; Zips 64; Oedenburg 20; Szatmár 59; Tarczal 34.

Beichten fanden statt in: Kaschau 19.043; Gyöngyös 9540; Raab 19.800; Pressburg 19.100; Munkács 1527; Zips 5000; Trentschin 10.500; Tyrnau 37.400; Warasdin 21.500; Veszprim 18.200; Agram 32.260.

1673.

Im Ganzen 4336 (darunter 5 Juden, 3 Türken, 19 Anabaptisten, 2 Schismatiker, 29 Apostaten). — Kaschau 93; Raab 113; Pressburg 243 (21 Apostaten, 4 Anabaptisten, 3 Juden, 1 Türke); Oedenburg 19; Trentschin 1952; Unghvár 38; Thurócz 15; Warasdin 37; Andok 87; Jólsva 84; Komorn 37; Leutschau 167; Neusohl 160; Szatmár 508; Liptau 320; Leopoldstadt 16; Munkács 18; Rosenberg 320; Rosenau 32; Zips 80; Szenicza 813; Verovicza (Verőcze, Verbencze) 35; Veszprim 30; Sillein (Szolna) 262.

Beichten: Agram 32.730; Pressburg 27.000; Warasdin 31.000; Trentschin 14.050; Zips 9550; Leutschau 3200.

1674.

Verőcze 580; Tyrnau 380 (8 Prädicanten); Jólsva 357 (1 Prädicant); Missio castrensis 335 (2 Prädicanten, 6 Juden, 1 Türke); Raab

[1] Nach den Summarien in den Litt. ann. S. J. Prov. Austr.

260; Pressburg 254 (16 Prädicanten, 3 Anabaptisten); Leutschau 199 (7 Prädicanten); Gyöngyös 76; Sillein 167; Kaschau 128; Komorn 72 (15 Prädicanten, 3 Türken); Zips 65 (4 Prädicanten, 3 Türken); Thurócz 62; Skalitz 57; Leopoldstadt 45; Oedenburg 40; Nagybánya 5.

1675.

Komorn 29; Gyöngyös 23 (von denen Einer dann wieder 100 katholisch machte); Leutschau und in den 13 Orten 2100; Neusohl und Schemnitz 1400; Patak 26; Jólsva (von Patak aus) 300; Szatmár über 100; Thurócz 44; Warasdin 2 Juden und 2 Schismatiker; Andok 48; Leopoldstadt 18; Fünfkirchen 22; Rosenberg 165; Rosenau über 90.

Von der Mission bei den Rákóczy's im Herrschaftsgebiete Makoviczas heisst es: ‚Evicerunt nostri visitationem ab episcoo unito graeci ordinis, unde spes secuturi fructus'.

(1676 nur allgemeine Summarien.)

1677.

Kaschau 169; Raab 491; Trentschin 97 (darunter 12 Anabaptisten); Pressburg 137; Unghvár 46 (5 Schismatiker); Oedenburg 9; Agram 1; Warasdin 4 Schismatiker; Fünfkirchen 11 (2 Arianer); Gyöngyös 17; Leopoldstadt 17; Patak 22; Thurócz 24; Komorn 37; Sellye 58; Rosenau 69; Rosenberg 75; Andok 75; Leutschau 247; Neusohl 491.

1678.

Im Ganzen 1184 bekehrt.

‚Der grössere Theil von Kirchdrauf katholisch gemacht, besonders mit Unterstützung des dortigen Pfarrers. Guter Schulbesuch.'

Kaschau 164; Neusohl; Schemnitz; Kremnitz; Herrengrund; Tyrnau 72; Leopoldstadt (Thuróczer Mission) 12; Raab 58; Trentschin 58; Komorn 302; Güns 29; Gyöngyös 25.

III.

Die örtlichen Bestände des Jesuitenordens im Jahre 1674.

Die ganze österreichische Ordensprovinz zählte in dem angegebenen Jahre 1161 Jesuiten (darunter 11 auswärtige). In dieser Zahl erscheinen inbegriffen: 520 ‚socii' (Ordensangehörige im engeren Sinne), 267 ‚scholastici', 275 ‚Novitii scholastici' und der Rest ‚coadjutores'.

Auf Ungarn entfallen an Zahlen für die Ordensgenossen im Ganzen:

1. Tyrnau	64	15. Schemnitz	5
2. Trentschin	54	16. Rosenau	4
3. Kaschau	49	17. Skalitz	4
4. Pressburg	25	18. Gyöngyös	4
5. Raab	23	19. Patak	4
6. Oedenburg	22	20. Szatmár	4
7. Warasdin	16	21. Thurócz	4
8. Unghvár	12	22. Fünfkirchen	3
9. Neusohl	12	23. Leopoldstadt	2
10. Leutschau	11	24. Veszprim	2
11. Komorn	7	25. Nagybanya	2
12. Rosenberg	7	26. Andok	2
13. Zips	6	27. Zelen (Sillein)	1
14. Eperies	5		

Von diesen Sitzen des Ordens waren 1—8 Collegien (Warasdin wurde es erst 1678 zufolge der Stiftung der Ordensgönnerin, Anna Margaretha, Gräfin von Thanhausen), 9—21 Residenzen, 22—27 Missionen.

IV.

Schreiben eines Ungenannten aus Kaschau vom 1. Mai 1675.[1]

Neues passiert alhier wenig, ausser das negster Tegen Ihro Excellenz mein Herr General[2] sambt Hern Graff Csakhy,[3] Herrn Hardiani[4] und Herrn Hollo alß plenipotentiariis nacher Munkhäz[5] verreißen vnnd alda mit dennen Rebellen fridt tractieren werden; wie man in gemain spargiert sollen deren petita sein: Expellantur Jesuitae, educatur miles Germanus, restituantur privilegia, bona immobilia et templa Lutheranis et Calvinistis in tota Hungaria.

[1] Dieser Brief findet sich in den Miscellaneen des Grazer Joanneum-, jetzt Landesarchivs; ohne Adresse und Namen des Correspondenten.
[2] General Spankau († 13. Juli 1675 als Obercommandant in Ungarn).
[3] Offenbar Stefan (VIII.) Graf Csáky, geb. 1635, Obergespan von Bereg, kais. Rath und Kämmerer, Feldhauptmann und Commandant in Szatmár († 1699).
[4] Johann von Hartyán, 1670—1675 Vicegespan des Ugocsaer Comitates.
[5] Munkács.

Verganngnen Sonnabendt seindt allhier 22 Ranber so vnter dem pretext der Rebellen vil ybel gestifftet alle lebenndig gespiest, vorher aber mit glüenden eysernen schienen bis auf die Beiner erschrecklich geprennt, ia gleichsamb lebendtig gebraten worden. Deßgleichen hat man selbigen Tag einen 80jährigen Mann wegen Sodomiterey zu puluer geprennt.

Herr P. Josna[1] hat widerumb 40 solche schelme gefanngen; werden alle negster Tagen alhero geführt vndt ihren Cammerrathen an den Spiß Gesellschaft leisten müssen.

Nachtrag.

Vor Kurzem erschien der jüngste (16.) Band der Monumenta comitialia regni Transsylvaniae (Erdélyi országgyülési emlékek), herausgegeben von Alexander Szilágyi, Budapest 1893, 699 SS., 8⁰.

Derselbe umfasst die wichtige Epoche der siebenbürgisch-ungarischen Ereignisse von 1675—1679 und bietet (S. 4—114) eine klare und sachgemässe Darlegung des Ganges der öffentlichen Angelegenheiten und (S. 115—699) 149 Actenstücke, welche für die Geschichte der Kriegs- nnd Friedensfrage, des Zusammengehens Siebenbürgens mit den Kuruzzen, der Diplomatie Frankreichs und Polens, der Haltung des kaiserlichen Hofes u. s. w. eine breite nnd sichere Grundlage bieten.

[1] Der bekannte Titulardomherr von Erlau und Pfarrer von Tállya, der sich später als kecker Kriegsmann zu den Kuruzzen schlug und zufolge seines Fahnenwechsels ihrer Rache erlag.

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorwort 353

A) Der Gang des ungarischen Staatslebens in den Jahren 1671—1683.

I. Die Folgen der Magnatenverschwörung. Die Bestrafung und das Octroi 354

II. Siebenbürgen. Die Pforte. Gnbernator Ampringen nnd Primas-Locumtenens Szelepcsényi. Der Kuruzzenanfstand. Die Gerichtstribunale und der Protestantismus. Die Haltung der Krone. Die Anklage auf Hocbverrath uud ihr Beweismaterial 357

III. Venezianiscbe Finalrelationen von 1670 nnd 1674. Die äussere Gefahr. Polen, Frankreich und die Kuruzzen (1676) 366

IV. Das Einlenken der Regierung nnd die Pacificationsfrage (1675—1678) 369

V. Die Kuruzzen nnd Siebenbürgen. Graf Emericb Tökölyi. Die Unterbandlungeu der Krone mit den Kuruzzen (1678—1679) . 373

VI. Die Umkehr im Regierungssystem. Gubernator Ampringen verlässt Ungarn (1679) 375

VII. Die Tyrnauer nnd Lentschauer Negotiationen. Wesselényi, Teleky und Tökölyi. Dessen Heiratsplan. Helene, verwitwete Rákóczy. Testament der Fürstin Sofie, geb. Báthory (1680) 377

VIII. Die Türkengefahr und der Oedenburger Reicbstag in seinem Verlaufe und Abschiede (1681) 381

IX. Die Krise der Jahre 1682—1683. Die Wendung vor Wien . . 387

X. Schlnss 388

B) Die katholische Gegenreformation und der Jesuitenorden.

I. Die Stellung und Aufgabe des Jesuitenordens 390

II. Probstbischof Georg Bársony und sein Büchlein: ‚Veritas toti mnndo declarata‘ 390

III. Die Jahresberichte der österreicbischen Ordensprovinz über die Mittel nnd Wege des Bekebrungswerkes und dessen Erfolge . 392

C) Die örtlichen Geschicke des Kirchenwesens und des Jesuitenordens.

Seite
I. Pressburg 394
II. Oedenburg 397
III. Güns 407
IV. Komorn 409
V. Tyrnau und sein Missionsgebiet 409
VI. Trentschin, Sillein, Skalitz 414
VII. Die westungarischen Bergstädte 416
VIII. Rosenau und Jólsva im Gömörer Comitate 419
IX. Gyöngyös 421
X. Fünfkirchen 422
XI. Die Zips 423
XII. Eperies, Bartfeld 431
XIII. Kaschau 434
XIV. Sáros-Patak, Tarczal 441
XV. Unghvár 446
XVI. Munkács 446
XVII. Nagybánya 447
Schlusswort 449

Anhang.

I. Aus den ‚Litterae annuae S. J. Provinciae Austriacae‘ über das Bekehrungswesen im Jahre 1671 450
II. Zur Statistik der Bekehrungen durch den Jesuitenorden 452
III. Die örtlichen Bestände des Jesuitenordens im Jahre 1674 . . . 453
IV. Schreiben eines Ungenannten aus Kaschau vom 1. Mai 1675 . . 454
Nachtrag 455

BRIEFE
KAISER LEOPOLD I.

AN

WENZEL EUSEB
HERZOG IN SCHLESIEN ZU SAGAN,
FÜRSTEN VON LOBKOWITZ

1657—1674.

NACH DEN ORIGINALEN
DES
FÜRSTLICH VON LOBKOWITZ'SCHEN FAMILIENARCHIVES
ZU RAUDNITZ AN DER ELBE IN BÖHMEN.

HERAUSGEGEBEN
VON

MAX DVOŘÁK,
BIBLIOTHEKAR UND ARCHIVAR.

Vorwort.

Die Briefe Kaiser Leopold I. an seinen ersten geheimen Rath nnd Obersthofmeister Wenzel Euseb Herzog in Schlesien zu Sagan, Fürsten von Lobkowitz, welche sich im fürstlichen Archive zu Raudnitz befinden, umfassen den Zeitraum von 1657 bis 1. October 1674, also kurz bis wenige Tage vor seiner ungnädigen Verabschiedung vom kaiserlichen Hofe, welche den 17. October 1674 erfolgte. Die meisten sind nicht blos von persönlichem, sondern auch von politischem Interesse, und nur der geringere Theil, der von der Veröffentlichung ausgeschlossen blieb, enthält unwichtige Dinge, Einladung zu einer Conferenz u. dgl.

Im Frühjahre des Jahres 1657 wurde Fürst Wenzel von Lobkowitz, damals kaiserlicher geheimer Rath, Feldmarschall nnd Hofkriegsrathspräsident, vom König Leopold als Haupt der königlich böhmischen Gesandtschaft zur römischen Kaiserwahl und Krönnng nach Frankfurt entsendet, wo er durch kluge Unterhandlungen zur römischen Kaiserwahl Leopold I. thätigst mitwirkte. Der neue Kaiser Leopold I., das wesentliche Verdienst des Fürsten um seine Erhebung erkennend, schenkte ihm fortan sein unumschränktes Vertrauen und überhäufte ihn mit unausgesetzten Zeichen seiner Gunst. Als im Jahre 1665 der kaiserliche Obersthofmeister Johann Ferdinand Fürst von Portia gestorben war, ernannte der Kaiser noch im selben Jahre den Fürsten Wenzel von Lobkowitz zu seinem Obersthofmeister.

Die Briefe, welche in den Jahren 1659—1664 sich noch meistens in dem Rahmen der Angelegenheiten des kaiserlichen Hofkriegsrathes bewegten, werden vom Jahre 1666 immer umfassender und ausgebreiteter, behandeln nicht nur die Angelegenheiten des kaiserlichen Obersthofmeisteramtes, sondern auch jene der inneren und äusseren Politik.

Digitized by Google

Gleichzeitig mit der am 10. December 1669 verordneten Verbannung des Fürsten Johann Weichard von Auersperg vom kaiserlichen Hofe wurde Fürst Wenzel von Lobkowitz zum ersten geheimen Rathe ernannt, und zwar in Anwesenheit des Kaisers mit dem ersten Votum, in Abwesenheit des Kaisers mit dem Präsidium des geheimen Rathes betraut, nachdem ihm der Kaiser die Anwartschaft darauf schon den 6. September 1666 und wiederholt den 27. März 1668 versprochen hatte.

Nun war der Fürst erster Minister des Kaisers und hatte den mächtigsten Einfluss auf die Leitung der Hof- und Staatsangelegenheiten geübt, was nicht allein die Briefe des Kaisers selbst, sondern auch eine reichhaltige Folge von Original-Correspondenzen des Raudnitzer Archives mit Souverainen, Kur- und Reichsfürsten, kaiserlichen und fremden Gesandten, Ministern und Staatsmännern, Statthaltern und Ständen der kaiserlichen Erbländer, Generalen, Cardinälen und anderen Kirchenfürsten beurkunden.

In der ersten Hälfte des Juni 1673 bat der Fürst den Kaiser um die Entlassung aus dem Dienste, welche Bitte ihm jedoch vom Kaiser nicht gewährt wurde. Fürst Wenzel von Lobkowitz verblieb daher im Amte, aber mit jenem Briefe vom 1. October 1674, in welchem der Kaiser die Einsendung des grossen Buches des Hofprotokolles verlangte, war auch das Buch des ersten Ministers des Kaisers geschlossen, denn schon am 16. October 1674, publicirt den 17. October, wurde die Verbannung vom kaiserlichen Hofe ausgesprochen.

Die Briefe Kaiser Leopold I. sind bisher nicht veröffentlicht worden, und so mögen sie denn als ein Beitrag zur Quellengeschichte des 17. Jahrhunderts bestens dienen und empfohlen sein.

Raudnitz, im Mai 1893.

Max Dvořák.

I.

Prag, 27. August 1657.[1]

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Mit was für väterlicher Benediction die päpstliche Heiligkeit meine angetretene Regierung und actiones segnen und welchergestalt dieselbe mir und meinem Haus alles Aufnehmen, Amplification und Erhöhung anwünschen, das haben Euer Liebden aus copeilichen Beischluss Ihrer Heiligkeit an mich abgelassenen brevis apostolici mit mehrerem zu ersehen. Und ist darauf mein gnädigster Befehl an Euer Liebden hiemit, dass Sie mit dem ehisten Gelegenheit suchen, den nuncium allda zu visitiren und demselben ob dieser Ihrer Heiligkeit gegen mir tragenden, sonderbaren, väterlichen Affection geschöpfte Freude mit mehrerem contestiren und dabeinebens anführen wollen, dass ich Ihrer Heiligkeit Intention und Meinung unter denen Worten tuam tuaeque domus amplificationem mit höchstem Dank und anderster nicht aufnehme, als dass Sie mir die kaiserliche Hoheit väterlich gönnen thäten: und liessen daher gedachten nuncium ganz beweglich ersuchen, sintemalen es nun dahin kommen, dass die Wahl eines Römischen Königs nächster Tage ihren Fortgang erreichen solle und des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden hierbei einige Reflexion auf die in der Nähe und auf den Reichsgrenzen sich befindende Französischen Waffen machten, sammt man durch Erwählung meiner Person mit Frankreich in einigen Krieg gerathen könnte, dass Seiner des nuncii und Ihrer Liebden mit mehrerem representiren wolle, welchergestalt nicht allein allen diesen von Ihrer Liebden besorgenden Gefährlichkeiten, wenn man sich nur darüber vertreulich vernehmen und verstehen wird, zu Deroselben und des Reiches Sicherheit und Satisfaction remedirt und abgeholfen werden könne, sondern dabeineben auch zu Gemüthe führen, was für Gefahr sowohl dem heiligen Reich als der ganzen Christenheit zu gewärten stünde, wenn der Erbfeind hören und in der That erfahren würde, dass die Hoheit

[1] Die Briefe Kaiser Leopold I. von I.—XII. sind nur unterfertigt, alle übrigen ganz eigenhändig.

des Römischen Kaiserthums von meinem Erzhaus, so das heilige Römische Reich von so viel langen Jahren her bis auf gegenwärtige Stunde als die einzige Vormauer desselben mit Aufsetzung Guts und Bluts defendirt und beschützt hat, auf diesmal hinweg kommen wäre, dass man hierdurch dem Türken (welcher dasselbe vornehmlich auch darum unangefochten gelassen, dass er besorgt, er würde es nicht allein mit erstgedachtem meinem Erzhaus allein, sondern auch mit dem Reich zu thuen haben) Anlass geben würde, sein vielmals versuchtes blutiges Vorhaben auf die von ihm so lang erwünschte Gelegenheit, bei erfolgender meiner Praeterition mit höchstem Nachtheil nicht nur des Römischen Reichs, sondern auch der ganzen Christenheit zu Werk zu setzen; mehrbesagtes Kurfürsten zu Mainz Liebden dabei ersuchend, sie wollten diesfalls das Interesse der ganzen Christenheit allen anderen Considerationen vorziehen, und sich auch ihres Orts mit Ihrer päpstlichen Heiligkeit Intention bei der mir und meinem Erzhaus gönnenden Amplification conformiren, wie dann Euer Liebden der Sachen schon weiter Rechts zu thuen wissen worden, Dero ich mit königlichen Gnaden und allem Guten wohl gewogen verbleibe.

Leopoldt.

II.

Prag, 30. August 1657.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Aus der Beilage A werden Euer Liebden ersehen, welchergestalt nicht allein die Siebenbürgische Besatzung aus Krakau ausgezogen, sondern auch mit der Schwedischen dergestalt accordirt worden, dass sie auch bereits ausgezogen sein wird. So weiset Litera B, C und D, dass sich der Fürst von Siebenbürgen zu Haltung des mit ihm aufgerichteten diplomatis erbietet; wie nicht weniger sub E, was die verwitwete Fürstin dem Palatino auf das an sie gethane Schreiben wegen Einstellung Ihrer vorgehabten Werbung für ein Antwort gegeben hat. Welches alles ich Euer Liebden hiemit zur Nachricht zu communiciren für eine Nothdurft befunden und verbleiben Deroselben mit königlichen Gnaden wohlbeigethan. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den dreissigsten Monatstag Augusti im Sechzehnhundert sieben und fünfzigsten Jahr. Euer Liebden gutwilliger

Leopoldt.

P. S. Nach Vollendung dieses ist ein Kurier von Mailand kommen, welcher berichtet, dass Alexandria Gott Lob mit grossem Spott und Abbruch der Franzosen entsetzt sei.

III.

Prag, 2. September 1657.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Nachdem des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden die Ihro meiner Person halber bei der Wahl eines Römischen Königs fürgebildete difficultates noch immerfort für unüberwindlich halten, auch durch Dero an meinem königlichen Hof anwesenden Abgeordneten Bluem meinen geheimen Räthen anderweit anzeigen lassen, dass sie die jetzigen Conjuncturen also beschaffen befinden, dass sie bei ihrem vorigen Temperament verbleiben müssen und dieses nicht so sehr wegen der mir in Weg gelegten Minorennität nnd anderer Einwürfe, als aus Furcht der auf des Reiches Grenzen sich befindender Französischen Waffen, und dass sie etwa einzigen Französischen Fürbruchs der Enden besorgen, wie Euer Liebden aus dem copeilichen Beischluss mit mehrerem zu ersehen.

Also ist mein gnädigster Befehl an Euer Liebden hiemit, dass Sie sich nichtsdestoweniger zu vorbesagtes Herrn Kurfürsten Liebden begeben und Deroselben ganz glimpf- und beweglich zn Gemüth führen wolle, ich hätte aus demjenigen, was dieselbe obgedachtem ihrem geheimen Rath Bluem aufgetragen über die wegen des Wahlwerks zu Gemüth gehenden Difficulteten gegen meinen geheimen Räthen für anderweite Erwähnnng zu thun und was sie dabeineben wegen ihrer zu mir tragenden Affection contestiren wollen, dass sie hiernächst, was sich die Sachen hier zuschicken würden, gern cooperiren wollten, dass ich zum Römischen König befördert werden möchte. Wie ich nun der guten und hocherspriesslichen Dienst und Freundschaft, welche Ihre Liebden meinem Erzhaus bisher in der That ganz rühmlich erwiesen, mich wohl informiren lassen, also hielte ich mich versichert, wann Ihre Liebden das Werk recht überlegten, Sie würden nicht allein selbst befinden, da man über die vorgewandten Difficulteten sich nur vertreulich unterreden und vernehmen würde, dass dieselbe meinerseits mit Ihrer Liebden und des gesammten kurfürstlichen collegii Sicherheit und Satisfaction ans dem Wege zu räumen, sondern auch Ihr Liebden derjenige sein, der meine Intention am meisten befördern werde, wie ich dann diese von Ihrer Liebden movirte Difficulteten auch anderer Gestalt nicht aufnehmen thäte, als dass sie solche zu dem Ende anderweit berühren lassen, dass ich mich desto mehr befleissen sollte, dieselbe zu überwinden. Sollten dann Ihre Liebden nochmalen auf die androhende Gefahr gegen den Rheinstrom sich beziehen, item dass die Fortification Ihrer Stadt Mainz noch nicht vollendet und sie bei ihrem Erzstift nicht sicher sein könnten, so haben Euer Liebden hinwiederum zu antworten, dass ich mich

erinnerte, welcher Gestalt meines in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät sich noch im Octobri verwichenen 1654sten Jahres gegen dieselbe erklärt, Ihrer Liebden, waun Sie in Dero Erz- und Stiftern angegriffen werden sollten, von 10 bis zwölftausend Mann zu Hülfe zu schicken, wozu ich mich dann nicht weniger erboten haben wollte, oder wann Deroselben mehr mit einem Stuck Geld zur Fortsetzung der Fortification gedient wäre, dass ich Ihro auch mit selbigem an die Hand gehen und zu allem dem gern concurriren würde, was zu ihrer Land und Leute Sicherheit verträglich würde sein können. Dafern aber Ihre Liebden auch auf diese offerta sich von ihrer vorigen Meinung nicht dimoviren lassen wollte, so sollen Euer Liebden dagegen auf Ihrem Vortrag constantissime verharren, sich von meiner Ihro bekannten Intention auf keinerlei Weise abwendig machen lassen und mich des Erfolges alsbald berichten, Dero ich beinebens mit königlichen Gnaden und allem Guten wohlbeigethan verbleibe. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den 2. Septembris Anno 1657.

Leopoldt.

IV.

Prag, 27. December 1657.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Euer Liebden wird ungezweifelt bekannt sein, was für Commission des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden meinem geheimen Rath dem Grafen von Oettingen an mich wegen Beförderung meiner Reise nach Frankfurt aufgetragen und Ihre Liebden sich dabei in hohem Vertrauen erboten haben, dass Sie nicht alleiñ ihres vornehmsten Orts die Wahl beschleunigen, sondern auch des Herrn Kurfürsten zu Köln Liebden (weilen Kur- Triers Liebden ohne das von selbst dazu inclinirt) zu einem gleichmässigen disponiren und vermögen wollten.

Wie ich nun diese wohlmeinende offerta billig mit hohem Dank annehme, also bin ich nnnmehr beständig entschlossen, ausser Gottes Gewalt auf den 14. schierkünftigen Monates Januarii von hinnen aufzubrechen, auch meine Reise soviel als immer möglich zu befördern, setze dabei ausser Zweifel, vorbesagtes Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden werde des Herrn Kurfürsten zu Köln Liebden auf Dero Seiten zu bringen und des Herrn Kurfürsten zu Trier Liebden in Dero guten Intention zu bestärken nicht ermangeln. Dieweilen aber dieselbe mit so vielfältigen Obsorgen beladen, dass sie dieses Werk nicht allemal in steter Gedächtniss haben möchten, und dahero leicht ein Verzug verursacht werden könnte, also wollen Euer Liebden die Gelegenheit an Hand nehmen und

vorbesagtes Herrn Kurfürsten Liebden von meiner nunmehr resolvirten Reise und dass ich dazu den Tag auf den 14. schierkünftigen Monats Januarii bestimmt, auch diese meine Resolution des Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden durch Abordnung des Grafen von Wolkenstein zu dem Ende notificirt, gestalt uns des Aufbruches mit einander zu vergleichen, von meinetwegen parte geben und zugleich entschuldigen, dass ich wegen Beschreibung der zu Fortsetzung derselben benöthigten Fuhren, den Termin nicht enger einziehen können, dabeinebens aber Ihrer bekannten Dexteritet nach glimpflich insinuiren, dass Ihre Liebden Dero Erbietens eingedenk verbleiben und bemühet sein wollten, obgedachtes Herrn Kurfürsten zu Köln Liebden auch auf diese Seite zu bringen. Was des Herrn Kurfürsten zu Trier Liebden anlangt, wann dieselbe nur von Ihrer des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden guter Intention Nachricht haben, zweifle ich nicht, Sie werden um so viel mehrers zu allem dem gern concurriren, was zur Beförderung der Sachen wird gereichen können. Bin hierüber Euer Liebden verlässlichen Antwort gewärtig und verbleibe Deroselben mit beharrlichen königlichen Gnaden wohlbeigethan. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den 27. Decembris Anno 1657.

Leopoldt.

V.

Prag, 4. Januar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Euer Liebden thue ich gnädigst nicht verhalten, dass ich gänzlichen entschlossen bin, meine Reise nach Frankfurt mit nächsten fortzusetzen und den Weg auf Eger, sodann Schweinfurt und weiter dahin gegen gedachten Frankfurt zu nehmen. Diesemnach wollen Euer Liebden solches dem Herrn Kurfürsten zu Mainz unverlängt hinterbringen und zu verstehen geben, dass wir bereits einen eigenen Kurier dahin abgefertigt, welcher der benöthigten Quartier und anderer Requisiten halber die Nothdurft vorkehren solle.

Nachdem aber auf meine und der Meinigen Securitet bei dieser bevorstehenden Reise absonderlich zu gedenken und nun zwar des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden durch den Grafen von Oettingen sich anerboten, mich mit genugsamen Geleit zu versehen und alle Sicherheit zu verschaffen, so möchte ich doch gern vorher eigentlich wissen, wie und welcher Gestalt ein und andere Verordnung diesfalls geschehen und eingerichtet werden solle. Welchemnach Euer Liebden mit Gelegenheit der jetzt verstandenen Anzeige des abgefertigten Kuriers, gegen des Herrn Kurfürsten Liebden auch dieses umständlich gedenken, Deroselben

eigentliche Meinung hierüber erkundigen und mir sodann ohne einige Zeit Verlierung durch Ueberbringern dieses wisslich machen, dabeinebens aber auch des Herrn Kurfürsten Liebden vermelden wollen, dass ich zu meiner Begleitung bis in die sechshundert Reiter mit mir zu nehmen in Willens, selbe aber ohne männigliches Nachtheil und Schaden unterhalten und bei meiner Ankunft auf Frankfurt, sodann zu Mergentheim einlosiren wollen, massen dieses nicht allein meiner Königlichen Hoheit gemäss, sondern es werden sich Seine Liebden ohne dies wohl zurückerinnern, dass weiland Kaiser Mathias bei damals friedsamen Zeiten zu dem Wahltag Anno Sechzehnhundert und zwölf bis in zwölfhundert Pferde in seiner comitiua gehabt, welches alles Euer Liebden mit dienlichen Motiven zu repräsentiren, meine diesorts angezielte Sicherheit mit des Herrn Kurfürsten Liebden wohl zu stabiliren und sodann mich unverlängt dessen zu berichten wissen werden. Sollte sich auch des Herrn Kurfürsten Liebden bei Ankunft dieses Kuriers annoch zu Mainz befinden, so werden Euer Liebden unter dem Vorwand einer visita alsobald sich dorthin zu begeben und eines und anderes obverstandenermassen zu befördern Dero angelegen halten und ich verbleibe im übrigen Euer Liebden mit königlichen Gnaden wohlbeigethan. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den vierten Monatstag Januarii im Sechzehnhundort acht und fünfzigsten Jahr.

Leopoldt.

VI.

Prag, 12. Januar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Aus meinem an Euer Liebden unter Dato den 27. Decembris abgelassenen Schreiben haben dieselbe seither ungezweifelt vernommeu, was ich Ihro aufgetragen habe bei des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden wegen meiner geschöpften Resolution zu Fortsetzung meiner Reise nacher Frankfurt und sonsten von meinetwegen anzubringen. Ob ich nun wohl der Zuversicht gelebt gehabt, es würde des Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden der von mir bestimmte Termin zu unserem auf eine Zeit veranlassten Aufbruch auch gelegen gewesen sein, so ersehen doch Euer Liebden aus dem Einschluss sub lit. A, wessen dieselbe sich auf die von dem Grafen von Wolkenstein derentwegen in meinem Namen abgelegte Werbung erklärt haben. Also dass ich verursacht worden, gedachtes Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden durch ein anderwärtige eigene Absendung nochmals um Fortsetzung ihrer Reise nach Ausweisung copeilich beigefügter Instruction B aufs beweglichste zu requiriren und lebe der beständigen Hoffnung, Sie

werden sich, nachdem ich vernehme, dass Dero gewester Abgesandter zu Frankfurt Dr. Strauch nunmehr zu Dresden auch angelangt und Ihrer Liebden von vorbesagtes Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden guten intentionibus zu Beschleunigung des Wahlwerks selbst noch mehrere Sicherheit gebracht haben wird, desto mehrers zu fürdersamster Fortsetzung Ihrer Reise bewegen lassen. Auf deren einlangende Antwort, um die ich hoffentlich zu meiner Intention von meinem Gesandten bei eigenem Kurier erwarte, ich nicht unterlassen werde, mich unverlängt auf den Weg zu begeben und meine Reise also zu maturiren, damit ich sammt obgedachtes Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden, sobald als immer möglich, zu einer Zeit daselbst zu Frankfurt einlangen möge. Wie ich dann des Herrn Kurfürstens zu Brandenburg Liebden durch meine Abgeordneten den Grafen von Montecuccoli und Lisola Inhalts hiebeigefügter Abschrift lit. C um Abschickung ihres Principal Gesandtens nicht weniger beweglich ersuchen lassen, welches ich Euer Liebden zu dem Ende nicht bergen wollen, dass Sie hiervon des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden, damit Sie die Ursache dieses Verzuges wissen mögen, von meinetwegen auch parte geben und Sie versichern können, dass sobald mir die verlangte weitere Erklärung von des Herrn Kurfürstens zu Sachsen Liebden einkommen wird, ich nicht ermangeln werde, meine Reise nächster Tage unfehlbar fortzustellen. Und ich verbleibe Euer Liebden mit königlichen Gnaden und allem Guten wohl beigethan. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den 12. Januarii A° 1658.

Leopoldt.

VII.

Prag, 15. Januar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Demnach der Obrist Schlebusch nach verflossenen Werbungs-Termin gar schlecht aufkommen und nur etliche wenige Mannschaft, nämlich zweihundert drei und sechzig Köpfe laut der den zwanzigsten Decembris eingeschickten Listen in denen Quartieren gestellt hat, ich aber vernehme, dass er sich nach Frankfurt und Münster begeben, um zu sehen, wie er daselbst einige Völker an sich bringen könne, als habe ich Euer Liebden solches hiemit zu dem Ende zu erinnern für nothwendig befunden, dass Sie gedachten Obristen Schlebusch zu sich erfordern und demselben wohl zusprechen wollten, damit er seiner Capitulation nachkomme und sein Regiment bis Ende Februarii, welcher Termin allen in meinem Erbkönigreich und Landen werbenden und recrutirenden Obristen gegeben, auch an selbigen Tag

eine Generalmusterung angestellt worden, unfehlbarlich complet stellen solle. Wie Euer Liebden ohne das wohl zu thun wissen und ich verbleibe Deroselben mit beharrlichen königlichen Hulden und Gnaden wohlbeigethan. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den fünfzehnten Monatstag Januarii im Sechzehnhundert acht und fünfzigsten Jahr.

Leopoldt.

VIII.

Prag, 19. Januar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Hiebei gefügte Einschlüsse geben Euer Liebden mit mehrerem zu vernehmen, was auch an der Ottomanischen Porten für Reflexion auf die Römische Wahl gemacht und welcher Gestalt sich meines Erzhauses widerwärtige dieser Dilation zu Nutzen zu machen wissen. Davon ich Euer Liebden zu dem Ende parte zu geben der Nothdurft erachtet, dass Sie hiervon auch des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden verlässliche Nachricht erstatten mögen. Und ich verbleibe Deroselben benebens mit beharrlichen königlichen Gnaden wohlbeigethan. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den 19. Januarii Anno 1658.

Leopoldt.

IX.

Prag, 23. Januar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Mir sind beide Euer Liebden gehorsamste Relation- und Antwortschreiben vom 8. und 16. dieses ablaufenden Monats Januarii wohl einkommen und aus denselben mit mehrerem referirt worden, wessen des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden auf Euer Liebden bei Deroselben wegen meines auf den 14. hujus designirten Aufbruchs und Fortreise über Eger und Schweinfurth abgelegte Werbung erklärt, was für unterschiedliche Wege Sie mir von Schweinfurt bis nacher Frankfurt vorgeschlagen und sich dabei für Anstalten in ein und anderem zu machen erboten haben.

Wie ich nun alle diese mir diesorts gethane Offerten mit sonderbarem hohen Dank annehme, also werden Euer Liebden aus meinem an Sie unter Dato den 12. dies abgelassenen Communicationschreiben indessen schon vernommen haben, aus was für eingefallener Verhinderung ich meine Reise auf den bestimmten Tag nicht fortsetzen können, sondern verursacht worden, mich des Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden persönlicher Erscheinung durch eine eigene Absendung anderweit zu

versichern und dieselbe zu schleuniger Fortsetzung Dero Reise um so viel mehr zu disponiren. Nachdem ich aber dieselbe Ihres Aufbruches gegen den 4. Februarii beständig assecuriren lassen, allermassen Euer Liebden aus der Beilage sub lit. A weitläufiger zu vernehmen, also habe ich nicht weniger meine Fortreise von hinnen auf den 28. hujus, nämlich den nächstkommenden Montag, nunmehr publiciren lassen, solchen Tag auch Ihrer des Herrn Kurfürsten zu Mainz, wie nicht weniger Kur-Trier, Köln und Pfalz Liebden selbst notificirt, wie aus beigefügten Abschriften sub B, C, D und E mit mehrerem zu ersehen. An Euer Liebden dabei gnädigst begehrend, Sie wollen das an Kur-Mainz lautende verschlossene Original Deroselben nicht allein gebührend einliefern, sondern Ihro auch von meinetwegen nochmals um die gethane treuherzige contestationes und Offerten gebührenden hohen Dank erstatten, die Ursachen, warum ich meine Abreise bis auf diesen jetzt publicirten Tag zu verschieben der Nothdurft erachtet, anderweit vorstellen und nächst Communicirung hiebeikommenden lista Deroselben Gutbefinden anheimstellen, wie und was Sie vermeinen, wann ich Dero Landen erreichen werde, dass ich für einen Weg am besten und gelegensten zu nehmen haben möchte, dem ich mich dann auch meines Orts allerdings bequemen werde. Was die auf alle bessere Fürsorg mitnehmende 600 Pferde anlangt, werde ich sehen, wann ich der Ends anlangen werde, ob und wie weit es die Nothdurft erfordern möchte, dieselbe in der Nähe bei mir zu halten oder sie entweder ganz oder zum Theil nach Mergentheim zu schicken. Unterdessen wird mir zu hohem Dank gereichen, wann Ihre Liebden die weitere Verordnung ergehen zu lassen sich belieben lassen wollten, dass auf demjenigen Weg, welchen Sie am besten und bequemsten erachten werden, weilen ich sammt meiner Hofstatt und Guardi über 2000 Pferd stark reisen und mich wegen des Unterkommens bei dieser grossen Kälte etwas mehrers als sonsten dilatiren muss, die Nothdurft für Mann und Pferd um die Gebühr bei Zeiten verschafft werden möge. Wie dann Euer Liebden der Sachen weiter rechts zu thuen wissen werden. Und ich verbleibe Deroselben mit königlichen Gnaden wohlgewogen. Geben auf meinem königlichen Schloss zu Prag den 23. Januarii Anno 1658.

Leopoldt.

X.

Königshofen, 30. Januar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim und Fürst. Aus Euer Liebden gehorsamster Relation vom zweiundzwanzigsten Januarii habe ich vernommen,

wasgestalten des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden auf die von Euer Liebden eingewandte Entschuldigung, warum ich meine Reise bisher etwas anstehen lassen, sich gegen Euer Liebden neben abermaliger Contestirung ihrer beständigen Affection gegen mir getreulich einrathen, dass ich solche länger nicht differiren sollte. Nachdem nun des Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden mich Dero unfehlbaren Aufbruchs auf den vierten Februarii unseres Kalenders versichert, also habe ich mich heut Dato zu Mittag von Prag erhoben und meine Reise bis anher fortgesetzt, auch Ihrer Liebden solche notificirt, wie aus der Abschrift hiebeikommenden Originals mit mehrerem zu ersehen.

Und dieweilen dieselbe mich zum andertenmal unter Dato den 7. und 12. huius zu gütlicher Beileguug der occasione des Polnischen Krieges durch den der Kron Polen vi pactorum geleisten Succurs besorgender Missverständniss und anderer Kriegsunruhe aus Ihrer Liebden männiglich bekannten Friedbegierde wohlmeinend erinnert, also wollen Euer Liebden Deroselben von meinetwegen auf dieses ihrer bekannten Dexteritet nach so viel anzeigen, dass ich nunmehr in Aufbruch und Hinreise begriffen und solche nächst dem Wahlwesen auch darum um so viel mehreres zu befördern mir angelegen sein lassen werde, damit ich auch hierüber mit Deroselben mündlich mit mehrerem vernehmen könnte, da ich mich also erklären und erweisen werde, dass Sie daraus mein friedliebendes Gemüth nicht weniger zu verspüren haben werden und ich verbleibe Euer Liebden mit königlichen Gnaden und allem Guten wohlgewogen. Geben zu Königshofen den dreissigsten Jannarii Anno Sechzehnhundert acht und fünfzig.

Leopoldt.

XI.

Pilsen, 8. Februar 1658.

Hochgeborner lieber Oheim nnd Fürst. Aus meinem an Euer Liebden aus Prag den 30. nächstabgewichenen Monats Januarii abgelassenem gnädigstem Schreiben haben dieselbe meinen Aufbruch von dannen seither ungezweifelt vernommen. Nachdem aber meine convoi wegen des eingefallenen tiefen Schnees nicht fortkommen nnd bis Dato bei mir nicht anlangen können, habe ich dahier zu Pilsen nicht allein derentwegen, sondern auch dieweil ich die meinige zu dem anf den 12. dieses zu Warschau ausgeschriebenen Convent der Nothdurft nach zu instruiren gehabt, in etwas subsistiren müssen. Dieweilen nun dieses auch seine Richtigkeit in so weit erreicht, dass ich dieser Sorge unter Wegs ferner überhebt bleibe und meine Reise hinfür desto schleuniger

fortsetzen kann, so breche ich jetzt gleich von hinnen weiter auf nach Teinitz und werde an mir nichts erwinden lassen, damit ich so bald als immer möglich zu Frankfurt einlangen möge. Welches ich Euer Liebden zu dem Ende nicht bergen wollen, damit Sie hiervon mit Gelegenheit auch des Herrn Kurfürsten zu Mainz Liebden parte geben mögen. Und ich verbleibe Deroselben beinebens mit beharrlichen königlichen Gnaden wohlbeigethan. Geben in meiner Stadt Pilsen den 8. Februarii Anno 1658.

Leopoldt.

XII.

Wien, 9. November 1658.

Lieber Herzog zu Sagan. Demnach ich für meine Dienste zu sein befunden, die vacirende Hofkriegsraths-Vicepräsidentenstelle zu ersetzen, als habe ich selbige Stelle meinem geheimen Rath und Feldmarschall Don Hannibal Marchesen von Gonzaga, Rittern des guldenen velleris gnädigst conferirt, dergestalt, dass er von Euer Liebden als meinem Hofkriegsraths-Präsidenten seine Dependenz haben und solche Stelle, wie sie der verstorbene Feldmarschall Graf von Puchaim gehabt, bedienen solle. So ich Euer Liebden zur Nachricht nicht verhalten wollen und verbleibe Deroselben beinebens mit beharrlichen kaiserlichen Hulden und Gnaden wohlbeigethan. Geben in meiner Stadt Wien den Neunten Novembris im Sechzehnhundert acht und fünfzigsten Jahr.

Leopoldt.

XIII.

Ebersdorf, 7. October 1664.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Weilen mein Dienst erfordern thnet, dass die durch Ableben des Grafen von Puchaim erledigte Grenzobriststelle zu Komorn bei diesen Zeiten bald ersetzt werde, also habe ich in Gnaden resolvirt, diese Stelle dem Feldmarschall Grafen von Souches zu verleihen; und weilen auch durch seine Promotion das Commando auf dem Spielberg eröffnet wird, also ich entschlossen, selbiges Commando dem Obersten Grafen von Hofkirchen zu conferiren. Welches Ihr also den Parten notificiren nnd die gewöhnlichen expeditiones ausfertigen lassen wollet. Die Bestellung der neuen Grenzen gegen Neuhäusel bleibt noch der Zeit in suspenso bis nach reifer Deliberirung ich mich eines Beständigen entschliesse. Bei Andeutung dieser meiner Resolution wollet Ihr auch den Grafen de Souches zu guter Correspondenz und nachbarlichem Vernehmen mit den andern Grenzobristen und absonderlich mit

dem Generallieutenant Montecuccoli ermahnen und anfrischen. So ich Euch gnädigst nicht verhalten wollen und verbleibe Euch allzeit mit kaiserlichen Hulden und Gnaden wohlgewogen.

Leopoldt.

XIV.

8. October 1664.

P. S. Auch lieber Fürst. Jam sequitur explicatio des Billets wegen Komorn:

1°. Habe ich das Datum auf gestern gesetzt und cum veritate me possem excusare cum aliis, dass es nimmer res integra sei nnd habe geeilet, weilen ich gemerckt, dass man hat wollen wider den ehrlichen Susa cabalas macheu. De quo plura oreteuus.

2do. Habe ich Spielberg hineingesetzt, ut saltem in aliqno satisfiat dem armen Teufel dem Hofkirchen und weilen ich ein Geschmack bekommen, dass Susa es pro filio legen wolle.

3°. Habe ich die Grenzen an der Wag in suspenso gehalten, weilen ich gemerckt, wo man damit hinauswolle und muss es heut sogleich debattirt werden.

4°. Wegen guter Correspondenz mit Montecuccoli id posui, weilen ich gemerckt, hoc multos ipsi opposuisse auch dann könne Launen haben, cum sit in aperta inimicitia cum Montecuccoli.

Uud dies habe ich vor gut befunden, dass die Quartier Sache noch muss recht debattirt werden, daher sollt Ihr morgen früh eine Conferenz halten bei Euch praesentibus, si vobis ita videbitur, Gonzaga, Lessel, Nostitz, Kammerpräsident, Hofkanzler und Hohenfeld. Zu diesen habe auch dem Thürhüter Annibal befohlen, er soll sich bei Euch um Ordonnanz anmelden.

Letztlich wollte ich gern wissen, ob Schwarzenhorn schon citirt worden propter turcica, si non est factum, fiat hodie. Und ich verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XV.

18. Januar 1666.

Lieber Fürst. Weilen ich verlangte, bald des Carlingfordt propositiones zu vernehmen, ich auch vernommen, dass er schon bei Euch gewesen sei, also wollte ich, dass anf das eheste Ihr sammt dem von Lamberg vorfordertet (mit Zuziehung des Walderode zum protokolliren, welches ich aber Euch anheim gebe) und sodann seine propositiones

formaliter anhörtet. Und weilen ich morgen Vormittag zu reisen gedenke, so könnte es damals füglich beschehen, dann abends wollte ich eine Conferenz halten. Si vobis ita placet, könnet Ihr es mit dem Lamberg vergleichen. Wollet mir aber mit ein paar Zeilen hierauf eine Antwort geben. Und ich verbleibe allzeit Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XVI.

Laxenburg, 6. Mai 1666 um $9^1/_2$ Uhr.

Lieber Obersthofmeister. Aus den Beilagen ersehet Ihr, was Prinz Alexander von Portugall durch seinen envoyé (so gestern bei mir Audienz gehabt) anbringen lassen, daher gleich wohl muss resolvirt werden. Vermeinen also, Ihr sollet selbe Schriften wie auch die Vorigen von Köln und Sachsen in hac materia dem Schidnitz oder Walderode zustellen et primo, occasione consultationis hispanicae selbe zugleich könne resolvirt, si Vobis forte aliud videatur, so berichtet es mir. 2do. Werde ich heute dem lieben Kördt dem Reiffenberg Audienz geben; mi dicono ch'egli vuol convertir alla nostra religione il elettore di Sassonia, ma la sna vita non troppo esemplare non mi pare habile a simile intrapresa. Videbo, quid dicet. 3°. Wird der Crollo Lanzia ein eingebundenes Buch bringen, wollet selbes dem Plettenberg schicken, ut tradat electori. Ist ein cambio anf den Seinigen. 4°. Habe ich heute keinen Rath gehabt, quia nullus Viennensium venit ad nos. Hiemit verbleibe ich Euer gnädigster Herr allzeit.

Leopoldt.

XVII.

Wische, 19. August 1666 um $7^1/_2$.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Als ich dahier ankommen, so hat mich der Hofmarschall gebeten, ich wollte ihm erlauben, auf 3 oder 4 Wochen auf seine Güter zu verreisen occasione des Linzer Bartholomaei, et nt ait, dass er könne Geld machen zu meiner Hochzeit. Ich habe es ihm auch nicht abschlagen können. Obtenta licentia hat er mir allsogleich für seinen Angesetzten in dieser seiner Abwesenheit vorgeschlagen den Ferdinand von Harrach. Nun wollte ich es ihm wohl geben, allein omnes, so ältere Kammerherren sind, summe disgustarentur. Ich vernehme, dass Sprinzenstein es auch verlange, das kann aber wohl nicht sein, weilen er zugleich würde jndex sein in inferiori et superiori instantia. Es hat mich anch Graf Wilhelm von Oettingen darum in Vertrauen angeredet, allein non vult publice praetendere, ne offendat

Lamberg et suos. Er ist anjetzt der älteste Kammerer; wahr ist es, dass er nicht gar zu gestudirt hat, allein in einer so kurzen Zeit von 4 Wochen werden ja nicht so schwere casus bei diesem Amt vorfallen. Weiss also nicht, was ich thuen solle. Bedenkt Euch darüber und kommt morgen um halb 5 Uhr gen Hof, allwo wir davon reden und einen Schluss machen wellen, dann unser alter Satl will übermorgen abreisen. Hic debemus ire sine respectu personarum et secundum justitiam. Sodann ist Roxas bei mir gewesen, habe ihm befohlen, mit Euch weiters zu reden, quid cum Balbitzio agendum. Sodann kann man sehen, an et quid aliis consiliariis della giunta sit communicandum. Hiemit wünsche ich von ganzem Herzen Euch eine gute Nacht und verbleibe wie allzeit Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XVIII.

29. August 1666.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Weilen die Zeit verlauft und ich heute mit Euch nicht mündlich habe reden können, als habe ich hiermit etliche puncta erinnern wollen. Und zwar 1° hat sowohl der Fürst von Dietrichstein, als Graf Carl von Waldstein unterschiedliche puncta eingegeben, wie sich in der bevorstehenden Reise zu verhalten. Weilen nun morgen ohne dies nur eine Stunde Rath, also wollte ich selbe in der ordinären giunta consultiren, zugleich auch die infantica des Fürsten und etliche andere puncta (so zu diesem negotio gehörig sind) proponiren, si Vobis tamen hoc ita videatur, quid subito libenter scirem.

2do. Wollet Ihr alles also disponiren und austheilen, dass die Hofstatt gewiss über 8 Tag abreisen könne. Auch nachfragen, ob alle bestellten Sachen in semitis sind, und dass Alles a tempo komme. Dann jetzt in nichts keine Zeit zu verlieren ist.

3°. Wird nunmehr auch Zeit, den Oberst-Silber-Kammerer-Dienst zu ersetzen, wollte also gern wissen, ob Ihr noch auf den Paravicini vermeinet. Und ob sich vielleicht Jemand um den Unter-Silber-Kammerer-Dienst angemeldet hat. Erwarte also Euere eheste Antwort absonderlich ad 1um punctum. Und verbleibe beständigst Euch gnädigster Herr, so lang ich lebe.

Leopoldt.

XIX.

Wien, 6. September 1666.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Nachdem ich den Fürsten von Auersperg auf sein inständiges Ansuchen ad cardinalatum recommandirt

habe; ich aber auch Euere getreue Dienste (welche mir vor allen andern lieb und angenehm) gern in Gnaden erkennen wollte; als habe ich hiemit Euch diese absonderliche Gnade thuen wollen, dass sobald der Fürst von Auersperg von Ihr päpstlichen Heiligkeit zu dem Cardinalat declarirt sein wird, ich sodann alsobald ipso facto declariren und resolviren werde, dass Ihr im geheimen Rath und anderen Conferentien me praesente das erste votum, in meiner Abwesenheit aber die Direction haben sollet. Dessen ich Euch hiemit zu Euerer Consolation gnädigst versichern und dabei ersuchen wollen, dass Ihr von dieser meiner Versicherung keiner lebenden Seele etwas sagen, noch selbige einem Menschen weisen sollet, weilen ich es absonderlich verlange, auch mein Dienst es also erfordert, wie dann hievon Niemand weiss, als Ich, die Kaiserin und Ihr. Verbleibe anbei Euch mit beharrlichen Hulden allzeit wohl gewogen.

Leopoldt.

XX.

Ebersdorf, 6. October 1666.

Lieber Fürst. Hiebei ein Briefl an frater Gabriel, wollet ihm selbes zukommen lassen. Des Wicka Abreise denuo recommendo. Sonsten bin ich wohl allhier angelangt, bin zwar mit dem Zahnwehe von Wien abgereist, die Luft aber hat mir selbe vertrieben. Hiemit verbleibe ich Euch allzeit mit beharrlichen kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

Heute ist des Grafen Schlicken Tag, dann ihn alle ironice den pater Bruno heissen ob ordinem a divo Brunone fundatum, cujus hodie solemnia celebramus, also spricht die heilige Kirche.

XXI.

15. October 1666.

Lieber Fürst. Der Walderode ist mit den Jarosinischen Schriften schon fertig und also bereit zur Carlingfordt'schen Conferenz. Weilen ich nun sehr verlange, dass selbe bald geschehe, als wollet Ihr machen, dass selbe ohnfehlbar heute ins Werk gesetzt werde. Und kann ad materialia foederis nur praeparatoria machen, nur dass man den Carlingfordt allhier erhalte. Mein Fürst haltet noch heute diese Conferenz. Und ich verbleibe allzeit Euer gnädiger Herr.

Leopoldt.

XXII.

12. November 1666.

Lieber Fürst. Ich möchte wohl wissen, ob morgen noch die Conferenz solle vorgehen in aulicis und was dem anhängig; und ob Ihr es annoch vermeinet, auch ob morgen dann Nachmittag wieder wir das Rossballet probiren. Erwarte also eine Antwort durch Bringer dieses den Hadrus. Und verbleibe mit kais. Gnaden allzeit gewogen.

Leopoldt.

Dabei folgende Banquet-Punktation von des Kaisers eigener Hand:
Caesari schenckt Markgraf Leopold von Baden.
Imperatrici regnanti der Fürst von Dietrichstein.
Imperatrici viduae.
Archiducissae Leonorae Graf Wilhelm von Oettingen.
Archiducissae Mariannae Graf von Sprinzenstein.
Diesen thuen vorschneiden:
Die Grafen Kinský und Slawata.[1]
Und die der Silberkammerer G. v. Mollar.
Legatis schenken aus der Aussen Hofstatt.
Cardinali einer de nascità. Und schneiden vor 2 kais. Vorschneider.
Wartet auch auf der Paravicini als Untersilberkammerer.

XXIII.

5. März 1667.

Lieber von Lobkowitz. Sprinzenstein est valde afflictus, tamen dicit se esse filium obedientiae et omnia se facturum. Und wolle lieber einem Freiherrn als einem Doctor weichen. Er wolle aber noch einmal mit mir selbsten reden. Petit etiam, si esset possibile, ein Billet von mir mit einer Vertröstung auf die Nieder-Oesterreichische Statthalter- oder Landmarschallstelle; si Vobis hoc videretur factibile, habe ich ein Concept [1] à buon conto verfasst, si vobis placet, dicite mihi. Und wollet

[1] Concept-Billet an Nieder-Oesterreichischen Hofvicekanzler Ferdinand Max Grafen von Sprinzenstein dato Wien, 5. März 1667:

Lieber Sprinzenstein. In gnädigster Consideration Euerer von so vielen Jahren mir sowohl in Justicistellen, als in der Kammer geleisteten, erspriesslichen und angenehmen Diensten, und auf dass Ihr verspüren möget, dass ich annoch beständig in meiner gegen Euere Person tragender Wohlmeinung verharre, habe ich Euch hiemit gnädigst versichern wollen, dass bei sich ereignender Vacanz der Nieder-Oesterreichischen Statthalter- oder Landmarschalldienste, ich Euere Person in absonderliche Consideration ziehen, und Euerer vor anderen sich

mir alsbald antworten, oder si non amplius hic essem, mir die Antwort durch einen Reitenden nachschicken. E con questo il buon dì.

Leopoldt.

XXIV.

Ex palatio, 26. März 1667.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Weilen ich vernommen habe, dass Ihr Euch was übel auf befindet, als erkundige ich mich hiemit, wie Ihr Euch befindet und wie bald Ihr werdet auskommen können. Hac occasione remitto inclusa. Was des Windisch-Grätz Relation anlanget, gebe ich Euch anheim, ob Ihr wollet auf den Reichshofrath geben lassen. Was aber den Wicka anbetrifft, weilen dergleichen Privatschreiben den anderen Räthen nicht pflegen communicirt zu werden, putarem non fore abs re, wann Ihr ihn Wicka dahin weiset, dass er alle Posttage ex officio eine Relation an mich abgehen liesse. Und also bleiben wir in solito stylo. Den Gisen müssen wir besser ausnehmen lassen, er ist neulich nur in terminis generalibus geblieben. Hiemit verbleibe ich Euch mit kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

XXV.

19. Mai 1667.

Lieber Fürst. Hiebei des Lisola Schreiben in materiis anglico-gallico-belgicis. Wollet selbes stracks lesen und es also befördern, dass ceteri consiliarii conferentiae alle es noch heute haben und lesen mögen. Dann morgen volente Deo wollen wir die Haupt-Consulta vornehmen. Nur fein geschwind. Und hiemit einen guten Morgen.

Leopoldt.

XXVI.

22. Mai 1667.

Lieber Fürst. Hiebei Eueres Nachbars notata, wie auch meine, non videntur absurda. Wann es also gefallet, so wollet Ihr es also einrichten. Wollet Ihr auch pro securitate den Schwarzenberg darüber vernehmen: non erit abs re, doch cito, und dass er nicht merke, dass

---

ereignenden Competenten absonderlich werde in Gnaden bedacht sein, verlange aber, dass dies noch diese Zeit in geheim verbleibe. Und bin Euch wie allezeit mit kais. Hulden und Gnaden wohlgewogen.

von Rufo herkomme. Wann Ihr alles gesehen, wollet Ihr mir Euere Meinung mit ein paar Worten oder Zeilen wissen lassen. Und ich verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XXVII.

St. Veit, 30. Juni 1667.

Lieber Fürst. Hiebei kommen meine Schreiben auf die Post. Ich hätte auch dem fr. Gabriel geschrieben, wann ich etwas, so ich ihm schicken solle, bei der Hand hätte, soll aber mit Nächsten geschehen. Nebst diesen habe ich Euch wollen erinnern, dass weilen heute der Kurier nach Rom expedirt wird, Ihr dem Kammerpräsidenten befehlen wollet meo nomine, dass man ihm Kurier über das Rittgeld noch ein mancia oder Trinkgeld von 100 fl. reichen solle wegen sehr guter Zeitung, so er von Rom gebracht hat. Und verbleibe Euch mit kais. Hulden allzeit wohlgewogen.

Leopoldt.

Es kommt auch Eines an Cardinal von Harrach, so Ihr hac occasione des Kuriers fortschicken wollet.

Und weilen diesen Morgen mein Gemahl zum erstenmal lebendig empfunden hat, so habe ich nicht unterlassen wollen, imperatrici viduae davon parte geben. Also wollet Ihr auf Empfang dieses, den Brief bestellen und sodann selbst in die Favorita fahren und der Kaiserin nebst Ueberreichung dieses Schreihens hievon parte geben. Um halber elf.

XXVIII.

18. October 1667.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Weilen ich unserem gestrigen accordo gemäss das Decret an Fürsten von Dietrichstein habe ausfertigen lassen, ut omnia compleantur, so bleibt es bei der morgigen Ablegung des Juraments, und zwar vor dem geheimen Rath, damit er Possess nehmen möge. Wollet es also ihn Fürsten, wie auch den Hofkanzler von wegen des Juraments Euch erinnern lassen. Expedit etiam, ut Gonzaga adsit et habeat de omnibus praegustum. Wie es dem domino Nigromontio gefallen wird, stehet dahin, ma importa poco. Und ich verhleihe nehst Wünschung einer guten Nacht allzeit Euch mit kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

XXIX.

26. October 1667.

Lieber Fürst. Aus der Beilage ersehet Ihr, was Auersperg für einen Vorschlag thuet, Salzburg von Trient zu excutiren. Wann Ihr also für gut haltet, non essem contrarius, wollet es mit dem Hocher communiciren, und wann es für gut findet, alsbald in Execution setzen. Vor eins acuerdo: macht mir der Rottal alles rebellisch, indem er den Oberstkämmerer instigirt ad agendum pro Francisco, vermeldet auch, diesen schon disponirt zu haben ad acceptandum, so ich Euch nur pro directione erinnern wollen. Verbleibe anbei Euch mit beharrlichen kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

XXX.

16. November 1667.

Lieber Fürst. Nachdem ich dieses Billet empfangen habe und das Werk hauptwichtig ist, habe ich Euch solches hiemit einschicken wollen mit dem Verlangen, dass Ihr alles wohl überleget, und mir sodann Euere Meinung morgen nebst Zurückgebung selben Billets eröffnot. Agitur do toto, ergo prudenter et caute procedendum. So kommet auch hiebei ein Briefl an fr. Gabriel, die materia der Kurfürstin ist eben wegen des Klosterbauers. Hiemit eine gute Nacht.

Leopoldt.

XXXI.

21. November 1667.

Lieber Fürst. Euch zur Nachricht erinnere ich, dass ich den Präsidenten schon durch ein Billet anbefohlen habe, dem Plittersdorf noch andere hundert Ducaten zu geben. Sodann ist der Herzog Christian von Mecklenburg bei mir gewesen. Vidotur totus gallizare. Plura oretenus. Und ich verbleibe Euer gnädigster Herr.

XXXII.

11. Januar 1668.

Lieber Fürst. Weilen ich nicht weiss, ob Euere Indisposition Euch zulässt, heute abends auszugehen, als habe ich Euch erinnern wollen, dass ich heute abends wollte eine Incognita Conferenz halten in causa nota. Dann Grémonville instat et urget conclusionem operis. Wollet mich also stracks erinnern, ob Ihr kommen könnet. Und ich verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XXXIII.

15. Januar 1668.

Lieber Fürst. Hiebei sehet Ihr des Grémonville Faxen. Wollet mir alsbald Euere Meinung schreiben quid faciendum, dass ich ante 6[tam] den Auersperg instruiren möge. Das Nächste wird sein, nisi velit subscribere, mittat in Galliam.

Leopoldt.

XXXIV.

22. Februar 1668.

Liebor Fürst. Der Kinský ist angekommen; hergegen habe vernommen, dass Burggraf pro magna parte satisfactionis halten würde, wann ich dem Kinský nicht alsogleich Audienz geben thäte, absonderlich weilen er sine licentia heraus gereist, so sonst res prohibita ist. Dies wird ihn abermal disconsoliren. Ich sollte consoliren, quid faciendum. Et si petat mihi loqui, quale illi responsum dare debeam. Wollet mir Euere Antwort bei Zeiten auf Himberg schicken. Und verbleibe nebst Wünschung einer guten Nacht Euer allergnädigster Herr.

Leopoldt.

XXXV.

Neustadt, 27. März 1668.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Nachdem ich den Fürsten von Auersperg auf sein inständiges Anhalten ad cardinalatum recommendirt habe; ich aber auch Euere getreue Dienste, welche mir vor allen andern lieb und angenehm sind, gern in Gnaden erkennen wollte, also thue ich Euch hiemit diese absonderliche Gnade, dass sobald nur er Fürst von Auersperg von Ihrer päpstlichen Heiligkeit zum Cardinal resolvirt sein wird, Ihr sodann ipso facto et immediate gleich darauf ohne weitere Erklärung und Vorbescheidung, wann ich mich gegenwärtig im geheimen Rath befinden werde, das erste votum, in meiner Abwesenheit aber bei allen vorfallenden Versammlungen und consultationibus die Direction ohne einzigen Eintrag noch Verhinderung haben sollet. Dessen ich zu Euerer Nachricht und Consolation Euch hiemit versichern wollen. Verbleibe anbei mit beharrlichen Hulden Euch allzeit wohlgewogen.

Leopoldt.

XXXVI.

5. April 1668.

Lieber Fürst. Sofern der Grémonville Euch die bewussten notitias eingegeben hat, so verlange ich, dass Ihr selbige alsbald italienisch

vertiren lasset und also vertirter morgen mitbringen sollet, dann ich im Namen Gottes morgen um 8 Uhr in pleno consilio intimo die Spanische Sache vorbringen will, dass wir dermalen eins aus dieser Sache kommen. Mein, komet in puncto um 8, dann ich muss bald nach 10 fertig sein wegen meiner Gemahlin Aderlass. Und gebe Euch hiemit eine gute Nacht.

Leopoldt.

XXXVII.

Laxenburg, 7. April um halb 4 Uhr s. a. (1668).

Lieber Fürst von Lobkowitz. Ich habe Euer Schreiben empfangen, und h abt Ihr Euere Commission gar wohl abgelegt, si vera sunt, quae Grémonville dicit, pro nobis valde bona sunt. Ille idem wird jetzt bei mir Audienz haben, ingleichen legatus hispanicus forte in ipsa eadem materia.

Sodann erinnere ich Euch gnädigst, dass imperatrix vidua morgen zu Mittag allhier sein, allwo abermals der Punkt wegen des Wagens hervorkommen wird, ubi anceps haereo, weilen ich sorge, mea imperatrix habe keine Lust, im fremden Wagen zu fahren. Habe also diesen eigenen Reitknecht hinein schicken wollen, wollet ihn nicht aufhalten, sondern alsbald mit Euerer Meinung zurückschicken, was Ihr vermeinet, dass ich thuen soll; aber ich hätte heute noch gern eine Antwort. Verbleibe also Euch mit beharrlichen kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

XXXVIII.

Laxenburg, 2. Mai 1668.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Es wird vielleicht Euch der P. Emeric unter anderem referirt haben, was ich mit ihm geredet habe wegen des Don Filippo de Sapanara, so sich bei der Camarera mayor aufgehalten hat, prätendirend freiherrlichen Stand, aus welchem Ihr werdet verstanden haben, dass noch res integra ist. Weilen aber eben heute sowohl meine Gemahlin als die Camarera mayor mich um diese Gnade inständigst ersucht und gebeten haben, er Filippo auch ziemlich sein gut adeliges Herkommen beweiset, so seinem Vorgeben nach von denen baroni del Seggio di Napoli gewesen, aber hernach im Abnehmen gerathen sein solle; also vermeine ich in Ansehung dieser Umstände könnte dem Supplicanten gewillfahret werden, befehle auch durch diesen Einschluss dem Reichsvicekanzler die Ausfertigung des diplomatis. Weilen ich aber vor allem verlange, dass dieses mit Euerem Vorwissen und Gutheissen

geschehen solle, also habe ich bemeldeten Einschluss Euch hiemit einschliessen wollen mit dieser Erinnerung, dass sofern Ihr hierwider kein Bedenken haben werdet, Ihr selbige dem Reichsvicekanzler zustellen und die Expedition anbefehlen lassen möget. Es fallen mir noch zwei andere Ursachen ein, warum es mit dieser Concession kein so grosses Bedenken haben soll, als erstlichen, dass ich wohl schlechtere Personen zu diesem Stand befördert habe, als Bluem, Mayerberg, Ebelino und dergleichen andere. 2do. Wann auch vielleicht hierwieder sollte geredet werden, so würde seine morgige Abreise und nicht so geschwinde Zurückkunft denen Leuten das Maul bald stopfen, daher auch nothwendig sein will, die Expedition zu befördern und nicht viel Geschrei darum zu machen, so ich Euch so ausführlich erinnern wollen, damit Ihr daraus mein zu Euch habendes gnädiges Vertrauen und das mein in dieser Sache geführte procedere erkennen möget. In Erwartung Euerer Antwort verbleibe ich Euch mit beharrlichen kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt. Vidi.

Der Aderlass lässt mir nicht zu von eigener Hand zu schreiben.

XXXIX.

6. Mai 1668.

Lieber Lobkowitz. Ich will morgen eine Conferenz halten in arduis und weilen ich hoffe, Euere Cur wird schon ein Ende haben, also wollte ich wohl gern, dass Ihr morgen um $^1/_2$9 gewiss allhier sein sollet. Ohne Euch könnte ich ja keine solche Hauptsache vornehmen: est de instruendo Lisola cum guarantia, de certa resolutione danda legato hispanico &c. Liebster Fürst, ich hoffe, Ihr werdet nicht ausbleiben. Und ich bleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XL.

Laxenburg, 13. Mai 1668.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Euer Schreiben habe ich empfangen; der Bluem schreibt mir eben dasjenige, will es ehestens pro forma in einer Conferenz proponiren. Ich aber bin ganz Euerer Meinung, dass diese visita im Julio geschehen solle, sowohl wegen der grossen comedi als Jagen und anderen Divertimenten. Sed de his plura proxime. Mir ist leid, dass Euere Cur noch kein Ende hat, dann ich Euerer Person wohl bedürftig, absonderlich in materia des Maradas, der imperatrix nach meiner Intention viele gute passus gethan hat, und will sie ehestens

einen neuen Stallmeister machen. Illa petiit meam opinionem circa subjectum. Tres illi proposui: Jörger, Trautson und Karl von Waldstein, et forte iste ultimus non esset abs re; sed de hoc etiam plura oretenus. Daher ich wohl verlange, dass Ihr doch bald herauskommen wollet, et quo citius, eo melius. Sodann wird der Präsident mit Euch reden in materia, so zu Neustadt allher remittirt; und weilen Ihr daraus hoffentlich meinen zu Euch geneigten Willen verspüren werdet, also hoffe ich auch, Ihr werdet hingegen auch also die cameralia befördern helfen, damit alles wohl eingerichtet und mein aerarium vermehret werden möchte. Verbleibe anbei Euch mit beharrlichen kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

XLI.

5. Februar 1669.

Lieber Fürst. Es ist vor Kurzem der Generallieutenant Montecuccoli bei mir gewesen und referirt, quod iterum videatur impossibilis transitus Danubii et quod nullo modo cras imperatrix possit discedere. Sie Kaiserin sei ganz perplex, sie verlange, dass Ihr diesen Abend in puncto um 6 Uhr bei Ihr sein sollet. Allda könne man debattiren, quid faciendum? et casu impossibili, quid regi Poloniae significandum? Weilen es aber ein punctum summae importantiae sit, also vermeine ich, gut zu sein, dass Ihr auch den von Schwarzenberg hinbescheiden wollet, allda Montecuccoli auch sein wird. Allda vermeine ich, könne man debattiren: 1° Ob diese Reise annoch könne fortgesetzt werden. 2° Casu, quid regi scribendum vel significandum et per quem vel a quo. 3° Fallet mir ein, ob nicht thunlicher regi zu erinnern das Hinderniss des Eises. Weilen man aber nicht wisse, wann imperatrix weg könne, und der König vielleicht nicht lange warten könnte, ihm heim zu geben, ob er nicht wollte einen vornehmen Senatoren cum plenipotentia et procura entgegen schicken, der zu Olmütz oder ubi imperatricem obviam haberet, contraheret matrimonium deponsando ut procurator reginam per verba de praesenti in foro ecclesiae, ut cum canonibus loquar. Habe Euch also dies alles erinnern wollen. Und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XLII.

19. März 1669.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Hiebei kommt des H. Vorschlag, wie er vermeint, dass man dem Grémonville auf seine beschehene sehr willige Proposition antworten solle. Wollet selbigen wohl lesen, consideriren

und hiernach sine respectu Euere Meinung eröffnen, was darin zu verändern sein möchte. Wollet auch, nachdem Ihr selbige gelesen, auch dem Hofkanzler communiciren, und ihm befehlen, dass er mit dieser Proposition zwischen 4 und 5 Uhr Abends sich bei Hofe einfinden solle. Wollet Ihr auch damals erscheinen, bene quidem, sin minus, wollet Ihr mit ein paar Zeilen Euer sentiment mir zu wissen thuen. So erinnere ich auch gnädigst, dass der Oberstkämmerer selbige schon gelesen hat. Est negotium ardunm, Deus nos illuminet et casum istum benigne avertat. Womit ich Euch mit kais. Hulden wohlgewogen verbleibe.

Leopoldt.

XLIII.

Laxenburg, 9. Mai 1669.

Lieber Fürst. Es hat mir der Auersperg beiliegende Information über des Grémonville jüngst eingegebene Schrift eingegeben, auch dabei ein Project annectirt, wie er vermeinet, dass man ihm Grémonville ad calamum more hucusque solito dictiren solle. So ich Euch zu dem Ende einschicken wollen, damit Ihr selbiges wohl überlegen, auch sodann es mit dem Hofkanzler, welcher item allhier in Guntersdorf wohnt, auch communiciren, und sodann mir Euere Meinung eröffnen sollet, was man hierin thuen solle. Et vi servi per aviso Oberstkämmerer, als welcher heraussen ist, selbiges schon gelesen hat, et haec pro primo. 2do autem liegt hiebei eine Relation von Cratzenbuch aus Spanien, quae lectu digna est et continet multa et valde aromatica. So schicke ich Euch auch 3° die foglietti zurück. In gleichen kommt 4° ein Schreiben vom Prinzen von Lothringen, wollet es allein bei Euch behalten und auf keine Expedition remittiren. Es ist auch 5° ein Schreiben von Neuburg eingelaufen in eadem materia, dieses wird Euch schon more solito per Walderodium communicirt werden. 6°. Habe ich Euch jüngst ein Memorial von Raischel geschickt, qui petit audiri, möchte wissen, was zu thuen sei. 7°. Schreibe ich Euch hiebei sub n. 2 ein absonderliches Schreiben die capitaneati de guardia betreffend, wollet also selbiges in Gottes Namen publiciren und exequiren lassen. Habe es mit Willen aperte geschrieben, ne confundatur cum his materiis. Schliesslichen und 8° weilen ich morgen ins Feld gehe und Samstag einnehme, also wird unnöthig sein, dass Ihr Euch incommodirt vor dem Sonntag allher zu kommen. Und erinnere Euch zugleich, dass Franz Augustin heute allhier ist, aber morgen gleich Nachmittag will ich ihm hinein sagen Adie. Und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XLIV.

Laxenburg, 9. Mai 1669.

Lieber Fürst. Nachdem vorgestern der Markgraf von Baden bei mir gewesen und nebst gehorsamer Danksagung wegen der ihm conferirten Warasdinischen Grenz-Obristen-Stelle auch zugleich die bis anher von ihm bediente Hartschier-Guardi-Hauptmann-Stelle resignirt hat, ich auch diese Resignation in kais. Gnaden an- und aufgenommen habe; und weil diese Stelle nunmehr vacant ist: also habe ich in Gottes Namen resolvirt, selbige dem Grafen Franz Augustin von Waldstein auf sein Begehren zu conferiren. Und weilen hiedurch auch seine bediente Trabanten-Hauptmann-Stelle ipso facto vaciret, also habe ich selbige dem Generalwachtmeister D. Giberto Pio de Savoia ingleichen auf sein inständiges Anhalten conferirt. Welches alles ich Euch zu dem Ende intimiren wollen, damit Ihr als Obersthofmeister nicht allein es den Neubegnadeten intimiren, sondern sodann dasjenige vorkehren und exequiren sollet, was in dergleichen Fällen gebräuchlich ist. Hoffe auch diese Election werde durchgehends von allen applaudiret werden. Verbleibe Euch anbei mit kais. Hulden und Gnaden allzeit wohlgewogen.

Leopoldt.

XLV.

Laxenburg, 13. Mai 1669.

Lieber Fürst. Weilen ich nicht weiss, wann Euere vorhabende Cur Euch heraus zu kommen zulassen wird, hingegen der Grémonville inständig eine Resolution verlanget, also habe ich Euch hiemit erinnern wollen, dass Ihr ohnvorlängst und wann möglich noch heute mir Euere Meinung eröffnen sollet, ob man es bei dem von Auersperg aufgesetzten Project lassen, oder ob und was darin zu ändern und sonsten ihm Grémonville zu insinuiren sein möchte. Und weilen ich bald Aderlassen werde, kann ich vor diesmal nicht länger schreiben, sondern verbleibe Euch mit beharrlichen kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

XLVI.

Wien, am 29. Juli 1669 um 11 Uhr Nachts.

Lieber Fürst. Euer Schreiben sammt den Beilagen aus Polen habe ich, als ich eben das Nachtmal vollendet, empfangen, und sende selbe wieder zurück an den Hofkanzler und Walderode, wohin sie gehörig sind, und theils noch werden müssen decifrirt werden, wollet also selbige

alldahin befördern. Sonsten videtur mihi electus nolle ante coronationem sich nicht völlig herauslassen, und würde es vielleicht nicht schaden, dass P. Sylvanus seine vorgehabte Reise fortsetzen möchte. Multa tentanda, ut tandem finis obtineatur. Wünsche ich anbei eine gute Nacht.

Leopoldt.

XLVII.

21. August 1669.

Lieber Fürst. Ich habe nochmals die projecta auf Rom wohl überlesen. Was nun Eueres anlanget, ist solches also wohl und stattlich concipirt, dass es wohl nicht leicht besser sein könnte, hätte auch gleich abcopirt. Weilen aber mit Einrichtung der Hessischen Expedition noch wohl der morgige Tag hingehen wird, als lasse ich bis dahin anstehen, und stelle Euch nur dies anheim, ob es nicht könnte ein wenig abgekürzt werden; dann zu Rom halten sie viel auf die brevitatem in scribendo, doch müssen die complimenti und rissentimenti darinnen verbleiben und wohl exprimirt werden. Bei des Hochers Project an Hessen sein mir etliche kleine Erinnerungen eingefallen; habe also um ihn geschickt und mit ihm geredt; sein auch ihm etliche eingefallen. Habe also vor gut befunden, ihn selbst zu Euch zu schicken, dass er Euch seine Meinung sagen möge. Sodann könnt Ihr dem Königsegg und Walderode die Expedition anbefehlen, dass also zwischen morgen und übermorgen dieser Kurier auf Rom möge abgefertigt werden. Verlasse mich also auf Euch und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XLVIII.

Wien, 23. August 1669.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Es hat mir der Pater Emerich gewiss mit gar guter Manier und sehr wohl Euere afflictiones vorgetragen. Nun werdet Ihr hoffentlich bis dato genugsam verspürt haben, wie inniglich ich Euch liebe und mein Vertrauen völlig zu Euch habe, dass ich also gewiss selbsten nichts Höheres verlange, als Euch mit ruhigem Gemüth und consolirter zu sehen. Weilen aber der Pater Emerich, wie Euch bewusst, zum definitorio reiset und also vor seiner Abreise nicht wohl möglich, ein solches Hauptremedium zu finden, wie vielleicht wohl mein eigener Dienst erfordern und Euch ein Trost sein würde: also hoffe ich, Ihr werdet indessen diese kleine Geduld gerne tragen und Euer Gemüth zur Ruhe geben. Ich versichere auch Euch gnädigst, dass ich auf solche Weise der Welt zeigen will, wie hoch ich Euch aestimire und was vor

ein gross Vertrauen ich zu Euch habe, dass Ihr gewiss alle Satisfaction davon haben sollet.

Mein Fürst, glaubet mir, ich liebe Euch von Herzen und setze mein ganzes Vertrauen zu Euch, und will dieses öffentlich, et opere non solum verbis, aller Welt zeigen. Plura explicabit pater Emericus ante suum discessum, quo me remitto. Verbleibe anbei Euch mit beständigen kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

XLIX.

Ebersdorf, 18. September 1669.

Lieber Fürst. Hiebei schicke ich Euch zuvörderst ein Schreiben vom Cardinal von Hessen, aus welchem klar erscheint, che li preti ci vogliono pagare con belle parole, però questa moneta non vale per noi. Wollet solche wohl überlesen und solche sodann dem Königsegg auch bald (geben), quid ulterius nobis sit faciendum, constantia ist vor allen vonnöthen, sonsten würde des nuncii assertio wahr: che l'Imperatore et suoi ministri sono facili a contentare et appagare. Sodann liegen hierneben 3 Schreiben von Schaffgotsch, welche alle in des Walderode Expedition gehören. Wollet solche auch lesen, ihm zuschicken, damit selbe sodann auch aliis consiliariis können communicirt werden. Und weilen seine verlangte Intimation auch vorhanden ist, also wollet Ihr alles zusammen richten lassen, damit man ehistens darüber deliberiren möge. Das kleine Zettele ist in Ziffer, wollet selbiges dem Abele schicken, weilen ich supponire, Hofkanzler sei heraussen. So Euch hiemit anfügen wollen und verbleibe Euch mit kais. Hulden wohlgewogen.

Leopoldt.

Nachdem dies geschrieben, kommt Abele selbsten, habe also das Zettele decifriren lassen und kommt hiebei.

L.

Wien, 1. December 1669.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Weilen mir der Graf Nádasdy ein gehorsamstes Memorial überreichet und darinnen seinen Zustand vorgetragen, als werdet Ihr in meinem Namen ihm darauf bedeuten, dass seine in gedachtem Memorial beschehene, unterthänigste Submission und dann erbotene, treuschuldigste Bezeigung und Beförderung zu meinen Diensten und Besten, mir zu gnädigstem Gefallen gereichet, auch mich auf die Werkstellung dessen gänzlich verlassen thue. So habet Ihr auch

ihm anbei anzuzeigen, dass ich die getreuen und erspriesslichen Dienste, so er Nádasdy und die Seinigen mir erweisen werden, jederzeit gebührend aufnehmen und gnädigst erkennen will. Was im übrigen Euch anbefohlen, das wollet Ihr ihm gleichfalls ausführlich vortragen. Und verbleibe Euch mit kais. Hulden und Gnaden allzeit beständig wohlbeigethan.

Leopoldt.

LI.

Wien, 10. December 1669.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Nachdem der Fürst von Auersperg aus gewissen und erheblichen Ursachen von meiner kais. Hofstatt in Abzug begriffen, ich aber auch Euere getreue Dienste, welche mir vor allen andern lieb und angenehm sind, gern in Gnaden erkennen wollte, als thue Euch hiemit diese absonderliche Gnade verleihen, dass Ihr als ohne dies anjetzo mein erster geheimer Rath und Oberster Hofmeister, von heut Dato, wann ich mich in dem geheimen Rath befinden werde, das erste votum, in meiner Abwesenheit aber bei vorfallenden consultationibus und allen Vorfallenheiten die Direction ohne einigen Eintrag und Hinderniss haben, ingleichen es unveränderlich und beständig auf alle Zeit dabei verbleiben solle. Dessen ich Euch zur Nachricht und Consolation hiemit gnädigst versichern wollen. Und verbleibe anbei Euch mit beharrlichen kais. Gnaden wohlgewogen.

Leopoldt.

LII.

31. Januar 1670.

Lieber Fürst. Ich habe keine Ruhe noch Rast in meinem Gemüth wegen der abgeschmackten Reise des Montecuccoli in Polen. Ille quidem est promptissimus, sed videtur haec ejus promptitudo similior purae resignationi. Mir gehet nil Gutes vor; animus valde inquietus, dann ich sorge, er komme nimmer heim, oder es werde solche Occasion kommen, dass sein Aussein schädlich sein könnte. Wer wird die Schuld haben? Caesar et Lobkowitz, et quidem juste. Hat denn die Kaiserin keinen Andern finden können als eben diesen? Desto mehres, dass er ipse sich gegen mich erklärt, er könne diese Function nicht annehmen, wann er keine specifica istruttione habe, wie er sich in allen, absonderlich in ceremonialibus et puntillis verhalten solle. Wer wird eine solche Instruction machen? In summa horret animus. Dies habe Euch anfügen wollen und gebe es völlig auf Euer Gewissen und Verantwortung. Verbleibe übrigens Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LIII.

Stockerau, 26. Juni 1670.

Lieber Fürst. Der Oberstwachtmeister Spork hat mir diese Briefe von seinem Vetter dem General überbracht, aus welchen zu sehen, dass mit dem Rákóczy alles richtig ist. Benedictus Deus, dass alles so wohl abgehe. Habe also die Schreiben Euch zu dem Ende schicken wollen, damit Ihr selbige (lesen) und sodann alles disponiren könnt, dass alsbald der General-Lieutenant und ich auf Wien kommen werden, inter solitas personas eine Conferenz gehalten werde, quid ulterius in hoc toto negotio hungarico faciendum sit. Die Hitze ist gestern so gross gewest, dass von der Stadtguardi ein Musquetier im Herausmarsch alsbald todt geblieben, ein Corporal auch heut auf dem Sprung stehet. Und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LIV.

14. September 1670.

Lieber Fürst. Es ist mir von Herzen leid, dass Ihr was unpässlich seiet, will aber hoffen, es werde ehistens völlig gut werden, wie ich Euch wünschen thue. So kann ich auch Euch nicht verhalten, dass einige negotia von grosser Importanz, so wohl einer Beschleunigung bedürfen; als 1° die Hungarica officia: was mit dem Nádasdy anzuheben und was ferners dem Rottal circa processum contra rebelles zu schreiben sei? So sein 2do die 3 ablegati von Mainz, Trier und Lothringen bei mir gewest in puncto 3 ligae, und verlangen einen ministrum, cum quo conferant: habe Euch hiezu denominirt. Ergo videndum, quid faciendum et quomodo hoc negotium finiendum, damit wir unsern wenigen Credit bei Spanien erhalten und accresciren mögen. 3°. Haben sowohl Prinz Carl von Lothringen und ein Lothringischer secretarius, als der Grémonville bei mir ihre Nothdurften vorgebracht wegen des Französischen Einfalls in Lothringen. Dies halte ich vor ein Hauptwerk, von dem in viel wegen mein Interesse und Reputation dependirt. Also muss man sehen, quid faciendum. Prinz Carl instat um Resolution, dass er wisse, was er thuen solle. Alle diese negotia gebe Euch anheim, als in dem ich mein einziges Vertrauen gestellet habe. Macht und deliberirt, wie und was Ihr wollet, scitis facere si vultis, sagt P. Müller, und Euere Prudenz comprehendirt wohl, was hieran gelegen ist. So insistirt auch der Ungarische Kanzler um Audienz in geheimen Rath, dicendo, es warten viel Parteien aus Ober-Ungarn et aliunde mit

spesa. Si archiepiscopus non venerit brevi, wird man es wohl nicht verschieben können. Verbleibe Euch anbei mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LV.

Ebersdorf, 2. October 1670.

Lieber Fürst. Weilen der Bayer diesen Nachmittag mir die Expedition an Schaffgotsch geschickt hat, als habe selbe nnterschrieben. Habe auch vor gut, ihm eigenhändige Briefel mitzugeben, damit er gratior allda sei, nnd rex et regina auch mein Lieb erkennen mögen. Sende Euch also diese Schreiben an ihn Schaffgotsch, worin die andern geschlossen sein, und wollet selbiges mit der übrigen Expedition fortschicken und befördern, dann die Zeit ist kurz. Uebrigens sein die Spanischen Brief ankommen und alle de Castellar's Zeitungen erlogen, dann man von nil schreibet, als dass Monterey in Niederland bleiben solle; dass cardinali Arragona ein quarto bei Hof sei gegeben worden, und die tusoni, wobei doch quasi contra ordinem scheinet, dass Nostitz dem Weissenwolf anteponirt worden. So ich Euch curiositatis causa voran berichten wollen, bis des Pötting relationes ein mehreres weisen werden. Und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LVI.

Wien, 11. December 1670.

Lieber Fürst. Hiebei schicke ich Euch 1° des Balbazes Memorial, so cum occasione einer Conferenz zu deliberiren sein wird. 2°. Das Gutachten des Erzbischofs, so mich ziemlich wohl eingericht bedünkt; allein obtestirt er sehr das secretum, also wird man bei der morgigen Conferenz nicht davon sprechen dürfen. Ich wollte aber sehen, dass noch morgen alles wohl eingerichtet, damit es coram mundo scheine, dass wir alles thuen, was zu thuen ist. Euerer Dexteritet und Prudenz gebe ich alles anheim, Ihr wisset selbsten am besten, was an diesem Werke mir, meinen Erblanden, ja der ganzen Christenheit gelegen ist, dass alles wohl eingerichtet werde. Hingegen werde ich Euch allzeit gern in allem schützen. Womit ich Euch mit kais. Hulden und Gnaden gewogen verbleibe.

Leopoldt.

LVII.

26. Januar 1671.

Lieber Fürst. Hiebei kommt die von Abele decifrirte Relation des Windisch-Grätz, und wird zu dieser Conferenz nil behören als des Abele

gemachter Extract. Doch ist hoch vonnöthen, dass sowohl Ihr als die anderen Conferenz-Räthe diese Relation mit gutem Bedacht lesen sollen, dann sie hat viele substantialia in sich, und halt sich Windisch-Grätz so wohl, dass er wohl ein Bildl verdient. Doch sehet man auch gar klar, was unser Herr Grémonville vor ein sauberer Geselle ist, und müssen das vor gewiss in Obacht nehmen, dann uns sonsten die Herren Galli eins anhängen werden. Euere Prudenz wird alles zu beobachten wissen. Und ich verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LVIII.

Laxenburg, 28. April 1671.

Lieber Fürst. In meiner gestrigen schnellen Abreise habe ich vergessen, mit Euch zu reden wegen Abschlagung der Hände, ob man diese elende Gnade diesen rois thuon solle oder nicht. Mich gedünkt zwar, ich habe etwas davon mit Euch discurirt. Weilen aber nun die Execution herzunahet, also stelle ich Euch ganz absolute anheim, was Ihr in diesem Fall, absonderlich wann sie bitten sollten, thuen wollet. Was Ihr nun befinden solltet, könnt Ihr sowohl dem Hofkanzler als dem Abele ad executionem anbefehlen, welche ich in allem absolute an Euch allein gewiesen habe. So ich Euch durch diesen Eigenen anfügen wollen. Und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.[1]

LIX.

29. April 1671 hora 11 et $^1/_2$.

Lieber Fürst. Vor kurzer Zeit empfange ich diese Relation von Abele: ob und was hierauf zu thuen, stelle ich Euch völlig anheim. So

[1] Copia der fürstlichen Antwort de dato Wien, 28. April 1671.

Allergnädigster Kaiser und Herr. Was Euer kais. Majestät anzubefehlen sich gefallen lassen, das habe aus Dero diesen Abend vermittelst Euer kais. Majestät Kammerdiener Dorst mir zugebrachtem, gnädigstem Schreiben vom 28. April unterthänigst verstanden. Und obzwar allhier schon überall erschollen, dass Euer kais. Majestät die Delinquenten wegen Abschlagung der Hände begnadet, auch derenthalben allbereit gehörige Verordnung ergehen lassen, solle doch zu gehorsamster Folge von mir nicht ermangelt werden, bei dem Hofkanzler und Abele nochmalen gebührende Erinnerung ex superabundanti vorzukehren, dass Euer kais. Majestät gnädigste Intention und Meinung schuldigst vollzogen werde. Wormit schliesslichen zu Deroselben beharrlichen kais. Gnaden mich unterthänigst und gehorsamst befehle.

Euer kais. Majestät allerunterthänigster und gehorsamster

W. H. z. Sagan.

hat mir der Hofkanzler von Nádasdy 2 Memorial schicken lassen, so ich Euch auch schicken und dabei heimstellen wollen, was auch in diesem Falle zu thuon sei. Ihr werdet sehen, wie hart dem Frangepan das Sterben ankommt. Hingegen ist Zrin ganz geduldig. In summa stelle ich Euch dieses ganze Werk anheim und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

Ich habe auch durch den Dorst Euer Schreiben bekommen, so Euch zur Nachricht anfügen wollen.

LX.

29. April 1671 circa 4am.

Lieber Fürst. Hiebei ein Memorial von Nádasdy'schen Kindern; filialis amor hat nicht weniger thuen können. Primum membrum kann nicht sein; was in 2do zu thuen, stelle ich Euch anheim und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXI.

Laxenburg, 30. April 1671.

Lieber Fürst. Pauper Nádasdy requiescat in pace; habe schon 2 Messen vor ihn gehört. Aus der Beilag ersehet Ihr, wie sich die zu Neustadt halten, nnd wie wohl der Frangepan disponirt ist, macht einem schon die Augen nass. Übrigens bedanke mich Euerer Bezeigung und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXII.

Laxenburg, 2. Mai 1671.

Lieber Fürst. Obwohlen ich wohl gewünscht hätte, dass Ihr bei dem heutigen Rath hättet sein können, weilen die Ungarische Repartitionssache proponirt worden, so hat mir doch der Oberstkämmerer vorgebracht, dass Ihr zur Pflegung Euerer Gesundheit darin habt bleiben müssen. Und weilen an Euer Gesundheit mir auch nicht wenig gelegen, als habt Ihr wohl gethan. Und habe ich befohlen, Euch von demjenigen, so in obgedachter Repartitions-materi passirt, parte zu geben. So schicke ich Euch auch diese Schreiben und verbleibe allzeit Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

Morgen werde ich der Procession bei den P. Franciskanern beiwohnen, allwo wir einander hoffentlich sehen werden.

LXIII.

Laxenburg, 5. Juni 1671.

Liebor Fürst. Woilon man mir gesagt, dass die hentige Conferenz noch nicht könne ad relationem gebracht werden. der Reichsvicekanzler aber sammt dem Hofkanzler die comitialia haben, also habe ich selbige bestellen lassen, doch alles an Euch remittirt. Wann also was anderst nöthiger zu referiren, müsset ich in Zeiten bestellen. Und woilen Grémonville heut bei mir Audienz haben und zweifelsohne dabei dasjenige vorbringen (wird), so er dem Hofkanzler jüngsten proponirt hat und in dem bostehet, dass er annoch eine Erklärnng wolle haben, dass wir denen Holländern nicht helfen wollen, so suus rex sie angreifen wollte; so habe Euch auch erinnern wollen, damit casu quo Ihr die Conferenz über des Lisola Schreiben halten thuot, man dabei auch reden könnte, quid ulterius illi sit respondendum? Schliesslich wollet Ihr darob sein, dass die Räthe morgen bald nach 8 allhier sein sollen, damit man ein gute Zeit Rath halten möge. Und verbleibe Euch allzeit mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXIV.

17. Juni 1671.

Lieber Fürst. Ich zweifle nicht, Ihr werdet bei hentiger ordinari dem Grafen von Pötting das bewnsste Decret zuschicken, welchem ich auch in hoc supposito es geschrieben habe pro 1mo. Pro 2de erinnere ich Euch, dass Nachmittag der Bischof von Raab bei mir gewest und sich ziemlich wohl bezeiget, doch seine Hungarismos mit darein gemischet hat. Kein anderer hat noch Dato nicht zn mir verlanget. Ist also die Frage, qnid faciendum? Und ob die Conferenz morgen noch zu halten sei? Will also von Ench erwarten, was Ihr vermeint, dass ich thuen solle. 3°. Schicke ich Euch dies Billot von Nostitz, werdet darob sein, damit dem Banner geholfen nnd der Sachen recht auf den Grund gesehen werde. Und ich verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXV.

Ebersdorf, 26. September 1671.

Lieber Fürst. Weilen einige Schriften eingelaufen sein, so habe ich solche Euch znschicken wollen. Und ist absonderlich seltsam, was von der Abtei Sigburg oinlaufet nnd würde einom bald die Lust vergehen, ein gewählter Kaisor zu sein, wann ein jeder Fürst keinem don Respect halten solle. Stelle Euch anheim, ob Ihr davon wollet mit Schwarzonberg

und Königsegg communiciren, an et quid sit faciendnm? So zweifle ich nicht, der Hofkanzler werde Euch referirt haben, was zwischen ihm nnd Grémonville passirt ist. Ist aromaticum negotinm; wollet Euch ein wenig mit dem Hofkanzler unterreden, was ferners zu thuen sei. Und verbleibe Euch anbei mit kais. Hulden nnd Gnaden gewogen.

Leopoldt.

LXVI.

30. März 1672.

Lieber Fürst. Hiebei das Billet, so die morgige Proposition in sich haltet. Wollet also in Gottes Namen solche fortsetzen, zweifle nicht, dass es gar einen guten Effoct haben wird, et spiritus sanctus nobis assistet. So schicke ich Euch auch ein Schreiben regis Poloniae, so sammt des Stoems Relation auch bald eine consulta bedürfen thnen. Fürwahr das Polnische Wesen siehet übel aus, und ich kann es nicht also gehen lassen, dann meine Blutfreundschaft, eigene Sicherheit und Convenienz lassen mir es nicht zu. Ist Polen hin, so kommt das beneficium ordinis anf nns, und praevideo, dass Gallus viel thuen wird, wann man ihm alles wird angehen lassen. Ich bekenne, es gefällt mir praecise der status gar übel. Und ich verbleibe Euer gnädigstor Herr.

Leopoldt.

Kann die Conferenz Vormittag nicht fertig werden, so kann man den Nachmittag auch daran setzen oder die passus auf einen andern Tag remittiren.

LXVII.

30. Mai 1672.

Lieber Fürst. Hiebei schicke ich Euch des von Anhalt sein schriftliches Anbringen und vermeinte, dass wann es Euere Gesundheit zuliesse, morgen Nachmittag darüber bei Euch könnte eine Confereuz gehalten uud dabei das foedus Suecicum, des Lisola, Goës, Grana und andere pnblica vorgenommen werden, wio Ibr es am besten erachten werdet. So schicke Euch hiebei allerlei andere Schriften, wie auch ein Schreiben von Bischof Kolonitsch und wollet bedacht (sein), was man mit den Presburgern anheben solle. Und weilen Euch des Oberstjägermeisters Tod bewusst ist und ich selbe carica nicht lang unersetzt lassen kann, auch Euch vor diesem meine Inteution von dem Grafen Wilhelm von Oettingen eröffnet habe, als habe Euch nochmals befragen wollen, ob Ihr noch dieser Meinung verharret. Der stylus ist, dass man dem neu angehenden Jägermeister ein Decret von der Hofkanzlei ausstellet. Wann Ihr aber

noch vorhero es ihm von Oettingen andeuten wolltet, bin ich wohl zufrieden und könnte es morgen beschehen. Doch will ich noch ehe Euere Antwort erwarten, wie auch, ob Ihr die Conferenz halten könntet. Doch nehmet Euere Gesundheit wohl in Acht, dann an selber mir auch nicht wenig gelegen ist. Verbleibe übrigens Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXVIII.

Ultima Mai 1672.

Lieber Fürst. Euer Billet habe ich empfangen, und bin wohl zufrieden, dass die Conferenz verschoben verblieben, dann Euere Gesundheit ich über alles verlange. So ist derweil von Euch gar wohl disponirt worden, dass indessen der Hofkanzler mit dem von Anhalt praeliminariter conferire, so wird sodann leichter zu conferiren sein. Ingleichen bleibt es bei dem, dass Ihr dem von Oettingen die Resolution anzeiget und dem Hofkanzler die gewöhnliche Expedition befehlet. Und wann Ihr kein Bedenken hättet, so wollte ich morgen mit den 3 übrigen Conferenz-Räthen des Pötting relationes consultiren, weilen morgen die ordinari in Spanien gehet, damit das filum negotii bleibe, und werde dem Schwarzenberg morgen befehlen, Euch sodann von allen zu referiren. Schliesslichen lege ich Euch hiebei diese Schriften und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXIX.

1. Juni 1672.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Der Pater Emerich hat mir ein Billet gebracht und wird Euch mit mehreren meine Meinung hinterbringen. Habe doch allein hiebei so viel berühren wollen, dass ich wohl zufrieden bin, dass man eventualiter mit dem Hofkammerpräsidenten von des collegii Bestellung rede, sodann auch sich näheres mit dem Deutschmeister vernehme. Ich vermeine, Ihr habet mir vormal selbst etlichemal gesagt, dass Ihr eben dieser Gedanken seiet, man müsse vorher über das Werk mit den anderen Räthen deliberiren, ut omnia magis justificentur, ut odia sine causa evitentur; man darf eben nicht der Deputirten ihre Relation vernehmen, quod ipse minime judico, sondern nur die substantialia eröffnen, und sodann auch das projectum instructionis überlegen. Dann wann man sonsten gleich resolutive gehen sollte, so würden vielleicht eben die, so nicht davon wissen, tricas darum machen; und mir

bat man allzeit gesagt, das sei nur ein Project, eine Vorarbeit, nachher müsse man die Sachen consultiren. Es wird aber gedachter P. Emerich ein mehreres sagen, wohin ich mich beziehe. Sodann kommen einige Ungarische Schreiben. Die Posonienses haben Audienz begehrt, weilen sie aber condemnirt worden, so habe ich Bedenken gehabt und ihnen sagen lassen, sie sollen ihre Nothdurft schriftlich halten, und wird man sodann sehen müssen, quid faciendum, und vorderst quid archiepiscopo Strigoniensi jubendum sit? So hebt der Fürst von Anhalt an, gar ungeduldig zu werden, will wiederum bei mir Audienz haben, also vermeine ich (wann es ja Euere Gesundheit zuliesse), dass morgen oder längst übermorgen diese Sachen Nachmittag consultirt und ex fundamento deliberirt würden, quid faciendum. Hieltet Ihr davor, dass Montecuccoli dabei sein sollte, bin ich auch wohl zufrieden. Dabei können die publica, Lisola, Goës et alia considerirt werden. Es hat auch legatus Hispaniae mich angetrieben, eine Resolution zu fassen, und es gibt es ja einmal die Noth selbst an die Hand, wann wir nicht wollen sehen, dass rex Galliae uns über dem Kopf sitze, quod ego certe nullo modo pati volo. Allein muss man sehen, dass es mit Fundament, Bestand und Sicherheit bestehe, mit Dilationen und Fingirung lasse es sich nicht richten. Hoffe, Ihr werdet so wohl auf sein, dass Ihr werdet die Conferenz halten können. Und verbleibe Euch mit beharrlichen kais. Hulden und Gnaden gewogen.

Leopoldt.

LXX.

4. Juni 1672.

Lieber Fürst. Aus Euerem Billet habe ich den Progress der gestrigen Conferenz gern verstanden. Wegen der Deputation mit Anhalt, wann Ihr es selbst nicht verrichten könntet, so mir am liebsten wäre, bin ich wohl zufrieden, dass selbe durch den Montecuccoli und Hofkanzler geschehe. Allein meine ich, wird die gestrige Conferenz mir noch vorher referirt werden müssen, ut ego saltem sciam, quid cum Anhaltino tractandum sit? So schicke ich Euch auch ein Schreiben vom Erzbischof und wird man wohl sehen müssen, quid sit agendum? Die Pressburger haben noch nichts eingegeben; hingegen urget archiepiscopus; weiss ich nicht, ob es eine Conferenz bedürfe. Der Hofkanzler liegt zwar am Podagra, hoffet aber dessen bald los zu werden. Übrigens wünsche ich Euch die Erholung der Gesundheit und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXI.

10. Juni 1672.

Lieber Fürst. Bei der hente haltenden Conferenz vermeine ich, werden nachfolgende puncta zn deliberiren sein, als:

1°. Was jüngst durch den Montecuccoli und Hofkanzler mit dem von Anhalt gehandelt worden, ob nnd was noch ferner zn thuen sei.

2°. Ob und was man davon dem Spanischen Gesandten allhier und dem von Pötting in Spanien zu communiciren und zu befehlen sei.

3°. Weilen Grémonville stark mit dem Hofkanzler exclamirt, wie man sich mit ihm zu verhalten.

4°. Ob die durch den Kanzler mit dem Dänischen eventualiter abgehandelte puncta zu approbiren und was ferners mit ihm Dänischen zu handeln.

5°. Was man ferners mit den Holländern tractiren, auch dem Lisola befehlen solle.

6°. Wird man de foedere Sueco-Gallico reden müssen und ob nicht deswegen auch generaliter mit dem Puffendorff zu reden. Weilen auch der Hofkanzler impossibilitirt ist, zur Conferenz zu kommen, also habe ihm befehlen lassen, seine Meinung schriftlich zu eröffnen. Sollten auch die puncta nicht alle hente können absolvirt werden, so kann die Conferenz morgen früh continuirt werden. Und ich verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXXII.

14. Juni 1672.

Lieber Fürst. Ich bin von Herzen froh, dass der Fürst von Anhalt so content abreisen thuet, hoffe wohl, es solle viel Gutes aus diesem Werk folgen. Und werdet Ihr aus den Beilagen sehen, was sowohl der Markgraf Hermann selbst, als auch der Graf Albrecht von Sinzendorf nemine imperatricis viduae in der bewussten Materi angebracht. Confesso che mi trovo imbarazzato und nicht ohne Ursache. Werdet also mir an die Hand zu geben wissen, was ich thuen solle. Und verbleibe Euch mit beharrlichen kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXIII.

21. Juni 1672.

Lieber Fürst. Nachdem abermals allerlei publica ad deliberandum vorhanden sein, als (wann Ihr vermeinet) könnte heute Nachmittag eine Conferenz gehalten werden, und könntet Euch mit dem Hofkanzler, so

zwar anjetzo da im Rath ist, vernehmen, was zu deliberiren. Ocasionaliter muss man wiederum reden, quid agendnm cum Grémonville, Puffendorff et Hollando. Summa rei ist, dass Galli einmal viel Fuss im Reiche fassen, nnd dass mir das Herz wehe, dass sub meo imperio Gallus also avantagiren solle. Ich hoffe aber mit Euerer Direction und anderer Räthe Einrathen, wollen wir wohl eluctariren; allein manns est admovenda operi, wie ich dann Euch alles heimstelle, mich völlig auf Ench verlasse und allzeit Euer gnädigster Herr verbleibe.

Leopoldt.

LXXIV.

23. Juni 1672.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Ich habe gar gerne verstanden, dass die Conferenz so wohl abgelaufen, und will mir selbige heute nach der Vesper vortragen lassen. Habt Ihr noch was dabei zu erinnern, so wollet Ihr es thuen, hernach werde ich Euch durch den Abele alsbald referiren lassen, wie es abgelaufen. So hat auch der Ungarische Kanzler mir alles referirt, und approbire ich, dass der Erzbischof bald herkommen solle, allein muss man sehen, dass wann der Deutschmeister eodem tempore hier sein würde, dass er nicht embarazos gebe. Angestern hat der Gasconi bei mir Audienz gehabt und gebeten, ich wollte ihm ministros benennen, mit welchen er negotiiren solle; also habe ich Euch benannt und völlig an Euch gewiesen. Stehet also bei Euch, ob, wann, wie und mit wem Ihr ihn weiters vernehmen wollet. Ingleichen hat auch der Conte Gualdo mich gebeten, weilen der Mayerberg nicht allhier sei, ich wollte dem Nieder-Oesterreichischen Regimentsrath Bottoni befehlen, ihm zu assistiren, und meinte ich, er würde hiezu gar tauglich sein. Wann Ihr also nicht ein absonderliches Bedenken herwider hättet, so wollet Ihr dieses ihm Bottoni anbefehlen nnd dem Gualdo dessen erinnern. Letztlich schicke Euch ein Schreiben von Goës und ist auch ein Schreiben von Knr-Brandenburg eingelaufen, in welchem der den Franzosen Einfall, wie er ihn nennt, in das Clevische notificirt und bittet, die Sache auf Regensburg kommen zu lassen. Ich vermeinte (wann Ihr es approbirt), ich wollte selbiges an die Reichstagsconferenz remittiren und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXXV.

2. Juli 1672.

Lieber Fürst. Ich habe Euer Billet sammt dem Aufsatz der Hofstatt zu der Reiso empfangen, vermeine auch, es könne in allem dabei

verbleiben, ausser dass alle Hofdamas mit werden, weilen es überall gute Losirung hat, auch der Fürst von Dietrichstein es selbst verlangt. Wann mir auch annoch was einfallen sollte, so werde ich es nicht unterlassen, Euch bei Zeiten zu erinnern. Und weilen sowohl von Stoem heute allerlei aromatica eingelaufen, und auch des Goës Schreiben da ist, so gebe ich Euch anheim, ob nicht ehistens selbige in einer Conferenz vorzunehmen. Ingleichen wird auch eine andere in negotio Posoniensium gehalten werden müssen, weilen der Erzbischof schon allhier ist. So wird bei der Deutschmeisters Anwesenheit endlich die von Euch selber approbirte Hauptconferenz in Hungaricis zu befördern sein. Verzeihet mir, dass ich Euch so viel Arbeit aufgebe, allein weilen nun die Nikolsburger Kirchfahrt herzunahet, so wollte ich gern ehe alles despartiren, damit ich sodann mit ruhigem Herzen fortreisen möge. Hoffe auch und wünsche es von Herzen, dass Ihr bald völlig restituirt sein möchtet. Und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXVI.

Ad P. Emericum Capucinum, 6. Julii 1672.

Reverende in Christo Pater. Audio principem a Lobkowitz fuisse valde turbatum ob conferentiam heri habitam, si ullus habet culpam rei, quae fuit mere accidentalis, Ego ille sum. Nam cum ob mala nova, quae ex Polonia venerunt, valde turbatus fuerim, et ad imperatricis Eleonorae instantiam aliquid resolvere necesse judicabam, sic misi per (pro) Abele, et cum venisset, subito dedi literas ad decifrandum. Interim ad lucrandum tempus curavi vocari consiliarios, animo id significandi principi. Post habitas literas, quae cum primum mihi post septimam allatae fuerint, non erat amplius tempus, et ut verum fatear, etiam oblitus fui. In conferentia memor factus, subito id mihi evenit, et post conferentiam misi Abelium ad principem, ut illi omnia referret, et etiam excusaret, cum antea illi nil dici curaverim. Haec est species facti. Hoc V. R. significare volui, ut sit informata de omnibus, et principi monstret, mihi nec in mentem avenire illius omissionem, sed partim ob brevitatem temporis, partim ex oblivione, partim etiam, quod crediderim, eum vesperi non posse venire, id accidisse. De reliquo ego vere amo illum, et omnia realiter et confidenter illi confido. Wann er ihm sodann was anderst einbildet, kann ich nicht darvor. Mi Pater, animet illum, et ista e mente dispellat. Ego autem me V. R. commendo.

Leopoldus.

(Descriptum ex copia.)

LXXVII.

Wolkersdorf, 14. Juli 1672.

Lieber Fürst. Bei meiner gestrigen Abreise habe ich vergessen, Euch zu sagen, dass, so oft Ihr mir schreibet oder Schreiben schicken werdet, Ihr es auch der Frau Aya erinnern wollet, damit sie uns von unserer Tochter auch berichten möge. Übrigens sind wir gestern um neun Uhr wohl allhier angelangt, und ist es heute ein gar schönes Wetter. Verbleibe übrigens Euch mit beharrlichen kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXVIII.

Wülfersdorf, 15. Juli 1672.

Lieber Fürst. Euer Schreiben habe ich empfangen und daraus verstanden, wie wohl die negotia expedirt werden, aus welchen Euer beständiger Fleiss und Application erscheinen thuet, ich auch damit ihm wohl zufrieden bin. Die geschickte Ratification kommt zurück. Übrigens gehet unsere Reise wohl hinein; allein ist es heute gar windig, auch ein Regen zu besorgen. Das Haus allhier ist gar holdselig; nach welchem ich schliesse und Euch mit beharrlichen kais. Hulden und Gnaden gewogen verbleibe.

Leopoldt.

LXXIX.

Nikolsburg, 17. Juli 1672.

Lieber Fürst. Der Abele ist gestern um 8 Uhr schon allhier gewest und also gezeigt, dass er so ein guter Kurier als Secretari ist, und hat mir Euer Schreiben sammt den Beilagen gebracht, auch gar ausführlich referirt, was in dieser Zeit gehandelt, auch wie die Conferenzen abgelaufen. Wie ich nun daraus Eueren Fleiss sehe, und wie applicirt Ihr in meinen Diensten seiet, also sage ich Euch gnädigen Dank und werde es gegen Euch in kais. Gnaden erkennen. Gottlob, dass die Hungarica so wohl abgelaufen, so ich es allein Euerer guten Direction zuschreiben thue. Hiemit schicke ich Euch einige Schriften, wie auch einen Brief an den Grafen von Mannsfeld, weilen seine Mutter die Aya gar übel auf sein solle. Sonsten sind wir alle wohlauf und haben hauptschöne divertimenti. In summa ich raste recht a meo munere. Eisgrub ist wohl, eine aus den schönsten Sachen, so ich mein Lebtag gesehen habe. Verbleibe übrigens Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXXX.

Kleines Zettelchen ohne Datum (1672).

Lieber Fürst. Die Beilage des Granischen Schreiben wollet Ihr alsbald übersetzen lassen. Rex mala volvit; man muss zur Sache thuen, sonst geschieht uns, was Hollandis geschehen.

LXXXI.

Ebersdorf, 5. September 1672.

Lieber Fürst. Ich bin vor einer Stunde allhier glücklich angelangt und habe alsobald den Brief ad regem Galliae abgeschrieben, welchen ich Euch hiemit beischliesse sammt den beiden Concepten. Meine wohl wenigen Correcturen sind auch in dem Eurigen zu finden, obwohlen wenig darin zu corrigiren war, weilen Ihr selbigen gar wohl eingerichtet habet. Wollet also machen, dass der Hocher selben dem Monsieur Grémonville gebe und ihm dasjenige mündlich vorbringe, was in der jüngsten Conferenz geschlossen worden. Übrigens recommandire ich Euch die heute apuntirten negotia, absonderlich aber die Hungarica wegen des Deutschmeisters. Und verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXXII.

6. September 1672.

Lieber Fürst. Gleich jetzt ist vom Kurfürsten von Sachsen ein Kavalier kommen, der von Schleinitz, und hat mir dies Briefl gebracht, so excusationes in sich hält, warum er nicht mit meiner armada Völker schicken kann. Und weilen es zu der Conferenz taugen möchte, also habe ich es Euch alsbald schicken wollen. Der von Schleinitz sagt, Mannsfeld werde übermorgen folgen. Erinnere Euch, nicht zu vergessen, in der Conferenz ad deliberandum zu proponiren, wie man sich mit Köln und Münster verhalten solle. Und verbleibe allzeit Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXXIII.

Ebersdorf, 20. September 1672.

Lieber Fürst. Hiebei die decifrirte Relation des Generallieutenants sammt den punctis in conferentia propositis und darauf gefolgter Resolution, so ich Euch schicken wollen, damit Ihr die Conferenz halten möget. Es liegt wohl viel daran, also wollet Ihr alles wohl deliberiren

und consultiren. So habe ich anch die Schreiben vom Erzbischof bekommen, so in 2 punctis bestehet, den statum publicum und seine Privatklage contra cancellarium. Was diess anbelanget, wollet Ihr sehen, dass er consolirt werde. Die publica betreffend vermeine, sollte man halt auch was mit den Ungarn deliberiren, ne possint accipere praetextum, se esse plane abjectos et omni ruinae expositos. Und weilen ich zweifle, ob die Conferenz fertig werden wird, so stelle ich Euch anheim, ob Ihr selbe gleich übermorgen fortsetzen und continuiren wollet? In tali casu wollet Ihr alsbald bei Eigenem erinnern, dass ich wisse, ob ich am Donnerstag Recreation habe; casu autem non continuanda conferentia, wollet Ihr in geheimen Rath heraus ansagen lassen derjenigen Expedition, so was haben wird. Ihr werdet schon alles recht zu disponiren wissen, und ich verbleibe Euch mit beharrlichen kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

LXXXIV.

Ad P. Emericum Capucinum. Viennae, 19. Decembris 1672.

Reverende in Christo Pater. Recordabitur R. V. me jam ferme tribus mensibus comiti a Poetting dedisse licentiam, ut proximo vere huc ad meam aulam redire possit. Notum etiam est V. R., meam intentionem et firmam resolutionem semper fuisse et adhuc esse, ut loco praedicti comitis jam in Hispanias pro legato mittatur comes Ferdinandus ab Harrach, et hoc quidem maxime ex eo capite, quod dictum comitem aliquo modo consolari velim, eundem vero ad consiliariatum intimum jam promovere, minime e mea re esset. Jam vellem hanc resolutionem in effectum deducere, et ipsam comiti ab Harrach notam facere. Hoc vero ex officio supremum aulae praefectum ducem Saganensem concernit, sic V. R. hoc committere volui, ut dicto principi de Lobkowitz hanc meam mentem patefacere, eidemque meo nomine injungere velit, ut hanc resolutionem dicto comiti quam primum, et vel maxime hac tota septimana, vel imminentibus festis natalibus intimare velit, ut proximo veredario haec in Hispaniam scribi, et dictus comes interim se parare possit ad hoc iter proximo vere infallibiliter aggrediendum. Nec puto ducem Saganensem habiturum difficultatem, cum ipse olim fervidissime dictum comitem pro hoc munere mihi commendaverit. Hisce me R. V. precibus commendo.

Leopoldus.

(Descriptum ex copia.)

LXXXV.

Wien, 19. Juni 1673.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Euch ist vorhin wohl bekannt, in was betrübten Stand mich die göttliche Allmacht (durch den gar zu frühzeitigen und höchstschmerzlichen Todesfall meiner herzliebsten Gemahlin hochseliger Gedächtniss) gesetzt hat. Und ohwohlen das Leid annoch so gross, auch die Wunde also frisch ist, dass ich annoch nicht wohl einigen Gedanken zu neuer Heirath haben könne; so werde ich doch von allen Orten sehr angetrieben, absonderlich aber von Ihr päpstlichen Heiligkeit als Patre universali, auch meiner Frau Schwester, der Königin in Hispanien, gar kräftig angemahnet, dass ich endlich mich werde entschliessen müssen, ad secunda vota zu schreiten. Habe also hiemit Euch gnädigst befehlen wollen, in den nächsten 6 Tagen Euerer obhabenden Pflicht gemäss mir ein schriftliches und klares Gutachten ganz libere zu geben, was für eine Prinzessin ich zu meiner künftigen Gemahlin erwählen solle. Hieran erstattet Ihr meinen gnädigsten Willen und ich verbleibe Euch mit kais. Hulden und Gnaden gewogen.

Leopoldt.[1]

[1] Copia der fürstlichen Antwort de dato Wien, 22. Juni 1673:

Allergnädigster Kaiser und Herr. Aus Euer kais. Majestät empfangenem gnädigstem Billet vom 19. Juni habe gehorsamst verstanden, dass, nachdem die göttliche Allmacht durch den höchstschmerzlichen Todesfall Dero herzliebsten Frau Gemahlin hochseliger Gedächtniss Euer kais. Majestät in so betrübten Stand gesetzt, dass ob Sie zwar wegen noch grossen Leides und frischer Wunden nicht wohl einige Gedanken zur neuen Heirath haben können, Euer kais. Majestät jedoch von allen Orten angetrieben, absonderlich aber Ihre päpstliche Heiligkeit als Patre universali, auch Dero Frau Schwester, Ihre Majestät der Königin in Hispanien, kräftig angemahnet werden, Euer kais. Majestät sich endlich entschliessen müssen, ad secunda vota zu schreiten, und dahero gnädigst anzubefehlen sich gefallen lassen, meiner obhabenden Pflicht gemäss in denen nächsten 6 Tagen ein schriftliches und klares Gutachten ganz libere zu geben, was für eine Prinzessin Sie zur künftigen Frau Gemahlin zu erwählen hätten.

Gleich wie nun zuvorderst dem Allerhöchsten gebührender Dank zu erstatten, dass vermittelst dessen Euer Majestät kais. Gemüthe allhin geleitet worden, diese hochlöbliche Resolution zu Dero höchst erleuchteten Erzhauses in der Christenheit Nothdurft und Besten zu schöpfen, dazu auch Derselbe überhäuften Segen und Gnad von oben herab ferners verleihen wolle, diesemnach weiss und kann bei meinem guten Gewissen, auch zu unterthänigster Folge der verpflichteten Schuldigkeit, womit Euer kais. Majestät verbunden bin, zu keiner anderen Prinzessin ich einzurathen, als zu der Frauen Claudia Felice Durchlaucht, bei welcher alle diejenigen vortrefflichen Qualitäten concurriren, die vom Himmel

LXXXVI.

Znaim, 17. September 1673.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Nachdem ich nicht zweifle, (dass) Ihr schon zu Wien sein werdet, also habe ich Euch hiemit gnädigst grüssen und beinebens erinnern wollen, dass ich meine Reise Gottlob in allem bis Dato gar wohl zugebracht habe, auch mich gar wohl befinden thue. Ein gleiches will ich auch von Euch verhoffen. Am Erchtag abends werde ich, wills Gott, zu Wien anlangen und in der Favorita das Nachtmahl nehmen. Zu Wien kann ich mich nicht länger dann 5 Tage aufhalten, dass ich bei Zeiten zu Graz sein möge, dann mein Gespons wird den 21. dito von Innsbruck aufbrechen. In dieser kurzen Zeit müssen wir 2 Hauptsachen einrichten, nämlich die Spanische familia fortschicken, und meine Hochzeit und was dazu gehörig, wohl einrichten, dazu ich Euch wohl werde vonnöthen haben. Übrigens und nachdem der König in Frankreich alleweile mehr Hostilitäten verübet, sich der Stadt und Burg Friedberg, Kolmar, Schlettstadt, Aschaffenburg und Selingstadt bemächtigt, als kann man nicht länger ceremoni machen. Habe also für gut befunden, dass Grémonville von Wien abziehe und ihm solches durch den Grafen Albrecht von Sinzendorf doch per gradus angezeigt werde. Sofern er von Sinzendorf Euch noch nicht Nachricht davon gegeben hat, befehle ich ihm, dass er es alsbald thue. Indessen bis wir mündlich ein mehreres sprechen können, addio, und ich verbleibe Euch mit beharrlichen kais. Gnaden gewogon.

Leopoldt.

LXXXVII.

Laxenburg, 28. April 1674.

Lieber Fürst von Lobkowitz. Hiebei schicke Euch durch Eigenen des Grafen von Harrach Relation, wie auch eine von Windisch-Grätz und ein Schreiben vom Abten von Banz. Habe zur Gewinnung der Zeit selbige dem Oberstkämmerer allhier lesen lassen, wollet es jetzo die darinigen Räthe auch leson machen und darob acht haben, dass des Windisch-Grätz am Montag zur Conferenz mitgebracht werde. Dann ich vor allen selbige Schreiben als negotium magis urgens und die mit Balbazos und Holländern indessen gehabte Conferenzen deliberiren werde.

---

zn erwünschen, in der Welt zu verlangen und Euer kais. Majestät ohnfehlbar dabei sehr glückselig sein, auch allen contento und Vergnügen vollkommentlich empfinden werden. Und thue schliesslich zn Dero beharrlichen kais. Gnaden unterthäuigst und gehorsamst mich empfehlen.

Sonsten sind wir allhier Gottlob wohl auf; allein hat uns der heutige Regen gehindert, dass wir diesen Abend nicht haben auskommen können. Und ich verbleibe Euch mit kais. Hulden gewogen.

Leopoldt.

Des Banz Schreiben gehört auf die Reichskanzlei. Ich habe diesen Brief geschrieben, ehe ich des Windisch-Grätz seinen erbrochen habe, betrifft nur die Hamburger Streitsachen und gehört auf den Reichshofrath; kommt also hiebei nichts als des Harrach Relation.

LXXXVIII.

1. October 1674.

Lieber Fürst. Ihr wollet befehlen, dass man mir alsobald das grosse Buch des Hofprotokolles herausschicke, dann ich nothwendig selbsten etwas darin aufzusuchen habe. Und verbleibe allzeit Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

LXXXIX.

7. October um 12 Uhr, ohne Jahr (1664).

Lieber Lobkowitz. Um den lieben, ehrlichen Adolfen ist mir so leid, dass ich gern ein paar ‡‡ Stück von den Meinigen für ihn gäbe. Ma patientia rêquiescat in pace. Ich erachte aber auf diesen Fall 2 Diligenzen für nothwendig: 1°. an Oberstlieutenant Radowan zu Komorn eine Ordinanz vom Kriegsrecht auszuüben, ut omnimodo ab excursionibus abstineat, neve ullo modo sub gravissimis poenis Turcas lacessat. 2do. wem wollen wir den Dienst geben: Durlach, Catolicus, Susa, Cob, Sparr, Oberst Hoffkirchen. Ceterum, quid putant Turcae. Wann werde ich etwas von ihnen hören. Exspecto responsum et maneo Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

Hiebei kommt ein Schreiben vom Generallieutenant, accelerentur die Quartiersachen.

XC.

Undatirt. (Zum 14. September 1670.)

Lieber Fürst. Der Erzbischof ist gleich jetzt bei mir gewesen, hat viele gute intentiones; concedat Deus, ut effectus correspondeat. Weilen

er nun allhier ist, und der Ungarische Kanzler dringt, am Samstag Audienz zu haben, um Hungarica zu proponiren, der Erzbischof aber scheint, als wenn er solche verschieben wollte, so wollet Ihr es also einrichten, damit am Samstag selbe Sachen mögen proponirt werden, auf dass die Parteien nicht länger warten dürfen. So ich Euch annoch vor meiner Hinausreise erinnern wollen und verbleibe Euer gnädigster Herr.

Leopoldt.

XCI.

Undatirt.

Lieber Lobkowitz. Ich wollte gern wissen, ob Ihr die Conferenz wegen unserer Bestellung der militiae tempore pacis schon gehalten habet oder wann Ihr solche zu halten vermeinet. Pro 1°, 2do wann Ihr meinet, dass in derselben oder einer anderen Materi heraus Rath solle gehalten werden vor meiner Hineinreise, so am Montag gewiss geschehen solle, so müsste es am Samstag geschehen. 3°. kommt ein Memorial von meiner armada navale. Ich meine, man solle die Bernhäuter bald abdanken und schicken, heben soust nur Händel an. Erwarte in obigen punctis Euere Antwort per harum latorem und verbleibe Euer gnädigster Herr allzeit.

Leopoldt.

Inhaltsverzeichniss.

Seite

I. 27. August 1657. Der Fürst solle dem Nuntius den Dank Leopolds an Seine päpstliche Heiligkeit vermelden für den Wunsch zum Antritt der Regierung. Der Nuntius und der Fürst mögen den Kurfürsten von Mainz bei der Kaiserwahl für Leopold umstimmen 463
II. 30. August 1657. Auszug der Siebenbürgischen Besatzung aus Krakau, wie auch der Schweden. Der Fürst von Siebenbürgen will sich nach dem Diplom halten; die verwitwete Fürstin stelle die Werbung ein. Entsetzung von Alexandria und Abzug der Franzosen 464
III. 2. September 1657. Der Fürst möge Alles aufbieten, den Kurfürsten von Mainz bei der Kaiserwahl für Leopold zu gewinnen. Wegen der etwa daraus zu befürchtenden Franzosengefahr eine Hilfe von zehn- bis zwölftausend Mann und Geld zur Fortsetzung der Fortificationen von Mainz anbieten 465
IV. 27. December 1657. Versprechen des Kurfürsten von Mainz, die Wahl zu beschleunigen und den Kurfürsten von Köln für Leopold zu gewinnen. Die Abreise Leopolds von Prag auf den 14. Jänner 1658 bestimmt. Ansage des Tages der Abreise an Kur-Sachsen. Beistellung von Fuhren. Einwirken des Kurfürsten von Sachsen auf den Kurfürsten von Köln für Leopold 466
V. 4. Jänner 1658. Reisedispositionen 467
VI. 12. Jänner 1658. Des Kurfürsten von Sachsen Erklärung wegen der Reise. Ersuchen an den Kurfürsten von Brandenburg, einen Principalgesandten nach Frankfurt abzusenden 468
VII. 15. Jänner 1658. Der Oberst Schlebusch möge die Werbung fortsetzen und sein Regiment bis Ende Februar complet stellen . 469
VIII. 19. Jänner 1658. Verhalten der Pforte zur Kaiserwahl 470
IX. 23. Jänner 1658. Aufschub der Reise auf den 28. Jänner 1658 wegen Kur-Sachsen 470
X. 30. Jänner 1658. Aufbruch Leopolds von Prag. Abreise des Kurfürsten von Sachsen den 4. Februar 1658. Zur gütlichen Beilegung des Polnischen Krieges werde Alles nach Wunsch des Kurfürsten von Sachsen geschehen 471
XI. 8. Februar 1658. Längerer Aufenthalt in Pilsen ob vielen Schnees und des auf den 12. Februar 1658 ausgeschriebenen Conventes in Warschau 472

Seite

XII. 9. November 1658. Ernennung des geh. Rathes und Feldmarschalls Don Hannibal marchése von Gonzaga zum Hofkriegsraths-Vicepräsidenten 473

XIII. 7. October 1664. Verleihung der Grenzobriststelle zu Komorn an den Feldmarschall Grafen de Souches, des Commandos auf dem Spielberge an den Obersten Grafen von Hofkirchen, die Grenzobriststelle zu Neuhäusel bleibe noch offen. Graf de Souches möge mit dem Generallieutenant Grafen Montecuccoli in gutem nachbarlichen Einvernehmen leben . . . 473

XIV. 8. October 1664. Nähere Erklärung des vorangehenden kaiserlichen Briefes 474

XV. 18. Jänner 1666. Propositionen des Carlingfordt 474

XVI. 6. Mai 1666. Audienz des Gesandten des Prinzen Alexander von Portugal. Schriften von Kur-Köln und Kur-Sachsen. Audienz dem Reiffenberg. Geschenk an den Kurfürsten von Sachsen 475

XVII. 19. August 1666. Urlaub des Hofmarschalls Heinrich Grafen von Starhemberg, ob seine Stelle vertreten solle Graf Ferdinand Harrach oder Graf Ferdinand Max Sprinzonstein oder Wilhelm Graf von Oettingen 475

XVIII. 29. August 1666. Instruction für den Obersthofmeister der kais. Braut Margaretha Theresia von Spanien, Ferdinand Fürsten von Dietrichstein und den Vicestallmeister Karl Grafen von Waldstein zu der Reise nach Roveredo. Abreise des Hofstaates in acht Tagen. Besetzung der Oberstsilberkämmererstelle vielleicht durch Paravicini 476

XIX. 6. September 1666. Recommandation des Fürsten Johann Weichard Auersperg zum Cardinalat. Nach erfolgter Promotion werde der Fürst im geheimen Rath bei Anwesenheit des Kaisers das erste votum, in Abwesenheit die Direction führen . . 476

XX. 6. October 1666. Brief an Pater Gabriel. Abreise des kais. Gesandten Johann Franz von Wicka. Graf Schlick . . . 477

XXI. 15. October 1666. Conferenz mit Carlingfordt 477

XXII. 12. November 1666. Conferenz in Hofsachen. Probe zum Rossballet. Bankettpunctation 478

XXIII. 5. März 1667. Anwartschaft auf die Niederösterreichische Statthalter- oder Landmarschallstelle an Ferdinand Max Grafen von Sprinzenstein 478

XXIV. 26. März 1667. Erkundigung nach dem Befinden. Des Grafen Windisch-Grätz Relation. Privatschreiben des Gesandten von Wicka 479

XXV. 19. Mai 1667. Des Gesandten Lisola Schreiben 479

XXVI. 22. Mai 1667. Einvernahme mit dem Fürsten Schwarzenberg. Abgabe seiner Meinung 479

XXVII. 30. Juni 1667. Beförderung der Post. Expedition des Kuriers nach Rom. Brief an die Kaiserin-Witwe 480

XXVIII. 18. October 1667. Ablegung des Juraments vor dem geheimen Rath des Fürsten von Dietrichstein 480

Seite

XXIX. 26. October 1667. Des Fürsten Auersperg Vorschlag, Salzburg von Trient zu excutiren 481

XXX. 16. November 1667. Verlangt des Fürsten Meinung. Brief an Pater Gabriel 481

XXXI. 21. November 1667. Dem Plittersdorf sind 100 Ducaten zu geben. Herzog Christian von Mecklenburg 481

XXXII. 11. Januar 1668. Abbaltung einer Conferenz, da Grémonville auf einen Beschluss drängt 481

XXXIII. 15. Januar 1668. Des Grémonville Faxen. Instruction an Auersperg 482

XXXIV. 22. Februar 1668. Ankunft des Kinský. Des Oberstburggrafen Wunsch, dem Kinský nicht allsogleich Audienz zu geben. Welche Antwort soll gegeben werden? 482

XXXV. 27. März 1668. Nach Ernennung des Fürsten Auersperg zum Cardinal werde der Fürst im geheimen Rath bei Anwesenheit des Kaisers das erste votum, in Abwesenheit des Kaisers die Direction haben 482

XXXVI. 5. April 1668. Des Grémonville Notizen sind in das Italienische zu übersetzen und in den gebeimen Rath zu bringen, da die Spanische Angelegenbeit verhandelt werden solle 482

XXXVII. 7. April 1668. Des Grémonville und des Spanischen Gesandten Audienz 483

XXXVIII. 2. Mai 1668. Erhebung des Don Filippo de Sapanara in den Freiherrenstand 483

XXXIX. 6. Mai 1668. Abbaltung einer Conferenz, um dem kais. Gesandten Lisola eine Instruction und dem Spanischen Gesandten eine Antwort zu geben 484

XL. 18. Mai 1668. Des kais. Residenten v. Bluem Schreiben. Besetzung der Stallmeisterstelle bei der Kaiserin . . . 484

XLI. 5. Februar 1669. Montecuccoli's Bericht, dass zur Polnischen Reise der Kaiserin-Witwe der Uebergang über die Donau unmöglich. Was da zu thun, was dem Könige von Polen anzuzeigen sei? Ob nicht die Vermählung per procurationem in Olmütz gescbehen könne? 485

XLII. 19. März 1669. Welche Antwort man auf Grémonville's Propositionen geben solle? 485

XLIII. 9. Mai 1669. Auersperg's Projectantwort auf des Grémonville Schrift. Der Fürst möge sie lesen, dem Hofkanzler mittheilen und seine Meinung darüber äussern. Des Cratzenbuch Relation aus Spanien. Briefe vom Prinzen von Lothringen; von Neuburg. Memorial von Raischel. Franz Augustin Graf Waldstein 486

XLIV. 9. Mai 1669. Ernennung des Feldmarschalllieutenants Wilhelm Leopold Markgrafen von Baden zum Grenzobristen zu Warasdin; des Grafen Franz Augustin von Waldstein

Seite

znm Capitän der Arcieren und des Don Giberto Pio de Savoia znm Hauptmann der Trabanten 487

XLV. 13. Mai 1669. Grémonville's Verlangen nach einer Resolntion. Ob Anersperg's Project anzunehmen oder was zu thnn sei? . 487

XLVI. 29. Juli 1669. Nachrichten aus Polen 487

XLVII. 21. August 1669. Projecte nach Rom nnd Hessen 488

XLVIII. 23. August 1669. Versichert den Fürsten seines Vertranens und seiner Hochschätzung 488

XLIX. 18. September 1669. Zwei Schreihen vom Cardinal von Hessen. Drei Schreiben von Schaffgotsch 489

L. 1. December 1669. Graf Nádasdy unterwirft sich 489

LI. 10. December 1669. Abzng des Fürsten Auersperg vom kais. Hofe. Ernennung des Fürsten zum ersten geheimen Rathe, in Anwesenheit des Kaisers mit dem ersten votum, in Ahwesenheit mit der Direction des gesammten geheimen Rathes betrant 490

LII. 31. Januar 1670. Reise des Grafen Montecuccoli nach Polen . 490

LIII. 26. Juni 1670. Des Generals Spork Briefe üher Rákóczy . . 491

LIV. 14. Septemher 1670. Was mit Nádasdy und den Ungarischen Rehellen geschehen soll? Die drei Gesandten von Mainz, Trier und Lothringen verlangen einen Minister, mit dem sie verhandeln können. Prinz Karl von Lothringen, wie Grémonville wegen des Französischen Einfalls in Lothringen 491

LV. 2. October 1670. Christoph Leopold Grafen von Schaffgotsch Gesandtschaft zur Krönung der Polnischen Königin Eleonore. Spanische Briefe 492

LVI. 11. December 1670. Des Balbazes Memorial. Gutachten des Erzbischofs 492

LVII. 26. Januar 1671. Relation des Windisch-Grätz. Charakter des Grémonville 492

LVIII. 28. April 1671. Stellt dem Fürsten anheim, ob den Ungarischen Rebellen vor der Execntion die Hände abgeschlagen werden sollen oder nicht 493

LIX. 29. April 1671. Relation des Abele. Zwei Memoriale des Grafen Nádasdy. Dem Frangepani falle das Sterben schwer, Zrini sei geduldig 493

LX. 29. April 1671. Memorial der Kinder des Grafen Nádasdy . . 494

LXI. 30. April 1671. Hinrichtnng des Grafen Nádasdy 494

LXII. 2. Mai 1671. Conferenz wegen der Ungarischen Repartitionssache 494

LXIII. 5. Juni 1671. Conferenz. Grémonville's Verlangen, den Holländern nicht zu helfen. Brief des Lisola 495

LXIV. 17. Juni 1671. Decret an den Grafen Poetting. Bischof von Raab. Billet von Nostitz 495

LXV. 26. September 1671. Ahtei Sigbnrg. Hofkanzler und Grémonville 495

Seite

LXVI. 30. März 1672. Billet mit den Propositionen. Brief des Königs von Polen. Traurige Zustände in Polen . . . 496
LXVII. 30. Mai 1672. Abhaltung einer Conferenz über das schriftliche Anbringen des Fürsten von Anhalt, wie auch über das foedus Suecicum, des Lisola, Goës, Grana und andere publica. Brief des Bischofs Kollonitsch. Tod des Oberstjägermeisters. Seine Stelle soll Wilhelm Graf Oettingen erhalten 496
LXVIII. 31. Mai 1672. Aufschub der Conferenz wegen Unwohlsein des Fürsten. Der Hofkanzler möge mit dem Fürsten von Anhalt conferiren; Ernennung des Grafen Wilhelm von Oettingen zum Oberstjägermeister. Consultation über des Poetting Relation 497
LXIX. 1. Juni 1672. Besprechung mit dem Hofkammerpräsidenten wegen Bestellung des collegii, ebenso mit dem Deutschmeister. Project der Instruction. Ungarische Briefe. Der Fürst von Anhalt 497
LXX. 4. Juni 1672. Montecuccoli und der Hofkanzler mögen mit dem Fürsten von Anhalt verhandeln 498
LXXI. 10. Juni. 1672. Conferenz zu halten, was ferner mit dem Fürsten von Anhalt zu thun sei, was dem Spanischen Gesandten hier zu sagen und dem kais. Gesandten Poetting in Spanien zu befehlen sei. Grémonville und der Hofkanzler. Verhandlungen mit den Dänen und Holländern. Rücksprache mit Puffendorf wegen des Schwedisch-Französischen Bündnisses 499
LXXII. 14. Juni 1672. Abreise des Fürsten von Anhalt. Anbringen des Markgrafen von Baden und des Grafen Albrecht von Sinzendorf im Namen der Kaiserin-Witwe 499
LXXIII. 21. Juni 1672. Abhaltung einer Conferenz, was mit Grémonville, Puffendorf und den Holländern zu thun sei . . . 499
LXXIV. 23. Juni 1672. Guter Verlauf der Conferenz. Der Erzbischof und Deutschmeister sollen nach Wien kommen. Audienz des Gascogni. Regimentsrath Bottoni möge dem conte Galeazo Gualdo Priorato assistiren. Briefe aus Kur-Brandenburg melden den Einfall der Franzosen in Cleve . . . 500
LXXV. 2. Juli 1672. Reise. Briefe von Stoem und Goës. Conferenz in Ungarischen Angelegenheiten 500
LXXVI. 6. Juli 1672. An den Capuciner P. Emerich. Der Fürst möge entschuldigen, dass die Conferenz wegen der schlechten Nachrichten aus Polen ohne sein Vorwissen abgehalten wurde, und möge vom vollen kaiserlichen Vertrauen überzeugt sein 501
LXXVII. 14. Juli 1672. Abreise. Der Fürst möge schreiben und die Aya über die Erzherzogin-Tochter berichten 502
LXXVIII. 15. Juli 1672. Zufriedenheit über die Expedition der Geschäfte 502

Seite

LXXIX. 17. Juli 1672. Abele habe den Brief gebracht sammt den Beilagen und über Alles referirt. Dankt dem Fürsten für seinen Fleiss. Guter Verlauf der Ungarischen Angelegenheiten. Brief an den Grafen Mannsfeld 502

LXXX. Undatirt. (1672.) Schreiben des de Grana 503

LXXXI. 5. September 1672. Brief an den König von Frankreich . 503

LXXXII. 6. September 1672. Brief vom Kurfürsten von Sachsen. In der Conferenz möge berathen werden, wie man sich mit Köln und Münster verhalten solle 503

LXXXIII. 20. September 1672. Relation des Generallieutenants. Briefe des Erzbischofs 503

LXXXIV. 19. December 1672. An den Capuciner P. Emerich. Abberufung des kais. Gesandten Grafen Poetting aus Spanien und dessen Ersetzung durch den Grafen Ferdinand Harrach. Der Fürst möge das Nöthige veranlassen 504

LXXXV. 19. Juni 1673. Sowohl Seine päpstliche Heiligkeit als die Königin von Spanien, Schwester des Kaisers, mahnen den Kaiser, zur zweiten Ehe zu schreiten. Der Fürst möge daher binnen sechs Tagen ein schriftliches Gutachten abgeben, welche Prinzessin der Kaiser erwählen solle . . 505

LXXXVI. 17. September 1673. Wohlbefinden auf der Reise. Ankunft in Wien. Aufenthalt daselbst fünf Tage. Abreise nach Graz. Abreise der Erzherzogin Claudia Felice von Innsbruck den 21. September. Vorbereitungen zur Hochzeit. Feindseligkeiten des Königs von Frankreich. Abzug des Grémonville von Wien 506

LXXXVII. 28. April 1674. Abhaltung einer Conferenz über die Relation des Grafen Harrach, wie auch des Grafen Windisch-Grätz 506

LXXXVIII. 1. October 1674. Das grosse Buch des Hofprotokolles möge zugeschickt werden 507

LXXXIX. 7. October ohne Jahr (1664). Dem Oberstlieutenant Radowan in Komorn möge der Befehl ertheilt werden, die Türken nicht zu beunruhigen. Besetzung einer Stelle 507

XC. Undatirt. (Zum 14. September 1670.) Abhaltung einer Conferenz in Ungarischen Angelegenheiten 507

XCI. Undatirt. Conferenz. Memorial von der armada navale . 508

Ausgegeben am 12. Jänner 1894.

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0315316351

943.6
F74
80

AUG 20 1970